

Reader Eiszeit

Diskussionszyklus «kommunistische Dissidenz»

Vorwort

Dieser Reader ist im Oktober 2005 für einen Diskussionszyklus der Gruppe Eiszeit entstanden. Wir haben uns den Anspruch gestellt, einen kontinuierlichen Diskussionsprozess innerhalb und mit der revolutionären Linken zu führen. Wichtig für uns ist es, eine zeitgemässe Analyse zu erarbeiten, um daraus eine Praxis zu entwickeln. Deshalb halten wir es für notwendig, sich mit der Geschichte des revolutionären Denkens auseinander zu setzen. Dabei haben wir uns in diesem Reader auf kommunistische Strömungen und TheoretikerInnen konzentriert, die vom «offiziellen Marxismus» abweichende Positionen vertraten und oftmals den antistaatlichen Charakter der marxistischen Kritik verdeutlichten.

Weil diese Schriften oft schwer aufzufinden sind, sollen sie mit diesem Reader wieder leichter zugänglich gemacht werden. Wir haben unseren Fokus bei der Auswahl der Texte einerseits auf die Spezifik der Analyse der jeweiligen Strömung und andererseits auf ihre Relevanz für Organisationsform und Praxis gerichtet. Daher ist nicht bei jeder Strömung zwangsläufig der bekannteste Text, sondern der für unsere Perspektive interessanteste aufgenommen worden.

Mit diesem Reader wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Stattdessen werden Texte zur Diskussion gestellt, die unserer Ansicht nach spannende Ansätze für die Praxis ergeben. Fussnoten und Verweise sind teilweise aus Platzgründen gestrichen worden.

Inhalt:

1. Rosa Luxemburg
2. Rätekommunistische Linke
3. Italienischer Linkskommunismus und Gramsci
4. Sozialrevolutionäre Fraktion im Spanischen Bürgerkrieg
5. Frühe Kritische Theorie
6. Situationisten
7. Hans-Jürgen Krahel
8. Herbert Marcuse
9. Operaismus
10. Autonomia - Autonomie
11. Johannes Agnoli
12. Wertkritik
13. John Holloway

1. Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg (*laut Geburtsurkunde am 5. März 1870, nach eigenen Angaben jedoch 1871 als Rosalia *Luxenburg* in Zamość, Kreis Lublin in Polen; ihr Nachname wurde später durch einen Schreibfehler zu "Luxemburg", den sie beibehielt; † 15. Januar 1919 in Berlin) war eine bedeutende Vertreterin der europäischen Arbeiterbewegung und entschiedene proletarische Internationalistin.

Rosa Luxemburg wirkte vor allem in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als marxistische Theoretikerin und engagierte Antimilitaristin. Gegen die Kriegsbeteiligung der SPD gründete sie 1914 die "Gruppe Internationale" und leitete dann mit Karl Liebknecht den daraus hervorgehenden Spartakusbund. Als politische Autorin verfasste sie zahlreiche zeitkritische Aufsätze und ökonomische Analysen: vor 1914 u.a. in der "Leipziger Volkszeitung", bis 1918 auch in Haft und danach als Herausgeberin der Zeitung "Die Rote Fahne". Ende 1918 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der KPD, deren erstes Parteiprogramm sie überwiegend verfasste. Im Gefolge des gescheiterten Spartakusaufstands wurde sie unter nicht restlos geklärten Umständen zusammen mit Karl Liebknecht von republikfeindlichen Soldaten ermordet.

Ihre theoretische und praktische Arbeit für den Sozialismus, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse, gegen Militarismus und Krieg wirkten weit über ihre Zeit und die Grenzen Deutschlands hinaus.

Die russische Revolution

Quellenangabe; in Politische Schriften, Band 3, Frankfurt a. Main, 1968; S. 106- 141

I

Die russische Revolution ist das gewaltigste Faktum des Weltkrieges. Ihr Ausbruch, ihr beispielloser Radikalismus, ihre dauerhafte Wirkung strafen am besten die Phrase Lügen, mit der die offizielle deutsche Sozialdemokratie den Eroberungsfeldzug des deutschen Imperialismus im Anfang dienstfeurig ideologisch bemäntelt hat: die Phrase von der Mission der deutschen Bajonette, den Zarismus zu stürzen und seine unterdrückten Völker zu befreien. Der gewaltige Umfang, den die Revolution in Rußland angenommen hat, die tiefgehende Wirkung, womit sie alle Klassenverhältnisse erschüttert, sämtliche sozialen und wirtschaftlichen Probleme aufgerollt, sich folgerichtig vom ersten Stadium der bürgerlichen Republik voranbewegt hat - wobei der Sturz des Zarismus nur eine knappe Episode, beinahe eine Lappalie geblieben ist -, all dies zeigt auf flacher Hand, daß die Befreiung Rußlands nicht das Werk des Krieges und der militärischen Niederlage des Zarismus war, nicht das Verdienst "deutscher Bajonette in deutschen Fäusten", wie die "Neue Zeit" unter der Redaktion Kautskys im Leitartikel versprach, sondern daß sie im eigenen Lande tiefe Wurzeln hatte und innerlich vollkommen reif war. Das Kriegsabenteuer des deutschen Imperialismus unter dem ideologischen Schilde der deutschen Sozialdemokratie hat die Revolution in Rußland nicht herbeigeführt, sondern nur für eine Zeitlang, anfänglich - nach ihrer ersten steigenden Sturmflut in den Jahren 1911-1913 - unterbrochen und dann - nach ihrem Ausbruch - ihr die schwierigsten, abnormalsten Bedingungen geschaffen.

Dieser Verlauf ist aber für jeden denkenden Beobachter auch ein schlagender Beweis gegen die doktrinäre Theorie, die Kautsky mit der Partei der Regierungssozialdemokraten teilt, wonach Rußland als wirtschaftlich zurückgebliebenes, vorwiegend agrarisches Land für die soziale Revolution und für eine Diktatur des Proletariats noch nicht reif wäre. Diese Theorie, die in Rußland nur eine BÜRGERLICHE Revolution für angängig hält - aus welcher Auffassung sich dann auch die Taktik

der Koalition der Sozialisten in Rußland mit dem bürgerlichen Liberalismus ergibt -, ist zugleich diejenige des opportunistischen Flügels in der russischen Arbeiterbewegung, der sogenannten Menschewiki unter der bewährten Führung Axelrods und Dans. Beide: die russischen wie die deutschen Opportunisten treffen in dieser grundsätzlichen Auffassung der russischen Revolution, aus der sich die Stellungnahme zu den Detailfragen der Taktik von selbst ergibt, vollkommen mit den deutschen Regierungssozialisten zusammen: nach der Meinung aller drei hätte die russische Revolution bei jenem Stadium halt machen sollen, das sich die Kriegführung des deutschen Imperialismus nach der Mythologie der deutschen Sozialdemokratie zur edlen Aufgabe stellt: beim Sturz des Zarismus. Wenn sie darüber hinausgegangen ist, wenn sie die Diktatur des Proletariats zur Aufgabe gestellt hat, so ist das nach jener Doktrin ein einfacher Fehler des radikalen Flügels der russischen Arbeiterbewegung, der Bolschewiki, gewesen, und alle Unbilden, die der Revolution in ihrem weiteren Verlauf zugestoßen sind, alle Wirren, denen sie zum Opfer gefallen, stellen sich eben als ein Ergebnis dieses verhängnisvollen Fehlers dar. THEORETISCH läuft diese Doktrin, die vom Stampferischen Vorwärts wie von Kautsky gleichermaßen als Frucht "marxistischen Denkens" empfohlen wird, auf die originelle "marxistische" Entdeckung hinaus, daß die sozialistische Umwälzung eine nationale, sozusagen häusliche Angelegenheit jedes modernen Staates für sich sei. In dem blauen Dunst des abstrakten Schemas weiß ein Kautsky natürlich sehr eingehend die weltwirtschaftlichen Verknüpfungen des Kapitals auszumalen, die aus allen modernen Ländern einen zusammenhängenden Organismus machen. Rußlands Revolution - eine Frucht der internationalen Entwicklung und der Agrarfrage - ist aber unmöglich in den Schranken der bürgerlichen Gesellschaft zu lösen.

PRAKTISCH hat diese Doktrin die Tendenz, die Verantwortlichkeit des internationalen, in erster Linie des deutschen Proletariats, für die Geschichte der russischen Revolution abzuwälzen, die internationalen Zusammenhänge dieser Revolution zu leugnen. Nicht Rußlands Unreife, sondern die Unreife des deutschen Proletariats zur Erfüllung der historischen Aufgaben hat der Verlauf des Krieges und der russischen Revolution erwiesen, und dies mit aller Deutlichkeit hervorzukehren ist die erste

Aufgabe einer kritischen Betrachtung der russischen Revolution. Die Revolution Rußlands war in ihren Schicksalen völlig von den internationalen Ereignissen abhängig. Daß die Bolschewiki ihre Politik gänzlich auf die Weltrevolution des Proletariats stellten, ist gerade das glänzendste Zeugnis ihres politischen Weitblicks und ihrer grundsätzlichen Festigkeit, des kühnen Wurfs ihrer Politik. Darin ist der gewaltige Sprung sichtbar, den die kapitalistische Entwicklung in dem letzten Jahrzehnt gemacht hat. Die Revolution 1905-1907 fand nur ein schwaches Echo in Europa. Sie mußte deshalb ein Anfangskapitel bleiben. Fortsetzung und Lösung war an die europäische Entwicklung gebunden.

Es ist klar, daß nicht kritikloses Apologetentum, sondern nur eingehende nachdenkliche Kritik imstande ist, die Schätze an Erfahrungen und Lehren zu heben. Es wäre in der Tat eine wahnwitzige Vorstellung, daß bei dem ersten welthistorischen Experiment mit der Diktatur der Arbeiterklasse, und zwar unter den denkbar schwersten Bedingungen: mitten im Weltbrand und Chaos eines imperialistischen Völkermordens in der eisernen Schlinge der reaktionärsten Militärmacht Europas, unter völligem Versagen des internationalen Proletariats, daß bei einem Experiment der Arbeiterdiktatur unter so abnormen Bedingungen just alles, was in Rußland getan und gelassen wurde, der Gipfel der Vollkommenheit gewesen sei. Umgekehrt zwingen die elementaren Begriffe der sozialistischen Politik und die Einsicht in ihre notwendigen historischen Voraussetzungen zu der Annahme, daß unter so fatalen Bedingungen auch der riesenhafteste Idealismus und die sturmfeste revolutionäre Energie nicht Demokratie und nicht Sozialismus, sondern nur ohnmächtige, verzerrte Anläufe zu beiden zu verwirklichen imstande seien.

Sich dies in allen tiefgehenden Zusammenhängen und Wirkungen klar vor die Augen zu führen, ist geradezu elementare Pflicht der Sozialisten in allen Ländern; denn nur an einer solchen bitteren Erkenntnis ist die ganze Größe der eigenen Verantwortung des internationalen Proletariats für die Schicksale der russischen Revolution zu ermessen. Andererseits kommt nur auf diesem Wege die entscheidende Wichtigkeit des geschlossenen internationalen Vorgehens der proletarischen Revolution zur Geltung - als eine Grundbedingung, ohne die auch die größte Tüchtigkeit und die höchsten Opfer des Proletariats in einem einzelnen Lande sich

unvermeidlich in ein Wirrsal von Widersprüchen und Fehlgriffen verwickeln müssen.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die klugen Köpfe an der Spitze der russischen Revolution, daß Lenin und Trotzki auf ihrem dornenvollen, von Schlingen aller Art umstellten Weg gar manchen entscheidenden Schritt nur unter größten inneren Zweifeln und mit dem heftigsten inneren Widerstreben taten und daß ihnen selber nichts ferner liegen kann, als all ihr unter dem bitteren Zwange und Drange in gärendem Strudel der Geschehnisse eingegebenes Tun und Lassen von der Internationale als erhabenes Muster der sozialistischen Politik hingenommen zu sehen, für das nur kritiklose Bewunderung und eifrige Nachahmung am Platze wäre.

Es wäre ebenso verfehlt, zu befürchten, eine kritische Sichtung der bisherigen Wege, die die russische Revolution gewandelt, sei eine gefährliche Untergrabung des Ansehens und des faszinierenden Beispiels der russischen Proletarier, das allein die fatale Trägheit der deutschen Massen überwinden könne. Nichts verkehrter als dies. Das Erwachen der revolutionären Tatkraft der Arbeiterklasse in Deutschland kann nimmermehr im Geiste der Bevormundungsmethoden der deutschen Sozialdemokratie seligen Angedenkens durch irgendeine fleckenlose Autorität, sei es die der eigenen "Instanzen" oder die des "russischen Beispiels", hervorgezaubert werden. Nicht durch Erzeugung einer revolutionären Hurrastimmung, sondern umgekehrt: nur durch Einsicht in den ganzen furchtbaren Ernst, die ganze Kompliziertheit der Aufgaben, aus politischer Reife und geistiger Selbständigkeit, aus kritischer Urteilsfähigkeit der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter verschiedensten Vorwänden jahrzehntelang systematisch ertötet wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden. Sich kritisch mit der russischen Revolution in allen historischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, ist die beste Schulung der deutschen wie der internationalen Arbeiter für die Aufgaben, die ihnen aus der gegenwärtigen Situation erwachsen.

II

Die erste Periode der russischen Revolution von deren Ausbruch im März bis zum Oktoberumsturz entspricht in ihrem allgemeinen Verlauf genau dem

Entwicklungsschema sowohl der großen englischen wie der großen französischen Revolution. Er ist der typische Werdegang jeder ersten großen Generalauseinandersetzung der im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft erzeugten revolutionären Kräfte mit den Fesseln der alten Gesellschaft.

Ihre Entfaltung bewegt sich naturgemäß auf aufsteigender Linie: von gemäßigten Anfängen zu immer größerer Radikalisierung der Ziele und parallel damit von der Koalition der Klassen und Parteien zur Alleinherrschaft der radikalen Partei.

Im ersten Moment im März 1917 standen an der Spitze der Revolution die "Kadetten", d.h. die liberale Bourgeoisie. Der allgemeine erste Hochgang der revolutionären Flut riß alle und alles mit: die vierte Duma, das reaktionärste Produkt des aus dem Staatsstreich hervorgegangenen Vierklassenwahlrechts verwandelte sich plötzlich in ein Organ der Revolution. Sämtliche bürgerlichen Parteien, einschließlich der nationalistischen Rechten, bildeten plötzlich eine Phalanx gegen den Absolutismus. Dieser fiel auf den ersten Ansturm fast ohne Kampf, wie ein abgestorbenes Organ, das nur angerührt zu werden brauchte, um dahin zu fallen. Auch der kurze Veruch der liberalen Bourgeoisie, wenigstens die Dynastie und den Thron zu retten, zerschellte in wenigen Stunden. Der reißende Fortgang der Entwicklung übersprang in Tagen und Stunden Strecken, zu denen Frankreich einst Jahrzehnte brauchte. Hier zeigte sich, daß Rußland die Resultate der europäischen Entwicklung eines Jahrhunderts realisierte und vor allem - daß die Revolution des Jahres 1917 eine direkte Fortsetzung der von 1905-1907, nicht ein Geschenk der deutschen "Befreier" war. Die Bewegung im März 1917 knüpfte unmittelbar dort an, wo sie vor zehn Jahren ihr Werk abgebrochen hatte. Die demokratische Republik war das fertige, innerlich reife Produkt gleich des ersten Ansturms der Revolution.

Jetzt begann aber die zweite, schwierige Aufgabe. Die treibende Kraft der Revolution war vom ersten Augenblick an die Masse des städtischen Proletariats. Seine Forderungen erschöpften sich aber nicht in der politischen Demokratie, sondern richteten sich auf die brennende Frage der internationalen Politik: sofortigen Frieden. Zugleich stürzte sich die Revolution auf die Masse des Heeres, das dieselbe Forderung nach sofortigem Frieden erhob, und auf die Masse des Bauerntums, das die Agrarfrage, diesen Drehpunkt der Revolution schon seit 1905, in den Vordergrund schob. Sofortiger Frie-

den und Land - mit diesen beiden Zielen war die innere Spaltung der revolutionären Phalanx gegeben. Die Forderung des sofortigen Friedens setzte sich in schärfsten Widerspruch mit der imperialistischen Tendenz der liberalen Bourgeoisie, deren Wortführer Miljukow war; die Landfrage war das Schreckgespenst zunächst für den anderen Flügel der Bourgeoisie: für das Landjunktum, sodann aber, als Attentat auf das heilige Privateigentum überhaupt, ein wunder Punkt für die gesamten bürgerlichen Klassen.

So begann am andern Tage nach dem ersten Siege der Revolution ein innerer Kampf in ihrem Schoße um die beiden Brennpunkte: Frieden und Landfrage. Die liberale Bourgeoisie begann eine Taktik der Verschleppung und der Ausflüchte. Die Arbeitermassen, die Armee, das Bauerntum drängten immer ungestümer. Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit der Frage des Friedens und der Landfrage auch die Schicksale selbst der politischen Demokratie der Republik verknüpft waren. Die bürgerlichen Klassen, die, von der ersten Sturmwelle der Revolution überspült, sich bis zur republikanischen Staatsform hatten mit fortreißen lassen, begannen alsbald nach rückwärts Stützpunkte zu suchen und im Stillen die Konterrevolution zu organisieren. Der Kaledinsche Kosakenfeldzug gegen Petersburg hat dieser Tendenz deutlichen Ausdruck gegeben. Wäre dieser Vorstoß von Erfolg gekrönt gewesen, dann war nicht nur die Friedens- und die Agrarfrage, sondern auch das Schicksal der Demokratie, der Republik selbst besiegelt. Militärdiktatur mit einer Schreckensherrschaft gegen das Proletariat und dann Rückkehr zur Monarchie wären die unausbleibliche Folge gewesen.

Daran kann man das Utopische und im Kern Reaktionäre der Taktik ermessen, von der sich die russischen Sozialisten der Kautskyschen Richtung, die Menschewiki, leiten ließen. In die Fiktion von dem bürgerlichen Charakter der russischen Revolution festgebissen - dieweil ja Rußland für die soziale Revolution noch nicht reif sei - klammerten sie sich verzweifelt an die Koalition mit den bürgerlichen Liberalen, d.h. an die gewaltsame Verbindung derjenigen Elemente, die, durch den natürlichen inneren Gang der revolutionären Entwicklung gespalten, in schärfsten Widerspruch zueinander geraten waren. Die Axelrods, Dans wollten um jeden Preis mit denjenigen Klassen und Parteien zusammenarbeiten, von denen der Revolution und ihrer ersten Errungenschaft, der Demokratie, die größten Gefahren drohten.

Es ist geradezu erstaunlich zu beobachten, wie dieser fleißige Mann (Kautsky) in den vier Jahren des Weltkrieges durch seine unermüdliche Schreibarbeit ruhig und methodisch ein theoretisches Loch nach dem andern in den Sozialismus reißt, eine Arbeit, aus der der Sozialismus wie ein Sieb ohne eine heile Stelle hervorgeht. Der kritiklose Gleichmut, mit dem seine Gefolgschaft dieser fleißigen Arbeit ihres offiziellen Theoretikers zusieht und seine immer neuen Entdeckungen schluckt, ohne mit der Wimper zu zucken, findet nur ihre Analogie in dem Gleichmut, mit dem die Gefolgschaft der Scheidemann und Co. zusieht, wie diese letzteren den Sozialismus praktisch durchlöchern. In der Tat ergänzen sich die beiden Arbeiten vollkommen, und Kautsky, der offizielle Tempelwächter des Marxismus, verrichtet seit Ausbruch des Krieges in Wirklichkeit nur theoretisch dasselbe, was die Scheidemänner praktisch:

1. Die Internationale, ein Instrument des Friedens;
2. Abrüstung und Völkerbund, Nationalismus;
- endlich 3. Demokratie, NICHT Sozialismus.

In dieser Situation gebührt denn der bolschewistischen Richtung das geschichtliche Verdienst, von Anfang an diejenige Taktik proklamiert und mit eiserner Konsequenz verfolgt zu haben, die allein die Demokratie retten und die Revolution vorwärts treiben konnte. Die ganze Macht ausschließlich in die Hände der Arbeiter- und Bauernmasse, in die Hände der Sowjets - dies war in der Tat der einzige Ausweg aus der Schwierigkeit, in die die Revolution geraten war, das war der Schwertstreich, womit der gordische Knoten durchhauen, die Revolution aus dem Engpaß hinausgeführt und vor ihr das freie Blachfeld einer ungehemmten weiteren Entfaltung geöffnet wurde.

Die Lenin-Partei war somit die einzige in Rußland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, als in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik treibt.

Dadurch erklärt sich auch, daß die Bolschewiki, im Beginn der Revolution eine von allen Seiten verfolgte, verleumdete und gehetzte Minderheit, in kürzester Zeit an die Spitze der Revolution geführt wurden und alle wirklichen Volksmassen: das städtische Proletariat, die Armee, das Bauerntum, sowie die revolutionären Elemente der Demokratie, den linken Flügel der Sozialisten-Revolutionäre, unter ihrer Fahne sammeln konnten.

Die wirkliche Situation der russischen Revolution erschöpfte sich nach wenigen Monaten in der Al-

ternative: Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats, Kaledin oder Lenin. Das war die objektive Lage, die sich in jeder Revolution sehr bald, nachdem der erste Rausch verfliegen ist, ergibt und die sich in Rußland aus den konkreten brennenden Fragen nach dem Frieden und der Landfrage ergab, für die im Rahmen der bürgerlichen Revolution keine Lösung vorhanden war.

Die russische Revolution hat hier nur bestätigt die Grundlehre jeder großen Revolution, deren Lebensgesetz lautet: entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärtstürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächeren Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt. Ein Stillstehen, ein Trippeln auf demselben Fleck, ein Selbstbescheiden mit dem ersten einmal erreichten Ziel gibt es in der Revolution nicht. Und wer diese hausbackenen Weisheiten aus den parlamentarischen Froschmäusekriegen auf die revolutionäre Taktik übertragen will, zeigt nur, daß ihm die Psychologie, das Lebensgesetz selbst der Revolution ebenso fremd wie alle historische Erfahrung ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Der Verlauf der englischen Revolution seit ihrem Ausbruch 1642. Wie die Logik der Dinge dazu trieb, daß erst die schwächlichen Schwankungen der Presbyterianer, der zaudernde Krieg gegen die royalistische Armee, in dem die presbyterianischen Häupter einer entscheidenden Schlacht und einem Siege über Karl I. geflissentlich auswichen, es zur unabweisbaren Notwendigkeit machten, daß die Independenten sie aus dem Parlament vertrieben und die Gewalt an sich rissen. Und ebenso war es weiter innerhalb des Independenten-Heeres die untere kleinbürgerliche Masse der Soldaten, die Lilburnschen "Gleichmacher", die die Stoßkraft der ganzen Independentenbewegung bildeten, sowie endlich die proletarischen Elemente der Soldatenmasse, die in der Digger-Bewegung ihren Ausdruck fanden, ihrerseits den Sauerteig der demokratischen "Gleichmacher"-Partei darstellten.

Ohne die geistige Wirkung der revolutionären proletarischen Elemente auf die Soldatenmasse, ohne den Druck der demokratischen Soldatenmasse auf die bürgerliche Oberschicht der Independentenpartei wäre es weder zur "Reinigung" des Langen Parlamentes von den Presbyterianern noch zur siegreichen Beendigung des Krieges mit dem Heer der Kavaliere und mit den Schotten, noch zum Prozeß und zur Hinrichtung Karls I., noch zur Ab-

schaffung der Lordskammer und zur Proklamierung der Republik gekommen.

Wie war es in der großen französischen Revolution? Die Machtergreifung der Jakobiner erwies sich hier nach vierjährigen Kämpfen als das einzige Mittel, die Errungenschaften der Revolution zu retten, die Republik zu verwirklichen, den Feudalismus zu zerschmettern, die revolutionäre Verteidigung nach innen wie nach außen zu organisieren, die Konspiration der Konterrevolution zu erdrücken, die revolutionäre Welle aus Frankreich über ganz Europa zu verbreiten.

Kautsky und seine russischen Gesinnungsgenossen, die der russischen Revolution ihren "bürgerlichen Charakter" der ersten Phase bewahrt wissen wollten, sind ein genaues Gegenstück zu jenen deutschen und englischen Liberalen des vorigen Jahrhunderts, die in der großen französischen Revolution die zwei Phasen unterschieden: die "gute" Revolution der ersten girondistischen Phase und die "schlechte" seit dem jakobinischen Umsturz. Die liberale Seichtheit der Geschichtsauffassung brauchte natürlich nicht zu begreifen, daß ohne den Umsturz der "maßlosen" Jakobiner auch die ersten zaghaften und halben Errungenschaften der ersten girondistischen Phase alsbald unter den Trümmern der Revolution begraben worden wären, daß die wirkliche Alternative zu der Jakobiner-Diktatur, wie sie der eherne Gang der geschichtlichen Entwicklung im Jahre 1793 stellte, nicht die "gemäßigte" Demokratie war, sondern - Restauration der Bourbonen! Der "goldene Mittelweg" läßt sich eben in keiner Revolution aufrechterhalten, ihr Naturgesetz fordert eine rasche Entscheidung: entweder wird die Lokomotive voll dampf den geschichtlichen Anstieg bis zum äußersten Punkt vorangetrieben, oder sie rollt durch die eigene Schwerkraft wieder in die Ausgangsniederung zurück und reißt diejenigen, die sie auf halbem Wege mit ihren schwachen Kräften aufhalten wollten, rettungslos in den Abgrund mit.

Dadurch erklärt sich, daß in jeder Revolution nur diejenige Partei die Führung und die Macht an sich zu reißen vermag, die den Mut hat, die vorwärtstreibende Parole auszugeben und alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Daraus erklärt sich die klägliche Rolle der russischen Menschewiki, der Dan, Zeretelli u.a., die, anfänglich von ungeheurem Einfluß auf die Massen, nach längerem Hin- und Herpendeln, nachdem sie sich gegen die Übernahme der Macht und Verantwortung mit Händen und

Füßen gesträubt hatten, ruhmlos von der Bühne weggefedt worden sind.

Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung: alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums, den Fortgang der Revolution gesichert hat.

Damit haben die Bolschewiki die berühmte Frage nach der "Mehrheit des Volkes" gelöst, die den deutschen Sozialdemokraten seit jeher wie ein Alp auf der Brust liegt. Als eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus übertrugen sie auf die Revolution einfach die hausbackene Weisheit der parlamentarischen Kinderstube: um etwas durchzusetzen, müsse man erst die Mehrheit haben. Also auch in der Revolution: zuerst werden wir eine "Mehrheit". Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg. Nur eine Partei, die zu führen, d.h. vorwärtzutreiben versteht, erwirbt sich im Sturm die Anhängerschaft. Die Entschlossenheit, mit der Lenin und Genossen im entscheidenden Moment die einzige vorwärtstreibende Losung ausgegeben haben: die ganze Macht in die Hände des Proletariats und der Bauern, hat sie fast über Nacht aus einer verfolgten, verleumdeten Minderheit, deren Führer sich wie Marat in den Kellern verstecken mußten, zur absoluten Herrin der Situation gemacht.

Die Bolschewiki haben auch sofort als Zweck dieser Machtergreifung das ganze und weitgehendste revolutionäre Programm aufgestellt: nicht etwa Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus. Sie haben sich damit das unvergängliche geschichtliche Verdienst erworben, zum erstenmal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren.

Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben Lenin, Trotzki und Genossen voll auf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktober-Aufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.

III

Die Bolschewiki sind die historischen Erben der englischen Gleichmacher und der französischen Jakobiner. Aber die konkrete Aufgabe, die ihnen in der russischen Revolution nach der Machtergreifung zugefallen ist, war unvergleichlich schwieriger als diejenige ihrer geschichtlichen Vorgänger. (Bedeutung der Agrarfrage. Schon 1905. Dann in der 3. Duma die rechten Bauern! Bauernfrage und Verteidigung, Armee.) Gewiß war die Losung der unmittelbaren sofortigen Ergreifung und Aufteilung des Grund und Bodens durch die Bauern die kürzeste, einfachste und lapidarste Formel, um zweierlei zu erreichen: den Großgrundbesitz zu zertrümmern und die Bauern sofort an die revolutionäre Regierung zu fesseln. Als politische Maßnahme zur Befestigung der proletarisch-sozialistischen Regierung war dies eine vorzügliche Taktik. Sie hatte aber leider ihre zwei Seiten, und die Kehrseite bestand darin, daß die unmittelbare Landergreifung durch die Bauern mit sozialistischer Wirtschaft meist gar nichts gemein hat.

Die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftsverhältnisse setzt in Bezug auf die Agrarverhältnisse zweierlei voraus. - Zunächst die Nationalisierung gerade des Großgrundbesitzes als der technisch fortschrittlichsten Konzentration der agrarischen Produktionsmittel und Methoden, die allein dem Ausgangspunkt, der sozialistischen Wirtschaftsweise auf dem Lande dienen kann. Wenn man natürlich dem Kleinbauern seine Parzelle nicht wegzunehmen braucht und es ihm ruhig anheimstellen kann, sich durch die Vorteile des gesellschaftlichen Betriebes freiwillig zuerst für den genossenschaftlichen Zusammenschluß und schließlich für die Einordnung in den sozialen Gesamtbetrieb gewinnen zu lassen, so muß jede sozialistische Wirtschaftsreform auf dem Lande selbstverständlich mit dem Groß- und Mittelgrundbesitz anfangen. Sie muß hier das Eigentumsrecht vor allem auf die Nation oder, was bei sozialistischer Regierung dasselbe ist, wenn man will, auf den Staat übertragen; denn nur dies gewährt die Möglichkeit, die landwirtschaftliche Produktion nach zusammenhängenden großen sozialistischen Gesichtspunkten zu organisieren.

Zweitens aber ist eine der Voraussetzungen dieser Umgestaltung, daß die Trennung der Landwirtschaft von der Industrie, dieser charakteristische Zug der bürgerlichen Gesellschaft, aufgehoben

wird, um einer gegenseitigen Durchdringung und Verschmelzung beider, einer Ausgestaltung sowohl der Agrar- wie der Industrieproduktion nach einheitlichen Gesichtspunkten Platz zu machen. Wie im einzelnen die praktische Bewirtschaftung sein mag: ob durch städtische Gemeinden, wie die einen vorschlagen, oder vom staatlichen Zentrum aus - auf jeden Fall ist Voraussetzung eine einheitlich durchgeführte, vom Zentrum aus eingeleitete Reform und als ihre Voraussetzung Nationalisierung des Grund und Bodens. Nationalisierung des großen und mittleren Grundbesitzes, Vereinigung der Industrie und der Landwirtschaft, das sind zwei grundlegende Gesichtspunkte jeder sozialistischen Wirtschaftsreform, ohne die es keinen Sozialismus gibt.

Daß die Sowjet-Regierung in Rußland diese gewaltigen Reformen nicht durchgeführt hat - wer kann ihr das zum Vorwurf machen! Es wäre ein übler Spaß, von Lenin und Genossen zu verlangen oder zu erwarten, daß sie in der kurzen Zeit ihrer Herrschaft mitten im reißenden Strudel der inneren und äußeren Kämpfe, von zahllosen Feinden und Widerständen ringsum bedrängt, eine der schwierigsten, ja, wir können ruhig sagen: die schwierigste Aufgabe der sozialistischen Umwälzung lösen oder auch nur in Angriff nehmen sollten! Wir werden uns, einmal zur Macht gelangt, auch im Westen und unter den günstigsten Bedingungen an dieser harten Nuß manchen Zahn ausbrechen, ehe wir nur aus den größten der tausend komplizierten Schwierigkeiten dieser Riesenaufgabe heraus sind! Eine sozialistische Regierung, die zur Macht gelangt ist, muß auf jeden Fall eins tun: Maßnahmen ergreifen, die in der Richtung auf jene grundlegenden Voraussetzungen einer späteren sozialistischen Reform der Agrarverhältnisse liegen, sie muß zum mindesten alles vermeiden, was ihr den Weg zu jenen Maßnahmen verrammelt.

Die Parole nun, die von den Bolschewiki herausgegeben wurde: sofortige Besitzergreifung und Aufteilung des Grund und Bodens durch die Bauern, mußte geradezu nach der entgegengesetzten Richtung wirken. Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab, sie türmt vor der Umgestaltung der Agrarverhältnisse im sozialistischen Sinne unüberwindliche Schwierigkeiten auf.

Die Besitzergreifung der Ländereien durch die Bauern auf die kurze und lapidare Parole Lenins und seiner Freunde hin: Geht und nehmet euch das Land! führte einfach zur plötzlichen chaotischen

Überführung des Großgrundbesitzes in bäuerlichen Grundbesitz. Was geschaffen wurde, ist nicht gesellschaftliches Eigentum, sondern neues Privateigentum, und zwar Zerschlagung des großen Eigentums in mittleren und kleineren Besitz, des relativ fortgeschrittenen Großbetriebes in primitiven Kleinbetrieb, der technisch mit den Mitteln aus der Zeit der Pharaonen arbeitet. Nicht genug: durch diese Maßnahme und die chaotische, rein willkürliche Art ihrer Ausführung wurden die Eigentumsunterschiede auf dem Lande nicht beseitigt, sondern nur verschärft. Obwohl die Bolschewiki die Bauernschaft aufforderten, Bauernkomitees zu bilden, um die Besitzergreifung der adligen Ländereien irgendwie zu einer Kollektivaktion zu machen, so ist es klar, daß dieser allgemeine Rat an der wirklichen Praxis und den wirklichen Machtverhältnissen auf dem Lande nichts zu ändern vermochte. Ob mit oder ohne Komitees, sind die reichen Bauern und Wucherer, welche die Dorfbourgeoisie bildeten und in jedem russischen Dorf die tatsächliche lokale Macht in ihren Händen haben, sicher die Hauptnutznießer der Agrarrevolution geworden. Unbesehen kann jeder sich an den Fingern abzählen, daß im Ergebnis der Aufteilung des Landes die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit im Schoße des Bauerntums nicht beseitigt, sondern nur gesteigert, die Klassegegensätze dort verschärft worden sind. Diese Machtverschiebung hat aber ZUUNGUNSTEN der proletarischen und sozialistischen Interessen stattgefunden. Früher stand einer sozialistischen Reform auf dem Lande allenfalls der Widerstand einer kleinen Kaste adeliger und kapitalistischer Großgrundbesitzer sowie eine kleine Minderheit der reichen Dorfbourgeoisie entgegen, deren Expropriation durch eine revolutionäre Volksmasse ein Kinderspiel ist. Jetzt, nach der "Besitzergreifung" steht als Feind jeder sozialistischen Vergesellschaftung der Landwirtschaft eine enorm angewachsene und starke Masse des besitzenden Bauerntums entgegen, daß sein neuerworbenes Eigentum gegen alle sozialistischen Attentate mit Zähnen und Nägeln verteidigen wird. Jetzt ist die Frage der künftigen Sozialisierung der Landwirtschaft, also der Produktion überhaupt in Rußland, zur Gegensatz- und Kampffrage zwischen dem städtischen Proletariat und der Bauernmasse geworden. Wie scharf der Gegensatz schon jetzt geworden ist, beweist der Boykott der Bauern den Städten gegenüber, denen sie die Lebensmittel vorenthalten, um damit Wuchergeschäfte zu machen, genau wie die preußischen Junker. Der

Kapitel 1

Der französische Parzellenbauer war zum tapfersten Verteidiger der großen französischen Revolution geworden, die ihn mit dem konfiszierten Land der Emigranten ausgestattet hatte. Er trug als napoleonischer Soldat die Fahne Frankreichs zum Siege, durchquerte ganz Europa und zertrümmerte den Feudalismus in einem Lande nach dem anderen. Lenin und seine Freunde mochten eine ähnliche Wirkung von ihrer Agrarparole erwartet haben. Indes der russische Bauer hat, nachdem er vom Lande auf eigene Faust Besitz ergriffen, nicht im Traume daran gedacht, Rußland und die Revolution, der er das Land verdankte, zu verteidigen. Er verbiß sich in seinen neuen Besitz und überließ die Revolution ihren Feinden, den Staat dem Zerfall, die städtische Bevölkerung dem Hunger.

Lenins Rede über notwendige Zentralisation in der Industrie, Nationalisierung der Banken, des Handels und der Industrie. Warum nicht des Grund und Bodens? Hier im Gegenteil, Dezentralisation und Privateigentum.

Lenins eigenes Agrarprogramm vor der Revolution war anders. Die Losung übernommen von den vielgeschmähten Sozialisten-Revolutionären oder richtiger: von der spontanen Bewegung der Bauernschaft.

Um sozialistische Grundsätze in die Agrarverhältnisse einzuführen, suchte die Sowjetregierung nunmehr aus Proletariern - meist städtischen, arbeitslosen Elementen - Agrarkommunen zu schaffen. Allein es läßt sich leicht im voraus erraten, daß die Ergebnisse dieser Anstrengungen, gemessen an dem ganzen Umfang der Agrarverhältnisse, nur verschwindend winzig bleiben mußten und für die Beurteilung der Frage gar nicht in Betracht fallen. (Nachdem man den Großgrundbesitz, den geeignetsten Ansatzpunkt für die sozialistische Wirtschaft, in Kleinbetrieb zerschlagen, sucht man jetzt aus kleinen Anfängen kommunistische Musterbetriebe aufzubauen.) Unter den gegebenen Verhältnissen beanspruchen diese Kommunen nur den Wert eines Experiments, nicht einer umfassenden sozialen Reform. Getreidemonopol mit Prämien. JETZT post festum wollen sie den Klassenkampf ins Dorf hineinragen!

Die Leninsche Agrarreform hat dem Sozialismus auf dem Lande eine neue mächtige Volksschicht von Feinden geschaffen, deren Widerstand viel gefährlicher und zäher sein wird, als es derjenige der adligen Großgrundbesitzer war.

Daß sich die militärischen Niederlage in den Zusammenbruch und Zerfall Rußlands verwandelte,

dafür haben die Bolschewiki einen Teil der Schuld. Diese objektiven Schwierigkeiten der Lage haben sich die Bolschewiki aber selbst in hohem Maße verschärft durch eine Parole, die sie in den Vordergrund ihrer Politik geschoben haben: das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Nationen oder, was unter dieser Phrase in Wirklichkeit steckte, den staatlichen Zerfall Rußlands. Die mit doktrinärer Hartnäckigkeit immer wieder proklamierte Formel von dem Recht der verschiedenen Nationalitäten des Russischen Reichs, ihre Schicksale selbständig zu bestimmen "bis einschließlich der staatlichen Lostrennung von Rußland", war ein besonderer Schlachtruf Lenins und Genossen während ihrer Opposition gegen den Miljukowschen wie den Kerenskischen Imperialismus, sie bildete die Achse ihrer inneren Politik nach dem Oktoberumschwung, und sie bildete die ganze Plattform der Bolschewiki in Brest-Litowsk, ihre einzige Waffe, die sie der Machtstellung des deutschen Imperialismus entgegenzustellen hatten.

Zunächst frappiert an der Hartnäckigkeit und starren Konsequenz, mit der Lenin und Genossen an dieser Parole festhielten, daß sie sowohl in krassem Widerspruch zu ihrem sonstigen ausgesprochenen Zentralismus der Politik wie auch zu der Haltung steht, die sie den sonstigen demokratischen Grundsätzen gegenüber eingenommen haben. Während sie gegenüber der konstituierenden Versammlung, dem allgemeinen Wahlrecht, der Presse- und Versammlungsfreiheit, kurz dem ganzen Apparat der demokratischen Grundfreiheiten der Volksmassen, die alle zusammen das "Selbstbestimmungsrecht" in Rußland selbst bildeten, eine sehr kühle Geringschätzung an den Tag legten, behandelten sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als ein Kleinod der demokratischen Politik, dem zuliebe alle praktischen Gesichtspunkte der realen Kritik zu schweigen hätten. Während sie sich von der Volksabstimmung zur konstituierenden Versammlung in Rußland, einer Volksabstimmung auf Grund des demokratischsten Wahlrechts der Welt und in voller Freiheit einer Volksrepublik, nicht im geringsten hatten imponieren lassen und von sehr nüchternen, kritischen Erwägungen ihre Resultate einfach für null und nichtig erklärten, verfochten sie in Brest die "Volksabstimmung" der fremden Nationen Rußlands über ihre staatliche Zugehörigkeit als das wahre Palladium jeglicher Freiheit und Demokratie, unverfälschte Quintessenzen des Völkerwillens und als die

höchste entscheidende Instanz in Fragen des politischen Schicksals der Nationen.

Der Widerspruch, der hier klafft, ist um so unverständlicher, als es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande, wie wir das noch weiter sehen werden, tatsächlich um höchst wertvolle, ja, unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik handelt, während das famose "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" nichts als hohle kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug ist.

In der Tat, was soll dieses Recht bedeuten? Es gehört zum A-B-C der sozialistischen Politik, daß sie wie jede Art Unterdrückung so auch die einer Nation durch die andere bekämpft.

Wenn trotz alledem sonst so nüchterne und kritische Politiker wie Lenin und Trotzki mit ihren Freunden, die für jede Art utopische Phraseologie wie Abrüstung, Völkerbund usw. nur ein ironisches Achselzucken haben, diesmal eine hohle Phrase von genau derselben Kategorie geradezu zu ihrem Steckenpferd machten, so geschah es, wie es uns scheint, aus einer Art Opportunitätspolitik. Lenin und Genossen rechneten offenbar darauf, daß es kein sicheres Mittel gäbe, die vielen fremden Nationalitäten im Schoße des russischen Reiches an die Sache der Revolution, an die Sache des sozialistischen Proletariats zu fesseln, als wenn man ihnen im Namen der Revolution und des Sozialismus die äußerste unbeschränkste Freiheit gewährte, über ihre Schicksale zu verfügen. Es war dies eine Analogie zu der Politik der Bolschewiki den russischen Bauern gegenüber, deren Landhunger die Parole der direkten Besitzergreifung des adeligen Grund und Bodens befriedigt und die dadurch an die Fahne der Revolution und der proletarischen Regierung gefesselt werden sollten. In beiden Fällen ist die Berechnung leider gänzlich fehlgeschlagen. Während Lenin und Genossen offenbar erwarteten, daß sie als Verfechter der nationalen Freiheit, und zwar "bis zur staatlichen Absonderung", Finnland, die Ukraine, Polen, Litauen, die Baltenländer, die Kaukasier usw. zu ebenso vielen treuen Verbündeten der russischen Revolution machen würden, erlebten wir das umgekehrte Schauspiel: eine nach der anderen von diesen "Nationen" benutzte die frisch geschenkte Freiheit dazu, sich als Todfeindin der russischen Revolution gegen sie mit dem deutschen Imperialismus zu verbünden und unter seinem Schutze die Fahne der Konterrevolution nach Rußland selbst zu tragen. Das Zwischenspiel mit der Ukraine in

Brest, das eine entscheidende Wendung jener Verhandlungen und der ganzen inner- und außenpolitischen Situationen der Bolschewiki herbeigeführt hatte, ist dafür ein Musterbeispiel. Das Verhalten Finnlands, Polens, Litauens, der Baltenländer, der Nationen des Kaukasus zeigt überzeugendsterweise, daß wir hier nicht etwa mit einer zufälligen Ausnahme, sondern mit einer typischen Entscheidung zu tun haben.

Freilich, es sind in allen diesen Fällen in Wirklichkeit nicht die "Nationen", die jene reaktionäre Politik betätigen, sondern nur die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen, die im schärfsten Gegensatz zu den eigenen proletarischen Massen das "nationale Selbstbestimmungsrecht" zu einem Werkzeug ihrer konterrevolutionären Klassenpolitik verkehrten. Aber - damit kommen wir gerade zum Knotenpunkt der Frage - darin liegt eben der utopisch-kleinbürgerliche Charakter dieser nationalistischen Phrase, daß sie in der rauhen Wirklichkeit der Klassengesellschaft, zumal in der Zeit aufs äußerste verschärfter Klassegegensätze, sich einfach in ein Mittel der bürgerlichen Klassenherrschaft verwandelt. Die Bolschewiki sollten zu ihrem und der Revolution größten Schaden darüber belehrt werden, daß es eben unter der Herrschaft des Kapitalismus keine Selbstbestimmung der Nation gibt, daß sich in einer Klassengesellschaft jede Klasse der Nation anders "selbstzubestimmen" strebt und daß für die bürgerlichen Klassen die Gesichtspunkte der nationalen Freiheit hinter denen der Klassenherrschaft völlig zurücktreten. Das finnische Bürgerum wie das ukrainische Kleinbürgertum waren darin vollkommen einig, die deutsche Gewaltherrschaft der nationalen Freiheit vorzuziehen, wenn diese mit den Gefahren des "Bolschewismus" verbunden werden sollte.

Die Hoffnung, diese realen Klassenverhältnisse etwa durch "Volksabstimmungen", um die sich alles in Brest drehte, in ihr Gegenteil umzukehren und im Vertrauen auf die revolutionäre Volksmasse ein Mehrheitsvotum für den Zusammenschluß mit der russischen Revolution zu erzielen, war, wenn sie von Lenin-Trotsky ernst gemeint war, ein unbegreiflicher Optimismus, und wenn sie nur ein taktischer Florettstoß im Duell mit der deutschen Gewaltpolitik sein sollte, ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Auch ohne die deutsche militärische Okkupation hätte die famose "Volksabstimmung", wäre es in den Randländern zu einer solchen gekommen, bei der geistigen Verfassung der Bauernmasse und großer Schichten noch indifferenter

Proletarier, bei der reaktionären Tendenz des Kleinbürgertums und den tausend Mitteln der Beeinflussung der Abstimmung durch die Bourgeoisie, mit aller Wahrscheinlichkeit allenthalben ein Resultat ergeben, an dem die Bolschewiki wenig Freude erlebt hätten. Kann es doch in Sachen dieser Volksabstimmungen über die nationale Frage als unverbrüchliche Regel gelten, daß die herrschenden Klassen sie entweder, wo ihnen eine solche nicht in den Kram paßt, zu verhindern wissen oder, wo sie zustande käme, ihre Resultate durch all diese Mittel und Mittelchen zu beeinflussen wüßten, die es auch bewirken, daß wir auf dem Wege von Volksabstimmungen keinen Sozialismus einführen können.

Daß überhaupt die Frage der nationalen Bestrebungen und Sondertendenzen mitten in die revolutionären Kämpfe hineingeworfen, ja, durch den Brester Frieden in den Vordergrund geschoben und gar zum Schibboleth der sozialistischen und revolutionären Politik gestempelt wurde, hat die größte Verwirrung in die Reihen des Sozialismus getragen und die Position des Proletariats gerade in den Randländern erschüttert. In Finnland hatte das sozialistische Proletariat, solange es als ein Teil der geschlossenen revolutionären Phalanx Rußlands kämpfte, bereits eine beherrschende Machtstellung; es besaß die Mehrheit im Landtag, in der Armee, es hatte die Bourgeoisie völlig zur Ohnmacht herabgedrückt und war der Herr der Situation im Lande. Die russische Ukraine war zu Beginn des Jahrhunderts, als die Narreteien des "ukrainischen Nationalismus" mit den Karbowentzen und den "Universals" und das Steckenpferd Lenins von einer "selbständigen Ukraine" noch nicht erfunden waren, die Hochburg der russischen revolutionären Bewegung gewesen. Von dort aus, aus Rostow, aus Odessa, aus dem Donez-Gebiete flossen die ersten Lavaströme der Revolution (schon um das Jahr 1902-04) und entzündeten ganz Südrußland zu einem Flammenmeer, so den Ausbruch von 1905 vorbereitend; dasselbe wiederholte sich in der jetzigen Revolution, in der das südrussische Proletariat die Elitetruppen der proletarischen Phalanx stellte. Polen und die Baltenländer waren seit 1905 die mächtigsten und zuverlässigsten Herde der Revolution, in denen das sozialistische Proletariat eine hervorragende Rolle spielte.

Wie kommt es, daß in allen diesen Ländern plötzlich die Konterrevolution triumphiert? Die nationalistische Bewegung hat eben das Proletariat dadurch, daß sie es von Rußland losgerissen hat,

gelähmt und der nationalen Bourgeoisie in den Randländern ausgeliefert. Statt gerade im Geiste der reinen internationalen Klassenpolitik, die sie sonst vertraten, die kompakteste Zusammenfassung der revolutionären Kräfte auf dem ganzen Gebiet des Reiches anzustreben, die Integrität des russischen Reiches als Revolutionsgebiet mit Zähnen und Nägeln zu verteidigen, die Zusammengehörigkeit und Unzertrennlichkeit der Proletarier aller Länder im Bereiche der russischen Revolution als oberstes Gebot der Politik allen nationalistischen Sonderbestrebungen entgegenzustellen, haben die Bolschewiki durch die dröhnende nationalistische Phraseologie von dem "Selbstbestimmungsrecht bis zur staatlichen Lostrennung" gerade umgekehrt der Bourgeoisie in allen Randländern den erwünschtesten, glänzendsten Vorwand, geradezu das Banner für ihre konterrevolutionären Bestrebungen geliefert. Statt die Proletarier in den Randländern vor jeglichem Separatismus als vor rein bürgerlichem Fallstrick zu warnen, haben sie vielmehr die Massen in allen Randländern durch ihre Parole verwirrt und der Demagogie der bürgerlichen Klassen ausgeliefert. Sie haben durch diese Forderung des Nationalismus den Zerfall Rußlands selbst herbeigeführt, vorbereitet und so den eigenen Feinden das Messer in die Hand gedrückt, das sie der russischen Revolution ins Herz stoßen sollten.

Freilich, ohne die Hilfe des deutschen Imperialismus, ohne "die deutschen Gewehrkolben in deutschen Fäusten", wie die "Neue Zeit" Kautskys schrieb, wären die Lubinskys und die anderen Schufterles der Ukraine sowie die Erichs und Mannerheims in Finnland und die baltischen Barone mit den sozialistischen Proletariernmassen ihrer Länder nimmermehr fertig geworden. Aber der nationale Separatismus war das trojanische Pferd, in dem die deutschen "Genossen" mit Bajonetten in den Fäusten in alle jene Länder eingezogen kamen. Die realen Klassengegensätze und die militärischen Machtverhältnisse haben die Intervention Deutschlands herbeigeführt. Aber die Bolschewiki haben die Ideologie geliefert, die diesen Feldzug der Konterrevolution maskiert hatte, sie haben die Position der Bourgeoisie gestärkt und die der Proletarier geschwächt. Der beste Beweis ist die Ukraine, die eine so fatale Rolle in den Geschicken der russischen Revolution spielen sollte. Der ukrainische Nationalismus war in Rußland ganz anders als etwa der tschechische, polnische oder finnische, nichts als eine einfache Schrulle, eine Fatz-

kerei von ein paar Dutzend kleinbürgerlichen Intelligenzlern, ohne die geringsten Wurzeln in den wirtschaftlichen, politischen oder geistigen Verhältnissen des Landes, ohne jegliche historische Tradition, da die Ukraine niemals eine Nation oder einen Staat gebildet hatte, ohne irgendeine nationale Kultur, außer den reaktionärromantischen Gedichten Schewtschenkos. Es ist förmlich, als wenn eines schönen Morgens die von der Wasserkante auf den Fritz Reuter hin eine neue plattdeutsche Nation und Staat gründen wollten. Und diese lächerliche Posse von ein paar Universitätsprofessoren und Studenten bauschten Lenin und Genossen durch ihre doktrinäre Agitation mit dem "Selbstbestimmungsrecht bis einschließlich usw." künstlich zu einem politischen Faktor auf. Sie verliehen der anfänglichen Posse eine Wichtigkeit, bis die Posse zum blutigsten Ernst wurde: nämlich nicht zu einer ernstesten nationalen Bewegung, für die es nach wie vor gar keine Wurzeln gibt, sondern zum Aushängeschild und zur Sammelfahne der Konterrevolution! Aus diesem Windei krochen in Brest die deutschen Bajonette.

Diese Phrasen haben in der Geschichte der Klassenkämpfe zu Zeiten eine sehr reale Bedeutung. Es ist das fatale Los des Sozialismus, daß er in diesem Weltkrieg dazu ausersehen war, ideologische Vorwände für die konterrevolutionäre Politik zu liefern. Die deutsche Sozialdemokratie beeilte sich beim Ausbruch des Krieges, den Raubzug des deutschen Imperialismus mit einem ideologischen Schild aus der Rumpelkammer des Marxismus zu schmücken, indem sie ihn für den von unseren Altmeistern herbeigesehnten Befreierfeldzug gegen den russischen Zarismus erklärte. Den Antipoden der Regierungssozialisten, den Bolschewiki, war es beschieden, mit der Phrase von der Selbstbestimmung der Nationen Wasser auf die Mühle der Konterrevolution zu liefern und damit eine Ideologie nicht nur für die Erdrosselung der russischen Revolution selbst, sondern für die geplante konterrevolutionäre Liquidierung des ganzen Weltkrieges zu liefern. Wir haben allen Grund, uns die Politik der Bolschewiki in dieser Hinsicht sehr gründlich anzusehen. Das "Selbstbestimmungsrecht der Nationen", verkoppelt mit dem Völkerbund und der Abrüstung von Wilsons Gnaden, bildet den Schlachtruf, dem sich die bevorstehende Auseinandersetzung des internationalen Sozialismus mit der bürgerlichen Welt abspielen wird. Es liegt klar zu Tage, daß die Phrase von der Selbstbestimmung und die ganze nationale Bewegung,

die gegenwärtig die größte Gefahr für den internationalen Sozialismus bildet, gerade durch die russische Revolution und die Brester Verhandlungen eine außerordentliche Stärkung erfahren haben. Wir werden uns mit dieser Plattform noch eingehend zu befassen haben. Die tragischen Schicksale dieser Phraseologie in der russischen Revolution, in deren Stacheln sich die Bolschewiki verfangen und blutig ritzen sollten, muß dem internationalen Proletariat als warnendes Exempel dienen.

Nun folgte aus alledem die Diktatur Deutschlands. Vom Brester Frieden bis zum "Zusatzvertrag"! Die 200 Sühneopfer in Moskau. Aus dieser Lage ergab sich der Terror und die Erdrückung der Demokratie.

IV

Wir wollen dies an einigen Beispielen näher prüfen.

Eine hervorragende Rolle in der Politik der Bolschewiki spielte die bekannte Auflösung der konstituierenden Versammlung im November 1917. Diese Maßnahme war bestimmend für ihre weitere Position, sie war gewissermaßen der Wendepunkt ihrer Taktik. Es ist eine Tatsache, daß Lenin und Genossen bis zu ihrem Oktobersiege die Einberufung der Konstitutionsversammlung stürmisch forderten, daß gerade die Verschleppungspolitik der Kerenski-Regierung in dieser Sache einen Anklagepunkt der Bolschewiki gegen jene Regierung bildete und ihnen zu heftigsten Ausfällen Anlaß gab. Ja, Trotzki sagt in seinem interessanten Schriftchen "Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag", der Oktoberumschwung sein geradezu "eine Rettung für die Konstituante" gewesen, wie für die Revolution überhaupt. "Und als wir sagten", fährt er fort, "daß der Eingang zur konstituierenden Versammlung nicht über das Vorparlament Zeretellis, sondern über die Macht-ergreifung der Sowjets führe, waren wir vollkommen aufrichtig."

Und nun war nach diesen Ankündigungen der erste Schritt Lenins nach der Oktoberrevolution - die Auseinandertreibung derselben konstituierenden Versammlung, zu der sie den Eingang bilden sollte. Welche Gründe konnten für eine so verblüffende Wendung maßgebend sein? Trotzki äußert sich darüber in der erwähnten Schrift ausführlich, und wir wollen seine Argumente hierher setzen:

"Wenn die Monate, die der Oktoberrevolution vorangingen, eine Zeit der Linksverschiebung der Massen und des elementaren Zustroms der Arbeiter, Soldaten und Bauern zu den Bolschewiki waren, so drückte sich innerhalb der Partei der Sozialisten-Revolutionäre dieser Prozeß in der Verstärkung des linken Flügels auf Kosten des rechten aus. Aber immer noch dominierten in den Parteilisten der Sozialisten-Revolutionäre zu drei Vierteln die alten Namen des rechten Flügels ...

Dazu kam noch der Umstand, daß die Wahlen selbst im Laufe der ersten Wochen nach dem Oktoberumsturz stattfanden. Die Nachricht von der Veränderung, die stattgefunden habe, verbreitete sich verhältnismäßig langsam in konzentrischen Kreisen, von der Hauptstadt nach der Provinz und aus den Städten nach den Dörfern. Die Bauernmassen waren sich an vielen Orten recht wenig klar über das, was in Petrograd und Moskau vorging. Sie stimmten für "Land und Freiheit" und stimmten für ihre Vertreter in den Nationalkomitees, die meistens unter dem Banner der "Narodniki" standen. Damit aber stimmten sie für Kerenski und Awxentjew, die dieses Landkomitee auflösten und verhaften ließen ... Dieser Sachverhalt gibt eine klare Vorstellung, in welchem Maße die Konstituante hinter der Entwicklung des politischen Kampfes und den Parteigruppierungen zurückgeblieben war."

Das alles ist ganz ausgezeichnet und sehr überzeugend. Nur muß man sich wundern, daß so kluge Leute wie Lenin und Trotzki nicht auf die nächstliegende Schlußfolgerung geraten sind, die sich aus den obigen Tatsachen ergab. Da die konstituierende Versammlung lange vor dem entscheidenden Wendepunkt, dem Oktoberumschwung, gewählt und in ihrer Zusammensetzung das Bild der überholten Vergangenheit, nicht der neuen Sachlage spiegelte, so ergab sich von selbst der Schluß, daß sie eben die verjäherte, also totgeborene konstituierende Versammlung kassierten und ungesäumt Neuwahlen zu einer neuen Konstituante ausschrieben! Sie wollten und durften die Geschicke der Revolution nicht einer Versammlung anvertrauen, die das gestrige Kerenskische Rußland, die Periode der Schwankungen und der Koalition mit der Bourgeoisie spiegelte. Wohlan, es blieb nur übrig, sofort an ihre Stelle eine aus dem erneuerten, weitergegangenen Rußland hervorgegangene Versammlung einzuberufen.

Statt dessen schließt Trotzki aus der speziellen Unzulänglichkeit der im Oktober zusammengetre-

tenen konstituierenden Versammlung, ja er verallgemeinert sie zu der Untauglichkeit jeder aus dem allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Volksvertretung während der Revolution überhaupt.

"Dank dem offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt häufen die arbeitenden Massen in kürzester Zeit eine Menge politischer Erfahrung an und steigen in ihrer Entwicklung schnell von einer Stufe auf die andere. Der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen kommt dieser Entwicklung um so weniger nach, je größer das Land und je unvollkommener sein technischer Apparat ist." (Trotzki S. 93)

Hier haben wir schon den "Mechanismus der demokratischen Institution überhaupt". Demgegenüber ist zunächst hervorzuheben, daß in dieser Einschätzung der Vertreterinstitutionen eine etwas schematische, steife Auffassung zum Ausdruck kommt, der die historische Erfahrung gerade aller revolutionären Epochen nachdrücklich widerspricht. Nach Trotzki's Theorie widerspiegelt jede gewählte Versammlung ein für allemal nur die geistige Verfassung, politische Reife und Stimmung ihrer Wählerschaft just in dem Moment, wo sie zur Wahlurne schritt. Die demokratische Körperschaft ist demnach stets das Spiegelbild der Masse vom Wahltermin, gleichsam wie der Herschelsche Sternhimmel uns stets die Weltkörper nicht wie sie sind zeigt, da wir auf sie blicken, sondern wie sie im Moment der Versendung ihrer Lichtboten aus unermeßlicher Weite zur Erde waren. Jeder lebendige geistige Zusammenhang zwischen den einmal Gewählten und der Wählerschaft, jede dauernde Wechselwirkung zwischen beiden wird hier geleugnet.

Wie sehr widerspricht dem alle geschichtliche Erfahrung! Diese zeigt uns umgekehrt, daß das lebendige Fluidum der Volksstimmung beständig die Vertretungskörperschaften umspült, in sie eindringt, sie lenkt. Wie wäre es sonst möglich, daß wir in jedem bürgerlichen Parlament zu Zeiten die ergötzlichsten Kapriolen der "Volksvertreter" erleben, die, plötzlich von einem neuen "Geist" belebt, ganz unerwartete Töne hervorbringen, daß die vertrocknetsten Mumien sich zu Zeiten jugendlich gebärden und die verschiedenen Scheidemännchen auf einmal in ihrer Brust revolutionäre Töne finden - wenn es in den Fabriken, Werkstätten und auf der Straße rumort?

Und diese ständige lebendige Einwirkung der Stimmung und der politischen Reife der Massen

auf die gewählten Körperschaften sollte gerade in einer Revolution vor dem starren Schema der Parteischilder und Wahllisten versagen? Gerade umgekehrt! Gerade die Revolution schafft durch ihre Gluthitze jene dünne, vibrierende, empfängliche politische Luft, in der die Wellen der Volksstimmung, der Pulsschlag des Volkslebens augenblicklich in wunderbarer Weise auf die Vertretungskörperschaften einwirken. Gerade darauf beruhen ja immer die bekannten effektvollen Szenen aus dem Anfangsstadium aller Revolutionen, wo alte reaktionäre oder höchst gemäßigte unter altem Regime aus beschränktem Wahlrecht gewählte Parlamente plötzlich zu heroischen Wortführern des Umsturzes, zu Stürmern und Drängern werden. Das klassische Beispiel bietet ja das berühmte "Lange Parlament" in England, das, 1642 gewählt und zusammengetreten, sieben Jahre lang auf dem Posten blieb und in seinem Innern alle Wechselverschiebungen der Volksstimmung, der politischen Reife, der Klassenspaltung, des Fortgangs der Revolution bis zu ihrem Höhepunkt, von der anfänglich devoten Plänkelei mit der Krone unter einem auf Knien liegenden "Sprecher" bis zur Abschaffung des Hauses der Lords, Hinrichtung Karls und Proklamierung der Republik widerspiegelt. Und hat sich nicht dieselbe wunderbare Wandlung in den Generalstaaten Frankreichs, im Zensusparlament Louis Philipps, ja - das letzte frappanteste Beispiel liegt Trotzki so nahe - in der vierten russischen Duma wiederholt, die im Jahre des Heils 1909, unter der starrsten Herrschaft der Konterrevolution gewählt, im Februar 1917 plötzlich den Johannistrieb des Umsturzes verspürte und zum Ausgangspunkt der Revolution ward?

Das alles zeigt, daß "der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen" einen kräftigen Korrektor hat - eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse ist, um so unmittelbarer und genauer ist die Wirkung - trotz starrer Parteischilder, veralteter Wahllisten etc. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Insti-

tutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energiesche politische Leben der breitesten Volksmassen.

Nehmen wir ein anderes frappantes Beispiel: das von der Sowjetregierung ausgearbeitete Wahlrecht. Es ist nicht ganz klar, welche praktische Bedeutung diesem Wahlrecht beigemessen ist. Aus der Kritik Trotzki und Lenins an den demokratischen Institutionen geht hervor, daß sie Volksvertretungen aus allgemeinen Wahlen grundsätzlich ablehnen und sich nur auf die Sowjets stützen wollen. Weshalb dann überhaupt ein allgemeines Wahlrecht ausgearbeitet wurde, ist eigentlich nicht ersichtlich. Es ist uns auch nicht bekannt, daß dieses Wahlrecht irgendwie ins Leben eingeführt worden wäre; von Wahlen zu einer Art Volksvertretung auf seiner Grundlage hat man nichts gehört. Wahrscheinlicher ist die Annahme, daß es nur ein theoretisches Produkt sozusagen vom grünen Tisch aus geblieben ist; aber so wie es ist, bildet es ein sehr merkwürdiges Produkt der bolschewistischen Diktaturtheorie. Jedes Wahlrecht, wie überhaupt jedes politische Recht, ist nicht nach irgendwelchen abstrakten Schemen der "Gerechtigkeit" und ähnlicher bürgerlich demokratischer Phraseologie zu messen, sondern an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, auf die es zugeschnitten ist. Das von der Sowjetregierung ausgearbeitete Wahlrecht ist eben auf die Übergangsperiode von der bürgerlich-kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsform berechnet, auf die Periode der proletarischen Diktatur. Im Sinne der Auslegung von dieser Diktatur, die Lenin-Trotzki vertreten, wird das Wahlrecht nur denjenigen verliehen, die von eigener Arbeit leben, und allen anderen verweigert. Nun ist es klar, daß ein solches Wahlrecht nur in einer Gesellschaft Sinn hat, die auch wirtschaftlich in der Lage ist, allen, die arbeiten wollen, ein auskömmliches, kulturwürdiges Leben von eigener Arbeit zu ermöglichen. Trifft das auf das jetzige Rußland zu? Bei den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen das vom Weltmarkt abgesperrte, von seinen wichtigsten Rohstoffquellen abgeschnürte Sowjetrußland zu ringen hat, bei der allgemeinen, furchtbaren Zerrüttung des Wirtschaftslebens, bei dem schroffen Umsturz der Produktionsverhältnisse infolge der Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft wie in der Industrie und im Handel liegt es auf der Hand, daß ungezählte Existenzen ganz plötzlich entwurzelt, aus ihrer Bahn herausgeschleudert werden, ohne jede objektive Möglichkeit, in dem wirtschaftlichen

Mechanismus irgendeine Verwendung für ihre Arbeitskraft zu finden. Das bezieht sich nicht bloß auf die Kapitalisten- und Grundbesitzerklasse, sondern auch auf die breite Schicht des Mittelstandes und auf die Arbeiterklasse selbst. Ist es doch Tatsache, daß das Zusammenschrumpfen der Industrie ein massenhaftes Abfluten des städtischen Proletariats aufs platte Land hervorgerufen hat, das in der Landwirtschaft Unterkunft sucht. Unter solchen Umständen ist ein politisches Wahlrecht, das den allgemeinen Arbeitszwang zur wirtschaftlichen Voraussetzung hat, eine ganz unbegreifliche Maßregel. Der Tendenz nach soll es die Ausbeuter allein politisch rechtlos machen. Und während produktive Arbeitskräfte massenhaft entwurzelt werden, sieht sich die Sowjetregierung umgekehrt vielfach gezwungen, die nationale Industrie den früheren kapitalistischen Eigentümern sozusagen in Pacht zu überlassen. Desgleichen sah sich die Sowjetregierung gezwungen, auch mit den bürgerlichen Konsumgenossenschaften ein Kompromiß zu schließen. Ferner hat sich die Benutzung von bürgerlichen Fachleuten als unumgänglich erwiesen. Eine andere Folge derselben Richtung ist, daß wachsende Schichten des Proletariats als Rotgardisten etc. vom Staate aus öffentlichen Mitteln erhalten werden. In Wirklichkeit macht es rechtlos breite und wachsende Schichten des Kleinbürgertums und des Proletariats, für die der wirtschaftliche Organismus keinerlei Mittel zur Ausübung des Arbeitszwanges vorsieht.

Das ist eine Ungereimtheit, die das Wahlrecht als ein utopisches, von der sozialen Wirklichkeit losgelöstes Phantasieprodukt qualifiziert. Und gerade deshalb ist es kein ernsthaftes Werkzeug der proletarischen Diktatur. Ein Anachronismus, eine Vorwegnahme der rechtlichen Lage, die auf einer schon fertigen sozialistischen Wirtschaftsbasis am Platze ist, nicht in der Übergangsperiode der proletarischen Diktatur.

Als der ganze Mittelstand, die bürgerliche und kleinbürgerliche Intelligenz nach der Oktoberrevolution die Sowjetregierung monatelang boykottierten, den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, den Schulbetrieb, den Verwaltungsapparat lahmlegten und sich auf diese Weise gegen die Arbeiterregierung auflehnten, da waren selbstverständlich alle Maßregeln des Druckes gegen sie: durch Entziehung politischer Rechte, wirtschaftlicher Existenzmittel etc. geboten, um den Widerstand mit eiserner Faust zu brechen. Da kam eben die sozialistische Diktatur zum Ausdruck, die vor

keinem Machtaufgebot zurückschrecken darf, um bestimmte Maßnahmen im Interesse des Ganzen zu erzwingen oder zu verhindern. Hingegen ein Wahlrecht, das eine allgemeine Entrechtung ganz breiter Schichten der Gesellschaft ausspricht, das sie politisch außerhalb des Rahmens der Gesellschaft stellt, während es für sie wirtschaftlich innerhalb dieses Rahmens selbst keine Platz zu schaffen imstande ist, eine Entrechtung nicht als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck, sondern als allgemeine Regel von dauernder Wirkung, das ist nicht eine Notwendigkeit der Diktatur, sondern eine lebensunfähige Improvisation. Sowohl Sowjets als Rückgrat wie Konstituante und allgemeines Wahlrecht.

Die Bolschewiki bezeichneten die Sowjets als reaktionär, weil die Mehrheit darin Bauern seien (Bauerndelegierte und Soldatendelegierte). Nachdem sich die Sowjets auf ihre Seite stellten, wurden sie die richtigen Vertreter der Volksmeinung. Aber dieser plötzliche Umschwung hing nur mit Frieden und Landfrage zusammen.

Doch mit der konstituierenden Versammlung und dem Wahlrecht ist die Frage nicht erschöpft: Es kam nicht nur Abschaffung der wichtigsten demokratischen Garantien eines gesunden öffentlichen Lebens und der politischen Aktivität der arbeitenden Massen in Betracht: der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, ohne die alle Gegner der Sowjetregierung vogelfrei geworden sind. Für diese Eingriffe reicht die obige Argumentation Trotzki über die Schwerfälligkeit der demokratischen Wahlkörper nicht entfernt aus. Hingegen ist es eine offenkundige, unbestreitbare Tatsache, daß ohne freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist.

Lenin sagt: der bürgerliche Staat sei ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, der sozialistische zur Unterdrückung der Bourgeoisie. Es sei bloß gewissermaßen der auf den Kopf gestellte kapitalistische Staat. Diese vereinfachte Auffassung sieht von dem Wesentlichsten ab: die bürgerliche Klassenherrschaft braucht keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse enggezogene Grenzen hinaus. Für die proletarische Diktatur ist sie das Lebelement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag.

"Dank dem offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt häufen die arbeitenden Mas-

sen in kürzester Zeit eine Menge politischer Erfahrung an und steigen in ihrer Entwicklung schnell von Stufe zu Stufe." Hier widerlegt Trotzki sich selbst und seine eigenen Parteifreunde. Eben weil dies zutrifft, haben sie durch Erdrückung des öffentlichen Lebens die Quelle der politischen Erfahrung und das Steigen der Entwicklung verstopft. Oder aber müßte man annehmen, daß die Erfahrung und Entwicklung bis zur Machtergreifung der Bolschewiki nötig war, den höchsten Grad erreicht hatte und von nun an überflüssig wurde. (Rede Lenins: Rußland ist überzeugt für den Sozialismus!!!)

In Wirklichkeit umgekehrt! Gerade die riesigen Aufgaben, an die die Bolschewiki mit Mut und Entschlossenheit herantraten, erforderten die intensivste politische Schulung der Massen und Sammlung der Erfahrung.

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei - mögen sie noch so zahlreich sein - ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der "Gerechtigkeit", sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die "Freiheit" zum Privilegium wird.

Die Bolschewiki werden selbst mit der Hand auf dem Herzen nicht leugnen wollen, daß sie auf Schritt und Tritt tasten, versuchen, experimentieren, hin- und herprobieren mußten und daß ein gut Teil ihrer Maßnahmen keine Perle darstellt. So muß und wird es uns allen gehen, wenn wir daran gehen - wenn auch nicht überall so schwierige Verhältnisse herrschen mögen.

Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trotzkischen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, dies dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider - oder je nachdem: zum Glück - nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben,

um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn frei zu machen, welcher Art hingegen die tausend konkreten praktischen großen und kleinen Maßnahmen sind, um die sozialistischen Grundzüge in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt kein sozialistisches Parteiprogramm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluß. Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen. Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte, die genau wie die organische Natur, deren Teil sie letzten Endes ist, die schöne Gepflogenheit hat, zusammen mit einem wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnis stets auch die Mittel zu seiner Befriedigung, mit der Aufgabe zugleich die Lösung hervorzubringen. Ist dem aber so, dann ist es klar, daß der Sozialismus sich seiner Natur nach nicht oktroyieren läßt, durch Ukase einführen. Er hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen - gegen Eigentum usw. Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt. (Beweis: die Jahre 1905 und die Monate Februar-Oktober 1917.) Wie dort politisch, so auch ökonomisch und sozial. Die ganze Volksmasse muß daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert.

Unbedingt öffentliche Kontrolle notwendig. Sonst bleibt der Austausch der Erfahrungen nur in dem geschlossenen Kreis der Beamten der neuen Regierung. Korruption unvermeidlich. (Lenins Worte, Mitteilungsblatt Nr. 29.) Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte anstelle egoistischer, Masseninitiative anstelle der Trägheit, Idealismus, der über alle Leiden hinweg trägt usw. usw. Niemand weiß das besser, schildert

das eindringlicher, wiederholt das hartnäckiger als Lenin. Nur vergreift er sich völlig im Mittel. Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Palliative. Der einzige Weg zur Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkteste breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert.

Fällt das alles weg, was bleibt in Wirklichkeit? Lenin und Trotzki haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (das Verschieben der Sowjet-Kongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselschießungen usw.

Lenins Rede über Disziplin und Korruption.

Ein Problem für sich von hoher Wichtigkeit in jeder Revolution bildet der Kampf mit dem Lumpenproletariat. Auch wir in Deutschland und allerorts werden damit zu tun haben. Das lumpenproletarische Element haftet tief der bürgerlichen Gesellschaft an, nicht nur als besondere Schicht, als sozialer Abfall, der namentlich in Zeiten riesig anwächst, wo die Mauern der Gesellschaftsordnung zusammenstürzen, sondern als integrierendes Element der gesamten Gesellschaft. Die Vorgänge in Deutschland - und mehr oder minder in allen andern Staaten - haben gezeigt, wie leicht alle

Schichten der bürgerlichen Gesellschaft der Ver lumpung anheimfallen. Abstufungen zwischen kaufmännischem Preiswucher, Schlachtschitzen-Schiebungen, fiktiven Gelegenheitsgeschäften, Lebensmittelfälschung, Prellerei, Beamtenunterschlagung, Diebstahl, Einbruch und Raub flossen so ineinander, daß die Grenze zwischen dem ehrbaren Bürgertum und dem Zuchthaus verschwand. Hier wiederholt sich dieselbe Erscheinung wie die regelmäßige rasche Ver lumpung bürgerlicher Zierden, wenn sie in überseeische koloniale Verhältnisse auf fremden sozialen Boden verpflanzt werden. Mit der Abstreifung der konventionellen Schranken und Stützen für Moral und Recht fällt die bürgerliche Gesellschaft, deren innerstes Lebensgesetz die tiefste Unmoral: die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, unmittelbar und hemmungslos einfacher Ver lumpung anheim. Die proletarische Revolution wird überall mit diesem Feind und Werkzeug der Konterrevolution zu ringen haben.

Und doch ist auch in dieser Beziehung der Terror ein stumpfes, ja zweischneidiges Schwert. Die drakonischste Feldjustiz ist ohnmächtig gegen Ausbrüche des lumpenproletarischen Unwesens. Ja, jedes dauernde Regiment des Belagerungszustandes führt unweigerlich zur Willkür, und jede Willkür wirkt deprivierend auf die Gesellschaft. Das einzige wirksame Mittel in der Hand der proletarischen Revolution sind auch hier: radikale Maßnahmen politischer und sozialer Natur, rascheste Umwandlung der sozialen Garantien des Lebens der Masse und - Entfaltung des revolutionären Idealismus, der sich nur in uneingeschränkter politischer Freiheit durch intensiv aktives Leben der Massen auf die Dauer halten läßt.

Wie gegen Krankheitsinfektionen und -keime die freie Wirkung der Sonnenstrahlen das wirksamste, reinigende und heilende Mittel ist, so ist die Revolution selbst und ihr erneuerndes Prinzip, das von ihr hervorgerufenen geistige Leben, Aktivität und Selbstverantwortung der Massen, also die breiteste politische Freiheit als ihre Form, die einzige heilende und reinigende Sonne.

Anarchie wird auch bei uns und überall unvermeidlich sein. Lumpenproletarisches Element haftet der bürgerlichen Gesellschaft an und läßt sich nicht von ihr trennen:

Beweise:

1. Ostpreußen, die "Kosaken"-Plünderungen.
2. Der generelle Ausbruch von Raub und Diebstahl in Deutschland ("Schiebungen", Post- und Eisen-

bahnpersonal, Polizei, völlige Verwischung der Grenzen zwischen der wohlgeordneten Gesellschaft und dem Zuchthaus).

3. Die rapide Ver lumpung der Gewerkschaftsführer. Dagegen sind die drakonischen Terrormaßnahmen machtlos. Im Gegenteil, sie korrumpieren noch mehr. Das einzige Gegengift: Idealismus und soziale AKTIVITÄT der Massen, unbeschränkte politische Freiheit.

Das ist ein übermächtiges objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.

Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. "Diktatur ODER Demokratie" heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die BÜRGERLICHE Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d.h. für Diktatur nach bürgerlichem Muster. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik. Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Rat Kautskys unter dem Vorwand der "Unreife des Landes" auf die sozialistische Umwälzung verzichten und sich nur der Demokratie widmen, ohne an sich selbst, an der Internationale, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der KLASSE, nicht einer Partei oder Clique, Diktatur der Klasse, d.h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie. "Als Marxisten sind wir nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen", schreibt Trotzki. Gewiß, wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen. Wir sind auch nie Götzendiener des Sozialismus oder des Marxismus gewesen. Folgt etwa daraus, daß wir auch den Sozialismus, den Marxismus, wenn er uns unbequem wird, a la Cunow-Lensch-Parvus, in die Rumpelkammer werfen dürfen? Trotzki und Lenin sind die lebendige Verneinung dieser Frage. Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der BÜRGERLICHEN Demokratie,

wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit - nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats.

Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der ART DER VERWENDUNG DER DEMOKRATIE, nicht in ihrer ABSCHAFFUNG, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverordneten Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der KLASSE, und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.

Genauso würden auch bisher die Bolschewiki vorgehen, wenn sie nicht unter dem furchtbaren Zwang des Weltkriegs, der deutschen Okkupation und aller damit verbundenen abnormen Schwierigkeiten litten, die jede von den besten Absichten und den schönsten Grundsätzen erfüllte sozialistische Politik verzerren müssen.

Ein krasses Argument dazu bildet die so reichliche Anwendung des Terrors durch die Räteregierung, und zwar namentlich in der letzten Periode vor dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, seit dem Attentat auf den deutschen Gesandten. Die Binsenweisheit, daß Revolutionen nicht

mit Rosenwasser getauft werden, ist an sich ziemlich dürftig.

Alles, was in Rußland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkte und Schlußsteine: das Versagen des deutschen Proletariats und die Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus. Es hieße, von Lenin und Genossen übermenschliches verlangen, wollte man ihnen auch noch zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern. Sie haben durch ihre entschlossene revolutionäre Haltung, ihre vorbildliche Tatkraft und ihre unverbrüchliche Treue dem internationalen Sozialismus wahrhaftig geleistet, was unter so verteufelt schwierigen Verhältnissen zu leisten war. Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen. Wie sie sich damit selbst völlig unnötig im Lichte stehen und ihr wirkliches, unbestreitbares historisches Verdienst unter den Scheffel notgedrungen Fehltritte stellen, so erweisen sie dem internationalen Sozialismus, demzuliebe und um dessentwillen sie gestritten und gelitten, einen schlechten Dienst, wenn sie in seine Speicher als neue Erkenntnisse all die von Not und Zwang in Rußland eingegebenen Schiefheiten eintragen wollen, die letzten Endes nur Ausstrahlungen des Bankrotts des internationalen Sozialismus in diesem Weltkrieg waren.

Mögen die deutschen Regierungssozialisten schreien, die Herrschaft der Bolschewiki in Rußland sei ein Zerrbild der Diktatur des Proletariats. Wenn sie es war oder ist, so nur, weil sie eben ein Produkt der Haltung des deutschen Proletariats war, die ein Zerrbild auf sozialistischen Klassenkampf war. Wir alle stehen unter dem Gesetz der Geschichte, und die sozialistische Gesellschaftsordnung läßt sich eben nur international durchführen. Die Bolschewiki haben gezeigt, daß sie alles können, was eine echte revolutionäre Partei in den Grenzen der historischen Möglichkeiten zu leisten imstande ist. Sie sollen nicht Wunder wirken wollen. Denn eine mustergültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande

wäre ein Wunder. Worauf es ankommt, ist, in der Politik der Bolschewiki das Wesentliche vom Unwesentlichen, den Kern von dem Zufälligen zu unterscheiden. In dieser letzten Periode, in der wir vor entscheidenden Endkämpfen in der ganzen Welt stehen, war und ist das wichtigste Problem des Sozialismus geradezu die brennende Zeitfrage: nicht diese oder jene Detailfrage der Taktik, sondern: die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt. In dieser Beziehung waren Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!

Dies ist das Wesentliche und Bleibende der Bolschewiki-Politik. In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden. Und in DIESEM Sinne gehört die Zukunft überall dem "Bolschewismus".

2. Rätekommunistische Linke

Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) wurde am 03.04.1920 vom, auf dem «Heidelberger Kongress» am 20.-23.10.1919 durch die Zentrale Leitung unter Paul Levi ausgeschlossenen, linksradikalen Flügel der «Kommunistischen Partei Deutschlands» (KPD) gegründet. Ihr Hauptziel war die sofortige Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und die Diktatur des Proletariats, wobei eine Diktatur einer Partei nach russischem Vorbild verworfen wurde. Die KAPD lehnte insbesondere die leninsche Organisationsform des sogenannten «demokratischen Zentralismus» ab.

Hermann Gorter (1864 - 1927) war Mitglied der Kommunistischen Arbeiterpartei der Niederlanden (KAPN)

Paul Mattick (1904 - 1981) war ein deutscher Kommunist und politischer Schriftsteller . Mattick emigrierte in den 1920er Jahren in die USA. Mattick, der an vielen Aktionen während der Revolution beteiligt und mehrfach festgenommen und mit dem Tode bedroht worden war, trug mit zur fortschreitenden Radikalisierung und der links-oppositionellen Tendenz der Kommunisten in Deutschland bei. Im Rahmen der Spaltung der «KPD (Spartacus)» in Heidelberg trat er im Frühjahr des Jahres 1920 der neugegründeten Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) bei. Beteiligt war er an der Herausgabe einer Zeitung der «Roten Jugend», der Jugendorganisation der KAPD.

[Spontaneität und Organisation]

Paul Mattick; in *Marxistischer Antileninismus*, Freiburg i. Br. 1991; S. 173 – 179

Das mangelnde revolutionäre Interesse des Proletariats konnte verschieden ausgelegt werden. Im allgemeinen war es die gesellschaftliche Lage der Arbeiter, der Grad ihrer Ausbeutung und das Erziehungsmonopol der bürgerlichen Herrschaft, die für das mangelnde Klassenbewußtsein verantwortlich gemacht wurden. Oft wurde den Arbeitern überhaupt die Fähigkeit abgesprochen, selbst Mittel und Wege zu ihrer Befreiung zu finden. Nach Karl Kautsky z.B. war die Idee des Sozialismus, der allerdings das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit zugrunde lag, nicht aus der Arbeiterschaft hervorgegangen, sondern von bürgerlichen Intellektuellen geformt worden. In Übereinstimmung mit ihm erklärte Lenin, daß die Arbeiter im allgemeinen nur die Fähigkeit haben, ein gewerkschaftliches Bewußtsein zu entwickeln, nicht aber die revolutionäre Theorie, ohne die es keine revolutionäre Bewegung geben könne. Hier lag die Aufgabe der revolutionären Intelligenz und der von ihr bestimmten Organisationen.

Für Marx war es selbstverständlich, daß der Sozialismus nicht das ausschließliche Privileg der arbeitenden Klasse ist. Auch zu anderen Klassen gehörende Personen konnten aus humanistischen oder Erkenntnisgründen Sozialisten werden und sich auf die Seite des Proletariats stellen. Das Hinüberwechseln von der Bourgeoisie zum Proletariat ist ebenso möglich wie die Verbürgerlichung vieler Arbeiter. Das ändert jedoch nichts an der gesellschaftlichen Klassenteilung und den Klassenkämpfen als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Und hier wird die Theorie des Sozialismus zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Arbeiter selbst haben den Sozialismus zu verwirklichen, und Marx zweifelte nicht daran, daß sich die Arbeiterklasse durch die moderne Industrie und die kapitalistischen Arbeitsbedingungen zur revolutionären Klasse entwickeln würde.

Der Kapitalismus war jedoch lebensfähiger, als Marx es erwartet hatte, und ohne gesellschaftlichen Zwang zu revolutionärem Handeln erschöpft sich der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in Fragen der Verteilung und läßt die Produktionsverhältnisse unangetastet. Das Proletariat blieb bei dem Gewerkschaftsbewußtsein und der Sozialpolitik stehen, nicht weil ihm die Fähigkeit fehlte, revolutionär zu denken und zu

handeln, sondern weil es vorerst keine Neigung hatte, seine Lebensbedingungen auf revolutionärem Wege zu ändern. Man riskiert Leben und Freiheit nur in ausweglosen Lagen, nicht aber unter Bedingungen, die als erträglich gelten. Der Opportunismus und Reformismus um die Jahrhundertwende entsprach nicht nur den direkten Interessen der Partei und Gewerkschaftsbürokratie, sondern auch denen der organisierten arbeitenden Bevölkerung.

Daß die Zeit der Zweiten Internationale keine revolutionäre war, obwohl die westeuropäische Arbeiterbewegung in ihr groß wurde, erwies sich in höchst dramatischer Weise durch ihren Zusammenbruch zu Beginn des Ersten Weltkrieges. Es waren nicht nur die Führer, die sich vom Sozialismus zum Imperialismus wandten, sondern auch die ihnen nachfolgenden Massen. Die Intellektuellen, die angeblichen Träger der revolutionären Theorie, verfielen dem nationalen Chauvinismus nicht weniger als die sich auf die täglichen Lohnkämpfe beschränkenden Arbeiter. Aber da Lenin von den letzteren nicht mehr erwartete, ja in der sogenannten «Arbeiteraristokratie» eine Stütze des kapitalistischen Imperialismus sah, richtete sich sein Zorn über den «Verrat» der Zweiten Internationale vornehmlich gegen deren Führung und hier im besonderen gegen ihren «orthodoxen» Flügel, mit dem sich Lenin in der Vorkriegszeit solidarisch erklärt hatte. Nicht die Arbeiterklasse, sondern die Arbeiterführer hatten versagt; sie hatten den Marxismus und das Proletariat verraten. Sie mußten durch bessere Führer, andere Parteien und eine neue Internationale ersetzt werden, um den proletarischen Kampf erneut aufzunehmen.

Fast das ganze schriftstellerische Werk Lenins ist polemischer Natur. Es spiegelt einen dauernden Kampf gegen alle von den eigenen Interpretationen des Marxismus und der geschichtlichen Situation abweichenden Einstellungen und Richtungen wider. Unablässig attackiert Lenin die Wortführer anderer und gegnerischer Organisationen und kämpft für die theoretische Vorherrschaft in der eigenen Partei. Es geht um die richtige Theorie und damit um die richtige Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung - vornehmlich in Rußland, später aber auch im internationalen Maßstab.

Lenins Arbeiten richten sich gegen verräterische Führer, Konterrevolutionäre, Opportunisten, Revisionisten. Obwohl an sich nichts dagegen einzuwenden ist, bleibt diese Beschränkung auf

die führenden Gruppen der sozialistischen oder pseudosozialistischen Bewegung doch merkwürdig. Die Masse der Arbeiter und Bauern sowie deren soziales Streben bilden für Lenin sozusagen nur den selbstverständlichen Hintergrund des politischen Kampfes um die Führung der erwarteten Revolution. Obwohl ohne diese Massen die Revolution nicht gemacht werden kann, ist es für ihn doch klar, daß sie die Revolution nicht allein machen können. Da sie der politischen Führung bedürfen, liegt das entscheidende Moment der Revolution nicht bei den Massen selbst, sondern bei der führenden Partei und der Führung dieser Partei.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung hatte allerdings gezeigt, daß die revolutionäre Führung von heute die konterrevolutionäre Führung von morgen sein kann, und daß Klassenkampforganisationen leicht in ihr Gegenteil umschlagen. Nach Lenin kam es darauf an, eine Organisationsform zu schaffen, die einer solchen Verwandlung nicht nachgab und deren Führung ihren revolutionären Charakter garantierte: eine Partei, deren Mitglieder in der Revolution ihre wirkliche Berufung sahen und deren Führung tatsächlich in den Händen von Berufsrevolutionären lag. Die Partei konnte nicht (und sollte auch nicht) versuchen, die Massen in sich zu vereinigen. Jedes Streben in dieser Richtung führte nur zu ihrer Verwässerung und schließlich zum Verlust ihres revolutionären Willens. Nicht der demokratischen Massenpartei, in der sich der opportunistische Reformismus nur zu leicht durchsetzen konnte, sondern allein einer aus überzeugten Revolutionären zusammengesetzten disziplinierten und zentralistisch geleiteten Kampfpartei konnte die Führung der Revolution überlassen werden.

Es ist in der Tat nicht möglich, im Kapitalismus revolutionäre Massenorganisationen aufzubauen, da es der organisatorische Erfolg selbst ist, der die ursprüngliche revolutionäre Ideologie zerstört. Revolutionäre Organisationen müssen sich, um solche zu bleiben, von der ordinären Tagespolitik frei halten, was jedoch wiederum ihre eigene Entwicklung hindert. Das Dilemma der Arbeiterbewegung scheint demnach unlösbar, da beides, die aktive Anteilnahme an der gegebenen gesellschaftlichen Praxis und deren prinzipielle Verneinung, zur revolutionären Entmachtung führt. Diesem Dilemma kann man nur durch die spontane Bildung revolutionärer Organisationen entgehen, die innerhalb des Kapitalismus nicht von Dauer sein können. Mit anderen Worten: es

ist die spontane Organisation der Revolution selbst, die das Dilemma der revolutionären Bewegung im Kapitalismus zu lösen vermag.

Die etablierte westeuropäische sozialdemokratische Massenpartei und die mit ihr lose verbundenen Gewerkschaften hatten durch ihre organisatorischen Erfolge ihr ideologisches Endziel in der unbegründeten Erwartung preisgegeben, daß das eigene Wachstum und die fortgesetzten Errungenschaften des Tageskampfes zu einer gesellschaftlichen Umwandlung in Richtung auf den Sozialismus führen würden. Allerdings war diese Auffassung nicht allgemein; es bildete sich in der Sozialdemokratie zu gleicher Zeit ein radikaler linker Flügel, der die Partei ins revolutionäre Fahrwasser zurückzubringen versuchte. Obwohl die sozialdemokratische Bewegung in Rußland noch schwach war, spiegelten sich in ihr doch alle Differenzen, die innerhalb der westeuropäischen Arbeiterbewegung auftraten, in modifizierter Form wider. Lenin repräsentierte hier den radikalen linken Flügel der russischen Sozialdemokratie.

Die linke Opposition der westeuropäischen Sozialdemokratie unterschied sich von der russischen im wesentlichen durch eine andere Bewertung der Spontaneität und der Rolle der Partei in der Revolution. Lenin wandte den Begriff der Spontaneität in einem doppelten Sinne an: einmal im allgemeinen, das andere Mal spezifisch - als die aus dem Proletariat selbst hervorgehenden temporären oder permanenten Organisationsformen, die sich auf die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiter beschränkten. Der Streik, die Streikorganisation und die gewerkschaftliche Vereinigung waren die Organisationen, die spontan aus dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit erwachsen, aber auch in diesen Verhältnissen hängenblieben. Das politische Klassenbewußtsein, d.h. die sozialistische Zielsetzung, kann nach Lenin «dem Arbeiter nur von außen beigebracht werden, d.h. außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern». (1) Und da nach Lenin «von einer selbständigen, durch die Arbeitermassen selbst im Verlaufe der Bewegung ausgearbeiteten Ideologie keine Rede sein kann, so kann die Frage nur so stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie». (2) Die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung kann nur zur Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie führen, es sei denn, daß es der Partei gelingt, «die Arbeiter für die revolutionäre Sozialdemokratie zu gewinnen». (3) Die Partei ist also für Lenin nicht ein Teil der arbei-

tenden Bevölkerung, sondern eine besondere Macht, die mit der Bourgeoisie um die Gefolgschaft der Arbeiter ringt. Da seiner Ansicht nach die Selbstentwicklung der Arbeiter nur dazu führen kann, daß sie die bürgerliche Ideologie übernehmen, muß die Partei «den Kampf gegen die Spontaneität» aufnehmen, was allerdings nicht mehr bedeutet, als daß die Partei gegen die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterbewegung kämpfen muß. Daß diese Selbstverständlichkeit von Lenin als «Kampf gegen die Spontaneität» aufgefaßt wird, läßt sich nur aus der spezifischen russischen Situation erklären, deren gesellschaftliche Bedingungen für eine proletarische Revolution noch nicht reif sind, nicht aber aus der dem Proletariat unterstellten Unfähigkeit, politisches Klassenbewußtsein zu entwickeln.

Die zu erwartende russische Revolution konnte vom Marxschen Standpunkt aus nur eine bürgerliche sein, die die feudalistischen Hemmungen des Kapitalisierungsprozesses durchbrechen würde. Um die Jahrhundertwende wurde deutlich, daß die russische Entwicklung sich auf dem Wege zum Kapitalismus befand - eine Tatsache, der Lenin sein Buch über Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland (1899) widmete. Mit der unabwendbaren, wachsenden Industrialisierung und dem Übergang zur kapitalistischen Landwirtschaft entwickelten sich ein industrielles Proletariat und eine kapitalistische Mittelschicht, die vorerst allerdings nichts an dem reaktionären, autokratischen Regime zu ändern vermochten. Trotz landwirtschaftlicher Reformen und der Herausbildung eines kapitalistisch orientierten Bauerntums blieb der bäuerliche Landmangel akut, und die Not der landwirtschaftlichen Bevölkerung drängte auf die Enteignung des Großgrundbesitzes. Die klassengeteilte Majorität der Bevölkerung - Arbeiter, Bauern und Bürger - hoffte auf die Beseitigung der bestehenden Zustände und war potentiell revolutionär. Es war anzunehmen, daß die kommende Revolution den Charakter einer Volkserhebung haben würde. Unter diesen Umständen hielt es Lenin für verfehlt, die sozialdemokratische Bewegung als reine Arbeiterbewegung anzusehen oder, wie er es ausdrückte, sie zu einer «einfachen Dienerin der Arbeiterbewegung» (4) herabzuwürdigen. Sich auf die Arbeiter und deren besondere Interessen zu beschränken, bedeutete für ihn, auf die Führung der erwarteten Revolution von vornherein zu verzichten.

Analog zur Marxschen Haltung in der Revolution von 1848 sollte sich die Sozialdemokratie nach Lenin an alle aufsässigen Schichten der Bevölkerung wenden, wenn auch an erster Stelle

an die Bauern und Arbeiter. Aber die Partei war mit keiner der existierenden Klassen wirklich identisch. Wenn sie sich nicht von den Massen unterschiede, meinte Lenin, dann könnte sie nicht die Rolle des «Vorkämpfers» spielen. Aber da sie sich als «Vorkämpferin der Revolution» ausgab, mußte sie notgedrungen von einer «Vorkämpfer-Theorie» ausgehen, nämlich von der Inanspruchnahme der Führung der Revolution. Um dies erfolgreich zu tun, mußte die Partei selber von einem einheitlichen Willen beseelt sein - ein Zustand, der seinen organisatorischen Ausdruck in der zentralistisch dirigierten und, wo nötig, konspirativen, semi-militärischen Organisationsform findet. Man versuchte den Gegensatz von Zentralismus und Demokratie durch den Begriff «demokratischer Zentralismus» theoretisch aufzuheben. Mehrheitsbeschlüsse sollten der Zentralleitung zur unbestrittenen Ausführung überlassen werden. In der Praxis jedoch bedeutete der demokratische Zentralismus nichts anderes als die autoritäre Leitung der Partei durch die Zentrale.

Im Anschluß an Marx und Engels sah Lenin die bürgerliche Revolution als Vorbedingung einer proletarischen Revolution. Es bestand jedoch die Gefahr, daß, ähnlich wie 1848 in Deutschland, die bürgerliche Revolution auf halbem Wege stehenbleiben und in einen Kompromiß mit dem Zarismus einmünden würde. Eine wirkliche revolutionäre Umwälzung verlangte deshalb die breiteste Teilnahme der Arbeiter und Bauern und die konsequente revolutionäre Führung durch die Sozialdemokratie. Ebenfalls im Anschluß an Marx und Engels (und später im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg) hielt Lenin es für möglich, daß die russische Revolution zum Ausgangspunkt einer westeuropäischen, wenn nicht weltweiten Revolution würde. In solchem Falle war es nicht ausgeschlossen, daß die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung Rußlands durch die Internationalisierung der europäischen sozialistischen Wirtschaft übersprungen werden konnte. Wie dem auch sei, die Führung der Revolution durch die Sozialdemokratie war unerläßlich, um die russische Revolution zur vollen Entfaltung zu bringen, vor allem deshalb, weil die Spontaneität der revolutionären Ausbrüche ohne eine zielsichere zentralisierte Leitung zum Untergang verurteilt sein würde.

Die westeuropäische Arbeiterbewegung stand allerdings nicht mehr im Zeichen der bürgerlichen Revolution, und ihr revolutionärer Flügel sprach nicht von einer von verschiedenen Klas-

sen getragenen Volksrevolution, sondern von der erhofften proletarischen Revolution. Hier war die Arbeiterklasse die objektiv einzige revolutionäre Klasse, und ihr ein politisches Bewußtsein absprechen hieß, die Möglichkeit der Revolution selbst leugnen. Es stimmte zwar, daß die Arbeiterbewegung im Sumpf des Reformismus steckengeblieben war; aber anzunehmen, daß das so bleiben würde, bedeutete, dem Kapitalismus Ewigkeitswert zuzuschreiben. In Wirklichkeit und aufgrund der in ihm liegenden Widersprüche würde der Periode des Aufstiegs des Kapitalismus die seines Verfalls folgen. Nur ein reformierbarer Kapitalismus erlaubt die reformistische Arbeiterbewegung; ein krisenzerrütteter Kapitalismus erheischt revolutionäre Lösungen für die unmittelbaren und für die geschichtlichen Aufgaben der Arbeiterklasse.

Die Organisationen der Arbeiterklasse waren den Händen der Arbeiter entglitten und zu Instrumenten ihrer Beherrschung geworden. Aber auch das drückte nichts weiter aus als die aktuelle Lebensfähigkeit des Kapitalismus und die Möglichkeit der Immunisierung des Klassenkampfes durch die Institutionalisierung der Arbeiterbewegung. Nichtsdestoweniger, mit oder ohne Klassenkampforganisationen, würde dem Proletariat letzten Endes nichts anderes übrigbleiben, als den Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus erneut aufzunehmen, der aber zugleich ein Kampf gegen die kapitalisierten Arbeiterorganisationen sein würde. Das Augenmerk des Revolutionärs richtete sich nicht so sehr auf eine bestimmte Organisationsform als auf die Selbstbestimmung der arbeitenden Massen in den zu erwartenden revolutionären Kämpfen.

Lenins negative Einstellung zum Problem der Spontaneität konnte in der linken Opposition des Westens nur befremdend wirken. Hier wurde gerade auf die Spontaneität gehofft, nicht um ihrer selbst Willen, sondern um dem entnervenden Einfluß der offiziellen Arbeiterbewegung die revolutionäre Frische proletarischer Selbstinitiative entgegenzusetzen. Das Leninsche Verlangen nach der dem Kapitalismus entliehenen ultrazentralistischen Partei konnte dort kein Verständnis finden, wo die existierende Zentralisation der Arbeiterorganisationen bereits zum Hemmschuh des proletarischen Klassenkampfes geworden war.

Lenins Organisationsprogramm hatte auf dem zweiten Parteitag der russischen Sozialdemokratischen Partei bereits zu ihrer Spaltung geführt.

Da die «Bundisten» die Konferenz verließen, erhielten Lenins Anhänger eine zufällige Majorität und nannten sich dementsprechend die Mehrheit (Bolschewiki), während die Minderheit fortan als Menschewiki bezeichnet wurde. Lenin sah in der Ablehnung seines Parteiprogramms nur einen weiteren Ausdruck des um sich greifenden Opportunismus in der russischen wie in der sozialistischen Bewegung im allgemeinen. Unablässig verteidigte er seinen eigenen als den einzig richtigen revolutionären Standpunkt (5), und die Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie griffen auf die westeuropäische Bewegung über.

Rosa Luxemburg als Wortführerin des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie hatte, wie Lenin selbst, dem Opportunismus den Kampf angesagt. Doch glaubte sie nicht, daß man ihn «durch ein Organisationsstatut von der Arbeiterbewegung fern halten kann» (6). Obwohl sie für eine einheitliche Organisation eintrat, um geschlossene politische Aktionen der Massen zu ermöglichen, hatte dies ihrer Meinung nach nichts mit einer Organisationsform zu tun, in der «das Zentralkomitee als der eigentliche aktive Kern der Partei, alle übrigen Organisationen lediglich als seine ausführenden Werkzeuge gelten» (7). Im Gegenteil, die Arbeiter selbst müssen bestimmen und handeln lernen, selbst wenn dies mit vielen falschen Schritten verbunden sein sollte. «Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees». (8)

Fussnoten

1. Lenin, *Was tun?* (1902). In: *Ausgewählte Werke*, Berlin 1932, Bd. II, S. 99.
2. *Ibid.*, S. 62.
3. *Ibid.*, S. 63.
4. *Ibid.*, S. 68.
5. Lenin, *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* (1904).
6. R. Luxemburg, *Organisationsfragen der Russischen Revolution*. In: *Politische Schriften*, Frankfurt am Main, 1968, Bd. III, S. 101.
7. *Ibid.*, S. 86.
8. *Ibid.*, S. 105.

[Zu Gewerkschaften und Betriebsorganisationen]

Aus dem Programm der KAPD; in «Die Linke gegen die Parteiherrschaft», Olten 1970, S. 320 - 324

Neben dem bürgerlichen Parlamentarismus bilden die Gewerkschaften das Hauptbollwerk gegen die Fortentwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland. Ihre Haltung im Weltkrieg ist bekannt. Ihr entscheidender Einfluß auf die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der alten Sozialdemokratischen Partei führte zur Proklamierung des «Burgfriedens» mit der deutschen Bourgeoisie, was gleichbedeutend war mit der Kriegserklärung an das internationale Proletariat. Ihre sozialverräterische Wirksamkeit fand ihre logische Fortsetzung bei Ausbruch der November-Revolution in Deutschland, wo sie ihre konterrevolutionäre Gesinnung durch den Abschluß einer wirtschaftsfriedlichen Arbeitsgemeinschaft mit dem zusammenbrechenden deutschen Unternehmertum dokumentierten. Ihre konterrevolutionäre Tendenz haben sie während der ganzen Periode der deutschen Revolution bis zum heutigen Tage bewahrt. Die Gewerkschaftsbürokratie ist es gewesen, die sich am heftigsten dem in der deutschen Arbeiterklasse immer stärker Wurzel schlagenden Rätegedanken widersetzte und die sich aus den ökonomischen Massenaktionen folgerichtig ergebenden politischen Tendenzen mit dem Ziel der politischen Macht-ergreifung durch das Proletariat erfolgreich zu paralisieren verstand. Der konterrevolutionäre Charakter der gewerkschaftlichen Organisationen ist so offenkundig, daß zahlreiche Unternehmer in Deutschland die Einstellung von Arbeitern von der Zugehörigkeit zu einem gewerkschaftlichen Verbands abhängig machen. Damit ist vor aller Welt enthüllt, daß die Gewerkschaftsbürokratie an der künstlichen Aufrechterhaltung des in allen Fugen krachenden kapitalistischen Systems tätigen Anteil nimmt. Die Gewerkschaften sind somit neben den bürgerlichen Fundamenten einer der Hauptpfeiler des kapitalistischen Klassenstaates. Daß dieses konterrevolutionäre Gebilde nicht von innen heraus in revolutionären Sinne umgestaltet werden kann, ist durch die Gewerkschaftsgeschichte der letzten anderthalb Jahre hinreichend bewiesen. Die Revolutionierung der Gewerkschaften ist keine Personenfrage. Der konterrevolutionäre Charakter dieser Organisationen liegt in der ihnen eigentümlichen Struktur und ihrem System selber. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die logische Folgerung, daß nur die *Zertrümmerung der Ge-*

werkschaften selbst die Bahn frei macht für den Fortgang der sozialen Revolution in Deutschland. Für den sozialistischen Aufbau ist anderes notwendig als diese fossilen Organisationen.

Aus den Massenkämpfen heraus ist die Betriebsorganisationen den. Nicht in dem Sinne neu, daß sie auftaucht als etwas nie au ähnlich Dagewesenes, aber neu in dem Sinne, daß sie wahren Revolution überall herausspringt als notwendige Waffe des Kampfes gegen den alten Geist und das ihm zugrunde liegen Fundament. Sie entspricht dem Rätegedanken und ist demnach durchaus keine bloße Form oder neue Organisationsspielerei oder gar mystische Wunderblume, sondern sie ist die organisch in die wachsende, Zukunft bildende Ausdrucksform einer Gesellschaftsrevolution, die auf die klassenlose Gesellschaft hinstrebt. Sie ist rein proletarische Kampforganisation. Nicht in Berufe zerrissen, abseits seines Kampfbodens kann das Proletariat für den restlosen Umsturz der alten Gesellschaft organisiert sein, das muß im Betrieb vor sich gehen. Hier steht einer neben dem anderen als Klassengenosse, hier muß jeder stehen als Gleichberechtigter. Hier steht die Masse als Triebwerk der Produktion, drängt ununterbrochen, es zu durchschauen und selbst zu leiten. Hier geht der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewußtseins in unaufhörlichem Sturm von Mann zu Mann, von Masse zu Masse. Alles gerichtet auf das höhere Klasseninteresse, nicht auf Vereinsmeierei, das Berufsinteresse eingeeengt auf das ihm zukommende Maß. Eine solche Organisation, das Rückgrat der Betriebsräte, wird zu einem unendlich beweglichen Instrument des Klassenkampfes, einem durch ständig mögliche Neuwahlen, Abberufungen usw. immer von frischem Blut sprudelnden Organismus. In und mit den Massenaktionen wachsend, wird sich die Betriebsorganisation natürlich jene zentrale Zusammenfassung schaffen müssen, die ihrer revolutionären Entwicklung entspricht. Die revolutionäre Entwicklung wird ihre Hauptangelegenheit sein, nicht Programme, Statuten und detaillierte Pläne. Sie ist keine Unterstützungskasse und Lebensversicherung, wenn auch selbstverständlich vor der Sammlung für etwa notwendig werdende Streikunterstützungen nicht ängstlich zurückscheut. Ununterbrochene Propaganda für den Sozialismus, Betriebsversammlungen, politische Diskussionen usw. zählen zu ihren Aufgaben, kurzum, die Revolution im Betrieb.

Das Ziel der Betriebsorganisation ist im großen gesehen ein doppeltes.

Das erste geht auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften, ihres gesamtten Untergrundes und des in ihnen konzentrierten unproletarischen Gedankenkomplexes. Kein Zweifel herrscht darüber, daß in diesem Kampf die Betriebsorganisation selbstverständlich auf alle bürgerlichen Gebilde als erbitterter Gegner stoßen wird, aber auch auf alle USP- und KP-Bekenner, die entweder noch unbewußt in alten SP-Bahnen sich bewegen (wenn sie auch ein anderes politisches Programm annahmen, im Grunde aber nur Kritiker politisch-moralischer Verfehlungen sind), oder bewußt als Gegner auftreten, weil ihnen der politische Schacher, die diplomatische Kunst, sich stets «oben» zu halten, höher steht als der Riesenkampf um das Soziale überhaupt. Vor dieser Bitternis gibt es kein Zurückschrecken. Niemals kann es eher ein enges Zusammengehen mit der USP geben, als bis sie die Berechtigung solcher - sicher noch wandlungsbedürftiger und auch wandlungsflähiger - proletarischer Gebilde aus dem Wesen des Rätegedankens anerkennt. Große Teile der Massen werden sie früher erkennen als politische Führer. Ein gutes Zeichen. Am sichersten und schnellsten wird die Betriebsorganisation durch Auslösen und politische Ausrichtung von Massenstreiks, fußend auf der jeweiligen politischen Situation, das konterrevolutionäre Gewerkschaftswesen demaskieren und vernichten helfen.

Das zweite große Ziel der Betriebsorganisation ist die Vorbereitung für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Mitglied der Betriebsorganisation kann jeder Arbeiter werden, der sich zur Diktatur des Proletariats bekennt. Dazu gehört die entschiedene Abwendung von den Gewerkschaften, die entschiedene Loslösung aus ihrer Gedankenrichtung. Diese Loslösung wird der Prüfstein sein müssen für den Eintritt in die Betriebsorganisation. Damit wird offenbart das Bekenntnis zu dem proletarischen Klassenkampf und seinen eigenen Methoden, nicht erforderlich ist das Bekenntnis zu einem engeren Parteiprogramm. Es liegt im Wesen und in der Tendenz der Betriebsorganisation, daß sie dem Kommunismus dient und hinleitet zur kommunistischen Gesellschaft. Ihr Kern wird stets ausgesprochen kommunistisch sein, ihr Kampf zwingt alle in die gleiche Richtung. Aber während ein Parteiprogramm größtenteils dem Tage (natürlich im weiteren Sinne) dient und dienen muß, während von Parteigängern pointierte Intellektualität gefordert wird, während eine politische Partei wie die Kommunistische Arbeiterpartei - es sei denn, sie entwickle sich zu ihrem Verderben rückwärts -,

schnell fortschreitend und wechselnd, mit dem weltrevolutionären Prozeß niemals quantitativ groß sein kann, werden in der Betriebsorganisation die revolutionären Massen geeint durch das Bewußtsein ihrer Klassensolidarität, ihrer proletarischen Klassensolidarität. Hier bereitet sich organisch die Einigung des Proletariats vor, die niemals möglich ist auf dem Boden eines Parteiprogrammes. Die Betriebsorganisation ist der Anfang kommunistischer Gestaltung und wird zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft.

Die Betriebsorganisation löst ihre Aufgaben im engen Verein mit der KAPD. Die politische Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Parteiprogramms. Das Verhältnis der Partei zur Betriebsorganisation ergibt sich aus dem Wesen der Betriebsorganisation. In nimmermüder Propaganda wird die KAP innerhalb der Betriebsorganisation arbeiten. Kampfpapieren müssen vereinbart werden. Die Kadres im Betrieb werden zur beweglichen Waffe der Partei. Dazu ist natürlich notwendig, daß auch die Partei immer mehr proletarischen Charakter, proletarischen Klassenausdruck annimmt, der Diktatur von unten gerecht wird. Damit erweitert sich der Kreis ihrer Aufgaben, wird aber zugleich aufs machtvollste gestützt. Es muß erreicht werden - und die Betriebsorganisation bietet die Gewähr dafür -, daß mit dem Siege, das ist die Eroberung der Macht durch das Proletariat, die Diktatur der Klasse einsetzen kann und nicht die Diktatur einiger Parteiführer und ihrer Clique.

Die Phase der Ergreifung der politischen Macht durch das Prole erfordert die schärfste Niederhaltung bürgerlich-kapitalistischer Regungen. Das wird erreicht durch die Aufrichtung einer die gesamte politische und wirtschaftliche Macht ausübenden Räteorganisation. Die Betriebsorganisation wird in dieser Phase selber ein Glied der proletarischen Diktatur, ausgeübt im Betrieb durch die auf der Betriebsorganisation sich erhebenden Betriebsräte. Aufgabe der Betriebsorganisation in dieser Phase ist ferner, danach zu streben, daß sie zum Fundament des Wirtschaftsrate-systems wird.

Für den Aufbau des kommunistischen Gemeinwesens ist die Betriebsorganisation eine wirtschaftliche Voraussetzung. Die politische Form der Organisation des kommunistischen Gemeinwesens ist das System der Räte. Die Betriebsorganisation tritt dafür ein, daß die politische Ge-

walt nur immer von der Exekutive der Räte ausgeübt wird.

Hermann Gorter «Offener Brief an den Genossen Lenin»; in «Die Linke gegen die Parteiherrschaft», Olten 1970, S. 437 – 440

Warum sind die Betriebs-, die Werkstattorganisationen und die auf sie gestützte und aus ihnen bestehende Arbeiter-Union solche ausgezeichneten, ja, mit den kommunistischen Parteien die besten, die einzig guten Waffen für die Revolution in Westeuropa?

Weil die Arbeiter selbst handelnd auftreten, unendlich mehr als in den alten Gewerkschaften, weil sie die Führer und dadurch die Führung in ihrer Hand haben, und weil sie die Betriebsorganisation und dadurch die ganze Union kontrollieren.

Jeder Betrieb, jede Werkstatt ist ein Ganzes. In ihm wählen die Arbeiter ihre Vertrauensleute. Die Betriebsorganisationen sind nach Wirtschaftsdistrikten verteilt. Für die Distrikte werden wieder Vertrauensleute gewählt. Und die Distrikte wählen wieder den allgemeinen Vorstand für das ganze Reich. Alle Betriebsorganisationen, unbeachtet zu welcher Industrie sie gehören, machen zusammen die eine Arbeiter-Union. Man sieht: eine Organisation ganz auf die Revolution gerichtet. Wenn eine Zwischenperiode von relativ friedlichen Kämpfen käme, wäre diese Organisation ausserdem hierzu leicht einzurichten. Man hätte nur, innerhalb der Arbeiter-Union, die Betriebsorganisation nach Industrien zu verbinden.

Man sieht auch: Hier bekommt der Arbeiter, jeder Arbeiter, Macht. Denn er wählt in seiner Werkstatt seine eigenen Obmänner und hat durch sie direkten Einfluss auf Distrikt und Reich. Es ist starker Zentralismus da, aber nicht zu stark. Das Individuum und seine direkte, die Betriebsorganisation, hat grosse Macht. Er kann seine Obmänner sofort absetzen und ersetzen und sie zwingen, die höheren Instanzen sofort zu ersetzen. Es ist Individualismus da, aber nicht zu grosser. Denn die zentralen Körperschaften, die Distrikts- und Reichsräte haben grosse Macht. Individuum und Zentraleitung haben genau so viel Macht wie in dieser Periode, worin wir jetzt leben und worin die Revolution ausbricht, in Westeuropa notwendig und möglich ist.

Marx schreibt, dass unter dem Kapitalismus der Bürger dem Staat gegenüber eine Abstraktion, eine Ziffer ist. So ist es auch in den alten Gewerkschaften. Die Bürokratie, das ganze Wesen der Organisation schweben hoch über, sind himmelweit entfernt von dem Arbeiter. Er kann sie nicht erreichen. Ihnen gegenüber ist er eine Ziffer, eine Abstraktion. Er ist für sie nicht einmal der Mann in der Werkstatt. Er ist kein lebendes, wollendes, kämpfendes Wesen. Ersetzen Sie in den alten Gewerkschaften die Bürokratie durch andere Personen, und in kurzer Zeit werden Sie sehen, dass auch diese denselben Charakter haben, hoch, unerreichbar über den Massen, nicht mehr in Fühlung mit ihnen. 99 pro Hundert werden Tyrannen sein, an der Seite der Bourgeoisie stehend. Denn das Wesen der Organisation macht sie so.

Wie anders in der Betriebsorganisation! Hier ist der Arbeiter es selbst, der über Taktik, Richtung, Kampf entscheidet und sofort, wenn die «Führer» nicht tun, was er will, eingreift. Er ist fortwährend, da der Betrieb, die Werkstatt zu gleicher Zeit Organisation ist, selbst im Kampf. Er ist, soweit dies unter dem Kapitalismus möglich ist, der Macher und der Führer seines eigenen Geschicks, und weil dies mit jedem der Fall, ist die Masse die Macherin und die Führerin ihres eigenen Kampfes. Viel mehr, unendlich mehr, als in den alten Gewerkschaften, den reformistischen so gut wie den syndikalistischen, möglich war. Hierdurch, weil sie die Individuen selbst und also die Massen selbst zu den direkten Trägern des Kampfes machen, zu denen, die ihn wirklich führen, und sie also erhalten, dadurch sind die Betriebsorganisationen und die Arbeiter-Union die besten Waffen für die Revolution, die Waffen, die wir in Westeuropa brauchen, um ohne Hilfe den mächtigsten Kapitalismus der Welt umzuwerfen.

Aber Genosse, das sind alles noch eigentlich nur schwächere Gründe dem letzten, eigentlichen Hauptgrund gegenüber, der im engsten Zusammenhang mit den Prinzipien steht, die ich am Anfang angedeutet habe. Und dieser letzte ist es, der für die KAPD und die oppositionelle Partei in England ausschlaggebend ist: Diese Parteien wollen das Geistesniveau der Massen und Individuen in Deutschland und England in grossem Masse erhöhen. Dafür gibt es nach ihrer Meinung nur ein Mittel. Und ich möchte wieder von Ihnen hören, ob Sie ein anderes Mittel in der Arbeiterbewegung kennen! Es ist die Bildung einer Gruppe, die kämpfend zeigt, was die Masse

sein soll. Zeigen Sie mir, Genosse, ein anderes Mittel, wenn Sie es wissen. Ich kenne kein anderes. In der Arbeiterbewegung und besonders, wie ich glaube, in der Revolution, gibt es nur eine Probe aufs Exempel - das Beispiel selbst, die Tat.

Die Genossen der «Linken» glauben, dass diese kleine Gruppe, kämpfend gegen den Kapitalismus und gegen die Gewerkschaften, die Gewerkschaften zu sich hinüber ziehen, oder, denn auch das ist möglich, sie allmählich auf bessere Wege drängen wird. Das kann nur durch das Beispiel erreicht werden. Um das Niveau der deutschen Arbeiter zu heben, sind diese neuen Formationen, die Betriebsorganisationen, also absolut unentbehrlich.

[Der Parlamentarismus]

Hermann Gorter «Offener Brief an den Genossen Lenin»; in «Die Linke gegen die Parteiherrschaft», Olten 1970, S. 449 - 451

Es bleibt jetzt noch übrig, die Linke gegen Sie zu verteidigen in der Frage des Parlamentarismus. Dieselben allgemein-theoretischen Gründe bestimmen auch hier das Verhalten der Linken, wie in der Gewerkschaftsfrage. Das Alleinstehen des Proletariats, die Riesenmacht der Feinde, die Notwendigkeit, dass die Masse sich darum viel höher erhebt, dass sie sich dabei hauptsächlich auf sich selbst stützt usw. Ich brauche diese Gründe hier nicht zu wiederholen.

Aber es kommen hier noch einige andere als bei der Gewerkschaftsfrage hinzu.

Erstens: Die Arbeiter Westeuropas und im allgemeinen die arbeitenden Massen sind ideell ganz der bürgerlichen Kultur, den bürgerlichen Ideen und daher auch dem bürgerlichen Vertretungssystem, dem Parlamentarismus, der bürgerlichen Demokratie unterworfen. Viel mehr als die osteuropäischen. Hier hat sich die bürgerliche Ideologie des ganzen sozialen und daher auch politischen Lebens bemächtigt, sie ist viel tiefer in die Köpfe und Herzen der Arbeiter eingedrungen. Sie sind hier seit Jahrhunderten darin aufgewachsen und erzogen. Diese Ideen haben die Arbeiter ganz durchtränkt.

Sehr schön schildert Genosse Pannekoek diese Verhältnisse in der Wiener Zeitschrift «Kommunismus»: «Die deutsche Erfahrung stellt uns gerade vor das grosse Problem der Revolution in Westeuropa. In diesen Ländern hat die alte bür-

gerliche Produktionsweise und die damit zusammenhängende hochentwickelte Kultur vieler Jahrhunderte dem Denken und Fühlen der Volksmassen völlig ihren Stempel aufgeprägt. Dadurch ist der geistige und innere Charakter der Volksmassen hier ganz anders als in den östlichen Ländern, die diese Herrschaft bürgerlicher Kultur nicht kannten. Und darin liegt vor allem der Unterschied im Verlauf der Revolution im Osten und im Westen. In England, Frankreich, Holland, Skandinavien, Italien, Deutschland lebte vom Mittelalter her ein kräftiges Bürgertum mit kleinbürgerlicher und primitiv kapitalistischer Produktion; indem der Feudalismus zerschlagen wurde, wuchs auf dem Lande ein ebenso kräftiges, unabhängiges Bauerntum empor, das auch Meister in der eigenen kleinen Wirtschaft war. Auf diesem Boden entfaltete sich das bürgerliche Geistesleben zu einer festen nationalen Kultur, vor allem in den Küstenstaaten England und Frankreich, die voran in der kapitalistischen Entwicklung schritten. Der Kapitalismus im 19. Jahrhundert hat mit der Unterwerfung der ganzen Wirtschaft diese nationale Kultur gesteigert, verfeinert und mit seinen geistigen Propagandamitteln, Presse, Schule und Kirche, fest in die Köpfe der Massen eingehämmert, sowohl jener Massen, die er proletarisierte und in die Städte zog, als auch jener, die er auf dem Lande liess. Das gilt nicht nur für die Stammländer des Kapitalismus, sondern ähnlich, sei es auch in etwas verschiedenen Formen für Amerika und Australien, wo die Europäer neue Staaten gründeten, und für die bis dahin stagnierenden Länder Zentraleuropas: Deutschland, Österreich, Italien, wo die neue kapitalistische Entwicklung an eine alte, steckengebliebene, kleinbürgerliche Wirtschaft und kleinbürgerliche Kultur anknüpfen konnte. Ganz anderes Material und andere Tradition fand der Kapitalismus vor, als er in die östlichen Länder Europas eindrang. Hier in Russland, Polen, Ungarn, auch in Ost-Elbien, war keine kräftige bürgerliche Klasse, die von altersher das Geistesleben beherrschte; die primitiven Agrarverhältnisse mit Grossgrundbesitz, patriarchalischem Feudalismus und Dorfkommunismus bestimmten das Geistesleben.

Damit hat Genosse Pannekoek im ideologischen Bereich den Nagel auf den Kopf getroffen. Viel mehr, als je von Ihrer Seite geschehen ist, hat er den Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa von der ideologischen Seite deutlich gemacht und hat von dieser Seite den Schlüssel gegeben zum Finden der revolutionären Taktik für West-

europa. Man braucht diesen nur zu verbinden mit den materiellen Ursachen der Macht unserer Gegner, d. h. mit dem Bankkapital, und die ganze Taktik wird klar.

Aber mehr noch kann über das ideologische Problem gesagt werden: Die bürgerliche Freiheit, die Macht des Parlaments, ist in Westeuropa von den früheren Geschlechtern, den Vorfahren, in Freiheitskämpfen erkämpft worden, wenn damals auch nur für die Bürger, die Besitzenden, so doch vom Volke. Tief liegt noch der Gedanke an diese Kämpfe als Tradition im Blute dieses Volkes. Ist doch eine Revolution die tiefste Erinnerung eines Volkes. Unbewusst ist der Gedanke, dass vertreten zu werden durch ein Parlament ein Sieg war, eine gewaltige, stille Kraft. Besonders ist dies der Fall in den ältesten bürgerlichen Ländern, wo lange oder wiederholte Freiheitskämpfe stattfanden: in England, Holland und Frankreich. Aber auch, wenn auch in geringerem Maasse, in Deutschland, Belgien und den skandinavischen Ländern. Ein Bewohner des Ostens kann sich vielleicht nicht vorstellen, wie stark dieser Einfluss sein kann.

Ausserdem haben die Arbeiter selbst hier oft viele Jahre für das allgemeine Wahlrecht gekämpft und es dadurch, sei es direkt oder indirekt, erworben. Auch dies war ein Sieg, der damals Früchte trug. Der Gedanke und das Gefühl, dass es ein Fortschritt ist und ein Sieg, sich vertreten und eigene Vertreter für seine Sachen im bürgerlichen Parlament sorgen zu lassen, ist allgemein. Der Einfluss auch dieser Ideologie ist sehr gross.

Und schliesslich ist durch den Reformismus die Arbeiterklasse Westeuropas ganz in die Macht der Parlamentsmitglieder gekommen, die zum Krieg, zum Bunde mit dem Kapitalismus geführt haben. Auch dieser Einfluss, des Reformismus, ist kolossal.

Hermann Gorter «Offener Brief an den Genossen Lenin»; in «Die Linke gegen die Parteiherrschaft», Olten 1970, S. 4589 - 465

Sie gebrauchen in Ihrem Kampf gegen uns, Genosse Lenin, nur drei Argumente, die immer, entweder gesondert oder durcheinander, in Ihrer ganzen Broschüre wiederkehren.

Es sind dies:

1. Der Vorteil der Propaganda im Parlament für

die Gewinnung der Arbeiter und der kleinbürgerlichen Elemente.

2. Der Vorteil der parlamentarischen Aktion für die Ausnützung der «Risse» zwischen den Parteien und für die Kompromisse mit einigen von ihnen.

3. Das Beispiel Russlands, wo diese Propaganda und Kompromisse so ausgezeichnet gewirkt haben.

Weitere Argumente haben Sie nicht. Ich werde sie jetzt der Reihe nach beantworten. Zunächst das erste Argument, die Propaganda im Parlament. Dies Argument ist von ganz geringer Bedeutung. Denn die nicht kommunistischen Arbeiter, d. h. die sozialdemokratischen, christlichen und anderen bürgerlich denkenden, hören aus ihren Zeitungen von unseren Parlamentsreden gewöhnlich nichts. Oft werden diese Reden noch ganz entstellt. Wir erreichen sie also mit diesen Reden nicht. Wir erreichen sie nur durch unsere Versammlungen, Broschüren, Zeitungen.

Wir - ich spreche öfter im Namen der KAPD - erreichen sie aber (in der Zeit der Revolution, über diese sprechen wir) besonders durch die Tat. In allen grösseren Städten und Dörfern sehen sie uns handeln. Unsere Streiks, Strassenkämpfe, unsere Räte. Sie hören unsere Losungen. Sie sehen uns vorangehen. Das ist die beste Propaganda, diese überzeugt am meisten. Diese Tat geschieht aber nicht im Parlament.

Die noch nicht kommunistischen Arbeiter, kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Elemente werden also ganz gut erreicht, auch ohne parlamentarische Aktion. Hier muss besonders eine Stelle aus der Broschüre «Kinderkrankheit» widerlegt werden, die ganz deutlich zeigt, wohin der Opportunismus Sie, Genosse, schon führt.

Auf Seite 52 sagen Sie, dass die Tatsache, dass die deutschen Arbeiter in Massen zur Unabhängigen Partei gehen und nicht zur Kommunistischen, auf das nicht-parlamentarische Auftreten der Kommunisten zurückzuführen ist. Also die Masse der Berliner Arbeiter z. B. wäre durch den Tod unserer Genossen Liebknecht und Rosa Luxemburg, durch die zielbewussten Streiks und Strassenkämpfe der Kommunisten fast überzeugt. Es fehlte nur noch die Rede des Genossen Levi im Parlament! Wenn dieser die Rede doch gehalten hätte, wären sie zu uns und nicht zu den zweideutigen Unabhängigen gegangen!! Nein, Genosse, dies ist nicht wahr, sie sind erst zu den Zweideutigen gegangen, weil sie die Revolution,

die eindeutige, noch fürchteten. Weil der Übergang der Sklaverei zur Freiheit über das Zaudern geht. Seien Sie vorsichtig, Genosse, Sie sehen, wohin der Opportunismus Sie schon führt.

Ihr erstes Argument hat keine Bedeutung. Und wenn wir bedenken, dass das Mittun im Parlament (in der Revolution in Deutschland und England und in ganz Westeuropa) jene Idee bei den Arbeitern stärkt, dass ihre Führer die Arbeit wohl tun werden, und jene Idee schwächt, dass sie alles selbst ausführen müssen, sehen wir, dass dies Argument nicht nur nichts gutes bedeutet, sondern sehr schädlich ist.

Das zweite Argument Der Vorteil der parlamentarischen Aktion (in den revolutionären Zeiten) für die Ausnützung der Risse zwischen den Parteien und für die Kompromisse mit einigen von ihnen. Um dieses Argument (besonders für England und Deutschland, aber auch für ganz Westeuropa) zu widerlegen, muss ich etwas ausführlicher sein als beim ersten. Es fällt mir schwer, dies gegen Sie tun zu müssen, Genosse Lenin. Diese ganze Frage des revolutionären Opportunismus (denn es ist jetzt nicht mehr der reformistische, sondern der revolutionäre Opportunismus) im Kommunismus ist aber für uns in Westeuropa eine Lebensfrage. Buchstäblich eine Frage von Leben und Tod. Die Sache selbst, die Widerlegung, ist leicht. Hundertmal haben wir dies Argument, wenn Troelstra, Henderson, Bernstein, Legien, Renaudel, Van der Velde usw., kurz, alle Sozialpatrioten, es gebrauchten, widerlegt. Ja, Kautsky, als er noch Kautsky war, hat es widerlegt. Es war das grösste Argument der Reformisten. Nie hatten wir erwartet, es gegen Sie tun zu müssen. Jetzt müssen wir es tun. Wohlan!

Der Vorteil der parlamentarischen Ausnützung der «Risse» ist darum so unbedeutend, weil die «Risse» seit einigen Jahren, Jahrzehnten, so unbedeutend sind. Zwischen den grossbürgerlichen Parteien, zwischen den grossbürgerlichen und den kleinbürgerlichen Parteien. In Westeuropa, in Deutschland und England. Das datiert nicht von der Revolution. Das war schon viel früher, in der Zeit der langsamen Entwicklung so. Alle Parteien, auch die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen, standen schon seit langem gegen die Arbeiter, und zwischen ihnen selbst war der Unterschied in Fragen, die die Arbeiter betreffen (und dadurch auch in fast allen anderen), sehr gering geworden, oft ganz verschwunden. Dies steht fest, theoretisch und praktisch. In Westeuropa, in Deutschland und England.

Theoretisch, weil das Kapital sich konzentriert hat in Banken, Trusts und Monopolen. In gewaltiger Weise. Weil in Westeuropa, und besonders in England und Deutschland, diese Banken, Trusts und Kartelle fast das ganze Kapital in sich aufgenommen haben, in Industrie, Handel, Verkehr und sogar auch schon grösstenteils in der Landwirtschaft. Dadurch ist die ganze Industrie, auch die kleine, der ganze Verkehr, auch der kleine, und der grösste Teil der Landwirtschaft, auch der kleinen, vom Grosskapital ganz und gar abhängig geworden. Sie sind mit dem Grosskapital eins geworden.

Genosse Lenin sagt, dass der kleine Handel, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft schwanken zwischen Kapital und Arbeitern. Das ist falsch. Das war so in Russland und, früher, auch hier. In Westeuropa, in Deutschland und England, hängen sie jetzt so sehr, so völlig vom Grosskapital ab, dass sie nicht mehr schwanken. Der kleine Ladenbesitzer, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann sind ganz in der Macht der Trusts, der Monopole, der Banken. Diese liefern ihnen Waren und Kredit. Und sogar der kleine Bauer hängt, durch seine Kooperative und Hypotheken, vom Trust, vom Monopol und von den Banken ab.

Genosse, dieser Teil meiner Beweisführung, der Beweisführung der «Linken», ist der allerwichtigste. Von ihm hängt die ganze Taktik für Europa und Amerika ab. Genosse, aus welchen Teilen bestehen diese niedrigen, dem Proletariat am nächsten stehenden Schichten? Aus Ladenbesitzern, Handwerkern, niedrigen Beamten und Angestellten und aus armen Bauern. Untersuchen wir also diese in Westeuropa! - Kommen Sie mit mir, Genosse, nicht nur in einen grossen - dort ist das Abhängigsein vom Grosskapital selbstverständlich -, sondern in einen kleinen Laden in Westeuropa, in einem armen Proletarierviertel. Schauen Sie um sich! Was sehen Sie? Alle, fast alle diese Waren, Kleidung, Lebensmittel, Geräte, Brennstoff usw., sind Produkte nicht nur der Grossindustrie, sondern sehr oft von Trusts. Und das ist so nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Die kleinen Ladenbesitzer sind zum übergrossen Teil schon Lagerhalter des Grosskapitals. Das heisst also des Bankkapitals, denn dieses beherrscht die grossen Fabriken, die Trusts.

Sehen Sie in eine Werkstatt eines kleinen Handwerkers, in einer Stadt oder auf dem Lande, das ist gleich! Seine Rohstoffe, die Metalle, das Le-

der, das Holz usw., kommen vom Grosskapital, oft schon von den Monopolen, d. h. also von den Banken. Und wo die Lieferanten dieser Waren noch kleinere Kapitalisten sind, da hängen diese doch ab vom Bankkapital. Und die niedrigen Angestellten und Beamten? Sie stehen zum grössten Teil in Westeuropa im Dienst des Grosskapitals und des vom Grosskapital ganz abhängigen Staates und der Gemeinden, also letzten Endes auch schon der Banken. Der Prozentsatz der dem Proletariat am nächsten stehenden Angestellten und Beamten, die vom Grosskapital direkt oder indirekt abhängig sind, ist in Westeuropa sehr gross, in Deutschland und England, wie auch in den Vereinigten Staaten und englischen Kolonien, enorm. Und die Interessen dieser Schichten sind also mit den Interessen des Grosskapitals, d. h. also der Banken, verknüpft.

Ober die armen Bauern sprach ich schon, und wir sahen, dass sie für den Kommunismus vorläufig nicht zu gewinnen sind, ausser wegen der dort genannten Ursachen teilweise auch, weil sie für ihre Geräte, Waren und Hypotheken vom Grosskapital abhängen.

Was ergibt sich hieraus, Genosse? Dass die moderne westeuropäische (und amerikanische) Gesellschaft und der Staat ein grosses, organisiertes, bis in seine äussersten Glieder und Zweige organisiertes Ganzes geworden sind, das ganz vom Bankkapital beherrscht, in Bewegung gebracht und geregelt wird. Dass die Gesellschaft hier ein geordneter Körper ist, kapitalistisch geordnet, aber doch geordnet. Dass das Bankkapital das Blut dieses Körpers ist, das durch den ganzen Körper fliesst und alle Zweige nährt. Dass dieser Körper eine ist und dass das Kapital den ganzen Körper gewaltig stark macht, und dass daher alle Glieder bis zu seinem wirklichen Ende zu ihm halten werden. - Nur nicht das Proletariat, das das Blut, den Mehrwert, schafft.

Durch diese Abhängigkeit aller Klassen vom Bankkapital und durch die gewaltige Kraft des Bankkapitals stehen alle Klassen der Revolution feindlich gegenüber, und dadurch steht auch das Proletariat allein. Und da das Bankkapital die geschmeidigste und am meisten elastische Kraft der Welt ist und durch seinen Kredit seine Macht noch vertausendfacht, darum hält es den Kapitalismus, die kapitalistische Gesellschaft und den kapitalistischen Staat zusammen und instand, auch noch nach diesem fürchterlichen Kriege, nach dem Verlust von tausenden Milliarden, und inmitten eines Zustandes, der uns schon als sein

Bankrott erscheint. Und dadurch hält es alle Klassen, das Proletariat ausgenommen, mit noch grösserer Gewalt um sich zusammen und macht alle Klassen dem Proletariat gegenüber zu einem Ganzen. Und diese Kraft und Geschmeidigkeit und dieses Zusammenhalten aller Klauen sind so gross, dass sie noch sehr lange, nachdem die Revolution ausbrach, bleiben werden.

Gewiss, das Kapital ist fürchterlich geschwächt. Die Krise kommt und mit ihr die Revolution. Und ich glaube, dass diese Sieger wird. Aber es gibt zwei Ursachen, die den Kapitalismus immer noch sehr kräftig halten. Sie sind die geistige Sklaverei der Massen und das Bankkapital. Auf die Kraft dieser beiden muss unsere Taktik also eingestellt sein. Und es gibt noch eine Ursache, wodurch das organisierte Bankkapital alle Klassen der Revolution gegenüber zusammenhält. Dies ist die grosse Zahl der Proletarier. Alle Klassen fühlen, dass, wenn sie die Arbeiter (in Deutschland fast 20 Millionen) nur dazu bringen können, 10, 12, 14 Stunden pro Tag zu arbeiten, die Rettung aus der Krise noch möglich sein würde. Auch darum stehen sie zusammen. Dies ist der ökonomische Zustand Westeuropas.

In Russland hatte das Bankkapital diese Kraft noch nicht, und dadurch hielten die bürgerlichen und niedrigeren Klassen nicht zusammen. Und dadurch waren wirkliche Risse zwischen ihnen. Und dadurch stand das Proletariat dort nicht allein. Diese ökonomischen Ursachen bestimmen die Politik. Durch diese Ursachen stimmen diese Klassen in Westeuropa bei den Wahlen, abhängige Sklaven wie sie sind, für ihre Herren, für diese grossbürgerlichen Parteien und gehören zu den grossbürgerlichen Parteien. Eigene Parteien haben diese kleinen Leute in Deutschland und England und Westeuropa fast nicht. Dies alles war schon so sehr stark vor der Revolution und vor dem Kriege. Der Krieg hat diese Tendenz in riesenhaftem Masse gestärkt. Durch den Nationalismus und Chauvinismus. Aber besonders durch die riesenhafte Trustifizierung aller ökonomischen Kräfte. Die Revolution aber hat diese Tendenz: Zusammenschluss aller bürgerlichen Parteien und Anschluss aller kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Elemente an die grossbürgerlichen, noch wieder ungeheuer verstärkt. Nicht umsonst ist die russische Revolution da! Man weiss jetzt überall, was man zu erwarten hat.

Die Grossbürger und Grossbauern, der Mittelstand und die Mittelbauern, die niedrigen bürgerlichen und bäuerlichen Schichten sind also in

Westeuropa, und besonders in Deutschland und England, durch das Monopol, die Banken, die Trusts, den Imperialismus, durch den Krieg, durch die Revolution gegen die Arbeiter und stehen alle darin zusammen. Und weil die Arbeiterfrage alles beherrscht, stehen sie in allen Fragen zusammen.

Genosse, hier muss ich wieder dieselbe Bemerkung machen, die ich schon bei der Bauernfrage (im ersten Kapitel) machte. Ich weiss ganz gut, dass nicht Sie, sondern die kleinen Geister in unserer Partei, die die Kraft nicht haben, um die Taktik auf die grossen allgemeinen Linien zu stützen, und die sie darum stützen auf die kleinen besonderen, dass diese kleinen Geister die Aufmerksamkeit auf diejenigen Teile dieser Schichten richten werden, die noch nicht im Banne des Grosskapitals stehen.

Ich verneine nicht, dass es solche Teile gibt, aber ich sage, dass die allgemeine Wahrheit, die allgemeine Tendenz in Westeuropa ist, dass sie im Banne des Grosskapitals stehen. Und auf dieser allgemeinen Wahrheit soll unsere Taktik begründet sein! Auch verneine ich nicht, dass es noch Risse geben kann. Ich sage nur, dass die allgemeine Tendenz ist und noch lange während der Revolution bleiben wird: Zusammenschluss dieser Klassen. Und ich sage, dass es für die Arbeiter, in Westeuropa, besser ist, ihre Aufmerksamkeit zu richten auf den Zusammenschluss als auf die Risse. Denn sie selbst müssen an erster Stelle hier die Revolution machen - und nicht ihre Führer, ihre Parlamentsmitglieder.

Auch sage ich nicht, was die kleinen Geister aus meinen Worten machen werden, dass die wirklichen Interessen dieser Klassen dieselben sind wie diejenigen des Grosskapitals. Ich weiss schon, dass sie vom Grosskapital unterdrückt werden.

Was ich sage, ist nur dies: Noch fester als früher halten diese Klassen mit dem Grosskapital zusammen, weil sie jetzt auch die Gefahr der proletarischen Revolution vor sich sehen.

[Bildung und Kampf]

Hermann Gorter «Offener Brief an den Genossen Lenin»; in «Die Linke gegen die Parteiherrschaft», Olten 1970, S. 458 - 465

Sie, Genosse Lenin, wollen uns in Westeuropa, die wir ohne Bundesgenossen einem auch jetzt noch überaus mächtigen, ausserordentlich orga-

nisierten (in allen Verzweigungen und Richtungen organisierten) und bewaffneten Kapitalismus gegenüberstehen, und die wir dazu die allerbesten, die allerstärksten Waffen brauchen, zwingen, schlechte zu gebrauchen. Uns, die wir die Revolution in und nach Betrieben organisieren wollen, wollen Sie die elenden Gewerkschaften aufzwingen. Die Revolution in Westeuropa kann nur, und soll darum, nach Betrieben und in den Betrieben organisiert sein, weil hier der Kapitalismus (nach allen Richtungen) ökonomisch und politisch so hoch organisiert ist, und weil die Arbeiter (ausser der kommunistischen Partei) keine anderen starken Waffen haben. Die Russen waren bewaffnet und hatten die armen Bauern. Was die Waffen und die Bauern für die Russen waren, müssen, vorläufig, für uns die Taktik und die Organisation sein. Und da empfehlen Sie die Gewerkschaften. Uns, die wir aus psychischen und materiellen Gründen, mitten in der Revolution, gegen die Gewerkschaften kämpfen müssen, wollen Sie an diesem Kampf hindern. Uns, die wir nur durch Spaltung kämpfen können, hindern Sie an dieser Spaltung. Uns, die wir Gruppen formieren wollen, die das Beispiel geben, das einzige Mittel dem Proletariat zu zeigen, was wir wollen, verbieten Sie dieses Beispiel. Uns, die wir das Niveau des Proletariats in Westeuropa erhöhen wollen, werfen Sie Steine in den Weg.

Sie wollen die Spaltung, die neuen Formationen und also die höhere Stufe nicht! Und warum? Weil Sie die grossen Parteien und die grossen Gewerkschaften in die 3. Internationale haben wollen. Uns scheint dies Opportunismus, Opportunismus der schlechtesten Art.

Sie handeln, Genosse Lenin, jetzt in der Internationale ganz anders als damals in der Partei der Maximalisten. Diese wurde (und wird vielleicht noch immer) sehr «rein» gehalten. In die Internationale sollen jetzt sofort Halb-, Viertel- und Achtel-Kommunisten aufgenommen werden.

Es ist der Fluch der Arbeiterbewegung, dass sie, sobald sie eine gewisse «Macht» bekommen hat, diese Macht mit prinzipienlosen Mitteln zu vergrössern sucht. Auch die Sozialdemokratie war, fast in allen Ländern, im Anfang «rein». Die meisten jetzigen Sozialpatrioten waren wirklich Marxisten. Mit marxistischer Propaganda gewann man die Massen. Sobald man eine «Macht» hatte, liess man sie im Stich. So wie die Sozialdemokraten damals, so handeln Sie, so handelt die dritte Internationale jetzt. Natürlich jetzt nicht nach nationalem Maassstabe, sondern

nach internationalem. Die russische Revolution hat durch «Reinheit», durch Prinzipienfestigkeit gewonnen. Jetzt hat sie, jetzt hat das internationale Proletariat durch sie Macht. Diese Macht soll jetzt ausgebreitet werden über Europa. Und sofort lässt man die alte Taktik fahren!!

Statt jetzt auch in allen anderen Ländern dieselbe bewährte Taktik anzuwenden und so die dritte Internationale innerlich sehr stark zu machen, geht man auch jetzt wieder, ganz wie damals die Sozialdemokratie, zum Opportunismus über. Alles soll jetzt hinein: die Gewerkschaften, die Unabhängigen, das französische Zentrum, Teile der Labour-Party. Um den marxistischen Schein zu wahren, werden Bedingungen aufgestellt, die man unterzeichnen (!!) muss, und werden Kautsky, Hilferding, Thomas usw. ausgestossen. Die grosse Masse, der Mittelstoff, kommt aber hinein, wird mit allen Mitteln hineingetrieben. Und damit das Zentrum nur recht mächtig werde, werden die «Linken» nicht zugelassen, wenn sie nicht zum Zentrum übergehen! Die allerbesten Revolutionäre, wie die KAPD, werden also ausgestossen! Und wenn man dann die grosse Masse so auf eine mittlere Linie vereinigt hat, dann geht man mit eiserner Disziplin und unter Führern, die auf so ausserordentliche Weise erprobt sind, auf einmal zusammen vorwärts. Und Wohin? In den Abgrund. Was helfen uns die prächtigsten Prinzipien, was helfen uns die glänzenden Thesen der dritten Internationale, wenn wir in der Praxis diesen Opportunismus ausüben? Auch die zweite Internationale hatte die schönsten Prinzipien, doch sie ging unter durch diese Praxis.

Wir aber, die Linke, wollen das nicht. Wir wollen in Westeuropa, gerade wie damals die Bolschewiki in Russland, erst sehr feste, sehr klare und sehr starke (wenn vielleicht auch im Anfang kleine) Parteien, Kerne, bilden. Und wenn wir die erst haben, dann wollen wir sie grösser machen. Aber immer nur sehr fest, sehr stark, sehr «rein». Nur so können wir siegen in Westeuropa. Darum verwerfen wir gänzlich Ihre Taktik, Genosse.

Sie sagen, Genosse, dass wir, die Mitglieder der Amsterdamer Kommission, die Lehren der früheren Revolutionen vergessen haben oder nicht kannten. Nun, Genosse, an ein Ding erinnere ich mich sehr wohl von den vergangenen Revolutionen. Und dies eine ist: dass die extremen «linken» Parteien darin immer eine hervorragende, erhabene Rolle gespielt haben. Das war der Fall in der holländischen Revolution gegen Spanien,

in der englischen Revolution, in der französischen Revolution, in der Kommune und in den beiden russischen Revolutionen.

Nun gibt es, der Entwicklung der Arbeiterbewegung hier entsprechend, zwei Richtungen in der westeuropäischen Revolution: die radikale und die opportunistische. Diese können nur zu einer guten Taktik, zur Einheit kommen durch Kampf gegen einander. Aber die radikale ist, trotzdem sie vielleicht in einigen Einzelheiten zu weit geht, bei weitem die beste. Und da unterstützen Sie, Genosse Lenin, die opportunistische!

Und nicht nur das Die Exekutive in Moskau, die russischen Führer einer Revolution, die nur siegte durch die Hilfe eines Millionenheeres von armen Bauern, will dem Proletariat Westeuropas, das ganz und gar auf sich selbst steht und stehen muss, die Taktik aufdrängen! Und zerschmettert dazu gleich wie Sie die beste Richtung in Westeuropa! Welch eine unglaubliche Dummheit, und besonders weich eine Dialektik! Wenn die Revolution in Westeuropa ausbricht, werden Sie mit dieser Taktik Ihr blaues Wunder erleben! Aber das Proletariat wird das Opfer sein.

Sie, Genosse, und die Exekutive in Moskau wissen, dass die Gewerkschaften in Westeuropa konterrevolutionäre Mächte sind. Dies wird klar aus Ihren Thesen. Trotzdem wollt Ihr sie erhalten. Sie wissen auch, dass die Arbeiter-Union, d. h. die Betriebsorganisationen, die Rank and File Movement, revolutionäre Organisationen sind. Ihr sagt selbst in Euren Thesen, dass die Betriebsorganisation unser Ziel sein muss und ist. Trotzdem wollt Ihr sie ersticken. Ihr wollt die Organisationen, in welchen die Arbeiter, jeder Arbeiter, und also die Masse zur Kraft und Macht kommen kann, ersticken, und diejenigen, in welchen die Masse ein totes Werkzeug der Führer ist, erhalten. Auf diese Weise wollt Ihr die Gewerkschaften in eure Macht, in die Macht der dritten Internationale bringen.

Warum wollt Ihr das? Warum befolgt Ihr diese schlechte Taktik? Weil Ihr die Massen um Euch haben wollt, wie sie auch sind, wenn es nur Massen sind. Weil Ihr glaubt, dass wenn Ihr nur Massen habt, die Euch durch straffe Disziplin und Zentralisation gehorchen (kommunistisch, halb kommunistisch oder gar nicht kommunistisch), dass Ihr, die Führer, dann schon siegen werdet. Mit einem Wort: Weil Ihr Führerpolitik treibt.

Führerpolitik ist nicht diejenige Politik, die Führer will und Zentralisation, denn ohne diese erreicht man nichts (ebensowenig wie ohne Partei), sondern sie ist diejenige Politik, die Massen versammelt, ohne zu fragen, welche ihre Überzeugung, welches ihr Herz ist, und die meint, dass die Führer, wenn sie nur grosse Massen um sich haben, siegen können. Aber diese Politik, wie Sie und die Exekutive diese in der Gewerkschaftsfrage jetzt zeigen, wird in Westeuropa keinen Erfolg haben. Dazu ist der Kapitalismus hier, auch jetzt noch, viel zu mächtig und steht das Proletariat hier zu sehr auf sich selbst. Sie wird, gleich wie diejenige der Zweiten Internationale, scheitern. Hier müssen die Arbeiter selbst mächtig werden, und dann, durch sie, ihre Führer. Hier muss das Übel, die Führerpolitik, an der Wurzel gefasst werden.

Mit dieser Ihrer Taktik in der Gewerkschaftsfrage haben Sie und die Exekutive in Moskau m. E. bewiesen, dass Sie, wenn Sie wenigstens diese Taktik nicht ändern, die westeuropäische Revolution nicht führen können.

3. Italienischer Linkskommunismus

Amadeo Bordiga war erster Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (PCd'I; ab 1943 PCI) und ihr wichtigster Gründer, war der letzte westliche Revolutionär, der Stalin (1926) ins Gesicht sagte, er sei der Totengräber der Revolution, und das überlebte. Im selben Jahr wurde er aus dem PCd'I ausgeschlossen und nahm einige tausend "Bordigisten" mit. 1928 wählte die "Italienische Kommunistische Linke" (wie sie sich selbst nannte) Trotzki zum "Chef der Internationalen - linke Opposition". Daran schloß sich eine langwierige Auseinandersetzung zwischen Bordiga und Trotzki an, die etwa 1931/32 in einem vollständigen Zerwürfnis endete. [...] Er lebte bis zu seinem Tod 1970 praktisch als Unbekannter und schrieb sogar noch einige Artikel über die revolutionäre Bewegung 1968. Nach dem Krieg betrachtete er es als seine Mission, die theoretischen Lehren der weltweiten revolutionären Welle von 1917-21 zu bewahren. Wie fast alle antistalinistischen Revolutionäre meinte er 1945, daß dazu das "russische Geheimnis" gelöst werden müsse [...]. Außerdem schrieb er eine dreibändige Geschichte der Italienischen Kommunistischen Linken (seiner eigenen Fraktion; leider endet das Buch 1921) und viele kleine Broschüren und Abhandlungen. [...] Das Ungewöhnliche und merkwürdig Aktuelle an Bordigas Ansichten war ganz einfach seine Theorie, daß Kapitalismus gleich Agrarrevolution sei. Zu dieser Ansicht war er wahrscheinlich schon vor 1914 gekommen; einige seiner frühesten Artikel beschäftigen sich mit den Positionen der französischen und italienischen Sozialisten zur Agrarfrage.

Antonie Gramsci [*Geboren am 23. Januar 1891 in Ales auf Sardinien, Italien. Ab 1911 Studium in Turin. 1913 tritt er in die Sozialistische Partei Italiens (PSI) ein. 1919 gründet er die sozialistische Arbeiterzeitung L'Ordine Nuovo.*] 1921 spaltete sich ein Teil des linken Flügels unter Amadeo Bordiga und Antonio Gramsci von der PSI ab, um die Kommunistische Partei (PCI) zu gründen. Zuvor hatten sie vergeblich versucht, die PSI in eine revolutionäre Partei zu verwandeln. Gramsci wurde Mitglied des Zentralkomitees der PCI und L'Ordine Nuovo wurde als Parteiorgan Tageszeitung. 1922 wurde er Vertreter der PCI im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. [...]

1926 verbot Mussolini alle oppositionellen Parteien. Gramsci und andere führende Sozialdemokraten und Kommunisten wurden verhaftet. In dem sogenannten Mammutprozeß wurde Gramsci 1928, trotz seiner formalen Immunität als Parlamentsabgeordneter, zu 20 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Als der faschistische Propagandaminister über Gramsci sprach, sagte er: "Wir müssen diesem Gehirn für 20 Jahre untersagen zu funktionieren."

Dies sollte jedoch nicht gelingen. Unter schwierigen Bedingungen verfaßte Gramsci Texte über Politik und Kultur. Diese erschienen später unter dem Namen Gefängnishefte. Um sich vor der Gefängniszensur zu schützen, umschrieb er mit Metaphern viele Begriffe aus der Arbeiterbewegung. So benutzte er z.B. den Begriff "Philosophie der Praxis" um das Wort "Marxismus" zu vermeiden, aber auch um deutlich zu machen, daß der Marxismus eben keine von der gesellschaftlichen Realität abgehobene gedankliche Turnübung ist, sondern sich im politischen Handeln verwirklicht.[1]

1937 starb er an den Folgen der Haft in Mussolinis Kerkern.

(Wikipedia)

Aus: „Der Kommunismus ist die materielle menschliche Gemeinschaft.

Amadeo Bordiga heute

von Loren Goldner

[Zum Zweck des Artikels]

[...]

Der folgende Artikel soll einen bescheidenen Beitrag dazu leisten. Er stellt die kaum bekannten Ansichten des italienischen Marxisten Amadeo Bordiga über das Wesen der Sowjetunion vor (Bordiga ist, wenn überhaupt, als einer der "Ultra-linken" bekannt, die Lenin in Der "Linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus denunzierte). Allgemeiner soll es um die These gehen, daß die - nach Bordigas Auffassung für den Kapitalismus zentrale - Agrarfrage den eigentlichen, aber kaum diskutierten Schlüssel zur Geschichte der beiden großen Deformationen des Marxismus im 20. Jahrhundert darstellt: der Sozialdemokratie und des Stalinismus. Der Artikel soll zeigen, daß die europäische (und v.a. deutsche) Sozialdemokratie, obwohl sie scheinbar eine marxistische Sprache sprach, selbst eine etatistische Entstellung des Marx'schen Projekts darstellte und eher als Schule für eine höhere Stufe des Kapitalismus, nämlich dem entstehenden keynesianischen Sozialstaat diente. Was heute zu Ende geht, ist also ein langer etatistischer Umweg in der Geschichte der Emanzipation der Arbeiterklasse, der in Wirklichkeit viel mehr mit einem Ersatz für die bürgerliche Revolution zum Zweck der Industrialisierung zurückgebliebener Gesellschaften zu tun hatte als mit dem Sozialismus oder dem Kommunismus. Das traditionelle beschönigende Bild von der historischen deutschen Sozialdemokratie vor dem Triumph des "Revisionismus" läßt sich nicht halten, weil es heute voll in eine Sackgasse führt. Die Geschichte ist der Theorie immer voraus und räumt die Trümmer des etatistischen Erbes der Sozialdemokratie und des Stalinismus aus dem Weg. Die Frage, wie es möglich war, daß sich das Marx'sche Projekt seit den 1860er Jahren immer tiefer in das etatistische Projekt des aufgeklärten Absolutismus und dessen Verständnis von Aufklärung [im Original deutsch] [*] verstrickte, ist heute drängender denn je. Noch drängender ist natürlich

die Frage, wie es sich aus dieser Verstrickung wieder befreien kann.

[Wer war Bordiga?]

[...]

Im Rahmen dieser Diskussion haben für die meisten westlichen Linken die Ideen des faszinierenden Charakters Amadeo Bordiga kaum eine Rolle gespielt. Bordiga, erster Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (PCd'I; ab 1943 PCI) und ihr wichtigster Gründer, war der letzte westliche Revolutionär, der Stalin (1926) ins Gesicht sagte, er sei der Totengräber der Revolution, und das überlebte. Im selben Jahr wurde er aus dem PCd'I ausgeschlossen und nahm einige tausend "Bordigisten" mit. 1928 wählte die "Italienische Kommunistische Linke" (wie sie sich selbst nannte) Trotzki zum "Chef der Internationalen - linke Opposition". Daran schloß sich eine langwierige Auseinandersetzung zwischen Bordiga und Trotzki an, die etwa 1931/32 in einem vollständigen Zerwürfnis endete. Aber Bordiga ist einer der originellsten, brillantesten und dabei am meisten vernachlässigten Marxisten des Jahrhunderts (anders als Gramsci ist Bordiga für den PCI nach dem zweiten Weltkrieg immer unverdaulich geblieben). Während des Kriegs blieb er in Italien (nachdem ihn die Komintern auf die übliche Weise ausgeschlossen und verleumdet hatte, wurde er von Mussolini eine Zeitlang ins Gefängnis gesperrt und widmete sich dann seinem Ingenieursberuf). Aber aus heutiger Sicht wird Bordigas Werk eigentlich erst nach dem zweiten Weltkrieg wirklich interessant. Er lebte bis zu seinem Tod 1970 praktisch als Unbekannter und schrieb sogar noch einige Artikel über die revolutionäre Bewegung 1968. Nach dem Krieg betrachtete er es als seine Mission, die theoretischen Lehren der weltweiten revolutionären Welle von 1917-21 zu bewahren. Wie fast alle antistalinistischen Revolutionäre meinte er 1945, daß dazu das "russische Geheimnis" gelöst werden müsse, und er schrieb drei (nie ins Englische übersetzte, aber auf französisch erschienene) Bücher über die russische Revolution und die sowjetische Wirtschaft. [5] Außerdem schrieb er eine dreibändige Geschichte der Italienischen Kommunistischen Linken (seiner eigenen Fraktion; leider endet das Buch 1921) und viele kleine Broschüren und Abhandlungen. [6] Die meisten seiner Texte sind in einem überladenen und unlesbaren Stil verfaßt,

aber sie lohnen sich. Das Ungewöhnliche und merkwürdig Aktuelle an Bordigas Ansichten war ganz einfach seine Theorie, daß Kapitalismus gleich Agrarrevolution sei. Zu dieser Ansicht war er wahrscheinlich schon vor 1914 gekommen; einige seiner frühesten Artikel beschäftigen sich mit den Positionen der französischen und italienischen Sozialisten zur Agrarfrage. [7]

[Betonung der Agrarfrage]

[...]

Daß Bordiga den Industriesektor herunterspielte und die Landwirtschaft betonte, ergab sich wie gesagt aus theoretischen und strategischen Überlegungen, die noch aus der Zeit vor der russischen Revolution stammten. Für Bordiga bedeutete Kapitalismus ja in erster Linie Agrarrevolution, Kapitalisierung der Landwirtschaft. Aus diesen Überlegungen heraus verstand Bordiga Bucharin ganz anders als die meisten revolutionären Gegner des Stalinismus. Bordiga führte eine neuartige Unterscheidung zwischen Lenin und Trotzki ein. Die meisten Leute, die zwischen Lenin und Trotzki unterscheiden, sind Stalinisten und Maoisten. Aber Bordiga dreht die Fragestellung der Stalinisten völlig um. Bordiga bezeichnet die russische Revolution mit einem Ausdruck von Lenin als "doppelte Revolution" [14], in der die politische Machtergreifung durch das Proletariat es möglich machte, die unerfüllten Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu erfüllen, vor allem die Zerstörung der vor-kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse in der Landwirtschaft. Der große Prototyp der bürgerlichen Revolution war zweifellos der August 1789 in Frankreich. Die Trotzlisten hatten immer gesagt, Lenin sei im April 1917 "ein Trotzlist geworden", da er die These von der permanenten Revolution übernommen habe. In Wirklichkeit war Lenin aber in Nuancen anderer Meinung gewesen als Trotzki. Das zeigte sich daran, wie er zwischen 1920 und 1922 das Wesen des neuen Regimes beschrieb, vor allem in seinen bemerkenswerten Reden vor dem Parteikongreß 1921, wo er gegen die Erste Arbeiteropposition und ihren Vorwurf polemisierte, im Sowjetstaat herrsche der "Staatskapitalismus". Lenin antwortete: "Der Staatskapitalismus wäre ein Schritt vorwärts gegenüber der jetzigen Lage der Dinge in unserer Sowjetrepublik", denn in Wirklichkeit herrsche ein Kleinpro-

duzentenkapitalismus, in dem eine politische Partei der Arbeiterklasse den Staat kontrolliere. [15]

Für Bordiga hieß das, daß, sobald dieser politische Ausdruck der Arbeiterklasse durch den Stalinismus zerstört war, nur noch der Kleinproduzentenkapitalismus übrig blieb. Wenn Lenin Anfang der 20er Jahre vom "Arbeiterstaat mit bürokratischen Deformierungen" sprach, meinte er etwas ganz anderes als Trotzki mit demselben Ausdruck 1936. An dieser Stelle kann und muß ich nicht die ganze Geschichte aufrollen, wer was über diese Frage sagte. Hinter den unterschiedlichen strategischen und taktischen Einschätzungen stehen zwei entgegengesetzte Auffassungen vom Marxismus. Wichtig ist, daß für Trotzki und die Trotzlisten der permanente Charakter der Revolution in "Eigentumsformen" geronnen war und sich später im Wachstum der Produktivkräfte ausdrückte. [16] Für Bordiga war das Wachstum der Produktivkräfte nur ein Beweis für den bürgerlichen Charakter des Sowjetphänomens. Er drehte die Argumentation der Stalinisten völlig um, indem er sagte, das Problem sei nicht, daß Trotzki die Bauernschaft "unterschätzt" habe, sondern daß er die Möglichkeit überschätzt habe, daß die Bauern und die Agrarrevolution der Kleinproduzenten irgendetwas mit einer proletarischen Revolution zu tun haben könnten.

[...]

Die Nachkriegstrotzlisten (für die Trotzki natürlich nichts kann) sahen die Industrialisierung der stalinistischen Regimes zu einer Zeit, als in der Dritten Welt nirgendwo Zeichen von Entwicklung zu sehen waren, als endgültigen Beweis für ihren deformierten sozialistischen Charakter. Gegen diese Haltung sagte Bordiga: "Den Kommunismus baut man nicht auf." Die "Entwicklung der Produktivkräfte" sei nicht die Aufgabe der Kommunisten. Er fügte hinzu: "Es stimmt genau, daß in der Sowjetunion die 'Grundlagen des Sozialismus' errichtet werden." Genau das bewies seiner Meinung nach den bürgerlichen Charakter des Regimes.

[Bordiga zu Marx]

[...]

Aber Bordiga ging weiter. Als Ingenieur legte er eine theoretische Strenge an den Tag, die nervte, die ihm aber auch erlaubte, die Dinge anders zu

sehen. Im Kern glaubte er, daß das "kommunistische Programm" ein für alle Mal 1847 von Marx und Engels im Manifest festgelegt und 1848 durch das Auftauchen der kommunistischen Strömung in der Arbeiterbewegung in Frankreich und anderswo bestätigt worden sei. Im wesentlichen dachte er, daß Marx und Engels eine "unveränderliche" Methode ausgearbeitet hätten und daß "Erneuerer" sich früher oder später immer als schlaue bürgerliche Philister auf dem Weg zum Bernsteinismus oder so etwas ähnlichem herausstellen würden. Aber dieses rührende Bestehen auf den 1848 niedergelegten Prinzipien führte ihn zu erstaunlichen Schlußfolgerungen über eine ganze, ebenfalls so gut wie verloren gegangene Dimension der marxistischen Tradition. Bordiga glaubte, daß alles Wichtige über die russische Frage bereits bis zu Marx' Tod 1883 gesagt worden sei. [21]

Das große Interesse von Marx für Rußland zeigte sich daran, daß er in den 1870er Jahren mit den Populisten korrespondierte, daß er bei seinem Tod zwei Kubikmeter Notizen über die Landwirtschaft in Rußland hinterließ (er stellte das Kapital nicht fertig, weil ihn in den letzten 10 Jahren seines Lebens die Agrarfrage in Rußland immer stärker beschäftigte), und an den verschiedenen neuen Vorworten zum Manifest und anderen Schriften aus der Zeit zwischen 1878 und 1883. (Sogar Engels durfte nicht wissen, wie sehr ihn Rußland interessierte, und platzte vor Wut, als er erfuhr, daß die Arbeiten an der russischen Frage der wahre Grund dafür waren, daß Marx mit dem Kapital nicht fertig wurde.) [22]

Das Wichtige für Bordiga war, daß Marx die russische Dorfgemeinschaft entdeckt hatte und zwischen 1878 und 1881 glaubte, Rußland könnte auf der Grundlage der Dorfgemeinschaft die kapitalistische Phase der Geschichte buchstäblich überspringen, sogar ohne Revolution im Westen, und die Bauern vor der Kapitalisierung der Landwirtschaft könnten zentral für diesen Prozeß sein. Marx schrieb (in seinem berühmten Brief von November 1877 an die Redaktion von Otetschestwenyje Sapiski: "Fährt Rußland fort, den Weg zu verfolgen, den es seit 1861 eingeschlagen hat, so wird es die schönste Chance verlieren, die die Geschichte jemals einem Volk dargeboten hat, um dafür alle verhängnisvollen Wechselfälle des kapitalistischen Systems durchzumachen." [23] Bis zu seinem Tod hatte Marx schon entschieden, daß Rußland die Chance verpaßt hatte, und das sagte er auch den russischen Populisten.

Für Bordiga war das vorstehende Zitat das marxistische Vermächtnis zur "russischen Frage" und "der ganze blutige Prozeß der kapitalistischen Akkumulation" eine von Stalin erfüllte Prophezeiung. Diese ganze Seite von Marx' Verhältnis zu Rußland verschwand 80 oder 90 Jahre lang weitgehend in staubigen Archiven und Fußnoten, obwohl es in den letzten Jahren von Leuten wie Jacques Camatte und Teodor Shanin wiederbelebt wurde. [24]

[Partei und Demokratie]

Zu einer ehrlichen Darstellung Bordigas gehören auch einige Anmerkungen zu seiner Haltung zur Demokratie. Er selbst bezeichnete sich stolz als "Antidemokraten" und glaubte sich darin einig mit Marx und Engels (weiter unten wird klar, wie das mit der Agrarfrage zusammenhängt). Bordigas Ablehnung der Demokratie hatte nichts mit den Gangstermethoden der Stalinisten zu tun. Für ihn waren nämlich sowohl Faschismus als auch Stalinismus der Gipfel der bürgerlichen Demokratie! [25] Demokratie bedeutete für Bordiga vor allem die Manipulation der Gesellschaft als formlose Masse. Dem stellte er die "Diktatur des Proletariats" gegenüber: durchgesetzt von der 1847 gegründeten kommunistischen Partei und beruhend auf Prinzipien und Programm des Kommunistischen Manifestes. Er bezog sich oft auf den Geist von Engels' Bemerkung, daß "am Vorabend der Revolution alle Kräfte der Reaktion sich unter dem Schlachtruf der 'reinen Demokratie' uns entgegenstellen werden" (wie tatsächlich 1921 alle Fraktionen, die in Opposition zu den Bolschewiken standen, von den Monarchisten bis zu den Anarchisten, "Sowjets ohne Bolschewiken" forderten). Bordiga wandte sich vehement gegen die Vorstellung, daß der revolutionäre Inhalt aus einem demokratischen Prozeß pluralistischer Ansichten entstehen könne.

[...]

Als Bordiga in einem anderen Zusammenhang sagen sollte, wer im russischen Kapitalismus die Kapitalistenklasse sei, sagte er, diese existiere in den Zwischenräumen der russischen Ökonomie als sich formierende Klasse. Für ihn ergab der Begriff des Staatskapitalismus keinen Sinn, denn der Staat konnte nur ein Medium für die Interessen einer Klasse sein; wer glaube, "der Staat" könne eine Produktionsweise errichten, der verabschiede sich vom Marxismus. Für Bordiga war die Sowjetunion

eine Gesellschaft im Übergang zum Kapitalismus. [28]

Diese Kritik des Formalismus hatte wiederum politische Folgen, da sie mit Bordigas Auffassung von der Rolle der kommunistischen Partei zusammenhing. Bordiga stellte sich resolut dem Rechtsschwenk der Komintern 1921 entgegen; als Generalsekretär des PCd'I weigerte er sich, die "Einheitsfrontstrategie" des 3. Kongresses umzusetzen, mit anderen Worten, er weigerte sich, den gerade gegründeten und "bordigistisch" dominierten PCd'I mit dem linken Flügel des PSI zu vereinigen, von dem er sich gerade abgespalten hatte.

Bordiga hatte eine völlig andere Auffassung von der Partei als die Komintern, die sich der revolutionären Ebbe anpaßte, welche sich 1921 durch das anglo-russische Handelsabkommen, Kronstadt, die Einführung der NEP, das Verbot der Fraktionen und die Niederlage der Märzaktion in Deutschland ankündigte. Die Strategie der westeuropäischen KPen, sich dieser Ebbe entgegenzustellen, indem sie durch die "Einheitsfront" massenhaft linke Sozialdemokraten absorbierten, sah Bordiga als völlige Kapitulation vor der seiner Meinung nach anbrechenden Zeit der konterrevolutionären Ebbe. Das war der Kernpunkt seiner Kritik der Demokratie. Im Namen der "Eroberung der Massen" schien die Komintern nämlich alle möglichen programatischen Zugeständnisse an die linken Sozialdemokraten zu machen.

Für Bordiga bedeutete das Programm alles und Zahlen im Sinne von verkauften Eintrittskarten nichts. Die Partei hatte in Zeiten der Ebbe die Aufgabe, das Programm zu bewahren und die Agitations- und Propagandaarbeit so weit wie möglich weiterzubetreiben, bis sich die Gezeiten wieder wendeten. Es war nicht ihre Aufgabe, das Programm auf der Jagd nach kurzlebiger Popularität zu verwässern. Gegen diese Auffassung lassen sich durchaus gute Einwände ins Feld führen, sie kann in die geschlossene Welt der Sekte führen, wie es den Bordigisten unbestritten geschah. Andererseits unterstreicht sie aber eine Tatsache, die der trotzkistische Flügel der internationalen linken Opposition und seine Erben nie wahrhaben wollten: Die Grundlagen für die kritiklose Übernahme des Stalinismus durch die außerrussischen "Massenparteien" Mitte der 20er Jahre waren schon durch den Schwenk von 1921 gelegt worden. Um das einzusehen, muß man sich gar nicht auf Bordigas antidemokratischen Standpunkt stellen: Die Bedeutung der Sowjets und Arbeiterräte in Rußland, Deutsch-

land und Italien ging völlig an Bordiga vorbei. Aber was die "soziologischen" Spätfolgen der Einheitsfront von 1921 für die westlichen KPen - ihre "Bolschewisierung" nach 1924 - anging, hatte Bordiga recht, und die Komintern hatte unrecht. Denn die soziale Basis des Stalinismus ab 1924 war historisch zum großen Teil durch die "Einheitsfront"-Taktik von 1921 in die westlichen kommunistischen Parteien hineingekommen. [29]

[Wieso Agrarfrage?]

Mit Bordiga kann man die grundlegende Degeneration der kommunistischen Weltbewegung im Jahr 1921 (und nicht 1927 bei Trotzki's Niederlage) erkennen, ohne in bloße leere Forderungen nach "mehr Demokratie" zurückzufallen. Die abstrakte formale Perspektive Bürokratie/Demokratie, unter der die trotzkistische Tradition diese entscheidende Phase der Geschichte der Komintern behandelt, ist von jedem Inhalt losgelöst. Sein Leben lang nannte Bordiga sich einen Leninisten und polemisierte nie direkt gegen Lenin, aber seine völlig andere Auffassung von den Ereignissen von 1921 und ihren Folgen für die Komintern und seine Gegnerschaft gegen Lenin und Trotzki in der Frage der Einheitsfront beleuchtet einen Wendepunkt, den die Erben des trotzkistischen Flügels der internationalen linken Opposition der 20er Jahre meistens im Dunkeln lassen.

[...]

Aber die Verunsicherung geht noch tiefer, nämlich bis ins Herz der aus der Zweiten und Dritten Internationale abgeleiteten revolutionären Identität. Wenn man nämlich eine "Karte" der militanten kommunistischen Massenparteien oder Regimes in Europa zwischen 1920 und 1975 zeichnet, dann deckt diese sich fast exakt mit einer Karte der aufgeklärt despotischen Staaten zwischen 1648 und 1789, nämlich: Frankreich, Deutschland, Rußland, Spanien, Portugal, Schweden (die wichtigste skandinavische KP; die einzige, die den Zweiten Weltkrieg nicht nur als Sekte überlebt hat). Es gibt keine Massen-KPen in Britannien, den USA, Holland, der Schweiz (und den englischsprachigen "Siedlerstaaten" wie Australien, Neuseeland und Kanada). Die scheinbare Ausnahme ist der PCI. Aber die lokalen merkantilistischen Stadtstaaten Italiens wirkten als Prototypen der aufgeklärt absolutistischen Staatskunst, und die regionalen Hochburgen

des PCI scheinen sich mit unterschiedlichen regionalen Erfahrungen während der historischen Phase des Ancien régime zu decken. Schließlich war und ist der PCI nach 1956 die "sozialdemokratischste" der großen westlichen KPen; natürlich ist er aus diesem Grund als einziger übrig.

Die Verbindung zwischen dem Vorhandensein eines aufgeklärt absolutistischen Staats im Jahr 1648 und einer Massen-KP oder einem stalinistischen Staat im Jahr 1945 ist die Agrarfrage. Diese Staaten, deren Prototyp Frankreich darstellte, wurden geschaffen, um die Kapitalisierung der Landwirtschaft zu beschleunigen. Bewußt oder unbewußt machten sie mit ihren Bauern etwa das gleiche, was der sowjetische Staat ab 1928 mit den Bauern machte und was liberale kapitalistische Regimes im 19. Jahrhundert taten. Die aufgeklärt absolutistischen Staaten plünderten mit Steuern die Bauern aus, um sie als Quelle der Akkumulation zu benutzen. Diese Methoden waren eine Reaktion auf die in den "calvinistischen" Ländern schon existierenden erfolgreichen Zivilgesellschaften, deren Erfolg auf der zuvor vollzogenen Kapitalisierung der Landwirtschaft, zuerst und vor allem in England, beruhte. [31] Der Kapitalismus ist in erster Linie die Agrarrevolution. Bevor es Industrie und Städte und städtische ArbeiterInnen geben kann, muß die landwirtschaftliche Produktivität revolutioniert werden, damit es einen Überschuß gibt und Arbeitskraft vom Land befreit werden kann. Wo dies 1648 (am Ende des Dreißigjährigen Krieges und somit der Religionskriege) nicht vollzogen war, mußte es von oben herab durch den Staat geschehen. Dies prägte die kontinentale merkantile Tradition, die nach der französischen Revolution bis ins 20. Jahrhundert als reiferer Merkantilismus Bestand hatte. Dies charakterisierte das Zweite Empire unter Louis Napoleon (1852-1870) und vor allem Preußen und das preußisch dominierte Deutschland unter Bismarck. [32] Besonders Deutschland wurde nach der deutschen Vereinigung 1871 von allen "Zuspätgekommenen" auf der Welt kopiert, angefangen bei Rußland.

[...]

[Kapitalismus vor und nach dem zweiten Weltkrieg]

Die Lenin-Trotsky-Tradition unterteilt die Geschichte des Kapitalismus in zwei Phasen, deren Trennung der erste Weltkrieg markiert. Ab dort

beginnt die "Epoche des imperialistischen Niedergangs". Die theoretischen Quellen dieser Theorie stammen aus der "Monopolkapital"-Diskussion vor dem Ersten Weltkrieg (Hobson, Hilferding, Lenin), die eine ganze Epoche lang durch Lenins Imperialismustheorie popularisiert wurde. Während der Hochphase der Zweiten Internationale sah der Kapitalismus anders aus, als ihn Marx beschrieben hatte (dabei muß man im Kopf behalten, daß der zweite und dritte Band des Kapital erst in den 1880er und 90er Jahren erschienen; die meisten sozialistischen Militanten kannten die "marxistische Ökonomie" aus dem ersten Band oder eher noch aus populären Broschüren wie Lohn, Preis und Profit). Scheinbar ging der Kapitalismus von einer "Konkurrenz"- oder "Laissez-faire"-Phase über in eine Phase der Kartelle, der Monopole, des Imperialismus, der staatlichen Lenkung, der Entstehung des Finanzkapitals, der Rüstungswettläufe, des kolonialen Landraubes: also das, was Hilferding um 1910 als "organisierten Kapitalismus" bezeichnete.

Der erste Weltkrieg markierte den Wendepunkt. Die russische Revolution zeigte, daß, wie Lenin sagte, "hinter jedem Streik die Weltrevolution lauert", und die Zeit von 1917 bis 1921 hätte das ja um ein Haar bestätigt. Nach einer kurzen Stabilisierungsphase folgte dann 1929, die Weltwirtschaftskrise, der Faschismus, der Stalinismus und der Zweite Weltkrieg, auf den wiederum unaufhörliche nationale Befreiungskriege folgten. Wer konnte 1950 bestreiten, daß er oder sie in einer "Epoche des imperialistischen Niedergangs" lebte?

Diese sehr realen Erscheinungen zementierten eine ganze Weltanschauung, die in den frühen Jahren der Komintern erstmals kodifiziert wurde: die Kontinuität mit Kautskys Vulgärmarxismus aus der Zeit vor 1914, die Bezeichnung der Epoche als "Monopolkapitalismus", am gekonntesten durch Bucharin, Trozki's Theorien der permanenten Revolution und der kombinierten und ungleichen Entwicklung und die Einschätzung der historischen Phase als "Epoche des imperialistischen Niedergangs" durch den Komintern-Kongreß. So wenigstens stellte sich diese Überlieferung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre den besten Versuchen, wieder an das revolutionäre Potential des deutsch-polnisch-russischen Korridors von 1905 und 1917-21 anzuknüpfen, kondensiert dar. Diese Periodisierung der neueren Geschichte erlaubte es, die Welt "von Moskau aus im Jahre 1920" zu sehen, und das wiederum machte es so zentral und scheinbar fol-

genreich, die Geschichte der russischen Revolution und der Komintern von 1917 bis 1928 zu entwirren. In dieser Geschichte lag der Stein der Weisen: für die Trotzkisten und die Shachtmanianer ebenso wie für die Ultralinken. Diesen Standpunkt vertraten bis Mitte der 70er Jahre diejenigen, die sich keine Illusionen über die Sozialdemokratie, den Stalinismus oder den Dritte-Welt-Bonapartismus machten, d.h. die vom Standpunkt der revolutionären Arbeiterdemokratie im Sinne von Sowjets/Arbeiterräten gegen diese Ideologien auftraten. Auf einer bestimmten Ebene ließ sich die Welt bis Mitte der 70er Jahre scheinbar völlig widerspruchsfrei auf diese Weise erklären. Hatte die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht in Deutschland und Rußland ihren höchsten Ausdruck gefunden? War nicht alles seither ein Desaster und ein bürokratischer Alptraum gewesen?

[Wichtigkeit der Industrialisierung in „uninteressanten“ Agrarländern]

Bordiga griff dieser Haltung vor, als er irgendwann in den 50er Jahren schrieb: "Nur weil die gesellschaftliche Entwicklung in einer Zone [damit meinte er Europa und die USA; L.G.] ihre vorletzte Phase erreicht hat, ist das, was in der übrigen Welt passiert, noch lange nicht gesellschaftlich uninteressant". Für die oben beschriebene Weltanschauung (der auch ich damals anhing) war das, was in der übrigen Welt geschah, eben gerade gesellschaftlich uninteressant. Wer konnte den amerikanischen oder europäischen ArbeiterInnen ernsthaft China oder Nordkorea oder Albanien oder die nationalen Befreiungsbewegungen mitsamt ihren Staaten als Modelle vorschlagen? Aber obwohl die Frage stimmte, reichte diese Weltanschauung nicht aus.

Warum nicht? Weil sie an zwei Mitte der 70er Jahre schon recht weit fortgeschrittenen Realitäten vorbeiging, nämlich an der Doppelbewegung von Industrialisierung der Dritten Welt und technologieintensiver ("High-Tech"-) Entwicklung in den Metropolen. Diese Doppelbewegung veränderte brutal die Bedingungen der westlichen Arbeiterbewegung, auf die sich die ganze bisherige Perspektive bezogen hatte. 1970 war es angesichts der ganzen stalinistischen, maoistischen und Dritte-Welt-orientierten Begeisterung über die bürokratischen Bauernrevolutionen richtig und revolutionär gewesen, sich auf die westliche Arbeiterklasse als einzige Klasse zu beziehen, die die Klassengesell-

schaft tatsächlich überwinden konnte. Man mußte sich damals genauso gegen das Dritte-Welt-Geschwätz stellen, wie man sich heute gegen seine kläglichen Überreste stellen muß. Allerdings hat sich seitdem tatsächlich etwas verändert: Die Deindustrialisierung im Westen und die Industrialisierung in der Dritten Welt (zwei Seiten derselben Münze) haben nämlich reale Arbeiterbewegungen in der Dritten Welt selbst hervorgebracht - Südkorea ist das jüngste Beispiel.

[...]

Kurz gesagt besteht das Problem - vom aufgeklärten Absolutismus im 17. Jahrhundert bis zu den Kommunistischen Parteien im 20. Jahrhundert - in der extensiven Phase der Akkumulation: in der Verwandlung von BäuerInnen in ArbeiterInnen. Letztlich heißt das, daß eine Gesellschaft erst dann voll und ganz kapitalistisch ist, wenn nur noch ein winziger Teil der Beschäftigten in der Landwirtschaft arbeitet, d.h. wenn sie von der extensiven/formellen zur intensiven/reellen Phase der Akkumulation übergegangen ist. Kurz gesagt heißt das, daß weder Europa noch die USA um 1900 so kapitalistisch waren, wie die sozialistische Bewegung dachte, und daß der Mainstream der klassischen Arbeiterbewegung in allererster Linie eine Bewegung war, die den Kapitalismus in seine intensive Phase trieb.

Zusammengenommen bedeutet Kapitalismus in erster Linie die Umwälzung der Landwirtschaft.

Die Agrarfrage hatte in der Geschichte der internationalen Linken unterschiedliche Bedeutungen. Sie stellte sich in Verbindung mit den Bauernrevolutionen, die die französische und die russische Revolution begleiteten, mit der durch den Bürgerkrieg durchgesetzten Kapitalisierung der Landwirtschaft im Süden der USA, mit der Agrarrezession nach 1873, mit der Entleerung der ländlichen Regionen Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei geht es natürlich um sehr unterschiedliche Erscheinungen, die nicht einfach in einen Topf geworfen werden sollten. Aber konzentrieren wir uns auf den Zusammenhang von intensiver Akkumulation und Verringerung der landwirtschaftlichen Beschäftigung auf 5 bis 10 Prozent als Definition einer "voll und ganz kapitalistischen" Gesellschaft. Voll und ganz kapitalistisch ist die Landwirtschaft, wenn sie mechanisiert ist wie in den USA. So gesehen wurde die "Agrarfrage" in Frankreich nicht 1789, sondern zwischen 1945 und

1973 gelöst. Der Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und intensiver Akkumulation in der Industrie besteht in der Senkung der Kosten der Lebensmittel als Anteil am Arbeiterkonsum, wodurch Kaufkraft für langlebige Konsumgüter (wie das Auto) geschaffen wurde, die im Zentrum der Massenproduktion des 20. Jahrhunderts stehen.

[Zusammenfassung]

Fassen wir zusammen und kommen wir dann noch einmal auf Bordiga und die Neobordigisten zurück. Der Vulgärmarxismus war eine Ideologie der mittel- und osteuropäischen Intelligentsia, die zusammen mit der Arbeiterbewegung darum kämpfte, die bürgerliche Revolution zu vollenden (der Marxismus der Zweiten und Dritten Internationale). Seine Ähnlichkeit mit dem vorkantianischen bürgerlichen Materialismus von vor 1789 ist nicht auf einen "Irrtum" zurückzuführen ("sie hatten falsche Vorstellungen"), sondern sie drückt genau den wirklichen Inhalt der Bewegung aus, die ihn hervorbrachte. Sinn ergibt dieser Inhalt letztlich im Rahmen einer Periodisierung der kapitalistischen Geschichte, die Lenin/Trozkis "Zeitalter des imperialistischen Niedergangs" durch die Begriffe der extensiven/formellen Herrschaft und der intensiven/reellen Akkumulation ergänzt. Die ganze Theorie des "organisierten Kapitalismus" und "Monopolkapitalismus" von Lenin, Hilferding und der Zweiten Internationale verdeckt also bloß den Übergang vom Extensiven zum Intensiven.

Der Standpunkt des "offiziellen Marxismus" ist daher der Standpunkt einer im Entstehen begriffenen, staatlichen Elite - ob sie an der Macht ist oder nicht -, deren Bewegung zu einer anderen Form von Kapitalismus führt (nämlich zur realen Herrschaft), die sie "Sozialismus" nennt. Das Bestechende an einer solchen Analyse ist, daß sie nicht moralisieren muß und eine "soziologische" Erklärung für eine "Erkenntnistheorie" bietet. Das heißt noch einmal, daß der Materialismus dieser sozialen Schicht die Form der Aufklärung annahm und daß ihre in der leninistischen Imperialismustheorie kodifizierte Wirtschaftstheorie auch die Wirtschaftstheorie dieser Schicht war. Das ist kein wirklicher Marxismus, denn tendenziell ersetzt er die Analyse von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften durch (letztlich Dühring'sche) "Kräfte"-Analysen. Die Theorie des "Monopolkapitals" ist eine Theorie von Staatsbürokraten: von Lenin und Bucharin über Baran und Sweezy, Bet-

telheim und Amin bis Pol Pot (bei riesigen Brüchen und einem fürchterlichen Verfall, aber auch mit einer Kontinuität). Sie ist grundsätzlich gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Sie sieht den Reformismus der Arbeiterklasse im Westen als Ausdruck von "Superprofiten" aus dem Imperialismus und verdeckt den Interessenunterschied zwischen der staatsbürokratischen Elite und den Bauern- und Arbeiterklassen in den unterentwickelten Ländern, wo sie die Macht hat.

Die französischen Neobordigisten, besonders Camatte, zeigten, daß der Marxismus vor allem in Rußland sich Schritt für Schritt von einer Theorie der "materiellen menschlichen Gemeinschaft", einer aus dem reifen Kapitalismus "geborenen" wirklichen Bewegung, in etwas verwandelt, das im unterentwickelten Protokapitalismus "aufgebaut" wird. Dies läßt sich am Unterschied zwischen der Marx'schen Position zur russischen Frage 1878 bis 1883 und der bolschewistischen Polemik gegen die letzte Phase des Populismus in den 1890er Jahren ersehen. Egal, was Marx für die mögliche Grundlage eines unmittelbaren "Sprungs" der russischen Kommune zum Kommunismus gehalten haben mag, er hätte nie wie Trotzki 1936 geschrieben, daß "der Sozialismus dem Kapitalismus jetzt in Tonnen von Stahl und Beton gegenübertritt". Das soll nicht heißen, daß es bei Marx keine Grundlage für einen produktivistischen Diskurs gäbe; es soll nur heißen, daß der Abgrund, der Marx von dem ganzen Marxismus der Zweiten und Dritten (und Vierten) Internationale trennt, genau darin besteht, daß Marx über den "vorkantianischen" Materialismus und weit über die "Monopolkapital"-Ökonomie hinausgekommen war, beides Beamten-Weltanschauungen.

[...]

Anders als die Revolutionäre von 1910 leben wir im Westen heute in einer voll und ganz kapitalistischen Welt. Es steht keine Kapitalisierung der Landwirtschaft mehr an, es gibt keine "Bauernfrage" mehr für die Arbeiterbewegung. Gleichzeitig stecken wir mitten in einer Weltwirtschaftskrise von den Ausmaßen der 30er Jahre, in der sich alle alten revolutionären Visionen verflüchtigt haben, und es ist weniger klar denn je, wie eine positive Welt jenseits des Kapitalismus aussehen würde (die jüngste Geschichte bietet eine Menge Beispiele für negative Alternativen). Wenn wir aber verstehen, daß viel von dem, was heute zusammen-

bricht, letztlich das Vermächtnis des aufgeklärt absolutistischen Staates und seiner modernen Fortsetzungen ist, dann wird uns auch klar, daß viele der bis in allerjüngste Zeit gebräuchlichen begrifflichen Werkzeuge Werkzeuge zur Vollendung der bürgerlichen Revolution waren und von Bewegungen entwickelt wurden, die letztlich von tatsächlichen oder potentiellen Beamten geführt wurden. Wenn wir den Marxismus von diesem etatistischen Erbe befreien, können wir endlich anfangen, die Welt vom Standpunkt der "unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung" (Kommunistisches Manifest) zu sehen. Bibliographie

Fußnoten:

[*] Ich benutze hier das deutsche Wort "Aufklärung", um zu betonen, daß dieses Denken durch das preußische Beamtentum und die Bürokratie der stark von den etatistischen Traditionen Preußens beeinflussten SPD hindurch in die Arbeiterbewegung hineinkam. Die Symbolfigur dafür ist Ferdinand Lassalle.

[5] Vgl. bibliographische Anmerkungen am Ende des Textes.

[6] ebenda.

[7] Die reife Position zur Verbindung zwischen der Agrarfrage und dem Kapitalismus findet sich in Bordiga: *Mai la merce sfamerà l'uomo*, 1979; vgl. bibliographische Anmerkungen.

[14] Bordigas Vorstellung von der doppelten Revolution findet sich verstreut in seinen Schriften, z.B. in *Russie et révolution dans la théorie marxiste*, Ed. Spartacus, 1975, S. 192 ff.; vgl. bibliographische Anmerkungen.

[15] W.I. Lenin: "Die Naturalsteuer. Die Bedeutung der Neuen Politik und ihre Bedingungen", in *Lenin Werke*, Bd. 32, S. 342. Hier analysiert Lenin 1921 das Verhältnis zwischen Kleinproduzentenkapitalismus und Staatskapitalismus.

[16] Trotzki's lyrischste Formulierungen über das Wachstum der Produktivkräfte im stalinistischen "Arbeiterstaat" finden sich im Einleitungsteil von *Verratene Revolution*, Zürich 1957 [Originalausgabe 1936].

[21] Vgl. Bordiga: *Russie et révolution dans la théorie marxiste*, a.a.O., S. 226-297. Hier behandelt Bordiga die Entwicklung in Marx' Denken über die russische Dorfgemeinschaft und Rußlands verpaßte "historische Chance", die kapitalistische Phase zu überspringen.

[22] Wie stark sich Marx in den letzten zehn Jahren seines Lebens mit dem Problem der russischen Landwirtschaft beschäftigte, zeigt Teodor Shanin in seinem Aufsatz "Late Marx", in T. Shanin (ed.): *Late Marx and the Russian Road*, New York: Monthly Review Press 1983. Siehe hierzu auch den von Maximilien Rubel herausgegebenen Marx-Engels-Band: *Die russische Kommune: Kritik eines Mythos*, München: Hanser 1972. Vgl. auch Jacques Camatte: "Bordiga et la révolution russe: Russie et nécessité du communisme" in der Zeitschrift *Invariance*, Jg. VII, Serie II, Nr. 4., S. 15-23; vgl. bibliographische Anmerkungen.

[23] MEW 19, S. 107-112.

[24] Vgl. Anm. 22.

[25] Die Analysen des italienischen Faschismus von Bordigas Fraktion aus den Jahren 1921-24, die zum Teil zweifellos von Bordiga selbst geschrieben wurden, sind nachzulesen in *Communisme et fascisme*, Ed. Programme communiste 1970.

[28] So stellt es Grilli dar, a.a.O., S. 38.

[29] Ähnlich wurde die Partei auch in Rußland selbst durch das "Lenin-Aufgebot" mit formbaren, unerfahrenen oder einfach karrieregeilen neuen Mitgliedern überschwemmt, die sich von den Stalinisten mühelos gegen die wenigen manipulieren ließen, die von der Alten Garde übriggeblieben waren. International waren Gestalten wie Cachin im PCF oder Thälmann in der KPD Beispiele für diese Veränderung der Kommunistischen Internationale.

[31] Zur Kapitalisierung der englischen Landwirtschaft vgl. Robert Brenner: "The Agrarian Origins of European Capitalism", in T.H. Ashton und C.H.E. Philpin: *The Brenner Debate*, Cambridge UP 1985, S. 213-327.

[32] Zur merkantilen Tradition und ihren Folgen vgl. Roman Szporluk: *Communism and Nationalism: Karl Marx vs. Friedrich List*, Oxford University Press 1988.

Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen

Gramsci und die Philosophie der Praxis

von Christian Vasenthien

Das Leben eines Revolutionärs

1891 in Sardinien geboren zog Antonio Gramsci 1911 zum Studium nach Turin, dem damaligen Zentrum der italienischen Arbeiterbewegung. 1913 trat er in die italienische sozialistische Partei (PSI) ein, einer mit der damaligen Sozialdemokratie in Deutschland vergleichbaren Partei. In der PSI wurde er während des Ersten Weltkrieges zu einem entschiedenen Gegner der Parteiführung, weil diese die italienische Regierung darin unterstützte, zunächst in den libyschen Krieg und später in den ersten Weltkrieg einzutreten.

Wenige Monate nach Ausbruch der russischen Revolution 1917 entflammten auch in Turin Barrikadenkämpfe der Arbeiter. Sie protestierten gegen Krieg, das Kriegsrecht und die Lebensmittelknappheit. Die Aufstände wurden vom Militär blutig niedergeschlagen. Für Gramsci begann mit der russischen Oktoberrevolution und seiner Teilnahme an den Turiner Aufständen eine langjährige Beschäftigung über die Frage nach der Strategie und Taktik für gesellschaftliche Veränderung.

1919 gründete er die sozialistische Arbeiterzeitung L'Ordine Nuovo (Die neue Ordnung) unter dem Motto: "Lernt, denn wir werden eure ganze Intelligenz brauchen. Agitiert, denn wir werden all euren Enthusiasmus brauchen. Organisiert euch, denn wir werden eure ganze Stärke brauchen".

1921 spaltete sich ein Teil des linken Flügels unter Armadeo Bordiga und Antonio Gramsci von der PSI ab, um die Kommunistische Partei (PCI) zu gründen. Zuvor hatten sie vergeblich versucht, die PSI in eine revolutionäre Partei zu verwandeln. Gramsci wurde Mitglied des Zentralkomitees der PCI und L'Ordine Nuovo wurde als Parteiorgan Tageszeitung. 1922 wurde er Vertreter der PCI im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

1922 kamen die Faschisten unter Mussolini an die Macht. Diese verfolgten ab Mitte der zwanziger Jahre oppositionelle Gruppen immer aggressiver. Diese Tatsache erlaubte den Kommunisten nur noch chaotisches und zusammenhangloses Arbei-

ten. 1926 verbot Mussolini alle oppositionellen Parteien. Gramsci und andere führende Sozialdemokraten und Kommunisten wurden verhaftet. In dem sogenannten Mammutprozeß wurde Gramsci 1928, trotz seiner formalen Immunität als Parlamentsabgeordneter, zu 20 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Als der faschistische Propagandaminister über Gramsci sprach, sagte er: "Wir müssen diesem Gehirn für 20 Jahre untersagen zu funktionieren."

Dies sollte jedoch nicht gelingen. Unter schwierigen Bedingungen verfaßte Gramsci Texte über Politik und Kultur. Diese erschienen später unter dem Namen Gefängnishefte. Um sich vor der Gefängniszensur zu schützen, umschrieb er mit Metaphern viele Begriffe aus der Arbeiterbewegung. So benutzte er z.B. den Begriff "Philosophie der Praxis" um das Wort "Marxismus" zu vermeiden, aber auch um deutlich zu machen, daß der Marxismus eben keine von der gesellschaftlichen Realität abgehobene gedankliche Turnübung ist, sondern sich im politischen Handeln verwirklicht.[1]

1937 starb er an den Folgen der Haft in Mussolinis Kerkern.

Eine andere Welt ist möglich, wenn Menschen zu Schmieden ihres Schicksals werden

Der Schlüssel für den Kampf um eine Welt, in der für menschliche Bedürfnisse und nicht mehr für Profitmaximierung produziert wird, war für Gramsci die Arbeiterklasse: "Der revolutionäre Prozeß [...] verwirklicht sich auf dem Produktionssektor, in der Fabrik, wo das Verhältnis zwischen [...] Ausbeuter und Ausgebeuteten [herrscht], wo es keine Freiheit für den Arbeiter, keine Demokratie gibt." [2]

Im Jahr 1920 fanden in Italien über 1900 Streiks statt, an denen sich 1,3 Millionen Menschen beteiligten. Generalstreik folgte auf Generalstreik und an vielen Orten wurden die Fabriken besetzt. In Mailand schloffen die Arbeiter in ihren Arbeitsräumen und besetzten so auf einen Schlag 280 Fabriken. Die Eisenbahner halfen den Metallarbeitern, indem sie ihnen die Post in die besetzten Betriebe brachten, die Drucker verhinderten die Herausgabe von Flugblättern der Industriellen. Eine andere, selbstbestimmte Welt schien durch die Kämpfe der Arbeiter geboren zu werden. In den zwei "roten Jahren" 1919/20 wurde L'Ordine Nuovo zur Zeitung der Rätebewegung in Turin.

Für Gramsci waren die Arbeiterräte, die sich während der Streiks bildeten, als Organe der Interessensvertretung die "am meisten geeigneten Organe gegenseitiger Erziehung"[3], um sich selbst in Organe der Selbstverwaltung weiterzuentwickeln und damit zur Überwindung der bisherigen Klassengesellschaft zu führen: Die "Arbeiterbewegung, die aus der Entwicklung des Kapitalismus objektiv hervorgebracht wird, [wird] dann revolutionär [...] wenn sie als Arbeiterklasse das Bewußtsein erlangt hat, die einzige Klasse zu sein, die in der Lage ist, die Probleme zu lösen, die der Kapitalismus bei seiner Entfaltung hervorbringt, aber von selbst nicht lösen kann[4] [...] Die kommunistische Gesellschaft kann nicht von oben herab durch Dekrete und Gesetze geschaffen werden. Sie wird [...] aus der historischen Aktivität der werktätigen Klasse hervorgehen, die die Initiativgewalt in der industriellen [...] Produktion auf neue Weise und mit einer neuen Ordnung reorganisieren"[5].

Für Gramsci waren die Arbeiterräte nichts abstraktes, sondern etwas, das von unten aus konkreten Bedürfnissen des Klassenkampfes in den Betrieben, Fabriken und Büros entstehe. Der Arbeiterrat sei eine Organisation, der die zerstreuten Arbeiter vereinige, unabhängig von ihrer Tätigkeit, ihrer Gewerkschaft und ihrem Arbeitsplatz. Er sei eine Organisation die sich spontan gründen könnte und in der Lage sei, sich demokratisch selbst zu kontrollieren. Der Rat ist somit ein Organ, daß die konkreten Kämpfe mit den Kämpfen aller anderen Arbeiter in Zusammenhang bringt und das der objektiven Möglichkeit, die Produktion zu vergesellschaften, eine Form verleiht.

L'Ordine Nuovo sollte nicht nur eine Zeitung für die Arbeiter sein, sondern sie sollte den Kämpfen und den Bewusstsein der Arbeiter einen Ausdruck verleihen: "Die Arbeiter", schrieb Gramsci "haben den 'Ordine Nuovo' geliebt, und warum haben sie ihn geliebt? Weil sie in den dort veröffentlichten Artikeln einen Teil ihrer selbst, den besten Teil, wieder erkannt haben, weil sie empfunden haben, daß die Artikel aus dem 'Ordine Nuovo' von dem ihnen eigenen Sinn für eine nach innen gerichtete Suche durchdrungen waren: 'Wie können wir frei werden? Wie können wir selbst werden?' Weil ihre Artikel nicht kalt und intellektuell strukturiert waren, sondern von unseren Diskussionen mit den besten Arbeitern herrührten; sie arbeiteten sorgfältig die tatsächlichen Gefühle, Ziele und Leidenschaften der Turiner Arbeiterklasse aus [...] Weil ihre Artikel wirklich eine Mitschrift der tatsächli-

chen Vorgänge waren, betrachtet als Momente im Prozeß der inneren Befreiung und Selbsterkennung der Arbeiterklasse."[6]

Die Fabrikrätebewegung 1920 war der Höhepunkt der revolutionären Bewegung. Gleichzeitig markierte sie auch den Beginn des revolutionären Abschwungs. Das Kapital holte zum Gegenschlag nach der Devise Zuckerbrot und Peitsche aus: Während die gegründete Bereitschaftspolizei Guardia Regia für die Peitsche verantwortlich war, sicherte die Regierung eine Art Mitbestimmung der Arbeiter in paritätischen Kommissionen zu und die Räte wurden als Stabilisierungselement des industriellen Friedens anerkannt. "Freiwillig gingen die Arbeiter", schreibt der Anarchist Erich Mühsam zehn Jahre später, "aus den Betrieben, aus denen sie keine Gewalt heraustreiben konnte."[7]

In den folgenden Jahren zertrümmerte der italienische Faschismus alle Organisationen der Arbeiterklasse, um ein erneutes Aufflammen der Streik- und Rätebewegung unmöglich zu machen.

Pessimismus des Verstandes: Die Vorherrschaft des Kapitals

Solange sich die Arbeiter als Klasse über ihre Möglichkeiten eine andere Welt zu erkämpfen nicht bewußt sind, können sich die Herrschenden erfolgreich gegen Revolutionen absichern. Für den Kapitalismus ist unter diesen Bedingungen keine Krise ausweglos. Gramsci nannte eine solche Situation, in der "das Alte stirbt, und das Neue nicht entstehen"[8] kann, eine organische Krise.

Er stimmte mit Marx darin überein, daß das Haupthindernis, welches der Selbstemanzipation der Arbeiterklasse im Wege stünde, die Tatsache sei, daß die "herrschenden Ideen [...] stets nur die Ideen der herrschenden Klasse"[9] sind.

Wie kann sich aber die Arbeiterklasse in einem gesellschaftlichen Gefüge selbst befreien, in dem die herrschende Macht so unterschwellig und durch tägliche Gewohnheiten verbreitet wird und in unsere Erfahrungen vom Kindergarten bis zur Leichenhalle eingeschrieben ist?

Wie können wir gegen ein Herrschaftssystem kämpfen, das zum allgemeinen Konsens geworden ist und das selbst von den Unterdrückten nicht unbedingt als fremd und repressiv wahrgenommen wird?

Hegemonie - die Befestigungssysteme der Herrschaft

Eine Schlüsselkategorie in den Schriften Gramscis ist die der Hegemonie, die Vorherrschaft der herrschenden Klasse über alle gesellschaftlichen Bereiche.

Hegemonie ist ein Verfahren, durch das die herrschende Klasse Zustimmung zu ihrer Herrschaft erlangt. Gramsci unterschied hier zwischen Zwang und Gewalt einerseits und spontanem Konsens und Zustimmung andererseits.

Er verortete die Hegemonie der herrschenden Klasse in der Zivilgesellschaft, womit er die Institutionen und Formationen meinte, die zwischen Staat und Wirtschaft geschaltet sind: Medien wie Fernsehsender und Zeitungen, Familie, politische Parteien, Pfadfinder, Kirche, Schulen, nationale Feiertage, Kultur- und Sportvereine, usw. All dies zähle zu den hegemonialen Instrumenten, welche die Menschen eher durch Zustimmung als durch Zwang an die herrschende Macht binden.

Das bedeutet, daß die Hegemonie sich in der Art und Weise realisiere, wie sich Menschen täglich ihr Leben in dieser Gesellschaft einrichten und organisieren. Und sie komme in dem Glauben zum Ausdruck, daß Spezialisten die gesellschaftlichen Probleme am besten meistern können.

Die herrschende Klasse könne die freiwillige Zustimmung zu ihrer Macht mit ideologischen, institutionellen, politischen und ökonomischen Mitteln herstellen. So kann sie zum Beispiel einige Forderungen der Arbeiter erfüllen oder das Steuersystem zum Vorteil für eine Gruppe verändern, deren Unterstützung sie bedarf.

Auch das parlamentarische System sei eine wichtige Säule der herrschenden Hegemonie, da es die Illusion fördere, daß wir uns selbst regieren. Das ist etwas, was von den Unterdrückten der Vergangenheit, den Sklaven in der Antike und mittelalterlichen Leibeigenen, nicht erwartet wurde.

Gramsci nannte den Staat mit seinen Repressionsinstrumenten eine "mit Zwang gepanzerte Hegemonie"[10]: Die Armee, Polizei und Gerichte müßten ein gewisses Maß an Zustimmung aus der Bevölkerung erhalten, um effektiv funktionieren zu können.

Hegemonie sei allerdings nichts, was für immer und ewig gleich bleibe. Sie müsse sich ständig erneuern und verändern. Sie ist ein umkämpftes Feld zwischen den Klassen, ihren widersprüchlichen Interessen und Lebensweisen.

Optimismus des Willens: Strategien für eine andere Welt

Um die Mehrheit für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen und die herrschende Hegemonie zu überwinden, analysierte und entwickelte Gramsci verschiedene Strategien. Er glaubte, daß es keine allgemein gültige Formel für einen erfolgreichen Kampf geben könne, daß sich die Form des Kampfes um Befreiung an die jeweilige Situation anpassen müsse.

Ähnlich wie andere Denker seiner Zeit war auch Gramsci in der Verwendung seiner Begriffe stark von der durch den Weltkrieg militarisierten Gesellschaft geprägt. So verglich er die Taktik der revolutionären Partei Bolschewiki am Beginn der russischen Oktoberrevolution 1917 mit einem "Bewegungskrieg": Dort wo man an schwachen Punkten überraschend angriff, können schnelle und weitreichende Erfolge in strategischer Richtung erreicht werden. Die Revolution konnte im instabilen und vom feudalen Zarenreich geprägten jungen Kapitalismus relativ schnell siegen.

In den Zivilgesellschaften der westlichen Industriestaaten hätten sich jedoch "komplexe und gegen katastrophale 'Einbrüche' des unmittelbaren ökonomischen Elements (Krisen, Depression, usw.) widerstandsfähige Strukturen herausgebildet".[11] Die hegemonialen Strukturen, die mit "gewaltigen Schützengräben und Befestigungsanlagen"[12] vergleichbar seien, bedingten das Wechselspiel von Teilerfolgen und Niederlagen und machen das Übergehen zur Taktik des "Stellungskrieges" so lange erforderlich, bis die Zustimmung zum kapitalistischen System in großen Teilen der Bevölkerung in antikapitalistisches Bewußtsein und dem Wunsch nach Selbstbestimmung umschlage.

Der "Stellungskrieg" sei ein Prozeß zur Organisation und Festigung der eigenen Kräfte, zur Verteidigung und Ausweitung des bisher Erreichten. Er sei ein ausdauernder ökonomischer, politischer und zugleich ideologischer Kampf zur Durchdringung der Gesellschaft mit anderen Inhalten und alternativen Lösungsansätzen, um in Teilkämpfen die Hegemonie der Herrschenden und den Einfluß der Bürokratie der Arbeiterorganisationen auf die Arbeiterbewegung zurückzudrängen.

Der Funktion des "Stellungskrieges" im Klassenkampf ist also der kollektive Kampf der Masse um (Teil-)Forderungen. Durch diese Auseinandersetzungen wiederum sammeln die Arbeiter gemeinsam Kampferfahrung und werden sich ihrer gemeinsamen Interessen als Klasse bewußt und beginnen, sich als Klasse für sich selbst zu organisieren. Neben der Bedeutung, die diese Kämpfe zur

Entwicklung des Klassenbewußtseins besitzen, tragen sie zur Verbesserung der Lebensqualität bei und führen damit zur Verbesserung der Kampfbedingungen.

Um das auf die heutige Zeit zu übertragen: Gegenhegemonie entsteht über soziale Proteste und die Verankerung politischer Alternativen in der breiten Bevölkerung. Die neue Linkspartei Arbeit und soziale Gerechtigkeit könnte so eine wichtige Rolle in der Verteidigung sozialer Errungenschaften spielen und ist ebenso wie die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter (Kampf um den Arbeitsplatz, gegen Arbeitszeitverlängerung oder für mehr Lohn) und den politischen Protestbewegungen (wie z.B. die Proteste gegen die Privatisierung des öffentlichen Dienstes, gegen Studiengebühren, gegen Krieg und Aufrüstung) Teil der Gegenhegemonie. Darüber hinaus hat die Wahlalternative die Chance, den lähmenden Einfluß der SPD auf die Gewerkschaften zu brechen und parlamentarischer Ausdruck der sozialen Proteste zu werden.

Um die Schwächung des kapitalistischen Systems zu erweitern und die Wiederbelebung der politischen Arbeiterbewegung zu begünstigen, müßten sich, so Gramsci, revolutionäre Sozialisten an den Protesten aller Unterdrückten beteiligen, sie so wirksam wie möglich unterstützen und sie in den Kontext des Klassenkampfes stellen. Sozialisten müssen sich daher in Gewerkschaften ebenso engagieren wie in Parlamentsfraktionen, Vereinen, Zusammenschlüssen der globalisierungskritischen Bewegung, Kulturorganisationen, Jugendverbänden, usw.

Sozialismus fällt nicht vom Himmel

Oft wurde Gramsci an der Frage der Gegenhegemonie mißinterpretiert - man machte aus dem überzeugten Revolutionär einen Reformisten.[13] Seine Vorstellung hatte jedoch wenig mit der parlamentarischen Arbeit von sozialdemokratischen Parteien gemein. Auch ging es ihm um vielmehr als die Schaffung von intellektueller Hegemonie. Damit sich die Gegenhegemonie durchsetzt und der Sozialismus schließlich entstehen kann, bedarf es einer Revolution der Mehrheit im Interesse der Mehrheit.

Um diese zu erreichen, brauche es ein Zentrum der Gegenhegemonie: "Das Element der 'Spontaneität' genügt für den revolutionären Kampf nicht", es führe die Arbeiterklasse niemals über die Grenzen

der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft hinaus. "Dafür ist das Element des Bewußtseins notwendig, das 'ideologische' Element, das heißt das Verstehen der Bedingungen, unter denen der Kampf geführt wird." [14]

Die revolutionäre Partei, Gramsci nannte sie auch den "kollektiven Intellektuellen", war für ihn das Zentrum der Gegenhegemonie und der Ort, an dem die Kampfbedingungen analysiert und Strategien entwickelt werden sollten.

Sie ist eine auf festen Grundsätzen basierende Organisation, in der sich revolutionäre Sozialisten unabhängig organisieren, aber organisch mit der Arbeiterklasse verbunden sein müssen, um so in der Lage zu sein, aus den Kämpfen der Arbeiter zu lernen, sie zu verallgemeinern und für zukünftige Kämpfe fruchtbar zu machen.

Alleine machen sie Dich ein!

Gramsci setzte Lenins Konzeption der revolutionären Partei als das Instrument der Arbeiterklasse zur Selbstbefreiung in den Kontext seiner Theorie von Klassenbewußtsein und Hegemonie. Für Gramsci und Lenin[15] war das revolutionäre Organisationsprinzip nichts Statisches, die Konzeption nichts Dogmatisches. Vielmehr müsse sich die Organisationsform den konkreten Bedingungen von Zeit und Raum anpassen.

Gramsci kritisierte in seinen Artikeln über die Partei immer wieder die weit verbreitete Auffassung, daß die Masse ein passives Material sei und daß ihr das revolutionäre Bewußtsein durch die intellektuelle Führungsschicht der Partei von außen einge-trichtert werden müsse.

Die Partei, meinte er, sei nicht eine von der Arbeiterklasse getrennte oder über ihr stehende Organisation, sondern Teil der Klasse - sie sei die "organisierte Abteilung"[16], in der sich die fortschrittlichsten Arbeiter organisieren. Dies seien diejenigen, die von den herrschenden Ideen am unabhängigsten sind und ein Bewußtsein über ihre Rolle und Funktion in der bürgerlichen Gesellschaft besitzen.

Diese Arbeiter nennt Gramsci "organische Intellektuelle". Sie seien das Verbindungsglied zwischen der revolutionären Partei und der unorganisierten Arbeiterklasse, zwischen der Philosophie der Praxis und dem politischen Tageskampf.

Der organische Intellektuelle sei der in der Arbeiterklasse und ihrer Lebensweise verwurzelte Sozialist, der dem lebensweltlichen Bewußtsein des

Arbeiters Zusammenhang und Form geben könne, und so revolutionäre Theorie und tagespolitische Praxis verbinde.

Innerhalb und außerhalb der Partei sei es notwendig, sich auf den allgemeinen Grundsatz zu stützen, daß "die Beziehung zwischen Lehrer und Schüler eine aktive und wechselseitige ist, so daß jeder Lehrer immer auch Schüler und jeder Schüler ein Lehrer ist." [17]

Die Mitglieder der Partei sollten nicht blind Anweisungen von oben befolgen, sondern müßten aktiv in Debatten und Diskussionen eingreifen und Strategien und Taktiken befolgen, die sie selbst nicht nur verstehen, sondern auch mitformuliert haben. Der demokratische Zentralismus würde so nicht nur kontinuierlich zu einer Anhebung des intellektuellen und politischen Niveaus führen, sondern auch der Bürokratisierung entgegenwirken.

Solange es einer Klasse nicht gelinge, ausreichend eigene organische Intellektuelle zu entwickeln, würde sie von den Intellektuellen anderer Klasse in deren ideologische Hegemonie eingebunden.

Die ökonomische, politische und ideologische Front des Kampfes für eine andere Welt werden für die revolutionäre Partei zu einer einzigen, so Gramsci. Es sei "notwendig, daß die Partei ständig in die unmittelbare Realität des vom Industrie- und Landproletariat ausgetragenen Klassenkampfes einbezogen lebt, seine verschiedenen Phasen, verschiedenen Epochen, vielfältige Äußerungen einzuschätzen versteht, um aus der mannigfachen Verschiedenheit die Einheit zu bilden und so in der Lage zu sein, die Gesamtheit der Bewegung eine wirkliche Richtlinie zu geben", um so den Menschen Mut zu geben, "daß es in der gegenwärtigen schrecklichen Unordnung eine Ordnung gibt, welche mit ihrer Verwirklichung die menschliche Gesellschaft regenerieren wird" [18] und die Arbeit endlich zu dem Mittel machen wird, mit dem Menschen nicht nur ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen, sondern sich selbst als Menschen verwirklichen können.

Eine Ordnung, wo die freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. [19]

Anmerkungen:

[1] Vgl. Antonio Gramsci: *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, Bd. 6, Hamburg 1994, S. 1474 f.; vgl. auch MEW Bd. 2, S. 126 und MEW Bd. 40, S. 553.

[2] Antonio Gramsci: *Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*, Ff/M. 1967, S. 65.

[3] Antonio Gramsci: *L'Ordine Nuovo 1919-20*, Turin 1984, S. 239.

[4] Antonio Gramsci: *La costruzione del Partito comunista 1923-26*, Turin 1974, S. 250.

[5] Antonio Gramsci: *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Leipzig 1980, S. 56.

[6] Antonio Gramsci: *L'Ordine Nuovo 1919-20*, Turin 1984, S. 622.

[7] Erich Mühsam: *Die italienischen Fabrikbesetzungen 1920*. In: *Fanal*, 5 Jg., Okt. 1930.

[8] Antonio Gramsci: *Quaderni del carcere*, Turin, 1975, S. 311 f.

[9] MEW, Bd. 4, S. 480.

[10] Antonio Gramsci: *Quaderni del carcere*, Turin, 1975, S. 764.

[11] Antonio Gramsci: *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Leipzig 1980, S. 270. (Gramsci bezieht sich in der Entwicklung seiner Kategorien "Stellungskrieg" und "Bewegungskrieg" auf eine Rede Leo Trotzki vom 14.11.1922 auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Trotzki sagte, daß auf die verhältnismäßig leichte Eroberung der Macht durch die organisierte Arbeiterklasse am 7.11.1917 der Bürgerkrieg folgte und eine Veränderung der Strategie der Bolschewiki erforderlich machte. Dieser Situation stellt Trotzki die Umstände des Kampfes der Arbeiterklasse in Westeuropa entgegen, wo die Kämpfe früher auftreten würden. Vgl. Ebenda, S. 271 und S. 378)

[12] Antonio Gramsci: *Marxismus und Kultur. Ideologie, Alltag und Literatur*, Hamburg 1983, S. 96.

[13] Eine Quelle der ebenso unterschiedlichen wie auch zahlreichen Interpretationen der Ideen Gramscis speist sich aus seinen zweideutigen Metaphern. Eine weitere daraus, daß angenommen werden kann, daß die häufig rezipierten Gefängnishefte nur als vorläufige Stufe der Selbstverständigung Gramscis betrachtet werden können. Vgl. Christian Riechers: *Antonio Gramsci. Marxismus in Italien*, Ff/M. 1970 und *Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*, Ff/M. 1967, S. 14.

Eine Darstellung der Verzerrungen Gramscis durch stalinistische, sozialdemokratische und eurokommunistische Strömungen findet sich in: Chris Harman: *Gramsci gegen Reformismus*, London 1977, online unter: http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/text/gramsci_harman.htm

[14] Antonio Gramsci: *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Leipzig 1980, S. 117.

[15] vgl. Lenin Werke, Bd. X, S. 113 ff., S. 138 und Bd. XXX, S. 22 f.

[16] Antonio Gramsci: *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Leipzig 1980, S. 111.

[17] Antonio Gramsci: *Selections from the Prison Notebooks*, London 1971, S. 350.

[18] Antonio Gramsci: *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Leipzig 1980, S.60.

[19] vgl. MEW Bd. 3, S. 424 f., MEW Bd. 4, S. 482 und MEW Bd. 23, S. 618. 1

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in: *Linksruck Argumente*, Heft Nr. 6, Februar 2005.

Zur normalen Fassung

<http://www.sopos.org/aufsaeetze/420fc8b77c35c/1.phtml>

sopos 2/2005

4. Sozialrevolutionäre Fraktion im spanischen Bürgerkrieg

Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM, Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit) war eine revolutionäre kommunistische Partei in der spanischen Republik bis 1939.

Die POUM ging 1935 aus dem Zusammenschluss der trotzkistischen Izquierda Comunista (Kommunistische Linke) um Andrés Nin und Juan Andrade dem Bloque Obrero y Campesino (Arbeiter- und Bauernblock) um Julian Gorkin und Joaquin Maurin hervor, letzterer orientierte sich an Nikolai Bucharin. Hochburgen der beiden Gruppen lagen in Katalonien, in Valencia und in der Extremadura.

Während des spanischen Bürgerkrieges zwischen 1936 und 1939 arbeitete sie eng mit der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo (CNT), dort vor allem mit dem linken Flügel, den Amigos de Durruti, Im Kampf gegen General Franco zusammen, war jedoch numerisch schwächer als diese. In den POUM-Milizen kämpften u.a. Mitglieder trotzkistischer, linkssozialistischer und oppositioneller kommunistischer Gruppen wie der deutschen SAP und KPO und bekannte Persönlichkeiten wie George Orwell.

Nach 1939 spaltete sich die POUM mehrfach, Restgruppen bestanden im französischen Exil und in Katalonien bis ca. 1980 weiter.

Andrés Nin (1892 - 1937) war Kommunist, ehemals Anarchist und 1921 CNT-Generalsekretär, 1935 Generalsekretär der POUM, im Bürgerkrieg wurde er politischer Sekretär der POUM und Mitglied des Wirtschaftsrates von Katalonien; im September 1936 Justizminister der Generalitat; im Juni 1937 wurde er von kommunistischen Polizeieinheiten festgenommen und in ein kommunistisches Privatgefängnis verschleppt und ermordet.

Joaquin Maurin (1896 – 1973) war Kommunist (POUM), vormals CNT und 1921 Mitbegründer der PCE; 1932 Führer des antistalinistischen Arbeiter- und Bauernblocks; Mitbegründer der POUM, 1936 wurde er als POUM-Abgeordneter in die Cortes gewählt, während des Bürgerkrieges von den Nationalisten gefangen gehalten.

Weitere wichtige Personen und Gruppen:

Juan Andrade, Julian Gorkin, BOC, ICE, CNT und die Volksfront

Literatur

George Orwell: Mein Katalonien

Reiner Tosstorff: Die POUM im spanischen Bürgerkrieg. Frankfurt 1986.

6. Die POUM und die soziale Revolution 1936/37

Quellenangaben; Reiner Tosstorff, Die POUM im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt a. M. 1987; S.249 - 260

6.1. Die POUM und die Kollektivierungsbewegung in der Industrie

Die Kollektivierungsbewegung in Katalonien war zunächst eine spontane Erscheinung, Reaktion auf das Verhalten der Unternehmer in Jahren erbitterter sozialer Auseinandersetzungen und auf ihre vermutete oder tatsächliche Beteiligung am Putsch. Vielfach waren sie auch geflohen, so dass die Arbeiter die Fortführung der Produktion sicherstellen mussten. Während in den übrigen Teilen Spaniens, dort wo die sozialistische Gewerkschaft UGT dominierte, der Staat die Betriebe beschlagnahmte und Verwalter einsetzte, wobei die UGT allerdings einen gewichtigen Einfluss ausübte, waren es in Katalonien die Arbeiter selbst, die die einzelnen Betriebe übernahmen und die Produktion unter eigener Regie wieder in Gang brachten.

»Darauf waren Spanier, die das Russland der ersten Revolutionsjahre kennengelernt hatten, besonders stolz. Oft und gern unterstrich Andrés Nin, dass in Barcelona 1936 der normale Betrieb bei Verkehrsmitteln und städtischen Werken sehr viel schneller wieder in Gang gekommen sei als 1917 in Moskau.«

In dieser Bewegung drückten sich die anarcho-syndikalistischen Traditionen der katalanischen Arbeiterbewegung aus. Dazu gehörte, dass von der CNT immer wieder Modelle entwickelt worden waren, wie eine zukünftige Organisation der Industrie aussehen sollte, wobei den Ausgangspunkt der von den Arbeitern direkt oder indirekt durch die Gewerkschaft geleitete Betrieb bildete.

Die POUM konnte demgegenüber zwar keine fertigen Modelle vorweisen, tatsächlich tauchten bei ihr vor dem 19. Juli Überlegungen über die Formen einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft überhaupt nicht auf, sie entwickelte aber aus der kritischen Bestandsaufnahme der Situation ihre eigenen Vorstellungen, in denen die Unzulänglichkeiten der ausschliesslich betrieblichen Kollektivierungen kritisiert wurden und die auf eine umfassende Neuordnung und Planung der Wirtschaft abzielten. Im Wirken und

der Programmatik der POUM kann man dabei drei Etappen unterscheiden: die Arbeiterkontrolle als unmittelbare Reaktion nach dem 19. Juli, die Kollektivierungen, als sich das Ausmass der Revolution abzeichnete, und die Sozialisierung, um der neuen Ökonomie eine sozialistische Struktur zu geben. Sicher standen hier die russischen Erfahrungen zum Teil Pate, wenn die POUM auch vor dem Hintergrund der besonderen Traditionen der spanischen Arbeiterbewegung den gewerkschaftlichen und betrieblichen Organisationsformen ein ganz besonderes Gewicht beimass.

In den ersten Tagen der Revolution, als sich die Bedeutung und Tiefe der Bewegung bestenfalls erst in Umrissen abzeichnete, trat die POUM zum einen für eine Reihe umfassender Verbesserungen in der Lage der Arbeiter ein – Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, usw. – und zum anderen angesichts möglicher Sabotage, Flucht der Unternehmer usw. für die sofortige Durchführung der Arbeiterkontrolle. In allen Betrieben sollten Komitees gebildet werden:

»Im Augenblick bringen die Arbeiterkomitees, die bestehende oder in Verhandlung befindliche Sozialgesetzgebung, hauptsächlich das 40-Stunden-Gesetz und das über die Erhöhung von 15 Prozent bei den Monatslöhnen von weniger als 500 Peseten, zur Anwendung. Dann passen sie auf, damit die technische Direktion der Fabriken mit demselben Eifer wie früher arbeitet. Alle Beauftragten, Abteilungsleiter und Vorarbeiter werden dieselben Vorrechte geniessen, wenn sie immer gegenwärtig haben, dass man für eine Fabrik und nicht für einen Besitzer arbeitet. Die Arbeiterkomitees kommen jedem Sabotageakt zuvor, unterdrücken ihn und stimulieren das Personal, um zu zeigen, dass die proletarische Ordnung der bürgerlichen überlegen ist.«

Tatsächlich beschränkten sich die Arbeiter nicht auf die blossе Kontrolle. Statt dessen übernahmen sie direkt die Betriebe. La Batalla griff dies auf, indem die Zeitung eine ganze Reihe solcher Übernahmen (incautaciones) beschrieb, und stellte die Veränderungen, die die Arbeiter dabei durchführten, in den Vordergrund. So hatten z.B. die Arbeiter des Wasserwerks von Barcelona den Betrieb unmittelbar nach dem 19. Juli übernommen und die Versorgung der Stadt dabei die ganze Zeit aufrechterhalten können. Es wurden eine Reihe von sozialen Verbesserungen durchgeführt und 105 Arbeiter zusätzlich eingestellt.

Durch die Abschaffung der 'Jefes' und aller hohen Gehälter konnte man 250.000 Peseten einsparen. Ähnliches berichtete La Batalla z.B. Von den Eisenbahnen.

Anfang September veröffentlichte La révolution espagnole eine Auflistung grösserer von den Arbeitern übernommener Betriebe:

»Die städtischen Autobusse, Autobus Roca, die Strassenbahnen, die Metro, die Eisenbahnlinien Nord und Madrid-Zaragoza-Alicante, CAMPSA, Ford Motor Ibérica, Hispano Suiza, Marítima, Girona, Vulcano, die Firmen Torres und Elizalde, die transatlantische Gesellschaft, alle Elektrizitätsgesellschaften, die öffentlichen Dienstleistungen. Die Theater und die Kinos von Barcelona sind vollständig unter Kontrolle der Gewerkschaften UGT und der CNT sozialisiert. Die anderen Firmen funktionieren unter Arbeiterkontrolle, die vom einfachen Tarifvertrag bis zur Quasi-Kollektivierung reicht.«

Die wichtigsten Entscheidungen wurden von Belegschaftsversammlungen getroffen, die auch das Komitee, was die Betriebsleitung bildete – normalerweise proportional zu dem Einfluss der verschiedenen Gewerkschaften zusammengesetzt –, wählten. Die hohen Gehälter wurden überall abgeschafft wie auch Aufsichtsräte u.ä. Allgemeine soziale Verbesserungen wurden durchgeführt. Oftmals arbeiteten die Techniker und sogar auch Besitzer weiter mit hatten Beratungsfunktionen inne.

Dennoch wurden sehr bald eine ganze Reihe von Problemen unterschiedlichster Art deutlich, die von den politischen Behinderungen seitens der Generalitat über eine fehlende gesamtwirtschaftliche Konzeption bei den Anarchisten, was sie zur Überbetonung des Einzelbetriebs führte, bis zur Unerfahrenheit und mangelnden Schulung bei den Arbeitern reichten. Nicht zuletzt war eine Anpassung der Produktion an die Erfordernisse der Kriegsführung nötig.

Anfang August stellte La Batalla bereits einen allgemeinen Wirtschaftsrückgang fest. Nur die Lebensmittelproduktion arbeitete normal. Alle anderen Bereiche der Konsumgüterproduktion würden abwarten, was auf Sabotage hinauslaufe. In dieser Situation müssten die Einkommen der Arbeiter angehoben werden, damit sie genauso viel ausgeben könnten wie vorher, selbst wenn die Arbeitszeit reduziert worden war.

»In der Zukunft muss das Einkommensvolumen der Bourgeoisie zugunsten des Einkommens des Proletariats vermindert werden. Der Bourgeois muss jeden Tag mehr den Charakter eines technischen Mitarbeiters bei Befähigung, in Erwartung der sozialistischen Organisierung der Produktion und Distribution, haben.«

Einen Tag darauf sah La Batalla sogar schon Anzeichen für einen wirtschaftlichen Zusammenbruch: Einzelhändler hätten schon Geldscheine nicht mehr angenommen, die Preise für lebensnotwendige Artikel würden zu steigen beginnen. Diese könne nur durch die Anwendung sozialistischer Massnahmen aufgehalten werden, was aber eine Arbeiterregierung zur Voraussetzung hätte.

Das dazu sozusagen berufene Gremium, das Zentralkomitee der Milizen, hatte jedoch auf die Leitung der Wirtschaft mit Ausnahme der Organisierung der Kriegsindustrie verzichtet. Die Anarchisten suchten die Zusammenarbeit mit der Generalitat. So entstand aus zunächst informellen Kontakten einzelner Esquerra-Politiker und CNT-Führer am 11. August mit Zustimmung des ZK der Wirtschaftsrat. Zwar wurde er formell von der Generalitat eingesetzt, doch entsprach er in seiner Zusammensetzung dem ZK der Milizen. So nahm er zunächst noch – bis zur Bildung der Koalitionsregierung Ende September – eine Zwitterstellung ein.

Unter dem Vorsitz des Wirtschaftsministers, bzw. eines von ihm ernannten Delegierten, umfasste er je drei Vertreter der ERC, einen der ACR, drei der CNT, zwei der FAI, drei der UGT, und je einen der PSUC, der UdR und der POUM. Entsprechend der revolutionären Situation hatte er zunächst die Aufgabe, selbst die Wirtschaft anzuleiten. Im Einsetzungsdekret hiess es, dass er »das Leitungsgremium des ökonomischen Kataloniens bilden wird«. Die Präambel seiner Prinzipienerklärung beschrieb das Verhältnis zur Generalitat folgendermassen:

»Der Wirtschaftsrat wird als ein beratender Organismus handeln, um Übereinkünfte in wirtschaftlichen Fragen zu erzielen ... und die Regierung der Generalitat wird die Übereinkünfte ausführen...«.

In einem Elf-Punkte-Programm wurden u.a. die umfassende Kollektivierung der Industrie und der Dienstleistungen, das Aussenhandelsmonopol, die Kollektivierung grosser landwirtschaftli-

cher Güter, die Neuordnung der Mieten, die Verstärkung des Genossenschaftswesens, die Arbeiterkontrolle in den Banken und der noch verbliebenen Privatindustrie und die Neuordnung der Steuern angekündigt. Dieses Programm einer umfassenden sozialistischen Umwälzung der Wirtschaft war von Nin entworfen worden. Es traf – hinter den Kulissen – auf den heftigsten Widerstand der PSUC und der Katalanisten, die sich aber – angesichts der revolutionären Situation Anfang August – schliesslich fügten und es nach aussen hin zunächst formell mittrugen.

Die Bildung des Wirtschaftsrates und sein Programm wurden von La Batalla in einem Leitartikel begrüsst. Die sozialistische Revolution gewinne man zwar an der militärischen Front, man mache und organisiere sie aber an der ökonomischen und sozialen. Der Wirtschaftsrat hätte sich durch sein Programm mit der Revolution und den Erwartungen der Massen in Übereinstimmung gesetzt. Jetzt wüssten die Milizionäre, wofür sie kämpften. Man dürfe nicht die Aktionseinheit der Arbeiterklasse aufgeben, sondern man müsse wie an der militärischen auch an der wirtschaftlichen Front vorwärts gehen.

Allerdings war damit das Problem nicht aufgeworfen, was langfristig geschehen würde, wenn ein solcher Organismus weiterhin der Generalität und nicht einer Regierung der Arbeiterorganisationen gegenüberstehen würde, obwohl die POUM selbst noch kurz zuvor auf den Zusammenhang einer sozialistischen Wirtschaft mit einer Arbeiterregierung hingewiesen hatte. So wurde er auch tatsächlich nach Abflauen der revolutionären Situation immer mehr in seinen Funktionen eingeschränkt und auf ein beratendes Gremium, ein Anhängsel der Generalität, zurückgestuft.

Zunächst ging es jedenfalls noch darum, die Arbeiterkontrolle zu entwickeln und vor allem zu verhindern, dass sich die Arbeiter darauf beschränkten, »die Bezahlung der Löhne und nicht die Wiederaufnahme der Produktion zu sichern«. Das von der POUM beeinflusste Sindicato mercantil z.B. richtete seine Aufmerksamkeit auf die Probleme, indem es Informations- und Schulungsmaterialien für die Mitglieder der Betriebskomitees herausgab. Darin wurden u.a. Vorschläge zur Arbeit in den Komitees gemacht: Sie sollten nicht zu gross sein, um arbeiten zu können, und sollten ausserhalb der Arbeitszeit tagen, »um nicht die Antipathie ihrer Kollegen hervorzurufen«. In ihnen sollten die Gewerkschaften

proportional zu ihrem Einfluss im Betrieb vertreten sein. Zwar sollte auf die Arbeitsdisziplin geachtet werden, sie sollten aber alles zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unternehmen. Ein wichtiger Punkt betraf die vorläufige Anerkennung von Aktiva und Passiva der Betriebe, sollten bei allen Käufen und Verkäufen die Preise von vor dem 19. Juli eingehalten werden, um soweit wie möglich die Inflation zu begrenzen. Bei Übernahme der Betriebe sollte eine »Beschlagnahmungsakte«, die den Gewerkschaften und der Generalität bekanntgemacht werde sollte, und eine Bilanz des Unternehmens gemacht werden. Wie Péerez Baró, der »Sekretär für Gewerkschaftskontrolle« dieser Gewerkschaft war, schrieb:

»Kurz und gut, zum ersten Mal nach der Revolte versuchte sie, dass die Arbeiter einen Sinn für Verantwortlichkeit annähmen, um nicht von vornherein die begonnene Revolution zu diskreditieren.«

All dies deutet an, mit welcher immens detaillierten und konkreten Aufgaben und Schwierigkeiten die Komitees konfrontiert waren und wie in diesem Fall eine von der POUM beeinflusste Gewerkschaft sie anzugehen versuchte. Ein Grossteil dieser Empfehlungen ging im Oktober in das Kollektivierungsdekret ein.

Die überragende Rolle der Gewerkschaften in der Neuorganisation der Wirtschaft war jedoch keineswegs unproblematisch, insbesondere bei den CNT-Gewerkschaften, die ja eine hegemoniale Stellung einnahmen und die meisten Bereiche der Wirtschaft kontrollierten. Es machten sich unter den Gewerkschaften Tendenzen breit, die Interessen des jeweils eigenen Betriebes oder der Branche auf Kosten der übrigen Bereiche durchzusetzen, was den scharfen Protest der POUM hervorrief. La Batalla schrieb:

»Der strikt berufliche Egoismus, das Streben, die ausschliesslichen Interessen der Industrie, die man kontrolliert, zu verteidigen, können zur Situation führen, die schädlich für die Interessen der Gesamtheit der Arbeiter sind.«

Als ein Beispiel wurde erwähnt, dass das Komitee der Eisenbahner die nach dem 19. Juli zunächst üblichen Gratisreisen abgeschafft hatte. Es gäbe aber dafür manchmal gerechtfertigte Gründe, wie z.B. bei Besuchen der Familienangehörigen bei den Milizionären an der Front, was zur Aufrechterhaltung der revolutionären Moral

wichtig sei. Dies sei dem blossen Kriterium des Industriezweiges untergeordnet:

»Wenn dieses Kriterium vorherrschen würde und wenn man es auf grosser Ebene anwenden würde, dann würden wir uns davor befinden, dass das, was man organisiert, nicht der Sozialismus, nicht einmal der revolutionäre Syndikalismus, sondern einfach das ist, was wir 'gewerkschaftlichen Kapitalismus' nennen könnten. Dies sind Worte, die bitter erscheinen und natürlich Missklang hervorrufen; aber es gibt die politische und revolutionäre Verpflichtung, sie auszusprechen, um das Problem aufzuwerfen oder wenigstens zu zeigen.«

Auch Joan P. Fàbregas, einer der Wirtschaftsfachleute der CNT, kritisierte Ende September auf einem Regionalplenum diese Tendenzen zum »Gewerkschaftspatriotismus«, was La Batalla positiv vermerkte. Die Ursache dafür hätte aber, fügte die POUM-Zeitung hinzu, bei der CNT gelegen, erstens wegen ihrer Theorie, wonach alle Macht von den Gewerkschaften ausgehen sollte, und zweitens weil die Arbeiter keine genauen Instruktionen gehabt hätten, so dass sie ihre einzelnen Gewerkschaften erstmals als »einzige Leiter aller Aktivitäten der neuen Gesellschaft« genommen hätten.

»Vor den positiven Aufgaben zeigte sich der libertäre Utopismus unfähig. Während sie durch das Gewicht ihrer alten Konzeptionen bewegt wurden, aber gleichzeitig der Realität der täglichen Probleme begegnen mussten, überliessen sie praktisch alle Entscheidungen dem Gutdünken der lokalen Genossen und Komitees. All dies hat eine Verwirrung und einen Ausbruch isolierter Initiativen geschaffen, die eine Ordnung verlangen.«

Diese Ordnung sollte durch ein Dekret zur Kollektivierung der Industrie und des Handels herbeigeführt werden, was schon bei der Konstituierung des Wirtschaftsrats am 11. August angekündigt worden war, aber erst nach Eintritt der Anarchisten und der POUM in die Generalität Ende Oktober 1936 erlassen wurde. Bei seiner Ausarbeitung hatten ERC und PSUC versucht, es soweit wie möglich zu begrenzen, indem die Grösse zu kollektivierender Betriebe möglichst hoch angesetzt wurde, was ihnen aber nur zum Teil gelang. Darüber hinaus erreichten sie, dass das Prinzip von Entschädigungen ehemaliger Besitzer mit aufgenommen wurde, zu dem aber nie die Ausführungsbestimmungen erlassen wur-

den. Jedenfalls war damit die Basis für eine Neuordnung der Wirtschaft auf der Grundlage der Kollektivierung gegeben, auch wenn es im wesentlichen nur das bereits nach dem 19. Juli von den Arbeitern Erreichte nachträglich legalisierte.

Im einzelnen unterschied es zwischen kollektivierten Betrieben und Privatbetrieben unter Arbeiterkontrolle. Alle Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten (am 30. Juni 1936) und alle, deren Besitzer in den Putsch verwickelt oder geflohen waren, wurden automatisch kollektiviert. In Betrieben zwischen 50 und 100 Beschäftigten konnte die Kollektivierung durch eine Abstimmung mit mehr als drei Viertel Mehrheit der Beschäftigten ebenfalls durchgeführt werden. Aber auch in allen übrigen Fällen konnte sie notfalls der Wirtschaftsrat beschliessen, wenn er sie für notwendig erachtete. Ansonsten wurden die verbleibenden Privatunternehmen der Arbeiterkontrolle, ausgeübt durch ein von der Belegschaft gewähltes Komitee, unterworfen.

Die Betriebe mussten den bisherigen Personalbestand, die Aktiva und Passiva sowie die gesamten Einrichtungen, Fabriken, Lagerhallen usw. übernehmen. Die ehemaligen Unternehmer konnten als Fachleute weiterarbeiten. Die Betriebsleitung sollte durch von Belegschaftsversammlungen gewählte Komitees ausgeübt werden, deren Wahl und Arbeitsweise detailliert geregelt war.

Die Einzelbetriebe konnten und sollten zu »Gruppierungen« zusammengefasst werden, um ein rationelleres Wirtschaften zu ermöglichen. Die gesamte Wirtschaft war – durch den Wirtschaftsrat – in genau bestimmte Branchen einzuteilen, an deren jeweilige Spitze Generalindustrieräte treten sollten, die aus Vertretern der Betriebskomitees, der Gewerkschaften und des Wirtschaftsministeriums zusammengesetzt waren. Ihnen waren die Einzelbetriebe zugeordnet, und sie hatten einen allgemeinen Plan für den jeweiligen Wirtschaftszweig zu erstellen.

Schlussbestimmungen regelten die Anerkennung von Schulden und Beteiligungen, vor allem die des Auslands, aber auch die von Banken und Sparkassen, sowie die prinzipielle Entschädigung von Kleinbesitzern, für die aber noch Ausführungsbestimmungen erlassen werden mussten. Bereits in der Präambel war die Absicht erklärt worden, als Finanzierungsinstrument eine Industrie- und Handelskreditkasse zu schaffen, an die

auch die Betriebe einen Teil ihrer Gewinne abzuführen hatten.

Das Projekt, was die POUM der Generalität eingereicht hatte, unterschied sich davon in zwei Punkten. Zum einen enthielt es bereits eine Regelung zur Kreditkasse – als entscheidendem Planungsinstrument – und zum anderen keine Klausel zur Entschädigung der ehemaligen Privatbesitzer. Letzterem wollte die CNT zunächst zustimmen, schwenkte dann aber bei der Abstimmung in der Generalität wieder um.

Damit war ein weiterer Rahmen abgesteckt, der nicht nur die bisherige Kollektivierung legalisierte, sondern auch die Möglichkeit zu einer umfassenden Koordinierung und Planung schaffen konnte, die aber noch durch Zusatzdekrete zu regeln war. Sie wurden nur zum Teil in der folgenden Zeit erlassen, dann aber unter ganz anderen, der Kollektivierung wenig förderlichen politischen Bedingungen. Parteien wie die Esquerra und die PSUC sahen in dem Dekret eher nur ein Zugeständnis in einer für sie ungünstigen Situation als den Beginn einer neuen Wirtschaftsform. Darüber hinaus konnte ein solches katalanisches Dekret nur eine Teilmassnahme darstellen, die entweder auf ganz Spanien ausgedehnt oder schliesslich abgeschafft werden würde.

Die POUM hatte das Dekret unmittelbar nach seiner Verkündung trotz leichter Kritik begrüsst, und Nin sprach von der Verwirklichung einer sozialistischen Orientierung. Doch mit der Zeit wurde die Bewertung etwas kritischer.

Vor allem Oltra i Picó setzte sich in mehreren Veröffentlichungen mit den Auswirkungen dieses Dekrets auseinander. Zunächst hatte er es, kurz nachdem es erlassen wurde, in einer Broschüre ausführlich kommentiert und als Beginn der sozialistischen Wirtschaft in Katalonien als zweitem Lande nach der UdSSR bezeichnet. Doch nur wenige Monate darauf kam er in einer ausführlichen Artikelserie vom November 1936 bis April 1937 vor dem Hintergrund der inzwischen gemachten Erfahrungen in der Lokalzeitung der POUM in Tarrasa, die anschliessend auch als Broschüre herausgegeben wurde, zu einer kritischeren Bewertung. Zum einen würden noch viele Zusatzdekrete fehlen, die vor allem übergreifenden Charakter hätten, wie z.B. Ausführungsbestimmungen zu den Generalindustrierräten, die immer noch nicht gebildet seien, und der Kreditkasse. Überhaupt müssten auch die Banken nationalisiert werden. Verbunden mit der

Kritik an einer ganzen Reihe von Einzelpunkten kam er zu dem Schluss:

»Das Ziel des Kollektivierungsgesetzes scheint darauf gerichtet zu sein, individuelle Bedürfnisse zu befriedigen, statt die Bedürfnisse der Gesamtheit. Wir sprechen von Gesamtheit, wenn wir uns auf die ganze Masse der Arbeiter beziehen. Das Dekret hat in Wirklichkeit die Hauptabsicht, eine Gesamtheit kapitalistischer Egoisten unter den Arbeitern dadurch zu schaffen, dass jedes Werk ausschliesslich seinen Arbeitern gehört.«

Offensichtlich waren die Massnahmen des Kollektivierungsdokuments allein noch nicht ausreichend für eine sozialistische Wirtschaft. So forderte er:

»Nach der Arbeiterkontrolle und der Kollektivierung müssen wir jetzt in die Periode der Sozialisierung eintreten, was bedeutet, dass das Interesse für das isolierte Industrie- und Handelsunternehmen verschwindet und sich im allgemeinen Interesse auflöst.«

Diese Entwicklung versuchte die POUM in den Bereichen durchzusetzen, in denen sie über Einfluss verfügte. Davon war die Textilindustrie die wichtigste Branche. Hier hatte die POUM auch zusätzliche Verantwortung, weil ihr Vertreter im Wirtschaftsrat dafür zuständig war. Darüber hinaus nahm die Textilindustrie aus zwei Gründen eine zentrale Position ein: Zum einen war sie der Hauptindustriezweig Kataloniens mit ca. 40% der in der Industrie beschäftigten Arbeitskräfte, zum anderen stellte Katalonien mit einem Anteil von ca. vier Fünfteln das Zentrum der spanischen Textilindustrie überhaupt dar. Sie befand sich jedoch seit Jahren in einer permanenten Krise. Immer durch hohe Zollschränken geschützt, war ihr Maschinenpark weitgehend veraltet. Es dominierten Klein- und Mittelbetriebe. Auch war sie stark von Rohstofflieferungen aus dem übrigen Spanien oder dem Ausland abhängig. Doch der spanische Markt nahm die Produkte nur noch zu einem Teil ab, im Export dagegen konnten sie sich nicht behaupten. Die Folge davon war seit Jahren eine hohe Arbeitslosigkeit.

Die Revolution hatte die Probleme extrem gesteigert. Katalonien war von einem grossen Teil seiner Rohstofflieferanten wie Abnehmer abgeschnitten. Devisen zum Import von Rohstoffen standen ebenfalls kaum zur Verfügung. Eine Umstellung auf kriegswichtige Produktion wie Uniformen, Zelte usw. kam erst spät in Gang.

Die hohe Arbeitslosigkeit in dieser Branche konnte durch die Senkung der allgemeinen Arbeitszeit im Gefolge der Revolution nur kurzfristig gemildert werden und stieg im weiteren Verlauf des Bürgerkriegs wieder an. Dagegen wurde die katalanische Textilindustrie innerhalb kürzester Zeit praktisch vollständig kollektiviert. Allein die Hälfte der Unternehmer hatte sich versteckt oder ins Ausland, bzw. das frankistische Territorium, abgesetzt.

Alle Arbeiterorganisationen – vor allem aber die CNT, die auch hier eine dominierende Stellung einnahm – legten im Verlaufe der Revolution Pläne zur Neugestaltung dieses Industriezweiges vor. Die bei weitem detaillierteste Planung stammt jedoch von einer Konferenz der POUM zur Textilindustrie, die am 6./7. und 13./14. Februar 1937 in Tarrasa abgehalten wurde.

Auf dieser Konferenz wurden ein allgemeiner Überblick und Einzelberichte zu folgenden Problemen gegeben:

Wolle- und Baumwolle-verarbeitende Industrie einschliesslich der jeweiligen Rohstoffbeschaffung, Strickwaren, Handelspolitik, Finanzsituation, Statistik und Rechnungsführung, Konzentration der Industrie, Bildung eines Generalindustrierats entsprechend dem Kollektivierungsdekret, Betriebs- und Kontrollkomitees und berufliche Weiterbildung.

Der allgemeine Bericht – von Oltra i Picó gehalten – konstatierte die Rückständigkeit des Industriezweiges und die Importabhängigkeit, was die Bourgeoisie zu verantworten habe. Jetzt müssten die Arbeiter die Probleme studieren und gemeinsam lösen. Er forderte eine übergreifende Handelspolitik, gemeinsamen Einkauf von Rohstoffen und Konzentration des Verkaufs, um den Wettbewerb auszuschalten. Die Kreditkasse müsse die finanzielle Basis für die Sanierung bereitstellen. Die Neuorganisation der Industrie bedeute eine vertikale und horizontale Konzentration, gemeinsamer Einkauf und Vertrieb und die Einrichtung einer gemeinsamen Statistik und Buchführung. Die Industrie müsse neu gruppiert werden. Ein Industriegeneralrat müsse die Oberleitung erhalten. Der wichtigste Motor für die Veränderung sei die Bildung einer Einheitsgewerkschaft und die »aktive Teilnahme der Arbeiter an allen Produktionsproblemen«. Doch all dies wäre letztlich nicht zu verwirklichen ohne eine Arbeiterregierung.

Die Berichte zu den Einzelfragen gaben jeweils einen detaillierten Überblick über z.B. Art und Herkunft der Rohstoffe, Maschinenbestand, Auslastung, Situation der Branche im allgemeinen und daraus abgeleitet Vorschläge für die Neuorganisation, die Konzentration der Betriebe und die neuzuschaffenden Gremien. Nicht zuletzt wurden dabei neben einer langfristigen Planung die Erfordernisse der Kriegsführung berücksichtigt.

Damit lag ein umfassender Plan vor, der natürlich nie in die Tat umgesetzt wurde. Stattdessen geriet die Textilindustrie kurz darauf – Mitte Mai 1937 – in die Auseinandersetzungen zwischen der Zentralregierung und der Generalitat. Von der Regierung schon beschlossene Kredite wurden nicht ausbezahlt, um die katalanische Textilindustrie unter ihre Kontrolle zu bringen, und der – sogar anarchistische – Industrieminister Peiró prophezeite ihren baldigen Zusammenbruch. Darauf warf Oltra i Picó der Generalitat vor, hier versagt zu haben. Es handele sich dabei aber nicht einfach nur um Auseinandersetzungen zwischen Katalonien und der Zentralregierung, sondern es »trägt das Zeichen des Klassenkampfes«. Eine revolutionäre Regierung in Katalonien hätte die gesamte Textilindustrie sozialisiert und damit Geld für die Kriegsführung verdient.

Zwar brach die Textilindustrie nicht endgültig zusammen, verzeichnete aber einen rapiden Produktionsrückgang (von Juni 1936 = 100% über Ende 1936 = 49% auf Ende 1937 = 20%) und verlor so angesichts der Kriegssituation immer mehr an Bedeutung.

Ähnlich wie mit der Textilindustrie versuchte die POUM in anderen Bereichen vorzugehen, wenn diese auch vergleichsweise nicht so bedeutsam waren. Aber dort, wo sie in der Gewerkschaftsbewegung über Einfluss verfügte, konnte sie eine Zusammenfassung der jeweiligen Industrie durchsetzen oder zumindest in Angriff nehmen. La Batalla berichtete über mehrere solche Fälle.

So organisierte die von der POUM geführte Holzarbeitergewerkschaft der UGT in Barcelona die Mehrheit ihrer Branche. Sie umfasste ca. 5.000 bis 6.000 Mitglieder gegenüber 3.000 der CNT-Gewerkschaft. Darunter waren auch ehemalige Klein- und Kleinstunternehmer, die sich der Kollektivierungsbewegung angeschlossen hatten. Die Gewerkschaft schloss unwirtschaftliche Kleinbetriebe und richtete zentrale Werkstätten je nach der Spezialisierung ein wie z.B. für

Drechslerei, Möbelherstellung, Bildschnitzerei, Stuhlmacherei, Tischlerei usw. Allerdings war dies nur als Übergangsstufe zu einer vollständigen Sozialisierung der Branche durch den Zusammenschluss mit der CNT, die bereits ähnliches durchführte, und der Bildung einer Einheitsgewerkschaft gedacht. Solange dies aber aus politischen Gründen nicht durchführbar war, wollte man wenigstens einen Schritt dahin vollziehen.

Ähnliches propagierte die POUM für die Metallindustrie oder für das grafische Gewerbe, für das Bueso in einem Interview mit La Batalla die totale Sozialisierung forderte:

»Sechzig Prozent der Betriebe schliessen, die unbrauchbare Maschinerie als Alteisen verkaufen, alles zerbrochene Blei, das uns noch als Drucktypen nützt, einschmelzen, alles Brauchbare in einigen wenigen Betrieben konzentrieren, die modern eingerichtet sind, und in ihnen die ganze Arbeit des Druckgewerbes, absolut von den Gewerkschaften kontrolliert, machen.«

Dabei war ihm durchaus klar, dass solche drastischen Massnahmen zur Entlassung vieler Arbeiter führen mussten, die man in anderen Industriezweigen unterbringen sollte.

»Aber es gibt kein anderes Mittel, denn wenn wir so weitermachen wie bisher, wird die Hälfte der Drucker arbeitslos sein. Wir halten die Druckindustrie mit monetären Injektionen aufrecht, und das ist unmoralisch und konterrevolutionär.«

In einem weiteren Bereich, in dem die POUM über gewissen Einfluss verfügte, der aber weit aus zersplitterter und vor allem durch sehr grosse Unterschiede in der ökonomischen Situation und im Bewusstsein der darin Beschäftigten gekennzeichnet war, dem des Handels, hatte sie natürlich auch die Sozialisierung propagiert. Allerdings scheiterte hier ihr Versuch, alle grossen Kaufhäuser Barcelonas zu einer auch durch das Kollektivierungsdekret vorgeschriebenen »Gruppierung« zusammenzuschliessen, am Widerstand der einzelnen Betriebskomitees.

Auf diese Weise versuchte die POUM ihre Vorstellung einer sozialistischen Plan- und Selbstverwaltungswirtschaft (wie man heute sagen würde) in der Kollektivierungsbewegung so weit wie möglich durchzusetzen. Auch wenn letztlich die Voraussetzung dafür, die Bildung einer Arbeiterregierung, erst noch erkämpft werden

musste, sah sie zwischen beidem eine enge Verbindung. Oltra i Picó zog im Frühjahr 1936 für die POUM eine positive Bilanz der Erfahrung mit der Kollektivierungsbewegung:

»Die Erfahrung der Kollektivierung in Katalonien zeigt zwei Sachen: erstens, dass die Arbeiterklasse der Fabriken und Werkstätten befähigter als die Bourgeoisie ist, um die Wirtschaft zu leiten, und in der besseren Verfassung, um die Produktion zu erhöhen und zu perfektionieren, wenn sie über dieselben materiellen Mittel, die die bürgerliche Klasse hatte, verfügt; zweitens, dass es, damit die Arbeiterklasse die Neue Ökonomie mit Effizienz abwickeln kann, nötig ist, dass die ganze politische Macht in ihren Händen konzentriert ist ohne die gegenwärtige Beeinflussung durch kleinbürgerliche und reformistische Politiker, die eine Bremse für die kühnen Verwirklichungen darstellen, die wir in den revolutionären Augenblicken, die wir durchleben, brauchen.«

6.2 Die Bildung der POUM: Ihre politischen und organisatorischen Grundlagen

Quellenangabe; Reiner Tosstorff, Die POUM im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt a. M., 1987; S.51 - 59

Die Fusionsdiskussionen wurden von Nin und Maurín stellvertretend für ihre beiden Organisationen durchgeführt. "Einmal in der Woche kam Maurín zu Nin, und sie gingen die verschiedenen Aspekte der Fusion durch... Ihre Ergebnisse kristallisierten sich in einer Reihe von Resolutionsentwürfen, die im Juli und August in La Batalla veröffentlicht wurden. Bereits vorher - im Mai - hatten ICE-Mitglieder begonnen, in der Presse des BOC regelmässig mitzuarbeiten. Im Juli dann beschlossen die Zentralkomitees beider Organisationen nach ausführlicher Diskussion in der Mitgliedschaft die Fusion.

Am 29. September 1935 trat dann in Barcelona der "Vereinigungskongress" zusammen, wie er nach aussen hin bezeichnet wurde, der unter den Bedingungen der noch immer seit Oktober geltenden Illegalität aber nur als Treffen sehr weniger Delegierter durchgeführt werden konnte. Die Delegierten des BOC waren Maurín, Bonet, Arquer, Rovira und Coll, der Izquierda Comunista Nin, Molins i Fàbrega und Ignacio Iglesias. Ausserdem waren noch Francesc de Cabo und Carlota Durany, die das Haus bewohnten, in dem der

Kongress stattfand, und Felipe Alútiz aus Pamp-lona, der zufällig in Barcelona war, anwesend. Zum Ablauf konnte La Batalla feststellen, dass er "wenig diskutiert hat. Die Delegierten ... waren schon einer Meinung. Sie machten nichts anderes als die Übereinstimmung im Denken und im Handeln unter ihnen festzustellen."

In sechs Resolutionen - zur nationalen Frage, zur Gewerkschaftstaktik, zur politischen Situation, zur 'unificación marxista', zur internationalen Situation und zum Anschluss an das Londoner Büro - wurden die Positionen der Partido Obrero de Unificación Marxista, wie die neue Partei sich jetzt nannte, festgelegt, wobei es nur minimale Änderungen gegenüber den Entwürfen gab. Ausserdem wurde ein Manifest "an das spanische Proletariat" und ein Brief an alle Arbeiterorganisationen verabschiedet, in denen sie zu einem Treffen zur Organisation eines gemeinsamen Kampfes gegen die Kriegsgefahr aufgefordert wurden.

Die Situation Spaniens wurde als eine des Übergangs zwischen Faschismus und proletarischer Revolution eingeschätzt. Entweder würden die konterrevolutionären Kräfte siegen, eine faschistische Diktatur mit der Folge der Zerschlagung der Arbeiterbewegung auf lange Zeit errichten, oder die Diktatur des Proletariats würde die Aufgaben der demokratischen Revolution wie Agrar- und nationale Frage lösen und zur sozialistischen übergehen. Die Formel, die die POUM dafür benutzte, war "demokratisch-sozialistische Revolution". Damit sollte ausgedrückt werden, dass die noch "anhängigen" Aufgaben der bürgerlichen Revolution nicht mehr von der Bourgeoisie selbst gelöst werden könnten, da sie, um ihre Macht fürchtend, zum Faschismus greifen würde. Auch die republikanischen Parteien des Kleinbürgertums hätten kapituliert. Das Proletariat dagegen würde diese Aufgaben aufgreifen und realisieren und dadurch das Kleinbürgertum und insbesondere die Bauern als Bündnispartner gewinnen, aber gleichzeitig mit seiner eigenen, der sozialistischen Revolution beginnen.

Voraussetzung der Revolution sollte die Herstellung der Einheit auf drei Ebenen sein: Aktions-einheit aller Arbeiter durch die Alianza Obrera, die Bildung einer einheitlichen Gewerkschafts-zentrale und die Schaffung einer einheitlichen revolutionären marxistischen Partei.

Die Arbeiterallianz wurde als Organ der Aktions-einheit definiert, in dem die Arbeiterbewe-

gung ihre Kräfte konzentrieren würde "ohne die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit ihrer Organisationen zu zerstören". Im Verlaufe der Revolution würde sie drei Aufgaben erfüllen: Zuerst Herstellung der Einheitsfront, dann Organisation des Aufstandes und schliesslich Machtorgan zu sein. Sie wurde dabei mit der Rolle der Sow-jets in der russischen Revolution verglichen.

In der Analyse der Gewerkschaftssituation unterschied man zwischen Katalonien und dem übrigen Spanien. In Katalonien lag die traditionelle Hochburg der CNT, jedoch waren 31/32 zwei bedeutende Minderheits-strömungen aus der CNT ausgeschlossen worden: die Sindicatos de oposición (treintistas) und die Sindicatos excluidos (die BOC-beeinflussten Gewerkschaften). Diese Entwicklung war eingetreten

"wegen des Fehlens gewerkschaftlicher Demokratie, wegen einer sektiererischen, exklusiv anarchistischen Führung, ..., was die Confederación Nacional del Trabajo, statt eine eigentlich gewerkschaftliche Organisation zu sein, in eine politische Partei verwandelte: die Partei der Anarchisten."

Daneben existierten in Katalonien, wenn auch von untergeordneter Bedeutung, die UGT, die UGSOC, eine von der USC beeinflusste Abspaltung von der katalanischen UGT, sowie eine Reihe unabhängiger Gewerkschaften.

In dieser Situation des Gewerkschafts-pluralismus sollte sich die Einheit durch den Zusammenschluss ausserhalb der beiden Zentralen bilden. Dazu sollte eine Konferenz für Gewerkschaftseinheit einberufen werden. Die daraus entstehende Organisation sollte von den beiden gesamtspanischen Zentralen unabhängig sein und für deren Vereinigung arbeiten. Sollte diese wiederum erreicht sein, würde sie katalanischer Regionalverband der neuen Einheitszentrale.

Ausserhalb Kataloniens gab es im wesentlichen nur CNT und UGT (regional auch die treintistas und autonome Gewerkschaften). Die Mitglieder der POUM sollten im allgemeinen - wie das auch schon bei der ICE der Fall war - in der UGT arbeiten "als der spanischen Gewerkschafts-organisation, wo der grösste Respekt für die gewerkschaftliche Demokratie herrscht...". In Ausnahmefällen könne man sich aber auch anderen Gewerkschaften anschliessen. Es gehe aber in jedem Fall darum, die Vereinigung beider Zentralen zu erreichen. Deshalb lehne man es auch

ab, den Anschluss an eine der beiden Zentralen als Vereinigung auszugeben, so wie CNT und UGT dies unter dem Motto "Anarchisten in die CNT und Marxisten in die UGT" forderten. Stattdessen müsse man einen Fusionskongress von CNT, UGT und der zukünftigen katalanischen Einheitszentrale einberufen.

Schliesslich sollte es zur Bildung einer einheitlichen revolutionären Partei kommen, ohne die es keinen Sieg der Revolution geben könne. Weder könne dies die Sozialistische Partei sein, da diese aus mehreren Flügeln bestehe, worunter nur einer revolutionär sei, noch die Kommunistische Partei, die nur den verschiedenen Wendungen Moskaus folge und deshalb im Augenblick im Fahrwasser der republikanischen Parteien segeln würde. Für sich alleine dagegen könnten BOC und ICE auch nicht das Zentrum der revolutionären Partei bilden, die Fusion beider wäre allerdings ein wichtiger Schritt dahin. Die POUM hätte zwar ihre eigene Persönlichkeit und ihr eigenes Programm, würde das Prinzip der Vereinigung auf revolutionär-marxistischer Grundlage aber in KP und SP siegen, würde sie sich in diesen Rahmen integrieren.

Das Problem der Vereinigung würde sich aber nicht nur national stellen. Internationale müssten II. und III. Internationale überwunden werden. Deshalb würde sich die POUM dem Londoner Büro anschliessen, das für die revolutionär-marxistische Vereinigung auf internationaler Ebene einträte. Die Resolution ging aber nicht näher auf die Frage einer neuen Internationale ein, darauf, ob das Büro ihr Kern sei, wie man sie gründen müsse usw. Dies stellte sich später als ein entscheidender Konfliktpunkt sowohl in der POUM wie im Londoner Büro selbst heraus.

In einer weiteren Resolution wurde die Haltung der POUM zum Nationalitätenproblem definiert. Die nationalen Bewegungen hätten einen demokratischen Inhalt, so dass das Proletariat, das alle Formen von Unterdrückung verurteile, sich nicht indifferent verhalten könne, sondern sie bis hin zur Unabhängigkeit unterstützen müsse. Dabei müsse das Proletariat jedoch die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führungen bekämpfen und an ihre Stelle treten. Zum Abschluss wurde betont, dass das Recht auf Selbstbestimmung nicht die Zersplitterung der Arbeiter der verschiedenen Nationen bedeute. Deshalb würde im konkreten Falle Spaniens eine Föderation sozialistischer Republiken der iberischen Halbinsel das Ziel sein.

Schliesslich wurde in einer weiteren Resolution die Haltung der POUM zur internationalen Lage dargestellt. Der Kapitalismus sei in die grösste Existenzkrise gestürzt, es stelle sich als Ausweg nur Sozialismus oder Barbarei, d.h. der Faschismus. Für reformistische, friedliche Politik gäbe es keine Basis mehr. Der Imperialismus dränge auf einen neuen Krieg, den keine Abrüstungskonferenz des Völkerbundes mehr aufhalten könne, sondern nur die proletarische Revolution. Eines der wichtigsten Kriegsziele sei die Vernichtung der UdSSR. Ihre Verteidigung würde jedoch nicht durch internationale Pakte, sondern nur durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie in den übrigen Ländern möglich sein. Damit wurde die Wendung von Komintern und sowjetischer Aussenpolitik zur Volksfrontlinie kritisiert. Die POUM, die die Verteidigung der Sowjetunion als wichtige Aufgabe bezeichnete, erklärte jedoch auch, dass sie sich das Recht herausnehme, die Positionen der sowjetischen Führung zu kritisieren, "von denen sie glaubt, dass sie für die UdSSR selbst und für die Interessen der revolutionären Bewegung fehlerhaft sind". Dies wurde dann in den folgenden Monaten und Jahren des Bürgerkrieges einer der herausragendsten Punkte in der Auseinandersetzung zwischen POUM und KP, die ihr dieses Recht bestritt.

Was den organisatorischen Aufbau der Partei anbelangte, so folgte er dem Schema des demokratischen Zentralismus, wie es in den ersten Kongressen der Kommunistischen Internationale entwickelt worden war. Die Grundeinheiten bildeten Zellen am Arbeitsplatz. In ihnen sollten die Mitglieder aktiv an der Arbeit der Partei und der Diskussion über ihre Politik teilnehmen. Die Zellen wurden je nach Gegebenheiten zu Sektionen auf Stadtteil- oder Ortsebene zusammengefasst und diese wiederum zu comarcas (Kreisen) oder Provinzen. In der weiteren Entwicklung sollten auch mehrere Provinzen zu Regionen zusammengefasst werden. Das höchste Organ war der Kongress, der die politische Linie festlegen und einmal im Jahr zusammentreten sollte. Ein 41-köpfiges Zentralkomitee, das sich alle drei Monate treffen sollte, und ein 7-köpfiges Exekutivkomitee zur Abwicklung der täglichen Aufgaben sollten die Partei zwischen zwei Kongressen führen. Jeweils vor den Kongressen sollte eine umfassende mündliche und schriftliche Diskussion - wozu ein internes Bulletin geschaffen wurde - stattfinden. Fraktionen waren allerdings verboten.

Der Vereinigungskongress hatte dementsprechend ein Zentralkomitee gewählt, das folgendermassen zusammengesetzt war. (Dem Namen ist jeweils, soweit das ermittelt werden konnte, der Wohnort und die Herkunftsorganisation hinzugefügt.)

Alsina, Juan; BOC - Sitges
Alútiz, Felipe; ICE - Pamplona
Andrade, Juan ; ICE - Madrid
Arenillas, José Luis ; - ICE - Bilbao
Arquer, Jordi ; BOC - Barcelona
Bancells, Luis ; BOC - Mataró
Bonet, Pedro; BOC - Barcelona
Coll, Josep; BOC - Barcelona
Cortezón, Eusebio; ICE – Astilleros (Prov. Santander)
De Cabo, Francesc ; ICE - Barcelona
Domènech, Josep; BOC - Barcelona
Emem = ? (möglicherweise Eduardo Mauricio, ICE – Llerena, Prov. Badajoz)
Farré, Joan; BOC - Lérida
Fortuny, Joan; BOC - Tarragona
Gayolà, Miquel; BOC - Gerona
Gironella - Enric Adroher; BOC - Barcelona
Gorkin, Julián; BOC - Valencia
Iborra, {Joan?, Antonio?}; BOC - Montblanc
Indigeta = Joan Quer; BOC - Gerona
Magdalena, Marcelino; BOC – Asturien (Mieres)
Maurín, Joaquín; BOC - Barcelona
Maynou = ?
Molins i Fàbrega, Narcís ; ICE - Barcelona
Nin, Andrés ; ICE - Barcelona
Peirat, Julián ; BOC - Castellón
Rey, David (= Daniel Rebull); BOC - Barcelona
Rodès, Josep ; BOC - Lérida
Rodríguez, Enrique ; ICE - Madrid
Rovira, Josep ; BOC - Barcelona
Romero, Manuel; ICE - Sevilla
Sala, Lorenzo; BOC - Olot
Sala, Arcadio; BOC - Manresa
Sánchez, Manuel; ICE - Salamanca
Sans, Martí ; BOC - Barcelona
Solares, Aurelio ; ICE - Gijón
Tarafa, Josep M.; BOC - Barcelona
Teixidó = ?
Tusó, Tomás; BOC - Barcelona
Vendrell, Joaquim; BOC - Tarrasa
Vidal, Germinal; BOC – Barcelona & Generalsekretär der Jugendorganisation des BOC, der JCI
Vila, Joan; BOC - Sabadell

Das Exekutivkomitee bestand aus Bonet, Arquer, Gironella, Rovira, Nin, Molins und dem Generalsekretär Maurín. Er leitete auch das Zentralor-

gan der Partei, La Batalla, während Nin für das theoretische, La nueva era - was ab Anfang 1936 wieder erscheinen sollte, nachdem es bereits einmal 1930 - 31 als BOC-Zeitschrift herausgekommen war -, und Rovira für das katalanische Organ zuständig waren.

Als Nebenorganisation existierte die Rote Hilfe (Socorro rojo) zur Unterstützung der politischen Gefangenen, die es auch schon beim BOC gegeben hatte. Ihr musste jedes Mitglied beitreten.

Der BOC hatte über eine eigene Jugendorganisation verfügt, die Juventud Comunista Ibérica, während die Jugendarbeit der ICE nie über Ansätze hinausgekommen war. Der Vereinigungskongress beschloss zunächst einmal, keine eigenständige Jugendorganisation zu bilden, sondern die JCI als eine Art Jugendsektion in die Partei zu integrieren. Für die Propagandaarbeit unter der Jugend sollten Jugendkomitees geschaffen werden. Genauer sollte aber erst noch ausgearbeitet werden. Zumindest wurden eigenständige Strukturen wie ein eigenes Exekutivkomitee fortgeführt. Tatsächlich erwies sich eine eigene Jugendorganisation sehr schnell als unabdingbar.

Was den Mitgliederbestand und die organisatorische Präsenz in Spanien anbetraf, existieren hierzu verschiedene interne Berichte über die Situation von BOC und ICE unmittelbar vor der Fusion, bzw. aus den ersten Monaten der POUM. So gab Rous in seinem Bericht vom September 1935 folgende Stärke der ICE an:

Barcelona: etwa 20 Mitglieder

Madrid: 150

Extremadura: bis zu 400, was er allerdings etwas einschränkte:

"Diese Zahl muss eingeschränkt werden, wenn man berücksichtigt, dass entsprechend dem politischen Niveau mancher Mitglieder kürzlich eine Umorganisation stattfand. Im Gebiet von Llerena üben unsere Genossen einen wirklichen Masseneinfluss ... aus; die Gewerkschaften der Landarbeiter, der Handwerker (Bäcker, Schuhmacher) sind unter ihrer Führung."

In Sevilla existierte eine Gruppe von 20 Mitgliedern, die aus der KP herkam.

In Asturien drei Gruppen mit 40 Mitgliedern
Bilbao 10

In Salamanca etwa 20 mit starkem Gewerkschaftseinfluss

Astillero (Santander): 18 - 20

Kleinere Gruppen von zwei bis drei Mitgliedern in Orense, Santiago de Compostela und Lugo.

Diese Angabe von ungefähr 700 Mitgliedern entspricht auch in etwa den 800, auf die Andrade die ICE zu dieser Zeit einschätzt, wenn man berücksichtigt, dass Rous eine Reihe kleinerer Orte, in denen die ICE aktiv war, wie aus ihrer Presse hervorgeht, nicht aufführte; Diese Übersicht ist somit auf jeden Fall weitaus realistischer als die Zahlen von Munis - 2.000 - und von Alba - 200 -.

Für den BOC gab Rous zwar 5.000 bis 6.000 an, doch sprach das EK der POUM selbst Ende Dezember davon, dass im Jahre 1935 3.000 Mitgliedskarten für den BOC ausgegeben worden waren, wobei aber nicht alle Nachfragen erfüllt werden konnten. Allerdings existierte er fast nur in Katalonien und dem País Valenciano (neben der Stadt Valencia vor allem Castellón de la Plana), ausserhalb davon nur an einigen Orten mit sehr kleinen Gruppen: Madrid, Asturien und den Balearen.

Für Anfang 1936 schätzte das EK die Mitgliederzahl der vereinigten Partei bereits auf mindestens 5.000. Auf einer ZK-Sitzung Anfang Januar sprach Maurín von einem erwarteten Wachstum von 20 - 25 %, überall sei die Partei am Zunehmen. So wäre z.B. in Santiago de Compostela eine Gruppe von 70 CNTistas mit einem bekannten Gewerkschafter an der Spitze im Begriff, sich der Partei anzuschliessen. Ausserhalb Kataloniens, Valencias und den Balearen hatte die POUM zu dieser Zeit "grösstenteils dank der Fusion mit der Izquierda Comunista" eine Basis in den Provinzen von Madrid, Palencia, La Coruña, Asturien, Lugo, Santander, Vizcaya, Navarra, Extremadura, Salamanca und Sevilla.

Auch in der wachsenden Auflage der Presse zeigte sich ein zunehmender Einfluss der neuen Partei. Im September 1934 - also noch in voller Legalität - lag die Auflage von La Batalla bei 6.000 bis 6.500, Ende 35 erreichte sie 9.000 bei einer prekären halblegalen Situation.

Dieser Überblick über die politischen Positionen und die organisatorische Situation lässt nun die Frage nach der Einschätzung der Fusion zu. Insgesamt zeigen die wesentlichen programmatischen Punkte, dass nun zwischen ICE und BOC in vielen entscheidenden Differenzen während der ersten Jahre der Republik eine Annäherung stattgefunden hatte, in manchem sogar eher eine

Aufgabe von Positionen des BOC zugunsten einer Übernahme der ICE-Positionen. Gegenüber Rous hatten Nin und Molins im August folgende zentrale Punkte unterstrichen:

"1) Die Einheit: Der BOC ist nicht mehr für die totale, sondern die revolutionäre Einheit. Er ist auch nicht mehr für die totale Einheit auf internationaler Ebene, sondern für die Schaffung der revolutionären internationalen Einheit 'auf neuen Grundlagen'.

2) Die Nationalitäten: Es gibt in der Plattform eine Bemühung, den 'Katalanismus' zu verlassen.

3) Die UdSSR und der Stalinismus: Seit dem Stalin-Laval-Pakt hat La Batalla offene Stellung bezogen im Sinne einer energischen Kritik.

4) Das Misstrauen und die 'Antipathie' gegenüber den 'Trotzkisten' haben der Sympathie Platz gemacht..."

Dies wie auch weitere Elemente der Programmatik lassen also die Auffassung einer Annäherung des BOC an die ICE durchaus gerechtfertigt erscheinen. Der einzig fehlende Punkt war die Frage der Internationale. Zwar hatte sich hier der BOC gegen II. und III. Internationale und für die Neuformierung der internationalen Arbeiterbewegung auf revolutionärer marxistischer Grundlage ausgesprochen, doch blieb die Resolution über den Beitritt zum Londoner Büro in der konkreten Aufgabenstellung unbestimmt. Aber wenn der BOC sich bereits in so vielen Punkten weiter entwickelt hatte, war nicht auch hier eine Entwicklung möglich? Solchen Überlegungen, wie sie aus den angeführten Äusserungen und Briefen Nins und Andrades herauszulesen sind, lässt sich auch die Plausibilität vor dem Hintergrund der Situation im Sommer und Herbst 1935 nicht absprechen.

Der unterschiedliche Charakter beider Organisationen, zum einen die Kaderorganisation auf einer festen theoretisch-programmatischen Grundlage und zum anderen die Massenorganisation auf einer viel vageren Programmatik mit verschiedenen Tendenzen, führte jedoch dazu, dass die neue Organisation keineswegs homogen war. Bezeichnend dafür war, dass ehemalige ICE-Mitglieder in der zentralen Presse der POUM eindeutig dominieren sollten. In diesem Bereich verfügte sie über die erfahreneren und geschulteren Kader, was auf der anderen Seite ein falsches Bild von der Verteilung der Kräfte in der Partei, ja sogar den Positionen schuf. Auf Seiten des BOC war es viel ausschliesslicher die Persönlichkeit Mauríns, die den Weg zur Fusion

bestimmte. Hier stand eher die Frage, ob die breite Basis des BOC die Grundlagen der neuen Partei assimilieren würde, oder ob es eine unausgesprochene Ablehnung gab. Aber auch die Gruppen der ICE hatten einen politischen Beitrag zur neuen Partei zu leisten: ebenfalls Masseneinfluss zu gewinnen, um so eine nationale Partei aufzubauen. Die spätere Entwicklung mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs weniger als ein Jahr darauf sollte sehr schnell zeigen, dass es zu dieser homogenen, auf klarer Grundlage arbeitenden Partei aus einer ganzen Reihe von Gründen schliesslich doch nicht mehr kam.

Auf jeden Fall begründete für beide Organisationen die Tatsache der programmatischen Annäherung den Zusammenschluss. Für die ICE wie für den BOC war so die Möglichkeit gegeben, eine nationale eigenständige Partei zu bilden. Die ICE wollte durch die nationale Organisation, wie Andrade schrieb, ein Korrektiv gegenüber einer bloss in Katalonien hergestellten Einheit bilden. Die Alternative, in die PSOE einzutreten, hätte ja gegenüber dem linken Flügel einen langfristigen Kampf um das eigene Programm bedeutet ohne sicheren Ausgang, auch angesichts der programmatisch-politischen Konfusion innerhalb des linken Flügels. (Allerdings steht auf einem anderen Blatt, ob sich die ICE mit dieser Selbstgenügsamkeit nicht doch Chancen beim linken Flügel der Sozialisten verbaute. In Anbetracht der sich zuspitzenden Situation hätte ein organisiertes politisches Auftreten die Entwicklung zumindest beeinflusst. Auf jeden Fall hatte so die KP ein leichtes Spiel und gewann vor allem die Sozialistische Jugend ohne Probleme. S.w.u.)

Für den BOC als Organisation mit Masseneinfluss, der aber regional beschränkt war, stellte sich besonders scharf die Frage der nationalen Ausdehnung. Dies war auch neben der Gewinnung qualifizierter Kader, Maurín verkürzte dies sogar ganz auf Nin, der Hauptgrund. Das Interne Bulletin des BOC wies darauf hin, dass die ICE vor allem dort vertreten sei, wo der BOC nicht oder fast nicht existierte, wie Madrid, Galizien, Extremadura, Sevilla, Bilbao, Santander.

"Die Fusion mit der Izquierda Comunista wird also die Kristallisierung der Ausdehnung über die Halbinsel sein, die der letzte Kongress unserer Partei beschloss."

Dies wird besonders bei der Zusammensetzung des Zentralkomitees deutlich. ICE-Mitglieder vertraten dort die verschiedenen Stützpunkte der

neuen Partei in Spanien, von denen aus starke Regionalorganisationen hätten aufgebaut werden können. Dies erklärt, warum verhältnismässig viele ICE-Mitglieder, verglichen mit ihrer zahlenmässigen Stärke und dazu noch mehrheitlich über ganz Spanien verstreut, dem Zentralkomitee angehörten. Auf jeden Fall unterstreicht das deutlich den Willen, mit der Fusion einen gewaltigen Schritt nach vorn im Aufbau einer revolutionären Partei auf gesamtspanischer Ebene zu machen.

Alles in allem waren aber durch den Fusionsprozess erst mehr Fragen gestellt als beantwortet worden. Die neue Partei musste ihren Charakter im wesentlichen erst noch durch ihre Entwicklung finden.

5. Frühe Kritische Theorie

Georg (ungarisch György) **Lukács** (Löwinger) (* 13. April 1885 in Budapest; † 4. Juni 1971 ebenda) war ein ungarischer Philosoph, Literaturwissenschaftler und -kritiker. Lukács trat 1918 der KP Ungarns bei, war während der ungarischen Räterepublik 1919 stellvertretender Volkskommissar für Unterrichtswesen in der Regierung von Béla Kun und 1948 Professor für Ästhetik und Kulturphilosophie in Budapest. Ursprünglich vom Neukantianismus (Emil Lask) sowie von Georg Simmel und Max Weber beeinflusst, war Lukács in seinen frühen philosophischen Schriften G.W.F. Hegel und Karl Marx in gleicher Weise verpflichtet und wandte sich später einem vom deutschen Idealismus geprägten Marxismus zu. Früh lernte er Ernst Bloch kennen.

Nach seiner Hinwendung zum Kommunismus fasste Lukács dieses Problem als das der Entfremdung. In diesem Sinn schlägt sein wirksamstes Werk »Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik« (1923) eine Brücke von der deutschen Klassik über Hegel zu Marx; es wurde zwar von der Partei abgelehnt, trug aber zur Linksorientierung der europäischen Intellektuellen in den 1920er-Jahren und zur Entwicklung des Neomarxismus entscheidend bei. Lukács selbst hat sich jedoch später deutlich von diesem Buch distanziert. Mit den unter dem Pseudonym Blum veröffentlichten Thesen, in denen Lukács (1928) den Gedanken einer demokratischen Diktatur formulierte, brachten er sich in Widerspruch zur KP und wurde zur Selbstkritik gezwungen.

Nach dem Scheitern der ungarischen Räterepublik floh Lukács über Wien und Berlin nach Moskau, wo er knapp den stalinistischen Säuberungen entging. 1944/45 nach Ungarn zurückgekehrt, geriet Lukács bald in Konflikt mit der KP. 1946 wurde Lukács Mitglied des ungarischen Parlaments. Er wurde einer der intellektuellen Führer des Petöfi-Klubs und damit des Budapester Aufstandes 1956. Er war Kultusminister der Regierung von Imre Nagy, mit dem er nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes verhaftet wurde. Seither war er verfeimt, seines Lehramtes enthoben, aus der Akademie ausgeschlossen. Seine Werke wurden nur noch in westeuropäischen Ländern gedruckt, wo sie erheblichen Einfluss v.a. auf die neue Linke gewannen.

Weitere wichtige Personen:

Karl Korsch, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Walter Benjamin

Die Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats

Quellenangabe; in Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewusstsein, Darmstadt und Neuwied 1968, S. 170-209.

I. Das Phänomen der Verdinglichung

I. Das Wesen der Warenstruktur ist bereits oft hervorgehoben worden, es beruht darauf, dass ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen Personen den Charakter einer Dinghaftigkeit und auf diese Weise »gespenstige Gegenständlichkeit« erhält, die in ihrer strengen, scheinbar völlig geschlossenen und rationellen Eigengesetzlichkeit jede Spur ihres Grundwesens, der Beziehung zwischen Menschen verdeckt. Wie zentral diese Fragestellung für die Ökonomie selbst geworden ist, welche Folgen das Verlassen dieses methodischen Ausgangspunktes für die ökonomischen Anschauungen des Vulgärmarxismus gezeigt hat, soll hier nicht untersucht werden. Hier soll bloss – bei *Voraussetzung* der Marxschen ökonomischen Analyse – auf jene Grundprobleme hingewiesen werden, die sich aus dem Fetischcharakter der Ware, als Gegenständlichkeitsform einerseits und aus dem ihr zugeordneten Subjektverhalten andererseits ergeben; deren Verständnis uns erst einen klaren Blick in die Ideologienprobleme des Kapitalismus und seines Unterganges ermöglicht.

Bevor jedoch das Problem selbst behandelt werden könnte, müssen wir darüber ins klare kommen, dass das Problem des Warenfetischismus ein *spezifisches* Problem unserer Epoche, des *modernen* Kapitalismus ist. Warenverkehr und dementsprechend subjektive und objektive Warenbeziehungen hat es bekanntlich schon auf sehr primitiven Entwicklungsstufen der Gesellschaft gegeben. Worauf es *hier* ankommt, ist: wieweit der Warenverkehr und seine strukturellen Folgen das *ganze* äussere wie innere Leben der Gesellschaft zu beeinflussen fähig sind. Die Frage also, wieweit der Warenverkehr die herrschende Form des Stoffwechsels einer Gesellschaft ist, lässt sich nicht – den modernen, bereits unter dem Einfluss der herrschenden Warenform verdinglichten Denkgewohnheiten entsprechend – einfach als quantitative Frage behandeln. Der Unterschied zwischen einer Gesellschaft, in der die Warenform die herrschende, alle Lebensäusserungen entscheidend beeinflussende Form ist, und zwischen einer, in der sie nur episodisch

auftritt, ist vielmehr ein qualitativer Unterschied. Denn sämtliche subjektiven wie objektiven Erscheinungen der betreffenden Gesellschaften erhalten diesem Unterschied gemäss qualitativ verschiedene Gegenständlichkeitsformen. Marx betont diesen episodischen Charakter der Warenform für die primitive Gesellschaft sehr scharf:¹ »Der unmittelbare Tauschhandel, die naturwüchsige Form des Austauschprozesses, stellt viel mehr die beginnende Umwandlung der Gebrauchswerte in Waren als die der Waren in Geld dar. Der Tauschwert erhält keine freie Gestalt, sondern ist noch unmittelbar an den Gebrauchswert gebunden. Es zeigt sich dies doppelt. Die Produktion selbst in ihrer ganzen Konstruktion ist gerichtet auf Gebrauchswert, nicht auf Tauschwert, und es ist daher nur durch ihren Überschuss über das Mass, worin sie für die Konsumtion erheischt sind, dass die Gebrauchswerte hier aufhören, Gebrauchswerte zu sein und Mittel des Austausches werden, Ware. Andererseits werden sie Waren selbst nur innerhalb der Grenzen des unmittelbaren Gebrauchswerts, wenn auch polarisch verteilt, so dass die von den Warenbesitzern auszutauschenden Waren für beide Gebrauchswerte sein müssen, aber jeder Gebrauchswert für ihren Nichtbesitzer. In der Tat erscheint der Austauschprozess von Waren ursprünglich nicht im Schoos der naturwüchsigen Gemeinwesen, sondern da, wo sie aufhören, an ihren Grenzen, den wenigen Punkten, wo sie in Kontakt mit anderen Gemeinwesen treten. Hier beginnt der Tauschhandel, und schlägt von da ins Innere des Gemeinwesens zurück, auf das er zersetzend wirkt.« Wobei die Feststellung der zersetzenden Wirkung des nach innen gewendeten Warenverkehrs ganz deutlich auf die qualitative Wendung, die aus der Herrschaft der Ware entspringt, hinweist. Jedoch auch dieses Einwirken auf das Innere des Gesellschaftsaufbaues reicht nicht hin, um die Warenform zur konstitutiven Form einer Gesellschaft zu machen. Dazu muss sie – wie oben betont wurde – sämtliche Lebensäusserungen der Gesellschaft durchdringen und nach ihrem Ebenbilde umformen, nicht bloss an sich von ihr unabhängige, auf Produktion von Gebrauchswerten gerichtete Prozesse äusserlich verbinden. Der qualitative Unterschied zwischen Ware als einer Form (unter vielen) des gesellschaftlichen Stoffwechsels der Menschen und zwischen Ware als universeller Form der Gestaltung der Gesellschaft zeigt sich aber nicht bloss darin, dass die Warenbeziehungen als Einzelerscheinungen einen höchstens negativen Einfluss auf den Auf-

bau und auf die Gliederung der Gesellschaft ausübt, sondern dieser Unterschied wirkt zurück auf Art und Geltung der Kategorie selbst. Die Warenform zeigt als universelle Form auch an sich betrachtet ein anderes Bild wie als partikulares, vereinzelter, nicht herrschendes Phänomen. Dass die Übergänge auch hier fließende sind, darf aber den qualitativen Charakter des entscheidenden Unterschiedes nicht verdecken. So hebt Marx als Kennzeichen des nicht herrschenden Warenverkehrs hervor²: »Das quantitative Verhältnis, worin sich Produkte austauschen, ist zunächst ganz zufällig. Sie nehmen sofern Warenformen an, dass sie überhaupt Austauschbare, d.h. Ausdrücke desselben Dritten sind. Der fortgesetzte Austausch und die regelmässige Reproduktion für den Austausch hebt diese Zufälligkeit mehr und mehr auf. Zunächst aber nicht für die Produzenten und Konsumenten, sondern für den Vermittler zwischen beiden, den Kaufmann, der die Geldpreise vergleicht und die Differenz einsteckt. Durch diese Bewegung selbst setzt er die Äquivalenz. Das Handelskapital ist im Anfang bloss die vermittelnde Bewegung zwischen Extremen, die es nicht beherrscht, und Voraussetzungen, die es nicht schafft.« Und *diese* Entwicklung der Warenform zur wirklichen Herrschaftsform der gesamten Gesellschaft ist erst in dem modernen Kapitalismus entstanden. Darum ist es nicht weiter verwunderlich, dass der Personalcharakter der ökonomischen Beziehungen noch zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung manchmal relativ klar durchschaut wurde, dass aber, je weiter die Entwicklung fortschritt, je kompliziertere und vermittelte Formen entstanden sind, ein Durchschauen dieser dinglichen Hülle seltener und schwerer geworden ist. Nach Marx liegt die Sache so³: »In früheren Gesellschaftsformen tritt diese ökonomische Mystifikation nur ein hauptsächlich in bezug auf das Geld und das zinstragende Kapital. Sie ist der Natur der Sache nach ausgeschlossen, erstens wo die Produktion für den Gebrauchswert, für den unmittelbaren Selbstbedarf vorwiegt; zweitens, wo, wie in der antiken Zeit und im Mittelalter, Sklaverei oder Leibeigenschaft die breite Basis der gesellschaftlichen Produktion bildet: die Herrschaft der Produktionsbedingungen über die Produzenten ist hier versteckt durch die Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse, die als unmittelbare Triebfedern des Produktionsprozesses erscheinen und sichtbar sind.«

Denn nur als Universalkategorie des gesamten gesellschaftlichen Seins ist die Ware in ihrer unverfälschten Wesensart begreifbar. Erst in

diesem Zusammenhang gewinnt die durch das Warenverhältnis entstandene Verdinglichung eine entscheidende Bedeutung sowohl für die objektive Entwicklung der Gesellschaft wie für das Verhalten der Menschen in ihr; für das Unterworfenwerden ihres Bewusstseins den Formen, in denen sich diese Verdinglichung ausdrückt; für die Versuche, diesen Prozess zu begreifen oder sich gegen seine verheerenden Wirkungen aufzulehnen, sich von dieser Knechtschaft unter der so entstandenen »zweiten Natur« zu befreien. Marx beschreibt das Grundphänomen der Verdinglichung folgendermassen⁴: »Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, dass sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere der Arbeitsprodukte selbst als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein ausser ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. Durch dies quid pro quo werden die Arbeitsprodukte Waren, sinnlich übersinnliche oder gesellschaftliche Dinge... Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.«

An dieser strukturellen Grundtatsache ist vor allem festzuhalten, dass durch sie dem Menschen seine eigene Tätigkeit, seine eigene Arbeit als etwas Objektives, von ihm Unabhängiges, ihn durch menschenfremde Eigengesetzlichkeit Beherrschendes gegenübergestellt wird. U. z. geschieht dies sowohl in objektiver wie in subjektiver Hinsicht. Objektiv, indem eine Welt von fertigen Dingen und Dingbeziehungen entsteht (die Welt der Waren und ihrer Bewegungen auf dem Markte), deren Gesetze zwar allmählich von den Menschen erkannt werden, die aber auch in diesem Falle ihnen als unbezwingbare, sich von selbst auswirkende Mächte gegenüberstehen. Ihre Erkenntnis kann also zwar von Individuum zu seinem Vorteil ausgenutzt werden, ohne dass es ihm auch dann gegeben wäre, durch seine Tätigkeit eine verändernde Einwirkung auf den realen Ablauf selbst auszuüben. Subjektiv, indem – bei vollendeter Warenwirtschaft – die Tätigkeit des Menschen sich ihm selbst gegenüber objektiviert, zur Ware wird, die der menschenfremden Objektivität von gesellschaftlichen Naturgesetzen unterworfen, ebenso unabhängig vom Menschen ihre Bewegungen vollziehen muss, wie irgendein zum Warending gewordenes Gut der Bedarfsbefriedigung. »Was also die kapitalistische Epoche charakterisiert,« sagt Marx⁵, »ist, dass die Ar-

beitskraft für den Arbeiter selbst die Form einer ihm gehörigen Ware... erhält. Andererseits verallgemeinert sich erst in diesem Augenblick die Warenform der Arbeitsprodukte.«

Die Universalität der Warenform bedingt also sowohl in subjektiver wie in objektiver Hinsicht eine Abstraktion der menschlichen Arbeit, die sich in den Waren vergegenständlicht. (Andererseits ist wiederum ihre historische Möglichkeit von dem realen Vollzug dieses Abstraktionsprozesses bedingt.) Objektiv, indem die Warenform als Form der Gleichheit, der Austauschbarkeit qualitativ verschiedener Gegenstände nur dadurch möglich wird, dass sie – *in dieser* Beziehung, in der sie freilich erst ihre Gegenständlichkeit als Waren erhalten – als formal gleich aufgefasst werden. Wobei das Prinzip ihrer formalen Gleichheit nur auf ihr Wesen als Produkte der abstrakten (also formal gleichen) menschlichen Arbeit begründet sein kann. Subjektiv, indem diese formale Gleichheit der abstrakten menschlichen Arbeit nicht nur der gemeinsame Nenner ist, auf den die verschiedenen Gegenstände in der Waren-beziehung reduziert werden, sondern zum realen Prinzip des tatsächlichen Produktions-prozesses der Waren wird. Es kann hier selbstredend nicht unsere Absicht sein, diesen Prozess, die Entstehung des modernen Arbeitsprozesses, des vereinzelter, »freien« Arbeiters, der Arbeitsteilung usw. noch so skizzenhaft zu schildern. Hier kommt es nur darauf an, festzustellen, dass die abstrakte, gleiche, vergleichbare, die an der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit mit stets zunehmender Exaktheit messbare Arbeits-teilung zugleich als Produkt und als Voraussetzung der kapitalistischen Produktion erst im Laufe ihrer Entwicklung entsteht; also erst im Laufe dieser Entwicklung zu einer gesellschaftlichen Kategorie wird, die die Gegenständlichkeitsform sowohl der Objekte wie der Subjekte der so entstehenden Gesellschaft, ihrer Beziehung zur Natur, der in ihr möglichen Beziehungen der Menschen zueinander entscheidend beeinflusst⁶. Verfolgt man den Weg, den die Entwicklung des Arbeitsprozesses vom Handwerk über Kooperation, Manufaktur zur Maschinen-industrie zurücklegt, so zeigt sich dabei eine ständig zunehmende Rationalisierung, eine immer stärkere Ausschaltung der qualitativen, menschlich-individuellen Eigenschaften des Arbeiters. Einerseits, indem der Arbeitsprozess in stets wachsender Masse in abstrakt rationelle Teiloperationen zerlegt wird, wodurch die Beziehung des Arbeiters zum Produkt als Ganzem zerrissen und seine Arbeit auf eine sich mecha-

nisch wiederholende Spezialfunktion reduziert wird. Andererseits, indem in und infolge dieser Rationalisierung die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die Grundlage der rationellen Kalkulation, zuerst als bloss empirisch erfassbare, durchschnittliche Arbeitszeit, später durch immer stärkere Mechanisierung und Rationalisierung des Arbeitsprozesses als objektiv berechenbares Arbeitspensum, das dem Arbeiter in fertiger und abgeschlossener Objektivität gegenübersteht, hervorgebracht wird. Mit der modernen, »psychologischen« Zerlegung des Arbeitsprozesses (Taylor-System) ragt diese rationelle Mechanisierung bis in die »Seele« des Arbeiters hinein: selbst seine psychologischen Eigenschaften werden von seiner Gesamtpersönlichkeit abgetrennt, ihr gegenüber objektiviert, um in rationelle Spezialsysteme eingefügt und hier auf den kalkulatorischen Begriff gebracht werden zu können⁷.

Für uns ist das *Prinzip*, das hierbei zur Geltung gelangt, am wichtigsten: das Prinzip der auf Kalkulation, auf *Kalkulierbarkeit* eingestellten Rationalisierung. Die entscheidenden Veränderungen, die dabei an Subjekt und Objekt des Wirtschaftsprozesses vollzogen werden, sind folgende: Erstens erfordert die Berechenbarkeit des Arbeitsprozesses ein Brechen mit der organisch-irrationellen, stets qualitativ bedingten Einheit des Produkts selbst. Rationalisierung im Sinne des immer exakteren Vorherberechnens aller zu erzielenden Resultate ist nur erreichbar durch genaueste Zerlegung eines jeden Komplexes in seine Elemente, durch Erforschung der speziellen Teilgesetze ihrer Hervorbringung. Sie muss also einerseits mit dem organischen, auf *traditioneller Verknüpfung empirischer Arbeits-erfahrungen* basierten Hervorbringen ganzer Produkte brechen: Rationalisierung ist undenkbar ohne Spezialisierung⁸. Das einheitliche Produkt als Gegenstand des Arbeitsprozesses verschwindet. Der Prozess wird zu einer objektiven Zusammenfassung rationalisierter Teilsysteme, deren Einheit rein kalkulatorisch bestimmt ist, welche also einander gegenüber als *zufällig* erscheinen müssen. Die rationell-kalkulatorische Zerlegung des Arbeitsprozesses vernichtet die organische Notwendigkeit der aufeinander bezogenen und im Produkt zur Einheit verbundenen Teiloperationen. Die Einheit des Produktes als Ware fällt nicht mehr mit seiner Einheit als Gebrauchswert zusammen: die technische Verselbständigung der Teilmanipulationen ihres Entstehens drückt sich bei Durchkapitalisierung der Gesellschaft auch ökonomisch als Verselb-

ständigung der Teiloperationen, als wachsende Relativierung des Warencharakters eines Produktes auf den verschiedenen Stufen seines Hervorbringens aus⁹. Wobei mit dieser Möglichkeit eines raum-zeitlichen usw. Auseinanderreissens der Produktion eines Gebrauchswertes die raum-zeitliche usw. Verknüpfung von Teilmanipulationen, die wiederum auf ganz heterogene Gebrauchswerte bezogen sind, Hand in Hand zu gehen pflegt.

Zweitens bedeutet dieses Zerreißen des Objektes der Produktion notwendig zugleich das Zerreißen seines Subjektes. Infolge der Rationalisierung des Arbeitsprozesses erscheinen die menschlichen Eigenschaften und Besonderheiten des Arbeiters immer mehr *als blosse Fehlerquellen* dem rationell vor-herberechneten Funktionieren dieser abstrakten Teilgesetze gegenüber. Der Mensch erscheint weder objektiv noch in seinem Verhalten zum Arbeitsprozess als dessen eigentlicher Träger, sondern er wird als mechanisierter Teil in ein mechanisches System eingefügt, das er fertig und in völliger Unabhängigkeit von ihm funktionierend vorfindet, dessen Gesetzen er sich willenlos zu fügen hat¹⁰.

Diese Willenlosigkeit steigert sich noch dadurch, dass mit zunehmender Rationalisierung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses die Tätigkeit des Arbeiters immer stärker ihren Tätigkeitscharakter verliert und zu einer *kontemplativen* Haltung wird¹¹. Das kontemplative Verhalten einem mechanisch-gesetzmässigen Prozess gegenüber, der sich unabhängig vom Bewusstsein, unbeeinflussbar von einer menschlichen Tätigkeit abspielt, sich also als fertiges geschlossenes System offenbart, verwandelt auch die Grundkategorien des unmittelbaren Verhaltens der Menschen zur Welt: es bringt Raum und Zeit auf einen Nenner, nivelliert die Zeit auf das Niveau des Raumes. »Durch die Unterordnung des Menschen unter die Maschine«, sagt Marx¹², entsteht der Zustand, »dass die Menschen gegenüber der Arbeit verschwinden, dass der Pendel der Uhr der genaue Messer für das Verhältnis der Leistungen zweier Arbeiter geworden, wie er es für die Schnelligkeit zweier Lokomotiven ist. So muss es nicht mehr heissen, dass eine (Arbeits-)Stunde eines Menschen gleichkommt einer Stunde eines anderen Menschen, sondern dass vielmehr ein Mensch während einer Stunde so viel wert ist wie ein anderer Mensch während einer Stunde. Die Zeit ist alles, der Mensch ist nichts mehr, er ist höchstens noch die Verkörperung der Zeit. Es handelt sich nicht mehr um die Qualität. Die

Quantität allein entscheidet alles: Stunde gegen Stunde, Tage gegen Tag...« Die Zeit verliert damit ihren qualitativen, veränderlichen, flussartigen Charakter: sie erstarrt zu eine genau umgrenzten, quantitativ messbaren, von quantitativ messbaren »Dingen« (den verdinglichten, mechanischen objektivierten, von der menschlichen Gesamtpersönlichkeit genau abgetrennten »Leistungen« des Arbeiters) erfüllten Kontinuum: zu einem Raum¹³. In dieser abstrakten, genau messbaren, zum physikalischen Raum gewordenen Zeit als Umwelt, die zugleich Voraussetzung und Folge der wissenschaftlich-mechanisch zerlegten und spezialisierten Hervorbringung des Arbeitsobjektes ist, müssen die Subjekte ebenfalls dementsprechend rationell zerlegt werden. Einerseits, indem ihre mechanisierte Teilarbeit, die Objektivierung ihrer Arbeitskraft ihrer Gesamtpersönlichkeit gegenüber, die bereits durch den Verkauf dieser Arbeitskraft als Ware vollzogen wurde, zur dauernden und unüberwindbaren Alltagswirklichkeit gemacht wird, so dass die Persönlichkeit auch hier zum einflusslosen Zuschauer dessen wird, was mit seinem eigenen Dasein, als isoliertem, in ein fremdes System eingefügtem Teilchen geschieht. Andererseits zerreisst die mechanisierende Zerlegung des Produktionsprozesses auch jene Bande, die die einzelnen Subjekte der Arbeit bei »organischer« Produktion zu einer Gemeinschaft verbunden haben. Die Mechanisierung der Produktion macht aus ihnen auch in dieser Hinsicht isoliert abstrakte Atome, die nicht mehr unmittelbar-organisch, durch ihre Arbeitsleistungen zusammengehören, deren Zusammenhang vielmehr in stets wachsendem Masse ausschliesslich von den abstrakten Gesetzmässigkeiten des Mechanismus, dem sie eingefügt sind, vermittelt sind.

Eine solche Wirkung der inneren Organisationsform des industriellen Betriebes wäre aber – auch innerhalb des Betriebes – unmöglich, wenn sich in ihr nicht der Aufbau der ganzen kapitalistischen Gesellschaft konzentriert offenbaren würde. Denn Unterdrückung, bis ins äusserste gehende, jeder Menschenwürde spottende Ausbeutung haben auch die vorkapitalistischen Gesellschaften gekannt: selbst Massenbetriebe mit mechanisch gleichförmiger Arbeit, wie z.B. die Kanalbauten in Ägypten und Vorderasien, die Bergwerke Roms usw.¹⁴. Die Massenarbeit konnte dort aber einerseits nirgends zur *rationell mechanisierten* Arbeit werden, andererseits blieben die Massenbetriebe isolierte Erscheinungen innerhalb eines anders (naturwüchsig) produzierenden und dementsprechend lebenden Gemein-

wesens. Die auf diese Weise ausgebeuteten Sklaven standen deshalb ausserhalb der in Betracht kommenden »menschlichen« Gesellschaft, ihr Schicksal konnte für ihre Zeitgenossen, selbst für die grössten und edelsten Denker, nicht als menschliches Schicksal, nicht als das Schicksal von Menschen erscheinen. Mit der Universalität der Warenkategorie ändert sich dieses Verhältnis radikal und qualitativ. Das Schicksal der ganzen Gesellschaft; ist ja die Allgemeinheit dieses Schicksals die Voraussetzung dafür, dass der Arbeitsprozess der Betriebe sich in dieser Richtung gestalten. Denn die rationelle Mechanisierung des Arbeitsprozesses wird nur möglich, wenn der »freie« Arbeiter entstanden ist, der seine Arbeitskraft als ihm »gehörende« Ware, als ein Ding, das er »besitzt«, frei am Markte zu verkaufen instand gesetzt wird. Solange dieser Prozess erst im Entstehen begriffen ist, sind zwar die Mittel der Auspressung der Mehrarbeit offenkundig-brutaler als die der späteren, entwickelteren Stadien, der Verdinglichungsprozess der Arbeit selbst, also auch der des Bewusstseins des Arbeiters ist aber dennoch viel weniger fortgeschritten. Hierzu ist unbedingt notwendig, dass die gesamte Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft sich in der Form des Warenverkehrs abspiele. Die Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln, die Auflösung und Zersetzung aller urwüchsigen Produktionseinheiten usw., alle ökonomisch-sozialen Voraussetzungen der Entstehung des modernen Kapitalismus wirken in dieser Richtung: rationell verdinglichte Beziehungen an Stelle der urwüchsigen, die menschlichen Verhältnisse unverhüllt zeigen zu setzen. »Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten«, sagt Marx¹⁵ über die vorkapitalistischen Gesellschaften, »erscheinen jedenfalls als ihre eigenen persönlichen Verhältnisse, und sind nicht verkleidet in gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen, der Arbeitsprodukte.« Dies bedeutet aber, dass das Prinzip der rationellen Mechanisierung und Kalkulierbarkeit sämtliche Erscheinungsformen des Lebens erfassen muss. Die Gegenstände der Bedürfnisbefriedigung erscheinen nicht mehr als Produkte des organischen Lebensprozesses einer Gemeinschaft (wie z.B. in einer Dorfgemeinde), sondern einerseits als abstrakte Gattungsexemplare, die von anderen Exemplaren ihrer Gattung prinzipiell nicht verschieden sind, andererseits als isolierte Objekte, der Haben oder Nichthaben von rationellen Kalkulationen abhängig ist. Erst indem das ganze Leben der Gesellschaft auf diese Weise in isolierte Tauschakte von Waren pulverisiert wird, kann der »freie« Arbeiter entste-

hen; zugleich muss sein Schicksal zu dem typischen Schicksal der ganzen Gesellschaft werden.

Freilich ist die so entstehende Isolierung und Atomisierung ein blosser Schein. Die Bewegung der Waren am Markte, das Entstehen ihres Wertes, mit einem Wort der reale Spielraum einer jeden rationellen Kalkulation ist nicht nur strengen Gesetzen unterworfen, sondern setzt als Grundlage der Kalkulation eine strenge Gesetzmässigkeit alles Geschehens voraus. Diese Atomisierung des Individuums ist also nur der bewusstmässige Reflex dessen, dass die »Naturgesetze« der kapitalistischen Produktion sämtlicher Lebensäusserungen der Gesellschaft erfasst haben, dass – zum ersten Male in der Geschichte – die ganze Gesellschaft, wenigstens der Tendenz nach, einem einheitlichen Wirtschaftsprozess untersteht, dass das Schicksal aller Glieder der Gesellschaft von einheitlichen Gesetzen bewegt wird. (Während die organischen Einheiten der vorkapitalistischen Gesellschaften ihren Stoffwechsel voneinander weitgehendst unabhängig vollzogen haben.) Aber dieser Schein ist als Schein notwendig; d.h. die unmittelbare, praktische wie gedankliche Auseinandersetzung des Individuums mit der Gesellschaft, die unmittelbare Produktion und Reproduktion des Lebens – wobei für das Individuum die Warenstruktur aller »Dinge« und die »Naturgesetzmässigkeit« ihrer Beziehungen etwas fertig Vorgefundenes, etwas unaufhebbar Gegebenes ist – kann sich nur in dieser Form der rationellen und isolierten Tauschakte zwischen isolierten Warenbesitzern abspielen. Wie betont, muss der Arbeiter sich selbst als »Besitzer« seiner Arbeitskraft als Ware vorstellen. Seine spezifische Stellung liegt darin, dass diese Arbeitskraft sein einziger Besitz ist. An seinem Schicksal ist für den Aufbau der ganzen Gesellschaft typisch, dass diese Selbstobjektivierung, dieses Zur-Ware-Werden einer Funktion des Menschen, den entmenschten und entmenschlichenden Charakter der Warenbeziehung in der grössten Prägnanz offenbaren.

2. Diese rationelle Objektivierung verdeckt vor allem – den qualitativen und materiellen – unmittelbaren Dingcharakter aller Dinge. Indem die Gebrauchswerte ausnahmslos als Waren erscheinen, erhalten sie eine neue Objektivität, eine neue Dinghaftigkeit, die sie zur Zeit des blossen gelegentlichen Tausches nicht gehabt haben, in der ihre ursprüngliche, eigentliche Dinghaftigkeit vernichtet wird, verschwindet »Das Privateigentum«, sagt Marx¹⁶ »entfremdet nicht nur die Individualität der Menschen, sondern auch die der

Dinge. Der Grund und Boden hat nichts mit der Grundrente, die Maschine nichts mit dem Profit zu tun. Für den Grundbesitzer hat der Grund und Boden nur die Bedeutung der Grundrente, er verpachtet seine Grundstücke und zieht die Rente ein; eine Eigenschaft, die der Boden verlieren kann, ohne z.B. einen Teil seiner Fruchtbarkeit zu verlieren, eine Eigenschaft, deren Mass, ja deren Existenz von gesellschaftlichen Verhältnissen abhängt, die ohne Zutun des einzelnen Grundbesitzers gemacht und aufgehoben werden. Ebenso mit der Maschine.« Wird also selbst der einzelne Gegenstand dem der Mensch als Produzent oder Konsument unmittelbar gegenübersteht, durch seinen Warencharakter in seiner Gegenständlichkeit entstellt, so muss sich dieser Prozess einleuchtenderweise desto mehr steigern, je vermittelter die Beziehungen sind, die der Mensch in seiner gesellschaftlichen Tätigkeit zu den Gegenständen als Objekten des Lebensprozesses stiftet. Es kann hier selbstredend unmöglich der ganze ökonomische Aufbau des Kapitalismus zergliedert werden. Es muss die Feststellung genügen, dass die Entwicklung des modernen Kapitalismus nicht nur die Produktionsverhältnisse nach seinen Bedürfnissen umwandelt, sondern auch jene Formen des primitiven Kapitalismus, die in vorkapitalistischen Gesellschaften ein isoliertes, von der Produktion abgetrenntes Dasein geführt haben, in sein Gesamtsystem einfügt, sie zu Gliedern des nunmehr einheitlichen Durchkapitalisierungsprozesses der ganzen Gesellschaft macht. (Kaufmannskapital, Rolle des Geldes als Schatz bzw. als Geldkapital usw.) Diese Formen des Kapitals sind zwar objektiv dem eigentlichen Lebensprozess des Kapitals, der Ausprägung des Mehrwerts in der Produktion selbst untergeordnet, sind also nur aus dem Wesen des industriellen Kapitalismus begreifbar, sie erscheinen aber, im Bewusstsein des Menschen der bürgerlichen Gesellschaft, als die reinen, eigentlichen, unverfälschten Formen des Kapitals. Gerade weil in ihnen die in der unmittelbaren Warenbeziehung verborgenen Beziehungen der Menschen zueinander und zu den wirklichen Objekten ihrer realen Bedürfnisbefriedigung zur vollen Unwahrnehmbarkeit und Unkenntlichkeit verblässen, müssen sie für das verdinglichte Bewusstsein zu den wahren Repräsentanten seines gesellschaftlichen Lebens werden. Der Warencharakter der Ware, die abstrakt-quantitative Form der Kalkulierbarkeit erscheint hier in seiner reinsten Gestalt: sie wird also für das verdinglichte Bewusstsein notwendigerweise zur Erscheinungsform seiner eigentlichen Unmittelbarkeit, über es – als verdinglichtes Bewusst-

sein – gar nicht hinauszugehen trachtet; die es vielmehr durch »wissenschaftliche Vertiefung« der hier erfassbaren Gesetzmässigkeiten festzuhalten, ewig zu machen bestrebt ist. So wie das kapitalistische System sich ökonomisch fortwährend auf erhöhter Stufe produziert und reproduziert, so senkt sich im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus die Verdinglichungsstruktur immer tiefer, schicksalhafter und konstitutiver in das Bewusstsein der Menschen hinein. Marx schildert diese Potenzierung der Verdinglichung oft in sehr eindringlicher Weise. Es sei hier ein Beispiel angeführt¹⁷: »Im zinstragenden Kapital ist daher dieser automatische Fetisch rein herausgearbeitet, der sich selbst verwertende Wert, Geld heckendes Geld, und trägt es in dieser Form keine Narben seiner Entstehung mehr. Das gesellschaftliche Verhältnis ist vollendet als Verhältnis eines Dinges, des Geldes zu sich selbst. Statt der wirklichen Verwandlung von Geld in Kapital zeigt sich hier nur ihre inhaltlose Form ... Es wird ganz so Eigenschaft des Geldes, Wert zu schaffen, Zins abzuwerfen, wie die eines Birnbaums, Birnen zu tragen. Und als solches zinstragendes Ding verkauft der Geldverleiher sein Geld. Damit nicht genug. Das wirklich fungierende Kapital, wie gesehen, stellt sich selbst so dar, dass es den Zins, nicht als fungierendes Kapital, sondern als Kapital an sich, als Geldkapital, abwirft. Es verdreht sich auch dies: Während der Zins nur ein Teil des Profits ist, d. h. des Mehrwerts, den der fungierende Kapitalist dem Arbeiter auspresst, erscheint jetzt umgekehrt der Zins als die eigentlich Frucht des Kapitals, als das Ursprüngliche, und der Profit, nun in die Form des Unternehmergewinns verwandelt, als blosses im Reproduktionsprozess hinzukommendes Akzessorium und Zutat. Hier ist die Fetischgestalt des Kapitals und die Vorstellung vom Kapitalfetisch fertig. In G-G' haben wir die begriffslose Form des Kapitals, die Verkehrung und Versachlichung der Produktionsverhältnisse in der höchsten Potenz: Zinstragende Gestalt, die einfache Gestalt des Kapitals, worin es seinem eigenen Reproduktionsprozess vorausgesetzt ist; Fähigkeit des Geldes resp. der Ware, ihren eigenen Wert zu verwerten, unabhängig von der Reproduktion – die Kapitalismystifikation in der grellsten Form. Für die Vulgärökonomie, die das Kapital als selbständige Quelle des Werts, der Wertschöpfung darstellen will, ist natürlich diese Form ein gefundenes Fressen, eine Form, worin die Quelle des Profits nicht mehr erkenntlich, und worin das Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses – getrennt vom Prozess selbst – ein selbständiges Dasein erhält.«

Und genauso wie die Ökonomie des Kapitalismus in dieser ihrer selbst geschaffenen Unmittelbarkeit stehen bleibt, so auch die bürgerlichen Versuche, sich das ideologische Phänomen der Verdinglichung bewusst zu machen. Sogar Denker, die das Phänomen selbst keineswegs verleugnen oder verwischen wollen, ja mit seinen menschlich verheerenden Wirkungen mehr oder weniger im klaren sind, bleiben bei der Analyse der Unmittelbarkeit der Verdinglichung stehen und machen keinen Versuch, von den objektiv abgeleiteten, vom eigentlichen Lebensprozess des Kapitalismus entferntesten, also von den am meisten veräusserlichten und entleerten Formen zu dem Urphänomen der Verdinglichung vorzudringen. Ja sie lösen diese entleerten Erscheinungsformen von ihrem kapitalistischen Naturboden ab, verselbständigen und verewigen sie als einen zeitlosen Typus menschlicher Beziehungsmöglichkeiten überhaupt. (Am deutlichsten zeigt sich diese Tendenz in dem in Einzelheiten sehr interessanten und scharf-sinnigen Buch Simmels »Die Philosophie des Geldes«.) Sie geben eine blosser Beschreibung dieser »verzauberten, verkehrten und auf den Kopf gestellten Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als blosser Dinge ihren Spuk treiben«¹⁸. Sie kommen aber damit über die blosser Beschreibung nicht hinaus, und ihre »Vertiefung« des Problems dreht sich im Kreise um die äusserlichen Erscheinungsformen der Verdinglichung.

Diese Ablösung der Phänomene der Verdinglichung vom ökonomischen Grund ihrer Existenz, von der Grundlage ihrer wahren Begreifbarkeit wird noch dadurch erleichtert, dass dieser Umwandlungsprozess sämtliche Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens erfassen muss, wenn die Voraussetzungen für das restlose Sich-auswirken der kapitalistischen Produktion erfüllt werden sollen. So hat die kapitalistische Entwicklung ein ihren Bedürfnissen entsprechendes, ein sich ihrer Struktur strukturell anschmiegendes Recht, einen entsprechenden Staat usw. geschaffen. Die strukturelle Ähnlichkeit ist in der Tat so gross, dass sie von allen wirklich klarblickenden Historikern des modernen Kapitalismus festgestellt werden musste. So beschreibt z. B. Max Weber¹⁹ das Grundprinzip dieser Entwicklung folgendermassen: »Beide sind vielmehr im Grundwesen ganz gleichartig. Ein »Betrieb« ist der moderne Staat, gesellschaftswissenschaftlich angesehen, ebenso wie eine Fabrik: das ist gerade das ihm historisch Spezifische. Und

gleichartig bedingt ist auch das Herrschaftsverhältnis innerhalb des Betriebes hier und dort. Wie die relative Selbständigkeit des Handwerkers oder Hausindustriellen, des grundherrlichen Bauern, des Kommandatars, des Ritters und Vassallen darauf beruhte, dass er selbst Eigentümer der Werkzeuge, der Vorräte, der Geldmittel, der Waffen war, mit deren Hilfe er seiner ökonomischen, politischen, militärischen Funktion nachging und von denen er während deren Ableistung lebte, so beruht hierauf die hierarchische Abhängigkeit des Arbeiters, Kommis, technischen Angestellten, aka-demischen Institutsassistenten und des staatlichen Beamten und Soldaten ganz gleichmässig darauf: dass jene für den Betrieb und die ökonomischen Existenz un-entbehrlichen Werkzeuge, Vorräte und Geldmittel in der Verfügungsgewalt, im einen Fall: des Unternehmers, im anderen: des politischen Herrn konzentriert sind.« Und er fügt auch – sehr richtig – zu dieser Beschreibung den Grund und den sozialen Sinn des Phänomens hinzu: »Der moderne kapitalistische Betrieb ruht innerlich vor allem auf der *Kalkulation*. Er braucht für seine Existenz eine Justiz und Verwaltung, deren Funktionieren wenigstens im Prinzip ebenso auf festen generellen Normen *rational kalkuliert* werden kann, wie man die voraussichtliche Leistung *einer Maschine* kalkuliert. Er kann sich mit ... dem Judizieren nach dem Billigkeitsempfinden des Richters im *Einzelfall* oder nach anderen irrationalen Rechtsfindungsmitteln und Prinzipien ... ebenso wenig befreunden wie mit der patriarchalen, nach freier Willkür und Gnade und im übrigen nach unverbrüchlich heiliger, aber irrationaler Tradition verfahrenen Verwaltung ... Was dem *modernen* Kapitalismus im Gegensatz zu jenen uralten Formen kapitalistischen Erwerbs spezifisch ist: die streng rationale *Organisation der Arbeit* auf dem Boden *rationaler Technik* ist *nirgends* innerhalb derartig irrational konstruierter Staatswesen entstanden und konnte dort auch nie entstehen. Denn dazu sind diese modernen Betriebsformen mit ihrem stehenden Kapital und ihrer exakten Kalkulation gegen Irrationalitäten des Rechts und der Verwaltung viel zu empfindlich. Sie konnten da entstehen, wo ... der Richter, wie im bürokratischen Staat mit seinen rationalen Gesetzen mehr oder minder ein Paragraphenautomat ist, in welchen man oben die Akten nebst den Kosten und Gebühren hineinwirft, auf dass er unten das Urteil nebst den mehr oder minder stichhaltigen Gründen ausspeie: - dessen Funktionieren also jedenfalls im grossen und ganzen *kalkulierbar* ist.«

Der Prozess, der hier vor sich geht, ist also sowohl in seinen Motiven wie in seinen Auswirkungen der oben angedeuteten ökonomischen Entwicklung nahe verwandt. Auch hier vollzieht sich ein Bruch mit den empirischen, irrationellen, auf Traditionen beruhenden, subjektiv auf den handelnden Menschen, objektiv auf die konkrete Materie zugeschnittenen Methoden von Rechtsprechung, Verwaltung, usw. Es entsteht eine rationelle Systematisation aller rechtlichen Regulierungen des Lebens, einerseits, wenigstens der Tendenz nach, ein geschlossenes und auf alle irgend möglichen und denkbaren Fälle beziehbares System vorstellt. Ob nun dieses System auf rein logischem Wege, auf dem Wege der rein juristischen Dogmatik, der Rechtsauslegung sich innerlich zusammenschliesst, oder die Praxis des Richters die »Lücken« der Gesetze auszufüllen bestimmt ist, bedeutet für unser Streben, *diese Struktur* der modernen juristischen Gegenständlichkeit zu erkennen, keinen Unterschied. Denn in beiden Fällen liegt es im Wesen des Rechtssystems, dass es in formaler Allgemeinheit auf alle irgend möglichen Ereignisse des Lebens beziehbar und in dieser Beziehbarkeit voraussehbar, kalkulierbar sei. Selbst die dieser Entwicklung am meisten gleichende, aber im modernen Sinne doch vorkapitalistische Rechtsentwicklung, das römische Recht, ist in dieser Beziehung empiristisch, konkret, traditionell gebunden geblieben. Die rein systematischen Kategorien, durch die erst die sich auf alles gleich ausbreitende Allgemeinheit der rechtlichen Regelung zustande gebracht wird, sind er's in der modernen Entwicklung entstanden²⁰. Und es ist ohne weiteres klar, dass dieses Bedürfnis nach Systematisation, nach Verlassen der Empirie, der Tradition, der materiellen Gebundenheit, ein Bedürfnis der exakten Kalkulation gewesen ist²¹. Andererseits bedingt eben dasselbe Bedürfnis, dass das Rechtssystem als stets Fertiges, genau Fixiertes, also erstarrtes System den Einzelereignissen des gesellschaftlichen Lebens gegenüberstehe. Freilich entspringen daraus ununterbrochen Konflikte zwischen der sich ständig revolutionär entwickelnden kapitalistischen Wirtschaft und dem erstarrten Rechtssystem. Dies hat aber doch nur neue Kodifizierungen usw. zur Folge: das neue System muss dennoch in seiner Struktur die Fertigkeit und Starrheit des alten Systems bewahren. Es entsteht als der – scheinbar – paradoxe Tatbestand, dass das Jahrhundert, manchmal sogar Jahrtausende lang kaum veränderte »Recht« primitiver Gesellschaftsformen einen fließenden, irrationellen, in den Rechtsentscheidungen stets neu entstehenden

Charakter hat, während das sachlich fortwährend und stürmisch umgewälzte moderne Recht ein starres, statistisches und fertiges Wesen zeigt. Die Paradoxie erweist sich jedoch als scheinbar, wenn bedacht wird, dass sie bloss daraus entsteht, dass dieselbe Sachlage das eine Mal vom Standpunkt des Historikers (dessen Standpunkt methodisch »ausserhalb« der Entwicklung selbst liegt), das andere Mal vom Standpunkt des mitlebenden Subjekts, vom Standpunkt der Einwirkung wird es zugleich klar, dass sich hier auf anderem Gebiete der Gegensatz des traditionell-empiristischen Handwerks zu der wissenschaftlich-rationellen Fabrik wiederholt: die sich ununterbrochen umwälzende moderne Produktionstechnik steht – auf jeder einzelnen Stufe ihres Funktionierens – als starres und fertiges System den einzelnen Produzenten gegenüber, während die objektiv relativ stabile, traditionelle, handwerksmässige Produktion im Bewusstsein der einzelnen Ausübenden einen fließenden, sich stetig erneuernden, von den Produzenten produzierten Charakter bewahrt. Wodurch einleuchtenderweise auch hier der *kontemplative* Charakter des kapitalistischen Subjektverhaltens in Erscheinung tritt. Denn das Wesen der rationellen Kalkulation beruht ja letzten Endes darauf, dass der – von individueller »Willkür« unabhängige – zwangsläufig-gesetzmässige Verlauf bestimmter Vorgänge erkannt und berechnet wird. Dass also das Verhalten des Menschen sich in der richtigen Berechnung der Chancen dieses Ablaufs (dessen »Gesetze« er »fertig« vorfindet), in dem geschickten Vermeiden störender »Zufälligkeiten« durch Anwenden von Schutzvorrichtungen, Abwehrmassnahmen usw. (die ebenfalls auf Erkenntnis und Anwendung ähnlicher »Gesetze« beruhen) erschöpft; sehr oft sogar bei einer Wahrscheinlichkeitsrechnung der möglichen Auswirkungen solcher »Gesetze« stehen bleibt, ohne selbst den Versuch zu unternehmen, in den Ablauf selbst durch Anwendung anderer »Gesetze« einzugreifen. (Versicherungswesen usw.) Je eingehender und je unabhängiger von bürgerlichen Legenden über das »Schöpferische« der Exponenten der kapitalistischen Epoche diese Sachlage betrachtet wird, desto deutlicher wird in jedem solchen Verhalten die strukturelle Analogie zum Verhalten des Arbeiters zu der Maschine, die er bedient und beobachtet, deren Funktionieren er betrachtend kontrolliert, zum Vorschein kommen. Das »Schöpferische« ist bloss daran erkennbar, wieweit die Anwendung der »Gesetze« etwas – relativ – Selbständiges oder rein Dienendes ist. D.h. bis zu welchem Punkt das rein kontemplative Verhalten zurück-

geschoben wird. Aber der Unterschied, dass der Arbeiter der einzelnen Maschine, der Unternehmer dem gegebenen Typus der maschinellen Entwicklung der Techniker dem Stand der Wissenschaft und der Rentabilität ihrer technischen Anwendung gegenüber so stehen muss, bedeutet eine bloss quantitative Abstufung und unmittelbar *keinen qualitativen Unterschied in der Struktur des Bewusstseins*.

Das Problem der modernen Bureaukratie wird erst in diesem Zusammenhang ganz verständlich. Die Bureaukratie bedeutet eine ähnliche Anpassung der Lebens- und Arbeitsweise und dementsprechend auch des Bewusstseins an die allgemeinen gesellschaftlich-ökonomischen Voraussetzungen der kapitalistischen Wirtschaft, wie wir dies für die Arbeiter im Einzelbetrieb festgestellt haben. Die formellen Rationalisierung von Recht, Staat, Verwaltung usw. bedeutet objektivsachlich eine ähnliche Zerlegung aller gesellschaftlichen Funktionen auf ihre Elemente, ein ähnliches Aufsuchen der rationellen und formellen Gesetze dieser genau voneinander abgetrennten Teilsysteme und dementsprechend subjektiv ähnliche bewusstseinsmässige Folgen der Abtrennung der Arbeit von den individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen des sie Leistenden eine ähnliche rationell-unmenschliche Arbeitsteilung, wie wir sie technisch-maschinell im Betrieb gefunden haben²². Es handelt sich dabei nicht nur um die völlig mechanisierte, »geistlose« Arbeitsweise der unteren Bureaukratie, die der blossen Maschinenbedienung ausserordentlich nahe kommt, ja sie an Öde und Einförmigkeit oft übertrifft. Sondern einerseits um eine immer stärker *formell*-rationalistisch werdende Behandlung aller Fragen in objektiver Hinsicht, um eine sich immer steigernde Abtrennung vom qualitativ-materiellen Wesen der »Dinge«, auf die sich die bureaukratische Behandlung bezieht. Andererseits um eine noch monströsere Steigerung der einseitigen, das menschliche Wesen des Menschen ver-gewaltigenden Spezialisierung in der Arbeitsteilung. Die Feststellung von Marx über die Fabriksarbeit, dass »das Individuum selbst geteilt, in das automatische Treibwerk einer Teilarbeit verwandelt« und dadurch »in eine Abnormität verkrüppelt« wird, zeigt sich hier um so krasser, je höhere, entwickeltere, »geistigere« Leistungen diese Arbeitsteilung verlangt. Die Trennung der Arbeitskraft von der Persönlichkeit des Arbeiters, ihre Verwandlung in ein Ding, in einen Gegenstand, den er auf dem Markte verkauft, wiederholt sich auch hier. Nur mit dem Unterschied, dass nicht sämtliche geis-

tigen Fähigkeiten durch die maschinelle Mechanisierung unterdrückt werden, sondern eine Fähigkeit (oder ein Komplex von Fähigkeiten) von der Gesamtpersönlichkeit losgelöst, ihr gegenüber objektiviert, zum Ding, zur Ware wird. Sind auch sowohl die Mittel der gesellschaftlichen Züchtung solcher Fähigkeiten wie ihr materieller und »moralischer« Tauschwert von denen der Arbeitskraft gründlich verschieden (wobei freilich die grosse Reihe von Verbindungsgliedern, von gleitenden Übergängen nicht vergessen werden darf), so bleibt das Grundphänomen doch das gleiche. Die spezifische Art der bureaukratischen »Gewissenhaftigkeit« und Sachlichkeit, die notwendige völlige Unterordnung unter das System der Sachbeziehungen, in der der einzelne Bureaukrat steht, die Vorstellung, dass eben seine »Ehre«, sein »Verantwortlichkeitsgefühl« eine solche völlige Unterordnung erfordern²³, zeigen, dass Arbeitsteilung – wie bei der Taylorisierung ins »Psychische« - hier ins »Ethische« versenkt wurde. Dies ist aber keine Abschwächung, sondern eine Steigerung der verdinglichten Bewusstseinsstruktur als Grundkategorie für die ganze Gesellschaft. Denn solange das Schicksal des Arbeitenden noch als ein einzeltes Schicksal erscheint (wie etwa beim Sklaven des Altertums), solange kann sich das Leben der herrschenden Klassen in ganz anderen Formen abspielen. Erst der Kapitalismus hat mit der einheitlichen Wirtschaftsstruktur für die ganze Gesellschaft eine – formell – einheitliche Bewusstseinsstruktur für ihre Gesamtheit hervorgebracht. Und diese äussert sich gerade darin, dass die Bewusstseinsprobleme der Lohnarbeit sich in der herrschenden Klasse verfeinert, vergeistigt, aber eben darum gesteigert wiederholen. Der spezialistische »Virtuose«, der Verkäufer seiner objektivierten und versachlichten geistigen Fähigkeiten, wird aber nicht nur Zuschauer dem gesellschaftlichen Geschehen gegenüber (wie sehr die modernen Verwaltung und Rechtssprechung usw. die oben angedeutete Wesensart der Fabrik im Gegensatz zum Handwerk annimmt, kann hier nicht einmal angedeutet werden), sondern gerät auch in eine kontemplative Attitude zu dem Funktionieren seiner eigenen, objektivierten und versachlichten Fähigkeiten. Am grotesksten zeigt sich diese Struktur im Journalismus, wo gerade die Subjektivität selbst, das Wissen, das Temperament, die Ausdrucksfähigkeit zu einem abstrakten, sowohl von der Persönlichkeit des »Besitzers« wie von dem materiell-konkreten Wesen der behandelten Gegenstände unabhängigen und eigen-gesetzlich in Gang gebrachten Mechanismus wird. Die »Gesinnungslosigkeit«

der Journalisten, die Prostitution ihrer Erlebnisse und Überzeugungen ist nur als Gipfelpunkt der kapitalistischen Verdinglichung begreifbar²⁴.

Die Verwandlung der Warenbeziehungen in ein Ding von »gespenstiger Gegenständlichkeit« kann also bei dem Zur-Ware-werden aller Gegenstände der Bedürfnisbefriedigung nicht stehen bleiben. Sie drückt dem ganzen Bewusstsein des Menschen ihre Struktur auf: seine Eigenschaften und Fähigkeiten verknüpfen sich nicht mehr zur organischen Einheit der Person, sondern erscheinen als »Dinge«, die der Mensch ebenso »besitzt« und »veräussert«, wie die verschiedenen Gegenstände der äusseren Welt. Und es gibt naturgemäss keine Form der Beziehung der Menschen zueinander, keine Möglichkeit des Menschen zueinander, keine Möglichkeit des Menschen, seine physischen und psychischen »Eigenschaften« zur Geltung zu bringen, die sich nicht in zunehmendem Masse dieser Gegenständlichkeitsform unterwerfen würden. Man denke dabei nur an die Ehe, wobei es sich erübrigt, auf die Entwicklung im XIX. Jahrhundert hinzuweisen, da z.B. Kant mit der naivzynischen Offenheit grosser Denker diesen Tatbestand klar ausgesprochen hat. »Geschlechts-gemeinsacht«, sagt er²⁵, »ist der wechselseitige Gebrauch, den ein Mensch von eines anderen Geschlechtsorganen und Vermögen macht ... die Ehe ... die Verbindung zweier Personen verschiedenen Geschlechts zum lebenswierigen wechselseitigen Besitz ihrer Geschlechtseigenschaften.«

Diese scheinbar restlose, bis ins tiefste physische und psychische Sein des Menschen hineinreichende Rationalisierung der Welt findet jedoch ihre Grenzen an dem formellen Charakter ihrer eigenen Rationalität. D.h. die Rationalisierung der isolierten Elemente des Lebens, die daraus entstehenden – formellen – Gesetzmässigkeiten fügen sich zwar unmittelbar und für den oberflächlichen Blick in ein einheitliches System allgemeiner »Gesetze« ein, die Missachtung des Konkreten an der Materie der Gesetze jedoch, worauf ihre Gesetzmässigkeit beruht, kommt in der tatsächlichen Inkohärenz des Gesetzessystems, in der Zufälligkeit der Bezogenheit der Teilsysteme aufeinander, in der – relativ – grossen Selbständigkeit, die diese Teilsysteme einander gegenüber besitzen, zum Vorschein. Ganz krass äussert sich diese Inkohärenz in Krisenzeiten, deren Wesen – von dem Standpunkt dieser Betrachtungen aus gesehen – gerade darin besteht, dass die unmittelbare Kontinuität des Übergangs aus ei-

nem Teilsystem in das andere zerreisst und ihre Unabhängigkeit voneinander, ihre zufällige Bezogenheit aufeinander, plötzlich ins Bewusstsein aller Menschen gedrängt wird. Darum kann Engels²⁶ die »Naturgesetze« der kapitalistischen Wirtschaft als Gesetze der Zufälligkeit bestimmen.

Jedoch die Struktur der Krise erscheint bei näherer Betrachtung als blosser Steigerung der Quantität und Intensität des Alltagslebens der bürgerlichen Gesellschaft. Dass der – in der Unmittelbarkeit des gedankenlosen Alltags – fest geschlossen scheinende Zusammenhalt der »Naturgesetzmässigkeit« dieses Lebens plötzlich aus den Fugen geraten kann, ist nur darum möglich, weil das Aufeinanderbezogensein seiner Elemente, seiner Teilsysteme auch bei dem normalsten Funktionieren etwas Zufälliges ist. So dass der Schein, als ob das ganze gesellschaftliche Leben einer »ewigen, ehernen« Gesetzmässigkeit unterworfen wäre, die sich zwar in verschiedene Spezialgesetze für die einzelnen Gebiete differenziert, sich auch als solche enthüllen muss. Die wahre Struktur der Gesellschaft erscheint vielmehr in den unabhängigen, rationalisierten, formellen Teilgesetzmässigkeiten, die miteinander nur formell notwendig zusammenhängen (d.h., dass ihre formellen Zusammenhänge formell systematisiert werden können), materiell und konkret jedoch zufällige Zusammenhänge untereinander abgeben. Diesen Zusammenhang zeigen bei etwas genauerer Analyse bereits die rein ökonomischen Erscheinungen. So hebt z.B. Marx hervor – wobei freilich die hier angeführten Fälle nur zur methodischen Beleuchtung der Sachlage dienen sollen und keineswegs einen noch so oberflächlichen Versuch zur materiellen Behandlung der Frage vorzustellen beanspruchen –, dass »die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation nicht identisch sind. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander²⁷«. So besteht »kein notwendiger, sondern nur zufälliger Zusammenhang zwischen dem Gesamtquantum der gesellschaftlichen Arbeit, das auf einen gesellschaftlichen Artikel gestillten Bedürfnisses verlangt²⁸«. Dies sollen selbstredend bloss heraufgegriffene Beispiele sein. Denn es ist ja klar, dass der ganze Aufbau der kapitalistischen Produktion auf dieser Wechselwirkung von streng gesetzlicher Notwendigkeit in allen Einzelercheinungen und vor relativer Irrationalität des Gesamtprozesses beruht. »Die manufakturmässige Teilung der Arbeit unterstellt die unbedingte Autorität des Kapitalisten über Menschen, die blosser Glieder

eines ihm gehörigen Gesamtmechanismus bilden; die gesellschaftliche Teilung der Arbeit stellt unabhängige Warenproduzenten einander gegenüber, die keine andere Autorität anerkennen, als die der Konkurrenz, den Zwang, den der Druck ihrer wechselseitigen Interessen auf sie ausübt²⁹«. Denn die kapitalistische, auf privatwirtschaftlicher Kalkulation beruhende Rationalisierung erfordert in jeder Lebensäußerung dieses Wechselverhältnis von gesetzmässigem Detail und zufälligen Ganzen; sie setzt einen solchen Aufbau der Gesellschaft voraus; sie produziert und reproduziert diese Struktur in der Masse, als sie sich der Gesellschaft bemächtigt. Dies liegt schon im Wesen der spekulativen Kalkulation, der Wirtschaftsweise der Warenbesitzer wäre unmöglich, wenn der Rationalität der Einzelercheinungen auch eine genaue, rationelle, gesetzmässig funktionierende Gestalt der ganzen Gesellschaft entsprechen würde. Die Gesetzmässigkeiten aller Einzelheiten seiner Produktion müssen vom Warenbesitzer vollständig beherrscht sein, wenn eine rationelle Kalkulation möglich werden soll. Die Chancen der Verwertung, die Gesetze des »Marktes« müssen zwar ebenfalls rationell im Sinne einer Berechenbarkeit, einer Wahrscheinlichkeitsrechnung sein. Sie dürfen aber nicht in demselben Sinn wie die Einzelercheinungen von einem »Gesetze« beherrscht sein, sie dürfen unter keinen Umständen rationell durchorganisiert sein. Dies allein schliesst freilich keineswegs das Herrschen eines »Gesetzes« für das Ganze aus. Nur müsste dieses »Gesetz« einerseits das »unbewusste« Produkt der selbständigen Tätigkeit der voneinander unabhängigen einzelnen Warenbesitzer sein, also ein Gesetz der aufeinander wirkenden »Zufälligkeiten« und nicht das der wirklich rationellen Organisation. Andererseits muss aber diese Gesetzmässigkeit sich nicht nur über die Köpfe der Einzelnen hinweg durchsetzen, sondern sie darf auch *niemals vollständig und adäquat erkennbar* sein. Denn die vollständige Erkenntnis des Ganzen würde dem Subjekt dieser Kenntnis eine derartige Monopolstellung sichern, die gleichbedeutend mit der Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaft wäre.

Diese Irrationalität, diese – äusserst problematische - »Gesetzmässigkeit« des Ganzen, eine Gesetzmässigkeit, die von der der Teile *prinzipiell und qualitativ* verschieden ist, ist aber gerade in dieser Problematik nicht nur ein Postulat, eine Voraussetzung für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft, sie ist zugleich das Produkt der kapitalistischen Arbeitsteilung. Es wurde

bereits hervor-gehoben, dass diese Arbeitsteilung jeden organisch einheitlichen Arbeits- und Lebensprozess zerreisst, in seine Elemente zerlegt, um diese rationell und künstlich isolierten Teilfunktionen durch ihnen psychisch und physisch besonders angepasste »Spezialisten« in der rationellsten Weise verrichten zu lassen. Diese Rationalisierung und Isolierung der Teilfunktionen hat aber zur notwendigen Folge, dass jede von ihnen sich verselbständigt und die Tendenz hat, sich unabhängig von den anderen Teilfunktionen der Gesellschaft (oder jenes Teiles der Gesellschaft, dem sie zugehört) auf eigene Faust, nach der Logik ihrer Spezialität weiterzuentwickeln. Und diese Tendenz wächst verständlicherweise mit zunehmender und mit zunehmend rationalisierter Arbeitsteilung. Denn je entwickelter diese ist, desto stärker werden jene Berufs-, Standesinteressen usw. der »Spezialisten«, die zu Trägern solcher Tendenzen werden. Und diese auseinandergehende Bewegung beschränkt sich nicht auf Teile eines bestimmten Gebietes. Ja, sie ist noch klarer wahrnehmbar, wenn wir die grossen Gebiete betrachten, die die gesellschaftliche Arbeitsteilung hervorbringt. So beschreibt Engels³⁰ diesen Prozess in der Beziehung von Recht und Wirtschaft: »Mit dem Jus ist es ähnlich: Sowie die neue Arbeitsteilung nötig wird, die *Berufsjuristen* schafft, ist wieder ein neues, selbständiges Gebiet eröffnet, das bei aller seiner allgemeinen Abhängigkeit von der Produktion und dem Handel doch auch eine besondere Reaktionsfähigkeit gegen diese Gebiete besitzt. In einem modernen Staat muss das Recht nicht nur der allgemeinen ökonomischen Lage entsprechen, ihr Ausdruck sein, sondern auch *ein in sich zusammenhängender Ausdruck*, der sich nicht durch innere Widersprüche selbst ins Gesicht schlägt. Und um das fertigzubringen, geht die Treue der Abpiegelung der ökonomischen Verhältnisse mehr und mehr in die Brüche...« Es ist wohl kaum nötig, hier weitere Beispiele über die Inzucht und den Kampf zwischen einzelnen »Ressorts« der Verwaltung (man denke nur an die Selbständigkeit der Militärapparate von der Zivilverwaltung), Fakultäten usw. anzuführen.

3. Durch die Spezialisierung der Leistung geht jedes Bild des Ganzen verloren. Und da das Bedürfnis nach einer – wenigstens erkenntnismässigen – Erfassung des Ganzen dennoch aussterben kann, entsteht der Eindruck und der Vorwurf, als habe die ebenfalls auf diese Weise arbeitende, d.h. ebenfalls in dieser Unmittelbarkeit steckenbleibende Wissenschaft die Totalität der Wirklichkeit in Stücke gerissen, über ihre

Spezialisierung den Blick für das Ganze verloren. Solchen Vorwürfen, dass »die Momente nicht in ihrer Einheit« gefasst werden, gegenüber hebt Marx³¹ richtig hervor, dass der Vorwurf erhoben wird »als wenn dies Auseinanderreißen nicht aus der Wirklichkeit in die Lehrbüchern in die Wirklichkeit gedrungen sei.« So sehr aber dieser Vorwurf in seiner naiven Form zurückgewiesen zu werden verdient, so verständlich ist er, wenn das – sowohl soziologisch wie immanent methodologisch notwendige und darum »verständliche« – Treiben der modernen Wissenschaft für einen Augenblick von aussen, d.h. nicht vom Standpunkt des verdinglichten Bewusstseins betrachtet wird. Ein solcher Anblick wird nun (ohne ein »Vorwurf« zu sein) offenbaren, dass je entwickelter eine moderne Wissenschaft geworden ist, je mehr sie sich die methodische Klarheit über sich selbst erarbeitet hat, sie sich desto entschiedener von den Seinsproblemen ihrer Sphäre abkehren, diese desto entschiedener aus dem Bereich der von ihr herausgearbeiteten Begreifbarkeit ausscheiden muss. Sie wird – je entwickelter, je wissenschaftlicher, desto mehr – zu einem formell abgeschlossenen System von speziellen Teilgesetzen, für das die ausserhalb des Bereiches liegende Welt und mit ihr sogar in erster Reihe die ihm zur Erkenntnis aufgegebene Materie, *sein eigenes, konkretes Wirklichkeitssubstrat* als methodisch und prinzipiell *unerfassbar* gilt. Marx³² hat dies Frage für die Ökonomie scharf formuliert, indem er erklärte, dass »der Gebrauchswert jenseits des Betrachtungskreises der politischen Ökonomie liegt«. Und es wäre ein Irrtum, zu glauben, dass etwa Fragestellungen, wie die der »Grenznutzentheorie«, über dies Schranke hinauszuführen vermögen: der Versuch, von »subjektiven« Verhaltensarten auf dem Markte und nicht von objektiven Produktions- und Bewegungsgesetzen der Waren, die den Markt selbst und die »subjektiven« Verhaltensarten auf dem Markt bestimmen, auszugehen, verschiebt bloss die Fragestellungen auf immer abgeleitete, immer verdinglichtere Stufen, ohne den formellen Charakter der Methode, ihre prinzipielle Ausschaltung des konkreten Materials aufzuheben. Der Akt des Tausches in seiner formellen Allgemeinheit, der ja gerade für die »Grenznutzentheorie« das Grundfaktum bleibt, hebt ebenfalls den Gebrauchswert als Gebrauchswert auf, schafft ebenfalls jene Beziehung der abstrakten Gleichheit zwischen konkret ungleichen, ja unvergleichbaren Materien, aus der diese Schranke entsteht. So ist das Subjekt des Tausches genauso abstrakt, formell und verdinglicht wie sein Objekt. Und die Schranke

dieser abstrakt-formellen Methode offenbart sich eben in der abstrakten »Gesetzlichkeit« als Erkenntnisziel, das die Grenznutzentheorie genauso ins Zentrum rückt, wie es die klassische Ökonomie getan hat. Durch die formelle Abstraktion dieser Gesetzlichkeit wird aber die Ökonomie stets in ein geschlossenes Teilsystem verwandelt, das einerseits weder sein eigenes materielles Substrat zu durchdringen, noch von ihm aus den Weg zur Erkenntnis der Totalität der Gesellschaft zu finden fähig ist, das deshalb andererseits diese Materie als eine unwandelbare, ewige »Gegebenheit« auffasst. Damit wird die Wissenschaft ausserstande gesetzt, das Entstehen und das Vergehen, den gesellschaftlichen Charakter der eigenen Materie, sowie den der möglichen Stellungnahmen zu ihr und den des eigenen Formsystems zu begreifen.

Hier zeigt sich die innige Wechselwirkung von wissenschaftlicher Methodik, die aus dem gesellschaftlichen Sein einer Klasse, aus ihren Notwendigkeiten und Bedürfnissen, dieses Sein begrifflich zu bewältigen, entsteht, und dem Sein der Klasse selbst wieder in voller Klarheit. Es ist bereits – auch in diesen Blättern – wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die Krise das Problem ist, das dem ökonomischen Denken des Bürgertums eine unübersteigbare Schranke setzt. Wenn wir nun – unserer Einseitigkeit voll bewusst – diese Frage einmal vom rein methodischen Standpunkt betrachten, so erweist es sich, dass gerade das Gelingen der restlosen Durchrationalisierung der Ökonomie, ihr Verwandeltsein in ein abstraktes, möglichst mathematisiertes Formsystem von »Gesetzen« die methodische Schranke für die Begreifbarkeit der Krise bildet. Das qualitative Sein der »Dinge«, das als unbegriffenes und ausgeschaltetes Ding an sich, als Gebrauchswert sein ausserökonomisches Leben führt, das man während des normalen Funktionierens der ökonomischen Gesetze ruhig vernachlässigen zu können meint, wird in den Krisen plötzlich (plötzlich für das verdinglichte rationale Denken) zum ausschlaggebenden Faktor. Oder besser gesagt: seine Wirkungen äussern sich in der Form des Nichtmehrfunktionierens dieser Gesetze, ohne dass der verdinglichte Verstand in der Lage wäre, in diesem »Chaos« einen Sinn zu erblicken. Und dieses Versagen bezieht sich nicht bloss auf die klassische Ökonomie, die in den Krisen nur »vorübergehende«, »zufällige« Störungen erblicken konnte, sondern auf die Gesamtheit der bürgerlichen Ökonomie. Die Unbegreifbarkeit, die Irrationalität der Krise folgt zwar auch inhaltlich aus der Klassenlage

und den Klasseninteressen der Bourgeoisie, sie ist aber zugleich formell die notwendige Folge ihrer ökonomischen Methode. (Dass die beiden Momente für uns eben bloss Momente einer dialektischen Einheit sind, muss nicht ausführlich erörtert werden.) Diese methodische Notwendigkeit ist so stark, dass z.B. die Theorie Tugan-Baranowskys, als Zusammenfassung eines Jahrhunderts von Krisenerfahrungen, die Konsumtion gänzlich aus der Ökonomie ausmerzen und eine »reine« Ökonomie der blossen Produktion zu begründen versucht. Solchen Versuchen gegenüber, die dann die Ursache der als Tatsachen nicht wegzuleugnenden Krisen in der Disproportionalität der Elemente der Produktion, also in rein quantitativen Momenten, zu finden meinen, betont Hilferding³³ mit vollem Recht: »Man operiert nur mit den ökonomischen Begriffen Kapital, Profit, Akkumulation usw. und glaubt, die Lösung des Problems zu besitzen, wenn man die quantitativen Beziehungen aufgezeigt hat, auf Grund deren einfache und erweiterte Reproduktion möglich ist oder aber Störungen auftreten müssen. Man übersieht dabei, dass diesen quantitativen Beziehungen zugleich qualitative Bedingungen entsprechen, dass nicht nur Wertsummen sich gegenüberstehen, die miteinander ohne weiteres kommensurabel sind, sondern auch Gebrauchswerte bestimmter Art, die bestimmte Eigenschaften in der Produktion und Konsumtion erfüllen müssen; dass bei der Analyse der Reproduktionsprozesse nicht nur Kapitalteile im allgemeinen einander gegenüberstehen, so dass etwa ein Zuviel oder Zuwenig von industriellem Kapital durch einen entsprechenden Teil des Geldkapitals ‚ausgeglichen‘ werden kann, auch nicht nur fixes oder zirkulierendes Kapital, sondern dass es sich zugleich um Maschinen, Rohstoffe, Arbeitskraft ganz bestimmter (technisch bestimmter) Art handelt, die als Gebrauchswerte dieser spezifischen Art vorhanden sein müssen, um die Störungen zu vermeiden.« Wie wenig jene Bewegungen der ökonomischen Phänomene, die von den »Gesetzes«-Begriffen der bürgerlichen Ökonomie ausgedrückt werden, die wirkliche Bewegung der Gesamtheit des ökonomischen Lebens zu erklären imstande sind, wie sehr diese Schranke gerade in der – von hier aus methodische notwendigen – Unerfassbarkeit des Gebrauchswertes, der wirklichen Konsumtion liegt, hat Marx³⁴ wiederholt überzeugend geschildert. »Innerhalb gewisser Grenzen kann der Reproduktionsprozess auf derselben oder erweiterten Stufe vorgehen, obgleich die aus ihm ausgestossenen Waren nicht wirklich in die individuelle oder produktive Konsumtion eingegangen

sind. Die Konsumtion der Waren ist nicht eingeschlossen in den Kreislauf des Kapitals, aus dem sie hervorgegangen sind. Sobald das Garn z.B. verkauft ist, kann der Kreislauf des im Garn dargestellten Kapitalwerts von neuem beginnen, was auch immer zunächst aus dem verkauften Garn wird. Solange das Produkt verkauft wird, geht vom Standpunkt des kapitalistischen Produzenten alles seinen regelmässigen Gang. Der Kreislauf des Kapitalwerts, den er repräsentiert, wird nicht unterbrochen. Und ist dieser Prozess erweitert – was erweiterte produktive Konsumtion der Produktionsmittel einschliesst –, so kann diese Reproduktion des Kapitals von erweiterter individueller Konsumtion (also Nachfrage) der Arbeiter begleitet sein, da er durch produktive Konsumtion eingeleitet und vermittelt ist. Es kann so die Produktion von Mehrwert und mit ihr auch die individuelle Konsumtion des Kapitalisten wachsen, der ganze Re-produktionsprozess sich im blühendsten Zustand befinden und dennoch ein grosser Teil der Waren nur scheinbar in die Konsumtion eingegangen sein, in Wirklichkeit aber unverkauft in den Händen von Wiederverkäufern lagern, tatsächlich sich also noch auf dem Markt befinden.« Und es muss hierbei besonders darauf hingewiesen werden, dass diese Unfähigkeit, bis zum wirklichen materiellen Substrat der Wissenschaft herunterzudringen, nicht das Verfehlen einzelner ist, sondern gerade desto krasser hervortritt, je entwickelter die Wissenschaft ist, je konsequenter sie – von den Voraussetzungen der Begriffsbildung aus – arbeitet. Es ist also keineswegs zufällig, wie dies Rosa Luxemburg³⁵ überzeugend geschildert hat, dass die grosse, wenn auch oft primitive, fehlerhafte und inexakte Gesamtanschauung von der Totalität des ökonomischen Lebens, die noch in Quesnays »Tableau économique« vorhanden war, mit der zunehmenden Exaktheit der – formalen – Begriffsbildung in der Entwicklung über Smith zu Ricardo immer mehr verschwindet. Für Ricardo ist der Prozess der Gesamtproduktion des Kapitals, wobei dieses Problem nicht zu umgehen ist, kein zentrales Problem mehr.

Noch klarer und einfacher – wegen der bewussteren Verdinglichung ihrer Einstellung – erscheint diese Sachlage in der Rechtswissenschaft. Schon darum, weil hier die Frage der Unerkennbarkeit des qualitativen Inhalts von den rationalistisch-kalkulatorischen Formen aus nicht die Form der Konkurrenz zweier Organisationsprinzipien desselben Gebietes annahm (wie Gebrauchswert und Tauschwert in der Nationalökonomie), sondern von vornherein als Form-

Inhalt-Problem auftrat. Der Kampf um das Naturrecht, die revolutionäre Periode der bürgerlichen Klasse geht methodisch gerade davon aus, dass die formelle Gleichheit und Universalität des Rechts, also seine Rationalität zugleich seinen Inhalt zu bestimmen imstande ist. Damit wird einerseits das vielfältige, bunte, aus dem Mittelalter stammende Privilegienrecht, andererseits die Rechtsjenseitigkeit des Monarchen bekämpft. Die revolutionäre bürgerliche Klasse lehnt es ab, in der *Tatsächlichkeit* eines Rechtsverhältnisses, in seiner Faktizität die Grundlage für seine *Gültigkeit* zu erblicken. »Verbrennt eure Gesetze und macht deren neue!« riet Voltaire. »Woher die neuen nehmen? Aus der Vernunft!«³⁶ Der Kampf gegen das revolutionäre Bürgertum etwa zur Zeit der Französischen Revolution, steht grösstenteils noch so stark im Banne dieses Gedankens, dass diesem Naturrecht nur ein anderes Naturrecht gegenübergestellt werden kann. (Burke, auch Stahl.) Erst nachdem das Bürgertum wenigstens teilweise gesiegt hat, dringt in beiden Lagern eine »kritische«, eine »historische« Auffassung durch, deren Wesen sich darin zusammenfassen lässt, dass der Rechtsinhalt etwas rein Faktisches, also von den formellen Kategorien des Rechts selbst Unerfassbares ist. Von den Forderungen des Naturrechts bleibt nur der Gedanke des lückenlosen Zusammenhanges des formellen Rechtssystems bestehen; bezeichnenderweise nennt Bergbohm³⁷ alles juristisch Ungeregelte, mit Übernahme der Terminologie der Physik, »einen rechtsleeren Raum«. Jedoch der Zusammenhang dieser Gesetze ist rein formell: *was* sie aussprechen »der Inhalt der Rechtsinstitute ist aber niemals juristischer, sondern stets politischer, ökonomischer Natur«³⁸. Damit erhält der primitive, zynisch-skeptische Kampf gegen das Naturrecht, den der »Kantianer« Hugo am Ende des XVIII. Jahrhunderts begann, eine »wissenschaftliche« Form. Hugo³⁹ begründete unter anderem den Rechtscharakter der Sklaverei damit, dass sie »Jahrtausende hindurch so vielen Millionen kultivierter Menschen wirklich Rechtens war«. In dieser naiv-zynischen Offenheit kommt aber die Struktur, die das Recht in der bürgerlichen Gesellschaft in steigendem Masse erhält, ganz klar zur Geltung. Wenn Jellinek den Rechtsinhalt metajuristisch nennt, wenn »kritische« Juristen die Erforschung des Rechtsinhalts der Geschichte, der Soziologie, der Politik usw. zuweisen, so tun sie letzten Endes doch nicht anderes als das, was bereits Hugo gefordert hat: auf die vernunftgemässe Begründbarkeit, auf die inhaltliche Rationalität des Rechts methodisch zu verzichten; im

Rechte nichts anderes zu erblicken als ein formales Kalkulationssystem, mit dessen Hilfe die notwendigen juristischen Folgen bestimmter Handlungen (*rebus sic stantibus*) möglichst exakt errechnet werden können.

Diese Rechtsauffassung verwandelt aber das Entstehen und das Vergehen des Rechts in etwas – juristisch – ebenso Unbegreifliches, wie die Krise für die Nationalökonomie unbegreifbar geworden ist. Der scharfsinnige, »kritische« Jurist Kelsen⁴⁰ sagt denn auch über das Entstehen des Rechts: »Es ist das grosse *Mysterium* von Recht und Staat, das sich in dem Gesetzgebungsakte vollzieht, und darum mag es gerechtfertigt sein, dass nur in unzulänglichen Bildern das Wesen derselben veranschaulicht wird.« Oder mit anderen Worten: »Es ist eine für das Wesen des Rechts bezeichnende Tatsache, dass auch eine widerrechtlich entstandene Norm eine Rechtsnorm sein kann, dass sich mit andern Worten die Bedingung seines rechtmässigen Zustandekommens in dem Begriff des Rechts nicht aufnehmen lässt«⁴¹. Diese erkenntnis-kritische Klärung könnte eine tatsächliche Klärung und damit einen Fortschritt der Erkenntnis bedeuten, wenn einerseits das in andere Disziplinen verschobene Problem der Rechtsentstehung dort wirklich eine Lösung finden würde und wenn andererseits die so entstehende, rein zur Kalkulation von Handlungsfolgen und zur klassenmässig rationellen Durchsetzung von Handlungsarten dienende Wesensart des Rechts zugleich wirklich durchschaut werden könnte. Denn in diesem Falle würde das wirkliche, materielle Substrat des Rechts mit einem Schlage als sichtbar und begreifbar erscheinen. Aber keines von beidem ist möglich. Das Recht bleibt weiter in enger Beziehung zu den »ewigen Werten«, wodurch in der Form von Rechtsphilosophie ein formalistisch verdünnter Neuaufguss des Naturrechts entsteht (Stammler). Und die wirkliche Grundlage der Rechtsentstehung, die Änderung der Machtverhältnisse der Klassen, verschwimmt und verschwindet in den sie behandelnden Wissenschaften, in denen – den Denkformen der bürgerlichen Gesellschaft gemäss – dieselben Probleme der Transzendenz des materiellen Substrats entstehen, wie in Jurisprudenz und Nationalökonomie.

Die Art der Auffassung dieser Transzendenz zeigt, wie vergeblich die Hoffnung wäre, zu erwarten, dass der Zusammenhang des Ganzen, auf dessen Erkenntnis die Einzelwissenschaften durch Entfernung von dem materiellen Substrat ihrer Begriffsbildung bewusst verzichtet haben,

von einer zusammenfassenden Wissenschaft, von der Philosophie geleistet werden könnte. Denn dies wäre nur möglich, wenn die Philosophie durch eine radikal anders gerichtete Fragestellung, durch ein Gerichtetsein auf die konkrete, materielle Totalität des Erkennbaren, des Zu-Erkennenden, die Schranken dieses in die Vereinzelung geratenen Formalismus durchbrechen würde. Dazu wäre aber ein Durchschauen der Gründe, der Genesis und der Notwendigkeit dieses Formalismus vonnöten; dazu müssten aber dann die spezialisierten Einzelwissenschaften nicht mechanisch zu einer Einheit verbunden, sondern durch die innerlich vereinheitlichende, philosophische Methode auch innerlich umgestaltet werden. Es ist klar, dass die Philosophie der bürgerlichen Gesellschaft hierzu unfähig sein musste. Nicht als ob keine Sehnsucht nach Zusammenfassung dagewesen wäre; nicht als ob die Besten den lebensfeindlichen Mechanismus des Daseins und den lebensfremden Formalismus der Wissenschaft freudig auf sich genommen hätten. *Aber eine radikale Veränderung des Standpunktes ist auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft unmöglich.* Es kann der Versuch einer – enzyklopädischen – Zusammenfassung alles Wissens als Aufgabe der Philosophie entstehen. (Typus Wundt.) Es kann der Wert der formellen Erkenntnis dem »lebendigen Leben« gegenüber überhaupt in Zweifel gezogen werden. (Die Irrationalitätsphilosophie von Hamann bis Bergson). Neben diesen episodischen Strömungen bleibt aber die Grundtendenz der philosophischen Entwicklung: die Resultate und die Methode der Einzelwissenschaften als notwendig, als gegeben anzuerkennen und der Philosophie die Aufgabe zuzuweisen, den Grund der Gültigkeit dieser Begriffsbildungen aufzudecken und zu rechtfertigen. Die Philosophie stellt sich damit zu den Einzelwissenschaften genau so, wie jene sich zur empirischen Wirklichkeit gestellt haben. Indem für die Philosophie auf diese Weise die formalistischen Begriffsbildungen der Einzelwissenschaften zum unveränderlich gegebenen Substrat werden, ist die hoffnungslose Entfernung von einem Durchschauen der Verdinglichung, die diesem Formalismus zugrunde liegt, endgültig vollendet. Die verdinglichte Welt erscheint nunmehr – philosophisch, auf zweiter Potenz, in »kritischer« Beleuchtung – endgültig als die einzig mögliche, einzig begrifflich erfassbare, begreifbare Welt, die für uns Menschen gegeben ist. Ob dies nun verklärend, resigniert oder verzweifelt geschieht, ob eventuell ein Weg über das irrationell-mystische Erlebnis ins »Leben« gesucht wird, kann an dem Wesen dieser Sachla-

ge gar nichts ändern. Indem das moderne bürgerliche Denken nur die »Bedingungen der Möglichkeit« des Geltens jener Formen untersucht, in denen sich das ihr zugrunde liegende Sein äussert, versperrt es sich selbst den Weg zu den klaren Fragestellungen, zu den Fragen nach Entstehen und Vergehen, nach wirklichem Wesen und Substrat, dieser Formen. Sein Scharfsinn gerät immer mehr in die Lage jener sagenhaften »Kritik« in Indien, die der alten Vorstellung gegenüber, dass die Welt auf einem Elephanten stehe, die »kritische« Frage aufwarf: worauf steht der Elefant? Nachdem aber die Antwort, dass der Elefant auf einer Schildkröte stehe, gefunden war, hat sich die »Kritik« dabei beruhigt. Es ist aber klar, dass selbst eine weitere ähnliche »kritische« Fragestellung höchstens ein drittes Wundertier, nicht aber die Lösung der wirklichen Frage zum Vorschein zu bringen imstande gewesen wäre.

1 Zur Kritik der pol. Ök., MEW 13, S. 35-36.

2 Kapitel III, I, MEW 25, S. 342.

3 Kapitel III, II, MEW 25, S. 839.

4 Kapitel I, MEW 23, S. 85. Zu diesem Gegensatz vgl. rein ökonomisch den Unterschied zwischen dem Austausch der Waren zu ihrem Wert und zwischen dem Produktionspreisen. Kapitel II, I, MEW 25, S. 186.

5 Kapitel I, MEW 23, S. 184 Anm. 41.

6 Vgl. Kapitel I, MEW 23, S. 341/42 usw.

7 Dieser ganze Prozess ist historisch und systematisch im ersten Band des Kapitals dargestellt. Die Tatsachen selbst – freilich zumeist ohne Beziehung auf das Verdinglichungsproblem – finden sich auch in der bürgerlichen Nationalökonomie bei Bücher, Sombart, A. Weber, Gottl usw.

8 Kapitel I, MEW 23, S. 497/98.

9 Ebenda S. 376.

10 Vom Standpunkt des individuellen Bewusstseins ist dieser Schein durchaus berechtigt. In bezug auf die Klasse ist zu bemerken, dass diese Unterwerfung das Produkt eines langwierigen Kampfes gewesen ist, der mit der Organisation des Proletariats als Klasse – auf höherem Niveau und mit veränderten Waffen – wieder einsetzt.

11 Kapitel I, MEW 23, S. 394/95, 441/42, 483 usw. Dass diese »Kontemplation« anstrengender und entnervender sein kann als die handwerksmässige »Aktivität«, ist selbstverständlich. Dies liegt aber ausserhalb unserer Betrachtungen.

12 Elend der Philosophie, MEW 4, S. 85.

13 Kapitel I, MEW 23, S. 365/66.

14 Vgl. darüber Gottl: Wirtschaft und Technik. Grundriss der Sozialökonomie II, S. 234 ff.

15 Kapitel I, MEW 23, S. 91 f.

16 Gemeint ist vor allem das kapitalistische Privateigentum. Deutsche Ideologie, Sankt Max, MEW 3, S. 212. Anschliessend an diese Betrachtung finden sich hier sehr schöne Bemerkungen über das Eindringen der Verdinglichungsstruktur in die Sprache. Eine hier einsetzende geschichtsmaterialistische philologische Untersuchung könnte zu interessanten Ergebnissen führen.

17 Kapitel III, I, MEW 25, S. 405.

18 Ebenda III, II, MEW 25, S. 838.

- 19 Gesammelte politische Schriften. München 1921, 140-142. Der Hinweis Webers auf die englische Rechtsentwicklung bezieht sich nicht auf unser Problem. Über das langsame Sichdurchsetzen des ökonomisch-kalkulatorischen Prinzips vgl. auch A. Weber: »Standort der Industrie«, besonders 216.
- 20 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 491.
- 21 Ebenda, S. 129.
- 22 Dass in diesem Zusammenhang der Klassencharakter Staates usw. nicht hervorgehoben wird, stammt aus der Absicht, die Verdinglichung als allgemeines, struktives Grundphänomen der ganzen bürgerlichen Gesellschaft zu begreifen. Der Klassenstandpunkt müsste ja sonst bereits bei der Betrachtung der Maschine einsetzen. Vgl. darüber den dritten Abschnitt.
- 23 Vgl. darüber Max Weber: Politische Schriften, S. 154.
- 24 Vgl. darüber den Aufsatz von A. Forgarasi, Kommunismus. J. II. N. 25/26.
- 25 Metaphysik der Sitten, I. Teil, § 24.
- 26 Ursprung der Familie, MEW 21, S. 169 f.
- 27 Kapital III, I, MEW 25, S. 254.
- 28 Ebenda, S. 196-197.
- 29 Ebenda, I, IV, MEW 23, S. 377.
- 30 Brief an Konrad Schmidt, 27.x.1890. MEW 37, S. 491.
- 31 Zur Kritik der pol. Ök., MEW 13, S. 621.
- 32 Ebenda, S. 16.
- 33 Finanzkapital, 2. Auflage, S. 378-379.
- 34 Kapital II, MEW 24, S. 80-81.
- 35 Akkumulation des Kapitals, 1. Auflage S. 78-79. Es wäre eine reizvolle Aufgabe, die methodische Beziehung dieser Entwicklung zu der der grossen rationalistischen Systeme auszuarbeiten.
- 36 Zitat von Bergbohm: Jurisprudenz und Rechtsphilosophie, S. 170.
- 37 Ebenda, S. 375.
- 38 Preuss: Zur Methode der juristischen Begriffsbildung. Schmollers Jahrbuch 1900, S. 370.
- 39 Lehrbuch des Naturrechts. Berlin 1799. § 141. Die Polemik von Marx gegen Hugo (MEW 1, S. 78 ff.) steht noch auf hegelianischem Standpunkt.
- 40 Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, S. 411 (von mir gesperrt).
- 41 F. Somlo: Juristische Grundlehre, S. 177.

6. Situationisten

Die Geschichte der situationistischen Bewegung beginnt Anfang der 50er Jahre im Frankreich von Sartre oder Camus und ist eng verbunden mit der Person von Guy Debord, später zentrale Figur in der Entwicklung der situationistischen Theorie (und so etwas wie die graue Eminenz der Gruppe). Mit 19 Jahren fallen ihm 1951 beim Cannes Film Festival die avantgardistischen Lettristen auf, eine Pariser Künstlergruppe in der Tradition der Surrealisten, die wegen der Uraufführung des Filmes eines ihrer Mitglieder, Isidore Isou, angereist waren. Die Lettristen, sehr junge Vertreter eines radikal romantischen Bohème-Lebensstils, verursachten mit ihrem Film und durch ihr Auftreten in Cannes einen Skandal.

Debord war fasziniert und schloss sich ihnen bald an. Lettristen gaben eine Zeitschrift namens *Potlach* heraus, in der sich spätere Thesen und Ideen der Situationisten bereits abzeichneten. Einige Lettristen, u.a. Debord, schlossen sich nach einer Spaltung der Gruppe zur (politischeren) *Lettristischen Internationale* zusammen, dem Vorgänger der S.I. Legendär waren öffentliche Provokationen der Lettristen wie beim Ostergottesdienst 1950, als ein falscher Mönch in der Kathedrale Notre Dame den Tod Gottes verkündete (und dafür von der Menge der Gottesdienstbesucher fast gelyncht wurde). Yves Klein kannte die Lettristen seit dem Beginn der 50er.

(Wikipedia)

Situationistische Revolutionstheorie; Eine Aneignung

Von Biene Baumeister und Zwi Negator

1 Einleitung

[...]

„La reprise du travail aux usines Wonder“ so heisst eine im Juni 1968 vor den Toren einer Batteriefabrik in Paris von zwei jungen Filmstudenten belichtete Filmrolle. Eindrucksvoll wird die Sterilisation, das Totlaufen und Brechen des wilden Streiks unter Mithilfe der gauchistischen[2] Funktionäre dokumentiert. Eingefangen wird die Szene, wie eine junge Arbeiterin versucht, ihre ehemaligen KollegInnen vom Abbruch des wilden Streiks, von der Wiederaufnahme (fr. „la reprise“) der Arbeit abzuhalten: sie würde da nie wieder reingehen. Sie fragt die anderen, ob sie denn alle Träume der letzten Wochen vergessen haben; ob sie den glauben, dass noch etwas besser werden kann, wenn sie jetzt wieder in die Fabrik gehen; ob es das nun gewesen sein soll, wofür sie gekämpft hätten – sie schreit, sie fleht, sie beschwört. Aber gegen den anwesenden CGT-Funktionär[3] kann sie sich nicht durchsetzen. Der fabuliert lächelnd von einem bereits durch den Streik errungenen grossartigen Sieg, den erkämpften Zugeständnissen und Errungenschaften, weshalb die Arbeit jetzt wiederaufgenommen werden könne; denn da draussen gebe es welche, die sich um die Belange der Belegschaft kümmern würden. Die Gewerkschaft und die Partei würden nun den Rest erledigen. Den Leuten gehen die Argumente aus. Jeden Einwand weiss der eloquente Apparatschik zu entkräften: was sie denn noch wollen, sie hätten doch schon gewonnen. Mit gesenkten Köpfen schlurften nach und nach alle zurück in die Fabrik – und nehmen die Arbeit wieder auf. Die junge Frau bleibt schliesslich alleine zurück. Jahrzehnte später machte sich ein Filmemacher auf, die „Hauptperson“ von damals ausfindig zu machen; in „La Reprise“ fand er alle 1968 auf der Filmrolle Festgehaltenen – aber nicht die Arbeiterin, die er hatte treffen wollen.

Das Verschwundensein dieser Frau und ihres revolutionären Begehrens kann als Metapher für das Verdrängtsein des revolutionären Proletariats und seiner Begierde, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ [MEW1:385], genommen werden. In

Umkehrung von „la reprise du travail“ – der Wiederaufnahme der Lohnarbeit – geht es im vorliegenden Buch um die Wiederaufnahme der verdrängten revolutionären proletarischen Kritik, speziell in ihrer Form der situationistischen Revolutionstheorie. Da ein erneuerndes Anknüpfen an das Projekt der Aufhebung der alten Welt auch immer eine *Aneignung der Geschichte*, eine Sichtung der Niederlagen und ein Entwendung verschütteter Kritiken ist, hätte in Erinnerung an jene Frau das vorliegende Buch auch einen anderen Untertitel tragen können: „La Reprise“.

Als im Juli 1957 die „Situationistische Internationale“ (SI) gegründet wurde, schien eine Revolution ferner denn je, vergleichbar der heutigen Situation. In den europäischen Ländern, aus denen die meisten Akteure der SI kamen – v.a. Frankreich, Dänemark, Belgien, Italien, England und den Niederlanden –, war an Revolution zunächst nicht zu denken.[4] Im Gegenteil: Diese schien in mehr oder weniger abstossenden „rohen“ Formen in den „Ostblock“ und in die anti- und postkolonialen Revolutionen der – damals so genannten – „unterentwickelten Länder“ ausgewandert zu sein.[5]

Ein Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg war in den europäischen Industrieländern Wiederaufbau angesagt, es wurden aufs neue massenhaft Waren produziert und konsumiert, der Weltmarkt instandgesetzt und mit Konsum-Gadgets überschwemmt, sogar eine verstärkte Religiosität breitete sich wieder aus. Zugleich schien im Spektakel der „Blockkonfrontation“ die Geschichte stillgestellt. [...]

In ihrer konsequenten Suche nach den *Möglichkeitsbedingungen der Revolution* gelang es der SI in beeindruckender Weise, „Daseinsformen und Existenzbestimmungen“ (Marx) revolutionärer Praxen kritisch auszudrücken. Ihre „Praxis der Theorie“ lief auf eine „Theorie der Praxis“ hinaus, die versucht hat, mit verschiedensten experimentellen Mitteln daran mitzuarbeiten, eine „unumkehrbare Situation“ der Geschichte, d.h. eine Revolution im Sinne von Marx herbeizuführen, welche eine Emanzipation des Menschen zu verwirklichen erlaubt. Sowohl den SkeptikerInnen als auch denjenigen, die – nach Meinung der SI – auf veraltete revolutionstheoretische Konzepte setzten, rief die SI trotzig und lakonisch entgegen: „Die Revolution ist aufs neue zu erfinden – das ist alles!“ [BE:91/SI:209]

Die situationistische „Praxis der Theorie“ bestand nicht darin, in positivistischer Weise eine Revolutionstheorie zu schreiben, diese der Welt zu präsentieren und die Menschen damit missio-

narisch zu überzeugen. Es galt umgekehrt, das unbewusste, verdrängte, verloren geglaubte revolutionäre Begehren mit seinen subversiven Praxen innerhalb der spektakulären Warengesellschaft aufzuspüren, es illusionslos zu dechiffrieren und in einer kohärenten Sprache auszudrücken.[8] Wie es gesellschaftshistorisch zum Verdrängen der revolutionären Begierden und zum Unsichtbarwerden des Proletariats kommen konnte, welche gesellschaftlichen objektiven und subjektiven Mechanismen dabei am Wirken sind, welche gesellschaftlichen Verhältnisse und Praxisformen ein „Rückkehr des Verdrängten“ [BE:193/SI2:200] tendenziell verhindern bzw. der Verdrängung zuarbeiten, dies hundert Jahre nach der Marxschen Kritik wieder aufs Neue zu untersuchen und die objektiven wie subjektiven Verdrängungsmechanismen zu entschlüsseln und zur Sprache zu bringen, war eines der Forschungsprogramme der situationistischen „Praxis der Theorie“, die in eine Kritik der „Gesellschaft des Spektakels“ mündete. Die SI sah dabei die Notwendigkeit einer Bedürfnistheorie in Verbindung einer Theorie moderner Subjektivität mit historischem Klassenbewusstsein, die eine Art revolutionärer Psychoanalyse zur Grundlage haben muss. Es dabei v.a. darum, dem gesellschaftlichen und historischen Verdrängungswiderstand durch „Einnern, Wiederholen und Durcharbeiten“ (S. Freud) entgegenzuwirken.[9] Eine Einführung in die Kritik der „Gesellschaft des Spektakels“ sowie in spezifische Begrifflichkeiten der situationistischen „Praxis der Theorie“ als auch ihrer „Theorie der Praxis“ wird Thema des dritten Kapitels sein [*aus welchem wir lesen werden*], einem Versuch der Rekonstruktion der situationistischen Revolutionstheorie. Dabei wird der meist vernachlässigte oder ignorierte direkte Bezug der situationistischen Kritik zur Marxschen Theorie, ihr spezifisches „Zurück zu Marx“ (Lukács)[10] in den Mittelpunkt gerückt. Insbesondere geht es in diesem Kapitel um eine begrifflich-systematische Rekonstruktion der besonderen revolutionstheoretischen Zielsetzung der situationistischen Theorie, als einer strategisch-interventionistischen Kapitalismuskritik, die auf eine revolutionäre Praxis abzielt. [...]

3.3 Die Gesellschaft des Spektakels

Die historische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bedingt die Weiterentwicklung der marxschen Fetischkritik der Wert- und Warenform, der Geld- und Kapitalform etc. zur situationistischen Kritik des Spektakels. Debord be-

nennt diese historische Transformation folgendermassen: Es ist dies der Übergang von „der industriellen Revolution, der Manufakturarbeitsteilung und der massenhaften Produktion für den Weltmarkt“, bei der „die Ware tatsächlich als eine Macht [erscheint], die das gesellschaftliche Leben wirklich *besetzt*“, hin zu dem Moment, „worin die Ware zu *völligen Besetzung* des gesellschaftlichen Lebens gelangt ist. Das Verhältnis zur Ware ist nicht nur sichtbar geworden, man sieht sogar nichts anderes mehr: die Welt, die man sieht, ist seine Welt. [...] An diesem Punkt der ‚zweiten industriellen Revolution‘ wird neben der entfremdeten Produktion der entfremdete Konsum zu einer zusätzlichen Pflicht für die Massen.“ [GdS§41,42]. Die Fetischtheorie von Marx ist damit also nicht ausser Kraft gesetzt, sondern erweist sich als die Keimform der Spektakeltheorie. Das Spektakel tritt in dem Moment auf, in dem der fetischistische Schein einen bestimmten Grad globaler Überwältigung erreicht. Dieser historische Moment, der ungefähr in den 1920er Jahren eintrat, macht deshalb die Spektakeltheorie erst möglich.

3.3.1 Die spektakuläre Warenproduktion, ihre Bilder und das System der Trennungen

Die Gemeinsamkeit zwischen fetischistischen und spektakulären Formen besteht darin, dass das Spektakel ebenso wie der Fetischcharakter der Warenwelt „aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit [entspringt], welche Waren produziert.“ [MEW23:87]. Diese warenproduzierende Arbeit erzeugt eine Beherrschung der Gesellschaft durch „sinnlich übersinnliche Dinge“ [MEW23:85], „wo die sinnliche Welt durch eine über ihr schwebende Auswahl von Bildern ersetzt wird, welche sich zugleich als das Sinnliche schlechthin hat anerkennen lassen.“ [GdS§36]. Es ist der übersinnliche Aspekt der Ware, dessen Macht die Sinnlichkeit der Menschen beständig formt und ummodelt. Bestimmte menschliche Sinne werden im Spektakel gegenüber anderen bevorzugt; an oberster Stelle steht das Sehen. Ein Teil der Welt, die Bilderwelt, erscheint als die totale Welt der Realität; der Schein beherrscht das Sein. Eben dieses Prinzip vollendet sich im Spektakel in absoluter Weise und bildet die Grundlage für die Dominanz der Bilderwelt.

Diese Dominanz entspringt der Warenform selbst, ihrer „gespenstigen Gegenständlichkeit“ (Marx). Um sich als Tauschwerte realisieren zu können, müssen die zur Schau gestellten Waren den KäuferInnen ins Auge springen; sie müssen

sich von ähnlichen Waren herausragend unterscheiden (distinguieren): Image ist alles! [117] Die für ihre Tauschbarkeit erste notwendige Bedingung ist die ihrer Gleich-Gültigkeit, ihre Nivellierung in der allgemeinsten Äquivalentform: vor dem Geld (wie vor Gott) sind alle gleich. [118] Hierzu muss jedoch noch eine zweite Bedingung hinzutreten, die der Vielverschiedenheit der Waren, welche in den qualitativen Eigenschaften der einzelnen Gebrauchswerte zu finden ist. Die Waren müssen voneinander unterschieden sein, denn es wäre absurd, Identisches zu tauschen. Die für die Äquivalentform notwendige Gleich-Gültigkeit der Waren, [119] das Absehen von ihren Differenzen wird rückgespiegelt in die Vielverschiedenheit der relativen Wertform. So wie schliesslich die Geldform alle Differenzen auslöschen muss, so müssen sie auf der anderen Seite des Spiegelverhältnisses immer spektakulärer als unverwechselbare Images in Erscheinung treten: „Das Spektakel ist die andere Seite des Geldes: das abstrakte, allgemeine Äquivalent aller Waren. Wenn aber das Geld als Vertretung der zentralen Äquivalenz, d.h. als Vertretung der Austauschbarkeit der vielfältigen Güter – deren Gebrauch unvergleichbar blieb – die Gesellschaft beherrscht hat, ist das Spektakel seine moderne, entwickelte Ergänzung, in der die Totalität der Warenwelt als allgemeine Äquivalenz mit all dem, was die Gesamtheit der Gesellschaft sein und tun kann, im ganzen erscheint. Das Spektakel ist das Geld, das man nur ablickt, denn in ihm hat sich schon das Ganze des Gebrauchs gegen das Ganze der abstrakten Vorstellung ausgetauscht. Das Spektakel ist nicht nur der Diener des Pseudogebrauchs, es ist bereits in sich selbst der Pseudogebrauch des Lebens.“ [GdS§49].

Die schon im Wertspiegel angelegte wiedergängerische Verkehrung vollendet sich damit im Spektakel: „Da, wo sich die wirkliche Welt in blossen Bildern verwandelt, werden die blossen Bilder zu wirklichen Wesen und zu wirkenden Motivierungen eines hypnotischen Verhaltens“ [GdS§18]. Der Begriff „Bild“ steht bei Debord nunmehr für das Transportmittel des Verkehrten, des Quidproquo, den fetischhaften Schein. Er charakterisiert die Dynamik des Spektakels als das Gegenteil eines lebendigen Prozesses: Die Bilder haben „sich von jedem Aspekt des Lebens abgetrennt“ und „verschmelzen in einem gemeinsamen Lauf, in dem die Einheit dieses Lebens nicht wiederhergestellt werden kann.“ [GdS§2].

Wenn sich nun die spektakulären Bilder vom Prozess des Lebens abgetrennt haben, dann wir-

ken sie dem historisch-menschlichen Prozess entgegen, emanzipatorische Möglichkeiten aufzudecken und sie sich anzueignen; sie zementieren damit die bestehende Wirklichkeit. Mehr noch, sie behindern das Begreifen der lebendigen Arbeit als durchgängig wirkendem Movens der menschlichen Gesellschaft, des Menschen überhaupt, womit seine Gesamtmöglichkeiten, seine potenziellen Entwicklungsmöglichkeiten, seine Historizität und Geschichtsmächtigkeit verhüllt werden. Das Leben [120] als gestalterisches Prinzip objektiver Möglichkeiten, wird im Spektakel zum blossen *Überleben* degradiert, d.h. auf die Unterordnung des Lebensinhalts unter die äusseren Notwendigkeiten und scheinbaren Zwänge, die nur passives Reagieren erlauben. Im Gegensatz zum Überleben ist Leben gleichbedeutend mit aktivem, kreativem Agieren im Raum der gesellschaftlichen Möglichkeiten. Dieses allerdings erscheint „selbst nur in phantastischer Gestalt [...] im umgekehrten Bild, das das moderne Spektakel der Welt aufzwingt“ [BE:186/SI2:191].

Leben findet damit weitgehend nicht als Agens statt, sondern nur qua Bilder hochgradig vermittelt in der blossen Vorstellung [121]. Der Grund dafür ist die Wirkungsweise des Fetischismus, in dem sowohl der gesellschaftliche Zusammenhang als auch eine potenziell freie und vernünftige Planmässigkeit der gesellschaftlichen Produktion den Menschen entzogen scheint. Die Möglichkeiten zur aktiven Lebensgestaltung sind den Menschen somit verborgen. Durch die spektakulären Bilder ist es ihnen nur noch möglich, verzerrte Teilrealitäten zu betrachten. Diese verdichten sich im Spektakel zu einer relativ starren „Pseudowelt“, in welcher sich nur Dinge [122] und Bilder zu bewegen scheinen und die sich insofern von der gestalterischen prozesshaften lebendigen gesellschaftlichen Arbeit absondern. Das Spektakel ist die „konkrete Verkehrung des Lebens, die eigenständige Bewegung des Unlebendigen.“ [GdS§2] [123]

Im Warenfetischismus werden die gesellschaftlichen Charaktere ihrer Arbeit (auf der Grundlage von Privateigentum und Privatproduktion) den Menschen zurückgespiegelt als *gesellschaftliche* Charaktere der *Arbeitsprodukte*, d.h. gewissermassen als „gesellschaftliche Natureigenschaften“ dieser Dinge. [Vgl. MEW23:86] Ihr gesellschaftliches Verhältnis zur Gesamtarbeit erscheint den ProduzentInnen als ein ausser ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Dingen. Im Kapitalfetisch erscheint der Wert in Form vergegenständlichter, toter Arbeit, d.h. als eine gesellschaftliche Macht, dem die lebendige

Arbeit als abstrakte Subjektivität, als gesellschaftliche Ohnmacht gegenübersteht. Darüber hinausgehend vollendet sich die „Spezialisierung der Bilder“ tendenziell „in der autonom gewordenen Welt des Bildes“ [GdS§2], womit sich der Kapitalfetisch zum Spektakel transformiert hat: „Das Spektakel ist das *Kapital* in einem solchen Grad der Akkumulation, dass es zum Bild wird.“ [GdS§34].

3.3.2 Die Kritik der Trennungen und die getrennte Kritik

Da das Kapital selbst nur als ein *gesellschaftliches Verhältnis* zu begreifen ist und nicht bloss als irgendeine dingliche Ansammlung von Waren, von Geld, von Technologie, Maschinen usw., so ist auch das „Spektakel“ nicht als „ein Ganzes von Bildern“ zu begreifen, „sondern [als] ein durch Bilder vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen.“ [GdS§4]

An diesem Punkt zeigt sich, dass die Spektakelkritik nicht eine blosser Kritik an Medien, wie z.B. Rundfunk und Fernsehen, ist. Das Spektakel in seiner Totalität zu begreifen heisst, das Spektakel als „das Ergebnis und die Zielsetzung der bestehenden Produktionsweise“ [GdS§6] zu kritisieren. Im „engeren Gesichtspunkt der ‚Massenkommunikationsmittel‘“ sieht Debord lediglich eine „Oberflächenerscheinung“ des Spektakels, einen fetischistischen Schein spektakulärer Beziehungen, „deren Charakter als Beziehung zwischen Menschen und zwischen Klassen“ dadurch verborgen wird. [GdS§24]. Eine auf reine Medienkritik verkürzte Spektakelkritik ist demnach selbst spektakuläre Kritik, also eine Kritik, die im Fetischcharakter der spektakulären Bildproduktion befangen bleibt [vgl. ebd.]. Wenn z.B. bestimmte Teilaspekte, wie etwa die manipulative Macht der Medien, für gewisse gesellschaftliche Missstände ursächlich verantwortlich gemacht werden, verstärkt eine solchermaßen verkürzte Kritik die Verschleierung der wirklichen gesellschaftlichen Wechselverhältnisse und Vermittlungen, selbst wenn etwas Richtiges daran sein sollte. Der spektakulär abgesonderte Teil, der dabei für das Ganze steht, verbirgt die wirkliche Totalität, d.h. den Gesamtwirkungszusammenhang [vgl. GdS§203] [124]

Doch selbst für diese Art reduktionistischer Kritik liegen die Gründe im spektakulären Schein der Produktionsweise und nicht etwa in einer böswilligen, bewussten Verschleierung z.B. durch die MedienkritikerInnen. Denn es liegt im Wesen des fetischistisch-spektakulären Quidproquo, die im spektakulären Schein abgesonderten

und abstahierten Teilrealitäten nicht in ihrem konkreten Gesamtzusammenhang darzustellen, da dieser eben durch das Spektakel und seine Trennungen verborgen wird.

Die Absonderung von Teilen, die realen Abstraktionen, sind ein Prinzip des Spektakels, und dieses Prinzip hat ebenfalls seine Wurzeln im Warenfetischismus. Denn dort manifestieren sich die Realabstraktionen bekanntlich als Trennungen, wenn etwa die Arbeitsprodukte im Austausch eine gleiche, von ihrer *sinnlich* verschiedenen Gebrauchsgegenständlichkeit jedoch absehbare, *gesellschaftliche* Gegenständlichkeit erhalten: die Wertgegenständlichkeit. [Vgl. MEW23:87]. Aus der Expansion der Wert- und Warenform auf alle Bereiche des menschlichen Lebens resultiert das Spektakel als „vollendete Trennung“ [vgl. GdS:11][125]. Das Spektakel ist zugleich „die getrennte Produktion und Produktion der Trennung“, die verallgemeinerte Trennung „des Arbeiters von seinem Produkt“, bei der „jede persönliche, direkte Kommunikation zwischen den Produzenten verloren“ geht. [GdS§26]. „Der Erfolg des wirtschaftlichen Systems der Trennung ist die *Proletarisierung* der Welt.“ [Ebd.]. Das Spektakel zeigt sich damit als eine von den konkreten gesellschaftsgestaltenden Handlungsmöglichkeiten der Menschen getrennte Macht, „die sich in sich selbst entwickelt im Produktionswachstum, das verursacht wird durch die ständige Verfeinerung der Arbeitsteilung zur Parzellierung der Gesten, die von der Bewegung der Maschine beherrscht sind.“ [GdS§25]. Dieses Strukturprinzip der Trennung auf der Grundlage gesellschaftlicher Arbeitsteilung in kapitalistischer Form bedeutet zusammengefasst „die Abstraktion jeder besonderen Arbeit und die allgemeine Abstraktion der Gesamtproduktion“ [GdS§29], die sich vollkommen im Spektakel äussern, wobei „dessen *konkrete Seinsweise* gerade die Abstraktion ist. Im Spektakel *stellt sich* ein Teil der Welt vor der Welt *dar* und erscheint über sie erhaben. Das Spektakel ist zugleich die gemeinschaftliche Sprache dieser Trennung. Was die Zuschauer miteinander verbindet, ist nur ein irreversibles Verhältnis zum Zentrum selbst, das ihre Vereinzelung aufrechterhält. Das Spektakel vereinigt das Getrennte, aber nur *als Getrenntes*.“ [GdS§29]

Da diese Abstraktionen aufgrund der spektakulären Produktionsweise reale Absonderungen, wirkliche, weil wirkende Verkehungen sind, baut sich nun das Spektakel mittels der Bilder, über die es sich sinnlich darstellt, auch als verkehrte Vorstellung im Bewusstsein der Menschen auf. Die Bilder haben sich (durch die Form

des Spektakels als Einheit des Getrennten) von den konkreten Handlungen der Menschen, gerade auch von jenen, die sie produzieren, abgesondert, und die Menschen konsumieren nun diese Bilder in passiver Weise; sie werden *ZuschauerInnen*. Wie die Waren als verdinglichte Produkte, so schieben sich die spektakulären Bilder, die den Produkten in der Warenform anhaften, zwischen die konkreten Handlungen der Menschen und die von ihnen gestaltete Welt, womit sie die objektiven Gestaltungsmöglichkeiten verbergen. Die Bilder sind eine Repräsentation der im Spektakel zusammengesetzten und zuvor getrennten Teilrealitäten und insofern ihnen gegenüber repräsentativ. Im Spektakel werden passive ZuschauerInnen der – letztendlich von ihnen selbst produzierten – Bilder hervorgebracht, die auf sie „hypnotisch“, „narkotisch“ zurückwirken. Das Spektakel ist, wie der Warenfetisch, der ihm zugrunde liegt, eine „phantasimagorische Form“ (Marx). Die Passivität der Menschen liegt darin begründet, dass sie sich der praktischen Veränderungen ihrer Existenzbedingungen aufgrund der „narkotischen“ Wirkung des Spektakels nicht bewusst sein können, obgleich sich das Spektakel aufgrund ihrer eigenen Handlungen, ihrer konkreten gesellschaftlichen Arbeit beständig reproduziert. In diesem Sinne befinden sie sich in einem Zustand, der einem Drogenrausch, genauer: einem Opiumrausch[127], ähnelt. Debord beschreibt das Spektakel insofern auch als einen ständigen „Opiumkrieg, um die Identifizierung der Güter mit den Waren und auch die der Zufriedenheit mit dem sich nach seinen eigenen Gesetzen vermehrenden Überleben aufzuzwingen.“ [GdS§44]

Das Spektakel drängt die wirklichen, lebensgestalterischen Begierden, die es, gemessen an den Möglichkeiten des menschlichen Lebens, zu entfremdeten Pseudo-Befriedigungen verkehrt, „in die entfernten Zonen des revolutionären Unbewussten“ zurück. [BE:231] Ähnlich wie die Religion in vorkapitalistischer Zeit, so konserviert das Spektakel diese Bewusstlosigkeit; darum bezeichnet es Debord auch als „Pseudo-Heiliges“ [GdS§25], als den „materielle[n] Wiederaufbau der religiösen Illusion.“ [GdS§20]. Die Projektion menschlicher Gattungskräfte im absolut gedachten Gott der monotheistischen Religionen verweltlicht sich mit der Durchsetzung der Wert- und Warenform in der kapitalistischen Produktionsweise. Die Stelle des scheinbar Absoluten nimmt im gesellschaftlichen Vermittlungsprozess nun nicht mehr ein – wie auch immer vorgestellter – Gott ein, sondern der Wert in allen seinen ökonomischen Ausformungen als Geld und

Kapital. „Die im Geldvermögen angelegte ‚Utopie‘, nämlich die Verheissung privater Verfügung über die Totalität menschlicher Möglichkeiten, holt das Reich Gottes auf die Erde und stellt es dem Individuum zur Disposition“, so Christoph Deutschmann in seiner Untersuchung „Zur religiösen Natur des Kapitalismus“. [Deutschmann:104]. Auch Debord begreift das Geld im Spektakel als eine erscheinende Repräsentation der gesellschaftlichen Potenzen [vgl. GdS§49]. Nachdem die Menschen sich in der Religion eine entfremdende Projektion des endlichen menschlichen Lebens und seiner Möglichkeiten ins unendlich Transzendente halluzinierten, wirkte diese Projektion durch die Religion wie eine ausser ihnen stehende Macht auf ihre Handlungen zurück. Insofern kann dieser von ihnen halluzinierte Gott die Menschen tatsächlich wiederum „nach seinem Ebenbild schaffen“[129][vgl. MEW4:466]. Diese Art der rückwirkenden Projektion fixierender Bilder auf die Menschen besteht mit dem Entstehen der kapitalistischen Produktionsweise in verweltlichter Form. So wie das Geld als Repräsentant der menschlichen Potenzen erscheint, ist es (dieser Logik folgend) des weiteren das *Kapital*, das sich – wie Debord beschreibt –die Gesellschaft zu seinem Ebenbild macht: „Die ganze Ausdehnung der Gesellschaft ist sein Porträt.“ [GdS§50]

3.6 die Konstruktion von Situationen

Als *Konstruktion von Situationen* kann zunächst die Suche nach den Möglichkeiten von entdinglichten Handlungen bezeichnet werden. Sie ist insofern eine defetischisierende Praxisform und in erster Linie eine *Forschungspraxis*, der Versuch, revolutionäre Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Spielräume kapitalistischer Vergesellschaftungsformen auszuloten. In zweiter Linie ist sie ein *strategisches, theoriegeleitetes Handeln unter Ungewissheit*. [285] Drittens bezeichnet die *Konstruktion von Situationen* den Versuch der Aufhebung der Grenzen jener Spielräume, das *Freilegen der Möglichkeiten revolutionärer Aktionen in Richtung einer Herbeiführung proletarischer Revolution*. Dies beinhaltet eine Abneigung und strategische Umgestaltung aller für brauchbar erachteten Mittel, Medien und sonstigen kulturellen Gegenstände.

Spielerisch sollen durch Konstruktionen von Situationen festgefahrene, als selbstverständlich geltende Praxisformen und Sichtweisen irritiert und aufgebrochen werden, um die darunter liegenden Strukturen und Gesetzmässigkeiten zu Tage zu fördern, die daraufhin bewusst gemacht,

problematisiert, verändert und entwickelt werden können. Doch immer wieder weist die SI darauf hin, dass diese Verfahren und Praktiken ihren revolutionären Sinn nur im Zusammenhang mit der theoretischen und praktischen Frage der revolutionären Organisation des Proletariats haben können. Losgelöst vom revolutionär-strategischen Gesichtspunkt der vollständigen Umwälzung der bisherigen Lebensweise werden sie sozusagen „konterrevolutionär“, da sie – z.B. als Performancekunst oder als Sexualisierung in der Werbung – der ware-geld-vermittelten Sphärentrennung von Kunst und Alltag zuarbeiten und sie damit weiter zementieren helfen. Einzig in Verbindung mit der Frage einer revolutionären Selbstorganisation kann die Konstruktion von Situationen darauf hinauslaufen, die Begierden hin zu einem grossen leidenschaftlichen *Spiel* zu entfesseln.

Wenn die Bedingungen einer proletarischen Revolution noch sehr ungünstig sind, zweichnet sich die Konstruktion von Situationen als Forschungspraxis in der regel durch ihre kurze Dauer und örtliche Begrenztheit aus. Es sind dann experimentelle Eingriffe; als Forschungen setzen sie „unvermeidlich kühne Hypothesen voraus, die ständig im Lichte der Erfahrung durch Kritik und Selbstkritik zu korrigieren sind“. [BE19]. Sie können zum einen eine kurzfristige, wenn auch begrenzte Durchschaubarkeit bieten, in der zugleich die prinzipielle Möglichkeit der Subjektwerdung der Handelnden kurzzeitig als Wirklichkeit aufscheinen kann. Das eigene Handeln tritt dem Handelnden in der konstruierten Situation dann nicht mehr als fremde Macht gegenüber. Zum anderen stellen die kurze Dauer und die örtliche Begrenztheit des bewussten Erlebens eine *Ent-Täuschung* dar, bei der sich die täuschenden Nebelschleier des Scheins kurz lüften können, ähnlich dem Erwachen aus einem Drogenrausch (was für die Mitglieder der SI kein unbekanntes Phänomen gewesen sein dürfte). Insofern ist die Konstruktion von Situationen eine der Verdinglichung entgegenwirkende Praxis. Somit ist sie im Prinzip in der Lage, die theoretische Kritik auf praktischer Grundlage zu unterstützen, die vermeintlichen Selbstverständlichkeiten des Alltags durch Irritation und das Aufscheinenlassen anderer Möglichkeiten hinterfragbar zu machen, die Pseudonaturhaftigkeit des gesellschaftlich Bestehenden als geschichtlich geworden zu verdeutlichen und evtl. zu veranschaulichen, d.h. die theoretische Kritik dabei zu unterstützen, den wirkmächtigen, weil realen, aber verkehrten Schein zu durchdringen.

3.6.1 Das Umherschweifen und die Psychogeographie

Das Umherschweifen (*le dérive*) im engeren Sinne ist eine kollektiv organisierte Erkundung bisher unentdeckter Nutzungsmöglichkeiten der bestehenden Städte. Im weiteren Sinne bezeichnet sie das bewusst strategische Durchqueren der spektakulär-kapitalistischen Umwelt, die damit auf handlungspraktischer Ebene weiter erforscht werden soll. „Das Konzept des Umherschweifens ist“, Debord zufolge, „untrennbar verbunden mit der Erkundung von Wirkungen psychogeographischer Natur und der Behauptung eines konstruktiven Spielverhaltens, was es in jeder Hinsicht den klassischen Begriffen der Reise und des Spaziergangs entgegenstellt.“ [BE:64] Die „Psychogeographie“ stellt eine Forschungsweise dar, die eine Kartographierung der Umwelt, der Handlungsspielräume, ihrer Möglichkeiten für eine revolutionäre Praxis, eine Sondierung des proletarischen Bewusstseins und der Begierden erlauben soll. Die Psychogeographie macht sich „die Erforschung der genauen Gesetze und exakten Wirkungen des geographischen Milieus zur Aufgabe [...], das, bewusst eingerichtet oder nicht, direkt auf das emotionale Verhalten des Individuums einwirkt.“ [BE:17]

Als Form der räumlichen und konzeptuellen Erforschung der Stadt stellt der *dérive* ein spielerisch-konstruktives Verhalten dar, bei dem die daran Beteiligten „für eine mehr oder weniger lange Zeit auf die ihnen allgemeinen bekannten Bewegungs- bzw. Handlungsmotive, auf ihre Beziehungen, Arbeits- und Freizeitbeschäftigungen“ verzichten müssen. [BE:64]. Dieser Verzicht ist unerlässlich, damit die Umherschweifenden sich in höchstmöglicher Form „den Anregungen des Geländes und den ihm entsprechenden Begegnungen [...] überlassen“ können. [Ebd.] Dabei ist das Umherschweifen, wie es die SI versteht, keinesfalls ein blosses, zufälliges „Sichttreibenlassen“, sondern es stellt zugleich eine Methode dar, welche eine „Beherrschung der psychogeographischen Variationen durch die Kenntnis und die Berechnung ihrer Möglichkeiten“ beinhaltet. [BE:64]. Der *dérive* ist damit ein strategisches „Mittel zur Erforschung der Psychogeographie und der situationistischen Psychologie“. [BE:41]. Der Zufall spielt dabei zwar eine gewisse Rolle, aber letztendlich handelt es sich um eine theoriegeleitete Untersuchung; d.h., wenn man die strategische Dimension und das darin beinhaltete aktivische Moment vernachlässigt, sich dem Zufall bloss passivisch überantwortet, so stellt dies allein keinen *dérive* dar.

Denn es werden dabei keine neuen Möglichkeitsräume erforscht, sondern die Zufallswirkung, welche „von Natur aus konservativ“ ist, lässt einen bloss im manifest Bestehenden „herumirren“ (Debord).

Indem man die Stadt, am besten kollektiv – z.B. in mehreren Kleingruppen von zwei bis fünf Personen – unter strategischen Gesichtspunkten durchstreift, stellt das Umherschweifen die *Wirkung* der urbanen Umgebung auf die Stimmungen der Einzelnen in den Mittelpunkt, welche so objektiv wie möglich analysiert werden soll. Hierfür können auch andere Wissenschaften herangezogen und entwendet werden, wie etwa die Ökologie, die in ihrer zweckentfremdeten Form z.B. in der städtischen Struktur die „Rolle des Mikroklimas“ einer soziokulturellen Umwelt erforschen erlaubt, so die SI.

Die wesentlichste Rolle beim *dérive* spielt aber die *Kritik des Urbanismus*, da der spektakuläre Urbanismus ein wirkmächtige Technik der Trennung darstellt. Sehr leicht lassen sich die Herrschaftszentren oder Elendsviertel einer Stadt schon auf den ersten Blick unterscheiden. Zumeist unerforscht ist jedoch jenes Feingewebe der Stadt, das auf die unbewussten Verhaltensweisen der Menschen und der Beteiligten wirkt. Als Beispiele für derartige Umherschweifexperimente nennt Debord z.B. „mögliche Verabredungen“ mit anderen, ohne konkrete Orts- und Zeitangaben, oder „sich nachts in die Stockwerke von Abbruchhäusern stehlen; während eines Verkehrsmittelstreiks ununterbrochen durch Paris fahren, unter dem Vorwand, das Chaos noch schlimmerzumachen, indem man sich irgendwohin bringen lässt; in den für Besucher verbotenen Gängen der Pariser Katakomben herumirren“ etc. [BE: 67]

Die strategischen Gesichtspunkte sind v.a. die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins über das revolutionäre Potenzial urbaner Räume und seiner Grenzen, der „wesentlichen Durchgangssachsen, ihre Ausgänge und Schutzzonen“. [Ebd.] Insgesamt gilt es dabei die Möglichkeitspielräume subversiver Praxisformen auszuloten, ihre Basen zu bestimmen, ihre Einfallsmöglichkeiten zu berechnen und gleichzeitig Begierden zu kartographieren sowie neue zu wecken und zu entdecken. Konkret kann dies z.B. auf die Aneignung der Strasse und Erforschung ihrer durch den spektakulären Urbanismus hervorgerufenen Beschränktheit hinauslaufen. Denn Revolutionen finden bekanntlich in der Regel weitgehend auf der Strasse statt. Die situationistische Kritik des Urbanismus rückt die Stadt als Schauplatz revolutionärer Eingriffe in den Fokus. Laut der SI ist

die Stadt für Revolten privilegiert, da sich hier eine grosse Ansammlung von Menschen auf kleinem Raum vorfindet. Sie sind allerdingst durch die Techniken des Urbanismus – und nicht zu vergessen aufgrund weiterer spektakulärer und warenförmiger Wirkungsweisen – voneinander getrennt. Des weiteren sind gerade in den modernen Metropolen die Produktivkräfte, deren Potenzial es zu erforschen und revolutionär anzueignen gilt, sehr konzentriert vorhanden. Deshalb konzentriert sich die situationistische Konstruktion von Situationen sehr stark auf die modernen Städte, die Metropolen des kapitalistisch-spektakulären Produktionsprozesses.

3.6.2 Das zweckentfremdende Aneignen kultureller Gegenstände

Bisher wurde das Detournement v.a. unter dem Gesichtspunkt einer Methode der „Praxis der Theorie“ dargestellt, mittels derer die zu Ideologemen erstarrten Begriffe verflüssigt werden, um sie der Revolutionstheorie zuzuführen. In diesem Abschnitt soll stärker der Gesichtspunkt des Detournement als *handlungspraktisches Mittel zur Aneignung und Umgestaltung kultureller Gegenstände unter revolutionsstrategischer Zielsetzung* betont werden.

Unter Bezugnahme auf das zweckentfremdende Moment des Detournements wurde diese situationistische Methode immer wieder als Vorläuferpraxis der sich aus der Spontibewegung der 1970er Jahre herausentwickelnden und in der BRD agierenden, sogenannten Spassguerilla oder der v.a. in den USA bekannten Praxis des „culture jamming“ angeführt [dazu: Schneider 2003]. Aus ihrer kontextuellen Bedeutung und ihrem Zeithorizont herausgerissen, lassen sich auch entsprechende Ähnlichkeiten herstellen. Das Ersetzen der Texte in den Sprechblasen bekannter Comics durch revolutionstheoretische oder sonstige subversive Aussagen und deren Veröffentlichung als illegal plakatierte Wandzeitung dürfte dabei eines der bekannteren Beispiele eines situationistischen Detournements sein.[291] In den Texten der SI lassen sich weitere, meist nicht realisierte Vorschläge zur subversiven Zweckentfremdung von Produkten der Kulturindustrie finden, wie etwa die Entwendung von Werbeplakaten, Musik, Filmen, Architekturformen und sogar ganzer Städteplanungen. [BE:20ff]. Auch wenn Bezugnahmen auf solche Beispiele immer wieder den Eindruck erwecken, so handelt es sich beim Detournement, wie es die SI versteht, nicht um simple Spassguerilla, mit deren Hilfe die tristen linken Aktionsformen ein wenig aufgepeppt

werden sollen. Somit ging es der SI – im Gegensatz zur Konzeption der Spassguerilla – am wenigsten darum, „der allgegenwärtigen Frustration, Trägheit und Phantasielosigkeit etwas entgegenzusetzen“. [AGSpass1994:5]

Wie schon die SI betont, handelt es sich bei der Praxis des Detournement auch nicht um die blosse Liebe zur Provokation und zum Skandal, wie dies in der Kunstszene praktiziert wird, etwa wenn Mona Lisa wieder einmal mit einem Schnurrbart versehen wird[292] – um das Beispiel der SI zu zitieren [vgl. BE: 20]. Derartige Aktionen sind für die SI relativ uninteressant, handle es sich dabei doch bloss um eine einfache Negation „der bürgerlichen Auffassung des Genies und der Kunst“, welche „schon lange überholt“ sei. [Ebd.] Vielmehr kommt es ihr v.a. darauf an, „über jede Idee des Skandals hinauszugehen. [...] Jetzt muss dieser Prozess bis zur Negation der Negation weitergeführt werden.“ [Ebd.] Damit einhergehend muss auch das parodistische Moment bei solchen Aktionen aufgehoben werden. Zwar inszeniert „das Komische [...] den Widerspruch zu einem gegebenen, als vorhanden gesetzten Zustand“. Bei der konstruierten Situation des Detournements geht es aber nicht nur darum, „komische Wirkungen zu erzielen“. [BE:21]. Sondern „man muss ein parodistischerntes Stadium ins Auge fassen, in dem die Anhäufung zweckentfremdeter Elemente weit davon entfernt [ist], durch den Bezug auf ein Originalwerk Lachen oder Empörung zu provozieren“ [ebd.]. Denn um den parodistisch entstellenden Bezug zum Originalwerk geht es dabei schon lange nicht mehr. Dieses ist blosses Mittel, das es sich kollektiv anzueignen gilt, für einen höherstehenden Zweck, nämlich die Organisation der frontalen Konfrontation „mit allen gesellschaftlichen und rechtlichen Konventionen“ [Ebd.].

Überhaupt möglich ist die Praxis der Zweckentfremdung dadurch, dass alle Gegenstände[295], sobald sie Mittel (Werkzeuge, Apparate, Zeichen etc.) oder Medien (Sprache, Texturen, Systeme technischer oder symbolischer Art etc.) innerhalb einer Praxis werden, sowohl *Realisate* als auch *Potenziale* abgeben. Aufgrund ihrer Potenzialität bergen alle Gegenstände weitere Funktionen als die in ihrer konventionellen Handhabung gegebenen und können Begierden erzeugen, die von ihnen selbst nicht befriedigt werden können. Sie lassen sich immer auch anders verwenden, z.B. entgegen ihrem gesetzten, ihnen ursprünglich zugedachten Zweck. Alle kulturellen Gegenstände sind im Zusammenhang des Spektakels spektakulär bestimmt, in einer bestimmten Weise

oder Funktion gemäss den Erfordernissen des Spektakels einseitig festgelegt. Allerdings schmälert dies nur zum Teil ihr Potenzial, also die objektive Möglichkeit, sie auch ander verwenden zu können. Das Detournement ist insofern eine Praxis, die Spur für die Pontenzialität eines neuen, subversiven und revolutionären Gebrauchs der kulturellen Gegenstände zu legen, aufzuzeigen und zu erforschen.

Bei bestimmten Gegenständen des Spektakels ist es allerdings notwendig, sie zuerst einmal völlig umzugestalten, sie teilweise oder gar ganz zu zerstören, um sie wieder neu zusammensetzen zu können. Dabei kann sich auch herausstellen, dass sie überhaupt nicht mehr in einem revolutionären Sinne zu gebrauchen sind. Die strategische Orientierung hierfür, die Massgabe dessen, ob etwas als sinnvoll oder sinnlos zu betrachten ist, müssen die Begierden bilden, welche sich aus den Erfahrungen der bisherigen Klassenkämpfe herausgebildet haben und die von den RevolutionärInnen wieder freizulegen sind.

Im Grossen und Ganzen stellt sich die Vorgehensweise des Detournements folgendermassen dar: Zuvor erforschte und vorgefundene Gegenstände werden aus ihrem bestehenden, sie bestimmenden, spektakulären Zusammenhang herausgerissen. Damit einhergehend findet bei ihnen eine Bedeutungsminde rung oder gar eine sinnentleerung statt, zumindest bezüglich ihrer herrschenden Bedeutung und ihres Sinns im Spektakel. Eventuell müssen sie in weitere Einzelbestandteile zerlegt werden, um eine umgestaltete Neuzusammensetzung zu ermöglichen. Hierfür kann auf Techniken der Kunst, wie etwa auf dadaistische Collagetechniken oder surrealistische Verfremdungstechniken zurückgegriffen werden. Durch die Orientierung an den radikalen Bedürfnissen und den revolutionären Begierden wird ihnen ein neuer, revolutionärer Sinn verliehen. Auf diese Weise können im Prinzip die vorhandenen Kulturgegenstände auch gegen die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals vom revolutionären Proletariat angeeignet und gegen das Spektakel gerichtet neu eingesetzt werden.

Durch das Aufzeigen und Entdecken neuer und revolutionärer Möglichkeiten kann gleichzeitig die Jämmerlichkeit der bürgerlichen Glücksvorstellungen, das Elend der Kulturgegenstände im Spektakel, die Armut im Reichtum vorgeführt werden. Das Detournement ist damit eine Strategie zur Zerstörung des spektakulären Scheins. So ist diese Zweckentfremdung, der SI zufolge, „in einem ursprünglichen Sinne [...] innerhalb der alten kulturellen Gebiete eine Propagandamethode, die die Abnutzung und den Bedeutungsver-

lust dieser Gebiete aufzeigt“. [BE:51]. Sie ist eine Angriffs- und Eingriffsmethode auf die kulturindustriellen, spektakulären Beziehungen zwischen kulturellen Elementen und den gegenständlichen Verhältnissen, in die die Menschen verwickelt sind. Hierfür kann das Detournement, laut der SI, „als mächtiges kulturelles Werkzeug im Dienst eines richtig verstandenen Klassenkampfes zur Verfügung stehen“ [BE:23]. Sie ist eine Technik der Aneignung, eine spielerisch-experimentelle und zugleich krieglerische Methode im Prozess der proletarischen Selbstorganisation.

Solange massenhafte proletarische Kämpfe und deren Organisation nicht in Sicht sind, stellen der *dérive*, das Detournement, also die Konstruktion von Situationen überhaupt in erster Linie Forschungspraxen dar, die darauf abzielen, die objektiven Möglichkeiten revolutionären Agierens, die Erforschung revolutionärer Potenziale von vorgefundenen Gegenständen und Räumen und deren mögliche Ingebrauchnahme zu untersuchen, zu systematisieren und auf den Begriff zu bringen. Erst wenn massenweise organisierte Kämpfe stattfinden, können jene Techniken und Verfahrensweisen ihre Potenziale als wirkmächtige handlungspraktische Waffen des revolutionären Proletariats entfalten.

Fussnoten:

[2] *gauchisme* (fr.) in etwa: Linksradikalismus. In diesem Falle: linke Gewerkschaft (KP-nah)

[3] Die CGT ist eine französische Gewerkschaft, die damals ein „Transmissionsriemen“ der französischen kommunistischen Partei war.

[4] Eine kleinere Anzahl Mitglieder kam aus den USA, Algerien, Westdeutschland, Rumänien, Schweden, Kongo, Tunesien, Israel, Venezuela und Ungarn.

[5] Heute wiederum scheint es so, als ob die Option eines globalen revolutionären Umsturzes gänzlich verschwunden sei.

[8] Der Terminus „Kohärenz“ bezeichnet eine Vereinbarkeit mehrerer Aussagen, Handlungsziele und Lebenspläne, oder den vernünftigen Zusammenhang eines Argumentationsanges, im Gegensatz zu Zerrissenheit fragmentarischer Wahrnehmungs-, Handlungs- und Argumentationsweisen. [...]

[9] In diesem gleichnamigen klassischen Text der Psychoanalyse geht es darum, zu zeigen, wie es möglich ist, die immer wiederkehrende Situation eines neurotischen, depressiven Teufelskreises aufzulösen. [...]

[10] Georg Lukács (1885-1971) formulierte jene Parole zeitgleich, aber unabhängig von der SI für das Programm einer Marx-Renaissance.

[117] Werbeclaim von „Sprite“ 2001: „Image ist nichts – Durst ist alles. Hör auf Deinen Durst.“

[118] „Wie im Geld aller qualitative Unterschied der Waren ausgelöscht ist, löscht es seinerseits als radikaler Leveler alle Unterschiede aus.“ [MEW23:146]

[119] Eine Ware „bringt ihr eigenes Wertsein dadurch zum Vorschein“, dass ihr eine andere Ware, „ohne Annahme

einer von [ihrer] Körperform verschiedenen Werform, gleichgilt“ [MEW23:70]

[120] Der Begriff des „Lebens“ bei Debord orientiert sich streng am Marxschen Begriff der „lebendigen Arbeit“; d.h. er wird bei Debord nicht in einem vitalistischen, d.h. „lebensphilosophischen“ Sinne gebraucht.

[121] Es muss an dieser Stelle auf den Doppelcharakter des Begriffs „Vorstellung“ – in der Bestimmung bei Hegel und Feuerbach – hingewiesen werden, dessen eine Seite die subjektiven, ideellen Vorstellungen in den Köpfen der Menschen und dessen andere Seite zugleich die objektive zur Schau gestellte gesellschaftliche Vorstellung, analog einer Theatervorstellung, bezeichnet.

[122] Im Gegensatz zum Terminus „Gegenstand“ (Objekt), der nicht vom dem ihm gegenüberstehenden Subjekt zu trennen ist oder getrennt gedacht werden kann, bezeichnet der Terminus „Ding“ das Getrenntsein des Gegenstandes vom Subjekt, d.h. das Ding ist ein fetischisiertes Objekt.

[123] Debord knüpft hier an das Wiedergängermotiv an, welches Marx in Bezug auf das Kapital einführt: „Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich nur vampyrmässig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit und um so mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt.“ [MEW23:247]

[124] Es ist dies die Pars-pro-toto-Problematik, als Spezialfall des Quidpro-quos („das Eine für das Andere“), nämlich dass ein abgesondertes Teil für das Ganze steht. Dies stellt zugleich einen Verkehrungszusammenhang dar, da sich das Teil zum (Pseudo-)Ganzen verkehrt.

[125] In der „Trennung eines wesentlich Zusammengehörigen“ besteht zugleich die Elementarform jeglicher Entfremdung [MEW42:84]. „Die Einheit stellt sich gewaltsam her, sobald die feindliche Spaltung zu Eruption führt [...]“ [Ebd.].

[127] Die Besonderheit des Opiumgenusses besteht im Setting der Passivität und Kontemplation, der schmerzstillenden und sedierenden Wirkung sowie gesteigerter visueller Reizempfindlichkeit.

[285] Die Konstruktion von Situationen hat hierbei viel Ähnlichkeit mit der Kriegsführung. Einige der Mitglieder der SI interessierten sich schon in den Jahren der LI für die klassische Kriegskunst und beschäftigten sich mit ihren Theorien, wie etwa Carl von Clausewitz' „Vom Kriege“ oder „Die Kunst des Krieges“ von Sun Tse, aus denen sie ab und zu zitierten bzw. entwendeten. [Vgl. Clausewitz2000 u. Sun Tse 1998]. Daher ihre oftmals militärische Sprache.

[291] Zur Vorbereitung des sogenannten Strassburger Skandals 1966 tauchte ein Comic mit dem Namen „Die Rückkehr der Kolonne Durruti“ auf, bei dem die Sprechblasen damals bekannter Comics durch andere Texte ersetzt oder in bekannte Bilder (z.B. von Lenin) Sprechblasen eingezeichnet wurden. Man sieht dabei z.B. Cowboys die über „Verdinglichung“ diskutieren oder zwei Zahnbürsten, die sich darüber unterhalten, welche politischen Strömungen wohl am lächerlichsten seien. [Vgl. SI1977:33ff.]

[292] Wie es Marcel Duchamp tat.

[295] Als „Gegenstand“ wird hier nicht nur irgendetwas Stoffliches, z.B. sinnlich Wahrnehmbares bezeichnet, sondern alles, was einem Subjekt, einem wirklichen oder potenziellen Akteur, entgegensteht oder worin er involviert ist, mit dem er in irgendeiner Weise umgehen muss, verfahren kann oder zu dem er sich in irgendeiner Weise verhält, d.h. alles, wozu er in einem Verhältnis steht, sich in ein solches setzt oder eines eingeht. Insofern können auch Symbole, sprachliche oder zeichenhafte Objekte oder sogar Spielregeln, Konventionen etc. Gegenstände sein.

7. Hans-Jürgen Krahle

(* 17. Januar 1943 in Sarstedt bei Hannover; † 13. Februar 1970 auf der Bundesstrasse 252 bei Marburg) war ein bekannter Studentenaktivist der 68er-Bewegung, SDS-«Volkstribun» und Schüler von Theodor W. Adorno.

Schon 1964 tritt Krahle dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) bei und 1965 beginnt bei Adorno seine Dissertation zum Thema «Naturgesetz der kapitalistischen Bewegung bei Marx». Der Bruch mit der Vaterfigur Adorno kommt nach vier Jahren. Wegen einer Besetzung des Instituts für Sozialforschung am 7.1.1969 verfügen Adorno und seine Kollegen die Räumung durch die Polizei. In dem folgenden Prozess gegen ihn am 18. Juli 1969 ist Adorno als Zeuge geladen. Doch es kommt dabei nicht zu der von Krahle erhofften Grundsatzdebatte mit dem Grandseigneur der Kritischen Theorie.

Werke

Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966 - 1970. Frankfurt a.M.: Neue Kritik, 406 S.

Erfahrung des Bewusstseins. Kommentare zu Hegels Einleitung der Phänomenologie des Geistes und Exkurse zur materialistischen Erkenntnistheorie. Hrsg. u. bearb. von Carl G. Hegemann nach d. Bandaufzeichnung d. Arbeitsgruppe von H.-J. Krahle u. J. Wieszte vom Frühjahr 1968. Frankfurt a.M.: Materialis, 140 S.

Vom Ende der abstrakten Arbeit. Die Aufhebung der sinnlosen Arbeit ist in der Transzendenz des Kapitals angelegt und in der Verweltlichung der Philosophie begründet. Hrsg. u. eingeleitet von Walter Neumann. Frankfurt a.M.: Materialis, 220 S

Aus: Zur Praxis Kritischer Theorie; Vortrag des Projekts Krahlstudien; www.krahlstudien.de

Krahls Zeitdiagnose setzt sich aus drei Hauptteilen zusammen: erstens folgt er der vor allem von Pollock und Horkheimer frühzeitig angefertigten Analyse des autoritären, mit Faschisierungspotentialen aufgeladenen Staates. Dessen Funktionsweise zeichnet es zweitens aus, dass sozialdemokratische und stalinistische Erben der traditionellen Arbeiterbewegung weitgehend in das System autoritärer Herrschaft integriert worden sind. Konnten Adorno und Horkheimer sich mit dieser Gegenwartsbestimmung des Kapitalismus unter Umständen gerade noch einverstanden erklären – die politische Konsequenz Krahls missbilligten sie auf alle Fälle. Er ging nämlich im denkbar krassesten Widerspruch zu ihnen von der Aktualität der Revolution sowohl in den Zentren als auch in den Peripherien aus. Im Folgenden möchte ich deshalb auf diese drei zeitdiagnostischen Theoreme kurz eingehen.

Im Unterschied zu den klassischen Imperialismustheorien der zweiten und dritten Internationale (Hilferding, Kautsky, Lenin, Luxemburg und Bucharin) sind die Ende der dreissiger Jahre zuerst von Pollock und Horkheimer vorgelegten Analysen und Beschreibungen des autoritären Staates nicht als Krisen- sondern eher schon als Stabilisierungstheorie angelegt. Die Herrschaft der Trusts und Monopole, der massive Eingriff des Staates in Produktions- und Austauschbeziehungen und die bürokratische Bevormundung aller Bürger durch staatliche und parastaatliche Administrationen liessen Horkheimer zufolge sich nicht mehr umstandslos als definitiv letzte Phase kapitalistischer Krisensuspendierung begreifen. Vielmehr hatte sich die Gefahr vergrößert, dass dem Kapitalismus des autoritären Staates Machtressourcen in einer Größenordnung zugewachsen waren, die die terroristische Stillstellung gesellschaftlicher Antagonismen erstmals auf lange Sicht möglich erscheinen liessen. Planungs-, Verwaltungs- und Lenkungs-kapazitäten des autoritären Staates speisten sich Horkheimers und auch Krahls Ansicht nach nicht zuletzt aus den autoritären Dispositionen der Bevölkerungsmassen. Zusammen mit den Zwangsroutinen des Alltagslebens in der industriekapitalistischen Zivilisation waren diese von den klassischen Imperialismustheoretikern entweder für irrelevant erklärt oder im schlimmsten Fall sogar affirmiert worden. Im Unterschied zu den leninistischen Apologeten von Fabrikregime und Vertrustung konnte antiautoritären Sozialis-

ten aber alles andere als gleichgültig sein, was unter den Bedingungen einer weitgehend liquidierten Zirkulationssphäre aus den in die Vereinzelung gezwungenen Fähigkeiten zur Selbstorganisation des Lebens geworden war. Für die Epoche des autoritären Staates, der übrigens sozialdemokratische Regime ebenso umfasste wie faschistische und stalinistische registrierte Horkheimer einen fatalen Umschlag von Volkssouveränität in verallgemeinerte Knechtschaft: statt auf dem Weg eines Gesellschaftsvertrages die Freiheit aller zu verwirklichen, leistete die Monopolisierung der Gewalt im Staatsapparat einen in all seiner Modernität lückenlosen Beitrag zur Herausbildung ebenso disziplinierter wie funktionstüchtiger Bevölkerungsmassen. «Durchaus fraglich» ist nach Krahls Ansicht deshalb, «ob revolutionäre Theorie noch als Kritik der politischen Ökonomie möglich ist, oder schon, wie Marcuse es unausgesprochen annimmt, als Kritik der politischen Technologie geschrieben werden muss.» Dem Theorem des autoritären Staates wird aus heutiger Perspektive des Öfteren vorgeworfen, seine relative Gültigkeit für die Periode des fordistischen Korporatismus nach dessen Zusammenbruch inzwischen vollkommen eingebüsst zu haben. Neoliberale Marktsteuerung, Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Dienste könnten von einer solchen Zeitdiagnose nicht annähernd mehr erfasst werden. So irreführend die Behauptung sicher wäre, an Funktionsweise und Dynamik kapitalistischer Entwicklung hätte sich in den vergangenen drei Jahrzehnten nichts verändert, so erkenntnisfördernd kann die Infragestellung einer modisch gewordenen Kapitalismuskritik sein, die sich dadurch disqualifiziert, neoliberale Ideologen einerseits sehr weitgehend beim Wort zu nehmen und andererseits autoritäre Faschisierungspotentiale im Kapitalismus schlichtweg zu verleugnen.

Erstens sind ökonomische Konzentrations- und Vermachtungsprozesse im oft so genannten Postfordismus nicht etwa revidiert, sondern ganz im Gegenteil auf internationaler Stufenleiter nochmals zusätzlich verschärft worden. Die Möglichkeiten transnationaler Konzerne, im Zulieferungsbereich auf Vorprodukthersteller, im Produktionsprozess auf Arbeitskräfte, im Absatzprozess auf Konsumenten und im sozialen Raum auf verschiedene Standorte originär politischen Druck auszuüben, sind durch schiere Grösse und durchgreifende Senkung der Transaktionskosten erheblich gesteigert worden. Zweitens lässt sich in den Zentren des Kapitals nicht

etwa eine durchgreifende Schwächung, sondern höchstens eine Umstrukturierung unvermindert mächtiger Staatsapparate beobachten. Dies gilt nicht nur – wie gelegentlich noch bemerkt – für den Ausbau der Repressionsorgane, die Remilitarisierung der Aussenpolitik und die Eliminierung des Scheins parlamentarischer Mitbestimmung. In jahrzehntelang unvorstellbarem Masse diszipliniert der Staat als ökonomische Autorität auch das Erwerbslosenheer und mit ihm die noch erwerbstätigen Mehrheiten der Arbeiterklasse. Gleichzeitig organisiert er zum Zwecke der Profitratensanierung mit aller Macht die Sozialisierung von Kostenpunkten und die Privatisierung von Gewinnspannen. Drittens lässt die Destruktivkraftentwicklung in der Rüstungs-, Gen- und Manipulationstechnologie an den Alpträumen von Orwell und Huxley längst Alterungserscheinungen offenkundig werden. Beispiel. Für die brandgefährliche Aktualität autoritärer Potentiale im Gegenwartskapitalismus spricht nicht zuletzt viertens, dass sich in Europa allenthalben Unterströmungen, Bewegungen und Parteien des extrem rechten Scheinprotests formiert haben, der noch dem autoritären Staat Knochenerweichung im Kulturkampf für Sekundärtugenden und gegen barbarische Horden vorwirft. Angesichts derartiger hier nur in aller Kürze aufgelisteten Tendenzen erscheint Krahls vor 35 Jahren ausgesprochene Warnung vor einer «autoritativen Verstaatlichung der Gesellschaft und der totalitären Eindimensionalisierung einer technologisch durchrationalisierten Lebenswelt» alles andere als veraltet und überholt.

Dieser Eindruck verstärkt sich beim Rückblick auf den zweiten Hauptbestandteil der Krahlschen Zeitdiagnose, der sich auf die Integration ehemals antagonistischer Kräfte ins System autoritärer Herrschaft bezog – und zwar sowohl im innergesellschaftlichen als auch im weltpolitischen Massstab. Krahls stand wie auch Horkheimer der Wohlfahrtsstaat fordistischer Prägung vor Augen, dessen sozialreformerische Tendenz geeignet war, die einstmalen revolutionären Organisationsformen der Arbeiterklasse in die autoritäre Exekutive zu integrieren. Er schloss sich sogar dem für heutige Ohren ungewohnt harten Urteil von Herbert Marcuse über diesen Wohlfahrtsstaat an. «Der autoritäre Wohlfahrtsstaat stellt das Bild einer historischen Missgeburt zwischen organisiertem Kapitalismus und Sozialismus, Knechtschaft und Freiheit, Totalitarismus und Glück vor. Der autoritäre Staat ist die kapitalistisch verzerrte Karikatur des Sozialismus.» (Krahls 219) Der autoritäre Staat kann als Karika-

tur des Sozialismus erscheinen, weil die monopolkapitalistische Anerkennung der Arbeiterorganisationen diesen Mitbestimmungsmöglichkeiten, Planungskompetenzen und Regierungsbeteiligungen eingebracht hat. Eine reformistische Überwindung des Systems rückte damit in den Bereich des zumindest Denkbaren. Die gleichzeitige Entmündigung, Fremdbestimmung und Passivierung der abhängig Beschäftigten durch ihre eigenen Organisationen verdeutlicht gleichwohl die Funktionalität dieses Sozial korporatismus für das Weiterbestehen des Systems. Krahls verfolgt diese Tendenz zur Integration der Sozialdemokratie in die Apparaturen des autoritären Staates bis zum ersten Weltkrieg zurück. Schon damals sei der technikoptimistische Fortschrittsglaube der Arbeiterbewegung ein Einfallstor für reformistische Illusionen über die graduelle Veränderbarkeit des organisierten Kapitalismus gewesen.

Unvermindert aktuell klingt Krahls Urteil über die Dominanz sozialpartnerschaftlicher Orientierungen in den Gewerkschaften. Diese hätten sich der Politik der konzertierten Aktion mit Staat und Kapital nicht etwa aus Zufall untergeordnet, sondern erfüllten damit nur die ihnen im System des autoritären Staates zugewiesene Funktion. «Die deutschen Gewerkschaften haben nach dem Krieg so gut wie nichts getan, um die Arbeiter davon zu überzeugen, dass der Streik nicht nur ein berechtigtes, sondern ein notwendiges Mittel der Wahrnehmung politischer und sozialer Interessen ist. Sie haben hilflos wenig getan, um die Massen zur mündigen Selbstwahrnehmung materieller Ansprüche anzuleiten, sie haben jene nur allzu oft in trügerischer Sicherheit gewiegt.» Sozialpartnerschaft mit dem Kapital einerseits und widerstandslos hingenommene Entmündigung der eigenen sozialen Basis andererseits: was Krahls für die politische Integration einstiger Antagonisten des Kapitals herausgearbeitet hat, kann heute problemlos auch auf diejenigen Bewegungen und Kräfte angewandt werden, die im engeren oder weiteren Sinn aus der Studenten- und Lehrlingsbewegung Ende der sechziger Jahre hervorgegangen sind. So kann zwar über zivilgesellschaftliche Variationen im Modus autoritärer Integration noch debattiert werden. Offenkundig ist aber, dass sich in den neuen sozialen Bewegungen, den in den siebziger Jahren ebenfalls nach links gerückten Gewerkschaften und in der grünen Partei soziale, ökologische, basisdemokratische und gewaltfreie Orientierungen in ihr reines Gegenteil verkehrt haben. In zumindest einer Hinsicht stand also die Studenten- und

Lehrlingsbewegung Ende der sechziger Jahre vor einer ähnlichen Herausforderung wie wir heute: autoritäre Tendenzen im Kapitalismus verschärften sich im Masse der politischen Integration ehemals systemkritischer Kräfte in eine faktische Allparteienkoalition. [Anders ausgedrückt in der Habermas-Kritik von Krahls: «Denn das Gefängnis der institutionell verankerten traditionellen Kompromisspolitik, deren republikanische Freiheiten und demokratische Substanz herrschaftsfunktional ausgehöhlt wurden, hindert den liberalen Kritiker»]

Horkheimer mochte sich selbst angesichts von Großer Koalition, Notstandsgesetzen und autoritären Hetzkampagnen nicht einmal mehr mit dieser Zustandsbeschreibung eines sich alternativlos präsentierenden autoritären Systems einverstanden erklären, sondern machte sich unter Zuhilfenahme widerwärtiger anti-asiatischer Ressentiments ganz offen zum Fürsprecher von US-Imperialismus und antikommunistischer Blockbildung. Trotz dieser Widersprüche blieb auch Krahls Zeitdiagnose in wesentlichen Teilen dem verhaftet, was Horkheimer und Adorno in den dreissiger und vierziger Jahren über eine sich verfinsternde Welt rivalisierender Gruppen von Räuberstaaten geschrieben hatten. Die bis hierhin also lediglich im Latenzstadium befindlichen Differenzen brachen vollends auf, als Krahls aus der Bestimmung gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen nicht etwa den Schluss zog, alles politische Handeln sei vergebens, sondern als er auf der Aktualität der Revolution beharrte, die den dritten Hauptbestandteil seiner politischen Perspektive konstituierte.

Vor dem Hintergrund der Beschreibung des autoritären Staates musste die Annahme von der Aktualität der Revolutionen zunächst voluntaristisch erscheinen. Der Revolutionär sah sich übermächtigen und quasi-totalitären Integrationsmechanismen gegenüber, verbot sich aber Rückzug und Resignation und verlangte von sich und anderen stattdessen eine verstärkte Anstrengung des Willens – mithin eine kreative Schöpfung politischer Subjektivität. Und tatsächlich massen Krahls und Dutschke in ihrem Organisationsreferat vor SDS-Delegierten dem Voluntarismus eine neuartige historische Bedeutung bei, die die Treffsicherheit der traditionellen marxistischen Anarchismuskritik einzuschränken imstande sei. Gerade aufgrund der kapitalistischen Entwicklungslogik, die an ihr Ende gelangt und in den integralen Etatismus übergegangen sei, stünde ihrer Auffassung nach aktuell die Revolution auf der Tages-

ordnung. Den Hintergrund für diese Rehabilitierung des Voluntarismus und auch seine Überzeugungskraft bildete aber das Aufbrechen der formierten Gesellschaft, die spontane Entstehung systemoppositioneller Strömungen in den Metropolen und vor allem der Aufschwung antiimperialistischer Befreiungsbewegungen in den Peripherien des Kapitals. So sehr also Krahls aus rhetorischen Gründen das Lippenbekenntnis des jungen Horkheimer zum Primat des revolutionären Willens zitierte – nichts hatte ihn so sehr in einen politischen Gegensatz zu seinen akademischen Lehrern wie die antiautoritäre, gegen das Establishment gerichtete Bewegung der Schüler, Lehrlinge und Studenten. Auch wenn die Analyse des integralen Etatismus anderes nahezu legen schien – hier konnte im Ernst nicht mehr von einer Stillstellung und Überformung, sondern im Gegenteil von einer Reaktualisierung und Zuspitzung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gesprochen werden. «Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus ist die Revolution eine global gegenwärtige und anschauliche Möglichkeit, die sich als bewaffneter Kampf freilich nur an der Peripherie der spätkapitalistischen Zivilisation – den unterdrückten und verelendeten Ländern der dritten Welt verwirklicht. [...] Die schon erwähnte abstrakte Gegenwart der Revolution in der Dritten Welt liefert der Protestbewegung in den Metropolen ein neues weltgeschichtliches Bezugssystem, an dem sie die Möglichkeit der Organisation einer eigenen revolutionären Politik orientieren kann.» (Krahls) Krahls hielt die Revolution aber nicht nur für aktuell, sein Begriff von ihr ging auch über den der traditionellen Linken deutlich hinaus. «Sinn der Revolution ist, dass die Menschen die von ihnen gemachte Geschichte mit Bewusstsein machen, dass die Menschheit keine neue Arbeit beginnt, sondern nur mit Bewusstsein ihre alte zu Stande bringt. Das letzte Gefecht soll die schäbige materialistische Doktrin der kapitalistischen Realität, derzufolge das materielle Sein das Bewusstsein bestimmt, nicht etwa verwirklichen, sondern endgültig ausser Kraft setzen.» (Krahls)

(...)

Vor dem theoretischen Hintergrund der Krahlschen Zeitdiagnose und ihrer drei Hauptbestandteile autoritärer Staat, Integration politischer Antagonismen und Aktualität der Revolution möchte ich in einem letzten Teil auf praktische Konsequenzen und also auf die Aktivitäten Hans-Jürgen Krahls als politischer Intellektueller in der Studentenbewegung näher eingehen. Auch

das in drei Schritten: zunächst möchte ich den Modus der Einmischung in die verschiedenen Kämpfe der zweiten Hälfte der sechziger Jahre thematisieren, dann Krahls auf diese Auseinandersetzungen bezogene Reflexion des Gegensatzes von autoritären Kaderparteien und politischem Spontaneismus vorstellen und schliesslich zur Ideologiekritik des antiautoritären Kapitalismus kommen, die für ihn so etwas wie eine Zwischenbilanz der Studentenbewegung und ihrer inneren Widersprüche war.

Zum ersten Punkt: als Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes waren die Kämpfe dieser Organisation auch weitgehend diejenigen Hans-Jürgen Krahls. In einem Redebeitrag auf dem Berliner Vietnam-Kongress 1968 schlug er vor, die praktische Solidarität mit der vietnamesischen Revolution durch die Entfaltung einer Kampagne gegen die NATO zu vermitteln, die umfunktioniert werden sollte zu einem Instrument gegen die sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Die schrittweise Herausbildung einer gegen die NATO gerichteten Bewegung in den Metropolen könnte einerseits organisatorische Voraussetzungen für eine praktische Internationalisierung des Protestes in Westeuropa schaffen und perspektivisch zur Herausbildung einer inneren und insofern zweiten Front gegen den US-Imperialismus und seine Verbündeten führen, womit sich gleichzeitig der militärische Bewegungsspielraum des Vietcong verbreiterte. Auf dem Frankfurter Römerberg sprach Krahl im Mai 1968 auf einer vom hessischen DGB veranstalteten Kundgebung gegen die Notstandsgesetze und prangerte bei dieser Gelegenheit die allzu zögerliche und vorsichtige Kritik der Gewerkschaften an. «Notstandsgesetze leiten keineswegs erst einen Zustand der Gewalt ein, sie sollen vielmehr einen Gewaltzustand rechtfertigen und forttreiben, der schon längst begonnen hat. Die Herrschenden wollen der Bevölkerung mit allen Mitteln einreden, unsere Aktionen seien Terror. Um dies zu beweisen schrecken sie auch nicht vor offenen Lügen zurück. Wir aber erwidern ihnen: Gewalt, das ist die Volksverhetzung der Bildzeitung. Gewalt, das ist die Vorbereitung der Notstands-diktatur. Und dagegen nehmen wir das Recht der Geschlagenen in Anspruch, das elementare Recht auf Notwehr und Widerstand.» Krahl und der SDS nutzten verschiedenste Formen und Foren, um ihre Grundsatzkritik und die aus ihr abgeleiteten Konsequenzen zur Geltung zu bringen: Kongresse, öffentliche Reden, Teilnahme an Diskussionspodien, teach-ins, Zeitschriftenbei-

träge und vor allem: unermüdliche Überzeugungsarbeit an der Basis, im Seminar und in der Kneipe. Zu seinen wohl prominentesten Interventionen zählte der Versuch zur Politisierung und Umgestaltung der Hochschule. Aus einer Institution zur Reproduktion von Herrschaftswissen und zur Ausbildung von bürgerlichen Führungskadern sollte durch Streikbewegungen, Institutsbesetzungen und öffentlichen Druck eine für alle offene Plattform zur Vorbereitung gesellschaftlicher Umwälzungen werden. «Entgegen der Manipulation von Presse und Regierung, die uns von der Bevölkerung mit aller Geaalt isolieren wollen, hat die ausserparlamentarische Opposition ihre Basis ständig erweitert: zunächst waren es die Studenten, dann die Schüler, jetzt sind es junge Arbeiter und immer mehr auch ältere Kollegen. Unsere Demokratie ist direkt und unmittelbar. Es gibt keinen Sprecher und keine Gruppen, die sich nicht den Entscheidungen der Anwesenden unterwerfen müssten, es gibt keine Funktionäre, die einen Posten auf Lebenszeit einnehmen, alle unmittelbar Beteiligten entscheiden in direkter Abstimmung über die politischen Aktionen und Ziele. Dies ist der Hintergrund, auf dem die Organisation des Widerstandes vorgenommen werden muss.» (Krahl) Im Anschluss an einen aktiven Uni-Streik mit alternativem Seminarprogramm kam es im Januar 1969 erst zur Besetzung des Soziologischen Seminars und schliesslich auch zur vorübergehenden Besetzung des Instituts für Sozialforschung, die seither symbolisch für die Entfremdung von Frankfurter Schule und Studentenbewegung steht. Auf Anweisung von Adorno wurde das Institut von der Polizei geräumt und Krahl wegen Hausfriedensbruch mehrere Tage in Untersuchungshaft genommen. Während Adorno meinte, er hätte ein theoretisches Denkmodell aufgestellt und weder ahnen können noch beabsichtigen wollen, dass Leute es mit Molotowcocktails verwirklichen wollen, zeigte der ohnehin ungleich stärker sich in die realen Bewegungen einmischende Herbert Marcuse Verständnis für die Studenten und Unverständnis für das Paktieren mit der Polizei: «unmittelbar sei die Theorie zwar nicht in die Praxis umzusetzen. «Aber ich glaube, dass es Situationen, Momente gibt, in denen die Theorie von der Praxis weitergetrieben wird – Situationen und Momente, in denen die sich von der Praxis fernhaltende Theorie sich selbst untreu wird. Wir können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass diese Studenten von uns (und sicher nicht am wenigsten von Dir) beeinflusst sind.» (Marcuse)

Adorno hatte Krahls vorgeworfen, dass dieser die Institutsbesetzung vor allem zur Binnenintegration des im Zerfall befindlichen SDS instrumentalisieren wollte. Dieser Vorwurf kann am besten dadurch entkräftet werden, dass Krahls der Letzte war, den politisches Engagement blind gegen Eigendynamiken, unreflektierte Zwänge und Zerfallsprozesse gemacht hätte. Im Gegenteil: gerade die Involvierung in praktische Auseinandersetzungen schärfte seinen Sinn für das auf und ab der Bewegung. Eine Reihe der in Konstitution und Klassenkampf abgedruckten Beiträge kann insofern auch als Reflexion über die Verlaufsform der Bewegung, deren inneren Widersprüche und Gestaltwandel gelesen werden.

Mit dieser Reflexion möchte ich mich anhand des Gegensatzes von traditionalistischem und antiautoritärem Flügel im SDS auseinandersetzen, in die sich Krahls als neben Dutschke wohl bekanntester Fürsprecher einer antiautoritären Linie einmischte. Gerichtet waren seine organisationsinternen Interventionen zunächst gegen diejenigen SDS-Genossen, die der Studentenbewegung ein an historischen Organisationsmodellen der kommunistischen Arbeiterbewegung orientierte Politik anempfehlen wollten. Das Konzept der leninistischen Kaderpartei von Berufsrevolutionären, deren eiserne Disziplin und Unterordnung unter die Direktiven der Zentrale gewährleisten soll, dass die Partei als Avantgarde der Massen auf den Umsturz der Staatsmacht orientiert, hält Krahls für völlig verfehlt. Es erkennt nicht nur den zutiefst antiautoritären Charakter der Studenten- und Lehrlingsbewegung, die sich ja gerade an aufgezwungenen Leistungsnormen, Disziplinierungserfahrungen und bürokratischer Bevormundung entzündet habe. Das Konzept biete auch beste Voraussetzungen dafür, dass der schon in seiner Propagierung zum Vorschein kommende Autoritarismus erneut in eine Reprimierung individueller Bedürfnisse umschlage. Aus einer Identitätsschwachen Unfähigkeit zum dialektischen Denken heraus werde Organisation als ein emanzipativer Prozess der Gegensozialisation schlichtweg stillgestellt. «Der niederträchtige Heidelberger Slogan von der Liquidation der antiautoritären Phase, dem Austrocknen des antiautoritären Sumpfes beinhaltet, wie immer er auch subjektiv gemeint sein mag, in der gegenwärtigen Übergangsphase dogmatische Regression, er sanktioniert ein autoritäres Reaktionssyndrom, ohne zwischen richtigen Bedürfnissen und falschen Motivationen, stabilisierenden und zersetzenden Folgen zu unterscheiden.» (Krahls 283)

Krahls scharfe Kritik an subjektiven Voraussetzungen und objektiven Konsequenzen autoritärer Tendenzen im linken Traditionalismus lief auf alles andere als eine Beweihräucherung des organisationsfeindlichen Spontaneismus heraus, dessen problematische und letzten Endes kontraproduktive Begleiterscheinungen im Verlauf der verschiedenen Auseinandersetzungen um 1968 herum fast ebenso offensichtlich wurden wie die Blindstellen des Kadermodells. Krahls kommt das grosse Verdienst zu, in einer sehr frühen Phase der Bewegung und fast simultan zur politischen Praxis derlei Schwierigkeiten bedacht zu haben. Was heisst spontaneistische Organisationsfeindlichkeit? In der historischen Arbeiterbewegung Europas rivalisierte eine sozialdemokratische Fetischisierung politischer Organisation bisweilen mit einem anarchosyndikalistischen Spontaneismus, der – idealtypisch manifestiert im Mythos des Generalstreiks – an die Selbsttätigkeit der in freien, antistaatlichen Assoziationen kommunizierenden Arbeitermassen glaubte. (Erhard Lucas ist dieser Rivalität in seinem grossartigen Vergleich unterschiedlicher Formen des Arbeiterradikalismus in Remscheid und Hamborn auf den Grund gegangen.) Vom suggestiven Maximalismus derartiger sozialer Bewegungen fühlten sich auch viele antiautoritär eingestellte Studenten angezogen. Die prominentesten Beispiel in der BRD waren sicher Subversive Aktion und Kommune 1, die daran glaubten, organisiertes Spiessertum durch provokative, chaotische und schockierende, in jedem Fall aber ungeplante und spontane Aktionen demaskieren zu können. Gerade in der Auseinandersetzung mit der Rigidität des Traditionalismus erkannte Krahls im dogmatischen Antiautoritarismus Vorboten dessen, was uns heute als negative Anarchie bekannt ist: Verweigerung begrifflicher und theoretischer Anstrengung, schlechte Verallgemeinerung politischer Augenblickserfahrungen, Verdrängung von Kontinuitäts- und Verbindlichkeitserfordernissen, emanzipatorisch verbrämte Egoismen und nicht zuletzt emotionale Gleichgültigkeit anderen gegenüber. «Gewissermassen gab Krahls Adorno und Habermas nachträglich recht, wenn er mit Argumenten, die sich auch bei ihnen finden liessen, Aktionismus und verselbstständigten Antiautoritarismus in der Entwicklung der Protestbewegung kritisierte. Der Charakter einer kleinbürgerlichen Intellektuellenbewegung musste die emanzipative Vernunft zerstören und zum asozialen Kampf aller gegen alle ohne langfristige Klassensolidarität führen; ohne Orientierung im Rahmen einer proletarischen Organisati-

on konnte sich Emanzipation in die Begriffswelt von Randgruppentätigkeit und allgemeiner Gattungsrevolution versteigen und Identität sich immer nur in neuen spektakulären Aktionen bilden.»

So sehr diese Einschätzung von Alex Demirovic auch zutreffen mag – fest steht, dass Krahls sich im Gegensatz zu Adorno und Habermas nicht mit dieser Einsicht begnügte, sondern an der Orientierung auf eine praktische Lösung festhielt. Parallel zu seinem unmittelbaren politischen Engagement und zugleich als dessen integraler Bestandteil machte sich Krahls in diesem Sinne mehr und mehr Gedanken über eine Ideologiekritik des antiautoritären Bewusstseins. Diese Ideologiekritik und die in ihr implizit angedeuteten Konsequenzen für ein Modell antiautoritärer politischer Disziplin möchte ich nun vorstellen, um den Überblick über Hans-Jürgen Krahls Praxis politischer Intellektualität abzuschliessen.

Schon in den zwanziger Jahren hatte Georg Lukács eine bis auf den heutigen Tag mehr schlecht als recht beantwortete Frage gestellt: «Wie kann das Reich der Freiheit in einer kommunistischen und durchaus autoritären Organisationsform antizipiert werden?» Mit anderen Worten: wie kann verhindert werden, dass in der aus historischen Zwängen abgeleiteten Organisationsform Mechanismen und Funktionsweisen ausgebildet werden, die das Ziel ebenso in Frage stellen wie die Motivation der in ihr tätigen Menschen. Bebildern lässt sich diese Schwierigkeit mit Erfahrungen aus den unterschiedlichsten Bereichen des privaten und politischen Lebens. Es betrifft die linksradikale Sekte nicht weniger als die Gewerkschaften, den Jugend- und Auszubildendenvertreter nicht weniger als die Astafrau, die sozialistische Partei ebenso wie die politische WG, Kommune oder Genossenschaft. In all diesen Organisationsformen tritt das in all seiner Banalität mehr als hartnäckige Problem von Weg und Ziel, Anspruch und Wirklichkeit, Konsequenz und Inkonsistenz zutage. Auch wenn er seine Antwort nicht mehr hat präzisieren und ausformulieren können, kam Hans-Jürgen Krahls in der Studentenbewegung immerhin das Verdienst zu, sich zumindest gewissenhaft um eine Antwort bemüht zu haben. Immerhin war offenkundig, dass sich die politische Moral des Revolutionärs nach den zahlreichen bitteren Erfahrungen aus revolutionären Bewegungen nicht mehr so einfach verordnen liess wie Lenin und offenbar auch Marx geglaubt hatten, der es sich nicht

nehmen liess, genüsslich den anarchistischen Traum vom neuen Jerusalem bereits in der Organisation zu verspotten. Die Ansprüche und Freiheitssehnsüchte des Individuums, welches seine Lage und mit ihr die ganze Gesellschaft verändern möchte, sind schliesslich nicht nur legitim. Wer aus antiautoritären Motiven das soldatische Prinzip, den Leistungsdruck, die Fremdbestimmung und die Unterdrückung des Lustprinzips verabscheut und hasst, dem ist nicht mit dem Hinweis gedient, dass es dazu in der Organisation der Gegenmacht keine Alternative gibt bzw. die einzige Alternative zur autoritären Gegenmachtorganisation die ist, weiter in der bestehenden Gesellschaft unter Leistungsdruck, Zeitregime und Anpassungszwängen zu leiden. Es irren wahrscheinlich auch all diejenigen, die sich von autoritärer Unterordnung vergrösserte politische Schlagkraft versprechen. Welchen Wert hat eine öffentlich vertretene politische Position, die ein Parteimitglied nur aus willkürlich definierter Organisationsdisziplin, nicht aber aus innerer Überzeugung vertritt. Wird dieses Parteimitglied nicht entmündigt und der Unglaubwürdigkeit preisgegeben? In diesem Sinne hat auch Krahls gedacht: «Die Fortschritte, die in der aufgeklärten Spontaneität der schon selbsttätigen Gruppen und der Aktivierung der bislang unbewegten Gruppen erzielt werden, sind höher zu bewerten als die Erleichterungen und Rechte, die von den Regierenden eventuell gewährt werden.» Dieses gesellschaftsgeschichtlich angesichts des ungeheuer vergrösserten Widerspruchs von faktischer Fremdbestimmung und potentieller Selbstbestimmung mehr denn je berechnete Selbsttätigkeits-Pathos musste nach Krahls Einsicht allerdings rückgebunden bleiben an ein politisches Realitätsprinzip, «das zu einer disziplinierenden Selbsteinschränkung der antiautoritären Emanzipationsansprüche an die Organisation führen muss nach Massgabe der praktischen Moralitätserfordernisse des politischen Kampfes und der theoretischen Leistungskriterien einer langfristigen Strategiediskussion.» Kurz vor Krahls plötzlichem Tod ist die Offenheit des Widerspruchs von Krahls und einigen Genossen wohl am deutlichsten formuliert worden: «Solange die Vermittlung von individueller und politischer Befreiung nicht antizipierbar ist, hat die Linke darauf kritisch zu reflektieren, dass sie temporär ihre Mitglieder Zwängen aussetzen muss, die theoretisch schwer abzuleiten, aber stets politisch zu begründen sind. Sie reproduziert allgemeine gesellschaftliche Gewaltstrukturen, die erneut die Emanzipation des Subjekts korrumpieren.»

[Zur Organisationsform heute]

Aus: Zu Lenin: Was tun?; In Konsitution und Klassenkampf; S. 155 – 157

Lenin vertrat in der Polemik gegen die Ökonomen den Kampf gegen Unterdrückung überall dort, wo sie konkret zu Erscheinung kommt. Diesen Kampf vorzubereiten, fällt der politischen Pädagogik der Propagandisten und Agitatoren arbeitsteilig zu, welche die blinde Spontaneität der Bewegung aufzuklären und zur mündigen Autonomie des sich selbst befreienden Proletariats zu vermitteln haben. Propagandisten und Agitatoren vermitteln die Theorie zur materiellen Gewalt, indem sie diese der Aktualität der an der Basis organisierten, kriminologischen «allseitigen politischen Enthüllungen» applizieren. Der Propagandist führt induktiv die derivativen und verdinglichten Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaftsformation auf ihre wesentliche und objektive Stellung im Produktionsprozess in Zeitschriftenartikeln, Streitschriften und Pamphleten zurück, der Agitator demonstriert deduktiv den Massen die wesentlichen Elemente der kapitalistischen Produktionsweise aus ihren Erscheinungen von Repression, Herrschaft und Krise. Die Organisation allseitiger politischer Enthüllungen behandelt die Erscheinungen als Indizien, welche die als herrschende Klasse fungierenden Charaktermasken auf frischer Tat zu ertappen hat; abstrakte Herrschaft wird repersonalisiert, moralische und politische Empörung der Massen fallen unmittelbar zusammen.

Lenin funktionierte jedoch die spätbürgerliche gegenaufklärerische Ideologie von Elite und Masse revolutionär um (Nietzsche: Übermensch – Herdentier, Weber: Charisma – Masse). Zu seinem Begriff der Agitation gehört, dass die Massen aus eigener Erfahrung autonom nachvollziehen, was die Avantgardestrategen ihnen vermitteln: die konkrete Erfahrung abstrakter Herrschaft. Dies vollzieht sich mittels des damals im noch feudalen Russland möglichen personalisierenden Verfahrens der Kriminologie: die Avantgardestrategen haben (durchaus moralisch) «Enthüllungen» zu liefern über das, was die herrschenden Klassen treiben, sie müssen den «Täter auf frischer Tat ertappen», um die Massen zu empören.

Diese Organisationstheorie zeigt den regressiven Geschichtsverlauf: während im Konkurrenzkapitalismus von Marx und Engels der tägliche Klassenkampf eine alltagspraktische Sache war, muss

dieser im imperialistischen Stadium des sich monopolisierenden Kapitalismus allererst konstituiert werden (Massenstreiks bei Rosa). Lenin kann ausgehen von der Existenz einer Bewusstseinsavantgarde; sein Problem ist die Agitation. Heute sind wir auf die Konstitution von Bewusstseinsgruppen zurückverwiesen, die eine avantgardestrategische Funktion übernehmen können.

Nicht nur, weil die materiell vitale von der emanzipatorischen vitalen Bedürfniswelt getrennt ist, die physische Verelendung sich zur psychischen sublimiert hat, sind moralischer und politischer Protest weitgehend auseinander gefallen. Die durch propagandistische und agitatorisch erfolgende personalisierende Enthüllung in praktische Erfahrung der Massen umgesetzte Herrschaft und Unterdrückung will das Wesen zur Erscheinung bringen. Doch die Potenzierung und Expansion abstrakter Arbeit – die reale Fiktion, die Tauschwerte mit Gebrauchswertcharakter manipulativ versieht – erlaubt keine personalisierende Entlarvung mehr. Hinter den Charaktermasken sind die maskierten Gesichter verschwunden, hinter den Funktionären die Personen. Die Denunziation der Dinge, wie sie als Waren erscheinen, und der Institutionen tritt an Stelle der Entlarvung von Charaktermasken. Mit der fortgeschrittenen Integration der Massen, zumal der Arbeiterklasse, durch die Potenzierung abstrakter Herrschaft im System expandierender abstrakter Arbeit hat auch der Abstraktionsgrad der Propaganda und Agitation zugenommen. Für solche Abstraktion sind gegenwärtig Studenten und Schüler aufgeschlossener, da sie eher fähig zu Lern- und Bildungsprozessen, zu Reflexion und Erfahrung, also zur Kritik sind. Der Agitationsmodus konkretisiert sich gleichsam naturwüchsig in der Masse, da Unterdrückung noch als physischer Zwang erlebt wird (Black Power). Lenins Stellung zum Terrorismus beruht auf der revolutionären Pädagogik, die die Massen zur Aktivität, das heisst spontanen Bewegung zur autonomen Befreiung auf Grund der Enthüllungen konkreter Erscheinungen des autokratischen Systems von Unterdrückung, Gewalt und Herrschaft erzieht. Wo diese Voraussetzungen, die das klassische Verhältnis von politischer Führung und Massenbasis bezeichnen, nicht mehr gegeben ist, müssen sich revolutionäre Propaganda und Agitation anders organisieren. Die politische Erziehung der Massen muss früher ansetzen. Die agitatorische Vermittlung der nicht mehr auf fungible Charaktermasken personalisierbaren abstrakten Herrschaft kann sich nur in

einer sinnlich manifesten Protestbewegung vollziehen. Zwar besteht der viel beklagte Bruch zwischen Theorie und Praxis; auf der anderen Seite ist die Aktionsstrecke zwischen theoretischen Abstrakta und politischer Aktion, ohne inhaltlich voll vermittelt zu sein, so doch faktisch verkürzt.

Lenins Formel, es könne das politische Bewusstsein nur von aussen in die Arbeiterklasse getragen werden, bezeichnet die Einsicht, dass es sich nur aus der Erfahrung in Bezuges von ökonomischen und ausserökonomischen Gewaltverhältnissen bildet. Die ökonomistische Praxis trennt starr den ökonomischen vom politischen Kampf und verzichtete dadurch auf die umwälzende Praxis der Revolution zugunsten der Reform. Denn die ökonomische Praxis umfasst nur die trade-unionistische Tätigkeit des Proletariats, die politische aber das Bündnis von marxistischer Intelligenz und Liberalen. Der bloss ökonomische Kampf integriert die Massen in die ökonomischen Herrschaftsverhältnisse und zwingt sie zur Apathie der ausserökonomischen Gewalt gegenüber. Den Abbau politischer Wahrnehmungskategorien, die Ignoranz gegenüber Brutalisierungserscheinungen in allen Bereichen des Gesellschaftslebens hat der Reformismus mit bewirkt.

Aus: Zu Lenin Staat und Revolution; In: Konstitution und Klassenkampf; S. 182 – 190

Das Organisationsmodell, das sich dem revolutionären Sozialismus mit dem blind entstandenen Anspruch auf allgemeine Geltung tradiert hat, ist der Leninsche Parteitypus. Dessen geschichtliche Gewalt in der erfolgreichen Durchführung der Oktoberrevolution ist so mächtig, dass selbst der nach politisch und militärisch anderen organisatorischen Regeln verfahrenende Partisanenkampf Maos nicht zu Unrecht in Berufung auf ihn zur Legitimation bedurfte. Seine Obligation ist um so problematischer, als sein zentralistischer Apparat nach der Revolution unvermindert fortbestand und ohne Bedenken auf die geographische und geschichtlich unterschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse von der Komintern den revolutionären Bewegungen in anderen Weltteilen appliziert werden sollte. Seine erwiesene Wahrheit verkehrt sich in dem Masse, in dem die besondere Geschichte des autokratischen Russland, auf die er sich zunächst bestimmt bezog, von seiner organisatorischen Verfassung getrennt wurde. Die Abstraktion von der Geschichte, als deren

emanzipatorische Vernunft, und der Gesellschaft, als deren objektiviertes Klassenbewusstsein der Ausgebeuteten er historisch entstanden war, eliminierte in seiner disziplinär zentralisierten Arbeitsteilung den solidarischen Verkehr der Genossen, durch den sich eine kommunistische Organisation von solchen bürgerlicher Art unterscheidet und der allein die durch den Kampf gegen das bestehende System vervielfachten Bedingungen des Zwangs erträglich macht. Der Leninsche Parteitypus vereinigt zum ersten Mal die Elemente einer revolutionären Organisation, ohne dass sie von seinen geschichtlichen Konstitutionsbedingungen analytisch zu lösen wären, durch die sie nicht nur formal, sondern auch ihrem Inhalt nach bestimmt werden. Er stellt die erste wirksame Erscheinungsform einer Vermittlung von Bewusstsein, Willen und Tat der Ausgebeuteten auf dem geschichtlich besonderen Hintergrund der gesellschaftlich ökonomischen Notwendigkeit und des staatlich politischen Zwanges im sich kapitalisierenden Russland im Rahmen eines sich im Ganzen imperialisierenden Weltmilieus dar. Will man die spekulativen Elemente der Organisation nicht in philosophischer Abstraktion festhalten, so muss der Formtypus revolutionärer Organisation mit jeder Veränderung der geschichtlichen Bedingungen seiner Entstehung und Bestimmung eine angemessene Komplementärveränderung erfahren. Die konkrete Vermittlung der spekulativen Erfordernisse revolutionärer Organisationsform erhebt den Leninschen Parteitypus in der Tat zu einem allerdings in keiner Stelle zu dogmatisierenden Lehrstück in der revolutionären Theorie des Proletariats.

Die Frage nach den geschichtlichen Formbestimmungen der revolutionären Organisation wird in der theoretischen Tradition des Marxismus in der Regel mit dem Verweis beantwortet, jene hätten sich an der Verfassung der Staatsgewalt, dem strategischen Ziel des Kampfes um die politische Macht im Staate, adäquat zu orientieren. Die These ist in dieser zum allgemeinen Lehrsatz erhobenen Abstraktion dogmatisch. Die Differenz in der Verfassung des autoritären Staates der zaristischen Autokratie zu dem der Gegenwart in den hoch industrialisierten Ländern vermag die durch jenes Dogma bewirkte ahistorische Kanonisierung des Leninschen Parteitypus zu widerlegen. Dessen von Lenin mehrfach modifizierte organisatorische Funktionsbestimmung, das Bewusstsein von Aussen ins Proletariat hineinzutragen, sollte die diffuse Spontaneität der Massen über sich selbst aufklären.

Lenins Skepsis gegen die mechanisch produzierte Spontaneität beruht auf dem geschichtlichen Entwicklungsstand der Produktion im autokratischen Russland. Seiner avantgardestrategischen Parteikonzeption der revolutionären Erziehungsdiktatur liegt theoretisch implizit eine pessimistische Anthropologie zugrunde, die, aus historisch allerdings einsichtigen Gründen, die Erziehbarkeit des Menschengeschlechts zur Freiheit, Autonomie und Mündigkeit zwar nicht anzweifelt, aber zu einem Prozess verlängert, dessen Dauer gleichsam unermesslich ist und auch nach der politischen Revolution und in der ökonomischen Umwälzung pädagogisch strenge Zentralgewalt erfordert.

Es ist dies die Anthropologie des Zerfalls der feudalen und des Entstehens der kapitalistischen Gesellschaftsformation; d.h. sie entspricht adäquat der Phase der ursprünglichen Akkumulation in Russland. Unterdrückung selbst terroristischer Art ist geschichtlich eine gesellschaftliche Notwendigkeit, die vom absoluten Zwangsstaat – in Russland der zaristischen Autokratie – besorgt wurde. Dieser hat die ökonomische Funktion, mit ausserökonomischer Gewalt die kapitalistischen Arbeitsnormen ins Zeitbewusstsein der zu proletarisierenden Massen zu verinnerlichen, um durch die Konstitution von Surplus-Zeit die Substanz des Mehrwerts zu verankern, den reibungslosen Austausch von Kapital und Lohnarbeit sowie die ideale vertragsrechtliche Verschleierung des darin enthaltenen materiellen Gewaltverhältnisses zu garantieren und a priori dem Entstehen eines proletarischen Klassenbewusstseins vorzubeugen. Die Zwangsgewalt des Absolutismus ist gesellschaftlich notwendige Unterdrückung nicht nur für die Herrschaft des Kapitals, sondern auch für den damit anfänglich untrennbar verbundenen Fortschritt der Produktivkräfte. Die Machtstruktur im Leninschen Parteytypus stellt eine komplementäre Antwort auf die Notwendigkeit des absolutistischen Zwangsstaates dar, insofern es auch in jenem um die Herausbildung von Leistungsdisziplin geht. Die Annahme allerdings, eine zentralisierte, gar absolute Staatsgewalt erfordere zur revolutionären Befreiung in jedem Fall einen entsprechenden organisatorischen Zentralismus, ist verkürzt; entscheidend ist, ob die autoritäre Staatsgewalt ein bestimmtes Mass an gesellschaftlich notwendiger Unterdrückung enthält. Die repressive Verinnerlichung von Surplus-Normen in der spätkapitalistischen Gesellschaft ist geschichtlich überflüssig; Abschaffbarkeit der Arbeit ist aus der Dimension der Utopie in den Bereich der objektiven Mög-

lichkeit gerückt. Deshalb bedarf es dem autoritären Staat des Spätkapitalismus, der technologische Leviathan des 20. Jahrhunderts, der Eliminierung des emanzipatorischen Vernunftinteresses aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein und der manipulativen Entstellung des überflüssigen Leistungszwanges zur schon verwirklichten Freiheit. Der autoritäre Staat ist systemimmanent zwar notwendig, für das Fortleben kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse, aber nicht zugleich wie die absolute Zwangsgewalt in der Phase der ursprünglichen Akkumulation für den Fortschritt der Produktivkräfte und die Emanzipation der Gattung. Er wird typisch repräsentiert in den naturwüchsigen Zusammenbruchskrisen des Kapitals, dem bonapartistischen Zwang und faschistischem Terror. D.h. für die Krisengeschichte des Kapitals geschichtsphilosophisch zusammengefasst: die Zusammenbruchskrise der kapitalistischen Gesellschaftsformation unterscheidet sich von der ursprünglichen, mit der sie ins Leben gerufen wurde, nicht durch die Notwendigkeit einer autoritär zentralisierten ausserökonomischen Zwangsgewalt für das Fortbestehen der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, die beiden gemeinsam ist, wohl aber durch die Notwendigkeit dieser Zwangsgewalt für den produktiven und emanzipatorischen Fortschritt. Die ursprüngliche Akkumulation, der Naturzustand des Kapitals, ist Urtypus der kapitalistischen Krise; nur der inhaltliche Stellenwert der Krise, der Konstitution von Privateigentum aus Vergesellschaftung für die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, verkehrt sich mit der Eskalation des naturgeschichtlichen Krisenzusammenhangs, der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation, genau in ihr Gegenteil. Derselbe Krisentypus, der den ökonomischen Anfang des Kapitalverhältnisses bildet, besorgt auch dessen ökonomisches Ende.

Aus dieser Krisengeschichte und dem ihr entsprechenden Funktionswandel der autoritären Gewalt in der Geschichte der bürgerlichen Staaten entscheidet sich auch die Frage nach der Notwendigkeit und Möglichkeit einer zentralistischen Erziehungsdiktatur in der Organisationsfrage. Das Kriterium für den Zentralismus in der Organisationsstruktur ist demzufolge die geschichtliche Unterscheidung von gesellschaftlich notwendiger und überflüssiger Unterdrückung. Wenn die kommunistische Organisation die Elemente des Reichs der Freiheit, d.h. die Aufhebung der Isolierung aller Individuen voneinander und die Herausbildung eines solidarischen

Verkehrs, in ihrem Inneren antizipieren soll, würde die zentralistische Erziehungsdiktatur Leninscher Provenienz den überflüssigen Leistungszwang nur reproduzieren, statt in den Individuen die Bedingungen der Möglichkeit zur selbsttätigen Aktion freizulegen.

[Reform und Revolution]

Über Reform und Revolution; aus Konstitution und Klassenkampf; S. 276 f.

Das politische Geschichtsbewusstsein der ausserparlamentarischen Opposition ist zu einem nicht unbeträchtlichen Teil noch reformistisch in Bezug auf die unmittelbar zu erreichenden Ziele; die Reform ist Massstab des Erfolges. Erfolg und Niederlage einer Aktion bemessen sich für eine Bewegung, die in toto den legitimen Anspruch auf Revolution stellt, konkret in der Regel nicht an den unmittelbaren positiven Zugeständnissen, welche den Herrschenden in direkter Aktion abgetrotzt werden, sondern an der quantitativen und klassenspezifischen Verbreiterung der Massenbasis und mehr noch deren qualitativer Organisation. Die Fortschritte in der aufgeklärten Spontaneität der schon selbsttätigen Gruppen und der Aktivierung der bislang unbewegten Gruppen sind historisch höher zu bewerten als die Erleichterungen und Rechte, die als Folgen der Kämpfe eventuell von den Regierungen gewährt werden, zumal in einer geschichtlichen Situation, da die Reform zum herrschaftsstabilisierenden Integrationsinstrument des autoritären Staates und der ihm hörigen Massenorganisationen geworden ist.

Die Dialektik von Reform und Revolution, wie sie Rosa Luxemburg in ihrer Polemik gegen den reformistischen Verrat Bernsteins entfaltet, wurde mit dem Fortschreiten des Monopolkapitalismus zunehmend geschichtlich ausser Kraft gesetzt. Zu Recht betont Rosa Luxemburg, dass die Reform unter Abstraktion von der Revolution die ökonomische und politische Herrschaft des Kapitals nur stabilisieren kann: «Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und solange, als in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fusstritt nachwirkt, oder, konkret gesprochen, nur im Rahmen der

durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform.»

Die so beschriebene Dialektik von Reform und Revolution funktionierte unter konkurrenzkapitalistischen Bedingungen zwar nicht unproblematisch, war aber doch weniger fraglich, als sie seit der Expansion der Monopole geworden ist. Sie war geschichtlich von vornherein in einen revolutionären Bezugsrahmen eingebettet, nämlich in den Kampf um die solidarische Koalition der an sich gegeneinander konkurrierenden und von einander isolierten Proletarier. Die den Klassenantagonismus vertragsrechtlich im Tauschverkehr verschleiernnden Mechanismen erlaubten die Koalition des Proletariats nicht. Jeder reformistische Erfolg war ein Schritt vorwärts zur revolutionären Organisation des Proletariats, in deren Rahmen allein die geschichtliche Aktualität der Revolution praktisch werden kann. Wenn Reform und Revolution zu Recht betont, dass alle sozialen Reformen nur innerhalb des Gesamtprozesses der proletarischen Revolution reflektiert werden müssen, so ist das zwar abstrakt richtig, aber historisch undifferenziert. Die qualitativen Veränderungen, die durch den offenbar werdenden gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte im Zuge der monopolen Konzentration und Zentralisation des Kapitals sich vollzogen, zwangen die herrschenden Klassen zur Anerkennung der Organisationsformen des Proletariats und gleichzeitig zum Versuch, den Klassengegensatz zu integrieren. Die reformistischen Massenorganisationen sind historischer Ausdruck dieses Prozesses. Die Sozialreform wurde immer Instrument der Konterrevolution, der Staat selbst machte sich zum Subjekt der Sozialreform, um eine revolutionsadäquate Assoziation der lohnabhängigen Massen zu boykottieren. Die Reform wurde praktisch aus ihrem revolutionären Bezugsrahmen gelöst; sie trägt nicht mehr zur selbsttätigen Assoziierung der lohnabhängigen Massen bei.

Diese allgemeinen Überlegungen richten sich auch gegen das Argument, die direkte Aktion isoliere die ApO nur von der Bevölkerung und passe sich taktisch zu wenig an deren Bewusstsein an. Sieht man davon ab, dass die taktische Anpassung ans falsche Bewusstsein dieses noch nie veränderte, aber fast immer die revolutionären Prinzipien über Bord geworfen hat, so falsifiziert sich dieses Argument an seinem eigenen Erfolgskriterium. Die stille Aufklärung, auf die es unausgesprochen rekurriert hat, war in den fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre ein Fehlschlag. Erst die radikalen und provokativen,

Widersprüche in der Bevölkerung aufreissenden Aktionen der ausserparlamentarischen Bewegung haben eine massive Opposition bilden können. Sie haben sich nicht an die abstrakt statistische grosse Bevölkerung schlechthin gewandt, sondern an die spezifischen Gruppen, deren Bewusstsein noch offener ist als das manipulativ verschlossene der apathisierten Massen. Das sind zunächst die Jugendlichen: Studenten, Schüler und schliesslich die Jungarbeiter. Sich aber einen revolutionären Aufklärungsprozess vorzustellen, der harmonistisch verlaufen könnte, wäre naiv und würde die Widersprüche, die es aufzudecken gilt, nur zudecken.

[Krise und Bewusstsein]

Aus: Produktion und Klassenkampf; in: Konstitution und Klassenkampf, S.384 – S. 388.

Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie als eine Lehre, deren Aussagen die Gesellschaft unter dem Aspekt ihrer Veränderbarkeit konstruieren, hat zweierlei revolutionstheoretischen Sinn. Zum einen entschleiert sie hochverschleierte gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse und falsche Bewusstseinsformen; Modell dieses Vorgehens ist die Warenanalyse und das Aufzeigen des Fetischcharakters der Waren. Zum zweiten soll sie die geschichtliche Dynamik, die gesellschaftliche und geschichtliche Entwicklungsobjektivität des kapitalistischen Geschichtsverlaufs darlegen, deren revolutionstheoretischer Sinn die Konstruktion der kapitalistischen Gesellschaftsformation als eines quasi naturgesetzlichen Krisenzusammenhangs ist. Die Krise gilt Marx als die objektive Bedingung revolutionärer Situationen. In ihr entäussern sich der Widerspruch und die Krise, die das Kapital ins Leben rief. Die ursprüngliche Akkumulation – der terroristische Enteignungsprozess der kleinen Landeigentümer und die Verwandlung des Ackerlandes in Weideland, die Konstitution der grossen absolutistischen Monarchien, deren ausserökonomische Zwangsgewalt von direkter ökonomischer Potenz in jener Zeit ist – ist die erste Krise, die das Kapital ins Leben rief, und vom selben Typus wie die, die ihm auch ein Ende bereiten wird. Denn das Kapital ist ab ovo mit dem Widerspruch von gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung, von Privatarbeit und schon der Tendenz nach sich durch Konzentration und Zentralisation vergesellschaftendem Eigentum behaftet. Dieser Widerspruch zwischen Vergesellschaftung und privater Aneignung treibt das Kapital jeweils in die Krisen hinein und eröffnet dem Proletariat

die Möglichkeit, die in der ursprünglichen Akkumulation terroristisch verinnerlichten Arbeitszeit- und Mehrarbeitszeitnormen zu durchschauen, eine Erinnerung an Ausbeutung wiederzugewinnen und damit die scheinbare Naturgesetzlichkeit der kapitalistischen Entwicklung, Fetischisierung, Mystifikation und Verdinglichung zu durchschauen und zu durchbrechen.

Die Frage ist, ob Marx mit seinem Modell der Krise – denn jede Krise soll tendenziell Zusammenbruch des Kapitals sein, wie es die historische Reproduktion des Kapitals auf erweiterter Stufenleiter aufs neue besorgt – die Frage also ist, ob das Marxsche Modell der Krise wirklich die Vermittlung zwischen der Kritik der politischen Ökonomie als einer revolutionären Theorie der Gesellschaft, die falsche Bewusstseinsformen aufdeckt, und jenen krisenhaften Unterbrechungen des Produktionsprozesses, den Naturkatastrophen der ökonomischen Entwicklung, leistet, ob diese Kritik der politischen Ökonomie zu einer Theorie der Revolution wirklich vermittelt worden ist?

Unter den Herrschaftsbedingungen des Spätkapitalismus, unter hochverschleierten Herrschaftsverhältnissen, deren Verschleierung keineswegs mehr allein auf einer mit ideologischer Legitimationskraft ausgestatteten Zirkulationssphäre beruht, müssen alle Fragen einer Rekonstruktion revolutionärer Theorie und von Revolutionstheorie zurückgreifen auf Marx und das Verhältnis von Produktion und Klassenkampf in der Marxschen Theorie selber problematisieren. Das Problem also, um das es geht, ist das Verhältnis von Produktion und Klassenkampf; das Verhältnis von Kritik der politischen Ökonomie als einer kritischen Theorie der kapitalistischen Produktion und des Historischen Materialismus als einer Theorie der Revolutionen und Klassenkämpfe ist problematisch geworden. Diese Problematik ist nicht angelegt in der Marxschen gattungsgeschichtlichen Konstruktion des Verhältnisses von Produktion und Klassenkampf. Produktion ist das Prinzip von Geschichte, gleichwohl soll alle Geschichte Marx und Engels zufolge eine Geschichte von Klassenkämpfen sein. Der Klassenkampf ist die gewaltsame und selbst noch vorgeschichtliche Erscheinungsform dieses Geschichtsprinzips. Der Klassenkampf stellt jeweils eine transitorische Phase des Übergangs von Vorgeschichte in Geschichte dar. Produktion als das Prinzip von Geschichte hat den Doppelcharakter von Arbeit und Arbeitsteilung. Produktion ermöglicht überhaupt erst den Menschen ein

aktivisches Verhältnis zur Natur zu entwickeln und bedeutet, dass die Menschen imstande sind, sich auf dem Boden der Natur von dieser Natur selber zu emanzipieren. Produktion ist also ab ovo mit einem Emanzipationsindex versehen. Als Prinzip von Geschichte kommt es aber überhaupt erst in diesem Hegelschen Sinn zur Entfaltung, wenn erstens die Produktionsmittel selber Produktcharakter angenommen und zweitens die Eigentumsverhältnisse nicht mehr die Gestalt persönlicher Knechtschaften, sei es Sklavenhaltergesellschaft, sei es Leibeigenengesellschaft haben. Dieser historische Charakter der Produktion entäussert sich daher erst mit der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Hier sind die Produktionsmittel nicht mehr die von den Menschen ungemachte Erde, sondern die von den Menschen selbst gemachten Maschinen. Zum zweiten haben sich die Eigentumsverhältnisse derart entpersonalisiert, dass der Arbeiter, der unmittelbare Produzent, nicht mit Haut und Haaren, Leib und Seele als Sklave dem Herrn oder als Leibeigner dem Feudalherrn gehört, sondern durch freien Arbeitsvertrag seine Arbeitskraft als Ware verkauft. Nulle terre sans seigneur, sagt Marx, aber l'argent n'a pas de maître. Diese Entpersonalisierung von Herrschaft ist ein erster Schritt wirklicher Emanzipation. Er macht die ambivalente Freiheit des freien Arbeiters aus, der frei ist von der persönlichen Knechtschaft, der Leibeigenenschaft, und der frei ist von allen materiellen Subsistenzmitteln, so dass diese Freiheit die Gewalt und den Zwang auf ihn ausübt, seine Arbeitskraft als Ware auf dem Markt verdingen zu müssen. Produktion als Prinzip von Geschichte kommt also der Marxschen Konstruktion zufolge mit der kapitalistischen Gesellschaftsformation zur offenen Entfaltung, weil sich die Produktionsmittel historisiert haben und auch schon die Eigentumsverhältnisse sich historisiert und entpersonalisiert haben.

Aber die historische Verfassung der kapitalistischen Gesellschaftsformation revoziert sich permanent zur Vorgeschichte; Geschichte selbst verdinglicht zur zweiten Natur der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Das zweite Moment, das Marx entfaltet, ist das der Klassenkämpfe. Die Klassenkämpfe, also Gewalt, sind eine blosse – und deshalb auch abschaffbare – Erscheinungsform von Produktion. Sie deuten an, dass die Produktion immer noch nicht in freien Verhältnissen, in einer Assoziation freier Menschen organisiert worden ist, sondern dass die Produktionsverhältnisse selbst noch den Charakter von Vorgeschichte haben. Zugleich aber impliziert die Gewalt der Klassenkämpfe ihre

Selbstaufhebung, d.h. jeder Klassenkampf stellt ein Stück Umsetzung von Vorgeschichte in Geschichte dar, sofern er siegreich für die Unterdrückten, die sich auflehnen, ausgeht. Dieses Verhältnis von Produktion und Klassenkampf, wie Marx es gattungsgeschichtlich entfaltet hat, steht hier nicht zur Debatte, sondern drei Punkte, die die Bedingungen von Revolution und die Konstruktion einer Theorie der Revolution unter hochverschleierte kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen anbelangen, sollen hier diskutiert werden:

1. Das Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Revolution in der Lehre von Marx und damit die Frage, ob Marx einen adäquaten historischen Begriff proletarischer Revolution sich erarbeiten konnte.

2. Das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewusstsein in der Lehre von Marx oder, ökonomiekritisch präzisiert, das Verhältnis von begrifflicher Wertabstraktion und ihrer Verdinglichung zur Wertform zum Arbeitsteilungsverhältnis der abstrakten Arbeit, d.h. die Identifikation von ökonomischen Kategorien mit praktischen gesellschaftlichen Existenzbestimmungen, wie Marx sie in der Einleitung zum Rohentwurf vornimmt. Dieser zweite Punkt soll also das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewusstsein, Wertabstraktion und Arbeitsteilungsverhältnis abstrakter Arbeit, Kategorie und gesellschaftlicher Realität behandeln.

3. Dieser Punkt bezieht sich auf den Begriff der Arbeit, den Marx in der Kritik der politischen Ökonomie, vor allem im Kapital und den Theorien über den Mehrwert, entfaltet. Er soll problematisieren ob es Marx gelungen ist, die Dialektik der Arbeit, nämlich gesellschaftliche Arbeit, nicht nur als kapitalverwertendes Unglück zu bestimmen, sondern auch als kapitalnegatorische Produktivkraft der Emanzipation, ob also bei Marx ausgewiesen ist, dass die Produktivkräfte als solche ebensoviel Emanzipationsmittel darstellen. D.h. ist es Marx gelungen, die Emanzipationskraft der Arbeit in systemkritischer Form in die Kritik der politischen Ökonomie metakritisch zu integrieren und so ein Vermittlungsglied zu entfalten zur Konstitution des Klassenkampfes, der revolutionären Subjektivität des organisierten Proletariats?

8. Herbert Marcuse

(* 19. Juli 1898 in Berlin; † 29. Juli 1979 in Starnberg) war ein deutsch-amerikanischer Soziologe und Philosoph.

1917 wird Marcuse Mitglied der SPD, nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verlässt er 1919 die SPD wieder. 1932 lernt er auch im Rahmen der ersten MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgaben) erstmals veröffentlichten »ökonomisch-philosophischen Manuskripte« von Karl Marx kennen. Marx Jugendschriften aus dem Jahre 1844 beeinflussen Marcuses Philosophie sehr. 1934 emigriert er in die USA. Die sog. »Frankfurter Schule« entsteht in den folgenden Jahren in New York, wo Marcuse im ebenfalls nach New York übergesiedelten Institut für Sozialforschung angestellt wird. In den Jahren 1967 und 1969 kommt es zu mehrmonatigen Aufenthalten in Europa. Vorträge und Diskussionen mit Studierenden in Berlin, Paris, London und Rom. Mit dem Entstehen der Studentenbewegung wird Marcuse zu einem ihrer Interpreten.

Scheitern der Neuen Linken?⁽¹⁾

Quellenangaben; Herbert Marcuse, Zeit-Messungen, Frankfurt am Main 1975, S.37 - 47

Bevor man darüber diskutiert, worin das Scheitern der Neuen Linken besteht, muss man sich zwei Fragen stellen: erstens, wer und was diese Neue Linke ist, zweitens, ob sie in der Tat gescheitert ist.

Zunächst einige Anmerkungen zum ersten Punkt. Die Neue Linke besteht aus politischen Gruppen, die links von den traditionellen Kommunistischen Parteien angesiedelt sind; sie besitzen noch keine neuen Organisationsformen, sind zudem ohne Massenbasis und, besonders in den USA, von der Arbeiterklasse isoliert. Die stark libertär-antiautoritären Momente, die die Neue Linke ursprünglich bestimmten, haben sich inzwischen verwischt oder sind gar einem neuen Gruppen-Autoritarismus gewichen. Gleichwohl: Was diese Bewegung im wesentlichen auszeichnet und charakterisiert, ist die Tatsache, dass sie den Begriff der Revolution neu definiert hat, indem sie ihn in Beziehung setzte zu neuen Freiheitsmöglichkeiten, zu neuen Potentialen einer sozialistischen Entwicklung, die durch den entfalteten Kapitalismus hervorgebracht (und zugleich sistiert) worden sind. Auf diese Weise haben sich neue Dimensionen von gesellschaftlicher Veränderung ergeben. Veränderung wird jetzt nicht mehr nur begriffen als ökonomische und politische Umwälzung, d.h. als Etablierung einer anderen Produktionsweise und neuer Institutionen, sondern auch und in erster Linie als Umsturz des herrschenden Systems von Bedürfnissen und deren Befriedigungsmöglichkeiten.

Diese Vorstellung von Revolution war von Beginn an Bestandteil der Marxschen Theorie: Sozialismus ist eine qualitativ andere Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der sowohl die Beziehung der Menschen untereinander als auch die zwischen Menschen und Natur von Grund auf revolutioniert werden. Unter dem Druck der ökonomischen Macht des Kapitalismus jedoch und unter dem Zwang zur Koexistenz schienen die sozialistischen Länder nachgerade dazu verdammt, die Entfaltung der Produktivkräfte, d.h. die Ausdehnung des produktiven Sektors in der Wirtschaft voranzutreiben, was zugleich die fortwährende Unterwerfung der Individuen unter die Bedingungen ihrer Arbeit implizierte (eine Unterwerfung, die unter Umständen »demokratisch« sein und eine rationalere und effizientere

Form der Produktion sowie gerechtere Verteilung der Güter bedeuten kann).

Überfluss an materiellen Gütern als Voraussetzung des Sozialismus heisst: Vertagung der revolutionären Transformation der Gesellschaft bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag oder aber die undialektische Hoffnung, dass mit quantitativem Wachstum der Wirtschaft sich, gleichsam als Nebenprodukt, eine neue Qualität gesellschaftlichen Lebens herausbilden werde.

Das Auftreten der Neuen Linken in den Sechziger Jahren hat dieses Konzept von Sozialismus und die damit verbundene Strategie nachhaltig in Frage gestellt. In der Erfahrung des Widerspruchs zwischen der überwältigenden Produktivität des Monopolkapitalismus einerseits und der Ohnmacht des grossen sozialistischen und kommunistischen Apparats, sie in die Produktivität der Revolution zu verwandeln, andererseits, verlagerte sich allmählich der Schwerpunkt der Revolte:

Die Bewegung mobilisierte und organisierte Kräfte, die in der Tradition marxistischer Theorie und Praxis bislang weitgehend vernachlässigt worden waren. Dies war der Versuch einer Totalisierung der Opposition - im Gegenzug gegen die Totalisierung der monopolkapitalistischen Repression und Ausbeutung. Je eindeutiger und breiter die Steuerung der Bedürfnisse durch den kapitalistischen Machtapparat wurde, desto unerlässlicher erschien die Umwälzung jener Bedürfnisse in den Individuen, die das Bestehende reproduzieren: Rebellion der menschlichen Existenz in der Sphäre der Produktion und in der Reproduktion, in der Infrastruktur und im »Überbau«. Die Bewegung nahm von Anfang an die Gestalt einer »Kulturrevolution« an, in der ausser politischen und ökonomischen Forderungen auch andere Wünsche und Hoffnungen laut wurden: das Interesse an einer neuen Moral, an einer menschenwürdigen Umwelt, an einer vollständigen »Emanzipation der Sinne« (Marx), d.h. an einer Befreiung der Sinne von dem Zwang, Menschen und Dinge als blosse Objekte von Tauschbeziehungen wahrzunehmen. »Die Phantasie an die Macht!«: Es ging um die Emanzipation der Einbildungskraft aus den Fesseln der funktionellen Vernunft. Gegen die Allianz von Realismus und Konformismus wurde die Losung ausgegeben: »Seien wir realistisch, verlangen wir das Unmögliche!« Daher rührte die starke ästhetische Komponente der Bewegung: Kunst galt als Produktivkraft der Befreiung, als Erfahrung einer

anderen (normalerweise verdrängten) Wirklichkeit.

War all das Ausdruck von Romantizismus, gar Elitarismus? Keineswegs. Die Neue Linke war den »objektiven Bedingungen« voraus, indem sie Ziele und Inhalte artikulierte, die der entfaltete Kapitalismus möglich gemacht, aber bis dahin kanalisiert oder unterdrückt hatte. Diese Einsicht und dieses Konzept drückten sich auch in der Strategie aus: Es besteht eine innere Verbindung zwischen dem Kampf der Neuen Linken gegen überalterte Formen der Opposition und den in der Arbeiterklasse selbst sich durchsetzenden oppositionellen Tendenzen des Klassenkampfes: Autonomie versus autoritär-bürokratische Organisation; seit den Sechziger Jahren gewinnen Fabrikbesetzungen und Vorstellungen von Selbstverwaltung der Produktion und Distribution wieder an Bedeutung.

Wir kommen jetzt zum zweiten Punkt: zu der Frage, ob die Neue Linke tatsächlich gescheitert ist. Die Antwort muss auf verschiedenen Ebenen gegeben werden. Zum Teil wurde die Bewegung vom Establishment »vereinnahmt« oder offen unterdrückt; zum Teil »zerstörte« sie sich selbst dadurch, dass sie keine angemessenen Organisationsformen entwickelte, dass ein innerer Spaltungsprozess um sich griff, der einherging mit Antiintellektualismus, einem politisch ohnmächtigen Anarchismus und narzisstischer Selbstüberschätzung.

Die Unterdrückung der Bewegung durch die herrschenden Machtstrukturen nahm vielfältige Formen an. Sie war gewaltsam, aber auch sozusagen »normal«: Perfekte wissenschaftliche Kontrollmöglichkeiten, »schwarze Listen«, Diskriminierung am Arbeitsplatz, ein Heer von Spitzeln und Informanten - das alles wurde als Repressionsinstrument eingesetzt, dessen erfolgreiche Anwendung dadurch erleichtert wurde, dass die Linke von der Bevölkerung weitgehend isoliert blieb. Diese Isolierung hat ihre Ursachen in der Sozialstruktur des entfalteten Monopolkapitalismus selbst, denn grosse Teile der Arbeiterklasse sind längst ins System integriert. Hinzu kommt die Dominanz antirevolutionär eingestellter Gewerkschaften und reformistischer Arbeiterparteien. Solche Tendenzen sind Ausdruck der relativen Stabilität des Kapitalismus auf neokolonialistischer und neoimperialistischer Basis mit seiner überwältigenden Konzentration von ökonomischer und politischer Macht.

Angesichts der ungeheuren Machtzusammenballung, die die kapitalistische Totalität darstellt, musste die Revolte gegen das System fast zwangsläufig von minoritären Gruppen getragen werden, die ausserhalb oder am Rand des materiellen Produktionsprozesses stehen. So gesehen kann man tatsächlich von »privilegierten« Gruppen, von einer »Elite« oder gar »Avantgarde« sprechen. Andererseits waren es aber gerade jene »Privilegien« - die Distanz zum und die Nichtintegriertheit in den Produktionsprozess -, die die Entwicklung eines radikalen politischen Bewusstseins vorantrieben, das die Erfahrung von Entfremdung zur Rebellion gegen die Obsoleszenz der bestehenden materiellen und intellektuellen Kultur motivierte.

Freilich kam die Revolte gerade deshalb nicht zur vollen Wirkung; die von der Neuen Linken geschaffenen »Gegenkulturen« zerstörten sich selbst, als sie ihre politische Stosskraft einbüssten: durch Rückzug auf eine Art privater »Befreiung« (Drogenkultur, Hinwendung zum Gurus Kult und anderen pseudoreligiösen Sekten); durch einen abstrakten Antiautoritarismus plus Verachtung von Theorie als Praxisanleitung; durch Ritualisierung und Fetischisierung des Marxismus. Dies alles war Ausdruck einer vorzeitigen Resignation und Desillusionierung.

Das Insistieren der Neuen Linken auf der Subversion der Erfahrung, des individuellen Bewusstseins, auf einer radikalen Umwälzung des Systems der Bedürfnisse und Befriedigungen, kurz, das Beharren auf einer neuen Subjektivität verleiht der Psychologie eine entscheidende politische Bedeutung. Die gesellschaftliche Steuerung, die heute selbst das Unbewusste weitgehend für die Erhaltung des Bestehenden mobilisiert hat, rückt die Psychoanalyse wieder in den Vordergrund des Interesses. Nur die Auslösung verdrängter und unterdrückter Impulse kann das etablierte System der Bedürfnisse in den Individuen erschüttern und für die Bedürfnisse der Freiheit physiologisch und psychologisch Raum schaffen. Doch die blosser Aktualisierung von Impulsen kann diese Funktion nicht erfüllen: der Auslösungsprozess muss zur Kritik, zur Selbstkritik der Bedürfnisse fortschreiten in Reaktion auf die gesellschaftlich gesteuerten und introjierten Bedürfnisse, die der Befreiung widersprechen, während ihre Befriedigung die repressive Reproduktion der Tauschgesellschaft gewährleistet. Die kritische Analyse der Bedürfnisse konstituiert die spezifisch gesellschaftliche Dimension der Psychologie.

Ohne Zweifel hat die Psyche auch eine übergesellschaftliche oder vielmehr subgesellschaftliche Dimension, in der die instinktiven Bedürfnisse allen Gesellschaftsformen gemeinsam sind: die Dimension primärer Sexualität und Destruktion. In diesem Bereich wurzeln Konflikte, die auch in einer freien Gesellschaft bestehen werden: Eifersucht, unglückliche Liebe, Gewalttätigkeit sind nicht einfach auf das Schuldkonto der bürgerlichen Gesellschaft zu setzen; sie sind Ausdruck des der Libido inhärenten Widerspruchs zwischen Ubiquität und Ausschliesslichkeit, zwischen Befriedigung im Wechsel und in der Treue. Doch selbst in dieser Dimension sind die Manifestationen der Triebe und die Weisen der Triebbefriedigung gesellschaftlich determiniert. Auch hier erscheint und wirkt das Allgemeine im Besonderen; allerdings ist das Allgemeine hier nicht das Gesellschaftliche, die Gesellschaft in den Individuen, sondern eher die primäre Triebstruktur in den gesellschaftlich determinierten Individuen.

Über dieser Dimension liegt das Feld der psychischen (und physischen) Konflikte und Störungen, die spezifisch gesellschaftlichen Charakters, d.h. in ihrer Substanz und in ihrer Erscheinungsform durch die bestehende Gesellschaft und deren eigentümliche Unterdrückungs- und Entsublimierungsmechanismen bedingt sind. Hierzu zählen viele der heute vielberedeten Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern, Generationen, in der Selbstbestimmung («Identitätskrisen») - viele Phänomene, die heute vornehmlich als individuelle »Entfremdung« klassifiziert werden. In diesem psychischen Bereich sind die etablierte Gesellschaft und ihr Realitätsprinzip das Allgemeine, das Wesentliche in den besonderen Konflikten und Störungen, und die Therapie wäre Sache einer politischen Psychologie: Politisierung des Bewusstseins, des Unbewussten; Gegen-Politisierung des Über-Ich.

Der enge strukturelle Zusammenhang zwischen diesen beiden Bereichen verleitet leicht dazu, wichtige politische als private psychische Probleme zu interpretieren. Das Resultat ist: Transfrenz des Politischen in die Privatsphäre und die ihrer Repräsentanten und Analytiker. (Der unorthodoxe Gebrauch des Begriffs »Transfrenz« mag insofern gerechtfertigt sein, als in dieser Übertragung eine Befriedigung verdrängter Impulse erfolgt: Verdrängung oder Verwandlung der radikalen politischen Impulse der »Gegenkulturen« nach ihrem angeblichen Scheitern; in

dieser Verwandlung erhalten sie den Stellenwert infantiler Wünsche.)

In der Neuen Linken hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die »Tiefenpsychologie« ein entscheidender Faktor im Begriff der entfalteten monopolkapitalistischen Gesellschaft ist, deren Integrationsform hauptsächlich auf der Introjektion der sozialen Kontrollen durch die Individuen beruht, die so das herrschende System und ihre eigene Knechtschaft reproduzieren. Die gesellschaftliche Reproduktion wird weitgehend garantiert durch die systematische Steuerung von Triebbedürfnissen und Befriedigungen: durch die Kommerzialisierung der Sexualität («repressive Entsublimierung») und die zusätzliche Freisetzung primärer Aggressivität nicht nur in den imperialistischen Kriegen (das Massaker von My Lai usw.), sondern auch in der wachsenden Kriminalität und in der Brutalität des Alltags. Als politischer Therapie und Aufklärung entspricht, der nicht-konformistischen Psychologie die politisierte Psyche. Der Privatisierung und dem konformistischen Betrieb der Psychologie stehen die Versuche einer radikalen Therapie gegenüber: Artikulierung der noch in der Tiefenschicht der individuellen Existenz wirkenden gesellschaftlichen Repression.

Zurück zur Neuen Linken. Ich meine, es sei trotz allem falsch, von ihrem »Scheitern« zu sprechen. Wie ich zu zeigen versuchte, wurzelt die Bewegung in der Struktur des entfalteten Kapitalismus selbst; sie kann sich zurückziehen, um sich neu zu formieren, sie kann aber auch Opfer einer neofaschistischen Repression werden.

Gleichwohl gibt es Anzeichen dafür, dass die »Botschaft« der Neuen Linken über ihre eigenen Kreise hinaus verbreitet und gehört worden ist. Das hat seine Gründe. Die Stabilität des Kapitalismus ist, und zwar in internationalem Ausmass, erschüttert; das System enthüllt mehr und mehr seine Destruktivität und Irrationalität. Daher breitet sich auch der Protest aus, wenngleich vorerst weitgehend unorganisiert, diffus, unzusammenhängend und noch keineswegs mit deutlichen sozialistischen Intentionen. Unter den Arbeitern zeigt er sich etwa in Form von wilden Streiks, von Absentismus, von versteckter Sabotage oder als Aufbegehren gegen die Gewerkschaftsführungen; er zeigt sich weiter im Kampf unterdrückter sozialer Minderheiten und, schliesslich, in der Befreiungsbewegung der Frauen. Generell kann man sagen, dass es einen Verfall der »Arbeitsmoral« gibt, ein Misstrauen gegen die Grundwerte der kapitalistischen Ge-

sellschaft und ihre heuchlerische Moral, insgesamt einen Schwund an Vertrauen in die vom Kapitalismus gesetzten Prioritäten, Wertvorstellungen und Rangordnungen.

Dafür, dass die tiefsitzende soziale Unzufriedenheit, die ich soeben anzudeuten versuchte, gleichwohl unartikulierte, unorganisiert und auf kleine Gruppen beschränkt bleibt, gibt es einen sehr plausiblen Grund, nämlich den, dass die Masse der Bevölkerung jede sozialistische Alternative entweder mit dem Sowjetkommunismus oder mit einem vagen Utopismus gleichsetzt. Offenbar existiert eine verbreitete Angst vor einer möglichen radikalen Gesellschaftsveränderung, welche die traditionelle Lebensweise fundamental wandeln, die jahrhundertealte puritanische Moral und Entfremdung untergraben könnte – Werte, die lange Zeit anerkannt oder den Menschen aufgezwungen worden waren. Man brachte ihnen bei, dass lebenslange Plackerei und Unterdrücktsein unabdingbar, ja geradezu ein religiöses Gebot seien. Die Unterwerfung unter den sich stetig ausdehnenden Produktionsapparat wurde als notwendige Vorbedingung von Fortschritt angesehen.

Es mag sein, dass diese Unterdrückung lange Zeit hindurch wirklich notwendig war, um im Kampf gegen den ökonomischen Mangel erfolgreich zu sein und um die Mobilisierung der Arbeitskraft und die Beherrschung der Natur voranzutreiben – in der Tat führte ja der technische Fortschritt zu einem enormen Aufschwung in der Entfaltung der Produktivkräfte und zu immer grösserem gesellschaftlichen Reichtum. Auf der anderen Seite aber wurden diese Errungenschaften immer brutaler dazu benutzt, den Mangel zu perpetuieren, die Unterdrückung aufrechtzuerhalten, die Natur zu vergewaltigen und die menschlichen Bedürfnisse zu manipulieren – dies alles mit dem einzigen Ziel, die herrschende Produktionsweise und die bestehende soziale Hierarchie zu bewahren bzw. ihre Basis zu erweitern.

Heute freilich ist offenkundig geworden, dass die Errungenschaften des Kapitalismus innerhalb dieses repressiven Rahmens nicht mehr fortexistieren können: Das System vermag sich nur noch weiterzuentwickeln, indem es, und zwar in internationalem Maßstab, die Produktivkräfte, ja sogar menschliches Leben selbst, zerstört. Man kann sagen, dass der Kapitalismus sein eigene Negation zum Prinzip erhoben hat.

Vor diesem Hintergrund können wir die historische Bedeutung der Neuen Linken besser verste-

hen. Die Sechziger Jahre markieren einen Wendepunkt in der Entwicklung des Kapitalismus (möglicherweise auch in der des Sozialismus); es war in der Tat die Neue Linke, die eine umfassende, wenn auch vergessene und unterdrückte Dimension radikaler gesellschaftlicher Veränderung wieder auf die Tagesordnung setzte; und es war die Neue Linke, die – obwohl in chaotischer und gewissermassen unreifer Form – die Idee einer Revolution im 20. Jahrhundert als einer von alle vorausgegangenen Revolutionen spezifisch verschiedenen auf ihre Fahnen schrieb. Diese Revolution entspräche den vom Spätkapitalismus geschaffenen Bedingungen. Ihr Träger wäre eine erweiterte und in ihrem gesellschaftlichen Sein und Bewusstsein veränderte Arbeiterklasse, zu der grosse Schichten der früher unabhängigen Mittelklassen und der Intelligenz gehörten. Diese Revolution hätte ihren Antrieb und Ursprung nicht so sehr in materieller Verelendung als vielmehr im Aufbegehren gegen die menschenunwürdige Gestalt von Arbeit und Freizeit, gegen aufgezwungene Bedürfnisse und Befriedigung, gegen das Elend und den Wahnsinn der »Gesellschaft im Überfluss«. Gewiss, die spätkapitalistische Gesellschaft reproduziert auch materielle Verelendung und die rohesten Formen der Ausbeutung, und doch ist deutlich, dass die treibenden Kräfte einer radikalen Umwälzung sich in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht mehr vorwiegend aus dem »Proletariat« rekrutieren, und dass die Forderungen jetzt auf qualitativ andere Lebensformen und qualitativ andere Bedürfnisse zielen.

Die Neue Linke hat in ihren Forderungen und in ihrem Kampf die Rebellion gegen das Bestehende totalisiert; sie hat das Bewusstsein breiter Schichten der Bevölkerung verändert; sie hat gezeigt, dass ein Leben möglich ist ohne stupide und unproduktive Leistung, ein Leben ohne Angst, ohne jene puritanische »Arbeitsmoral« (die ja längst keine mehr ist, sondern eine reine Unterwerfungsmoral), ein Leben ohne belohnte Brutalität und Heuchelei, ein Leben endlich ohne die künstliche Schönheit und reale Hässlichkeit des kapitalistischen Systems. In anderen Worten: die Neue Linke hat das seit langem abstrakte Wissen konkretisiert, dass »Veränderung der Welt« nicht bedeutet, ein Herrschaftssystem durch ein anderes zu ersetzen, sondern den »Sprung« zu tun auf eine qualitativ neue Stufe der Zivilisation, auf der die Menschen ihre eigenen Bedürfnisse und Möglichkeiten solidarisch entfalten können.

Wie nun soll sich die Neue Linke auf eine solche radikale Transformation vorbereiten? (Aus Raumgründen kann ich hier nicht die Organisationsproblematik aufgreifen, sondern muss mich darauf beschränken, ein paar vorläufige allgemeine Erwägungen anzustellen.)

Als erstes müssen wir uns klar darüber werden, dass wir in einer Epoche der präventiven Konterrevolution leben. Der Kapitalismus ist bereit für den Bürgerkrieg und den imperialistischen Krieg. Angesichts der globalen Kontrollmaschinerie ist die Neue Linke - isoliert von der grossen konservativen Masse der Bevölkerung - zunächst auf die Minimal-Strategie der Einheitsfront angewiesen: Zusammenarbeit von Studenten, militanten Arbeitern und links-liberalen (sogar unpolitischen) Personen und Gruppen. Eine solche Einheitsfront hätte die Aufgabe, Proteste gegen bestimmte, besonders brutale Aggressions- und Unterdrückungsaktionen des Regimes zu organisieren. Im allgemeinen scheint die herrschende Integration den Aufbau radikaler Massenparteien vorläufig auszuschliessen; Schwerpunkt radikaler Organisation wären lokale und regionale Basen (in den Fabriken, Büros, Universitäten, Wohnvierteln); ihre Aufgabe bestünde darin, den Protest zu artikulieren und für konkrete Aktionen zu mobilisieren. Dabei handelte es sich nicht um Aktionen für den Übergang zum Sozialismus; nichts hat den marxistischen Gruppen in der Neuen Linken mehr geschadet als ihre Sprache verdinglichter und ritualisierter Propaganda, welche das revolutionäre Bewusstsein, das sie entwickeln sollte, schon voraussetzte. Der Übergang zum Sozialismus steht heute nicht auf der Tagesordnung, die Gegenrevolution dominiert. Unter diesen Umständen geht es um die Bekämpfung der schlimmsten Tendenzen. Der Kapitalismus entfaltet sich täglich in Taten und Tatsachen, die zum Ziel organisierten Protestes und politischer Aufklärung dienen könnten: Vorbereitung neuer Kriege und Interventionen, politische Morde und Mordversuche, brutale Verletzung der Bürgerrechte, Rassismus, intensivierte Ausbeutung der Arbeitskraft. Der Kampf wird sich normalerweise vorerst in den Formen der bürgerlichen Demokratie abspielen (Wahl und Unterstützung liberaler Politiker, Verbreitung unterdrückter Information, Protest gegen Umweltzerstörung, Boykotts, etc.). Forderungen und Aktionen, die in anderen Situationen als reformistische, ökonomistische, bürgerlich-liberale Politik mit Recht verworfen wurden, können heute eine positive Bedeutung haben: Der Spät-

kapitalismus weist eine herabgesetzte Toleranzschwelle auf.

Die Erweiterung des potentiellen Trägers der Revolution entspricht der Totalisierung des revolutionären Potentials selbst. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Neue Linke in ihrer »heroischen Periode« von der Überzeugung durchdrungen war, dass die Revolution im 20. Jahrhundert in Dimensionen vorstossen würde, die alles hinter sich lassen, was uns aus vorangegangenen Revolutionen bekannt ist. Sie wird einerseits »Randgruppen« und bis jetzt noch unpolitisierte soziale Schichten mobilisieren; sie wird andererseits, neben einer ökonomischen und politischen, vor allem eine »kulturelle« Revolution sein. In diesem neuen Typus von Revolution drückt sich das vitale Bedürfnis aus, die Wertvorstellungen, die die Geschichte der Klassengesellschaft geprägt haben, umzuwälzen.

In diesem Zusammenhang könnte die Frauenbefreiungs-Bewegung gleichsam zur »dritten Kraft« der Revolution werden. Freilich ist klar, dass die Frauen keine eigene »Klasse« darstellen; sie gehören allen Gesellschaftsschichten an, und der Geschlechtsgegensatz ist nicht klassenmässig, sondern biologisch fundiert; gleichwohl entwickelt er sich in einem sozio-historischen Rahmen.

Die Geschichte der Zivilisation ist die Geschichte männlicher Herrschaft, des Patriarchats. Die Entfaltung der Frauen war bestimmt und eingeschränkt nicht nur durch die Erfordernisse der Sklavenhalter-, der feudalen und der bürgerlichen Gesellschaft, sondern ebenso durch die spezifisch männlichen Bedürfnisse. Man kann sagen, dass der Gegensatz männlich-weiblich sich zum Gegensatz maskulin-feminin fortentwickelte. Während die Frauen als Ausbeutungsobjekte und als Repräsentanten abstrakter Arbeit in zunehmendem Masse in den materiellen Produktionsprozess eingegliedert wurden (ungleiche Gleichheit der Ausbeutung), sollten sie zugleich all jene Qualitäten der Befriedung, Menschlichkeit, Hingabe verkörpern, die sich in der kapitalistischen Arbeitswelt nicht entfalten können, ohne deren repressiven Boden, vor allem das Funktionieren menschlicher Beziehungen nach den Gesetzen des Warentauschs, zu untergraben. Deshalb mussten die Domäne und die besondere »Aura« des Weiblichen vom Produktionsbereich strikt abgetrennt werden: »Weiblichkeit« galt fortan als eine Qualität, die nur innerhalb der vier Wände und in der sexuellen Sphäre ihr Recht

hatte. Freilich blieb auch dieser gleichsam privatisierte Sektor Teil des männlichen Herrschaftsgefüges. Solche Aufspaltung und Zuteilung menschlicher Vermögen wurde schliesslich regelrecht institutionalisiert und reproduzierte sich von Generation zu Generation. So kam es, dass antagonistische gesellschaftliche Bedingungen die Form eines »natürlichen« Gegensatzes annahmen: des Gegensatzes angeborener Qualitäten als Grundlage einer angeblich natürlichen Hierarchie, Dominanz des Männlichen über das Weibliche.

Heute, da Aggressivität und Brutalität der von Männern beherrschten Gesellschaft einen zerstörerischen Höhepunkt erreicht haben und nicht länger durch Entwicklung der Produktivkräfte und rationale Naturbeherrschung »kompensiert« werden können, nimmt innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesellschaft der Aufstand der Frauen gegen die ihnen aufgezwungene Rolle notwendig die Gestalt einer Negation an: des Kampfes gegen die Männerherrschaft auf allen Ebenen der materiellen und intellektuellen Kultur.

Diese Negation ist freilich zunächst noch abstrakt und unvollständig, sie ist ein, allerdings unerlässlicher, erster Schritt zur Befreiung, keineswegs diese selbst. Blicke der Befreiungsimpuls auf dieser Ebene stecken, so hiesse das, die radikalen Potenzen der Bewegung beim Aufbau einer alternativen sozialistischen Gesellschaft unterdrücken - am Ende hätte man lediglich die Gleichheit von Herrschaft erreicht.

Das System selbst würde sich erst dann verändern, wenn der Widerspruch der Frauen gegen die Männerherrschaft an der Basis der Gesellschaft wirksam würde: in der Organisation des Produktionsprozesses, im Charakter der Arbeit und in der Transformation der Bedürfnisse. Die Ausrichtung der Produktion auf die Rezeptivität, auf den Genuss der Früchte der Arbeit, auf die Emanzipation der Sinne, auf die Befriedung der Gesellschaft und der Natur würde der maskulinen Aggressivität in ihrer repressivsten und profitabelsten, produktivsten Form, nämlich der Reproduktion des Kapitalismus, den Boden entziehen. Dann wäre das, was unter der Männerherrschaft als die feminine Antithese zu den maskulinen Qualitäten erschien, in Wahrheit eine unterdrückte gesellschaftliche, geschichtliche Alternative - die sozialistische Alternative: das Ende der sich selbst beschleunigenden und zerstörerischen Produktivität, um jene Bedin-

gungen herzustellen, unter denen die Menschen fähig sind, sich ihrer Sinnlichkeit und ihres Verstandes zu erfreuen, zu ihren Emotionen zu stehen.

Wäre das ein »weiblicher Sozialismus«? Der Ausdruck ist, denke ich, irreführend. Denn es geht ja bei einer solchen gesellschaftlichen Umwälzung, d.h. im Falle der Abschaffung der Männerherrschaft, gerade darum, die Zuweisung spezifisch weiblicher (femininer) Eigenschaften an die Frau als Frau zu negieren, d.h. diese Qualitäten in allen gesellschaftlichen Sektoren, in der Arbeit wie in der Freizeit zur Entfaltung zu bringen. Dann wäre die Befreiung der Frauen auch die des Mannes - für beide eine Notwendigkeit

Auf der gegenwärtigen Stufe des Kapitalismus kann die sich immer schneller drehende Spirale von Fortschritt und Zerstörung, Herrschaft und Unterwerfung nur dann angehalten werden, wenn es der radikalen Linken gelingt, die neuen Dimensionen der Veränderung offen zu halten und das vitale Bedürfnis nach einer qualitativ verschiedenen Lebensweise zu artikulieren und zu mobilisieren. Die Anfänge einer solchen Sachverhalten entsprechenden Strategie und Organisation sind erkennbar - erkennbar sind die Anfänge einer ihnen angemessenen Sprache, die sich aus Verdinglichung und Ritualisierung zu lösen sucht. Die Neue Linke ist nicht gescheitert; gescheitert sind ihre aus der Politik geflohenen Anhänger.

Die Neue Linke läuft indes - wie die Linke überhaupt - Gefahr, den reaktionär-aggressiven Tendenzen des Spätkapitalismus zum Opfer zu fallen. Diese Tendenzen verstärken sich in dem Grade, wie die Krise sich ausbreitet und das System dazu zwingt, in Kriegsdrohungen und in der Unterwerfung der Opposition einen Ausweg zu suchen. Die Notwendigkeit des Sozialismus steht wieder der des Faschismus gegenüber. Die klassische Alternative »Sozialismus oder Barbarei« ist heute aktueller denn jemals zuvor.

Aus dem Amerikanischen von Hans-Martin Lohmann

1 Erweiterter Text eines im April 1975 an der University of California, Irvine, gehaltenen Vortrags.

Theorie und Praxis¹

Quellenangaben; Herbert Marcuse, Zeit-Messungen, Frankfurt am Main 1975, S.21 - 36

Ich verstehe unter »Theorie« die Marxsche Theorie und unter »Praxis« die (im Sinne der elften Feuerbach-These) weltverändernde Praxis. Theorie und Praxis sind niemals in unmittelbarer Einheit (dann fielen Theorie und Strategie zusammen). Spannung, selbst Konflikt mit der Praxis liegen im Wesen der Theorie, in ihrer Struktur selbst begründet:

1. Sie hat eine antizipierende, kritische Qualität. Auf Grund der Analyse der gegebenen Gesellschaft projiziert, entwirft die Theorie mögliche Praxis. Das ist das geschichtliche A priori der Theorie.

2. Sie bestimmt das Allgemeine im Besonderen; sie bringt die unmittelbaren, konkreten Erscheinungsformen der gegebenen Gesellschaft auf ihren Begriff, und sie begreift Tendenzen, die in der Praxis abgebogen und blockiert werden können. Das ist die der Theorie eigene Abstraktheit; sie ist Abstraktion von der mystifizierten Wirklichkeit, von verstümmelter Erfahrung.

Andererseits hat die Theorie ihre unabdingbare empirische Basis:

- die von ihr begriffenen Tendenzen und Bedingungen der Veränderung müssen in der gegebenen Gesellschaft aufweisbar sein. Je weniger dies der Fall ist, desto abstrakter ist die Theorie. Aber diese Abstraktheit macht die Theorie nicht zur Ideologie, zum falschen Bewusstsein,

- solange sie die (scheinbare oder faktische) Abwesenheit wirklicher revolutionärer Kräfte in der Analyse der Gesamtgesellschaft begründen, antizipieren, aus ihren Begriffen ableiten kann. Das Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis ist in der Struktur der Theorie ausgedrückt durch die Unterscheidung von Grundtendenz und Gegentendenzen der Entwicklung, und zwar so, dass die Gegentendenzen aus der Grundtendenz ableitbar, nicht von außen der Theorie hinzugefügt sind (als ex-post-Anpassung an die Tatsachen), und daß durch alle Gegentendenzen hindurch die Grundtendenz herrschend bleibt.

Grundtendenz:

- die innere Dynamik des Kapitalismus, die zum Zusammenbruch treibt, trotz der und in den

Gegentendenzen:

- Imperialismus, Neokolonialismus, Faschismus, Monopol- und Staatskapitalismus.

Es wäre eine grobe Verdinglichung des Marxschen Begriffs, wenn die Zusammenbruchstendenz verabsolutiert würde. Auch als Grundtendenz enthält sie den subjektiven Faktor: die Praxis. Deren revolutionäre Kraft kann gebrochen werden. Dann würde dem Zusammenbruch des Kapitalismus ein Weltzustand der Barbarei folgen, in dem die technische Beherrschung der Produktivkräfte eine gesättigte Sklaverei unter totaler Kontrolle ermöglichen würde - auf dem Rücken hungernder »fremder« Bevölkerungsgruppen.

Die Dialektik von Grundtendenz und Gegentendenzen ist wirksam nicht nur in den objektiven Bedingungen der Veränderung, sondern auch im Subjekt der verändernden Praxis: in der Arbeiterklasse. Sie ist, in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern, nicht revolutionär; nicht nur im Sinn einer »temporären« Abwesenheit revolutionären Bewusstseins, sondern auch in dem Grad der Integrierung ihrer Bedürfnisse und Aspirationen ist sie in ihrer Majorität nicht mehr die »bestimmte Negation«. Ihre Massenparteien definieren sich selbst als »parti de l'ordre« und stellen fest, dass der Übergang zum Sozialismus nicht auf der Tagesordnung stünde.

In der Tat ist die Haltung der Arbeiterklasse in den monopolkapitalistischen Ländern nicht mehr in der traditionellen Weise durch die Abwesenheit revolutionären Bewusstseins zu erklären, so dass die Entwicklung vom »An sich« zum »Für sich« in der gegebenen Situation die Aufgabe der revolutionären Partei oder ihrer Avantgarde wäre. Entwicklung revolutionären Bewusstseins ist eine Dimension des gesellschaftlichen Seins. Die Integrierung der Arbeiterklasse vollzieht sich heute auf der vom Monopolkapitalismus geschaffenen materiellen Basis. Es ist diese Basis, die die Arbeiterklasse verändert hat, und zwar nicht nur in ihrem Be-

wusstsein. Und es ist das gesellschaftliche Sein, das im Spätkapitalismus die Veränderung des Bewusstseins blockiert. Vom Laissez-faire zum Monopolkapitalismus bleibt die Grundtendenz herrschend, bleibt die Arbeiterklasse das gesellschaftliche Subjekt der radikalen Veränderung; aber diese Klasse ist nicht mehr das Marxsche Proletariat, und die Motive und Ziele der radikalen Praxis sind nicht mehr die der früheren Periode.

Die Arbeiterklasse bleibt gesellschaftliches Subjekt der Veränderung, solange die materielle Reproduktion des Ganzen von ihr abhängt, solange auch die die Produktion kontrollierende herrschende Klasse auf sie angewiesen ist, und solange der Produktionsprozess auch Reproduktion ihrer Ausbeutung ist. Aber innerhalb dieser Herrschaftsstruktur (und durch die Entfaltung der kapitalistischen Produktion selbst verursacht) wandeln sich die soziale Zusammensetzung, die Verwendung der Arbeitskraft und die Bedürfnisse der Klasse, und zwar so, daß diese Transformationen geschichtlich neue Möglichkeiten und Ziele des Übergang zum Sozialismus und des Sozialismus selbst anzeigen.

Ich erwähne hier nur einen Aspekt der Transformation der Grundlage möglicher Revolution in den höchstentwickelten Industrieländern: die verbreiterte Basis der Ausbeutung und ihr unmittelbaren Folgen.² Der wachsende Anteil von white collar und intellektueller Arbeit im Produktionsprozess und die wachsende Produktion von Dienstleistungen (zunehmende Ausdehnung des tertiären Sektors der Ökonomie) haben zu einer Einbeziehung großer Schichten der Mittelklassen in die Arbeiterklasse geführt.³ Diese Tendenz hat sich nicht als »Proletarisierung ausgewirkt. Die immer intensivere Anwendung der Technik Und Wissenschaft auf die Produktivität der Arbeit hat die Warenwelt extrem vergrößert und die Erzeugung immer neuer Bedürfnisse und ihrer (erzwungenen) Befriedigung ermöglicht - zu Lasten einer großen Anzahl von Unterprivilegierten in den abhängige Ländern entwickelte sich ein relativ hoher Lebensstandard für die Majorität in den Metropolen. Das Resultat war und ist: Verbürgerlichung; Vorherrschaft systemimmanenter Bedürfnisse und Aspirationen; Reproduktion des Bestehenden durch die Beherrschten unter zunehmend effektiverer Kontrolle in allen Dimensionen der Existenz sowie Konzentration der Gewalt in dem herrschenden Machtapparat.

Diese Konstellation charakterisiert die präventiv-gegenrevolutionäre Stabilisierung des Spätkapitalismus:

- Befriedigung und Steuerung der Bedürfnisse, die die kapitalistische Produktionsweise weitertreiben (erzwungene servitude volontaire); Gleichschaltung der intellektuellen mit der materiellen Kultur durch die Proliferation von System-Wissenschaften; Philosophien, die sich die kritische Transzendierung der Begrifflichkeit verbieten;
- Pseudo-Demokratisierung in der Konsumsphäre bei gleichzeitiger Stärkung und Ausdehnung der Exekutivgewalt;
- internationale Mobilisierung des Großkapitals für die Sicherung der Ausbeutung und die Eindämmung oder Unterdrückung der Revolte.

So organisiert der Spätkapitalismus eine globale Gesellschaft, in der wirkliche und gesteuerte Bedürfnisbefriedigung, Freiheit und Unterwerfung, Demokratie und Terror zu einer antagonistischen Totalität zusammengezwungen werden - eine Totalität, in der die radikale Opposition verstreut-minoritär und von ihrer traditionellen Basis isoliert ist. Es ist dies der Spätkapitalismus in der Phase der präventiven Gegenrevolution.

Die Organisation der präventiven Gegenrevolution beginnt mit dem Faschismus in Europa:

- terroristische Unterdrückung der Opposition; Liquidierung einer ganzen Generation revolutionärer Vertreter der Arbeiterklasse;
- zentralisierte Organisation der Wirtschaft für die Restauration und Expansion des Großkapitals bei gleichzeitiger Delegierung der ökonomischen Souveränität an den faschistischen Machtapparat;
- Transformation der ausgebeuteten Klassen in gleichgeschaltete Massen als privilegierte Bevölkerung gegenüber den geopferten »Fremdgruppen«.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wird die Organisation der Gegenrevolution weitgehend revidiert:

- internationale Reorganisation des Kapitalismus unter amerikanischer Hegemonie;

- Aufteilung der Welt in Kooperation mit der Sowjetunion;
- Auffangen radikaler Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt: Integrierung in den kapitalistischen oder sowjetischen Bereich;
- militärische, ökonomische, technische Intervention der USA im Ausland; Export von Kapital und Produktion;
- Perfektionierung eines allumfassenden Kontroll- und Informationsapparats; Unterwerfung der Bevölkerung unter die destruktive Produktivität des Systems, aber weitgehende Bedürfnisbefriedigung und Reproduktion systemerhaltender Bedürfnisse in den Individuen, die Terror vorläufig unnötig machen.

Theorie und Praxis sind mit der Notwendigkeit konfrontiert, diese integrierte und integrierende Totalität aufzusprengen und das in dieser Gesellschaft enthaltene und verwaltete revolutionäre Potential freizusetzen. Dabei kann sich die Theorie in ihrem Ansatz nicht auf eine gegebene revolutionäre Praxis und nicht auf »Massen« stützen: Isolierung der Praxis und Steuerung der Massen (bis zur Gleichschaltung) sind (wie wir zu zeigen versuchen werden) die Folge und die Bedingung der kapitalistischen Produktionsweise selbst, nicht nur ein sekundäres Phänomen. Da durch wird die Spannung zwischen Theorie und Praxis stärker als die der Theorie je schon inhärente: die traditionelle Verbundenheit mit den Massen, wie sie in der vorfaschistischen Periode bestand, ist in diesem Stadium des Spätkapitalismus »suspendiert« .

Die marxistische Interpretation dieser Isolierung der Theorie von ihrer Massenbasis ist nach wie vor erschwert durch die weit verbreitete Verdinglichung der Begriffe von den subjektiven und objektiven Bedingungen der Veränderung, besonders des Begriff der Arbeiterklasse. Es scheint, dass die elfte Feuerbach-These selbst der verdinglichten Interpretation zum Opfer gefallen ist - als ob es eine historische Sequenz gäbe: erst, bis zu einem bestimmten Stadium der Entwicklung, philosophische Interpretation der Welt, dann Veränderung. Aber die kritische Philosophie bleibt Element der Veränderung (wie bei Marx selbst), und zwar ein um so stärkeres Element, je mehr die gesellschaftlich Entwicklung, vom Übergang zum Sozialismus

hergesehen, regressiv ist. Zugleich ist diese regressive Entwicklung der Boden auf dem die neuen Möglichkeiten des Übergangs und die neuen Ziele der Praxis erscheinen. Was in der vormonopolistischen Marxschen Theorie noch als Utopie oder Ideologie verdrängt werden konnte, muss jetzt in die Theorie hineingenommen werden. Da aber diese qualitativ differenten Formen des Übergangs heute in der Gesellschaft nur als marginal-minoritäre oder »elitäre« Verhaltensweisen auftreten, verschärft ihre Eingliederung in die Theorie deren abstrakten Charakter. Gleichzeitig bleibt, gerade auf dem Grunde dieser Abstraktion, die Theorie offen für die Möglichkeit, dass sich in der Praxis selbst bisher nicht entfaltete Aspekte und Elemente der Theorie zeigen, deren Entfaltung die Theorie wieder zum Leitfaden der Praxis machen würde.

Der Spätkapitalismus hat die Beziehung zwischen Basis und Überbau verändert, allerdings nicht in Richtung auf ein »Ende der Ideologie«, sondern, im Gegenteil, im Hinblick auf eine Institutionalisierung, »Verkörperung« der Ideologie im alltäglichen Verhalten, im Funktionieren der Gesellschaft und der Individuen. Der überwältigende Warenreichtum, die gesteuerte Produktivität der Arbeit und die gesteuerte Bedürfnisbefriedigung mobilisieren nicht nur das Bewusstsein, sondern auch die Triebstruktur für die Reproduktion des Bestehenden innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt. Die repressive Vergesellschaftung des Bewusstseins und der Triebstruktur ist heute ein Teil des materiellen Reproduktionsprozesses.

Aber derselbe Prozess, der durch das aufkotroyierte System der Bedürfnisse die Ausgebeuteten mit dem System der Ausbeutung integriert, ist auch einer Dynamik unterworfen, die diese Totalität zu sprengen droht. Die inneren Widersprüche des Kapitalismus erscheinen verschärft in Tendenzen, die die Stabilisierung unterminieren und zugleich die alle traditionellen Begriffe übersteigenden Möglichkeiten der Befreiung sichtbar machen. Sie stellen eine der ökonomisch-politischen Entwicklungsstufe entsprechende Variante der klassischen Zusammenbruchstheorie dar.

Die Saturierung des Marktes in den Metropolen und die Notwendigkeit weiterer Akkumulation zwingen den Kapitalismus, auf erweiterter Stufenleiter Waren und Dienste zu produzieren, die über

die vitalen materiellen und kulturellen Bedürfnisse hinausgehende »Luxusgüter« darstellen, ohne dass die Armut und Misere außerhalb der privilegierten, zahlungsfähigen Bevölkerung auch nur reduziert würde. Das heißt aber, dass im gesellschaftlichen Maßstab die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit immer kürzer wird (Schein der Freiheit), ohne dass das Gesamtquantum an abhängiger Arbeit reduziert würde: sie bleibt »full-time«-Beschäftigung, Lebensinhalt. Die Erfahrung verschwendeter, unnötiger Arbeitszeit (produktiv und notwendig nur für die kapitalistische Produktionsweise) lässt sich immer schwerer unterdrücken: sie stimuliert das Bedürfnis nach dem »Reich der Freiheit«, das in der spätkapitalistischen Warenwelt dauernd produziert und negiert wird.

Der Kapitalismus erzeugt stetig Bedürfnisse, die er nicht erfüllen kann, vor allem das Bedürfnis nach Abschaffung der ausgebeuteten Arbeit als Lebensform. Denn der Kapitalismus ist abhängig von der Reproduktion und der Intensivierung der ausgebeuteten Arbeit: die Luxusgüter, das kapitalistische Reich der Befriedigung und der Lust, sind Waren, die gekauft und verkauft werden müssen: Tauschwerte. So transformiert der Kapitalismus das Reich der Freiheit (das er selbst provoziert und erscheinen lässt) in ein Reich seiner Notwendigkeit: die Produktion von Überfluss, von Schönheit, Erfüllung; die Arbeit für Luxusgüter wird zur gesellschaftlich notwendigen, unmenschlichen Arbeit, der Ziel und Ende versagt sind.

Das ist die spätkapitalistische Form des Grundwiderspruchs zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen; es ist auch das Schema der *révolution impossible*: »unmöglich«, wo sie nicht im materiellen Elend gegründet wäre, sondern in der Gesellschaft im Überfluss. Es wäre die Revolution in einer Phase des Kapitalismus, in der die Produktionsbedingungen, die die Kargheit und Repression transzendierenden, qualitativ anderen Bedürfnisse zu vitalen materiellen und intellektuellen Bedürfnissen machen.

Mit der Möglichkeit der Revolution als »qualitativen Sprung« erscheint die dem Historischen Materialismus eigene Dialektik - der Kern von Idealismus, den er von Anfang an enthielt. Die Bestimmung des Bewusstseins durch das gesellschaftliche Sein ändert sich: auf dem Grunde einer auf die Abschaffung der Not und Ausbeutung ge-

richteten Ökonomie bestimmte das emanzipierte Bewusstsein das gesellschaftliche Sein, und zwar nicht primär als funktionale Intelligenz, als technisch-wissenschaftlich Vernunft, sondern als Entwurf von realen Möglichkeiten des gesellschaftlichen Seins. Dies ist die konkrete Utopie der solidarischen Arbeit an der Befriedigung des Lebens und der Lebenswelt eine Utopie, ohne die die Marxsche Theorie nicht zum Leitfaden sozialistischer Praxis werden kann.

Solcher Umschlag des Historischen Materialismus in gesellschaftlichen Idealismus - nicht des reinen Denkens, sondern der gesellschaftlichen Arbeit - ist in der Marxschen Theorie selbst angelegt. Ein geschichtlich neues Datum ist (mindestens seit den sechziger Jahren) die Erfahrung, dass dieser Begriff des qualitativen Umschlages nicht erst und nur die postrevolutionäre Entwicklung betrifft, sondern bereits unter dem Spätkapitalismus in die vorbereitende Praxis eingegliedert werden muß, wenn nicht die Revolution wieder in eine quantitative Transformation absinken soll. Hier liegt der politische Stellenwert der moralischen und ästhetischen Forderungen und Experimente der Neuen Linken: Umweltschutz, Kommunen, Gemeinschaftsarbeit etc. Es sind dies Vorgriffe - ein späteres Stadium der Radikalisierung vorwegnehmend, daher weitgehend isoliert, deformiert, kooptierbar, leicht zu unterdrücken. Sie sind die späte Erscheinungsform der Trennung von intellektueller und körperlicher Arbeit (auch Ansatz zu ihrer Überwindung?). Innerhalb der Arbeitsteilung erscheinen diese Formen der Gegenkultur als ideologische, moralisierende, ästhetisierende, elitäre Weisen der Revolte. Als solche freilich antizipieren sie, in der Praxis, Weisen nicht-entfremdeter Arbeit, solidarischer menschlicher Beziehungen und eine der Tauschgesellschaft sich entziehende Erfahrung des Körpers und seiner Umwelt: Erfahrung und Umgang mit der Materie jenseits ihrer Warenform, jenseits ihrer Existenz als Objekte. Der Zusammenhang von Warenform und Denkform ist damit gelockert⁵, und ein Menschen und Dinge in neuer Weise erfahrendes Bewusstsein kann zum materiellen Faktor radikaler Veränderung werden - auf der von den Desintegrationstendenzen des Spätkapitalismus geschaffenen Basis.

Diese Tendenz zu einer neuen oder erweiterten Motivationsgrundlage für Revolution erscheint in einer geschichtlichen Phase, in welcher der Spät-

kapitalismus in seinen ökonomisch-politischen Fundamenten schwer erschüttert ist - sie konstituiert eine in ihrer Qualität und Ausbreitung neue Dimension der Krise.

Der zur Reproduktion des Spätkapitalismus erforderliche Wohlstand ist aufs äußerste bedroht:

- durch die dem System immanente Inflation, die die Armut wiederbringt⁶ und den Klassenkampf verschärft (England, Italien, Frankreich);
- durch die Intensivierung der inter-kapitalistischen Konkurrenz und die zunehmenden Schwierigkeiten der Akkumulation;
- durch den Raubbau und Mangel an den zur Erhaltung des materiellen Wohlstands verbrauchten Rohstoffen und Energiequellen;
- durch die wachsende Machtstellung der diese Rohstoffe und Energie liefernden Entwicklungsländer: die Politisierung ihrer Ökonomie.

Dieser Aspekt bedarf einer kurzen Erörterung.

Es liegt nahe, den Schwerpunkt des revolutionären sozialistischen Potentials heute in der Dritten Welt zu erblicken, trotz der einer solchen Theorie widersprechenden faktischen Entwicklung.⁷ Diese Entwicklung hat auch dort, wo revolutionäre Ansätze zum Zuge gekommen waren, sehr bald entweder zu blutiger Unterdrückung oder zum Abbau sozialistischer Errungenschaften geführt. In den ökonomisch-politisch stärksten Entwicklungsländern geht die Tendenz auf eine Angleichung und Anpassung an die Interessen des Kapitalismus (Ägypten, Iran, Saudi-Arabien, Lateinamerika). Die globale Ausbreitung des Spätkapitalismus hat jedenfalls in der Dritten Welt noch nicht ihre unüberschreitbare Schranke gefunden: Gegenschläge (wie die von einigen Entwicklungsländern vorgenommene Verteuerung oder Rationierung von für den Kapitalismus unentbehrlichen Rohstoffen) sind auf dem Wege einer Konzentration der Kapitalmacht (Petroleum - Chemische Industrie) und der multinationalen Gesellschaften bisher absorbiert worden, ja, man könnte von einem scheinbar rückläufigen Prozess sprechen: frühere Kolonialländer investieren in zunehmendem Maße in den kapitalistischen Metropolen, partizipieren an ihrer Technologie, ihrer Finanz. Wenn die Petroleum produzierenden Länder der Dritten Welt heute über eine Macht verfügen, die ihnen eine entscheidende Rol-

le in der internationalen Politik und Ökonomie gibt, so spielen sie diese Rolle als newcomers in dem bestehenden Herrschaftssystem (Ost und West), nicht als dessen Gegner.

Die Integrierung der ehemals Kolonisierten und der Kolonisatoren geschieht nicht nur »von oben«, d.h. durch die in den Entwicklungsländern herrschende Klasse, sondern auch »von unten«: z.B. durch Einwanderer, die als Arbeiter in Kleinbetrieben, mit dem Kauf von kleinen Läden usw. anfangen und sich allmählich zu Eigentümern ansehnlicher Geschäfte emporarbeiten. Die große Masse der »Gastarbeiter« nimmt an diesem Prozess zwar nicht teil und bleibt als »neues Proletariat« zurück; aber die sich durch diese Schicht ausbreitenden fremden Sprachen affizieren den tradierten hochkapitalistischen Alltag: die Kolonisatoren sind nicht mehr ganz zu Hause, nicht mehr »unter sich« im eigenen Lande.

Es wäre unsinnig, diesen Prozess als eine Bedrohung des Kapitalismus von außen zu verstehen; er vollzieht sich innerhalb des kapitalistischen Weltbereichs. Entwicklungsländer können sich von diesem Bereich lösen, in den der kommunistischen Grossmächte eintreten, einen autonomen Aufbau versuchen. Doch der heute die kritische Entwicklung des Kapitalismus treibende Widerspruch ist nicht der Konflikt mit dem kommunistischen Staatenblock oder der Dritten Welt; vielmehr erzwingt in der gegenwärtigen Phase der innere Widerspruch zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen eine politische Ökonomie, die den (letzten Endes friedlich unlösbaren) Konflikt mit den kommunistischen Bereich und der Dritten Welt suspendiert. Durch die Entente abgesichert, können antikapitalistische Gegenbewegungen und Regimes niedergeschlagen werden, sofern sie nicht bereits von der einheimischen Bourgeoisie zerschlagen worden sind. Gegen die Gefährdung »von außen« ist die internationale Konzentration des Kapitals und seine Expansion in schwächere Länder vorläufig geschützt; die Widersprüche spitzen sich innerhalb des hochkapitalistischen Bereichs zu.

Das Kapital konstituiert sich als globale antagonistische Einheit der Gegensätze, in die auch die ökonomisch privilegierten Entwicklungsländer eintreten. Dies ist ein Aspekt der Stabilisierung des Spätkapitalismus: die Konflikte zwischen (diesen)

Entwicklungsländern und den Metropolen werden zu Konflikten innerhalb der kapitalistischen Welt - für die Entwicklungsländer mag auch das ein Fortschritt sein gegenüber den vorkapitalistischen Zuständen.

Die spätkapitalistische Form der Akkumulation und des Kapitalexports ist sicher kein neues Phänomen, aber sie hat heute den Punkt erreicht, an dem sie in zunehmendem Maße die Lage der Arbeiterklasse und die Ökonomie als Ganzes in den Metropolen, besonders in den Vereinigten Staaten, verschlechtert (Abwanderung von Betrieben, Einschränkung der Produktion in Regionen mit hohen Löhnen, Arbeitslosigkeit etc.). Die drohende Verarmung betrifft nicht nur (und vielleicht nicht einmal primär) den Teil der Arbeiterklasse, der durch seine Organisationen (Gewerkschaften und Parteien) noch widerstandsfähig ist, sondern auch weite Schichten der Mittelklassen ohne politische und ökonomische Organisation. Gleichzeitig droht die Verarmung im Rahmen eines Systems, das das Bedürfnis der Befreiung nicht nur von der materiellen Not, sondern auch von der die Not reproduzierende Produktivität, Leistungssklaverei, Triebunterdrückung, Naturbeherrschung aktiviert. Als Alternative erscheint die Möglichkeit einer radikal anderen Lebensform, die schwer in das traditionelle Schema des Übergangs zum Sozialismus und des Sozialismus selbst zu passen scheint.

Die Revolte gegen den Spätkapitalismus tendiert zu einer Totalisierung der ökonomisch-politischen Forderungen, zu einer gründlichen Umwertung der Werte: ihr Ziel wäre die Entwicklung des Sozialismus als Fortschritt von der entfremdeten zur schöpferischen Arbeit,

- von der Naturbeherrschung zur Kooperation,
- von der Repression zur Emanzipation der Sinne,
- von der ausbeutenden zur solidarischen Vernunft.

Aufgabe der Theorie wäre es, diese Möglichkeiten von ihrem utopischen Schleier zu befreien und sie als mögliche Praxis zu definieren.

Heute hat die Praxis der radikalen Veränderung in sich selbst ein antiautoritäres, libertäres Element: den spontanen, subjektiven Ausdruck der Revolte, die die traditionellen Formen der Praxis als der Größe der Veränderung nicht mehr gemäß in Frage stellt. Aber diese Spontaneität, Subjektivität bleibt

wirkungslos, wenn sie nicht eigene neue Formen der Organisation findet.

Es ist unsinnig zu glauben, dass die hochorganisierte und konzentrierte Macht des Spätkapitalismus ohne eine Gegen-Organisation bekämpft werden kann. Es ist aber auch unsinnig, d.h. durch die faktische Entwicklung widerlegt, dass die traditionellen, zentralistisch-bürokratischen Organisationsformen einfach übernommen werden können; zum großen Teil haben sie sich selbst als Teil des Bestehenden definiert.

Solange das allgemeine Bedürfnis nach Befreiung, solange die rebellierende Allgemeinheit nur als fragmentierte existiert, solange die rebellierenden Gruppen durch keine einheitliche Front zusammengeschlossen sind, so lange wird die Organisation der verändernden Praxis selbst eine fragmentarische, dezentralisierte bleiben. Die jeweils verschiedene Struktur und Interessenlage der einzelnen Gruppen bringt es mit sich, dass die organisatorische Arbeit konzentriert ist auf die betreffenden Arbeitsstätten, Wohnbezirke, Schulen etc. Solche Konzentrierung der Aufklärung und Organisation könnte im günstigen Fall zum Ausscheren einzelner Produktions- und Distributionseinheiten (Fabriken, monopolistische Verkaufsbetriebe, Forschungsinstitute, Transport-unternehmen) aus dem System führen, zum Entstehen und zur Ausbreitung funktionierender Selbstverwaltung und, schließlich, zu einer Funktionsunfähigkeit des Systems selbst. Gerade die Dichtheit der technisch-wirtschaftlichen Integration, die wechselseitige Abhängigkeit der Produktions- und Distributionseinheiten verleihen jedem größeren Einzelbetrieb ein hohes Potential der Desintegration. Der Spätkapitalismus trägt die Keime eines solchen dezentralisierten Verfalls in sich.

Aus der Not eine Tugend machen: Das Fehlen einer Massenbasis für eine radikale Massenpartei (in den USA) und der reformistische Charakter der europäischen Massenparteien fragmentieren die Bewegung - gleichzeitig aber ermöglicht, ja erzwingt diese Konstellation den Aufbau und Ausbau von wirklichen Basisgruppen, die im Laufe der Entwicklung zu Stützpunkten der Vereinigung auf nationaler Stufenleiter werden könnten. Eine solche Organisation, die nicht nur Fabriken, sondern auch Wohnbezirke, Campusse etc. aktivierte, entspräche einem nicht-verdinglichten Begriff der

Arbeiterklasse, d.h. sie setzte in der Praxis voraus, dass breite Schichten der Mittelklassen und der Intelligenz als potentielle Kräfte der Veränderung anerkannt werden. Diese Anerkennung ist immer noch erschwert, wenn nicht gar geradezu denunziert bei vielen minoritären Gruppen der Neuen Linken.

Die sich im Spätkapitalismus verschärfende Spannung zwischen Theorie und Praxis und die Orientierung an einem überholten, verdinglichten Begriff der Arbeiterklasse haben auf der Linken zu einem fatalen Antiintellektualismus geführt, zu einer masochistischen Selbstdankung der Intellektuellen. Dieser Antiintellektualismus funktioniert wirksam im Interesse des Establishment: er ist eine der vielen Formen der Stabilisierung und Besänftigung des Bewusstseins, der resistenten Autoritätsgläubigkeit, der Abschottung gegenüber den neuen Möglichkeiten der Praxis - ein systematisch gezüchteter Minderwertigkeits-komplex. Und er ist fatal, weil gerade in dieser Periode der vorbe-reitende, minoritäre Charakter der radikalen Bewegung und die neuen Formen der Praxis immer dringender der autonomen (d.h. undogmatischen) kritischen Analyse bedürfen.

Je überwältigender die Macht des Herrschaftsapparats, je effektiver seine Reproduktion im Bewusstsein und in der Triebstruktur der Beherrschten ist, desto wichtiger wird die aufklärende und erziehende intellektuelle Praxis. Sie ist heute noch das Privileg einer Elite; aber gerade die privilegierte Position der Intellektuellen kann zum Ursprung radikaler Praxis werden. Das Privileg von dem ich hier rede, ist eines des Lernens und Wissens; und es kann sehr wohl in den Dienst der Veränderung gestellt werden. Die Erschließung der Begriffswelt, die das Bestehende in seiner Struktur und den Horizont seiner Wandlung sichtbar macht, ist heute mehr denn je Voraussetzung der Veränderung, da die theoretische Arbeit die Kritik auch an den verdinglichten und fetischisierten marxistischen Begriffen erfordert. Diese Arbeit transzendiert die besondere Klassenlage und das besondere »Feld« des Intellektuellen: die autonome, an der Sache selbst orientierte theoretische Arbeit tendiert auf jedem Feld dazu politisch zu werden, das Bestehende anzuklagen.

In revolutionären und gegenrevolutionären Perioden ist die bedeutsame Rolle der Intelligenz unver-

kennbar, aber gegenüber der totalisierenden Tendenz spätkapitalistischer Herrschaft gewinnt sie ein durchaus besonderes Gewicht. Wenn die Ideologie selbst, die Vernunft selbst zu Herrschaftsmitteln werden, die von den Individuen reproduziert werden, dann ist die Notwendigkeit einer Gegen-Psychologie, Gegen-Soziologie, Gegen-Vernunft, Gegen-Erziehung gegeben. D.h. im Widerspruch zur kapitalistischen Verschmelzung von intellektueller und materieller Kultur von Vernunft und Ideologie gilt nun die Parole der Befreiung der intellektuellen Arbeit für ihre eigene Autonomie: Intelligenz im Widerspruch.

Diese nur an der Sache selbst orientierte Autonomie kann nicht die Weltanschauung, die Sprache, die unmittelbaren Bedürfnisse einer besonderen Klasse oder der »Massen« als verbindliches Medium der Kommunikation, als vorgegebene Kriterien der Analyse akzeptieren.

Vorgegeben sind allein die bestehende Gesellschaft und die in ihr demonstrierbaren Tendenzen. Die kritische Analyse dieser Totalität kann auch vor der Arbeiterklasse nicht haltmachen; diese genießt keine »theoretische Immunität«.

Wenn die Linke heute dazu neigt, vom »Volke oder von den »Massen« eher als von der Arbeiterklasse zu sprechen (z. B. »Power to the People«, »Volkskrieg in den USA«), dann setzt sich darin die Einsicht durch, dass das potentielle Subjekt der Veränderung im Spätkapitalismus über die »blue collar«-Arbeiterklasse hinaus weite Schichten der abhängigen Bevölkerung umfaßt. Aber Diese Massen sind eine antagonistische Einheit: gespalten in die organisierte Arbeiterklasse und die nicht im materiellen Produktionsprozess beschäftigte, von der Kapitalherrschaft abhängige Bevölkerung. Die aufklärende Politisierung der letzteren ist heute von besonderer Dringlichkeit, da es noch nicht um die sozialistische Revolution geht, um revolutionäre Praxis, sondern um deren Vorbereitung, um die Entwicklung des Bewusstseins für das Eintreten einer revolutionären Situation - die auch das des Neofaschismus markieren könnte. Die praktische politische Aufklärung hat die (gewiss nicht neue) Aufgabe, die ausgesprochene Feindseligkeit der großen Mehrheit des Volkes gegenüber der Revolution wenigstens in Neutralität, bestenfalls in (passive) Sympathie zu verwandeln. Denn die Marxsche Konzeption gilt: auch im Spätkapitalis-

mus muss die Revolution in der Mehrheit der Bevölkerung ihre Stütze haben.

Im gegenwärtigen Stadium kann die vorbereitende Praxis an die konkrete Erfahrung der Menschen aus allen Schichten der abhängigen Bevölkerung anknüpfen: die unmittelbare Begegnung mit dem Kapital findet täglich statt. Ausbeutung, Betrug, Unterdrückung werden nicht nur in der Fabrik, im Büro, sondern auch im Supermarkt, im Wohnblock, beim Erwerb von Kleidung etc. erlebt. Und tägliche Erfahrung ist das verbrecherische Spiel mit Verschwendung und Armut, das die Herrschenden treiben.

Die vorbereitende politische Praxis kann durchaus die von Individuen und Gruppen aus allen Schichten der Bevölkerung sein. Der Spätkapitalismus schafft durch die Totalisierung seiner vertikalen Hierarchie (Herrschende - Beherrschte) eine horizontale Gemeinsamkeit (Allgemeinheit) unter den Beherrschten, trotz und im Zusammenhang der gegensätzlichen (unmittelbaren) Interessen. Es ist das Bewusstsein dieser »allgemeinen Klasse«, das zur radikal verändernden Kraft werden kann - oder zur Kraft, die sie verhindert.

Die These von der Entwicklung des Klassenbewusstseins »von außen« hat ihre eigene Dialektik; sie ist im integrierten und integrierenden Spätkapitalismus wichtiger als je zuvor. Aber das Außen« ist nun nicht mehr auf ein bestimmtes Klassenbewusstsein bezogen (das des Proletariats), sondern auf das Ganze der abhängigen, unterdrückten Bevölkerung. Das heißt nicht Ausgleichung, sondern extreme Zuspitzung der Klassengesellschaft: der Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital erscheint als Bestandteil des allgemeineren Gegensatzes zwischen der kapitalabhängigen Bevölkerung und dem Kapital. Auch dies ist ein Aspekt der Totalisierung des radikalen Potentials – das Gegenstück der spätkapitalistischen Totalisierung. Diese ist die herrschende, und solange sie es ist, wäre die radikale Antithese ihre Zerstörung »von innen«, die Verselbständigung ihrer Teile.

Ich habe die dieser Tendenz entsprechenden möglichen Organisationsformen oben ganz kurz skizziert. Die Schaffung einer starken örtlichen und regionalen Basis könnte zur solidarischen Selbstverwaltung der betreffenden Institutionen und Gemeinschaften fortschreiten, die notwendige Koor-

dinierung auf erweiterter Stufenleiter versuchen und die Dringlichkeit gemeinsamer Aktion bewusstmachen. Aber genauso wie der Begriff der »Massen« bleibt auch der der »Selbstverwaltung« und »Solidarität« abstrakt und verdinglicht, wenn er nicht im Hinblick auf die Konstellation im Spätkapitalismus konkretisiert wird. »Selbstverwaltung« wird zur revolutionären Organisation erst dann, wenn die Verwaltenden selber revolutionär, d.h. wenn ihre Bedürfnisse und ihr Bewusstsein das System transzendierende Elemente enthalten; andernfalls sind die sich selbst verwaltenden Gemeinschaften kaum mehr als Experimente im Rahmen des Bestehenden: Momente einer Pseudo-Demokratisierung; kein »qualitativer Sprung« in den Sozialismus. Solidarität kann revolutionär nur werden, wenn sie vor aller notwendigen Organisation und Artikulation in einem Bewusstsein und in einer Triebstruktur gründet, die den »qualitativen Sprung« gebieten, d.h., die nicht mehr den destruktiven Bedürfnissen des kapitalistischen Marktes und seiner Kultur verfallen und die deshalb frei geworden sind für den Aufbau einer Gesellschaft, in der das Bedürfnis der Lust am befriedeten Leben und seiner befriedeten Umwelt in den gesellschaftlichen Produktionsprozess selbst eingeht. Ein solches Bewusstsein und eine solche Triebstruktur haben sich 1968 als politische Kraft manifestiert. Obschon seither unterdrückt, bleibt sie, als unterdrückte, gleichwohl eine von der Dynamik des Spätkapitalismus ausgelöste radikale Potenz.

Anmerkungen

1 Vortrag, gehalten in Frankfurt am Main am 28. Juni 1974; revidierte und erweiterte Fassung.

2 Aus der beinahe schon unübersehbaren Literatur verweise ich hier auf:

Stanley Aronowitz, *False Promises. The Shaping of American Workingclass Consciousness* (New York, McGraw Hill, 1973); Daniel Bell, *The Coming of Post-Industrial Society* (New York, Basic Books, 1971);

Norman Birnbaum, *The Crisis of Industrial Society* (New York, Oxford Un. Press, 1969);

Harry Braverman, *Labor and Monopoly Capital. The Degradation of Work in the Twentieth Century*. (New York, Monthly Review, 1974);

Joseph M. Gillman, *Prosperity in Crisis* (Marzani and Munsell, 1965);

Seymour Melman, *Pentagon Capitalism* (New York, McGraw Hill, 1970);

Work in America. Report to the Secretary of Health, Education and Welfare (Cambridge, MIT Press, 1972).

3 Die folgenden Statistiken zitiert nach Daniel Bell (p. 131, 133), und *Work in America* (pp. 21-22).

Lohn- und Gehaltsempfänger

um 1850: weniger als 50% der Beschäftigten

um 1950: weniger als 80% der Beschäftigten

um 1970: weniger als 90% der Beschäftigten.

Die Zahl der »self employed« fiel von 18% im Jahr 1950 auf 9% im Jahr 1970. Ungleiches Wachstum der Beschäftigten (in Millionen) in der Produktion von Gütern

1947	1968	1980
26,3	28,9	31,6

(einschließlich Landwirtschaft)

25,4	51,8	67,9
------	------	------

von Dienstleistungen

In der Fabrikation

1970 31 % white collar

1975 34,5 % white collar

Innerhalb der blue-collar-Gruppe: Tendenz der Beschäftigung von »production jobs« zu »non-production jobs«: Reparaturen, »maintenance«, etc.

4 Zum folgenden siehe *Konterrevolution und Revolte* (Frankfurt 1973), p. 25 ff.

5 Siehe hierzu Alfred Sohn-Rethel, *Geistige und körperliche Arbeit*, Frankfurt 1972.

6 1973: 1,3 Millionen mehr Arme in den USA (Bureau of Statistics, quoted in: *Süddeutsche Zeitung*, 6./7. Juli 1974), d.h. 23 Millionen unter der Armutsgrenze von \$ 4,500 für eine vierköpfige Familie. Vgl. Harry Braverman, *Labor and Monopoly Capital*, in: *Monthly Review*, July-August 1974, p. 119 ff.; 132 f.

7 Siehe hierzu Bill Warren, *Imperialism and Capitalist Integration*, in *New Left Review* 81 (1973), und Arghiri Emmanuel, *Mythos of Development versus Mythos of Underdevelopment*, *ibid.* 85 (1974).

9. Operaismus

Raniero Panzieri (* 1921 in Rom, † 1964) war ein italienischer Marxist und gilt als der Begründer des Operaismus.

Er lebte in Sizilien und war dort von 1953 bis 1957 Mitglied im Zentralkomitee und Sprecher für kulturelle Belange der PSI. In dieser Zeit übersetzte er Band II des Kapitals von Marx, den er für die wesentliche Grundlage der marxistischen Theorie hielt. Er schrieb zuerst Artikel in der Mondo Operaio, der Zeitschrift der PSI und wurde später, nachdem er nach Turin umzog, Mitgründer und Chefredakteur der Quaderni Rossi (deutsch: Rote Hefte).

Die Politik der PSI und auch der KPI war ihm stets nicht radikal genug, ihm schwebte eine militante Arbeiterbewegung, die auf die Revolution hinarbeitet, vor. Nach seinem plötzlichen Tod im Alter von 43 Jahren wurde seine Arbeit vor allem von Mario Tronti, Romano Alquati, Daniel Montaldi und Antonio Negri fortgesetzt.

Antonio Negri (geboren 1933 in Padua) ist ein italienischer Theoretiker und Politikwissenschaftler.

Er war ein Gründungsmitglied der italienischen Potere Operaio und der nachfolgenden Autonomiegruppe und schrieb zusammen mit berühmten anderen Autonomen, die mit der autonomen Bewegung der italienischen Arbeiter, Studenten und Feministen der 1960er und 1970er verbunden waren, wie etwa Raniero Panzieri, Mario Tronti, Sergio Bologna, Romano Alquati, Mariarosa Dalla Costa und Franco Berardi (Bifo). In den 70er Jahren war er auch der Vorstand der staats- und politikwissenschaftlichen Fakultät an der Uni in Padua. Im Zuge der massiven Repressionswelle des Jahres 1977 wurde auch er verhaftet, und unter anderem dafür angeklagt, der Kopf der Roten Brigaden zu sein, wobei der stets ein entschiedener Kritiker derselbigen gewesen ist. Nach seiner Verurteilung verbrachte er einige Jahre in Haft, wurde dann aber auf einem Sitz der Radikalen Partei ins Parlament gewählt, war somit immun. Als über die Aufhebung seiner Immunität abgestimmt wurde, und diese gegen ihn ausging, setzte er sich wie viele andere politisch Aktive Italiens jener Zeit, nach Frankreich ab. In dieser Zeit intensivierte sich seine Auseinandersetzung mit den poststrukturalistischen Denkern wie Michel Foucault, aber vor allem Gilles Deleuze und Felix Guattari. 1997 kehrte er nach mehr als 15 Jahren des Exils wieder nach Rom zurück, wurde abermals inhaftiert, wobei er die letzten Jahre seiner Haft nur die Nacht im Knast verbringen musste. Seit dem Jahr 2003 kann Negri sich wieder frei bewegen. Er schrieb später auch für Futur Antérieur mit Leuten wie Paolo Virno. Zuletzt veröffentlichte er gemeinsam mit Michael Hardt Empire - die neue Weltordnung und Multitude.

Mario Tronti (* 1931) ist ein italienischer Philosoph.

Er war einer der bedeutendsten Theoretiker des Operaismus, einer marxistischen Strömung in den 60er Jahren. Er wollte eine militante Organisation unterhalb der KPI gründen und die Revolution wieder zum Programm der Arbeiterbewegung werden lassen. Seine Aufsätze erschienen in den operaistischen Zeitschriften Quaderni Rossi (deutsch: Rote Hefte) und Classe Operaia (deutsch: Arbeiterklasse).

Tronti arbeitete eng mit Antonio Negri, Romano Alquati und Raniero Panzieri, der 1964 starb, zusammen. Er führte Panzieris Werk, den Operaismus, fort. Während Negri die KPI verließ, blieb Tronti in der Partei und versuchte diese von innen zu verändern.

Romano Alquati ist ein italienischer Marxist und Vertreter des Operaismus.

Er arbeitete eng mit Antonio Negri und Mario Tronti zusammen, konzentrierte sich aber weniger auf die theoretische Auseinandersetzung mit dem Neomarxismus sondern bemühte sich um eine empirische Basis der Untersuchungen. Zu diesem Zweck erstellte er Studien über die Arbeiterkämpfe bei Fiat und Olivetti. Er gab ab 1962 die Zeitschrift Quaderni Rossi (deutsch: Rote Hefte) heraus.

(Wikipedia)

Werke

(1972): *Spätkapitalismus und Klassenkampf* - Eine Auswahl aus den »Quaderni rossi«: Frankfurt a.M.: EVA

(1972): *Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion*: München: Trikont

(1974): Romano Alquati: *Klassenanalyse als Klassenkampf*. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Rieland: Frankfurt: Fischer Athenäum

(1977): Wolfgang Rieland: *Autonomie und Organisation*. Die Erneuerung der italienischen Arbeiterbewegung: Frankfurt: Neue Kritik

(1974): Mario Tronti; *Arbeiter und Kapital*: Frankfurt: Neue Kritik

(1973) Sergio Bologna/Massimo Cacciari: *Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage*: Berlin: Merve

(1970): Massimo Cacciari: *Qualifikation und Klassenbewusstsein*: Frankfurt: Neue Kritik

(1978): Bergmann/Janssen/Klein (Hrsg.): *Autonomie im Arbeiterkampf*, Beiträge zum Kampf gegen die Fabrikgesellschaft: Hamburg/Frankfurt Trikont/Association

(1994):Nanni Balestrini/Primo Moroni: *Die goldene Horde*, Berlin/Göttingen: Schwarze Risse/Rote Strasse

(2005) Steve Wright: *Den Himmel Stürmen*, Eine Theoriegeschichte des Operaismus: Berlin/Hamburg Assoziation A

Renaissance des Operaismus?

Quellenangabe; in; <http://www.wildcat-www.de/wildcat/64/w64opera.htm>

[...]

Was heisst militante Untersuchung?

Untersuchung ist etwas Konkretes, das alle Revolutionäre machen sollten und meist auch gemacht haben. Gegen die bürgerlichen Ideologien und das Korsett des orthodoxen Marxismus die wirklichen Verhältnisse untersuchen - so wie es auch Marx gemacht hat. Wobei wir mit der marxistischen Ideologie genauso umgehen müssen, wie Marx mit der bürgerlichen Wissenschaft.

Untersuchung machen heißt, die offiziellen Mythen knacken, sich mit realen Menschen auseinandersetzen, ihnen Fragen stellen, ohne vorher zu wissen, was dabei rauskommen soll. Andererseits bedeutet sie auch politisch-theoretische Arbeit. Denn um zu wissen, welche Fragen gestellt werden müssen, sind Hypothesen notwendig. Hypothesen darüber, wie sich Klasse als politisches Subjekt in den Umbruchprozessen neu herstellt.

[...]

Die Anfänge der Arbeiteruntersuchung in Italien

Wir wollen im folgenden den ersten (die Methode) und den dritten (das Eingreifen) der oben genannten Punkte anhand der Arbeiteruntersuchung in Italien Anfang der 60er Jahre darstellen. Dabei müssen wir auch ein paar Mythen aus dem Weg räumen über die genialen italienischen Operaisten. Weder ist die Arbeiteruntersuchung eine italienische Erfindung und nur in Italien durchführbar; noch konnten die Operaisten mit der Brechstange Kämpfe erzeugen, wo nichts da war - den »archimedischen Punkt« finden (genau so wurde es damals formuliert!), um das System aus den Angeln zu heben. Aber sie waren durch ihre Untersuchungen auf kommende Kämpfe vorbereitet, hatten die Probleme innerhalb der Fabrik analysiert, hatten die Arbeiterdiskussion verfolgt, um die Arbeiterforderungen auf die Flugblätter schreiben zu können und auf Versammlungen als politische Linie

durchzusetzen. Sie hatten gelernt, »daß es schon Kämpfe gibt, bevor sie offen ausbrechen«.

Eine Schwierigkeit bei der Rekonstruktion der Arbeiterkämpfe Anfang der 60er Jahre und der Anfänge »operaistischer« Theorie besteht darin, daß diese Geschichte von der Erfahrung des »Heißen Herbstes« 1969 aus, quasi von ihrem Ende her aufgeschrieben wurde. Dabei wurden die Anfänge dieser Bewegung im nachhinein vereinfacht dargestellt, wie z.B. Dario Lanzardo an der späteren Aufbereitung der Ereignisse auf der Piazza Statuto in Turin 1962 zeigt. Er kritisiert an der späteren Geschichtsschreibung, daß sie den Eindruck vermittelt, »der Massenarbeiter« sei als kompakter Block aus der Fabrik in die Innenstadt marschiert und habe gegen die Gewerkschaft revoltiert. In dem Fiat-Werk, von dem der Arbeiterumzug losging, waren gar keine Immigranten aus dem Süden beschäftigt, sondern vor allem qualifizierte piemontesische Arbeiter. An der Demo nahmen ganze 600 Arbeiter teil. An dem anschließenden riot beteiligten sich dann massenhaft junge Leute und BewohnerInnen der umliegenden proletarischen Stadtteile. Wer sie wirklich waren, darüber gab es nur stark politisch gefärbte Ansichten. Aus den Prozeßakten läßt sich jedenfalls ersehen, daß auch jede Menge junger PCI-Mitglieder beteiligt waren, die dadurch Schwierigkeiten mit ihrer Partei bekamen.

Italien erlebte in den 50er Jahren eine epochale Umwälzung. Der Aufbau der Industrie und der Wirtschaftsaufschwung zog Millionen Menschen an, die aus dem armen Süden in die Großstädte im Norden auswanderten und von der dortigen Bevölkerung, auch den Arbeitern, nicht gerade freundlich aufgenommen wurden. Sie galten als dumm, unzivilisiert, unpolitisch, als Deppen, die sich alles gefallen lassen, die die Löhne drücken. Es war damals durchaus üblich, daß Hausbesitzer Schilder raushängten: »Zimmer frei. Nicht für Südtalienten!«

Die ungekannte Steigerung des Massenkonsums basierte auf harter Arbeit, niedrigen Löhnen und einem eisernen Fabrikkommando. Bei FIAT waren die aktiven kommunistischen Kader aus den Werken verbannt oder in Strafabteilungen mattgesetzt worden. Die Gewerkschaften hatten die FIAT-

Fabriken bereits aufgegeben und ihre Arbeit auf kleinere Betriebe konzentriert. Auf politischer Ebene beteiligte sich die Partei der Arbeiterklasse am »nationalen Wiederaufbau« und garantierte den sozialen Frieden im Austausch gegen Arbeitsplätze.

Ende der 50er Jahre war die politische Situation für die italienische Linke von folgenden Fakten geprägt. Die sowjetische »Mutterpartei« hatte 1953 in Berlin und 1956 in Budapest aufständische ArbeiterInnen zusammenschießen lassen; damit war ihre Glaubwürdigkeit gerade auch in Westeuropa schwer erschüttert. Die Sozialistische Partei (psi), in der viele Antistalinisten Zuflucht gesucht hatten, war auf dem Weg zur Sozialdemokratie, was dann in der Regierungsbeteiligung 1963 und der Spaltung der Partei endete. 1959 nahmen die ArbeiterInnen der Wollindustrie in der Gegend um Biella erstmals wieder selbstorganisierte Streiks auf. In einigen Metall- und Chemiefabriken der Po-Ebene durchbrachen Arbeiterkämpfe die langjährige Stagnation.

Das neue gemischte Wirtschaftssystem, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Italien mit Marshallplan-Geldern aufgebaut wurde, bezeichnete man als »Neokapitalismus«. Während die institutionelle Linke darin die Chance für einen friedlichen Weg zum Sozialismus über die Ausweitung und Kontrolle des staatlichen Sektors (»antimonopolistisches Bündnis«) erblickte, sahen Linkskommunisten das Ende der revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse gekommen, weil diese nun ins System integriert sei.

Neokapitalismus hieß geplanter Kapitalismus. Die Behauptung, alles planen zu können und damit Gesellschaft gestalten, Verhaltensweisen steuern zu können, unter anderem durch die Versorgung mit Konsumgütern, war die vorherrschende Ideologie. Entsprechend war die Soziologie in den 50er Jahren die dominante Sozialwissenschaft. (In den 70er Jahren, als die Veränderung des einzelnen Menschen thematisiert wurde, war es die Psychologie, und heute ist es die Volkswirtschaft, da die Ökonomie als der alles beherrschende Sachzwang gesehen wird.)

Der Mainstream der us-Industriesoziologie verkündete das Verschwinden der Arbeiterklasse, die Integration des »Wohlstandsarbeiters«, seine »Verbürgerlichung«, und die »Tertiarisierung« der

Produktion. Daneben gab es die »kritische« oder linke Soziologie, die die Arbeitsbedingungen in den Fabriken und in miserablen Jobs untersuchte und eine »Humanisierung« der Arbeitsorganisation forderte. »Partizipation« und die Entdeckung des »ganzen Menschen« waren die Schlagworte der aufgeklärten Fraktion des Kapitals. Der als »sozial« geltende Unternehmer Olivetti holte Psychologen und Soziologen in die Fabrik, die die human relations verbessern sollten. Die einflußreiche »Partei der Soziologen« machte Politik, schreibt Alquati.

Hauptuntersuchungsobjekt der Industriesoziologen waren die »neuen Arbeiter«, die »neue Arbeiterklasse«: die gut ausgebildeten, in der hochtechnisierten oder automatisierten Produktion tätigen Technikerarbeiter, die sich deutlich vom Bild der traditionellen Arbeiterklasse unterschieden und die nach den damaligen Voraussagen bald eine zentrale Rolle im Produktionsprozeß spielen sollten. Man vermutete, daß sich damit auch die Formen betrieblicher Auseinandersetzungen verändern würden. Dazu erschienen eine Unmenge Studien in den usa und in Frankreich, die Anfang der 60er Jahre auf italienisch übersetzt wurden und, u.a. herausgegeben von Montaldi und Panzieri bei den linken Verlagen Feltrinelli und Einaudi.

Forciert wurde die Beschäftigung mit der Soziologie in Italien von der (nichtmarxistischen) sozialistischen Linken, während der PCI Togliattis wie auch die traditionellen linkskommunistischen Gruppen jeder Art von Soziologie feindlich gegenüberstanden. Dazu paßte, daß der PCI seit Jahren keine Rolle mehr in der Betriebspolitik spielte und die Verhältnisse in den Fabriken kaum thematisierte. Die Soziologen waren die einzigen, die in die Fabriken gingen und sich mit den Veränderungen in der Arbeitsorganisation und den neuen Verhaltensweisen der ArbeiterInnen befaßten - eine Situation, die vergleichbar ist mit der heutigen. Während sich die Reste der Linken in Ideologien flüchten und die Thesen von Kern/Schumann über das Ende der Massenproduktion oder die Chancen der Gruppenarbeit nachbeten, erfahren die multifunktionalen Facharbeiter eine Vervielfachung von Ausbeutung und Arbeitshetze. Die ArbeiterInnen sind auch heute alleine.

Die wirkliche Arbeiterklasse hatte nicht viel mit der »ideellen Gesamtklasse« zu tun, als deren Rep-

räsentanten sich die Institutionen der Arbeiterbewegung sahen. So griffen einige junge Dissidenten begierig nach den Instrumenten der Feldforschung, der Fabrikuntersuchung, die die Soziologie erprobt hatte, um die neue Arbeiterrealität zu analysieren. »Es handelte sich um unterschiedliche Momente einer einleitenden Erkundung des Terrains, aus dem sowohl wir als auch die Arbeiterbewegung 'draußen' waren, und das nicht leicht zu betreten war; unnötig zu sagen, daß es auch der italienischen Linken unbekannt war; und solange man außerhalb stand, hatte die (französische, englische und amerikanische) Industriesoziologie einige Hypothesen anzubieten.«Untersuchung zu machen war eine Verweigerung gegenüber der orthodox-marxistischen Gewohnheit, aus der Analyse der kapitalistischen Entwicklung die Entwicklung der Arbeiterklasse abzuleiten.

Was ist die Klasse? Vorläufer der Arbeiteruntersuchung in Frankreich...

Die antistalinistische Linke in Frankreich hat eine lange Tradition der Untersuchung. Bereits zu Zeiten der Volksfront führte sie eine Diskussion über die epochalen Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse durch die Einführung von halbautomatischen Werkzeugmaschinen. Auf die Bedienung einer einzigen Maschine spezialisierte Arbeiter ersetzten damals die umfassend ausgebildeten Facharbeiter. Der trotzkistische Militante und Industriesoziologe Pierre Naville untersuchte den Antagonismus in diesen neuen Produktionsverhältnissen, statt die Entwicklung der Arbeiterklasse aus der technischen Entwicklung »abzuleiten«. Er tat dies beispielsweise anhand der Arbeitszeit, die durch die Einführung der Maschinerie keineswegs sank, sondern steil anstieg. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist allein das Ergebnis des Kampfs der »Arbeiterkoalitionen«. Diese Diskussionen wurden in seiner Zeitschrift Cahiers rouges [Rote Hefte] publiziert.

Die in der Tradition der Rätekommunisten stehende Gruppe Socialisme ou Barbarie [Sozialismus oder Barbarei], der Lefort, Castoriadis und Mothé angehörten, nahm Anfang der 50er Jahre vieles vorweg, was später in Italien als »Arbeiterautonomie« thematisiert wurde. Ausgehend von Marxens Thesen (»die größte Produktivkraft ist die revolutionäre Klasse selbst«) begriff Lefort das Proletariat nicht als physische Masse, wie es der orthodoxe Marxismus tut, sondern als sich formierendes Sub-

jekt der Geschichte. Für die Emanzipation der ArbeiterInnen arbeiten heißt, in der »proletarischen Erfahrung« die Keime subjektiver Selbstkonstitution als Oppositionskraft gegen die Ausbeutung zu fassen. Und zwar nicht, indem man den ArbeiterInnen Predigten hält oder bei der Frage, wie der jetzige Zustand überwunden werden kann, doch wieder auf die Partei - in welcher Form auch immer - als Deus ex machina zurückgreift. Lefort regte eine Untersuchung an, um die heutigen Formen gesellschaftlicher Zusammenarbeit zu begreifen, die auf eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise anspielen. Sein Hauptinteresse galt der Besonderheit der »proletarischen Erfahrung«, aus der heraus sich die Klasse konstituiert.

Die Formulierung aus dem Kommunistischen Manifest »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen« habe nichts von ihrem explosiven Charakter verloren, schreibt er. Der Pseudo-Marxismus habe die Theorie des Klassenkampfes in ökonomische Wissenschaft verwandelt und das Proletariat auf einen Ausführenden seiner ökonomischen Funktion reduziert. Doch das Proletariat hat in der Geschichte nicht nur reagiert, sondern wirklich agiert, eingegriffen, und zwar nicht nach einem von der objektiven Situation vorgegebenen Schema, sondern auf der Basis seiner umfassenden Erfahrung. Die Arbeiterbewegung ohne ständigen Rückbezug auf die ökonomische Struktur der Gesellschaft zu interpretieren sei absurd - sie aber darauf zu reduzieren bedeute, drei Viertel des konkreten Klassenverhaltens nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Bourgeoisie wie Arbeiterklasse werden jede für sich durch gemeinsame Interessen geeint. Doch das gemeinsame Interesse der Arbeiter sei anderer Art: es bestehe darin, nicht mehr Arbeiter zu sein. D.h. nicht ihre ökonomische Funktion auszuüben, sondern sie radikal zu negieren. Die Existenzbedingungen der Arbeiter selbst erfordern einen ständigen Kampf für Veränderung, d.h. eine ständige Loslösung von ihrem unmittelbaren Schicksal. Der Fortschritt in diesem Kampf, die Erarbeitung eines ideologischen Inhalts, der diese Loslösung erlaube, bilden die Erfahrung, durch die hindurch die Klasse sich konstituiere.

Lefort versucht Marxens Fragestellungen in der »Deutschen Ideologie« auf heute anzuwenden: Wie eignen sich die Menschen unter den Bedingungen

der Industriearbeit ihre Arbeit an? Wie stellen sie praktisch ihre Beziehung zum Rest der Gesellschaft her? Wie fügen sie eine gemeinsame Erfahrung zusammen, die aus ihnen eine historische Kraft macht? Er setzt sich von Lenins Auffassung ab, nach der das Proletariat eine Einheit bilde, deren geschichtliche Aufgabe ein für alle Mal feststehe und wo nur noch die »Kräfteverhältnisse« interessierten, die es herstelle. Lefort sieht das Handeln des Proletariats in seiner Zwieschlächtigkeit: einmal in der Form des Widerstands, der die Unternehmer ständig zwingt, die Ausbeutungsmethoden zu verbessern; zum anderen in seiner Anpassung an den Fortschritt, in seiner aktiven Kollaboration mit diesem: die Arbeiter selbst finden Antworten auf tausend Probleme, die die Produktion im Detail stellt. Das Ergebnis sieht aus wie eine systematische Antwort und bekommt den Namen »Erfindung«. Dabei nimmt die Rationalisierung nur die zerstreuten und anonymen Innovationen, die im konkreten Produktionsprozeß entstehen, auf, interpretiert und integriert sie.

Das Proletariat sei bisher auf drei Arten untersucht worden: ökonomisch, ideologisch und historisch. Lefort selbst schlug einen vierten Ansatz vor: er wollte aus seinem Innern heraus seine Haltung zur Arbeit und zur Gesellschaft rekonstruieren, und seine Erfindungskraft und die Stärke seiner sozialen Organisation im täglichen Leben darstellen. Nach einem solchen Ansatz sei bisher nicht vorgegangen worden - weder von Marx noch von der sogenannten »Arbeiter« soziologie in den USA, in der Lefort das Werk der Unternehmerschaft sah. Die »aufgeklärten« Kapitalisten hätten entdeckt, daß die materielle Rationalisierung ihre Grenzen hat, daß die Menschen-Objekte auf bestimmte Weise reagieren, daß man auf sie eingehen muß, wenn man sie effektiver ausbeuten will. Diese Soziologie könne aber schon aufgrund ihrer Klassenperspektive die proletarische Persönlichkeit nicht erreichen, weil sie sich ihr von außen annähert und die Arbeiter nur als Produzenten sehen könne, als einfache Ausführende, unwiderruflich an das kapitalistische Ausbeutungssystem gebunden.

Die Untersuchung über das soziale Leben des Proletariats sollte kein Studium der Klasse von außen sein, sondern die präzisen Fragen beantworten, die sich den Arbeiteravantgarden explizit und der Mehrheit der Klasse implizit heute stellen. Lefort

sammelte Selbstzeugnisse von Arbeitern, Lebensläufe, individuelle Erfahrungen über das Verhältnis zu ihrer Arbeit, das Verhältnis zu anderen Arbeitern, das soziale Leben außerhalb der Fabrik und die Bindung an eine proletarische Tradition und Geschichte.

Er schreibt, die Meinungen könnten wechseln, transportierten oft Mystifikationen, aber »alle Arbeiter haben die Erfahrung der Ausbeutung, die Erfahrung der Entfremdung gemeinsam - und alle Arbeiter wissen das. Jeder Bürger merkt es sofort, wenn er ein Arbeiterviertel betritt.« Diese Arbeiterverhaltensweisen aufzuspüren ist das Untersuchungsziel. Gibt es eine »Klassenmentalität«?

Mit diesen Fragestellungen will Lefort keineswegs auf einen »Arbeiterismus«, der die Notwendigkeit der theoretischen Kritik leugnet und von dem er sich immer distanziert hat: »Unser Interesse mit diesen Fragen ist, von einem revolutionären Standpunkt aus zu zeigen, wie ein Arbeiter mit seiner Klasse eins wird und ob seine Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe verschieden ist von der eines Kleinbürgers oder eines Bürgers zu seiner Gruppe. Bindet das Proletariat sein Schicksal auf allen Ebenen seiner Existenz mehr oder weniger bewußt an das Schicksal seiner Klasse? Können wir die klassischen Aussagen konkret überprüfen, die oft zu abstrakt sind: Klassenbewußtsein, Klassenverhalten und die Vorstellung, die Marx vom Proletariat hatte, daß es im Unterschied zur Bourgeoisie nicht nur Mitglied seiner Klasse, sondern Individuum einer Gemeinschaft ist und sich darüber bewußt ist, daß es sich nur kollektiv befreien kann?«

... und in Italien: Danilo Montaldi

Der aus dem PCI ausgeschlossene Kommunist Danilo Montaldi, der eine kleine Gruppe in Cremona um sich organisiert hatte und für verschiedene linkskommunistische Zeitschriften schrieb, lernte über den Kontakt zu Socialisme ou Barbarie die Theorie und Praxis der Arbeiteruntersuchung kennen. Er übersetzte mehrere Arbeiterbiographien auf italienisch und beteiligte sich selbst an ähnlichen Projekten. 1960 veröffentlichte er eine Untersuchung über das Leben der Immigranten aus dem Süden in Mailand mit dem Titel »Mailand, Korea«.

Es ist keine konsistente »Methode« bei Montaldi zu erkennen: er arbeitete »interdisziplinär«, be-

nutzte literarische Elemente, etwa wenn er Leute ihre Geschichte in ihrer eigenen Ausdrucksweise aufschreiben ließ. Und er bediente sich Methoden der Soziologie, mit der er sich ausführlich auseinandersetzte. Montaldis Werk ist eine ständige Suche nach der Subjektivität als Erkenntnisinstrument über die Geschichte und das Leben der Klasse. In der Untersuchung über die Immigranten aus dem Süden, über das Leben der Subproletarier während des Faschismus, die politischen Basismilitanten - immer suchte er nach dem Kommunismus als »strukturellem Bedürfnis«, nach der Subjektivität der Klasse, der »Klasse für sich«. All dies war sein Versuch der Rekonstruktion der »Klassenpartei«, die sich zusammensetzt aus »Genossen, die unterschiedliche Parteibücher haben können«.

Montaldi untersuchte die Wirklichkeit um sich herum. Seine Arbeit war ausdrücklich gegen die Mysterien vom »guten Wilden« gerichtet, die Ende der 50er Jahre die Gedanken an die Gegenwart verdrängen sollten. Seine Kritik an dieser Art Beschäftigung erinnert in verblüffender Weise an die zusammenhanglose Art und Weise, in der in den letzten 20 Jahren hier oral history praktiziert wurde, nachdem die Perspektive Klassenkampf aufgegeben worden war. »Während sich in Italien die Industrie immer mehr konzentriert, während die bäuerliche Welt von einer Krise in die andere geht [...] nimmt dieses große Wehklagen für die Lebensformen der Vergangenheit oder für die verbliebenen zurückgebliebenen Lebensformen zu. Die Begeisterung, Untersuchung und Analyse des Nicht-Aktuellen, des Marginalen. In dieser beharrlichen Jagd liegt etwas Rückschrittliches, ein falsches Bewußtsein von der Gesellschaft, in der wir leben, ein Zurückweichen. Während in Italien die Diktatur der Monopole in den letzten Jahren immer offener wird, stürzt sich das kulturelle Interesse auf die im Niedergang begriffenen Momente des sozialen Lebens. Nicht schlecht, wenn es darum geht, die Gesamtheit der Alltagsbedingungen vom Süden bis in den Norden ans Licht zu bringen. Aber fast immer wird in der Analyse, in der Interpretation der 'zurückgebliebenen' Lebensweisen versucht, die Fäden abzuschneiden, die diese Erscheinungen mit dem gegenwärtigen System verbinden, das sie doch bestimmt. Diese Haltung leistet einem gewissen kulturellen Reformismus Vorschub, der selbst Ausdruck der Krise ist, der den Wunsch ausdrückt, selbst Teil davon zu werden. [...] Aber sehen wir, welche Auswirkungen das auf kultureller Ebene

hat. [...] die Chronik der heutigen Sitten und Gebräuche der Abkömmlinge der Ligurier, die sich vor 400 Jahren in Sardinien ansiedelten, ist 'interessanter' als die Situation in der Produktionsanlage bei FIAT; der Dialekt der Gevatterinnen ist sicherlich schöner als das nicht zufällige Schweigen der Arbeiter in den Basisorganismen. Uns interessiert nicht die folkloristische Seite, in die diese Formen oft verfallen, sondern wir wollen beobachten, wie sich zwischen uns eine Figur des ahistorischen Menschen herausgebildet hat, dessen Feinde sich Schicksal und Natur nennen.«

Die Quaderni rossi

Der italienische Operaismus [Arbeiterismus] entstand in Diskussionszirkeln rund um die 1961 zum ersten Mal erschienene Turiner Zeitschrift *Quaderni rossi* (was auch Rote Hefte heißt und womit sie ihren Bezug auf die Cahiers rouges herausstellten). Um die Quaderni rossi sammelten sich vor allem junge GenossInnen aus psi und PCI, die teilweise ihre Partei verlassen hatten, teilweise drin geblieben waren, Gewerkschaftsaktivisten und StudentInnen, die sich nach anderen Möglichkeiten praktischer politischer Arbeit und theoretischer Debatte umsahen. Wobei für die Mehrheit von ihnen »Operaismus« ein Schimpfwort war, von dem sie sich ebenso scharf distanzierten wie vom Vorwurf des »Anarchosyndikalismus«. Sie sahen sich als Vertreter einer mehrheitlichen Strömung der Arbeiterklasse, nicht als »Extremisten«. »Operaismus« als politische Kultur war erst anerkannt, als tatsächlich die Arbeiterkämpfe 1969 ff. die politische Situation in Italien für mehrere Jahre vollständig umkrempelten.

Die Zeitschrift Quaderni rossi war ein Kristallisationspunkt von verschiedenen politischen »Scenes«, Interessen und politischen Ansätzen, die sich als innere wie äußere Opposition der institutionalisierten Arbeiterbewegung begriffen. Sie setzten sich kritisch mit den Theorien auseinander, die weltweit diskutiert wurden, nahmen antistalinistische Erfahrungen auf und lasen Marx noch einmal neu. Ihren eindeutigen Schwerpunkt setzten sie auf die Untersuchung des Klassenantagonismus in der Produktion. Als ideenreicher »Begründer« des Projekts gilt Raniero Panzieri, ein Intellektueller aus Rom, der in den 50er Jahren als Funktionär des psi Landarbeiterkämpfe in Sizilien mitorganisiert hatte. Nebenbei übersetzte er den zweiten Band des Kapitals neu ins Italienische. Hauptziel seiner Arbeit war

zunächst, die Sozialistische Partei wieder auf einen »revolutionären« Kurs zu bringen, d.h. ihre Sozialdemokratisierung mit dem Ziel der Regierungsbeteiligung zu bekämpfen und sich statt auf das Parlament wieder stärker auf die (Land- und Fabrik-) Arbeiterbasis zu stützen. Als Instrument diente ihm dabei die Parteizeitschrift *Mondo operaio* [Arbeiterwelt], deren Chefredakteur er war. Eine breite Diskussion löste er mit seinen zusammen mit Libertini geschriebenen »Thesen zur Arbeiterkontrolle« aus, die eine harte Kritik an staatssozialistischen Konzepten waren. Als er mit diesem Kurs innerhalb der Partei scheiterte, ging er nach Turin, »um die Arbeiterklasse in der Fabrik wiederzufinden«. 1961 verließ er nach jahrelangen Auseinandersetzungen das ZK des PSI.

Die Zeiten waren vorbei, in denen sich alles innerhalb der Organisationen abspielte. Zur Frage: »Soll man in den historischen Parteien der Arbeiterbewegung aktiv sein oder in autonomen politischen Interventionsgruppen«, vertrat Panzieri Anfang 1960 in einer Diskussion mit dem Sozialistenführer Lelio Basso den Standpunkt, daß man in einer Situation, in der nicht nur eine Strömung der Partei, sondern die Partei [der PSI] als solche in der Krise sei, »keinen neuen Wein in alte Schläuche füllen«, sondern »auf der Ebene der Basis selbst« nach einer politischen Linie suchen müsse; sich nicht darauf beschränken, ein Erbe zu bewahren, das sich nunmehr erschöpft, sondern ausgehen »von einer Überprüfung, die die Bewegung glücklicherweise heute erlaubt«. Nach einer Diskussion im Büro des PSI in Mestre, an der sehr viele Arbeiter teilnahmen, schrieb er an Montaldi: »Es wäre wirklich schade, wenn man zuläßt, daß so lebendige Kräfte in den gegenwärtigen Engpässen und Mystifikationen des PSI (dasselbe gilt für den PCI) aufgegeben würden. Ich bin immer mehr davon überzeugt, daß man von den Parteistrukturen und -hierarchien völlig unabhängige Bezugspunkte schaffen muß, auf die diese Klassenkräfte voller Vertrauen schauen können, die sich bewußt werden über die Lügen der offiziellen Politik der Parteien, aber die nicht auf eine Verbindung verzichten wollen, in die sie nicht das Vertrauen in die 'Instanzen', sondern ihr Bewußtsein und ihre Klassen-solidarität übersetzen, und damit eine konkrete Kraft gegen den Unternehmer, einen revolutionären Willen. Wir müssen uns also das praktische Problem stellen, wie wir eine Verbindung herstellen können zwischen einigen Gruppen mit einer

revolutionären Orientierung innerhalb und außerhalb der Parteien, und zwar in organisatorisch offenen Formen, wobei man jeglichen Anschein einer kleinen Sekte vermeiden muß, denn das ist der größte Irrtum, dem all die kleinen Gruppen der Arbeiterlinken verfallen sind.«

Panzieri sah in der Zeitschrift *Quaderni rossi* ein politisches Instrument, um in Richtung einer einheitlichen, d.h. nicht nach Parteien getrennten, und revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse zu wirken. Hoffnungen auf einen Wiederaufschwung der Arbeiterbewegung schöpfte die Gruppe aus der Streikwelle 1959 in der Metall- und Textilindustrie und vor allem aus den Aktionen im Jahre 1960 gegen den Parteitag des MSI [Faschistische Partei] in Genua, der Hauptstadt des kommunistischen Widerstands. An den militanten Demonstrationen beteiligten sich zum ersten Mal seit Jahren sehr viele junge ArbeiterInnen. Das Auftauchen dieser »neuen Kräfte«, einer Generation, die nicht mehr von der Resistenza geprägt war, übertrugen die *Quaderni rossi* auf eine mögliche Umkehrung der Situation bei FIAT als »Mittelpunkt« der kapitalistischen Entwicklung in Italien.

»Wir haben uns am Metallarbeiterstreik in der Weihnachtsnacht 1959 beteiligt, eine kleine Gruppe von Genossen in Mailand hat angefangen, die Situation bei Marelli, Pirelli usw. zu untersuchen. Insgesamt haben wir zwischen 1958 und 1961 wie bei einem Puzzle mit der Analyse, der Beschäftigung mit den Fabriken angefangen, um den Kontakt mit denen wiederherzustellen, die dort drin arbeiteten ... Von extremer Bedeutung wurde dann der Juli 1960 für uns, die Revolte der Arbeiter in Genua gegen die Faschisten. In dieser Bewegung, die in ganz Italien gegen die Regierung Tambroni losbrach, wurde eine Potentialität auf Massenebene deutlich, die wie ein Peitschenhieb und eine Anstachelung für die Genossen wirkte, die Untersuchung und die Organisierung voranzutreiben. 1960 ist meiner Ansicht nach außerordentlich wichtig: für einige Genossen, für mich selbst, war es das erste Mal, daß wir uns mit präzisen Funktionen innerhalb einer Massenbewegung befanden, und wir spürten zum ersten Mal ihre außergewöhnliche Kraft und ihre Fähigkeit, die Machtverhältnisse durch die Militanz der Arbeiter- und Proletarierverhaltensweisen umzukrempeln.«

Das Mittel der Annäherung an die »wirkliche Arbeiterklasse« war die Untersuchung. Es gab damals in Italien mehrere kleine Gruppen, die solche »Untersuchungen« durchführten und über die politischen Konsequenzen diskutierten. In der Regel war »Untersuchung« damals ein Herangehen »von außen«, allerdings gemeinsam mit ArbeiterInnen, die an Gruppensitzungen teilnahmen und mit denen sie gemeinsam Flugblätter und Arbeiterzeitungen verfaßten. Von den wenigsten dieser Untersuchungen ist schriftliches Material überliefert. Einige der bekannteren über die Bedingungen bei FIAT oder Olivetti waren mehr oder weniger Einzelleistungen. Einzelleistungen, die es jedoch erlaubten, bestimmte Hypothesen aufzustellen, die Grundlage waren für die politische Arbeit.

Aus Gesprächen mit jungen Gewerkschaftsaktivisten bei FIAT entstand ein neues Bild über die Arbeiterklasse, deren Bedürfnisse Alquati zusammenfaßte in einer neuen »Figur«: den jungen Technikerarbeitern, die auf den Werkschulen eine Art Facharbeiterausbildung genossen hatten, die mit der Arbeit bei FIAT unzufrieden waren, die selbstbewußt glaubten, die Produktion leiten zu können - und in Wirklichkeit »stupide Arbeiten« verrichten mußten. In diesem Auseinanderklaffen zwischen geweckten Ansprüchen, »dem Bewußtsein, die Produktion leiten zu können«, Qualifikation und tatsächlicher Arbeitsrealität - in der Zerstörung der Mythen des Neokapitalismus - sah Alquati einen sprengenden Widerspruch.

Die Praxis der Untersuchung

»Biographischer Ansatz«, »Intensivinterviews«, ... alles inzwischen von Feministinnen und linken Soziologen seit Jahren praktizierte Untersuchungsmethoden. Der Unterschied ist, daß die »Arbeiteruntersuchung« von einer kollektiven Dimension ausging: der Selbstkonstitution der Klasse, dem Aufspüren des Kommunismus in den Bewegungen der Arbeiterklasse selbst. »Porto Marghera [Standort petrochemischer Industrie auf dem Festland gegenüber von Venedig] war das Laboratorium, in dem wir mit wissenschaftlichen Methoden die Dinge überprüften. Man konnte keinen politischen Diskurs führen ohne das, was wir 'Arbeiteruntersuchung' nannten. Wir mußten uns zwangsläufig erst noch einmal klarmachen, was der Arbeiterstandpunkt im Konkreten war, weil sie ja die gesellschaftlichen Figuren sind, die strategisch relevant sind, im Prozeß hin zum 'Neuen'.«

Um die grundsätzliche Frage, ob das Instrumentarium der Soziologie kritisch angewendet werden könne, gab es heftige politische Auseinandersetzungen in den Gruppen. Dies ging von der Tendenz, den Marxismus auf eine bloße Soziologie zu reduzieren, über die kritische Anwendung soziologischer Instrumente bis zum Versuch der völligen Aufhebung des Unterschieds zwischen Untersuchern und den Objekten der Untersuchung, den ArbeiterInnen, mit dem Ziel »Arbeiterselbstuntersuchung«. Die beiden letztgenannten Positionen nannten ihre Praxis *Conricerca*, wörtlich: »Mituntersuchung«. Liliana Lanzardo erklärte im November '94 in Turin, daß die Unterschiede von heute aus viel klarer zu sehen seien zwischen denen, die eine akademische Untersuchung machen wollten, und wem es um ein politisches Projekt ging; damals habe es nicht einmal eine Terminologie gegeben. Einige ihrer damaligen MitstreiterInnen seien heute angesehene Industriosiologen im schlechtesten Sinn.

Alquati entmystifizierte schon 1975 die Heldengesänge auf die damalige Praxis etwas. »Arbeiterselbstuntersuchung« hatte als Parole provozieren sollen, denn die institutionalisierte Arbeiterbewegung sei damals ebenso »arbeiterfeindlich« gewesen wie ihre linke, operaistische Komponente, schrieb er. »Wenn wir im Frühjahr 1960 'Klassenuntersuchung' sagten, so war das für uns gleichbedeutend mit 'Revolution' oder 'revolutionärem Prozeß'.« In Wirklichkeit sei keine »Arbeiteruntersuchung« bzw. Arbeiterselbstuntersuchung gemacht worden, sondern eine soziologische Untersuchung über die Arbeiterklasse. Die einzelnen Arbeiter waren dabei Quelle von Informationen und Erkenntnissen, die die Gruppe dann außerhalb der Fabrik weiter bearbeitete, um die zweite Phase vorzubereiten. Diesen Übergang zur zweiten Phase, der eine Beziehung zum kollektiven Arbeiter voraussetzt und das Hauptgewicht auf die subjektive Bewegung legt, hätten sie nie geschafft. Denn »der kollektive Arbeiter« könne nicht gleichgesetzt werden mit mehreren Arbeitern, sondern meine schon die politische Organisation der Arbeiter. Diese habe es noch nicht gegeben, sondern nur ihre Vorform, die Autonomie. Ein Teil der Gruppe habe deshalb »provisorisch« erst mal soziologische Untersuchungen gemacht, der andere Teil sah die entstehende politische Organisation der Arbeiterklasse als Mittel, um die soziologische Untersuchung zu realisieren.

Die ersten Untersuchungen haben die SoziologiestudentInnen der Gruppe gemacht. Der Rest der Gruppe hatte eher Angst vor den Schwierigkeiten, hielt sich für nicht gerüstet genug. Untersuchungsarbeit hieß, Material über die Umstrukturierung der Industrie durchzuarbeiten, eine Analyse der Tätigkeiten am Arbeitsplatz zu machen, die Maschinerie zu untersuchen, das Fabrikssystem mit seinen Widersprüchen und möglichen Explosionen. Es wurden nur wenige, aber sehr vertiefte Interviews gemacht - »alles war neu und interessant«, beschrieb Liliana Lanzardo ihren damaligen Enthusiasmus. All das sei eben keine Conricerca gewesen, denn das Verfahren war nur den Interviewern bekannt, es gab keine Parität zwischen Untersuchern und Untersuchten. Dies war eher möglich in den kleinen Betrieben, wo auch gemeinsam mit den ArbeiterInnen Arbeiterzeitungen erstellt wurden. Die Kontaktaufnahme lief meist über die Metallarbeitergewerkschaften FIM und FIOM, die in Turin dem Projekt anfangs sehr offen gegenüberstanden.

Auch industriesoziologische Analysen stoßen überall auf Konflikte. Aber in der Regel begutachten bürgerliche Soziologen diese Konflikte dann als Probleme, die es zu lösen gilt, um das reibungslose Funktionieren der Fabrik zu gewährleisten. Und »kritische« Soziologen decken Konflikte auf, um zu beweisen, daß die Fabrik eben nicht perfekt funktioniert. Im Gegensatz dazu nahmen die GenossInnen, geschult an Marx, die Widersprüchlichkeit des Arbeitsprozesses als Ausgangspunkt der Untersuchung. So konnten sie verstehen, wie Konflikte auch funktional für die Verwertung sein können und welches die Funktionen der Hierarchie sind, die verhindern sollen, daß aus diesen Konflikten ein gemeinsamer Kampf wird.

»Der sozialistische Gebrauch der Soziologie erfordert ein Umdenken, erfordert, diese Instrumente zu studieren im Licht der Grundhypothesen, die man aufstellt und die sich dann in einer einzigen zusammenfassen lassen: die Konflikte können sich in Antagonismen verwandeln und deshalb nicht mehr funktional für das System sein. Wobei in Betracht zu ziehen ist, daß die Konflikte funktional für das System sind, weil es ein System ist, das sich über Konflikte weiterentwickelt.« Am besten läßt sich allerdings das Verhältnis zwischen Konflikt und Antagonismus untersuchen in einer Kampfsituation - was Panzieri »heiße Untersuchung« nennt, »denn es gibt Werte, die der Arbeiter in

normalen Zeiten besitzt und nicht mehr besitzt in Zeiten des Klassenkonflikts und umgekehrt.« Untersucht werden soll das Verhältnis zwischen Arbeitersolidarität und Ablehnung des kapitalistischen Systems: *»... inwieweit sind sich die Arbeiter bewußt, gegenüber der ungleichen kapitalistischen Gesellschaft eine Gesellschaft der Gleichen zu fordern, und inwieweit sind sie sich bewußt, daß dies zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Wert werden kann.«* In diesem Text wird aber auch deutlich, daß Panzieri an einigen wesentlichen Punkten nicht über den Schatten seines Parteikaderdaseins springen konnte. Er spricht von der Möglichkeit, das Bewußtsein der Arbeiter festzustellen und »anzuheben«.

Der Antagonismus in der Produktion

Im Vorwort zur italienischen Ausgabe des Tagebuchs des Renaultarbeiters Daniel Mothé arbeitet Panzieri den Antagonismus im Produktionsverhältnis heraus. *»...das Buch [...] geht weit über die üblichen Zeugnisse über die Bedingungen der Arbeiter hinaus, Zeugnisse, die meist nur Mitleid mit der Situation der Fabrikarbeiter ausdrücken (und nicht mehr). Im Tagebuch von Mothé treten durch die aufmerksamen Überlegungen über den Alltag in einer Abteilung die Probleme der Arbeiterklasse in einer modernen Großfabrik nach und nach in ihrer Komplexität und besonderen Wirklichkeit hervor. Das Buch behandelt zu Beginn die rationelle Arbeitsorganisation. Es besteht ein Widerspruch zwischen dem Versuch einer rationellen Arbeitsorganisation einerseits, die den Arbeiter immer mehr isoliert, und andererseits den Bedingungen selbst, in denen die Arbeit entwickelt werden muß, die dazu führen, daß die Vorschriften ständig durchbrochen werden, damit die Produktion laufen kann und Sinn hat. Der Arbeiter muß gegen dieses 'Rationalisierungs'unternehmen kämpfen, das zu seiner Umsetzung jede menschlich qualifizierte Erfahrung ausschließen muß: noch vor dem legitimen Bedürfnis, sich mit dem Kollegen neben ihm zu verbünden - in dem der Wert einer unerschütterlichen Solidarität erscheint - und der Erfahrung der Arbeit selbst, die den Arbeiter dahin bringt, seine eigenen Probleme als kollektive zu empfinden.«*

Der Olivetti-Text von Alquati ist ein gutes Beispiel dafür, wie die italienischen Operaisten diese Vorarbeiten von Mothé und anderen fruchtbar machten. An einem seiner Diskussionsstränge mit den

Arbeitern wollen wir zeigen, wie er die Einsicht von Mothé auf die Untersuchung anwendet, daß »die Vorschriften ständig durchbrochen werden [müssen], damit die Produktion laufen kann«.

Die Arbeiter, die erstmal die ganzen offiziellen Mythen über die Organisation der Arbeit bei Olivetti, einem damals sehr »modernen« Betrieb, hergebetet haben, kommen letzten Endes zu folgendem Urteil: »Hier ist alles bis ins kleinste organisiert und festgelegt, und trotzdem gibt es noch zu viele wichtige Dinge, die bei der Arbeit nicht funktionieren. Wenn man sieht, wie minutiös man sich hier um die Organisation kümmert, die dann doch nicht so funktionieren kann, dann könnte man fast auf den Gedanken kommen, daß bei Olivetti die organisierte Desorganisation studiert wird.«

Alquati zieht dann zunächst die negative Seite dieser »Arbeiterkritik« heraus und formuliert als Hypothese, daß der einzelne Arbeiter unfähig sei, in den alltäglichen kleinen Widersprüchen den grundlegenden kollektiven Widerspruch zu sehen - und zwar gerade deshalb, weil »in diesen Mikrowidersprüchen« die »ganzen grundlegenden Widersprüche des Systems zusammentreffen, sich entfalten und erhalten.« Der grundlegende Widerspruch ist, daß im Kapitalismus Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß in einem Prozeß zusammenfallen, in dessen Zentrum die Arbeiter stehen. Der Kapitalist interessiert sich für den Profit, der auf dem in der Ware enthaltenen Mehrwert beruht, also dem Verwertungsprozeß. Verkäuflich sind aber nur Waren, die auch einen Gebrauchswert haben, die durch den Arbeitsprozeß zu nützlichen Dingen geworden sind. Im Produktionsprozeß als der widersprüchlichen Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß wird der Arbeiter auf der einen Seite darauf getrimmt, auf Einhaltung der Qualität zu achten (damit die Ware verkäuflich bleibt), auf der anderen Seite soll er so schnell und so viel wie möglich produzieren, um den Mehrwert zu steigern. »Der in seiner Gebrauchswertsphäre eingeschlossene Arbeiter« kann diesen Widerspruch nicht entwickeln, weil seine Kritik individuell bleibt und daran ansetzt, daß man das Produkt rationeller, mit weniger Handgriffen, besserer Qualität usw. herstellen könne. Durch die kapitalistische Organisation der Arbeit ist sogar sichergestellt, daß der einzelne Arbeiter durch seine »Kritik« die Ausbeutung perfektioniert. Er muß sich ständig Poren schaffen, um seine Arbeit überhaupt

erträglich zu gestalten; Poren, die ihm der Stopper Stück für Stück wieder wegnimmt und die ihm schließlich als »Erfindung« entgegentreten. In der Fabrik *»treibt der Arbeiter, um zu überleben, den Mechanismus voran, der ihn zerdrückt, wobei er die Freiheit besitzt, dies im Verein mit anderen zu tun.«* Das schließt ein, daß die Arbeiter in ihrer Kooperation untereinander ständig die offiziellen Regeln übertreten und die Arbeit untereinander ständig neu aufteilen. [Diese von Alquati als »Funktionenhäufung« analysierten Prozesse bieten zum Beispiel einen guten Ansatz, um die modernen Konzepte von Gruppenarbeit zu analysieren!]

In seinen Diskussionen mit den Olivetti-Arbeitern entwickelte Alquati auch Argumente, um tiefer vorzudringen und den kollektiven Kern des Ganzen freizulegen. Der Unternehmer muß die ArbeiterInnen nicht nur deshalb in ihrem »Gebrauchswertmythos« bestätigen, um die Ware überhaupt verkaufen zu können. Es ist gleichzeitig sein wichtigstes Mittel, um die Produktion von Mehrwert politisch durchzusetzen. [Auch hier springen die Parallelen zur heutigen Propaganda für die »totale Qualität« ins Auge!] Ohne diesen »Gebrauchswertmythos« würde der Unternehmer nämlich die »Kollaboration« der Arbeiter verlieren. *»In der Enttäuschung seiner größten Erwartung in Bezug auf die Technik und in dem allgemeinen Problem der quantitativen Entwicklung des Konsums vermag der Arbeiter nicht einmal mehr nachzuprüfen, ob der Gebrauchswert in einem entscheidenden dialektischen Verhältnis zu anderen Zielsetzungen steht, die er nicht kennt, weil sie ihm verborgen bleiben, und die seine Auffassung von der Arbeit immer wieder enttäuschen.«* Alquati fährt fort: *»Wenn man dann die 'Montagearbeiter' selbst und auch die 'Kontrolleure' fragt, warum die Dinge so organisiert sind und wozu sie wirklich dienen, dann antworten die meisten, daß sie das nie verstanden haben. Eins jedoch ist allen klar: daß nämlich die Kontrolleure tatsächlich keineswegs die Funktion von Priestern der Qualität haben, [...] daß die Funktion der Qualitätskontrolle zum großen Teil noch immer bei den Montagearbeitern liegt.«*

Daraus entwickelte dann Alquati Fragen, die er den Arbeitern stellte und mit denen einige anfangen, ihre eigene »kleine Untersuchung« zu machen: Wer macht also in Wirklichkeit die Qualitätskontrolle? Wozu dienen die »Defekte«, die ein Kon-

trolleur reklamiert? Wissen es die Techniker? Haben sie das vielleicht geplant? Und was machen die Meister? *»Dieser ganze Komplex führt schließlich zu einer gründlichen Diskussion über die Ausbeutung, die Rationalisierung und die Bürokratie - und über den Klassenkampf. Doch auch die Arbeiter selbst verfallen hier oft in den entscheidenden Fehler, die eine Tätigkeit der anderen gegenüberzustellen, und gerade dadurch setzen sie den politischen Mechanismus in Gang, den die Geschäftsleitung mit diesen Mystifikationen ins Leben gerufen hat.«* In einem weiteren Untersuchungsabschnitt kritisiert Alquati diese Entgegensetzung. Wenn die Arbeiter zum Beispiel sagen, »die Kontrolleure sind unnötig, wir machen die Qualitätskontrolle in Wirklichkeit selbst«, stellt er die Frage: »Und wozu dienen die Kontrolleure dann wirklich?« Er arbeitet heraus, daß sie nicht für die Qualität, also die Gebrauchswertseite zuständig sind, sondern für die Erfüllung des Plans, die Verwertung sorgen sollen. Wie der Plan erfüllt wird, wie sie es schaffen, in der vorgegebenen Zeit Gebrauchswerte zu produzieren, wissen aber nur die Arbeiter.

Schon aus diesen wenigen Stellen wird deutlich, wie sich in den Untersuchungen Alquatis und der Quaderni rossi die Perspektive entscheidend umdreht. Die ArbeiterInnen sind nicht mehr die Unbewußten, denen die Sozialisten erklären müssen, daß der Kapitalismus etwas sehr Widersprüchliches ist. Sondern es geht darum, gemeinsam mit den ArbeiterInnen herauszukriegen, wo in den alltäglichen Konflikten die Potentiale für einen gemeinsamen Kampf liegen.

Auch wenn die Hypothesen dieser Untersuchungen im Detail oft falsch waren, so bestätigte sich in den Streikbewegungen 1961/62 doch die grundlegende These, daß die ArbeiterInnen nicht integriert und Mittelstand geworden waren, sondern daß sie nach wie vor zum Subjekt im Klassenkampf werden können. Fehler wurden oft da gemacht, wo man ein neues, zentrales Subjekt herauszufinden versuchte, oder wo das alte intellektuelle (und leninistische) Laster durchschlug, man könne die Klassenkämpfe im voraus verstehen (»antizipieren«) - wie überhaupt der Streit um die zentrale Figur eines des schlechtesten Erbstücke des Operaismus ist, der oft die wirkliche Untersuchung verhindert. Unerwartet nahm in diesen Kämpfen eine Arbeiterfigur eine wichtige Stellung ein, die in den Fabrikuntersuchungen bislang nicht besonders

beachtet worden war: die aus dem ländlichen Süden eingewanderten jungen, ungelernten Arbeiter, von denen man später nur noch als »dem Massenarbeiter« sprach. Aber aufgrund der breiten Vorarbeiten und der Zusammenarbeit mit neu entstehenden Arbeitergruppen konnten die GenossInnen ihre theoretischen Arbeiten sehr schnell auf den Stand der Klassenkämpfe bringen.

Mit der neuen Welle von Streiks entwickelte sich bei den ArbeiterInnen ein großes Interesse an Informationen und Diskussionen. Damit verschob sich der Schwerpunkt der politischen Arbeit. Conricerca hieß nun vor allem, dabei mitzuhelfen, daß sich die Informationen über die Kämpfe ausbreiten. Die Gruppen von Militanten, die »von außen« Kontakt am Werkort aufnahmen, sahen nun ihre Aufgabe darin, für die »horizontale Zirkulation der Kämpfe« zu sorgen. Also die Informationen über einen kleinen Streik in der einen Fabrik mit einem Flugblatt oder einer kleinen Zeitung den ArbeiterInnen in anderen Fabriken derselben Region mitzuteilen oder den Streik in einer Abteilung den ArbeiterInnen der ganzen Fabrik bekanntzumachen. Es gab auch immer wieder Versuche, die ArbeiterInnen selbst in die Redaktion dieser Zeitungen miteinzubeziehen. Ein ehemaliger Militanter von Potere Operaio biellese [Arbeitermacht Region Biella] beschreibt die Rolle dieser »Externen« so: *»Wir waren die Briefträger der ArbeiterInnen.«* Und Bianchini von Potere Operaio veneto-emiliano [Arbeitermacht Venetien-Emilia]: *»Wir wollten helfen, diese Kämpfe zu verbreiten, die die alten Strukturen zerbrachen. ... Wir gingen an die Fabrikto, aber nicht um Predigten zu halten, wir wollten nicht die Partei sein, die den Ton angibt. Wir fragten die Arbeiter, was sie wollten.«*

Begünstigt durch die politische Situation war diese Herangehensweise in jenen Jahren sehr fruchtbar. Sie brachte Militante aus unterschiedlichen politischen Organisationen zusammen; die Gruppen waren folglich politisch nicht homogen, doch der gemeinsame Bezug auf eine Arbeiterklasse in Bewegung machte die Zusammenarbeit möglich.

Eingreifen und Organisieren

Die Gründung der Quaderni rossi war nur ein teilweiser Bruch mit den Institutionen der »Arbeiterbewegung« gewesen. Das Referat über die »neuen Kräfte bei FIAT« hatte Alquati beispielsweise auf

einem Kongreß des psi gehalten. Die Auseinandersetzung um die »Klassengewerkschaft« und unterschiedliche Auffassungen über die Aufgaben der Partei prägten die innere Diskussion von Anfang an und führten bald zu Fraktionierungen.

Zu Anfang gab es in Turin noch eine offizielle Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden der Metallarbeitergewerkschaften, die politisch vor dem Nichts standen und auf neue Ideen hofften. In der ersten Nummer der Quaderni rossi hatten einige Gewerkschafter ihre Artikel mit vollem Namen unterzeichnet, wie z.B. Vittorio Foa, der schon kurze Zeit darauf nichts mehr von den »Extremisten« wissen wollte. Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft geriet in eine Krise, als ein Teil der Redaktionsgruppe den »wilden« Streik von Instandhaltungsarbeitern bei Fiat im Sommer 1961 unterstützte. Der Bruch wurde von Gewerkschaftsseite »endgültig« nach den Ereignissen auf der Piazza Statuto in Turin im Juni 1962.

Im Mai 1962 hatte Panzieri die Aufgaben der Gruppe in einem Brief an das Redaktionsmitglied Asor Rosa folgendermaßen formuliert: *»Ich glaube deshalb, daß wir den Tarifstreik der Metallarbeiter ins Zentrum unserer Arbeit stellen müssen [...] Ich bin mehr denn je von den Möglichkeiten überzeugt, die sich für eine revolutionäre Linie eröffnen. Aber wir müssen uns jeden Restes von 'Minderheitskomplex entledigen und die Fermente, die Suche nach einer neuen Strategie, in die Krise der Organisationen hineintragen. Um so mehr als wir keine Sekte sein wollen, die im Besitz der Wahrheit ist, sondern Militante, die einen Beitrag zur notwendigen neuen Organisation der Arbeiterklasse leisten, ein Problem, das sich zur Zeit Tausende von Militanten stellen, auch innerhalb der Organisationen. Mit diesem Kriterium müssen wir, so denke ich, unsere Interventionsinstrumente revidieren, modifizieren und vollständig verändern, wenn es notwendig ist. [...] Wir sehen, wie eine neue Arbeiterbewegung ans Licht drängt, aber die Erarbeitung einer Strategie für sie ist kein spontaner Prozeß. Daß wir sie sehen, bestimmt unsere Aufgaben heute, die wirklich neu sind. Die Züge der materiellen Figur des kollektiven Arbeiters sind nicht einfach verborgen im Schoß des Kapitals, er kann nur auf seine Art und kollektiv seiner selbst bewußt werden. Sie sind antizipiert in den Kämpfen, und in ihnen wächst die einheitliche und revolutionäre Potentialität [...]. Es gilt, eine Reihe von Vermitt-*

lungen zu finden. Denn indem das Kapital den Arbeiterkampf verfälscht und als 'unmittelbare' Replik auf die kapitalistische Entwicklung darstellt, suggeriert es eine falsche Strategie. Nicht aus der kapitalistischen Planung entstehen die 'neuen' Möglichkeiten der Revolution, sondern aus der Antizipation-Umkehrung der entscheidenden Elemente der kapitalistischen Planung durch die ArbeiterInnen.«

Vom Ausmaß der proletarischen Wut, wie sie sich im Juni '62 in der dreitägigen Straßenschlacht zeigte, war die Gruppe aber doch überrascht. Vor Beginn des Generalstreiks der Metallarbeiter hatten die Quaderni rossi vergeblich eine gemeinsame Veranstaltung mit dem psi vorgeschlagen. Dann richteten sie einen eigenen Aufruf an die Arbeiter von FIAT, der mit dem Satz beginnt: *»Arbeiter von Fiat, hinter Eurem Rücken und ohne Euch zu fragen, haben die gewerkschaftlichen Organisationen im Dienst der Unternehmerschaft einen Separat-Tarifvertrag abgeschlossen, um den Arbeiterkampf und die Arbeitermacht bei FIAT zu liquidieren...«* (siehe den vollständigen Text im Kasten) Daß in dem Text anscheinend unterschiedslos die Gewerkschaften angegriffen werden, also zwischen der gelben Fiat-Gewerkschaft und den »linken« Gewerkschaften kein Unterschied gemacht wird, brachte die Gewerkschafter der Gruppe in große Bedrängnis. Als Panzieri persönlich von der PCI-Presse als extremistischer Provokateur angegriffen wurde, machte er einen Rückzieher und verurteilte die Straßenschlacht als »schädlich für die Aktion der Arbeiterklasse«. Dies entsprach nicht der Gruppenmeinung.

Ein Teil der Gruppe um Negri interpretierte die Ereignisse auf der Piazza Statuto als Bruch der Arbeiterklasse mit den Institutionen der Arbeiterbewegung (Gewerkschaft und Parteien), als Ausdruck der Autonomie der Arbeiterklasse, die nun ohne Repräsentanten dastünde. Der Leitartikel der Nr. 1 ihrer Fabrikzeitschrift Gatto selvaggio [Wildkatze] hieß: »In der Sabotage geht der Kampf weiter und organisiert sich die Einheit«. Panzieri ging mit dieser Position hart ins Gericht. Er kritisierte an der Zeitschrift Wildkatze die positive Einschätzung von Piazza Statuto und die »rohe Ideologie der Sabotage«, und sprach von »Philosophie der Arbeiterklasse« in den Schriften von Tronti. Panzieris Position schwankte in den Jahren vor seinem Tod 1964 hin und her. Trotz aller Po-

lemiken wollte er es nicht zu einer frontalen Auseinandersetzung mit den historischen Organisationen der Arbeiterklasse kommen lassen. Stattdessen sah er die neue Aufgabe der Quaderni rossi in einer auf längere Sicht angelegten revolutionären Kaderbildung und wandte sich entschieden gegen alle voreiligen Parteigründungsprojekte.

Eine politische Partei der Klasse?

Innerhalb der Quaderni rossi hatte es drei Strömungen gegeben, die im Enthusiasmus der ersten beiden Hefte zusammenarbeiten konnten. Schon die dritte Ausgabe erschien mit zwei verschiedenen Editorials. Als durch die Entwicklung der Kämpfe eine Entscheidung über das »Wie« des politischen Eingreifens gefällt werden mußte, trennten sie sich. Dabei tat sich die Gruppe der »Politiker« (spätere Theoretiker der »Autonomie des Politischen«, Eroberung der Staatsmacht durch den PCI) mit den »Wilden« (Vertreter der Fabrikzeitschrift Gatto selvaggio) und dem Flügel um Negri zusammen, um das Projekt Classe operaia [Arbeiterklasse] zu machen, eine Zeitschrift, die sich nicht mehr nur an Intellektuelle, Partei- und Gewerkschaftskader, sondern an die Arbeitermilitanten selbst richtete. Der Leitartikel der Nr. 1 »Lenin in England« von Mario Tronti setzte das Thema der politischen Organisation der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung. Im Unterschied zur Orthodoxie ist dies bei Tronti die Ebene der Taktik: *»Das Kapital ist in diesem Moment besser organisiert als die Arbeiterklasse: Die Entscheidungen, die diese dem Kapital aufzwingt, riskieren, das Kapital zu stärken. [...] Die Arbeiterklasse hat den Händen ihrer traditionellen Organisationen alle taktischen Probleme überlassen, um sich eine autonome strategische Vision vorzubehalten, frei von Hindernissen und ohne Kompromisse. [...] Die Geschichte der vergangenen Erfahrungen dient uns, um uns davon zu befreien. Wir müssen alles einem neuen Typus von wissenschaftlicher Voraussage anvertrauen. Wir wissen, daß sich der gesamte Entwicklungsprozeß im neuen Niveau der Arbeiterkämpfe verkörpert. Der Ausgangspunkt liegt also in der Entdeckung von bestimmten Kampfformen der Arbeiter, die einen bestimmten Typ der kapitalistischen Entwicklung beweisen, der in Richtung Revolution geht. [...] Aber diese auf der Basis der Fabrik entfaltete praktische Arbeit erfordert [...] eine dauernde Beurteilung und Vermittlung durch eine politische Ebene, die sie verallgemeinert. [...] In*

der aktuellen Phase des Klassenkampfes [ist es] erforderlich, von der Entdeckung einer politischen Organisation auszugehen, nicht von einer vorgeschobenen Avantgarde, sondern von der kompakten sozialen Masse, zu der die Arbeiterklasse in der Periode ihrer geschichtlichen Reife geworden ist. Gerade wegen dieser Charakteristiken ist sie die einzige revolutionäre Kraft, die drohend und schrecklich die herrschende Ordnung kontrolliert. [...] Mit dem permanenten Kampf in der Fabrik, in immer neuen Formen, die nur die intellektuelle Phantasie der produktiven Arbeit entdecken kann, ersetzen die Arbeiter die bürokratische Leere einer allgemein politischen Organisation. Der revolutionäre Prozeß kann nicht beginnen, ohne daß eine politisch unmittelbar proletarische Organisation allgemein wird. Die Arbeiter wissen dies, und deshalb findet ihr sie heute nicht bereit, in den Kirchen der Partei die demokratische Litanei der Revolution zu singen. Die Realität der Arbeiterklasse ist endgültig an den Namen Marx gebunden. Die Notwendigkeit ihrer politischen Organisation ist genauso endgültig an den Namen Lenin gebunden.«

Nach einem Jahr war zumindest für die römische Fraktion klar, daß diese Partei nur die »Klassenpartei« PCI sein konnte, erneuert durch die »Verwerkschaftlichung« und die »Fabrikkommunisten«. Damit floß Trontis revolutionäre Umkehrung der Ebenen Strategie und Taktik in ein sehr traditionelles Organisationskonzept ein.

Nachdem diese Fraktion nach der Nr. 3 die Redaktion der Quaderni rossi verlassen hatte, machte Panzieri zusammen mit den »Soziologen« und anderen Turinern weiter - mit großen Illusionen, das alte Untersuchungsprojekt fortsetzen zu können, und immer in Furcht, als Sekte marginalisiert zu werden. Die politische Auseinandersetzung lief dabei vor allem mit der Gewerkschaft und dem psiup, dem Flügel des psi, der sich 1964 aufgrund der Regierungsbeteiligung von der Partei abgespalte und dem einige Redaktionsmitglieder beitraten.

Beide Gruppen, die aus den Quaderni rossi hervorgegangen waren, lösten sich innerhalb von zwei Jahren auf - bevor 1968/69 die Studenten- und die Arbeiterbewegung mit neuen Kämpfen die Situation in Italien komplett veränderten. Aber als Strömung haben sie die politische Diskussion nachhaltig erneuert. Viele ihrer Ansätze und Gedanken

wurden später aufgegriffen oder kamen in den Jahren danach erst zur Geltung. Vieles ist auch verloren gegangen und könnte heute wieder von großem Nutzen sein.

Renaissance des Operaismus (Teil 2)

Quellenangabe; in; <http://www.wildcat-www.de/wildcat/66/w66opera.htm>

[...]

Die Suche nach dem Subjekt

Der revolutionäre Marxismus nach dem Zweiten Weltkrieg hat versucht, auf drei Fragen neue Antworten zu finden: auf die Frage nach dem Subjekt, die Frage nach der Klasse (also die Frage, wer diese Welt revolutionär verändern kann und wo sich ein kollektives Subjekt konstituiert, das diesen Prozess in Gang setzen kann) und die Frage nach der eigenen Rolle im revolutionären Prozess. Die Antworten des Operaismus finden wir nach wie vor am interessantesten.

Auf die Frage nach dem Subjekt gab es im wesentlichen drei Antworten: die *Apologie des bürgerlichen Subjekts* des 19. Jahrhunderts (Frankfurter Schule), die *Ablehnung des Subjekts* (Strukturalismus/Mainstream des modernen Marxismus) und das *Konzept der Klassenzusammensetzung*.

Das Konzept *Klassenzusammensetzung* kritisiert den falschen Materialismus, der aus der vorgefundenen gleichen ökonomischen Lage der Arbeiter im Kapitalismus den Klassenkampf ableitet. Gleichzeitig ist es eine Kritik an einem philosophischen Klassenbegriff, der die Klasse als den reinen Antagonisten setzt, als das Subjekt, das rebelliert und sich für eine Seite entscheidet, unabhängig von den vorhandenen Produktionsbedingungen. Klassenzusammensetzung schlägt eine Brücke zwischen (revolutionärer) Subjektivität und den materiellen Bedingungen. Die Vorarbeit hatte Marx in den Thesen über Feuerbach geliefert, in denen er die menschliche Tätigkeit als etwas Materielles erkennt. Deshalb kann das Subjekt der Veränderung nicht einseitig in einem vom Menschen unabhängigen Materiellen noch in einem vom Materiellen unabhängigen Ideellen gesucht werden, sondern nur im Zusammenfallen des Veränderns der

Menschen selbst, ihres Handelns und Denkens, mit dem Verändern der Umstände. (»Immanenz«!)

Die Antwort der Operaisten war fruchtbarer als die beiden anderen, weil sie direkt aus den ablaufenden Kämpfen entwickelt war: Der Klassenkampf wirkt nicht von außerhalb auf »das Kapital« ein, sondern er konstituiert das Kapitalverhältnis. Der Klassenkampf drückt sich nicht nur in einer geschichtlichen Kette von Konflikten, Kämpfen und Aufständen aus, sondern auch in der Akkumulation des Kapitals, in seiner »organischen Zusammensetzung«, wie Marx das nannte.

Auf die Frage, welche Rolle wir in diesem Prozess einnehmen können, hat der Marxismus-Leninismus eindeutige Antworten gegeben: die Organisation in einer Kaderpartei, getrennt von der Arbeiterklasse, aber mit dem Anspruch, ihr das richtige »Klassenbewusstsein« beizubringen. Diese Grundidee erlebt bis heute immer wieder neue Blüten.

Konträr dazu steht die Position der Rätekommunisten, die jeden Gedanken an eine »besondere Rolle« von linken Aktivisten in Klassenkämpfen, an eine »Intervention von außen« ablehnen. Ihre eigene Rolle sehen sie allein darin, den Arbeitern Informationen zu Verfügung zu stellen.

Die Kritik der Schule der Klassenzusammensetzung am bürgerlichen Subjektbegriff lässt sich in der Formulierung zusammenfassen: Die einzige materielle Grundlage, von der aus man von Subjekt sprechen kann, ist die Klassenzusammensetzung. D.h. es geht um ein kollektives Subjekt, das sich unter den Bedingungen einer bestimmten Produktionsweise im Kampf gegen das Kapitalverhältnis konstituiert. Eine materialistische Analyse des Subjektes muss über die Analyse der Klassenzusammensetzung gehen. Wer die Gesellschaft revolutionär verändern will, muss sich zu ihr in Beziehung setzen.

Operaismus: von der Methode zur Theorie zur Philosophie

Der Begriff *Klassenzusammensetzung* wurde in den ersten Arbeiteruntersuchungen in Turin entwickelt. Ziel war es, mit den ArbeiterInnen zusammen die Bedingungen in der Fabrik, die Verhaltensweisen und die politische Subjektivität der ArbeiterInnen im jeweiligen historischen Moment zu erfassen. Dafür gab es anfangs noch keine Kategorien außer denen der Soziologie, die kritisiert

oder umgedreht werden mussten. Im Lauf der Zeit wurde eine sehr präzise neue Begrifflichkeit entwickelt, die nicht bei der Bestandsaufnahme stehenbleibt, sondern im Moment des Kampfes dialektisch umgedreht werden kann. *Klassenzusammensetzung* wurde der zentrale Begriff, der nicht nur für die Analyse, sondern später auch in der Agitation eine wichtige Rolle spielte. So nahm er ganz unterschiedliche Bedeutungen an, je nachdem, welches Adjektiv hinzugefügt wird oder wer ihn verwendet. Es lassen sich drei Ebenen unterscheiden.

Zunächst wurde damit die soziale Klassenstruktur oder auch die »technische Zusammensetzung« der Klasse bezeichnet. Das ist keine Soziologie, sondern darin steckt die These, dass einer bestimmten »technischen« oder »organischen Zusammensetzung« des Kapitals eine bestimmte »technische Zusammensetzung der Klasse« entspricht, was z.B. Qualifikation, Herkunft und Altersstruktur betrifft. Das bezieht sich zum einen auf die Maschinerie und die Arbeitsorganisation im Betrieb - ob sie etwa eine bestimmte Qualifikation (Metallfacharbeiter) erfordert oder aber auch von Bauern bedient werden kann, je nachdem, welche Arbeiterschichten neu in die Fabrik rekrutiert werden sollen. Die *Quaderni Rossi* - die Zeitschrift um die sich das Turiner Untersuchungsprojekt gruppierte - gingen aber nicht vom Einzelbetrieb und seinem Produktionsprozess aus, sondern stellten immer den Zusammenhang zum Verwertungsprozess und zum »kapitalistischen Plan« her. Untersucht wurde die Kooperation der ArbeiterInnen in der konkreten Arbeit, aber der Blick erfasste auch die Reproduktion dieser Klassenzusammensetzung, die Familie, die Wohnung, die Freizeit und wie die Arbeiter sich selbst sahen - in der damaligen Sprache »in Bezug auf die Einheit von Fabrik, Gesellschaft und Staat«. Während die »technische Zusammensetzung der Klasse« genau den Ausschnitt der Klasse erfassen will, auf den das Kapital den Akkumulationsprozess zu stützen versucht, definiert die »politische Zusammensetzung der Klasse« den materiell bestimmten Charakter ihres Antagonismus: ihre Verhaltensweisen, ihre Kampfkultur. Dies ist nur ausgehend von den Kämpfen möglich.

Die zweite Bedeutung des Begriffs »Klassenzusammensetzung« oder auch »Neuzusammensetzung« meinte die Antizipation von Entwicklungen und Kämpfen, Organisation und »politische Füh-

rung«. Aus der unerwartet starken Beteiligung der ungelerten »Massenarbeiter« an den Streikbewegungen Anfang der sechziger Jahre in Turin und ihren radikaleren Kampfformen schloss man auf einen »autonomen Willen« der Bewegung zur »Neuzusammensetzung, als Bedürfnis des politischen Willens zur Vereinheitlichung«. Der Ausdruck »Klassenzusammensetzung des Massenarbeiters« enthält die politische These, dass die Massenarbeiterkämpfe in jener Periode die politische Hegemonie über die gesamte Klasse annehmen.

Die dritte Ebene, auf die der Begriff angewendet wurde, war die politische Vereinheitlichung der Klasse, die Überwindung von Atomisierung der Arbeiter und von inneren Spaltungen: die »Neuzusammensetzung«. Diese Aufgabe wies man damals »der Partei« zu. Wer in den siebziger Jahren den Begriff »Klassenzusammensetzung« in die Diskussion warf, meinte ein Avantgarde-Konzept. Denn *Operaismo* oder »Arbeiterwissenschaft«, bedeutet zwar »von der Arbeiterseite ausgehen«, aber man meinte damit nicht die »Selbstorganisation« der Arbeiter. Träger der Arbeiterwissenschaft ist der Intellektuelle oder die Partei, auch wenn ihr nur die Aufgabe der Taktik zugewiesen wurde, während man die »Strategie« in der Klasse sah.

Negris »Klassenzusammensetzung des gesellschaftlichen Arbeiters« war die politische Antizipation einer erwarteten Entwicklung des Klassenkampfes durch bewaffnete Aktionen. Damit hatte der Operaismus seinen materiellen Bezugspunkt verlassen. Der Begriff Klassenzusammensetzung wurde wie ein Universalschlüssel verwendet, mit dem jede Situation erklärt und umgedreht werden konnte, ganz wie es der dialektische Marxismus früher praktiziert hatte.

Bei diesen Auseinandersetzungen handelte es sich nie um reine »Theorie«, sondern um ein praktisch-politisches Verhältnis zur Arbeiterklasse, um in den Klassenkampf eingreifen zu können. Über den Charakter dieses Eingreifens gab es schon in den ersten Jahren harte Auseinandersetzungen. Das Schwanken zwischen einem Konzept von Arbeiterautonomie, das auf die Selbsttätigkeit der Klasse unabhängig von Parteien und Gewerkschaften setzte, und dem Rekurs auf ein avantgardistisches Organisationskonzept (sei es als Entrismus in die KP oder als kadermässig organisierte neue Partei) kennzeichnete die Strömung von Anfang an.

Trotzdem war die Gruppe um die Zeitschrift *Quaderni Rossi* Anfang der 60er Jahre in der Lage, durch eine sehr präzise Auseinandersetzung mit der damaligen Arbeitsorganisation in der Fabrik, mit den Verhaltensweisen der ArbeiterInnen und der kapitalistischen Verwertung eine kritische Analyse auf der Höhe der Zeit zu leisten. Und sie versuchte, ihre direkten Beobachtungen über den Charakter des Arbeiterkampfes in eine politische Lektüre der Marxschen Schriften einzubringen, um so den orthodoxen Marxismus zu überwinden. Aus dieser Marx-Lektüre entstanden wichtige Analysen über den kapitalistischen Charakter der Maschinerie und die moderne Fabrik als Despotismus des Kapitals.

In vielen Diskussionsansätzen gingen diese frühen Operaisten weit über ihre Zeit hinaus, versuchten Entwicklungen vorwegzunehmen, wie die Wandlung der Fabrikstadt zur »Fabrikgesellschaft« oder die Einbeziehung des gesamten Territoriums in den kapitalistischen Verwertungszyklus. Sie analysierten die sogenannte Tertiarisierung der Produktion als umfassende Proletarisierung. Aus diesen Analysen wurden unterschiedliche Schlüsse gezogen. Während Tronti allein die Fabrik als das Kampfterrain der Arbeiterklasse bestimmte, dem sich alle anderen Kämpfe in der Gesellschaft unterzuordnen hatten, hatte Panzieri ein viel traditionelleres Verständnis einer Verbindung zwischen Arbeiterklasse und anderen gesellschaftlichen Kämpfen. Während die eher libertäre Komponente der Gruppe sich nur als »Briefträger der Arbeiter« und Unterstützer ihrer Kämpfe sah, betrieb eine andere Komponente den Aufbau einer neuen Partei oder wollte die KPI erneuern.

Dass die Revolten in den Fabriken Italiens so heftig waren, hatte mit der besonderen Situation in Italien Mitte der sechziger Jahre zu tun: ein in der Krise steckendes Kapital, basierend auf Automobil- und Leichtindustrie, das seinen neuen Akkumulationszyklus ohne neue Investitionen in Maschinerie alleine aus der intensivierten Ausbeutung der ArbeiterInnen zustandebringen wollte; der Aufeinanderprall von Proletariern aus dem bäuerlichen Süden mit der Fabrikdisziplin, rassistischen Vorgesetzten, despotischen Unternehmern und Gewerkschaften, die sie nicht ernst nahmen. Aus all diesen Gründen nahm der Arbeiterkampf in Italien die Form einer Rebellion gegen die Fabrikarbeit an, die die alten gewerkschaftlichen Vermitt-

lungsformen überrannte. Wer in der Arbeit keinerlei positiven Inhalt entdecken kann, sie nur als Fron erlebt, kämpft direkt gegen die Arbeit. Dieser historische »Kampf gegen die Arbeit« wird entpolitisiert, wenn wir ihn als naturgegebene Arbeitsverweigerung verstehen.

Die Partei *Potere Operaio* sah 1969 im Kampf für mehr Lohn das Zusammenfallen von ökonomischem und politischem Kampf: wenn die Arbeiter immer mehr Lohn fordern, treiben sie damit die Mehrwertproduktion in die Krise. Dem »politischen Lohn« steht keine Gegenleistung in Form von Arbeit gegenüber, er ist lediglich eine Machtfrage. Die historische Erfahrung, dass die Arbeiter 1969-1973 weiterkämpften, auch als das Kapital in der Krise war, wurde als Entkoppelung des Lohns von der Kapitalreproduktion thematisiert. Aus historischen Kampferfahrungen lassen sich aber keine allgemeingültigen Aussagen ableiten. Sie führen zu Dogmatismen und einer »Philosophie der Arbeiterklasse«.

Der Kampf zweier Mächte

Der operaistischen Krisentheorie lag ursprünglich die Untersuchung historischer Krisenzyklen zugrunde, in denen man den Zusammenhang zwischen Arbeiterkampf und Krise des Kapitalismus herstellen konnte. Sie haben die Krise seit Mitte der sechziger Jahre richtigerweise als von Arbeiterkämpfen hervorgebracht analysiert, daraus dann aber einen historischen Allgemeinplatz gemacht. Weil er alles nach diesem Schema zu erklären versuchte, erstarrte der Operaismus in den siebziger Jahren in dieser schlechten Dialektik: Angriff der Arbeiter, Gegenangriff des Kapitals, Restrukturierung und Klassenneuzusammensetzung. Diese Sichtweise des Klassenkampfes als Ping-Pong-Spiel zieht sich durch den Operaismus von Anfang der siebziger Jahre über den amerikanischen Operaismus à la *Zero work* bis hin zum »Empire«, das vom »Gegenempire« bekämpft wird.

Bis 1973 war es einfach, die Welt nach diesem Schema zu interpretieren. Mit dem drastischen Rückgang offener Arbeiterkämpfe in den Jahren danach wurde dies immer schwieriger. Viele *Wildcat*-Editorials aus den achtziger Jahren sind Zeugnis solcher Bemühungen, aus den Reaktionen der Kapitaleseite auf einen untergründigen Klassenkampf zu schließen. Um »der Klasse« weiterhin die Offensive zuzuweisen und die Angriffe des

Kapitals als Reaktion darauf zu interpretieren, wurden die »untergründigen Kämpfe« und die »antagonistischen Verhaltensweisen« bemüht: die Verweigerung der Arbeit, der Absentismus, die Flucht aus der Fabrik, die Flucht in Selbständigkeit und Schwarzarbeit.

All diese Haltungen machen den Kapitalisten das Leben schwer und die Ausbeutung teuer. Aber wenn wir alles auf einer Ebene sehen, verschwimmt völlig, was der Charakter von »Kämpfen« ist. Der tägliche Kleinkrieg, die gewerkschaftliche Tarifaueinandersetzung, die beharrliche Weigerung, für weniger als einen bestimmten Lohn zu arbeiten, sind etwas anderes als das Herausreten aus dem Alltag, der kollektive Bruch mit herrschenden Regeln.

Die Sichtweise des Klassenkampfes als Kampf zweier unabhängiger Mächte, die sich völlig fremd gegenüberstehen, führt zu zwei falschen Schlussfolgerungen, die sich nur auf den ersten Augenschein diametral widersprechen. Auf der einen Seite wird das revolutionäre Subjekt völlig außerhalb der kapitalistischen Verwertung gesucht, romantisch verklärt in seiner revolutionären Unmittelbarkeit gegenüber der maschinenförmigen Logik des Kapitals. Auf der anderen Seite leiten sich daraus Formulierungen ab wie »Patt im Klassenkampf« oder »Klassendeal«, eine Hilfskonstruktion v.a. der amerikanischen Operaisten, um sich Stagnationsphasen im Klassenkampf damit zu erklären, dass die Klasse mit dem Kapital quasi ein Geschäft abschließt, in dem sie mehr Einkommen gegen Wohlverhalten eintauscht.

Aber Kapital und Arbeit existieren nicht unabhängig voneinander in getrennten Sphären. Das Kapital wird täglich von der Arbeiterklasse produziert, es existiert nicht ohne sie. Die Produktion des Kapitals ist auch die Reproduktion der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist Teil des Kapitals.

Arbeiteruntersuchung als Alternative zum Konzept Klassenbewusstsein

Der Operaismus ist seit mehr als 20 Jahren Geschichte, daran lässt sich nicht bruchlos anknüpfen. Die Diskussionen sind inzwischen sowohl über das (rätekommunistische) Briefträger- als auch über das (leninistische) Avantgardekonzept hinausgegangen. Aber für eine militante Untersuchung auf der Höhe der Zeit ist das Konzept »Klassenzusammensetzung« immer noch am besten geeignet.

Kapitel 9

Die Klasse lässt sich nicht am Schreibtisch per Definition festlegen. Und das revolutionäre Subjekt findet sich nicht in moralischen Projektionen.

Die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Europa hat sich seit 1960 stark verändert. Durch die Wanderungsbewegungen findet eine ungeheuer beschleunigte Neuzusammensetzung statt, die von vielen internen Kämpfen gekennzeichnet ist - was auch vor 40 Jahren nicht anders war, als Westdeutschland zum »Mittelmeerland« wurde. Gleichzeitig wissen die ArbeiterInnen viel mehr über die Welt, als man sich das vor vierzig Jahren vorstellen konnte. Sie haben eine völlig andere Bildung, sind mehrsprachig, können kommunizieren, kennen andere Länder. Sie brauchen für viele Dinge keine Gewerkschaft, keine Parteiführer und keine Intellektuellen (mehr), sondern sind in der Lage, sich selbst zu organisieren.

Deshalb kann man nicht ewig und unhistorisch operaistische Thesen fortschreiben (wie z.B. die Arbeitsverweigerung der Massenarbeiter).

Heute gibt es wieder eine ganze Reihe von Untersuchungen, aber den meisten fehlt eine produktive Verzahnung von theoretischer Durchdringung, empirischer Erhebung und politischer Praxis, wie sie für die frühen *Quaderni Rossi* typisch war. Auf der einen Seite gibt es Untersuchungen, die vor allem die bereits existierenden eigenen Thesen untermauern sollen, wo vorher schon klar ist, was rauskommt. Oft sind solche »Selbstuntersuchungen« eher eine Identitätssuche, die Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeitssituation, um sich dann zum Beispiel als »Cognitariat« bezeichnen zu können. Auf der anderen Seite gibt es Gruppen, die partiell recht gute Untersuchungen machen, aber eine aufgeblasene Theorie daneben stellen, wo beides sich nicht aufeinander bezieht.

Wie können wir es vielleicht besser machen?

10. Autonomia - Autonomie

Karl Heinz Roth (*27. Mai 1942 in Wertheim am Main) engagierte sich nach dem Zerfall des SDS [Sozialistischer Deutscher Studentenbund] im Internationalismusreferat des AStA der Universität Hamburg und in der daraus hervorgegangenen Trikont-Gruppe. Später ging aus dem Teil dieser Organisation, zu dem auch Roth gehörte, die Proletarische Front-Gruppe Westdeutscher Kommunisten hervor, welche von dem politischen Ansatz der italienischen operaistischen Gruppe Potere Operaio inspiriert war und gemeinsam mit anderen operaistischen Gruppen die Publikationen *Wir Wollen Alles!* und *Autonomie - Materialien gegen die Fabrikgesellschaft* herausbrachte, zu beiden steuerte Roth Artikel bei. Daneben arbeitete er in einem Kölner Krankenhaus.

(Wikipedia)

[Hier wird nun direkt die Strömung Autonomia-Autonomie präsentiert, weil sie teilweise in einer personellen wie auch theoretischen Kontinuität zum alten Operaismus (Kapitel 10) steht.]

La sola soluzione – la rivoluzione: Das Beispiel der italienischen Autonomia

Quellenangabe; in Feuer und Flamme, Berlin 1997; S. 40 - 48

Von der Niederlage des 'Operaio massa' zum 'Operaio sociale'

Die autonome Arbeiterbewegung konnte in Italien jedoch in der Folge durch eine veränderte Politik der Gewerkschaften wieder in die herkömmlichen Formen der Gewerkschaftsarbeit integriert werden. Viele Basiskomitees wurden als untere Ebene in die Gewerkschaftsstrukturen übernommen. Das ist u.a. darauf zurückzuführen, daß sich mit der Ausweitung der Bewegung im »Heißen Herbst 1969« zugleich auch das Problem der Führung dieser Massenaktionen stellte, das durch die Politik der autonomen Arbeiterkerne nicht beantwortet werden konnte. Diesen offenen Raum nutzten die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung für ihre Politik. Im Jahre 1970 mobilisierte die KPI unter der Parole: »Vom Kampf in den Betrieben zum Kampf für die Reformen«. Zwar gab es auch weiterhin in den norditalienischen Fabriken harte Auseinandersetzungen, die militanten Arbeiterkämpfe hatten jedoch ihren politischen Höhepunkt überschritten. Mit der von der herrschenden Klasse gesteuerten »Strategie der Spannung« wurde mit Hilfe von Geheimdienstaktionen, die der autonomen Linken in die Schuhe geschoben wurden, im Land ein reaktionäres Klima erzeugt: So wurde Ende des Jahres '69 inmitten des Zentrums von Mailand in einer Bank eine Bombe gezündet, durch die 16 Menschen starben. Diese Strategie diente dazu, die vielfältigen politischen und sozialen Widersprüche von Teilen der italienischen Gesellschaft, wie z.B. die Arbeitslosen Süditaliens, die Kleinbauern, das Landproletariat sowie die städtischen Mittelschichten, gegen die revolutionäre Bewegung von 68/69 auszuspielen.

Trotz des »Roll backs« der Reaktion konnte die autonome Arbeiterbewegung noch Teile der Produktionsabläufe in den Großfabriken kontrollieren.

Dagegen richtete sich seitens der Kapitalisten in den Folgejahren eine gezielte Strategie der Dezentralisierung der Fabrikproduktion, die die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der autonomen Arbeiterbewegung unterlief.

Im Jahre 1973 löste sich mit »Potere Operaio« die größte der linksradikalen Gruppierungen der militanten Arbeiterkämpfe aus den 60er Jahren auf, da sie mit ihren bislang praktizierten Organisations- und Aktionsformen gegen die neue Strategie des Kapitals innerhalb der Fabrik keine wirksame Antwort mehr entwickeln konnte. Bei FIAT wurde spätestens Mitte der 70er Jahre mit einer massiven Umstrukturierungswelle begonnen, gegen die sich aber innerhalb der Fabrik kein Widerstand entfaltete, da die vorbereitende Umstrukturierung außerhalb der Produktion stattfand. FIAT begann mit der beschleunigten Entwicklung von Industrierobotern, die mit einer Auslagerung sowie Diversifizierung der Produktion verbunden wurde. Durch diese Maßnahmen wurden die autonomen Arbeiter genau an der Stelle entmachtet, wo sie jahrelang stark waren an ihrer Arbeitsstelle.

Der Prozeß der Dezentralisierung und Automation der Großindustrieproduktion führte einerseits zu einer drastischen Verringerung von Arbeitsplätzen im formellen Sektor, andererseits zu einer enormen Ausweitung der Produktion in Kleinstfabriken und Heimarbeitsstätten. Diese Tendenz wurde von operaistischen Theoretikern wie z.B. Negri unter den Begriff »Fabbrica diffusa« gefaßt. Er versucht eine ökonomische Entwicklung im Italien der 70er Jahre zu beschreiben, die einhergeht mit einer starken Ausweitung eines »marginalen Proletariats«. Dieses fiel in seiner ökonomischen und politischen Bedeutung besonders in Italien ins Gewicht: Ende der 70er Jahre wurde das marginale Proletariat auf ca. neun Millionen Menschen geschätzt. Darunter sind hauptsächlich Jugendliche, Alte und Kranke zu verstehen, die durch die Dezentralisierung der Großindustrieproduktion aus stabilen Beschäftigungsverhältnissen gedrängt wurden und entweder ständig ungesichert beschäftigt oder arbeitslos und damit auf staatliche Unterstützung angewiesen waren. Hinzu kommen noch zehntausende von Studenten und Akademikern, die nach dem Bildungsboom in den 60er Jahren auf einen Arbeitsmarkt stießen, der in den entsprechenden Sektoren z.B. in der staatlichen Bürokratie schon lange an seine Grenzen gestoßen und für die Universitätsabsolventen geschlossen war.

Jener Flügel der operaistischen Theorie, der weiterhin auf eine revolutionäre Organisation jenseits aller bestehenden Organisationen drängte, verschob seinen Ansatz vom »Operaio massa« des Massenarbeiters als bestimmende soziale Figur der Klassenkämpfe in den 60er Jahren hin zur sozialen Figur des »Operaio sociale«, dem gesellschaftlichen Arbeiter. In diesem theoretischen Ansatz wird der Kampf von der Fabrik (aus der Produktion) in die Gesellschaft ausgeweitet. Damit reagiert der Ansatz des »Operaio sociale« sowohl auf die Zerstreuung der Produktion in den Regionen als auch auf die Revolte der Frauen und die Bewegung der Jugendlichen.

Entstehung und Zerfall der 77er Autonomia-Bewegung

Im Jahre 1977 entwickelte sich eine zweite massenhafte Bewegung der Autonomia. Sie bezog sich jedoch in ihren Subjekten nicht mehr auf die Fabrikarbeiter, sondern auf das marginale Proletariat von Studenten, jugendlichen Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und alten politischen Kernen der Autonomia aus den 60er Jahren. Im Unterschied zur »alten« autonomen Klassenbewegung, die auf einen Bruch zwischen der Basis der traditionellen Arbeiterorganisationen zu deren Führung abzielte, war diese Bewegung zugleich strikt antiinstitutionell und antikommunistisch gegen die Politik der PCI gerichtet. Die neue Bewegung drückte sich im Jahre 1977 in einer ungeheuren Intensität von kreativen und militanten Formen des Protests und Widerstands gegen den Staat aus. Zentren der Revolte waren die Universitäten und die norditalienischen Großstädte. Die Bewegung bestand im wesentlichen aus zwei Strömungen: Ein Zweig war die »Autonomia creativa«, sozusagen die Spontis, die gegen die herkömmlichen Formen der Machtkämpfe mit dem Staat waren und konventionelle Organisationsstrukturen sowie kontinuierliche politische Arbeit ablehnten und den Straßenkampf mehr als Happening denn als politische Aktion begriffen. Daneben existierten auch weiterhin die Gruppen der »Autonomia operaia«, die versuchten, die verschiedenen Teile der Bewegung zu organisieren, um die spontane Revolte zu einem kontinuierlichen Angriff auf das kapitalistische System umzuwandeln.

Innerhalb der »Autonomia creativa« fanden sich vor allem zwei wesentliche Ausdrucksformen: die »Circoli del proletario giovanile« und die »Indiani

Metropolitani«. Erstere entwickelten sich seit 1975 als spontane und lockere Organisation von Jugendlichen in den am meisten von der ökonomischen Marginalisierung betroffenen Vororten der Großstädte. Sie propagierten die Politik der unmittelbaren Wiederaneignung des eigenen Lebens (Politica di riappropriazione), die im scharfen Widerspruch zu der von der PCI damals unterstützten Austeritätspolitik, des Programms der moralischen Strenge und des ökonomischen Verzichts, stand. Dagegen setzten die »Circoli« ihre eigene Praxis, die u.a. darin bestand, massenhaft in Supermärkten »proletarisch« einzukaufen, d.h. zu plündern, Jugendzentren als kollektiven Treffpunkt zu besetzen, die Zerstörung der eigenen sozialen Strukturen durch Heroinkonsum zu bekämpfen, indem man Heroindealer überfiel und verprügelte, sich den kostenlosen Eintritt zu Musikkonzerten zu verschaffen, sowie umsonst die öffentlichen Verkehrsmittel und Kinos zu benutzen. Über das Selbstverständnis der »Circoli« nachfolgend ein Zitat aus dem »Communiqué 1« zur Stürmung des Umbria Jazz Festivals im Sommer 1975:

»Die Waffe der Musik kann die Musik der Waffen nicht ersetzen. Umbria Jazz. Die Musik als Spektakel ist der Versuch, jedes Moment der Kollektivierung auf Frei/Zeit zu reduzieren. Zwischen den Organisatoren des Konzerts und den Massen der proletarischen Jugendlichen gibt es einen objektiven Widerspruch; das ist nicht einfach eine Frage der Leitung, es geht nicht nur darum, wer an der Musik verdient. Das Problem ist nicht, selbstverwaltete Konzerte zu machen. Das Problem ist, daß uns das Konzert die Musik als Spektakel vorsetzt, wie uns die ritualisierten Demos und Kundgebungen die Politik als Spektakel vorsetzen. Wir müssen uns in jedem Fall auf Zuschauer, auf Publikum reduzieren.

In diesen Momenten der Konzentration dagegen können Spannungen explodieren, die die Bedürfnisse und Potenzen des jugendlichen Proletariats repräsentieren« (A/traverso, Juni '75).

Aus den Reihen dieser Autonomiaströmung wird im Dezember 1976 auch der Sturm von mehreren tausend proletarischen Jugendlichen auf die Mailänder Scala organisiert, der mit einer Plünderung von Luxusgeschäften in der Innenstadt endet.

Die »Indiani Metropolitani« wirkten hauptsächlich im Umkreis der Universitätsstädte und drückten in ihren Gesten ihre Verbundenheit mit »Naturvöl-

kern« als radikale Negation der großstädtischen und kapitalistischen Lebensweise aus. In der Autonomiarevolte '77 waren sie vor allem die Träger der alternativen Werte (Ökologie, alternative Ernährung, sexuelle Befreiung), die jegliche instrumentelle Vernunft ablehnten und u.a. das befreiende Potential des Haschischkonsums propagierten. Aus dem »Manifest der 'Indiani Metropolitani« von Rom:

»10, 100, 1.000 Hände haben sich überall geballt, um das Kriegsbeil zu erheben! Die Zeit der Sonne und der tausend Farben ist angebrochen ... Es ist die Zeit, daß das Volk der Menschen in die grünen Täler hinabsteigt, um sich die Welt zurückzuholen, die ihm gehört. Die Truppen der Bleichgesichter mit ihren blauen Jacken haben all das zerstört, was einst Leben war, sie haben mit Stahl und Beton den Atem der Natur erstickt. Sie haben eine Wüste des Todes geschaffen und haben sie 'Fortschritt' genannt.

Aber das Volk der Menschen hat zurückgefunden zu sich selbst, zu seiner Kraft, seiner Freude und zu seinem Willen zu siegen, und lauter denn je schreit es mit Freude und Verzweiflung, mit Liebe und Haß: Krieg!!!« (»Lotta Continua«, 1.3.1977).

Die »Autonomia creativa« fand zu jener Zeit ihren reichhaltigen Ausdruck in hunderten von alternativen Presseorganen und über 50 linksradikalen Radiostationen, von denen »Radio Alice« in Bologna das bekannteste wurde. Es gab eine Vielfalt von Wandmalereien, Straßentheatern und Massenfestivals. Zentraler politischer Inhalt dieser Strömung ist die Politik der Freiräume, in denen die alltäglichen Bedürfnisse politisiert und in kollektiven und selbstbestimmten Formen ausgelebt werden. Insbesondere die Figur des »Stadtindianers« wird 1977 in der bundesdeutschen Spontiszene begeistert aufgenommen.

Demgegenüber versucht der andere Hauptstrang der 77er-Bewegung, die »Autonomia operaia organizzata«, weniger die Flucht aus dem System als vielmehr dessen bedingungslose Zerstörung zu praktizieren. Sie setzte sich aus einer Vielzahl von locker koordinierten Komitees, Zirkeln und Kollektiven zusammen, in denen auch die Reste der verschiedenen 69er-Basiskomitees aus den italienischen Fabriken mitarbeiteten, so z.B. auch viele Mitglieder von »Potere operaio«, die sich im Jahre 1973 in die Bewegung außerhalb der Fabriken aufgelöst hatten.

Im Frühjahr 1977 explodierte die neue Bewegung in einem ungeahnten Ausmaß: Ausgelöst durch die Abschaffung einiger Feiertage sowie durch ein geplantes Gesetz zur Universitätsreform, begannen Studenten in Palermo, Catania und Neapel mit Universitätsbesetzungen. Die Bewegung breitete sich schnell über ganz Italien aus. Nach einem bewaffneten faschistischen Überfall auf eine Vollversammlung der Universität in Rom am 1. Februar kam es am Tag danach zu einer Demonstration von tausenden von Studenten, die von den Bullen mit Pistolen und Maschinengewehren angegriffen wurde. Erstmals machten dabei auch Demonstranten von der Schußwaffe Gebrauch. Bei den folgenden militanten Autonomedemonstrationen kam es in Italien immer häufiger zur Anwendung von Schußwaffen seitens der Demonstranten; die »P 38« wurde zu einem Erkennungsmerkmal der Bewegung. Nach der Demonstration in Rom wurde die Universität von den Studenten besetzt. Dort kam es auch am 17. Februar zu einem Ereignis, das symbolisch den Bruch zwischen der organisierten Arbeiterklasse und der 77er-Bewegung der italienischen Autonomia demonstrierte: Bei dem Versuch des Vorsitzenden der kommunistischen Gewerkschaft, Lama, in der Universität eine Rede zu den Problemen der Studenten zu halten, wird dieser von vier- bis fünftausend StudentInnen und Jugendlichen empfangen, die sein Ebenbild als große Puppe schwenken und ihn mit Spottversen überhäufen. Zwischen dem herbeigekarrten gewerkschaftlich-kommunistischen Ordnungsdienst und den StudentInnen kam es dabei während der Rede Lamas zu Schlägereien, als dieser an die Adresse der Studenten die klassischen Angriffe der »Wohlfahrtsideologie« und des »Parasitismus auf Kosten der produktiven Arbeit« richtete, die angesichts der realen sozialen Situation der Studenten von diesen als glatter Hohn empfunden wurden. Den autonomen Studenten gelang es im Laufe einer Massenprügelei, den »superbonzo« Lama vom Universitätsgelände zu vertreiben, was von ihnen als »la Piazza Statuto dell'operaio sociale« gefeiert wurde.

In der Folgezeit überstürzten sich die Ereignisse. Nachdem es in Bologna, in der Musterstadt einer kommunistischen Kommunalverwaltung, schon den ganzen Winter zu Hausbesetzungen, Plünderungen von Restaurants, Besetzungen von Kinos usw. gekommen war, eskalierte die Situation am 11. März. Während eines Bulleneinsatzes auf dem Unicampus wurde ein Autonomer erschossen. Dar-

aufhin kam es zu tagelangen schweren Straßenschlachten, in deren Verlauf eine Waffenhandlung geplündert wurde. Es gelang den StudentInnen in der verwinkelten Altstadt Bolognas mit Barrikaden drei Tage lang ein bullenfreies Gebiet zu halten, bevor das Gelände mit Militäreinheiten geräumt werden konnte.

Am 12. März kam es in Rom zu einer Demonstration von über 50.000 Menschen gegen die Verurteilung eines Anarchisten. Diese Demonstration eskalierte in eine der größten Straßenschlachten, die die italienische Hauptstadt jemals erlebt hatte. Dabei praktizierten Gruppen aus dem Strang der »Autonomia operaia organizzata« das von ihnen zuvor propagierte »neue Niveau der Auseinandersetzung«, die bewaffnete Aktion. Während der Demonstration wurden zwei Waffengeschäfte geplündert, unzählige Geschäfte, Cafés und Hotels verwüstet, hunderte von Autos und viele Busse umgestürzt und verbrannt. Büros und Zeitungen der regierenden Christdemokratischen Partei (DC) wurden mit Benzinbomben angegriffen. Der Ablauf dieser Demonstration markierte jedoch einen Wendepunkt in der weiteren Entwicklung der italienischen Autonomia. Viele DemonstrationsteilnehmerInnen fühlten sich durch die Dimension der Militanz überrumpelt und funktionalisiert, dies umso mehr, als der Großteil von ihnen dem militärischen Auftreten der Polizei und deren Racheaktionen nach Ende der Demonstration relativ unvorbereitet und hilflos gegenüberstand.

Die Entwicklung spitzte sich schließlich am 14. Mai bei einer Demonstration in Mailand zu. Gruppen von mit Knarren bewaffneten Jugendlichen griffen die Bullen an und töteten einen. Die Ereignisse führen zu einer verschärften Isolation der organisierten »Autonomia operaia« innerhalb der italienischen Linken. Mit einer zunehmenden Entsolidarisierung und einer massiven staatlichen Repression ging zugleich ein Zerfall des kreativen Strangs der Autonomia einher, der sich, durch staatliche Zugeständnisse begünstigt, in die Drogensubkultur der Großstädte, auf das Land oder in die Radikale Partei (in etwa vergleichbar mit den Grünen) zurückzog. Unter maßgeblicher Mithilfe der PCI, die in ihren Zeitungen die Namen von »Rädelsführern« der Autonomia abdruckte, wurden bis zum Sommer 1977 über 300 Autonome vom italienischen Staat in den Knast gesteckt, »Radio Alice« in Bologna wurde verboten und dessen Sendeeinrichtungen beschlagnahmt. Die staatliche Repression richtete sich gezielt gegen die

Strukturen der Bewegung, wie z.B. Buchläden, Verlage, Zeitungsredaktionen usw. Vorwand aller Maßnahmen war die Konstruktion einer »subversiven Vereinigung«, die ein Komplott gegen den italienischen Staat vorbereitet haben sollte.

Weite Teile der Aktivisten aus dem Umfeld der »Autonomia operaia« versuchten, den Zerfall der Bewegung durch eine Steigerung der klandestinen Massengewalt (»Guerilla diffusa«) aufzuhalten und sahen nur noch in der militärischen Konfrontation mit dem Staatsapparat die Möglichkeit zur Entfaltung eines revolutionären Prozesses. »Ganze Vollversammlungen gehen in den Untergrund.« Diese Linie konnte jedoch die schwindende soziale Verankerung der politischen Bewegungen nicht mehr ersetzen. Am 7. April 1979 kam es schließlich zu hunderten von Verhaftungen (darunter auch Negri) gegen die »Autonomia operaia«. Von den 4.000 politischen Gefangenen des Jahres 1981 in Italien gehörten weit über 1.000 dieser Gruppierung an. Die Ereignisse vom 7. April 1979 wurden so zu einer strategischen Niederlage der italienischen »Autonomia operaia«, von der sie sich in den 80er Jahren nicht wieder erholt hat.

[...]

[Im folgenden Text wird auf die theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der operaistischen Szene der BRD mitte der 70er Jahre eingegangen]

Vom Operaismus zur Autonomie

Quellenangabe; in ...und es begann die Zeit der Autonomie, Hamburg 1993; S. 57 - 61

Seit 1974 setzte innerhalb der operaistischen Szene ein Prozeß der theoretischen (und praktisch-organisatorischen) Umorientierung ein. Vorausgegangen waren die gescheiterten organisatorischen Versuche (der Proletarischen Front, Hamburg, der Arbeitersache, München und des Revolutionären Kampfs, Frankfurt), eine Verbindung zu den Bewegungen an der Basis des Proletariats herzustellen. Auch in Italien, wo die Klassenkämpfe umfangreicher und stärker entwickelt waren und die operaistischen Gruppen einen größeren Einfluß ausübten, wurde über Neuorientierung diskutiert. Es wurde überfällig, sich den veränderten Bedingungen zu stellen. Die Gruppen um „Potere Operaio“ und „Lotta Continua“ hatten sich aufgelöst, was auf eine starke Repression von Seiten des Staates zurückzuführen war und den Organisatio-

nen der traditionellen Arbeiterbewegung einen Terraingewinn einbrachte.

Der ‚technologische Angriff‘ als Reaktion auf den Kampfzyklus der Massenarbeiter

Wir wollen uns in erster Linie mit den Diskussionen der Autonomie-Redaktion auseinandersetzen. KHR hat die Notwendigkeit, einen veränderten Organisationsansatz zu entwickeln, sehr früh erkannt und eingefordert. 1974 stellt er auf einem ‚Krisenseminar‘ in München die Frage, ‚was der Inhalt des neuen, aktuellen Krisenzyklus sei?‘ Angelehnt an die Überlegungen von Potere Operaio aus Italien hält er fest: „(...) das Kapital arbeite an einer Strategie der Requalifizierung der Arbeitskraft, d. h. an einer partiellen Zurücknahme der dequalifizierten Arbeitskraft, weil das Kapital in seinen zentralen zu dem Ergebnis gekommen ist, dass der dequalifizierte Massenarbeiter auf die bewusste Entfremdung vom Arbeitsprozeß (...) durch den entwickelten Taylorismus mit einer sich (...) verschärfenden Arbeitsverweigerung geantwortet hat. Und dieses ‚Phänomen‘ soll durch eine Requalifizierung beantwortet werden“. Propagandistisch verpackt werden diese technologischen Umwälzungen in der Diskussion um die ‚Humanisierung der Arbeit‘. Dieser Prozeß zielt auf eine „Neuzusammensetzung der Arbeitskraft, der Zersplitterung der Arbeiterklasse und damit (auf die) Zerschlagung der neuen Kampfformen (der Massenarbeiter) auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses“ ab. Die starre Struktur des Fließbandsystems sollte – zumindest partiell – aufgehoben werden. Dazu musste das bisher vorherrschende tayloristische Montageverfahren verändert werden. Es entstehen (neue) „Systeme homogener Gruppen“ von Einzelarbeitsplätzen und „loser Verkettung“, wobei das Fließband als ein System fest verketteter Arbeitsplätze, das den Arbeitstakt zwingend vorgibt, verschwindet. Neben den Veränderungen im unmittelbaren Arbeitsprozeß erfolgte die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in der BRD noch durch „die massive Strategie des Kapitalexports“ in Länder mit Arbeiterklassen, die bereit sind, den Taylorismus als Fortschritt hinzunehmen. Das zeigt auch „die Tatsache, dass in der BRD seit einigen Monaten keine ausländischen Arbeitskräfte mehr importiert werden ...“.

15 Jahre später differenziert KHR den damaligen ‚umfassenden Angriff‘ als einen, der aus 4 Ele-

menten besteht: 1. dem demographischen Angriff; 2. dem sozialpolitischen Angriff; 3. dem technologischen Angriff und schließlich 4. dem arbeitsmarktpolitischen Angriff.

Der ‚Schiffbruch‘

Entgegen dem eigenen Anspruch gelang es den bundesdeutschen operaistischen Gruppen nicht, sich wirksam innerhalb der Klasse zu integrieren. Tragischer Ausdruck dieser Schwäche ist die unerwartete Auflösung einiger operaistischer Gruppen noch vor dem Streik bei Ford im August 1973. Selbstkritisch wurde bemängelt, dass die Praxis „oft von außen an die Klasse herangetragen wurde, so jedenfalls Thomas Schmid in der Autonomie Nr.5, „dass wir ein interventionistisches und oft auch ein propagandistisches Verhältnis dazu hatten, dass wir die Arbeiterautonomie vorantreiben wollten, ohne das Problem unserer eigenen Autonomie, unserer eigenen Bedürfnisse, unserer eigenen Existenz angegangen zu haben. Und auch die italienische Erfahrung zeigt ähnliches: auch hier sind die autonomen Organisationsansätze der realen Entwicklung von Autonomie nicht gerecht geworden.“

Als überholt und zentral für das Scheitern des operaistischen Ansatzes wurde aber die Fixierung auf den Produktionssektor, d.h. die Fabrik betrachtet. Vor allem bei den italienischen Gruppen zeigte sich das deutlich, denn außerhalb der Fabrikto- verringerte sich ihr Einfluß schlagartig. KHR dazu: „Wir sind, glaube ich, lange vor dem Austerity-Angriff von Schmidt und Klasen (Präsident der Deutschen Bundesbank) durch einen gesamtgesellschaftlichen Gegenangriff aus dem Feld geschlagen worden, der auf den gesamten Reproduktionszyklus der Arbeitskraft zielte. (...) Insofern plädiere ich heute dafür, (...) von der damaligen verengten Position Abstand zu nehmen. Auch hier, wie vorher, nicht im Sinne des Schilderwechsels, sondern der Expansion.“ (Hervorhebungen durch uns). Der Operaismus habe zwar die Leistung erbracht, die Arbeiter als Subjekte des Klassenkampfes (wieder) zu entdecken, sei jedoch in der blossen ‚Negation der Verhältnisse‘ stecken geblieben. Angefangen hatte die Diskussion um den operaistischen oder besser: fabrikistischen Ansatz der Proletarischen Front zu einem Zeitpunkt, als KHR noch im Knast war. Nach vorhergegangener Funkstille bemühte sich die damalige Autonomie-Redaktion, seine Isolation, die des Knasts und die

innerhalb der Linken, zu durchbrechen und ihn in den aktuellen Diskussionsprozeß miteinzubeziehen. „(...) die Positionen von Karl Heinz und die, die bislang in der ‚Autonomie‘ entwickelt wurden, sind sicher nicht die gleichen. Nur: nie geführte Diskussionen und Auseinandersetzungen sollten endlich – sehr, sehr spät – beginnen. Zusätzliche Mauern, Vorurteile, Sperren und Vorverurteilungen sind da nicht gut.“

Ein Beispiel dafür, wie die Diskussion geführt wurde, ist der Briefwechsel zwischen Reinhard Rohner (Rädli) und KHR. Rädli beschreibt in der Autonomie Nr. 2 die neueren Entwicklungen in der Ökonomie als ‚Ausweitung des kapitalistischen Kommandos auf den gesamten Reproduktionszyklus‘ (Hervorhebung durch uns) und als eine ‚Tertiärisierung‘. KHR antwortete darauf: „Was in der heutigen futurologischen Soziologie unter den Kategorien ‚Tertiärisierung‘, ‚postindustrielles Zeitalter‘, ‚Expansion der Dienstleistungen‘ läuft, ist m. E. eine elegante Finte. Diese Finte verschleiert den Tatbestand, dass sich in der ‚Tertiärisierung‘ eine immer größere Proletarisierung der Massen ausdrückt“. Was verbirgt sich hinter der Begrifflichkeitsfuchserie? Das Phänomen Tertiärisierung bewegt sich auch unserer Meinung nach ausschließlich auf der Erscheinungsebene und unterstellt, dass die Existenz eines Proletariats an die (Lohn-)Arbeit im ‚(waren-)produktiven Bereich‘ gebunden ist. Damit wäre die Mehrzahl der Menschen, die gegenwärtig arbeiten, ausgeklammert.

Aus der Negation rauskommen

Auch auf strategischer Ebene werden die Defizite der operaistischen Theorie entdeckt: R. das ‚Steckenbleiben in der Negation‘, das sich in Forderungen wie ‚Kampf gegen die Arbeit‘ ausdrückt. Der Operaismus, „dem das ungeheure Verdienst zukommt, das Subjekt in der Kritik der politischen Ökonomie wieder entdeckt zu haben und mit der einzig akzeptablen historischen Ideologie (Zielgerichtetheit): dem Reich der Freiheit jenseits der Arbeit, verknüpft zu haben, hat sich auf eine negative Bestimmung beschränkt. Er musste scheitern und teilweise ohnmächtig den Rückzug gerade seiner bewussteren Anhänger in illusorische Idyllen der Armut und kooperativer Arbeitsformen bei unterentwickelter Produktivkraft mitansehen, weil es ihm nicht gelang, aus der radikalen Negation der

Arbeit den qualitativen Umschlag zur befreiten sozialen Tätigkeit der Massen zu antizipieren.“

Der verengte fabrikistische Ansatz soll zugunsten eines breiteren und gewandelten gesellschaftlichen Hintergrundes überwunden werden. Dazu ist es auch notwendig, das begriffliche Instrumentarium zu verändern. Das Ganze ist ein Versuch mit ziemlich unsicherem Ausgang, denn wenn der Massenarbeiter durch den ‚sozialen Gesamtarbeiter‘, bzw. den ‚gesellschaftlichen Arbeiter‘ ersetzt wird, verliert das politische Projekt an Schärfe.

Exkurs: Massenarbeiter und ‚gesellschaftlicher Arbeiter‘ in Italien

Die Einführung des ‚gesellschaftlichen Arbeiters‘ stellt eine Reihe von grundsätzlichen Fragen, da die formale Struktur des Operaismus nicht mehr ohne weiteres passt. Bis zu welchem Punkt war der Operaismus überhaupt je auf die BRD anzuwenden? Ist die Kategorie ‚Klassenzusammensetzung‘ zur Beschreibung einer so heterogenen Struktur, wie der ‚gesellschaftliche Arbeiter‘ sie darstellt, noch tauglich?

Im Operaismus – als materialistischem Interpretationsversuch – gelang es, die Aufeinanderfolge des vorherrschenden Typus von Arbeitern in der Geschichte der kapitalistischen Entwicklung adäquat zu beschreiben. Bei der Analyse des Arbeitsprozesses, im Sinne einer grundlegenden Beziehung der jeweils historischen Arbeiterfigur zu ihrer entsprechenden Stellung im Prozeß der Arbeitsorganisation, ihrer Denk- und Verhaltensweisen zur Arbeitsweise, hat sich gezeigt, dass sich die politischen Verhaltensweisen auf/aus der Basis der objektiven Stellung der Arbeiter im Arbeitsprozeß entwickeln/errichten. Das waren beim Facharbeiter die Räte und beim Massenarbeiter die spontane, ‚autonome‘ Revolte. Der revolutionäre Prozeß definierte sich also in Bezug auf eine konkrete, dominierende Arbeiterfigur. Der technischen Zusammensetzung der Klasse, also der „Gesamtheit der sozio-professionellen Kenntnisse und die dazugehörige Kultur der Arbeit“ entspricht eine politische Zusammensetzung, die „autonomen und klassenbewußten Verhaltensweisen und die dazugehörige Kultur der Arbeiterrebellion“. Es ist fraglich, ob der ‚gesellschaftliche Arbeiter‘ aus denselben Elementen abgeleitet ist, die den Massenarbeiter definierten, **d.h. einer definierbaren objektiven Beziehung zur Arbeitsorganisation und**

einer annähernden Homogenität von Verhaltensweisen und politischen Zielen.

Der ,technologische Angriff und der Verlust der Homogenität

Die Zerschlagung des Massenarbeiters ist Produkt des ,technologischen Angriffs', da nach dem Kampfzyklus von 1969-73 eine Restrukturierung des Arbeitsprozesses in Gang gesetzt wurde. Diese Restrukturierung wird verstanden als Strategie zur Wiederaufnahme/-erlangung des Kommandos über die Arbeit auf veränderter materieller Grundlage bei gleichzeitiger Neubestimmung der Rolle des Staates.

Der Massenarbeiter stellte auch empirisch gesehen ein Kollektiv dar, eine homogene Einheit, ein Segment der Klasse, die materiell homogenisiert wird durch ihre bestimmte Stellung zur kapitalistischen Technologie (in diesem Fall der tayloristischen Fließbandproduktion) und einem gleichartigen politischen Verhalten: der Forderung nach Lohn, der Verweigerung der Arbeit, der Sabotage. Die qualitative Veränderung stehe aber vor allem darin, dass eine Subsumption der Reproduktionssphäre, die einer gigantischen Proletarisierung gleichkommt, unter die Kapitalverwertung erfolgt sei.

Genau diese relative Homogenität in der Klassenzusammensetzung hat die politische Kraft des Massenarbeiters bedingt. Diese materiell begründete Homogenität zert mehr und mehr; die neue Klassenzusammensetzung kennt kein Kollektiv mehr, allenfalls atomisierte Individuen. Die ,Homogenität' besteht allenfalls in dem Umstand, dass alle Individuen/Subjekte ,irgendwie' innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft überleben wollen, was meistens immer noch durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft als Ware geschieht. Die Beschreibungsversuche dieser Situation einer völlig verhinderten Klassenzusammensetzung mit der Kategorie des ,gesellschaftlichen Arbeiters' sind so notwendigerweise abstrakt. Genauso abstrakt übrigens, wie sich die ,politische Zusammensetzung' des gesellschaftlichen Arbeiters nicht mehr einfach auf vereinheitlichten materiellen Arbeitsbeziehungen herstellt (herstellen lässt); sie fällt nicht mehr in einem Kollektiv zusammen. Das Überzeugende an der Massenarbeiterthese war nicht nur ihre zutreffende Analyse, sondern auch die damit verbundenen klaren Implikationen „Rein in die (Groß-) Betriebe, Arbeiter organisieren, Sabotage ma-

chen“. Jetzt ist das Aktionsfeld diffuser, denn ausgebeutet und gesellschaftlich arbeitend ist irgendwie jedeR.

Die enge Verbindung von Subjektivität = Objektivität, Produktionsweise = Rebellionsweise löst sich mit dem Zerfall der materiellen Grundlage dieser Beziehung auf. Die Ausweitung des Fabrikkommandos auf die Gesellschaft, die Totalisierung des Wertgesetzes macht eine Vermittlung im Stil Organisation der Arbeit = Kampf gegen die Arbeit unmöglich!

Es bleibt daher unklar, wie die Klassenzusammensetzung, die immer mehr individualisierte und atomisierte Subjekte hervorbringt, in einem politischen Projekt vereinigt werden kann, dessen materielle Basis vollständig zerfasert und höchst unterschiedlich ist. Die ab den 70er Jahren so zahlreich entstandenen neuen sozialen Bewegungen und die verschiedenen Formen ihrer Kämpfe geben davon ein ziemlich gutes Abbild. KHR setzte anfangs voll auf deren Radikalität, ihre sozialrevolutionären Formen von Aneignung und die Vorstellung einer gelebten Utopie. Diese Teile der Massenautonomie beginnen „in sich selbst alle schon in der gegen die leistungsorientierte Zerstückelung gerichteten antagonistischen Subkultur vorhandenen Fragmente selbstbestimmten Lebens zu konzentrieren. (...) Die Resurrektion der sozialen Individualität muß strategisch antizipiert werden, als Moment des Alltagslebens hier und heute.“ Mit der Schwierigkeit, dies umzusetzen und ein adäquates Organisationskonzept auf die Beine zu stellen, hadert mensch noch heute.

Trotzdem, die Beschäftigung mit dem Operaismus ist – bei allen Schwächen – hilfreich bei der Rekonstruktion eines politischen Projekts. Der Operaismus ist ein, unserer Meinung nach, zentraler politischer Ansatz zur Intervention gewesen, den wir nicht akademisch zerstören wollen. Im Interview mit KHR wird eine Aktualisierung angeschnitten (,mobilisierter Arbeiter'), und wir hoffen, dass noch andere an den dort entwickelten Fragestellungen weiterdenken.

[Im folgenden noch einige Beispiele zur Praxis der italienischen Autonomia]

Die 77er Bewegung

Quellenangabe; in Die goldene Horde, Berlin 1943; S. 333 - 342

Von den Parkbänken zu den „centri-sociali“

Zu den ersten Ereignissen kommt es in Mailand zwischen 1975 und 1976, als breite Schichten Jugendlicher aus den Grosstadtvororten sich spontan originäre Formen des Zusammentreffens und Zusammenlebens geben, ausgehend von der Kritik an ihrer augenblicklichen Misere: für Einige in ihrer Situation als Studenten, für Andere als Arbeitslose, für die Meisten in einer Situation als ungesicherte und unterbezahlte Arbeiter. Unterschiedslos für alle existiert das Problem der „freien Zeit“, einer Zeit, die als Zwang zu Leere, Langeweile und Entfremdung erlebt wird.

„Vor dem kleinen Bahnhof in Limbiate im Mailänder Hinterland gibt es einige Bänke. ‚Die Bänke haben jetzt die Farbe unserer Jeans‘, sagte Vincenzo zu ca. 20 Jugendlichen, die sich seit Jahren, Tag für Tag in Erwartung von Arbeit oder nach der Arbeit auf diesem kleinen Platz versammeln. Auch die Bänke waren es müde, uns zu ertragen; aus den Bars schmiss man uns als Langhaarige und Drogis hinaus, aber vor allem deswegen, weil wir zu wenig verzehrten ... Also zogst du es vor, im Kalten zu bleiben, auf den Bänken, aber wenigstens konntest du von dir sprechen, auch von deinen persönlichen Problemen, und Solidarität für deinen Gemütszustand finden. Ich weiss nicht, ob es richtig ist, das, was man auf den Bänken lebte, Selbstbewusstsein zu nennen, Tatsache aber war, dass die Bänke nicht mehr reichten, da es immer mehr ‚gewöhnliche‘ Jugendliche gab, die sich dort trafen, nicht mehr nur wegen Drogen. Langsam ist der Wunsch gewachsen, etwas zu machen, endlich etwas zu machen: man ist zu jung, um zu akzeptieren, so zu verkümmern.“

Ausgehend von dem kollektiven Infragestellen dieser materiellen Lebensbedingungen bilden sich „circoli del proletariato giovanile“ (Zirkel des jugendlichen Proletariats), die in wenigen Monaten aberdutzende Besetzungen von Gebäuden (alte, verlassene Fabriken, nicht mehr benutzte Kirchen, Villen, Wohnungen, leere Häuser) auch im Herzen

Mailands durchführten, um sie als „centri sociali“ zu nutzen.

Ein grosser Zulauf belebt das soziale Leben in diesen besetzten Räumen, wo eine Initiative zu Themen der Situation der Jugendlichen auf die andere folgt. Um die Initiativen öffentlich zu machen, werden die klassischen Instrumente, kleine Zeitungen, Flugblätter und Plakate genutzt; aber man erfindet neue graphische Gestaltungen, Farben, Bilder und lässt sich vor allem von den historischen Modellen der kreativen Underground-Presse inspirieren.

„Die Bedingungen, unter denen wir Jugendliche leben, werden vom Fortschreiten der Krise, die die Kapitalisten dem Proletariat durch Arbeitslosigkeit und teure Lebenshaltungskosten aufzwingen, immer mehr verschärft. Daher hat der Jugendliche immer geringere Möglichkeiten, eine feste Arbeit zu finden: die unsicheren Arbeitsverhältnisse, unterbezahlt und ohne Arbeitsbuch, machen unsere Situation immer unsicherer und abhängiger von Unterstützung.“

Es ist heute immer schwieriger für einen Jugendlichen, zu beschliessen, ein eigenes, autonomes Leben zu führen und getrennt von der Familie zu wohnen.

Im Ghetto leben und passiv die Entfremdung zu akzeptieren, die das Leben uns in dieser Stadt anbietet; aus dem normalen Leben aufgrund des Fehlens eines Arbeitsplatzes ausgegrenzt zu sein, keinen Ort zu haben, wo wir uns organisieren und für unsere Bedürfnisse kämpfen können; all dies zwingt uns dazu, eine Scheissarbeit zu akzeptieren, keine Wohnung zu haben und keine Alternative zu haben, die freie Zeit anders zu verbringen, wieder einmal ist es die Passivität ...

Wir sagen, dass diese Situation aufhören muss und kann; wir wollen das Recht, unser Leben zu organisieren, unser Glück zu wählen.

Viele von uns haben es abgelehnt, eine Familie zu gründen, sie haben die Erpressung der padroni abgelehnt: ‚Wenn du nicht heiratest, hast du kein Recht auf eine Wohnung‘. Die Hausbesitzer wollen Wohnungen nicht an jemanden vermieten, der nicht die moralische Garantie einer Familie hat.

Dazu kommt die Miete: wir können keine uns aufgezwungenen Raubmieten bezahlen. Ausserdem wollen wir nicht in einer geschlossenen und individualistischen Welt leben, wo niemals darüber diskutiert wird, wie wir unser Privatleben organisieren, wir lehnen die Trennung von privatem und öffentlichem Leben ab.

Diese Welt verweigert uns von Geburt an Sicherheit und zwingt uns zu Verhaltensweisen und Verhaltensmodellen, die nicht die unseren sind. Das produziert ein falsches Zusammenleben, das auf emotionaler Erpressung, Schuldgefühlen, Eigentum und auf der Negation der Autonomie des Individuums basiert.

Die proletarische Jugendbewegung, entstanden aus der Notwendigkeit, Orte der Zusammenkunft zu haben, wo man diskutieren und sich organisieren kann, um die Freizeit anders zu gestalten, hat den Anspruch, weiterzugehen, etwas zur Arbeit, zur Familie und zu anderen Dingen zu sagen. Wir müssen uns unsere eigene Organisation schaffen, eine gesellschaftlich geschlossene Schicht werden, die der Notwendigkeit des Kommunismus Ausdruck verleiht, die heute schon besteht, und in den Kämpfen der Arbeiter, der Soldaten, der organisieren Arbeitslosen, der Frauenbewegung deutlich wird, die schon heute eine andere Art der Beziehung zwischen Mann und Frau, zwischen Individuum und Natur, zwischen gesellschaftlichem und Privatleben, zwischen Arbeit und Freizeit vorschlägt. Aus der Krise herauskommen bedeutet nicht, 'den Riemen enger zu schnallen', sondern mit dieser Art zu leben und zu arbeiten ein für allemal Schluss zu machen. In den letzten Monaten haben wir seit Jahren leerstehende Häuser besetzt. Wir haben diese Bewegungen, von denen es in Mailand schon fünf gibt, zusammen mit anderen Genossen organisiert, die spontan beschlossen, mit ihrer Isolation Schluss zu machen.

Wir wollen anders leben als die Familie, autonom, und wir wollen ebenso wenig, dass in den 'gemeinschaftlichen Beziehungen', in den besetzten Häusern sich ähnliche Rollen wie in der Familie reproduzieren. Wir wollen anfangen, unser Leben mit all den Widersprüchen, die unsere Entscheidungen mit sich bringen, zu leben, doch auf jeden Fall wollen wir uns.

Die Besetzungsbewegung der proletarischen Jugendlichen steht erst am Anfang, um das Recht auf Wohnung auch für uns zu erobern. Wir wollen erreichen, dass der Kampf sich ausweitet und ein Massenkampf wird. Das wird uns erlauben, auch die Debatte über all die anderen Bedürfnisse zu eröffnen, die Jugendliche haben, und eine Jugendorganisation auf der Grundlage eines Programms und mit artikulierten Zielen aufzubauen. Deshalb laden wir alle GenossInnen ein, in die besetzten Häuser zu kommen, wo wir unter anderem eine Liste machen, um andere Häuser zu besetzen.“

Die „Circoli del proletariato giovanile“ finden sofort wichtige organisatorische Unterstützung in schon konsolidierten politischen und kulturellen Strukturen. Seit seinem Entstehen folgt der Kreis um „Re Nudo“ dem Aufblühen dieser Bewegung, die ihr Handeln auf „die neue Art Politik zu machen“ gründet und gut durch den Slogan „das Persönliche ist Politisch“ dargestellt werden kann. Aus diesem Grund sieht „Re Nudo“ in den Initiativen der Circoli die konkrete Verwirklichung ihres fast zehnjährigen gegenkulturellen Engagements. Auch die politischen Strukturen von Lotta Continua, die nach der im vorangegangenen Jahr beschlossenen formalen Auflösung auf dem Kongress in Rimini in einer Krise ist, versorgen die Circoli ausser mit organisatorischen „Diensten“ auch mit einer beträchtlichen Zahl ihrer jüngeren und von der politischen Erfahrungen mit Parteiprinzipien sehr enttäuschten Militanten.

Auf diese Aufbauphase folgt die Phase der Koordination aller Erfahrungen und damit die Entdeckung, eine politische und gesellschaftliche Kraft darzustellen und sie ausüben zu können. Die Koordination gibt Hunderten von Jugendlichen die Gelegenheit, die ersten theoretischen und ideologischen Diskussionen anzugehen: über das Problem des Verhältnisses zur Arbeit, den Gebrauch von Drogen, die Gestaltung der Freizeit, das Verhältnis zur politischen Organisation. Und so auch über das Programm der Initiativen und der angemessenen Kampfformen, um die Ziele zu erreichen. Man diskutiert, wie man die besetzten Räume und die Beziehungen Viertel, wo man wohnt, gestaltet. Welche Mittel man braucht, um sich gegen die Räumung durch die Polizei zu verteidigen etc. Eine klare und bündige Polemik gegen die bisherige ausserparlamentarische Kultur wird entfaltet, die man für ungeeignet hält, einen Massenzusammenschluss proletarischer Jugendlicher voranzutreiben. Sozial setzen sich die Circoli mehrheitlich aus jungen Arbeitern, Lehrlingen, den Angestellten kleiner Fabriken im Hinterland Mailands und einer Minderheit von Arbeitslosen und Studenten der Berufsfachschulen zusammen. Frauen gibt es wenige, da sie in den Ghettos des Hinterlands und den proletarischen oft vor unüberwindbaren Hindernissen stehen, sogar bei dem simplen Problem, abends rausgehen zu können.

In dieser ersten Periode strömen die Jugendlichen der Circoli aus den Vorstädten ins Zentrum, aber nicht mehr in Banden oder kleinen Gruppen, um

die Ecken der Plätze, der kleinen Parks, der elenden Bars, die Kinos dritter Kategorie und die Diskotheken zu bevölkern, sonder um massenhaft Musik zu machen und zu tanzen, um ihr Recht, sich zu versammeln und Feste zu feiern, einzufordern und zu verteidigen. Und die Sonntagsfeste werden in dieser ersten Periode die Gelegenheit, das Bedürfnis nach „Wiederaneignung des Lebens“ in konzentrierter Form auszudrücken.

Während dieser Treffen gibt es oft Zwischenfälle und Zusammenstöße mit der Polizei; immer expliziter werden Formen der Aneignung von Waren durch Enteignungen in Luxusläden und Lebensmittelgeschäften praktiziert. Die Zeitungen und die politischen Kräfte können das Phänomen nicht länger ignorieren, es hat die Ausmasse eines Massenphänomens angenommen, aber in ihren Stellungnahmen besteht weiter ein absolutes Unverständnis gegenüber den Ursachen, und vorherrschend ist die Dämonisierung und die Aufforderung zur Kriminalisierung. Unterdessen verteilen die Circoli ihr Programm:

Ist es Zeit zu rebellieren ? Ja:

Wir sind von allem enteignet, gepresst in die schlimmste Sklaverei der Lohnarbeit oder verurteilt, draussen zu bleiben zum Preis der demütigendsten materiellen Misere und menschlichen Verfalls.

Unser Leben wird von täglich 8-10 Stunden Ausbeutung aufgesogen; die Freizeit wird nur ein elendes Ghetto auf der verzweifelten Suche nach einem Ausweg. Wir sind gezwungen, uns in dieser Gesellschaft unnütz zu fühlen, einer Gesellschaft, die soziale Beziehungen, menschliche Beziehungen zerstört. Wie können wir nicht alles wollen? Wollen wir Herren unseres Lebens sein, des gegenwärtigen und des zukünftigen? Wollen wir es sein, die über die Erziehung unseres Körpers, der Sinne und des Geistes entscheiden? Wollen wir es sein, die über unsere Arbeit entscheiden, wieviel – was – wie arbeiten?

Deshalb sagen wir, dass wir alles wollen! Deshalb sagen wir, dass es Zeit ist zu rebellieren!

Wir feiern Feste, weil wir uns vergnügen, zusammen sein wollen. Wir wollen das Recht auf Leben, Glück und ein anderes Zusammensein durchsetzen. Wir besetzen Gebäude, weil wir Treffpunkte haben wollen, um zu diskutieren, Musik und Theater und Entdeckungen zu machen, um einen alternativen Ort zum Familienleben zu haben.

Wir machen Rundgänge, um die Lehrlinge vor der Überausbeutung zu schützen, um das Dealen mit Heroin zu verhindern, um die Faschisten zu vertreiben.

Wir machen Selbstanalysen, um uns besser kennenzulernen und unsere individuellen und persönlichen Probleme kollektiv und politisch anzugehen.

Wir machen Versammlungen über Heroin, weil wir auch mit dem, der spritzt, zusammen eine Alternative des Lebens und nicht des Todes entwickeln wollen, und um die Faschisten und Mafiosi, die für Geld dealen, zu verjagen.

Wir kämpfen und streiken in den Fabriken, weil wir weniger und besser arbeiten wollen, das heisst mit Macht in den Händen. Dies sind die konkreten Dinge, die unsere Bewegung ausdrückt, das ist unser Wunsch nach Kommunismus, das heisst Brot und Rosen.

Jugendliche gleich Kriminelle.

Die bürgerlichen Zeitungen sagen uns: „Ihr habt keine Lust zu arbeiten, ihr seid drogensüchtig, ihr seid Verbrecher, gewalttätig, mit losen Sitten, junge Hippies und feministische Guerilla.“ Untersuchen wir eine nach der anderen diese Anklagen.

Geh arbeiten!

So sagt man uns immer, egal, ob wir nun arbeiten oder arbeitslos sind. In der Tat, wir sind mit jenem amerikanischen Arbeiter einverstanden, der in einem Interview sagte: „ Wenn ich eines Morgens mit dem Wunsch zu arbeiten aufstünde, ginge ich sofort zum Psychologen ...“ Deshalb existiert das Phänomen des Absentismus und auch des Streiks.

Die Arbeit, abstrakt wie konkret, ist keine schöne Angelegenheit, sie ist nur eine unangenehme Notwendigkeit. Aber auch diese Notwendigkeit wird uns von den Kapitalisten enorm schwer gemacht. Zu arbeiten heisst, schon als Jugendliche beginnen, das Leben unserer Väter zu führen, acht Stunden am Fliessband oder im Büro, immer gezwungen, einem Chef gegenüber Rechenschaft abzulegen, mit der Perspektive für uns Jugendliche, das ganze Leben lang unterdrückt und ausgebeutet zu sein.

Wie ist es also möglich, den Wunsch zu haben zu arbeiten? Es braucht viel Anstrengung, und nur die Idee, dass wir es sind, die bestimmen, wie, wie viel und was zu arbeiten ist, könnte zu irgendeinem Resultat führen, Der Aufforderung zu Opfern und dem neuen Entwicklungs- oder Ausbeutungsmodell wird dies gewiss nicht gelingen.

Die Anklage, wir hätten keine Lust zu arbeiten, ist, wenn sie uns von der Bourgeoisie gemacht wird, nur eine grosse Heuchelei.

Drogenabhängig?

Hier muss man unterscheiden. Wegen der an Heroin sterbenden Jugendlichen haben wir präzise Anklagen vorzubringen, der internationale Heroinhandel ist in den Händen der CIA und der grossen Mafia (geschützt von der DC). Das Heroin ist ein Produkt des Kapitalismus; Nicht zufällig ist es in den USA am meisten verbreitet, das heisst in der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft. Die einzige Perspektive, die der Kapitalismus den Jugendlichen zu geben weiss, ist der Tod „der Lust zu leben“, die Unterordnung, die Selbstzerstörung für den, der sich nicht „integriert“, oder die imperialistischen Kriege.

In Italien liegt der Drogenhandel in den Händen der Verbindung von Mafia und Faschisten, die eine sehr zynische Methode gefunden haben, das Kapital zu vermehren und den zum Schweigen zu bringen, der individuell rebelliert. Wer ist verantwortlich für den menschlichen, materiellen und kulturellen Verfall der Jugendlichen? Entweder iss die Suppe (Konformismus, Überausbeutung, Arbeitslosigkeit, Einsamkeit) oder spring aus dem Fenster: das ist das Gesetz, das sie den Jugendlichen aufzwingen. Welche menschlichen Lebens- und Beziehungswerte bietet die Bourgeoisie an? Die Einsamkeit, die Langeweile, den platten Konsumismus, die soziale Nutzlosigkeit, die Enteignung des sozialen, kulturellen und politischen Lebens des Einzelnen und der Masse!

Wer macht den Körper der Frau, die persönlichen Beziehungen zu Waren? Wer hat eine Gesellschaft mit Millionen von Drogenabhängigen geschaffen, die abhängig sind vom Psychopharmaka, um nach acht Stunden Ausbeutung einzuschlafen (Tranquiliizer); abhängig von Psychopharmaka, um Energie zur Arbeit zu haben (die Aufputschmittel, der Kaffee); abhängig von Tabak, um die nervösen täglichen Spannungen in den gesellschaftlichen und menschlichen Beziehungen abzubauen; abhängig vom Fernsehen; abhängig vom Alkohol (wenn du trinkst, denkst du nicht, trink und es geht vorbei)? Versuchen wir, uns Mailand einen Monat ohne diese Drogen vorzustellen ... – und all dies für die Profitgesellschaft.

Die Anklage, wir seien drogenabhängig, bezieht sich auf die unschädlichen und angenehmen Haschischzigaretten oder Haschischtee, die das Ge-

spräch fördern und „hemmungslos“ machen wie ein Liter Barbera (Rotwein), ist ein Spiel und „berührt“ uns deshalb nicht.

Verbrecher?

Wer ohne Arbeit ist, wer mit dem Geld nicht auskommt, weil es zu wenig ist, wer diese Suppe nicht akzeptiert, die Suppe der Sklaverei der Lohnarbeit, und wer nicht die Kraft hat, sich gegen die verschiedenen Verantwortlichen kollektiv und politisch zu organisieren, wer, um sich als jemand zu fühlen, nur stehlen oder Drogen nehmen kann, bei dem ist es möglich, dass er eine individuelle Lösung sucht und in die sogenannte „Delinquenz“ abrutscht. Aber das Terrain dieser Wahl, oft aufgezwungen, hat die Bourgeoisie vorgegeben und durchgesetzt, die Proletarier haben es nicht gewählt, Die Jugendlichen, die wegen Taschendiebstählen, kleiner Mengen an Drogen oder Diebstahl im Knast sitzen, sind keine Kriminellen, Kriminelle sind wie immer nur die Kapitalisten.

Gewalttätig?

Sind wir gewalttätig? Ja, wir haben in uns all die Gewalt, die ihr uns täglich angetan habt und antut. Wir haben die Erinnerung an die von den Faschisten und der Polizei erschossenen Genossen, von den jugendlichen Herointoten, die kaltblütig erschossen worden sind, weil sie einen kleinen Diebstahl begangen hatten. Aber für uns ist die Gewalt höchstens ein Instrument, sie ist nicht das Wesen; Wir sind friedlich, weil wir leben wollen. Aber wir sind nicht pazifistisch, da wir die Macht und ihre Anwendung durch die Bourgeoisie kennengelernt haben.

Organisieren wir uns.

Wir schlagen den Jugendlichen nur vor, sich zu organisieren, die Bars und Küchen zu verlassen und 10, 100, 1000 Jugendzentren zu machen; 10, 100, 1000 Feste; 10, 100, 1000 Theateraufführungen in den Strassen; 10, 100, 1000 Momente der Selbstanalyse; 10, 100, 1000 Wohnungen und Gebäude zu besetzen; 10, 100, 1000 Rundgänge in den Vierteln.

Organisieren wir uns, um unsere Gegenwart und unsere Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen.

Feste.

Die Feste sind wie das Theater wichtige Momente der Kommunikation, wenn man den Wunsch hat, etwas zu vermitteln. Die Jugendbewegung in Mai-

land ist gewachsen und hat gerade in den Festen Momente der Einheit gefunden. Feste, die keine partielle alternative Nutzung der Freizeit sein wollen (das heisst, eine Methode, um das Ghetto und die Ausgrenzung ein wenig rosa zu machen); Feste, die keine indirekte Methode, also nicht instrumentell sein dürfen, um Versammlungen mit der Logik der roten Kirche und dem linken Katechismus abzuhalten. Das Fest, vor allem wenn die Niederlage deines Feindes gefeiert wird, ist heute ein politischer Faktor, um das Politische persönlich und das Persönliche politisch zu machen. Das Fest ist die Siegesfeier über den, der dich niederdrückt. Kapitalist oder Natur, das Frühlingsfest war die Feier der Niederlage des Winters.

Die Feste sind heute Momente des Sieges über die Einsamkeit und die Langeweile, zu denen dich die Bourgeoisie zwingt. Sie sind ein Moment der Kommunikation, des Kennenlernens, wo du viele menschliche Wesen siehst und kennlernst.

Und die Feste sind auch ein Moment der Auseinandersetzung im persönlichen Bereich, weil sie heute ein Moment der Erprobung menschlicher Beziehungen, Verhaltensweisen und der Kultur der Jugendlichen sind. In den Festen drücken wir heute unser Bedürfnis nach dem Neuen aus: Die Feste sind ein wichtiges Moment der Kräftesammlung – nutzen wir es.

Die Kapitalisten haben uns in das Ghetto der Freizeit verbannt: Wir dagegen wollen uns der Freizeit bemächtigen, um sie gegen die besetzte Zeit und in der besetzten Zeit einzusetzen.

Le ronde (Die Rundgänge).

Die Überwachungs-Rundgänge stellen einen wichtigen Qualitätssprung in der Jugendbewegung dar. Während der aktuellen Wahlkampagne ist eine Ausweitung der faschistischen Provokationen vorzusehen. Wenn sie ein Klima des Terrors schaffen wollen (Attentate, Brandstiftungen, Messerstechereien), wenn sie auf nationaler Ebene wiederholen wollen, was sie in der Vergangenheit in Savona gemacht haben, werden sie uns vorbereitet finden, ihnen die Antwort zu geben, die sie verdienen.

Die permanente Überwachung, der Schutz, die Rundgänge, die die Viertel – genau wie die Fabrik – kontrollieren und verteidigen, sind eine Aufgabe, zu der die Jugendlichen heute aufgerufen sind. Die Rundgänge sind nötig als antifaschistische Überwachung und gegen die Wahlkampagne der MSI, aber sie sind auch notwendig, um das Programm,

die von uns ausgedrückten Bedürfnisse zu praktizieren.

La ronda, um die kleinen und grossen Kapitalisten politisch anzuklagen, die Lehrlinge und Minderjährige ohne Arbeitsvertrag überausbeuten (in Cinisello sind ungefähr 30 Jugendliche vor ein Friseurgeschäft gegangen, wo zwei Lehrlinge gezwungen worden sind, Überstunden zu machen, und sie haben bei der Chefin die Rechte der beiden Jugendlichen durchgesetzt; le ronde, die Arbeitsplätze aufzubrechen und die Einstellung Arbeitsloser durchsetzen; le ronde, die in Sachen Schwarzarbeit und prekärer Arbeit ermitteln; le ronde, die die Plätze überwachen, die Orte, wo mit Heroin gehandelt wird; le ronde, die Überstunden verhindern; le ronde, die Gebäude und Wohnungen requirieren, um sie wohnungssuchenden Jugendlichen zu übergeben; le ronde, die die Symbole und die Verantwortlichen treffen, die menschliche Beziehungen und den Körper der Frau (zum Beispiel in den Striptease-Shows) zu Waren zu machen; le ronde, die rückständige Familien daran hindern, die Jungen und Mädchen in den Wohnungen einzuschliessen; Le ronde, die Wandmalereien, Aufschriften an den Mauern machen, die die Wahlplakate der DC korrigieren, die Begegnungen mit den Leuten auf der Strasse improvisieren (durch Strassentheater zum Beispiel) ...

Die Kostenliste.

Unsere Bedürfnisse in dieser Gesellschaft haben einen Preis, den man mit Geld bezahlen muss: in ein anständiges Kino gehen, sich in und ausserhalb der Stadt bewegen können, nicht von der Familie abhängig sein, eine Wohnung finden, Musik, Bücher, Wein, schöne Dinge haben.

Wer arbeitslos ist, ist gezwungen, seine Bedürfnisse zu reduzieren. Deshalb: wir wollen alle arbeiten, aber wenig und nachdem wir kostenlos auf der Schule gewesen sind ...

Wir sagen den Jugendlichen, dass wir uns organisieren, kollektiv Arbeitsplätze suchen und die eigene Anstellung bei den Kapitalisten durchsetzen müssen, die Überstunden machen lassen, die den Einstellungsstop nicht aufheben und den turn-over nicht ersetzen.

Wir wollen die Abschaffung der Schwarzarbeit, der unsicheren Arbeit ohne Arbeitsverträge. Es ist unanständig, dass Minderjährige gezwungen sind, sich ausbeuten zu lassen.

Wir wollen Landwirtschaftskommunen, um in den Süden, aufs Land, in die durch erzwungene Emig-

ration entvölkerten Zonen zurückzukehren. Wir wollen eine staatliche Finanzierung, um die Landwirtschaft zu industrialisieren, um Tausende von modernen landwirtschaftlichen Kommunen aufzubauen.

Wir wollen die Beschlagnahme von Gebäuden und Wohnungen, wo wir uns treffen und ein zur Familie alternatives Gemeinschaftsleben ausprobieren können, um gemeinsam Musik zu machen, zu diskutieren, uns kennenzulernen.

Wir wollen ein Gesetz? Ein Gesetz? Ja, ein Gesetz, das den Gebrauch und den Besitz leichter Drogen liberalisiert und unter die Kontrolle eines staatli-

chen Monopols stellt (wie beim Tabak) und das verhindert, dass die jugendlichen Opfer des Heroins im Knast enden, aber ganz dringend brauchen wir effektive Gesundheitsstrukturen.

Wir wollen Grün und dass ausser dem 1.Mai auch der erste Frühlingstag ein nationaler Feiertag ist, weil uns die Natur gefällt, die Tiere, die Berge ... natürlich, wenn es uns gelingt, sie zu beherrschen. Die Natur muss im Dienste des Menschen und nicht im Dienste des Profits stehen. Aufgrund des Profitgesetzes verschmutzen die Kapitalisten die Luft, das Wasser, die Nahrungsmittel, die Umgebung, den Körper und den Geist der Arbeiter.

11. Johannes Agnoli

(* 15. Februar 1925 in Valle di Cadore, Italien; † 4. Mai 2003 in San Quirico di Moriano bei Lucca, Italien) war Politikwissenschaftler und Philosoph. Er war von 1967 bis 1990 Professor am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der FU Berlin.

Werke

Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. ça ira Verlag, Freiburg i. Br. 1990

Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. ça ira Verlag, Freiburg i. Br. 1995

Subversive Theorie: «Die Sache selbst» und ihre Geschichte. ça ira Verlag, Freiburg i. Br. 1999

Faschismus ohne Revision. ça ira Verlag, Freiburg i. Br. 1998

1968 und die Folgen. ça ira Verlag, Freiburg i. Br. 1998

Politik und Geschichte. ça ira Verlag, Freiburg i. Br. 2004

[Zum Staat des Kapitals]

Aus: Johannes Agnoli; «Der Staat des Kapitals»; Freiburg 1995. S. 32 – 35

Der Doppelcharakter des Staats geht (...) aus der Koppelung widersprüchlicher sozialer und organisatorischer Aspekte hervor. (...) Der Staat setzt sowohl auf der einen Seite spezifische Klasseninteressen des Kapitals organisatorisch durch, und gleicht widerstrebende Interessen (der viel zitierten Kapitalfraktionen) aus.

Auf der anderen Seite berücksichtigt der Staat, da seine besondere Form als eigenständige Existenz das Allgemeine ist auch allgemeine Interessen und fasst daher gesellschaftliche Widersprüche zusammen. Nicht, dass er einen gegen das Kapital gerichteten sozialen Auftrag dazu hätte – wie dies häufig in der Politikwissenschaft dargestellt wird. Für sie erscheint in konsequenter Fortsetzung des oben erwähnten Denkmusters Politik als etwas Listiges (die List der bürgerlich-demokratischen Vernunft), das von vielen Seiten, Gruppen und Klassen zum pluralen Ausgleich beauftragt, doch von allen und nach allen Seiten sich freihält und dadurch das Allgemeinwohl hinter dem Rücken der Partikularinteressen besorgt. Vielmehr schliesst gerade die Reproduktion derjenigen Bedingungen, die der Durchsetzung von Kapitalinteressen dienen, notwendigerweise die Berücksichtigung von Klassen ein, die in ihrer gesellschaftlichen Stellung – sei es als Produzent, sei es als breite abhängige Masse – nicht auf der Kapitalseite stehen.

Gerade hier setzt sich aber die Wirklichkeit des Doppelcharakters des Staats durch. Wenn auch die Basis einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft allein in dem sich verwertenden Kapital zu finden ist, so reicht dies für die Begründung besonderer politischer Formen nicht aus. Auf dem Hintergrund des ganzen Akkumulations- und Verwertungsprozesses – und diesen teils bedingend – bleiben immer noch notwendige, weil nicht abzuschaffende Bereiche, soziale Gruppen, ökonomisch ins Gewicht fallende Grössen, die der Staat in die Erfüllung seiner Aufgabe miteinbeziehen muss, und die sich unmittelbar nirgends als «Kapital» (in der Form der Ausbeutung oder Unterwerfung) darstellen bzw. sich bewegen. Sie stehen vielmehr als bloss konsumierende Grössen oder als zukünftige Produktivkraft endgültig oder vorläufig ausserhalb der Mehrwertproduktion: Rentner, Randgruppen,

Kinder – und vor allem die Reproduktivkraft Frau.

Nur bleibt es nicht auf diese Gruppierungen beschränkt, für die ebenso Randorgane des Staates zuständig sein könnten: Polizei, Fürsorge und – hier allerdings in einem sehr spezifischen Sinn – die Schule. Das gilt vielmehr und in noch stärkerem Masse für das Leben der Klasse, die Hauptbedingung und zugleich Gegenpol der Kapitalproduktion ist: die im Produktions- und Reproduktionsbereich Arbeitskraft liefernden Frauen und Männer.

Gewiss leben die Arbeiter in allen Äusserungen ihrer individuellen und familiären Existenz vom ausbezahlten Lohn. In sofern zahlt – konkret gesprochen – das Kapital deren Reproduktionskosten, und sie fallen der Kapitalbewegung zu und der Kapitalakkumulation zur Last. Dieses Konkrete wird aber bald zur Abstraktion, wenn man den wirklichen Prozess der sich immer weiter entwickelnden, sich immer mehr verändernden Beziehungen zwischen der Gesamtklasse und dem Einzelkapital betrachtet. Man muss vor allem in Rechnung stellen, dass die Gesamtklasse für das Einzelkapital nicht existiert. Um sie kümmert sich das Einzelkapital höchstens karitativ über die Vermittlung privater Fürsorgeverbände und kirchlich gestimmter, bourgeoisier Frauenvereine. Der Staat hingegen muss bei der Durchsetzung einer an der Akkumulation orientierten Politik nicht nur widerstrebende Interessen der verschiedenen Kapitalgruppen, in erster Linie der eigentlichen Führungsgruppen der Wirtschaft (Konzerne) ausgleichen: Das Wesen der parlamentarischen Vermittlung besteht nicht nur darin, Klassenauseinandersetzungen konstitutionell zu neutralisieren und Arbeiterparteien in den «Pluralismus» einzugliedern. Der Staat muss vielmehr bei seiner Tätigkeit die gesellschaftliche Existenz der Arbeiter organisatorisch fassen und teilweise ökonomisch tragen, will er die grundlegende, objektive Bedingung der Kapitalakkumulation sichern. Am 8. Kapitel des ersten Buchs des Kapitals geht die Wirklichkeit nicht vorbei – auch wenn Marx' Repetitionen die Dialektik des «normalen Arbeitstags» lediglich als Ornamentik verwenden. Die «Wirksamkeit» des Staats bei der Kapitalreproduktion beschränkt sich nicht auf den blossen Klassendienst, Leib (aller) und Eigentum (der Bourgeoisie) zu schützen.

Aus: Johannes Agnoli; *«Der Staat des Kapitals»*; Freiburg 1995. S. 39 – 48

Das Kapital ist an der eigenen Reproduktion und an der Wiedereinsetzbarkeit der Arbeitskraft zwar interessiert, aber es kümmert sich nicht um die Reproduktion der vereinzelter Arbeiter als konkrete Individuen. Es kümmert sich nur um die vergesellschaftete Arbeitskraft und verhält sich dem konkreten Arbeiter gegenüber genauso gleichgültig, wie ihm der Gebrauchswert und der Gebrauchsscharakter einer Ware gleichgültig sind. Die Grobheit der Beziehung verlangt eine grobe Darstellung: Dem Kapital – und das ist in der Wirklichkeit keine mystische Gesamtgrösse, sondern immer ein bestimmtes Unternehmen und ein bestimmter Unternehmer – kommt es in erster Linie darauf an, dass gegen gezahlten Lohn der einzelne und vereinzelter Arbeiter pünktlich und gesund das Fabriktor passiert und sich an die Arbeitsstelle begibt. Was sich ausserhalb des unmittelbaren Tausch- und Ausbeutungsverhältnisses ereignet: Essen, Trinken, Familienleben, Schulbesuch der Kinder, Mütter- und Väterberatung der Arbeiterfamilie, Bumsen, Wohnen, gehört dem Bereich der Produktion nicht mehr an und entfällt förmlich, obwohl genau hierin (und nicht in der produktiven Verausgabung der Arbeitskraft) die wirkliche Reproduktion der Arbeiter als Gesamtgruppe, als Klasse stattfindet. In diesem spezifizierten Sinn fällt die Aufgabe der Reproduktion der Arbeiter organisatorisch dem Staat zu und verschafft ihm einen Spielraum für zweckbestimmte, das ist: im Interesse der Kapitalreproduktion liegende Entscheidungen, die äusserlich dem «Wohl der arbeitenden Bevölkerung» dienen.

Wichtig ist dabei allerdings nicht der offensichtliche, wenn auch politisch in bestimmten Situationen durchaus wirksame Sozialbetrug. Wichtiges liegt nur in dem dahinter sich verbergenden Vorgang. Im gleichen Masse, wie der Staat die umfassende Klassenreproduktion organisatorisch übernimmt, verstaatlicht sich die gesellschaftliche Existenz der Arbeiter. Hierin steckt die materielle Ursache der politisch-manipulativ erzwingbaren Fixierung der Arbeiter auf die staatlichen Verkehrsformen des Kapitalismus: ihrer Zustimmung zu dem sie in Ausbeutung haltenden System. Dies zeigt sich unmissverständlich im Sozialisationsprozess. In der Koppelung von Verstaatlichung der Sozialisation und Vergesellschaftung der Arbeitskraft enthüllt sich die enge Beziehung von Staat und Kapitalakkumulation,

nach deren Erfordernis sich bekanntlich die Sozialisation gestaltet.

Diese, unter dem verharmlosenden Namen der «Ausweitung der Staatsaufgaben» laufende Verstaatlichung nimmt immer härtere Formen an. Sie bedingt keineswegs eine neue Qualität des Staats – auch nicht aufgrund des bekannten und strapazierten Umschlags der wachsenden Quantität in eine neue Qualität. Es tritt durchaus die alte Qualität hervor, wenn auch in einer der Entwicklung angemessenen Form. Die Übernahme der Reproduktionsaufgaben durch den Staat, damit die Erhärtung von dessen besonderer Existenz, ergibt sich notwendigerweise aus den Akkumulationszwang, der in der geschichtlichen Entwicklung sich sinnlich wahrnehmbar äussert als zeitökonomische Unmöglichkeit der Kapitalisten, sich direkt mit Politik zu beschäftigen. Sie hatten anderes, Wichtiges zu tun: Sie mussten eben akkumulieren. Eine solche Übernahme kennzeichnet allgemein die kapitalistische Produktionsweise (die daher als solche eine Schwächung des Staats nicht durchhält); und ergibt sich nicht wie einige Theorien es vermuten – aus der zunehmenden Monopolbildung und der ihr entsprechenden Allianz von Monopolen und politischem Apparat. Die allgemeine Schulpflicht als die erste Stufe einer durchgängigen Verstaatlichung der Sozialisation wurde in Preussen gewiss nicht unter dem Druck einer politischen Allianz von Ruhrmonopolen und hohenzollernschem Hof eingeführt.

Die unvermeidliche Borniertheit und Unbekümmertheit der Einzelkapitale bleibt nicht ohne Folgen. Sie wirbelt dialektisch die mechanische Gegenüberstellung Staat-Gesellschaft, oder Politik-Ökonomie, Basis-Überbau durcheinander. Es braucht zunächst gar nicht betont zu werden, dass der Staat die gesellschaftliche Reproduktion der Arbeiterklasse nur dann trägt, wenn er selbst ökonomische Potenz ist, also eine eigene ökonomische Basis hat. Überdies: So trennbar der Staat als ausser der Konkurrenz und der unmittelbaren Kapitalbewegung stehende Reproduktionsinstanz auch von der wirklichen Basis der Gesellschaft sein mag, so verbunden bleibt seine Tätigkeit mit der Kapitalproduktion selbst, da – über die Vermittlung des Tauschverhältnisse zwischen Kapital und Lohnarbeiter – der Arbeiter, der für das Kapital nur in der Form des variablen Teils in die Mehrwertproduktion eingeht, als konkreter Pol des Tausches, als Verkäufer von Arbeitskraft, nicht innerhalb der Kapitalbewegung mystisch entsteht (kein Pro-

dukt der Verwertung ist), sondern Existenz aller umfassenden Verkehrsform der Gesellschaft ist. Das bedeutet schliesslich: Die gesellschaftliche Eigenschaft des Arbeiter Mehrwertproduzent zu sein, ergibt sich unmittelbar aus dem ökonomischen Gang der Verwertung; die gesellschaftliche Existenz der Arbeiterklasse findet tatsächlich ausserhalb der unmittelbaren Tauschbeziehung statt, die vielmehr diese Existenz nur ermöglicht. Anders gesagt: Setzt auch das Leben, das materielle Leben des Arbeiters die Kapitalproduktion voraus (denn ohne sie wird kein Lohn ausbezahlt), so kann das Kapital selbst die Erledigung des komplexen und umfangreichen Geschäfts der Organisation des Lebens nicht bewältigen. Wird aber dieses Geschäft vom Staat bewältigt, so «greift» dieser in die Verwertung selbst viel konkreter «ein», als in der blossen Massnahme der wirtschaftspolitischen Intervention.

Diesen notwendigen Eingriff leistet er nicht infolge der eigenen, bedingten Formbestimmtheit politisch-rechtlicher (Verfassung, Regierungsform, Freiheit der demokratische Grundordnung), sondern durch seine tatsächliche Gewalt und durch die ihm zur Verfügung stehenden und auf sein Organisationsziel hin verfügbaren Machtmittel zur Steuerung gesellschaftlicher Prozesse. Also: nicht kraft Ideals, sondern kraft Amtes, das seine Schranken gerade nicht in der bloss abgeleiteten Qualität seiner Machtausübung findet, sondern im Organisationsziel selbst, das die Machtdelegation mit einem imperativen Mandat versieht: die Garantie der Akkumulation.

So schliesst sich der sozialen Verdoppelung des Staats ohne Bruch diese zweite Verdoppelung an. Einmal liegt eine rein ideologische Formbestimmtheit vor, der eine ideologische Funktionalität entspricht (die Funktionalität bestimmter Verfassungsordnungen für die kapitalistische Produktionsweise). Zum anderen entwickelt sich eine organisatorische Formbestimmtheit, die die Verwirklichung des gesellschaftlichen Inhalts (eben Kapitalakkumulation) überhaupt erst möglich macht: die reale Funktionalität, die die abstrakte Basis-Überbau-Trennung ebenso aufhebt wie die Geschlossenheit einer selbständigen und selbstbezogen handelnden politischen Sphäre sprengt.

Diese Funktionalität bestätigt nicht nur die Produktionsverhältnisse. Sie dehnt sich auch auf die inhaltliche Gestaltung des Tauschverhältnisses

aus. Die unmittelbare Beziehung von Arbeitern und Kapital, die sonst sich als Marktbeziehung darstellt, erfährt selbst eine zunehmende Verstaatlichung. Der Staat unterwirft der gesetzlichen Regelung Vorgänge, die früher sich naturwüchsig (auf dem Markt) vollzogen. Wie Marx richtig prognostizierte, verwirklicht sich im Spätkapitalismus in noch stärkerem Masse als in der ersten Phase der Kapitalakkumulation das allgemeine Reproduktionsprinzip kapitalistisch produzierender und bürgerlich organisierter Gesellschaften: das Prinzip des politischen Staats. Dass die Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital tendenziell zur Institutionalisierung drängten, lag schon im rechtlich-vertraglichen Charakter der Abmachung zum Verkauf von Arbeitskraft. Nicht umsonst findet die Bourgeoisie im Rechtsstaat ihr eigenes kollektives Lebelement. «Da der Staat die Form ist, in welcher ... die ganze bürgerliche Gesellschaft einer Epoche sich zusammenfasst, so folgt, dass alle gemeinsamen Institutionen durch den Staat vermittelt werden, eine politische Form erhalten» (Marx: Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 62).

Da wird das Lohnverhältnis zum Politikum, seine Fassung zur politischen Form, die Ausbeutung zur rechtsstaatlich sanktionierten Unterwerfung. Unumgänglich «müssen die Proletarier, um persönlich zur Geltung zu kommen, ihre eigene bisherige Existenzbedingung, die zugleich die der ganzen bisherigen Gesellschaft ist, die Arbeit, aufheben. Sie befinden sich daher auch in direktem Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gegeben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen» (Marx: Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 77).

Die Verdoppelung in der sozialen Funktion: auf der einen Seite nur das Kapital, auf der anderen Seite aber auch die Gesamtgesellschaft zu vertreten, konkretisiert sich erst in diesem Widerspruch von Ideologie und organisatorischer Macht. Und eben hierin liegt der Kern des widerspenstigen Pudels: der «Staatsautonomie», die genau in dem Moment keine ist, in dem sie sich zu konstituieren scheint. Der Staat entfaltet sich in der Wirklichkeit als eine Instanz, die keine bloss ideologische Konstruktion mehr ist. Die Kategorie des Überbaus trifft in dem Moment nicht mehr für ihn zu, in dem er für die Reproduktion des ganzen Tauschverhältnisses «zuständig» ist. Zugleich aber gerät der Staat immer mehr unter die Bedingungen der Verwertung

selbst in dem gleichen Masse, in dem er zunehmend durch die Regelung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital in die Grundstruktur der Verwertung eingreift, um sie durchgängig garantieren zu können. Deshalb ist er auch etwas ganz anderes als ein blosser Apparat der Macht politischer Führungsgruppen, der diesen Führungsgruppen frei zur Verfügung stünde und über den konsequenterweise ohne Rücksicht auf die Kapitalverwertung frei verfügt werden könnte, sofern man die Macht ergreift – zum Beispiel um eine abgehobene Reformpolitik durchzuführen. Mit der autonomen Intervention hat der Staat sich schon längst selber in die Grundstruktur der Verwertung begeben und unterliegt unmittelbar deren Logik. Erst dieser Prozess macht die wirkliche, nicht personell bedingte oder an Gruppeninteressen (z. B. der Monopole) gebundene, sondern wesentliche Symbiose von Ökonomie und Politik aus.

An diesem Aspekt verdeutlicht sich der Widerspruch zwischen ökonomischem Erfordernis und politischem Wollen. Die gesamtgesellschaftliche Garantie liegt nicht lediglich in dem als Gesetz verkündeten, mit Gewalt durchsetzbaren Programm der oberflächlichen Aufrechterhaltung von Herrschaft vor: in der klassischen Form des Klassenstaats liberal-polizeilichen Typus, der die Ökonomie von aussen unterstützt und ihrer Entfaltung freien Lauf lässt. Seit Beginn des Imperialismus hört der Staat auf, blosser Nachtwächter der Bourgeoisie und Tagespolizist gegen das Proletariat zu sein. Der Faschismus enthüllte in der besonderen geschichtlichen Lage einzelner Nationalgesellschaften mit seinem korporativistischen «Dreieck» Arbeiter-Unternehmer-Regierung vollends das enger gewordene Verhältnis von Ökonomie und Politik.

Die politisch gesicherte Existenz der Klassengesellschaft hat schon längst den äusserlichen Charakter abgestreift und tritt funktional nicht mehr nur mit der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, sondern mit der Reproduktion des sich verwertenden Kapitals in Verbindung. Daher schliesst sie auch punktuell die Einschränkung der Lebensbedingungen der Kapitalistenklasse und der Verwertungsbedingung einzelner Kapitale ein, wenn sich die Einschränkungen als akkumulationsnotwendig erweisen. Das bedeutet: Die Garantie geht von der staatlichrechtlich durchsetzbaren Aufrechterhaltung der politisch vermittelten Klassenmacht des Kapitals zwar aus; zugleich aber hinüber zur ökonomisch wirksamen Regelung der Mehrwertproduktion.

(...)

Nicht hinter jeder Massnahme des Staats steckt ein Verwertungsinteresse; noch äussert sich in jedem Gesetz der politisch umgesetzte Wille irgendeiner Kapitalfraktion. Auf der zwar nicht ökonomiefreien, aber von der material unmittelbaren Herrschaft des Kapitals frei gelassenen Ebene tummeln sich selbständig Politiker, Parteien, Sittlichkeitsvereine, der Sportbund und die Dichter. Gerade für die Rolle eines Gesamtorganisations aber ist diese partielle Autonomie bedeutsam, zumindest ideologisch nützlich. Die Lückenlosigkeit einer nur vom Verwertungsinteresse bedingten Bestimmung der Politik erscheint stellenweise aufgebrochen. Die propagierte Orientierung des Staats am Allgemeinwohl erhält eher Überzeugungskraft, wenn solche Bereiche einer inhaltlich werdenden formalen Eigenständigkeit erstens breit genug sind; zweitens und vor allem öffentlich verbreitet werden. Daher auch das unverhältnismässige Gewicht, das sie bei den Massenmedien bekommen. Man denke an die Diskussion über die Freigabe der Pornographie – eine vermutlich völlig frei von ökonomischen Pressionen zustandegekommene Entscheidung, die wirkungsvoll die Freiheit eines politischen Systems dokumentiert, dessen organisatorische Macht vielmehr im Dienst der Erhöhung der Arbeitsintensität steht und der Bestätigung des Ausbeutungsverhältnisses. (Oder auch: die Pornographie wird freigegeben; den Linksradikalen das Berufsrecht weggenommen, sofern – und hier bricht wieder die Verwertungsorientierung durch – die Ausübung eines Berufs mit emanzipatorischem Gebrauch des Organisationsapparats verbunden werden kann.)

Das Wichtigste an der formalen Autonomie freilich, die zugleich sich als Macht der Form darstellt und als solche sich legitimiert (der klassenenthobene, an partikulare Inhalte nicht gebundene Staat), liegt darin, dass sie in der Ausübung der staatlichen Hauptgeschäfts sich in einer allgemeinen Organisationsbefugnis konkretisiert. Eine solche Befugnis steht dem realen Kapital, also dem Einzelkapital nicht zur Verfügung, noch hätte sie als Kommandogewalt eines Kapitalisten eine ausreichende Legitimationsbasis. Sie könnte also unter den Bedingungen der heutigen Gesellschaft das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nicht einmal partiell regeln (im Rahmen eines einzelnen Betriebs), stünde sie nicht in der alleinigen Verfügung des Gesamtorganisations.

So betrachtet, ist der Staat als politisches System kein «Agent» des Kapitals, auch wenn in besonderen geschichtlichen Situationen eine Regierung als Agentur einzelner Grosskapital und Monopole Partikularinteressen grob-sinnlich zum Erfolg verhilft. Es gibt ohne Frage Politiker, die schlichtweg bestochen sind; ebenso wie massive Druckversuche des Kapitals bei der Ausgestaltung der staatlichen Praktiken in der Wirtschafts-Handels-Aussenhandelspolitik. Er, der Staat, kann kein Agent des Kapitals sein, weil das Gesamtkapital keine reale Grösse ist, sondern eine allerdings reale Vermittlung – es sei denn, das Gesamtkapital fiele mit dem Gesamtorganisator zusammen. Er richtet sich nur punktuell nach dem Einzeldruck, im Wesentlichen organisiert er die gesamtgesellschaftliche Reproduktion in der allgemeinen Linie des gemeinsamen Interesses aller Einzelkapitale an der Akkumulation.

Aus: Johannes Agnoli; «Der Staat des Kapitals»; Freiburg 1995. S. 58 – 65

Immer mehr muss (...) die Staatspolitik auf die Garantie des Produktionsflusses, auf die Kontrolle und Planbarkeit der Arbeitsunterbrechung und auf die Einkapselung der gebrauchswertorientierten Massenbedürfnisse zielen. Die Instrumente sind vielfältig (auch die Konservierung des Bestehenden kann Phantasie entwickeln); die von den einzelnen Nationalgesellschaften gebotenen Beispiele der akkumulationsadäquaten Gesellschaftsplanung müssten einzeln analysiert werden – erstens für die Ausarbeitung einer emanzipationsadäquaten Praxis; zweitens für die genauere Bestimmung möglicher Widersprüche, deren Ausnutzung die Strategie des Kapitals schwächen könnte. Freilich gibt es auch scheinbare Widersprüche: nur in der Simulation, also rein spielerisch vorstellbare Möglichkeiten der Umkehrung (der «Umfunktionierung») bürgerlicher Errungenschaften, die in Wirklichkeit einen klug durchdachten und erdachten Bestandteil der Neutralisierungspolitik bilden. Das klassisch zu nennende Beispiel bietet die Beteiligung von Arbeitervertretern an der «Bestimmung» über marginale Bedingungen der Produktion. Gerade die legalisierten und dadurch der Rechtskontrolle unterworfenen Formen der Mitbestimmung gehören zu den wirksamsten Mitteln der Planbarkeit, der kontrollierbaren Austragung von Konflikten im Produktionsbereich. Der Widerstand der Unternehmer gegen die Mitbestimmung in Westdeutschland offenbart ohnehin nur die taktische Klugheit des Kapitals. In Italien schiebt der

Industriellenverband (Confindustria) nach der westdeutschen Regelung.

Gesellschaftsplanung kann sich vordergründig und im ideologischen Angebot (zum Beispiel in Wahlzeiten) als technisch-technologisch konzipierte Verbesserung der Lage der abhängigen Massen und als listiges Instrument des Fortschritts anbieten. Der «Planstaat» erscheint hier als Diener des Volks, seine Integrationspolitik als Fortschritt zur Humanisierung der Gesellschaft. Die parteipolitischen Unterschiede im Angebot erweisen sich als nur machtpolitisch wichtig, für den wirklichen Zustand der Massen (der «Konsumenten»masse und der Klasse der unmittelbaren Produzenten) als wesentlich belanglos, wem auch marginal interessant. Gegen die Hebung der Qualität des Lebens lässt sich nichts einwenden – wenn nur die Ursachen verschwinden, die die Qualität des Lebens zerstören. Die Vertreter des Kapitals und seines Staats sprechen eine weniger mystifizierte, dafür erfreulicherweise sinnvollere Sprache. Angesichts der ökonomischen Krise zeigen sie genau an, wo in Wirklichkeit das kritische Problem liegt: «Das heutige Problem ist nicht die Hebung der Lebensqualität in der Fabrik, sondern die Kontinuität des Lebens der Fabrik» – eben die Kontinuität des Flusses der Reproduktion.

Damit meldet sich die Koppelung von Gesellschaftsplan und Krise an. Der doppelte, auf der gesellschaftlichen Ebene und in der unmittelbaren Produktion vorangetriebene Angriff gegen das Kapital und seinen Organisator macht erst die wirkliche Krise des Kapitalismus aus, die auch den regenerativen Charakter des Zyklus sprengt. Sie trifft nicht die blosser Verwertung, sie geht vielmehr weit über die ökonomisch auftretenden Verwertungsschwierigkeiten hinaus und sprengt den Kern der Produktionsweise, die durch Tauschwerte bestimmte Mehrwertproduktion und ihre gesicherte Weiterexistenz.

Insofern kann man von einer Verschiebung der Krisenachse im heutigen Kapitalismus sprechen, deren Beachtung in den Mittelpunkt langfristiger politisch-strategischer Überlegungen rücken muss. Gegenüber dieser konfliktualen Perspektive des Zusammenbruchs verlieren die bekannten, rein ökonomischen Überproduktionserscheinungen nicht etwa an Bedeutung. Zyklen und Klassenkampf lassen sich nicht mechanisch trennen. Nur bedeutet die Verschiebung, dass der Konkurrenzkampf der Kapitale auf dem Weltmarkt nicht länger als Ursache einer endgültigen Kri-

sensituation zu sehen ist; und dass dem – entsprechend auf der Ebene planender Eingriffe des Staats nicht mehr der Versuch des ökonomischen Krisenmanagements und der Regulierung wirtschaftlicher Abläufe die wesentliche Verzahnung von politischer Massnahme und Kapitalerfordernis darstellt.

(...) Die (alte) Frage der Staatsintervention in das Konkurrenzverhältnis (Krisenmanagement; versuchte Organisation der Kapitalverwertung; Massnahmen, die sich letztlich gegen den tendenziellen Fall der Profitrate richten) und in den Verwertungsprozess (Milderung der Disproportionalität und der Überproduktion durch staatliche Wirtschaftspolitik) wird für ein Funktionsanalyse des bürgerlichen Staats zwar nicht gegenstandslos, schon weil eine solche Krisenpolitik – zum Beispiel als Stabilitätspolitik ausgegeben – immer versucht wird. Sie rückt aber politisch in eine sekundäre Position. Die wirkliche Krise kann sich nach wie vor auch in der Zirkulation äussern, sie findet aber in produktionsspezifischen Konfliktsituationen statt. Die Kapitalreproduktion wird wesentlich (und das heisst in der Perspektive eines tatsächlichen Zusammenbruchs) nicht durch akkumulationsimmanente Schwierigkeiten gefährdet, sondern im zunehmenden Mass durch Störung und Zerstörung der Mehrwert- und Tauschwertproduktion. Daher geht es – um es gedrängt zu sagen – bei den einzelnen Planmassnahmen und Planungsformen des Staats um institutionelle Eingriffe, die Logik des Kapitals, die spezifische Rationalität der Mehrwertproduktion vor der Rebellion der Arbeit gegen die Verwertung und der Rebellion des Gebrauchswerts gegen den Tauschwert zu schützen. In dieser Lage verliert aber das Kapital seine Protagonistenrolle. Die Masse der Bevölkerung (die «Konsumenten») und die unmittelbaren Produzenten werden zu Protagonisten: Das Klassenverhältnis bricht in die Kapitalbewegung ein und erweist sich als bestimmender Faktor.

Die Nötigung, unter dem Zwang zur Produktionskontinuität die artikulierte Störung zu neutralisieren und auszuschalten, ergibt sich durchaus aus den immanenten Veränderungen der Produktionsweise. Denn sowohl das Wiederaufleben der offenen Klassenkämpfe in einigen kapitalistischen Ländern wie auch die höhere Bewusstheit der Massen entfalten sich nicht von irgendwoher, sondern genau entlang der hohen Stufe der Akkumulation. Wesentlich dabei ist aber, dass die Klasse – sonst unter das Kapitalverhältnis subsumiert als blosse Arbeitskraft sich nunmehr

autonom macht, sich von den Akkumulationsbedingungen freikämpft und sich förmlich, wenn auch nicht (immer) mit Feuerwaffen, auf das Kapital einschiesst.

Gesellschaftsplanung in dem dargestellten, besonderen Sinn ist also weder eine Ideologie der Technokraten (auch wenn technologisch sich gebende Führungsgruppen daraus ihre Ideologie machen) noch eine Wunschvorstellung kapitalkonformer Systemtheoretiker. Fraglos können hinter den einzelnen Plangesetzten und staatlichen Massnahmen besondere, von der jeweiligen Lage der kapitalistischen Gesellschaften bedingte, mit jeweiligen Kapitalgruppen verbundene Bewegungen und Verbände innerhalb der politischen Kräfte stehen. Das macht auch Gewicht und Rolle der verschiedenen parteipolitischen Fronten aus, die zu formell je verschiedenen Perspektiventscheidungen kommen können. Im Einzelfall treten beim gesellschaftspolitischen Lenkungsversuch beachtliche Unterschiede auf: etwa in der Regulierung des Arbeitsmarktes, bei der gesetzlichen Normierung der Arbeitskämpfe (obzwar gerade hier der Spielraum einer differenzierten Regelung eingeschränkt ist), bei der Verteilung vorhandener finanzieller Mittel. Hier, vor allem im Planungsstadium, können technische «Führer» ihren Tummelplatz finden. Wichtig ist aber, den Zwang zur Planung und deren Charakter begrifflich genauer, konkreter zu fassen, um dadurch – unter anderem – der Versuchung zu entgehen, die technokratisch sich gebende Wende in der Politik dezisionistisch einzuschätzen. In der Tat gehört es zur Ideologie und zur Verschleierungstendenz des heutigen Kapitalismus, Planungselemente, Krisenmanagement und Systematisierung kollektiver Vorgänge als nicht mehr kapitalistisch auszugeben, sondern als (positive) Folgeerscheinung des Machtantritts klassenenthobener, an Verwertungsinteressen nicht mehr gebundener und vom Kapital daher nicht mehr gesteuerter oder steuerbarer Führungsgruppen. Die generelle Planungsaufgabe des staatlichen Organisators erwächst vielmehr organisch aus der notwendig gewordenen Produktionsplanung der Einzelkapitale. Sie weitet diese gesamtgesellschaftlich aus in dem Masse, in dem für das Einzelkapital (für das reale Kapital also) es zur unumgänglichen Rahmenbedingung geworden ist dass gesellschaftliche Bewegungen und Prozesse in institutionell geregelter Weise überschaubar, kontrollierbar gemacht werden und letzten Endes jedes Gewicht für die kurz- oder langfristige Weiterentwicklung der Mehrwertproduktion verlieren. Und das wird

von den politischen Vertretern des Kapitals durchaus erkannt, auch wenn sie verständlicherweise der Wirklichkeit einen verschleiern Namen geben und die Neutralisierung des Klassenkampfes ordnungspolitische Sicherheit nennen – ein Wort indessen, das die Beziehungen zu spezifischen Formen der Unterdrückung keineswegs leugnet. Kurt Biedenkopf meint, dass es zu den unerlässlichen Rahmenbedingungen einer marktwirtschaftlich betriebenen Wirtschaftspolitik gehört, den Unternehmen wenigstens für die Zeiträume ihrer eigenen Planungszyklen eine ordnungspolitische Sicherheit zu gewähren, d.h. ihnen eine verlässliche Auskunft darüber zu geben, mit welchen Änderungen im Bereich der gesellschaftlichen, gesellschaftspolitischen Daten sie rechnen müssen. Niemand ist bereit, das allgemeine politische Risiko mit in Kauf zu nehmen, dass sich die ordnungspolitischen Daten kurzfristig grundlegend ändern.

Bildet die Gesellschaftsplanung einen Bestandteil der institutionellen Strategie, die praktische Umsetzung in der spezifisch bürgerlichen Formbestimmtheit der Politik (rechtlichstaatliche und rechtsstaatliche Regelmäßigkeit, organisatorische Zusammenfassung gesellschaftlicher Kräfte, Ritualisierung von Konflikten) einer permanent gewordenen, präventiven Konterrevolution, so erscheint sie vordergründig als bloße Willkürmassnahme zur Herrschaftssicherung. Sie ruft daher den Eindruck einer massenfeindlichen, nur vom Machtstreben der Bourgeoisie bestimmten Verschwörung hervor. Es wird zwar immer einen komplexen Zusammenhang von Absprachen, objektiven Erfordernissen, informell vorgebrachten, aber manchmal auch sehr formell-institutionell weitergegebenen Wünschen geben. Ökonomie und Politik, konkret gesprochen die ökonomischen Herrschaftsgruppen (die Bourgeoisie) und die politischen Führungsgruppen zetteln keine förmliche Verschwörung gegen das Volk oder gegen die abhängigen Klassen an. Dennoch planen sie gemeinsam Massnahmen und gesetzliche Regelungen und treffen ebenso gemeinsam die nötigen Anstalten – gewiss nicht «gegen das Volk», sondern lediglich zu ihren eigenen Gunsten und zur Aufrechterhaltung der Kapitalreproduktion. Dazu gehört zum Beispiel, dass der Produktionsantagonismus nicht nur auf dem Weg der öffentlichen Kommunikation verdeckt wird, sondern ebenso sehr institutionell ausgeschaltet werden soll durch bewusst herbeigeführte Verlagerung politischer Interessen auf Einkommens- und Verteilungsprobleme: die tendenzielle Verschleierung des Klassenkonflikts

der Produktionssphäre durch die Pluralität sektoraler Konflikte in der Distributionssphäre. Hier können nur Mystiker glauben, die spezifische Umpolung von Klassenunterschieden, die zum Beispiel unter dem Namen des Pluralismus läuft, erfolge planlos und ohne Arg: bewusste Folge geistesgeschichtlicher Entwicklung (für die einen) oder der Kapitalbewegung (für die anderen).

Die Neutralisierung der Massenartikulation und des unmittelbaren Produktionsverhältnisses stellt jedoch kein politisches Machtprogramm dar – weder der Bourgeoisie noch der Politiker, so sehr die erstere an ihrer Herrschaft (auch eine Rahmenbedingung der Akkumulation) festhalten will und die letzteren in menschlich überaus verständlicher Weise gerne Träger von Machtbefugnissen bleiben oder werden wollen. Nicht der Machtanspruch macht den Plan und die damit verbundene Veränderung im politischen System (die Transformation des Verfassungsstaats) erforderlich, sondern der Akkumulationsprozess. Erst in dessen Folge stellt sich das Machtproblem. Wäre ungestörte Akkumulation auch bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe möglich, würde sich die Bourgeoisie mit der Institutionalisierung der Konfliktsituation begnügen und sich keineswegs auf einen Machtkampf einlassen. Ihre Klassenherrschaft gründet sich ökonomisch und braucht die unmittelbare Beteiligung an der Staatsmacht nicht. In anderen geschichtlichen Situationen unternahm die Bourgeoisie nichts gegen die politische Machtstellung des Adels, sofern sich dieser der Kapitalentfaltung nicht in den Weg stellte und deren formelle Bedingung, die Regelmäßigkeit, oder den Rechtsstaat akzeptierte (Beispiel Preussen). Gewiss muss dies – ebenso nach der geschichtlichen Spezifizierung – relativiert werden. Soziologisch gesehen geraten einzelne Kapitalfraktionen oder -gruppen in der Frage der politischen Formbestimmtheit in Gegensatz zu anderen und streben auch andere Formen der Machtausübung an. Der Sachverhalt ist von der Faschismus-Diskussion her hinlänglich bekannt. Ebenso kann in soziologischer Sicht die Transformation der politischen Formbestimmtheit, also die besondere Macht- und Verfassungsstruktur des Staats sich aus dem Zusammenwirken besondere gesellschaftlicher Interessen einerseits, verschieden orientierter Führungsgruppen andererseits ergeben. Solche Bündniselemente sind zuweilen für die institutionelle Regelung durchaus bedeutsam. Man denke an die nachfaschistischen Verfassungen die in einzelnen Ländern (zum Beispiel Frankreich und

Italien weitaus weniger Westdeutschland) eine Kompromisslösung darstellten – der labilen Klassenlage, aber auch der Verunsicherung über den weiteren Verlauf der weltpolitischen Konflikte geschuldet. Oberflächlich im bornierten Wortsinn sind diese geschichtlich feststehenden Erscheinungsformen nicht. Als Ausdruck wirklicher Prozesse übernehmen sie den entsprechenden Wirklichkeitsgrad.

Demgegenüber ist es aber anders, wenn – in der schon angedeuteten Veränderung des Verhältnisses von ökonomischer Basis und politischem Überbau – die soziologische Sicht und die ideologische Faktendarstellung nicht gerade beiseite geräumt, aber doch ihrerseits relativiert werden. Der Staat als realer Organisator existiert weder neben und ausser der Gesellschaft, noch kann er sich der materiellen Basis entheben. Alle Transformation des bürgerlichen Staats der Gegenwart, von faschistischen Regimes über korporative Planungsstrukturen bis zur «Ordnungspolitik» und den Praktiken der «Sicherheitsüberprüfung», von der Machtverschiebung innerhalb der Verfassungsorgane bis zur Verstaatlichung der Parteien und der Gewerkschaften, findet ihre Grundlage in der Koppelung und im Widerspruch von Akkumulationsstand auf der einen Seite (der Seite des Kapitals) und Grad der Klassenreife (auf der Seite der Arbeit, gesellschaftlich gesehen des Proletariats).

[Zur Transformation der Demokratie]

Aus: Johannes Agnoli; «Die Transformation der Demokratie»; Freiburg 1990. S. 33 – 44

Bestrebungen, im kapitalistischen System der Produktion den Konflikt zwischen dem «command of labour» und den Arbeitenden in beiderseitiger Zufriedenheit zu schlichten, sind schon älteren Datums. Sie gingen von der richtigen Erkenntnis aus, dass das Spannungsverhältnis von Leitung und Belegschaft im Betrieb die Produktivität der Arbeit beeinträchtigt und auch das ausserbetriebliche, politische und private Verhalten in ungünstiger Weise beeinflusst. Gesucht wurde nach Methoden, die mit dem geringsten, möglichst unmerklichen Repressionsgrad die höchste Ausnutzung des Profitmechanismus sichern. Insofern begann der Kapitalismus schon vor der jetzigen, «dritten Entwicklungsphase der Demokratie» (Flechthelm), innerbetrieblich sozial zu werden. Human relations, Staffelfung der Befehlsgewalt durch Delegierung von Macht nach unten, freundliches Betriebsklima, ein in Grenzen gehaltenes, aber wirkungsvolles Aus-

spracherecht (kein Mitentscheidungsrecht!) dienten dazu, Statusfixierung zu erzeugen und manipulativ ausgeübte Unterdrückung akzeptabel zu machen. Drängte schon die damit gewonnene positive Erfahrung dazu, Befriedungstechniken auf den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozess auszuweiten, so zwang die offene Konfliktsituation in den desintegrierten Gesellschaften des Westens nach dem Zweiten Weltkrieg, um der Sicherung des Systems willen eine allgemeine Politik des sozialen Ausgleichs zu versuchen.

Die innerbetriebliche Ruhe und Zufriedenheit genügen nicht, wenn aus der Gesellschaft – durch die Tätigkeit von Gewerkschaften und Parteien – Unruhe und Kampf in die Betriebe hineingetragen werden. Dass auch hier nach der staatlichen Vermittlung, nach einer durch staatliche Organe verabschiedeten und garantierten Regelung gerufen wurde, gehört zur spezifisch sozialpolitischen Seite der heutigen Verfilzung von Staat und Gesellschaft und des neuen wechselseitigen Verhältnisses von Verwaltung und Wirtschaft. Es kommt noch eines hinzu. Der gesellschaftliche Antagonismus bedroht bestehende Zustände in der Masse, in der er seine bloss gesellschaftliche Qualität abstreift und in einen politischen Konflikt; in einen Kampf um öffentliche Herrschaft umschlägt. Wird aber die Frage der Macht gestellt, so greift der Antagonismus den Bestand des Staates direkt an. Gesellschaft und Staat finden unter diesem Druck zueinander; Das soziale Programm des Friedens verbindet sich mit der durchaus präzisen Forderung der Politik, den Antagonismus aufzulösen, und wird zu einer umfassenden Zielsetzung, in der die Träger gesellschaftlicher Macht sich in einem Boot mit den Trägern der Staatsgewalt treffen. In dem Verhältnis von Befehlsgewalt und Abhängigen in der Wirtschaft, in der Organisation der Kultur, in gesellschaftlichen Organisationsbereichen überhaupt, schliesslich in den Beziehungen zwischen Regierten und Regierenden (klassisch formuliert; zwischen Führung und Masse) sollen unvermeidliche Reibungen, Auseinandersetzungen, Interessenstreit nicht etwa beigelegt, sondern so ausgetragen werden, dass dabei keine nennenswerte Störung im normalen Ablauf des kollektiven Lebens eintritt.

Die internationale Stellung kapitalistisch-traditioneller Gesellschaften trägt auch dazu bei, in der inneren Befriedung die unumgängliche Bedingung sowohl einer wünschenswerten Expansion nach aussen zu sehen – wie auch der

Abwehr gegen revolutionär-experimentelle Gesellschaften. Wie selbst in dieser Hinsicht der Antagonismus zu entgegengesetzten Positionen führt – und damit seine Wirklichkeit beweist und die Notwendigkeit seiner Auflösung unterstreicht – wird darin deutlich, dass die Perspektive von Krieg und Frieden sich umkehrt mit dem Wechsel des fundamentalen gesellschaftlichen Standorts. Prinzipiell kann die Befreiung der Arbeit (das revolutionäre Programm) nur im Element eines bewusst gewordenen und voll ausgetragenen sozialen Konflikts errungen werden. Die Chance, lebendig und also konkret befreit zu werden, wächst (wie übrigens schon Kant «in bürgerlicher Absicht» entwickelt hatte) mit der Festigung des internationalen Friedens. In der Politik westlicher Regierungen und in der Perspektive einer bürgerlichen Politik (mit besonderer Entschlossenheit in der Bundesrepublik) stellt sich dieses Verhältnis auf den Kopf; Die freiheitlich-demokratische Grundordnung sucht ihren Bestand im Element des sozialen Friedens zu sichern und findet ihre Bewährung im internationalen Konflikt.

Der Manipulationsnutzen des sozialen Friedens liegt darin, als Ausgleich in der Verteilung von Gütern und Chancen alle Gruppen einer Gesellschaft zu umfassen, zugleich nur diejenigen disziplinierend zu treffen, die potentiell sich gegen die ungleiche Verteilung von Herrschaftspositionen und Privilegienchancen richten. Anders gesagt; Es ist seine Funktion, genau die letzteren zurückzudrängen, zu entmachten – und dem öffentlichen Hass preiszugeben. Der soziale Friede greift die oligarchische Ordnung der Gesellschaft ebenso wenig an, wie die Praxis der human relations die Befehlsgewalt in der Produktion antastet. Daher zielt er programmatisch keineswegs auf die Überwindung der Klassengesellschaft, sondern – durch die Pazifizierung – auf das, was in Deutschland «Abschaffung des Proletariats» (Dufhues) oder – richtiger – der «Proletariatät» (Barzel) genannt wird. Mit Proletariatät ist nicht die wirkliche Stellung des Arbeiters in der Produktionsstruktur gemeint, sondern eine private und öffentliche Verhaltensweise und eine Bewusstseinsform. Und gemeint ist mit deren Abschaffung, dass der Kampf der Arbeiter um Eingriffsrechte – sei es in die staatliche, sei es in die privatwirtschaftliche Entscheidungssphäre – aufgegeben werden soll. Auf lange Sicht soll der einseitige Verzicht auf die Macht dazu führen, dass gerade die Abhängigen das System nicht nur akzeptieren, sondern auch verteidigen, dass sie in Abhängigkeit hält. Insofern stellt das Pro-

gramm des sozialen Friedens die Neuauflage des alten politischen Repressionsprogramms des Kapitalismus dar. Wenn gegen die Herrschaft keine Forderungen mehr erhoben (und gegen die Ausbeutung keine Protestaktionen mehr organisiert) werden, die Massen ihr Interesse an einer Veränderung der Gesellschaft verlieren und von der Befreiung auf die Befriedung und Befriedigung («von der Politik in die Kneipe» – v. Ossietzky) zurückgebracht werden, ist der Kapitalismus stabilisiert und gesichert. Nicht, dass der einseitige Verzicht durchgängig von einseitigen Nachteilen begleitet wäre. Eine Umschau in modernen Konsumgesellschaften genügt, um den wachsenden, wenn auch ständig gefährdeten Wohlstand der Arbeiter und der Angestellten der Industrie- und Dienstleistungsbetriebe feststellen zu können. Tendenziell gehören Konsumlusterweckung und optimale Lustbefriedigung zum Programm. Sie helfen, dabei den Verlust an Politik zu kompensieren und die Notwendigkeit der Politik zu verdecken. Dies gilt trotz der periodisch unternommenen Versuche, konjunkturelle Schwierigkeiten dadurch zu meistern, dass die Konsumfreudigkeit der Massen eingeschränkt wird. Der Austerität der englischen Labourregierung, der französischen Restriktionspolitik, der italienischen politica dei redditi und der westdeutschen Methode der Masshalteappelle und Masshalttemassnahmen ist fraglos gemeinsam, die Weichen zur Bewältigung von Konjunkturrückgängen vorsorglich zuungunsten der werktätigen Bevölkerung zu stellen. Neu ist das nicht. Es gehört seit jeher zu den Eigenschaften der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates, Kostenerhöhungen in der Produktion, Haushaltsdefizit, Einschnitte in die Profitrate nach Möglichkeit auf die Massen abzuwälzen. Neu ist die Erkenntnis, dass optimale Befriedigung sich vorzüglich dazu eignet, die Position der herrschenden Klasse unantastbar zu machen und Zufriedenheit mit dem politischen System zu erzeugen – vor allem wenn sie wirtschaftlich rationalisiert und gesellschaftlich manipuliert wird, also in der blossen Vorstellung des Einzelnen besteht, befriedigt und ein gleichberechtigter Konsument zu sein.

Hier beginnt sich schon die technisch-politische Folge des Friedensprogramms abzuzeichnen. Auch der soziale Friede muss sich erst in der Krisensituation bewähren. Da es keine unbedingte Garantie eines krisenlosen wirtschaftlichen Wachstums gibt, stellt sich den Politikern die Aufgabe, die Gunst der Hochkonjunktur für die Vorbereitung von Krisenmassnahmen auszunutzen. Nicht unwichtig für die politische Stabilität

ist die Möglichkeit, einen Vorschuss an Vertrauen einzusammeln, ganz gleich, ob das Vertrauen sich bei allen Führungsgruppen eines Verfassungsstaates gemeinsam akkumuliert (bei Regierung und Opposition), oder sich auf die jeweils regierende und opponierende Gruppe verteilt. Die Ordnung gerät nur aus den Fugen, wenn alle konstitutionellen Führungsgruppen das Vertrauen der Massen verlieren, die so dann – sofern sie durch den Frieden politisch bereits deformiert sind und keine Emanzipationsbewegung hervorbringen können – ihre Hoffnungen auf Gegenoligarchien setzen. Bekanntlich kann es dabei geschehen, dass selbst die herrschende Klasse die Wachablösung durch Gegenoligarchien als ein Mittel betrachtet, aus der Krise herauszufinden (Faschismus in Italien und Deutschland). Zweitens: Da die Hochkonjunktur der Regel nach eine Vertrauensbasis für die regierende Gruppe schafft, kann diese unangefochten die nötigen rechtlichen und ideologischen Vorkehrungen für die Krise treffen. Hier zeigt sich am stärksten die politische Fähigkeit, die Gunst des Augenblicks und die Chance der Manipulation zu erkennen.

Die zufrieden stellende Verteilung produzierter Güter, die Bildung eines Konsumentengefühls und die daraus resultierende Orientierung des gesellschaftlichen Bewusstseins an der Distribution entwickeln auch eine andere Seite: den so genannten Pluralismus, der wohl die wesentliche Grundlage einer Befriedungspolitik liefert.

Der Streit, ob wir in einer plural gegliederten oder antagonistisch zerrissenen Gesellschaft leben, geht an seinem Gegenstand vorbei. Wir haben es vielmehr mit einer verdoppelten gesellschaftlichen Wirklichkeit zu tun, in der beide Aspekte auf verschiedenen Ebenen auftreten. Genau diese, selbst in der marxistischen Kritik am Spätkapitalismus übersehene Verdoppelung macht Manipulationen im grossen Stil erst möglich. Die Pluralität der Interessen – eine Wirklichkeit – und der damit zusammenhängende – ebenso wirkliche – Pluralismus auf der Distributionsebene wirkt politisch der Polarität entgegen, die nach wie vor an der Basis der Gesellschaft besteht. Die Verdoppelung gilt nicht nur im gesellschaftlichen Zusammenhang und auch nicht nur für die abhängige Klasse. Selbst Herrschaftsgruppen und -verbände sind davon betroffen. Ein Unternehmerverband ist heutzutage genötigt, zuweilen auf der einen Seite: auf der Distributionsebene, also gegenüber den Konsumenten gegen andere Unternehmerverbände anzutreten (Kohle gegen Erdöl), dennoch bildet er auf der

Produktionsebene mit allen anderen Unternehmerverbänden eine gemeinsame Front gegen die organisierte Arbeiterschaft. Der in den Vordergrund gerückte Pluralismus der Distributionssphäre aber macht die Monopolisierung der Herrschaft auf der Produktionsebene und die antagonistischen Spannungen der gesellschaftlichen Polarität weitgehend unsichtbar. Nicht nur das (selbst manipulativ erzeugte) Konsumentenverhalten verschafft ihm ein eindeutiges Übergewicht. Auch die staatliche Tätigkeit leistet eine beachtliche Hilfe, da in der parlamentarisch-gouvernementalen Pragmatik einer befriedeten Gesellschaft allein die Interessenpluralität öffentlich vermittelt wird, während Polarität und Antagonismus von jeder Form staatlicher Veröffentlichung ferngehalten werden. Der so zwischen Konsumwerbung und Distributionspolitik eingekleitete Einzelne kann die doppelte Wirklichkeit nur noch halb sehen: die «Republik des Marktes» und nicht die «Despotie der Fabrik» (Paschukanis); die Vielfalt organisierter Interessenvertretung, nicht die Trennung von Oligarchie und Masse; unzählige Gruppen von Einzelnen, die ihren Anteil am Genuss produzierter Güter erhöhen wollen, nicht den Widerspruch zwischen Kollektivproduzenten und Produktionseigentümern. Es ist diese Blindheit der Massen, die den Kontrast der Konsuminteressen verschärft und zur sozialen Differenzierung, zur politischen Zersplitterung der abhängigen Klasse führt – und dadurch den sozialen Frieden mit ermöglicht. Erst im Laufe der Entwicklung pluraler Interessenkonflikte kann die Gesellschaft von ihrem eigenen Stabilisierungsgesetz entweder in die Auflösung oder – um die Auflösung zu vermeiden – in den Faschismus getrieben werden. Inwiefern verfassungsstaatliche Mechanismen dies verhindern, wird gleich zu sehen sein. Ihre Eignung zum Programm des Friedens ist jedenfalls daran zu messen, wie sie den Pluralismus staatlich begünstigen ohne seine negativen Tendenzen zu stärken.

Hier setzt die Transformation des Verfassungsstaates in seiner spezifisch bürgerlich-kapitalistischen Form: dem parlamentarischen Regierungssystem, an. Sie spiegelt die Reduktion des Antagonismus auf den Pluralismus wider. Ohne sie kann der Kapitalismus nicht auskommen, da der heutige Staat selbst gesellschaftlich wirkt, als Verwaltungs- und Wohlfahrtsstaat auch Verteilungsfunktionen übernommen hat und sich daher konkret in die Verdeckung (oder revolutionär in die Austragung) der Polarität einschaltet. Das parlamentarische Regierungssystem

system vermittelt aber eine solche Reduktion keineswegs automatisch und bürgt in seiner überkommenen, verfassungsmäßig reinen (also: parlamentarischen) Form keineswegs für Befriedung und für eine lückenlose Sicherung der bestehenden Ordnung. Die westliche Demokratie, zweifellos die der «Marktwirtschaft» adäquate Weise öffentlich-rechtlicher Herrschaft und selbst ein Produkt des Kapitalismus, ist nicht dessen sicherster Garant. Zwar liefert sie genau das Modell für die eingangs erwähnte Manipulationspraxis in den Betrieben: ein System, das bei geringster Unterdrückung der Massen (nirgends fühlen sich die Regierten so frei wie in den westlichen Demokratien) die höchste Ausnutzung gesellschaftlicher Herrschaft staatlich sichert. In ihr wirkt sich aber immer noch eine Ambivalenz aus, die in ihrer Idee selbst liegt und immer wieder hervorbricht, wenn die Idee von politischen Bewegungen ernst genommen und als Werkzeug des Fortschritts gebraucht wird. Ambivalent ist vor allem das Parlament, das – geschichtlich gesehen – in der Absicht zunächst plebejischer, sodann proletarischer Parteien einem anderen Zweck dienen sollte als dem von den grossbürgerlichen Initiatoren des Verfassungsstaates gemeinten. Die Frage kann unbeantwortet bleiben, ob nun im Verlauf der Entwicklung des Parlamentarismus der eine oder der andere Zweck erreicht werden konnte. Sicherlich war das Bürgertum klug genug, in das parlamentarische System Anpassungsfaktoren einzubauen, um durch sie möglichen proletarischen Missbräuchen begegnen zu können. Das Repräsentationsprinzip – der Kern des Parlamentarismus – wurde als Verfassungsnorm erdacht, gewollt und verwirklicht mit einer genauen repressiven Aufgabe, die schon von Anfang an einen Befriedungscharakter trug. Es galt, friedlich aber wirksam die Mehrheit der Bevölkerung von den Machtzentren des Staates fernzuhalten. Zugleich bot zwar nicht das liberale Repräsentationsprinzip, gewiss aber die parlamentarisch ebenso denkbare Form der imperativen Vertretung von Reform- und Umwälzungsansprüchen abhängiger Massen diesen die Möglichkeit, den Basis Konflikt auf die staatliche Ebene zu übertragen und den Klassenkampf mit den Mitteln des politischen Staates auszufechten.

Die bürgerliche Verfassung in ihrer ursprünglichen, sich selbst widersprechenden Form hält den Weg offen, den gesellschaftlichen Antagonismus staatlich zu reproduzieren. «Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie

durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politische Garantie dieser Macht. Sie zwingt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Siege verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen. Von den einen verlangt sie, dass sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fortschreiten, von den anderen, dass sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen.» (Marx) Damit ist aber auch in Aussicht gestellt, dass der Durchbruch zur sozialen Emanzipation – und nicht bloss die Reproduzierung des Klassenkampfes – auf dem Boden und mit den Mitteln der bürgerlichen Verfassung erfolgen kann. Gerade dieser Aussicht galt die grosse Angst von Jakob Burckhardt, für den die Einführung des allgemeinen Wahlrechts einer behördlichen Genehmigung zur «permanenten Revolution» gleichkam – und die grosse Hoffnung des Engländer Harold Laski, der in der Bildung einer breiten Wählermehrheit für sozialistische Parteien die Chancen einer friedlichen, durch Ausnutzung liberaler Institute herbeigeführten Umwälzung erblickte: der «revolution by consent».

Das unterstreicht in der Sicht der «Bourgeoisie» nur die objektive Notwendigkeit, von der sozialen Restauration zur politischen Involution überzugehen und die Chance einer demokratischen Transformation des Verfassungsstaates zu verringern, wenn schon Massenemanzipation unmöglich gemacht werden soll. Damit ist nicht gesagt, dass die Träger gesellschaftlicher Herrschaft in einem radikalen, den Kern ihres Verhaltens und ihrer Praxis treffenden Sinne auf eine Verfassungsänderung reaktionären Charakters ausgingen. Die berühmten Schubladengesetze des Innenministers der Bundesrepublik dürften selbst für einen autoritären Verfassungsstaat atypisch sein. Nur müssen Strukturdefekte im Herrschaftsmechanismus und Lücken im Manipulationssystem rechtzeitig erkannt und es muss die richtige Abhilfe geschaffen werden. Tatsächlich kann die Möglichkeit einer revolution by consent zu einem Strukturdefekt werden und die unangefochtene Umsetzung gesellschaftlicher Herrschaft in eine parlamentarisch-konstitutionelle Form erschweren. Wie Gesellschaften zeigen, die noch nicht ganz pluralistisch verdeckt sind (Griechenland, Italien), bricht der Antagonismus immer wieder durch die Decke der Distribution – zuweilen mit den Mitteln der Repräsentation –

hindurch. Selbst in integrierten Gesellschaften ist er latent vorhanden. Die Klassenspannungen scheinen stark genug zu sein, fundamentaldemokratische, plebejische Tendenzen zu erzeugen, die bei entsprechender Bewusstheit der Massen und in entsprechender organisatorischer Vorbereitung leicht in sozialistische Forderungen umschlagen können. Bekanntlich gibt es auch einen gewaltsamen Weg, dem zuvorzukommen: den Weg der präventiven Verteidigung gegen sozialistische Bestrebungen und Umrtriebe. Anfang der zwanziger Jahre in Italien, der dreissiger Jahre in Deutschland schien dieser Weg der bequemste zu sein. Grosskapital, Grossagrariere (und in Italien die katholische Kirche) hielten es für angebracht, den Verfassungsstaat fallen zu lassen und auf den Faschismus zu setzen. Ihnen versprach aber der Faschismus nichts anderes, als heute in veränderter Situation mit angemesseneren Mitteln erzielt werden soll: den sozialen Frieden. Gemessen am Faschismus, liegt der heutigen Transformation der Demokratie zu einem rechtsstaatlichen Sicherungssystem des Kapitalismus der humanitäre Gedanke zugrunde, durch eine Auflösung der Ambivalenz der Vertretungsorgane und der Vertretungsparteien die Notwendigkeit des offenen Terrors in Krisenzeiten zu umgehen. Positiv ausgedrückt: Bestehende Verhältnisse, die sich in der Sicht der Kon-servation bewährt haben, können friedlich bewahrt werden, wenn ihre politische Organisationsform die Möglichkeit eines antagonistischen Inhalts abstreift und nicht mehr als Werkzeug der sozialen Emanzipation gebraucht und missbraucht werden kann.

Die institutionelle Steuerung setzt allerdings voraus, dass eine solche Organisationsform vom Volk allgemein anerkannt und als einziges Mittel der politischen Auseinandersetzung akzeptiert wird. Keine konservative Hoffnung kann rein institutionell in Erfüllung gehen, wenn die Hoffnung auf radikale Veränderung sich um die Institutionen nicht kümmert. Der Erfolg einer verfassungsstaatlich gerichteten Technik des sozialen Friedens steht und fällt mit der Institutionsgebundenheit der Objekte der Befriedung – der grossen Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist ihrerseits manipulativ herstellbar, sei es durch eine langwierige politische Erziehung, sei es durch einen rechtlichen Druck: In England kann sich die Bevölkerung keine andere Lösungsmöglichkeit des gesellschaftlichen Konflikts vorstellen als die konstitutionell-gewohnheitsrechtlich eingespielte; in Westdeutschland werden die Einzelnen und die Mas-

sen polizeilich, gerichtlich und verfassungsgerichtlich daran gehindert, eine Lösung ausserhalb des Verfassungsrahmens zu suchen. Jeder Versuch, den sozialen Frieden freiheitlich-demokratisch zu verwirklichen und den Zustand der Befriedung aufrechtzuerhalten beginnt damit, dass der ganze politische Kampf gesellschaftlicher Kräfte auf die parlamentarische Auseinandersetzung und auf den Kampf der Parlamentsparteien untereinander zurückgeführt wird. Und das entspricht allerdings genau dem geschichtlichen Funktionssinn und dem Herrschaftsauftrag eines Verfassungsstaates, der von seiner Ambivalenz befreit worden ist: In der Gesellschaft vorhandene, teils sich hart widersprechende Kräfte sollen parlamentarisch und durch das Parteiensystem nicht reproduziert und damit politisch potenziert, sondern repräsentiert und in ihrer Widersprüchlichkeit entschärft werden.

Erweist sich die Festlegung der Massen (und der Öffentlichkeit) auf das parlamentarische Spiel und auf die Auseinandersetzung der Parlamentsparteien untereinander als ein Mittel der Befriedung, so kann diese Technik durchaus an der realen wirtschaftlichen Lage der Massen selbst scheitern. Günstig wirkt sich eine hochkonjunkturelle Lage aus, in der die Konsumhypertrophierung die Produktionsverhältnisse, die Vollbeschäftigung die Unsicherheit des Arbeitsplatzes in Vergessenheit geraten lässt. Diese Wechselwirkung fand nicht nur in Westdeutschland nach dem Koreaboom statt. Sie trat in Italien während der kurzen Periode wirtschaftlicher Prosperität Anfang der sechziger Jahre ein. Sie hörte jedoch in Belgien auf, als nach der Kongo-Krise die Arbeiter sich nicht mehr von ihrer parlamentarischen Vertretung, sondern nur von dem direkten Kampf gegen Regierung und Kapital eine Überwindung ihrer Schwierigkeiten versprochen. Das belgische Beispiel zeigt, dass bestehende Verhältnisse in Krisenzeiten gefährdet werden, wenn nicht in Wohlstandszeiten die Parlamentarisierung der Konflikte soweit wie möglich lückenlos und mit voller Zustimmung der Bevölkerung gelingt. Die Art, in der diese Zustimmung eingeholt werden kann, variiert von Land zu Land und in einem Land von Gruppe zu Gruppe. In zivilisatorisch fortgeschrittenen Ländern dürfte eine besonders bestechende Seite der Parlamentarisierung entscheidend sein, die vor allem die durch Ruhe- und Ordnungspartien leicht bestechlichen Zwischenschichten der bürgerlichen Gesellschaft überzeugt. Werden Konflikte in der Form des Wahlkampfes und der Par-

lamentsabstimmung ausgetragen, so ist darin schon die Gewähr einer friedlich-unblutigen Auseinandersetzung enthalten, die weder die Ruhe der Bürger noch die Ordnung des Staates stört. Nach der altenglischen Parole: Wahlzettel statt Gewehrkugeln, nimmt die Methode des politischen Kampfes für sich in Anspruch, das System der gesellschaftlichen Integration (den Zweck) schon in der Anwendung friedlicher Mittel vorwegzunehmen. Die Überzeugungskraft einer an sich involutionsgerichteten und inhumanen Integration zugunsten etablierter Mächte liegt derart nicht in dem angestrebten Zweck, sondern in der Auswahl von Mitteln, die eo ipso als human und friedlich ausgegeben werden können. Dem entspricht propagandistisch, den Vorrang der angewendeten Mittel vor einem jeden Zweck nachdrücklich zu betonen. So ist auch die oben festgestellte Priorität der demokratischen Verfassung des Staates (eines Mittels) gegenüber einer demokratisch emanzipierten Entwicklung der Gesellschaft (einem Zweck) zu verstehen.

So wichtig indessen es auch sein mag, dass kein Zweck irgendeine Mittel heiligt; so sehr es auch einleuchtet, dass «ein heiliger Zweck, der unheiliger Mittel bedarf, ein unheiliger Zweck ist» (Marx), ebenso sehr muss man sich vor einer abstrakten Verrückung im Werturteil vom Zweck zu den Mitteln hüten. Sie kann allerhand unheilige Zweckmässigkeit verbergen. Es entstammt einer allerdings althergebrachten Bewusstseinskonfusion, dass Repression mit «friedlichen» Mitteln humaner sei als Emanzipation mit gewaltsamen Mitteln. Mit Recht bemerkt Duverger, dass eine solche Verschiebung selbst ein Herrschaftsmittel darstellt und immer der bevorrechteten Klasse und der «etablierten Unordnung» dient. – Um so mehr als Herrschende sich im Gegensatz zu den Beherrschten jederzeit die Grosszügigkeit der Mittel leisten können, wenn keine «gemeingefährlichen Umtriebe» zu befürchten sind. Panis et circenses, seit jeher ein vorzügliches Mittel der friedlichen Zurückdrängung potentieller Massenunruhen und der schmerzlosen Knechtung, sind in Wirklichkeit: in der Perspektive geschichtlicher Prozesse und deren Öffnung zur Evolution oder Involution, inhumaner als der Sturm auf die Bastille oder auf das Winterpalais. Nicht Brot und Spiele noch Wahlzettel, sondern die Gewalt hat im Laufe der bisherigen Geschichte soziale Kräfte der Manipulation entzogen und Freiheit verwirklicht.

Aus: Johannes Agnoli; «Thesen zur Transformation der Demokratie»; in «Konturen» Nr. 31.

Nach der Niederlage des Faschismus stand die Restauration des parlamentarischen Regierungssystems in den westeuropäischen Ländern im Zeichen des gleichen Problems, das der historische Faschismus nicht hatte erfolgreich lösen können: die ohnehin in Bewegung geratenen – Massen der Abhängigen im Zustand der Abhängigkeit zu halten, ihre Emanzipation zu verhindern, die als Umwälzung der Produktionsverhältnisse beginnen sollte.

Die Schwierigkeit lag – und liegt – in dem ambivalenten Charakter, den das Parlament unter Umständen annehmen kann. In einer dynamisch gewordenen bürgerlichen Gesellschaft, die ebenso durch den Antagonismus der Produktion gekennzeichnet ist wie durch die Interessenpluralität der Distribution, können sich Vertretungskörperschaften als Instrumente bieten, den Antagonismus staatlich zum Ausdruck zu bringen und so den (gesellschaftlichen) Klassenkampf zum politischen Herrschaftskonflikt zu potenzieren.

So gesehen, kann das parlamentarische Regierungssystem nur dann die bürgerliche Herrschaft garantieren und den Kapitalismus schützen, wenn es gelingt, seine Ambivalenz zurückzudrängen. Es muss als Mechanismus funktionieren, der antagonistische Konflikte so weit wie möglich politisch «irrelevant» macht und plurale Interessenkonflikte staatlich kontrolliert und befriedet.

Die von Friedrich Engels entwickelte Perspektive kehrt sich derart um: die «bürgerliche Republik», nach Engels die beste Form für die offene, unter Umständen sogar friedliche Austragung des Klassenkampfes und des Herrschaftskonflikts, versucht bürgerlich zu bleiben und transformiert sich zur besten Form, die abhängige Klasse in das kapitalistische System der Produktion und in das bürgerliche System der Herrschaft zu integrieren. Das «Volk» wird zur blossen Manövriermasse im Konkurrenzstreit politischer Führungsgruppen degradiert. Beispielfähig, durchaus vorbildlich für andere «parlamentarisch» regierte Länder vollzog sich diese Transformation in der Bundesrepublik.

Zu den wichtigsten Aspekten dieses Versuchs, den Kapitalismus stabil zu machen und politisch zu sichern, gehören:

a) die Auflösung der Klasse der Abhängigen in einem pluralen System von Berufskategorien. Sie erwies sich schon in der faschistischen Fassung als geeignet, der objektiven Polarisierung der Gesellschaft von der subjektiven, organisatorischen und bewusstseinsmanipulativen Seite her entgegenzutreten. Dem organisierten Kapitalismus stehen hier wirksamere Mittel zur Verfügung als dem früheren Konkurrenzkapitalismus. Und aus den Fehlern des faschistischen Pluralismus hat der demokratisch genannte schliesslich auch gelernt.

b) In der staatlichen Reproduktion der Gesellschaft schlägt dies um in die Formalisierung der Parteienpluralität. Gemeint ist, dass zwar mehrere, den Herrschaftstendenzen nach allerdings am besten zwei Parteien um den Machtanteil konkurrieren, die einzelnen Parteien dabei aber weitgehend sich angleichen. Sie verzichten darauf, konkrete gruppen- oder klassengebundene Interessen zu vertreten, werden zur allgemeinen Ausgleichsstelle und stehen in einem nach aussen hin unterschiedslosen Austauschverhältnis mit allen realen Gruppen und allen idealen Positionen ausgenommen die an Strukturveränderungen interessierten Gruppen und die revolutionären Ideen. Solche Parteien trennen sich von der eigenen gesellschaftlichen Basis und werden zu staatspolitischen Vereinigungen: zu den Amtsträgern des staatlichen Ausgleichs.

c) Die verstaatlichten Parteien entwickeln eine neuartige gesellschaftliche Qualität, die mit ihrer eigenen materiellen Interessenlage verbunden ist: sie sind an der Aufrechterhaltung der Verhältnisse interessiert, die ihre eigene Verstaatlichung und feste Etablierung an der Macht ermöglichen. Dadurch koppeln sie sich – ganz gleich, ob sie Massenparteien sind oder nicht – mit den Interessen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, denen es ebenso an der Konservierung der gegebenen Strukturen gelegen ist. Insofern ist die alte Frage müssig, ob die politisch herrschenden Gruppen Handlanger der herrschenden Klasse sind oder ob sie eine selbständige gesellschaftliche Klasse (die politische Klasse) darstellen. Sie sind selbst ein Teil, nämlich der politische, der herrschenden Klasse. Genauer: sie sind deren staatliche Funktion. Auf diese Weise wird der gesellschaftliche Antagonismus im Parteiensystem nicht mehr widerspiegelt. Im staatlichen Herrschaftsapparat findet nur die Reproduktion des einen Pols der Gesellschaft statt, der sonst antagonistisch in Frage gestellt wäre. Das heisst: die Trennung der Parteien von der gesellschaftli-

chen Basis trifft nicht alle Klassen und Gruppen gleich, da von der Vertretung auf der Ebene der staatlichen Macht nur die Gruppen ausgeschlossen werden, die potentiell die Verhältnisse ändern wollen: die Abhängigen. Sie finden bei politischen Grundsatzentscheidungen kein Sprachrohr, so sehr sie auch in Marginalproblemen der politischen Pragmatik mit der einen oder der anderen Partei besser fahren mögen.

d) Ideologisch bezeichnen sich gerade solche Parteien, die sich den breiten Massen entfremdet haben, selbst als Volksparteien. Die Volksparteien entwickeln einen neuartigen, durch die Zusammenarbeit der eigenen Führungsstäbe bedingten Herrschaftsmechanismus, in dem verdinglichte, obrigkeitliche Machtzentren in sich zirkulierend ein Konkurrenzverhältnis eingehen. Nur ist dieses Konkurrenzverhältnis oligokratisch organisiert und hat mit dem Prinzip der freien Konkurrenz ebenso wenig zu tun wie die organisierte Marktaufteilung des modernen Oligopolkapitalismus mit dem freien Wettbewerb. Die offene Konkurrenz zirkulation politischer Führungsgruppen, die sich gegenseitig bekämpfen und ausschliessen, wird abgelöst von einer assimilativen Zirkulation, die in letzter Konsequenz zur Selbstauflösung treibt: zur durchgängigen Assimilation der (schein)konkurrierenden Parteien und ihrer gemeinsamen Beteiligung an der Staatsgewalt – sei es im Zusammenspiel und im Wechselmechanismus von Mehrheits- und Minderheitsfraktion, sei es in der Form der Grossen Koalition. So kämpfen die Parteien untereinander um die Regierungsmacht und bilden dennoch eine symbiotische Einheit, in deren Kreis ein abstrakter Führungskonflikt ausgefochten werden kann. Sie bilden die plurale Fassung einer Einheitspartei.

[Ausserparlamentarische Opposition]

Aus: Johannes Agnoli; «Der Staat des Kapitals»; Freiburg 1995. S. 105 – 108

Wenn man zu einer strategischen Einschätzung des heutigen bürgerlichen Staats kommen will, ist es ohnehin wenig sinnvoll, sich auf die taktischen Vorschläge und Hypothesen der Klassiker des Marxismus zu beziehen; wie es im übrigen auch wenig Sinn hat, sich sorglos und um ökonomisch-soziale Analysen unbekümmert auf die Appelle und Visionen Bakunins zu berufen. Verbleibt man in kanonisierten Vorstellungen und sieht man von der historischen Veränderung ab, die in der kapitalistischen Welt vor sich gegang-

gen ist, so gelangt man nur zu idealistischen Entwürfen und Perspektiven, die zuweilen einer gewissen romantischen und reaktionären Färbung nicht entbehren. Die Konzeption eines wirklich souveränen Parlaments bezieht sich z. B. auf reale Verfassungsbestimmtheit der beginnenden Kapitalakkumulation, als die industrielle Produktivkraft hauptsächlich durch Manufakturen und die Dampfmaschine repräsentiert wurde. Ähnliche reaktionäre Romantizismen blühen oft in sozialdemokratischen politischen Programmen, die darauf aus sind, die Sympathie kleiner Unternehmer zu gewinnen. Parallel zur parlamentarischen Restauration verspricht man die industrielle Restauration der kleinen Betriebe und die ökonomische Wiederherstellung jener idyllischen Wettbewerbswirtschaft des freien Tauschmarktes, verbunden natürlich mit einem gerüttelten Mass an staatlichen und rechtlichen Garantien.

Diese Perspektive gilt auch für eine praktische, nicht an Doktrinen festgemachte Überprüfung der theoretischen Positionen von Marx, Engels und Lenin gegenüber dem Parlamentarismus. Wie schon angedeutet, geht es in erster Linie hier um Lenin; Die schon zitierten grundlegenden Irrtümer der französischen kommunistische Partei und der französischen kommunistischen Gewerkschaft kann man zum guten Teil der traditionell-doktrinarer Treue gegenüber bestimmten Thesen Lenins zuschreiben, die in eine Weltanschauung, in ewige und unveränderliche Axiome umgewandelt wurden. Als ob man nicht wüsste, welche Rolle und welche soziale Funktion – eben eine des Bremsens und der Frustration – die Kinderkrankheit der Linken seit Lenins Stellungnahme in theoretischen und politischen Konflikten der europäischen Linken übernommen hat. Marxistisch, d. h. in einer theoretischen Argumentation, die die Praxis einschließt, muss man die historische Tragweite, aber auch den zeitbedingten Charakter der Leninschen Analyse sehen. In einer Situation, die der bitteren Ironie nicht entbehrt, muss man in dieser Hinsicht auf eine seltsame Differenz achten. Während die kapitalistischen Kräfte hemmungslos auf eigene Ordnungen und liberale Ideale förmlich pfeifen und angesichts der organisatorischen Erfordernissen des Kapitals eine staatliche Teilhabe auch an der finanziellen Verwertung des investierten Kapitals nicht verschmähen, konsultiert der Kommunist angesichts der Notwendigkeit, seine eigenen Kampfpositionen zu radikalisieren, ängstlich eine taktische Schrift Lenins und scheut vor jedem Versuch zurück, der mit Lenins Ord-

nungsvorstellungen bricht. Es handelt sich nicht darum zu verstehen, inwiefern Lenin vor einem halben Jahrhundert recht daran getan haben mag, die westlichen Parteien zu einer parlamentarischen Orientierung aufzufordern. Es handelt sich um die Einsicht, was sich in der Zwischenzeit geändert hat; welches die neuen ökonomischen und sozialen Bedingungen sind und welche Konsequenzen sich daraus für eine vernünftige Einschätzung der radikalen Kritik ergeben. Auch für Lenin gilt, was wir schon für die traditionalistischen französischen Genossen gesagt haben – nur dass er geschichtlich gerechtfertigt ist. In seinem Urteil über die parlamentarische Mitwirkung und über mögliche politische Allianzen geht Lenin von der Analyse einer Gesellschaft aus, die weder den Faschismus noch die technisch-manipulativen Möglichkeiten der postfaschistischen Umwandlung des bürgerlichen Staats kennen konnte. Noch weniger konnte er die Folgen berücksichtigen, die die Präsenz und Expansion des sozialistischen Lagers auf die Innenpolitik der westlichen Staaten, auf die soziale Haltung des Kapitalismus, in erster Linie auf die Deformation der westlichen Arbeiterbewegungen haben musste. Die staatliche Organisation des kapitalistischen Reproduktionsprozesses hat zu einer strukturellen und funktionalen Verschiebung des inneren Staatsapparats geführt, bei der Lenins Voraussetzung, das Parlament könne das Zentrum der Macht sein, hinfällig geworden ist. Das müsste aber wirklich schon längst bekannt sein. In den am meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften hat die Anzahl der erworbenen Sitze innerhalb der Repräsentationsorgane einen derart sekundären Wert, dass eine rein auf die Wahlen ausgerichtete Strategie lediglich Zeit und Energieverschwendung bedeutet. Hingegen hat sich – in einem von Lenin nicht vorherzusehenden Masse – die Rolle eines integrativen Machtinstruments immer deutlicher herausgebildet, dessen «Spielregeln» gewiss keine Regeln des anständigen Verhaltens, des fair play sind, wie die Apologeten des englischen Unterhauses zu behaupten pflegen; sondern robuste Gesetze, die einen jeden ihrer konservativen Funktionalität unterwerfen, der sie anerkennt. Ihr vordergründig rationaler und von jedem klassenspezifischen Inhalt unabhängiger Charakter ist ein um so tauglicheres Mittel, den Klassencharakter der politischen Kämpfe zu verdecken. Und hier zeigt sich gerade die dialektische Vernunft der ausserparlamentarischen und antiparlamentarischen Position der «Kinderkrankheit» des Linksradikalismus. Erst dieser deckt entgegen der aufklärerischen Legende von

der Vernünftigkeit des parlamentarischen Systems die antagonistische und klassenbedingte, gewalttätige Struktur unserer Gesellschaft wieder auf.

Gegen die dialektische Vernunft stehen handfeste Apparatsinteressen. Der Rückgriff auf Lenins Polemik gegen den Linksradikalismus und die harte Verurteilung der «Störungen» einer klugen Anpassungspolitik, die die Taktik der Desintegration verursacht, haben spezifische ideologische Implikationen. In ihnen als der Garantie der Erhaltung festgefügtter Führungsgruppen steckt die Gefahr des kommunistischen Konservatismus. Bei dem permanenten Hang, jeden Extremismus als Kinderkrankheit zu brandmarken, riskiert der Sozialismus, sich selbst zur Sklerose zu verurteilen.

Dieser alles andere als kühnen, aber immerhin doch qualifizierten Behauptung von Perlini kann man die bedrückend tradionalistische Bemerkungen Waldeck-Rochets in seinem Bericht vor dem Zentralkomitee der KPF am 9. Juli 1968 gegenüberstellen. Nachdem er aus Cohn-Bendit nichts weniger als einen Wahlagenten de Gaulles gemacht hat, schliesst Waldeck-Rochet mit dem Hinweis auf den üblichen Linksextremismus als auf den Feind Nummer eins und die «Hauptgefahr», die das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den mittleren Klassen zerstört. Spätestens hier schlägt die Argumentation allerdings Purzelbäume. Der Extremismus der Linken, der die Allianz mit den Mittelklassen verhindert, ist nach dem Genossen Waldeck-Rochet ein typisches Produkt eben der Mittelklasse selbst. Waldeck-Rochet warnt also die Arbeiter vor jenen Bürgern, vor jenen Angehörigen der Mittelklassen, die die Revolution wollen; die natürlichen Verbündeten der Arbeiter wären aber in jenen Mittelschichten zu finden, die keine Veränderung wollen, weil sie nicht bewusst unter der Last der bürgerlichen Strukturen leiden: in den konterrevolutionären Mittelschichten.

12. Wertkritik

Als Wertkritik bezeichnet man ein Theoriegebäude bestimmter postmarxistischer Kritikansätze der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Wertkritiker übernehmen von Karl Marx dessen Kritik am Warenfetischismus von *Ware*, *Wert* und *Geld*, sie wenden sich gegen die gesellschaftliche Vermittlung durch (abstrakte) *Arbeit*, kritisieren jedoch Marxens Klassentheorie und die Geschichtsphilosophie des Marxismus. Der Kapitalismus wird von Wertkritikern kritisiert, weil er für sie die *indirekte Herrschaft* eines abstrakten Verhältnisses über die Menschen darstellt, gleichwohl die Menschen dieses Verhältnis täglich aufs Neue reproduzieren. Die bürgerliche *Aufklärung* und das bürgerliche *Subjekt* (kapitalistische Zurichtungsform des menschlichen Individuums) werden von Wertkritikern vehement kritisiert. Die warengesellschaftlich-patriarchalen Verhältnisse und Formierungen/ Zurichtungen zu überwinden und eine neue Gesellschaft, einen "*Verein freier Menschen*" (Marx), anzustreben, ist erklärtes Ziel der Wertkritik.

Krisis. *Krisis* ist erstens eine Zeitschrift, die theoretische *Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft* versammelt. Zweitens ist sie jedoch mehr als das, nämlich ein lose organisierter Diskussionszusammenhang von Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen, die nicht die vorgebliche Alternativlosigkeit des kapitalistischen Weltsystems akzeptieren. *Krisis* existiert seit dem Jahr 1986 und versteht sich als theoretisches Forum zur Reformulierung radikaler Gesellschaftskritik.

Robert Kurz (*1943) ist ein wertkritischer Publizist, Journalist und Referent für die Bereiche Kultur und Wirtschaft in Nürnberg. Er war bis April 2004 Mitherausgeber der Zeitschrift "Krisis" und Mitglied der gleichnamigen Gruppe. Im April 2004 gab es jedoch eine Spaltung und die Neugründung der Gruppe "Exit", in der Robert Kurz seitdem Mitglied ist.

Weitere wertkritische Gruppen:

Exit (wertkritischer Verein und Zeitschrift), Wertkritische Kommunisten Leipzig, Streifzüge (Wertkritischer Verein und Magazin aus Österreich).

Was ist Wertkritik?

Quellenangabe: Was ist Wertkritik, Interview mit Robert Kurz und Ernst Lohoff von Krisis, http://www.balix.de/interview_was_ist_wertkritik_1998.html

Dieses Interview mit Ernst Lohoff und Robert Kurz für die KRISIS-Redaktion wurde 1998 in der Zeitschrift MARBURG-VIRUS veröffentlicht.

Frage 1: Ein zentrales Merkmal der Krisis ist ihr wertkritischer Ansatz. Könnt Ihr kurz skizzieren, was Wertkritik für Euch heißt und was den entscheidenden Unterschied dieses Ansatzes zu anderen linken Theorietraditionen ausmacht? Ist die "Kritik der Waren-gesellschaft", so der Untertitel der Krisis, dasselbe wie die Kritik der politischen Ökonomie? Was heißt Wert und Wertver-gesellschaftung?

Antwort: Was der Wert ist, weiss die Linke aus tausend "Kapital"-Schulungskursen und weiss es doch nicht. Es kann gerade heute nicht schaden, einige Grundbegriffe in Erinnerung zu rufen, um überhaupt die neue Lesart der Wertkritik verständlich zu machen. Dabei ist es notwendig, auf die logischen Grundlagen der Warenform zurückzugehen. Dadurch, dass die Mitglieder eines warenproduzierenden Systems nur indirekt (über den Markt) vergesellschaftet sind, stehen sie auch nicht durch die bewusste Verständigung über den Einsatz ihrer gemeinsamen Ressourcen in Verbindung, sondern nur durch die isolierte Verausgabung von Quanta menschlicher Arbeitskraft, die gesellschaftlich als "geronnene Arbeit" (Wert) an den Produkten halluziniert werden und diese zu Waren machen. Indem die fiktional festgehaltene Menge vergangener "Arbeit" diese Waren in ein bestimmtes Größenverhältnis setzt, erscheinen sie als Tauschwerte, nach deren Maßgabe erst nachträglich auf dem Markt ihre gesellschaftliche Vermittlung stattfindet.

Um die qualitativ verschiedenen Waren gleichnamig zu machen, muss von der konkreten Qualität ihrer Produktion abstrahiert werden; in ihrem gesellschaftlichen Bezug handelt es sich nur noch um die abstrakte Verausgabung menschlicher Energie. Der Wert bestimmt sich dabei nach der Leistung, d.h. nach der verausgabten Ar-

beitsmenge pro Zeiteinheit auf der Höhe des gegebenen Produktivitätsstandards. Die allgemeine gesellschaftliche Erscheinungsform des Werts ist das Geld: die ausgesonderte allgemeine Ware, die als universelles Tauschmittel dient und in deren Form alle Werte als Preise ausgedrückt werden. Die indirekten gesellschaftlichen Verhältnisse der Personen erscheinen also paradoxerweise als Eigenschaften der produzierten Sachen und in letzter Instanz als die abstrakte Allgemeinheit des Geldes. Das ist es, was Marx den Fetisch-Charakter der Warenform nennt. Bis zu diesem Punkt hat der linke "Kapital"-Schulungskurs das absurde, fetischistische Verhältnis noch irgendwie kritisch (scheinbar) verstanden, ohne jedoch die Konsequenzen zu ziehen und nur, um jeden Ansatz der implizierten Kritik am Wesen dieses Fetischismus sofort wieder zu vergessen oder ins "philosophische" Nebelreich abzuschieben. Denn dabei handelt es sich ja angeblich bloß um die "einfache" Warenform, während es doch um die Kritik des Kapitalismus geht! In welcher Beziehung stehen Warenproduktion und Kapitalverhältnis? Als Verhältnis zwischen unabhängigen Produzenten, in dem das Geld eine bloße Vermittlungsinstanz darstellt, kann die Warenproduktion gar nicht zu einem flächendeckenden gesellschaftlichen System werden und ist deshalb in vormodernen "naturalwirtschaftlichen" Gesellschaften auch bloße Nischenform geblieben. Erst das Kapital als Produktionsverhältnis verallgemeinert und totalisiert die Warenproduktion, und zwar dadurch, dass der Wert (und damit seine allgemeine Erscheinungsform Geld) auf sich selbst rückgekoppelt und so aus einem Medium zu einem Selbstzweck (Mehrwert) wird.

Es entsteht also eine gesellschaftliche Maschine, ein kybernetisches System der Verwertung des Werts oder ein "automatisches Subjekt" (Marx), in dem es keine unabhängigen Produzenten mehr gibt, sondern nur noch verschiedene soziale Funktionskategorien des systemisch geschlossenen Verwertungsprozesses, der unaufhörlich und auf stetig erweiterter Stufenleiter abstrakte menschliche Energie ("Arbeit") in Geld verwandelt. Der Markt ist demzufolge kein Ort der Vermittlung zwischen unabhängigen Produzenten mehr, sondern Ort der "Realisation" des gesellschaftlichen Mehrwerts und somit der fetischistischen Selbstvermittlung der abstrakten "Arbeit", die ihre Rückverwandlung in die Geldform durchlaufen muss. Zusammenfassend kann

gesagt werden, dass die Begriffe Kapitalismus (Kapitalverhältnis oder kapitalistische Produktionsweise), Wertvergesellschaftung, warenproduzierendes System, Marktwirtschaft, Arbeitsgesellschaft und Leistungsgesellschaft nur verschiedene Aspekte ein- und derselben Fetisch-Konstitution der modernen Gesellschaftsform bezeichnen.

Die logische Konsequenz für die radikale Kritik dieses gesellschaftlichen Verhältnisses wäre es also, alle diese Aspekte gleichermaßen und insofern natürlich gerade die Zentralkategorie des Werts anzugreifen und aufzuheben, um an die Stelle der Stufenleiter von "Arbeits-", Waren-, Geld-, Kapital- und Lohnfetisch die bewusste Selbstverständigung der Gesellschaft über die gemeinschaftliche Nutzung ihrer (nunmehr hochgradig ver-netzten, von direkt gesellschaftlichen Apparaten abhängigen) Ressourcen jenseits von Ware-Geld-Beziehungen zu setzen. Wenn der Begriff der Wertkritik in den Ohren der gewöhnlichen Feld-, Wald- und Wiesen-Linken trotzdem völlig fremdartig klingt, so deshalb, weil sie die grundsätzliche Fetischismuskritik gleich wieder vergessen und ihre vermeintliche Kritik der politischen Ökonomie den Boden der Wertform nie verlassen hat.

Der Arbeiterbewegungs-Marxismus in seiner Epoche von 1848 bis 1989 bezog sich stets nur auf eine verkürzte, soziologistisch beschränkte Kritik der "Aneignung des Mehrwerts" durch die "Kapitalisten", ohne den fetischistischen Systemcharakter der Wertvergesellschaftung selber anzutasten. Die Kategorie des Werts und der darauf beruhenden politischen Ökonomie wurde nicht negativ, sondern positiv verstanden, um die Aneignung "unbezahlter Arbeit" zu beseitigen und sich selber des vollen Werts als eines vermeintlich neutralen Gegenstands zu bemächtigen. Die abstrakte "Arbeit" erschien demzufolge auch nicht als historische Realkategorie des Kapitalismus, sondern als ontologische ewige Menschheitsbedingung; Wert, Ware, Geld und Markt wurden nicht als aufzuhebende gesellschaftliche Formen des Kapitalverhältnisses begriffen, sondern als positive Gegenstände der Moderne, die nur alternativ zu besetzen wären, und zwar durch den "Klassenkampf" der "Arbeiterklasse".

Aus der Sicht der Wertkritik ist dies die Paradoxie einer Kapitalismuskritik auf dem Boden und in den unbegriffenen Formen des Kapitalismus selbst. Der Grund für dieses verkürzte, wertimmanente Verständnis liegt im historischen Cha-

rakter der Arbeiterbewegung, die noch der Aufstiegs- und Durchsetzungs-geschichte des modernen warenproduzierenden Systems (alias Kapitalismus) angehörte. Nachdem die Sozialrevolten vom 16. bis zum frühen 19. Jahrhundert blutig niedergeschlagen worden waren, deren Träger sich dagegen wehrten, zur "Arbeiterklasse" unter dem Diktat der Verwertung des Werts gemacht zu werden, hatte das Kapitalverhältnis spätestens Mitte des 19. Jahrhunderts einen irreversiblen Grad der Objektivierung erreicht. Erst an diesem Punkt setzte die sogenannte Arbeiterbewegung ein, die ihre Emanzipationsvorstellungen nur noch in den kapitalistischen Kategorien denken konnte und dadurch ironischerweise selber zum Motor der Wertvergesellschaftung wurde (gegen die jeweils bornierten offiziellen Repräsentanten des Kapitals auf einem bestimmten Entwicklungsgrad).

Koalitionsfreiheit, Verkürzung des Arbeitstags, Anhebung des Lohnniveaus, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, soziale und ökonomische Staatsintervention usw. waren wesentliche systemimmanente Errungenschaften des Arbeiterbewegungs-Marxismus, die gleich-zeitig Bedingungen für die flächendeckende "Inwertsetzung" der Welt durch kapitalistische Massenproduktion wurden und an die Absorptionsfähigkeit immer größerer Mengen von abstrakter "Arbeit" gebunden blieben. Im planetarischen Osten und Süden führten dabei der Marxismus und seine Derivate in Gestalt der staatssozialistischen Systeme "nach-holender Modernisierung" sogar direkt Regie.

Die dritte industrielle Revolution der Mikroelektronik, der Zusammenbruch der "nachholenden Modernisierung" und die Weltkrise der abstrakten "Arbeit" markieren am Ende des 20. Jahrhunderts eine neue Situation, in der die objektivierten Realkategorien des warenproduzierenden Systems an eine absolute historische Grenze stossen und sich ihre Dynamik erschöpft. Wollten die alten Sozialbewegungen auf dem vormodernen Niveau nicht in das System der abstrakten "Arbeit" hineingezwungen werden, so kommt es jetzt darauf an, auf dem modernen Niveau aus diesem System wieder herauszukommen.

Das ist jedoch mit den Mitteln der bisherigen wertimmanenten Kapitalismuskritik nicht möglich, sondern erfordert einen schmerzhaften Bruch mit einer linken "Identität", von der die Wertform und alle wesentlichen bürgerlichen Gesellschafts-Kategorien blind als apriorische

Voraussetzungen genommen wurden, sodass deren jetzt anstehende radikale Kritik und "Aufhebung" zwangsläufig Unverständnis, Abwehr und Frust hervorrufen. Denn damit ist das gesamte, mehr als hundertjährige Theorie-"Kapital" des Arbeiter-bewegungs-Marxismus auf einen Schlag "entwertet".

Im Bezug auf die Marxsche Theorie stellt die Wertkritik gleichzeitig eine radikale Abkehr und eine konsequente Fortsetzung bzw. Weiterentwicklung dar. Denn bei Marx finden sich (gewissermaßen ineinander verschlungen) beide Argumentationsstränge: der wert-immanente, arbeits-ontologische und modernisierungs-theoretische "Klassenstandpunkt" einerseits ebenso wie die radikale Wert- und Arbeitskritik als Kritik des modernen gesellschaftlichen Fetischismus andererseits. In diesem Sinne sprechen wir vom "doppelten Marx". Heute müssen diese beiden Momente voneinander gelöst werden. Während sich Arbeiterbewegung und bisherige Linke auf den systemimmanenten, warenförmig konditionierten Interessenstandpunkt gestellt und den "anderen" Marx der Wert- und Fetischkritik konsequent ausgeblendet (oder bis zur Unkenntlichkeit verharmlost) haben, ist jetzt umgekehrt gerade dieses Moment der Marxschen Theorie aus seinem Dorn-röschenschlaf zu erwecken, während das verkürzte klassen-soziologische Moment verfällt.

Das heißt nicht, dass der wertimmanente Interessenkampf einfach preisgegeben wird; aber der emphatische Bezug auf den vermeintlich transzendierenden Charakter des "Klassenkampfes" ist unwiederbringlich dahin. Das fetischistisch konstituierte immanente Interesse kann nicht linear zur Wertkritik verlängert werden (im Unterschied zum Begriff eines warenproduzierenden, d.h. wertförmigen Sozialismus), sondern dazwischen liegt ein radikaler Bruch mit der bürgerlichen Interessenform selbst, der zu formulieren und praktisch zu machen ist.

Wenn die positive, scheinontologische Besetzung der "Arbeit" hinfällig wird, gibt es keinen objektiven Hebel und kein apriorisches, metaphysisches Subjekt der Emanzipation mehr: Die Verkäufer der Ware Arbeitskraft sind "an sich" nichts als Funktionsträger des warenproduzierenden Systems, Charakter-masken des variablen Kapitals. Die emanzipatorische Bewusstwerdung besteht nicht darin, dass eine kapitalistisch objektivierte soziale "Klasse" zu einem Subjekt "für sich" wird und eine ebenso objektivierte

"historische Mission" exekutiert, sondern darin, dass Menschen gerade in Distanz zu ihrem system-konstituierten sozialen Ort die kapitalistische Zumutung durchschauen und sich dagegen positionieren, ohne eine positive und willens-unabhängige Kraft der Geschichte im Rücken zu haben. Sie ist also nicht positiv, sondern wesentlich negatorisch; nicht von "positiven Eigenschaften" des Systems und seiner diversen Funktions- bzw. Sozial-kategorien vorab determiniert, sondern negativ hervorgerufen durch die Widersprüche, Brüche, Unlebbarkeiten und unerträglichen Zumutungen eines Kapitalismus, der jetzt keinen Entwicklungshorizont mehr vor sich hat.

Die enorme theoretische und praktische Sprengkraft, die der historisch unabgegoltene Teil des Marxschen Werkes gewinnt, schließt insofern die Kritik und Überwindung der Logik eines apriorischen, schon feststehenden sozialen Trägers der Emanzipation überhaupt ein, die von der "neuen Linken" über den klassischen Arbeiterbewegungs-Marxismus hinaus mit allerlei Surrogaten immer wieder neu besetzt wurde: von den "nationalen Befreiungsbewegungen" der 3. Welt über die sogenannten Randgruppen, die Frauen, die Geisteskranken bis zu den Schwulen und Lesben oder neuerdings einer Art Medien- und Kulturarbeiterklasse. Diese unaufgehobene Grundlogik machte sich übrigens selbst noch bei jenen bemerkbar, die an diesem Spiel verzweifelten, um dann aus der Tatsache, dass weit und breit kein apriorisches, objektiv-soziologisch konstituiertes "revolutionäres Subjekt" auszumachen ist, die Unmöglichkeit einer radikalen Veränderung der Gesellschaft überhaupt abzuleiten (wir denken hier insbesondere an Adepten der Kritischen Theorie). Was also historisch ansteht, ist die Selbst-Konstitution einer bewussten Aufhebungsbewegung gegen das warenproduzierende System, die keine positive ontologische Bestimmung, sondern nur noch die Krise des modernen Fetisch-Systems im Rücken hat. Ihre Aufgabe ist es, die verinnerlichte, scheinbar selbstverständliche gesellschaftliche Form des Werts zu knacken. Jede Gesellschaftskritik, die dieses Problem nicht explizit stellt und zu konkretisieren versucht, kann man/frau ab sofort vergessen.

Frage 2: Ihr schreibt im Editorial der letzten Krisis, dass sich Euer wertkritischer Ansatz im Laufe der Zeit radikalisiert hat. Ihr habt zur Kritik von Realkategorien des warenproduzierenden Systems zunehmend Begriffe dekonstruiert, auf die Ihr Euch einige Nummern

zuvor noch positiv bezogen habt. Die Arbeit sollte zunächst nur in ihrer abstrakten Form, später sollte sie ganz aufgehoben werden. Die Kritik an der Politikemphase wurde allmählich zur "Anti-politik". Die Kritik am Klassensubjekt wurde zur Kritik am Subjekt radikalisiert. Könnt Ihr uns erläutern, was sich hinter den Stichworten "Aufhebung der Arbeit", "Anti-Politik" und "Subjektkritik" verbirgt?

Antwort: Natürlich ist die Wertkritik der Krisis nicht als plötzliche Eingebung vom Himmel gefallen. Wir mussten uns gewissermaßen erst durch die vorgefundene marxistische Ideologie hindurchfressen, was bis jetzt ungefähr 20 Jahre gedauert hat. Sobald man/frau erst mal an der richtigen Stelle zu ziehen beginnt, kommt eben allmählich der ganze Rattenschwanz zum Vorschein, oder anders gesagt: ein Dominostein nach dem anderen fällt. Es ist uns schon öfter vorgefallen, dass wir nach und nach Begriffe negieren, die wir früher noch positiv besetzt hatten. Dabei wird einfach nicht verstanden, dass es sich nicht um Inkonsistenzen oder unausgewiesene Widersprüche handelt, sondern um einen noch unabgeschlossenen Kritik- und Aufhebungsprozess eines alten Paradigmas, das durch ein neues abgelöst wird. Die bisherigen Stationen sind ziemlich genau ablesbar, jedenfalls für alle, die sich ernsthaft darum bemühen. Es hat natürlich auch immer wieder Leute gegeben, die dabei an irgendeiner Station hängengeblieben sind und den ganzen Weg aus dem alten, wertimmanenten Marxismus heraus nicht mehr mitgemacht haben; die hassen uns am meisten. So wird es wahrscheinlich noch eine Weile weitergehen, da ist wohl nichts zu machen. Die Sache muss zu Ende gebracht werden. Wir verstehen die Wertkritik als einen neuen Standpunkt radikaler Kritik jenseits des flachen Gegensatzes von altem Lemming-Links-radikalismus und diversen Realo-Schweinereien.

Ursprünglich war unser Ansatz eine Kritik des alten Partei- ebenso wie des "Bewegungsmarxismus", die eine Art utilitaristische Legitimations-Theorie entweder für die machtpolitischen "Parteilinien" oder für die jeweiligen Konjunkturen sozialer Bewegungen ausheckten. Demgegenüber betonten wir die völlige Eigenständigkeit der Theorie, und zwar außerhalb des akademischen Betriebs als unabhängige Initiative, was uns Anfang der 80er Jahre ziemlich schnell einsam machte. Allmählich schälte sich dann anhand einer Untersuchung der Sowjetökonomie und ihrer Geschichte die Wertkritik als

Inhalt heraus, ohne dass jedoch die damit verbundenen Kategorien schon als solche dechiffriert worden wären. Wir bewegten uns ziemlich eng an der Kritik der ökonomischen Formen, aber noch relativ naiv in den Subjektbegriffen des Werts. Der Wert ist nämlich keineswegs, wie oft unterstellt wird, eine bloß ökonomische Binnenkategorie; er steht vielmehr für das allgemeine Formprinzip, das diese Gesellschaft insgesamt durcherrscht und ihrer Aufspaltung in getrennte Sphären ("Arbeit"/Freizeit, Männlichkeit/Weiblichkeit, Privatheit/Öffentlichkeit, Ökonomie/Politik, Funktionalität/Kultur usw.) zugrunde liegt. Wertkritik macht jenen universellen Abstraktionsprozess zum Problem, der Gesellschaftlichkeit in die Interaktion von isolierten Monaden als Funktionsträgern eines verselbständigten, zur äußerlichen Gewalt gewordenen Fetisch-Mediums auflöst. Ein solcher Ansatz hat nicht nur per se auch eine kultur- und subjekttheoretische Dimensionen, er öffnet ebenso einen Zugang zur Kritik der modernen Naturbeziehung und anderen aus dem Zuständigkeitsbereich der klassischen Kritik der politischen Ökonomie herausfallenden Fragestellungen. Die Subjektkritik begann für uns mit der Kritik der "Arbeit", die ja die zentrale Subjektkategorie der Wertvergesellschaftung darstellt. Marx kritisiert zwar die "abstrakte Arbeit" der Warenproduktion (die dennoch im wertförmigen Sozialismus zur Staatsdoktrin wurde), möchte aber die angeblich "vernünftige" Abstraktion "Arbeit" als ontologische Bestimmung retten. Hier zeigt sich wieder der "doppelte Marx", denn die Abstraktion "Arbeit" ist immer schon "abstrakte Arbeit" und als ebenso positive wie allgemeine Bestimmung erst im modernen warenproduzierenden System präsent (vorher war diese Abstraktion entweder nicht existent oder zumindest weder positiv noch gesellschaftlich-allgemein).

Die "Aufhebung der Arbeit" meint natürlich nicht, dass in künftigen Gesellschaften nicht mehr produziert würde oder dass es keinen "Stoffwechselprozess mit der Natur" (Marx) mehr gäbe. Ebensowenig geht es darum, dass die menschliche Reproduktionstätigkeit bloß auf ein Minimum reduziert oder sogar ganz beseitigt und einfach durch ein automatisches Aggregat ersetzt wird. Vielmehr impliziert diese Aufhebung vor allem zwei Momente, die auf einer anderen Ebene liegen. Nämlich erstens die Aufhebung des abstrakten Bezugs zur Welt, wie er mit der Abstraktion "Arbeit" (Wert) gesetzt ist, in der die Anstrengung ihrem sinnlichen Gegenstand gegenüber gleichgültig wird. Die "Arbeit" muss

weg, weil sie nichts anderes als die spezifische Tätigkeitsform der modernen ökonomischen Selbstzweck-Sphäre ist.

Es gilt also, die menschliche Tätigkeit von der Unterwerfung unter die gesellschaftliche Abstraktionskette von "Arbeit", Wert, Waren-form (und nur damit vom Kapitalverhältnis) zu befreien, um die verschiedenen Lebens- und Reproduktionsbereiche nicht mehr unter die diktatorische Form einer abstrakten Allgemeinheit zu zwingen, sondern sie nach Kriterien einer "sinnlichen Vernunft" ihrem jeweiligen Gegenstand gemäß zu behandeln. Die modernen Produktivkräfte sollen dabei natürlich nicht weggeworfen werden, aber sie sind auch nicht in ihrer von der Wertabstraktion durchdrungenen Gestalt einfach zu übernehmen. Stattdessen geht es darum, sie umzuformen, auszusortieren und nach freien Zwecksetzungen aufgrund einer bewussten gesellschaftlichen Selbstverständigung einzusetzen, die nicht mehr von der Pseudo-Objektivität der abstrakten "Arbeit" und der daraus entstandenen gesellschaftlichen Verwertungsmaschine abhängen.

Zweitens heißt "Aufhebung der Arbeit" aber auch, zusammen mit dem abstrakten und deswegen destruktiven Weltbezug die moderne Sphärentrennung der Gesellschaft aufzuheben, in der die Individuen nur noch Schnittpunkte getrennter Funktionsbereiche sind. Es war der Funktionalismus der Wertabstraktion, der die Lebensbereiche desintegriert und die Sphäre der "Arbeit" als abstrakte, d.h. getrennte Funktionssphäre herausgesetzt und zu einem Bereich reiner Verausgabung abstrakter Energie gemacht hat - was den Menschen lange Zeit so unerträglich erschien, dass sie immer wieder verzweifelt dagegen rebellierten. Heute gilt es vor dem Hintergrund des Ausbrennens der Verwertungslogik die Unerträglichkeit und Unverschämtheit dieser in einem langen Disziplinierungsprozess verinnerlichten Zumutung wieder bewusst zu machen. "Aufhebung der Arbeit" bedeutet also auch, die gesellschaftliche Reproduktion auf höherem Niveau (hindurchgegangen durch die moderne Produktivkraftentwicklung und jenseits bornierter familialer Strukturen) als gesamten Lebensprozess von Produzieren und Wohnen, Spiel, Kultur usw. zu reintegrieren. Die von der Wertabstraktion befreiten Produktivkräfte ermöglichen in diesem Sinne einen viel größeren Fonds "disponibler Zeit" als in der Vergangenheit.

Die zweite Runde der Subjektkritik bezog sich auf die Ebene der sogenannten Politik. Da die Waren, wie Marx sagt, nicht selbst zu Märkten gehen können, müssen die Warenbesitzer (inclusive derjenigen, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen) außer in der absurden Verkehrung ihres eigenen gesellschaftlichen Verhältnisses als eines in den Dingen inkorporierten auch noch in eine andere, sekundäre Beziehung zueinander treten, nämlich als vertragschließende Rechtspersonen. Als solche sind sie jedoch immer schon apriori als "Arbeits"- und Warensubjekte vorausgesetzt, die überdies untereinander in Konkurrenzverhältnissen auf dem Markt stehen. Deshalb bedarf es der Sphäre des Rechts und sonstiger allgemeiner Rahmenbedingungen des warenproduzierenden Systems, die in der Form des Staates zusammengefasst sind.

Dabei handelt es sich aber eben gerade nicht um eine Instanz der bewussten gesellschaftlichen Selbstverständigung. Denn die in das Gegeneinander von Privatinteressen zerfallene Wertvergesellschaftung kann sich nicht unmittelbar mit sich selber ins Benehmen setzen. Sie braucht dazu eine Sphäre, die neben dem eigentlichen gesellschaftlichen Betrieb steht und in der über die Konditionen und Verlaufsformen des Krieges aller gegen alle verhandelt wird. So zerfällt das abstrakte Warensubjekt in eine "Arbeits"- und eine Rechtsperson, in den Privatmenschen und den/die StaatsbürgerIn, in den "homo oeconomicus" und den "homo politicus". Neben die abstrakte Allgemeinheit des Geldes tritt die abstrakte Allgemeinheit des Staates, die den Individuen ebenso äußerlich und fremd gegenübersteht als Ausdruck ihrer eigenen gesellschaftlichen Schizophrenie. Und die dazugehörige Sondersphäre der auf Recht und Staat bezogenen Aktivitäten oder Auseinandersetzungen ist eben die berühmte Politik als Moment der Wertvergesellschaftung. Es zeigt sich also, dass der Wert keineswegs eine ökonomisch beschränkte, sondern eine übergreifende Kategorie darstellt, die sowohl Ökonomie als auch Politik mit logischer Notwendigkeit aus sich heraussetzt.

Das moderne Denken inclusive des Marxismus hat Staat und Politik ebenso falsch ontologisiert wie die "Arbeit". Für den wertimmanenten Arbeiterbewegungs-Marxismus wurde das Medium der Politik sogar zum zentralen Tätigkeitsfeld. Denn der Kampf um die Koalitionsfreiheit und die Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Boden des warenproduzierenden Systems schloss die Verwandlung der LohnarbeiterInnen

in gleiche Rechtssubjekte und StaatsbürgerInnen ein. Auch in dieser Hinsicht wurden Arbeiterbewegung und Linke zu Schrittmachern der Wertvergesellschaftung. In diesem Kontext entstand die Illusion, die unaufgehobene Wertform politisch im Sinne der sozialen Emanzipation regulieren zu können, die in verschiedenen Versionen bis heute spukt. Eine gewisse immanente Rationalität gewann dieses Paradigma einerseits in der westlichen keynesianischen Sozialstaatlichkeit und andererseits in den östlichen staatssozialistischen Systemen "nachholender Modernisierung", wo der Staat sogar als Generalunternehmer fungierte.

Diese diversen Politizismen blieben jedoch alle weit unterhalb der Schwelle der sozialen Emanzipation, weil sie innerhalb der Wertform nur die Übel der einen Funktionssphäre mit denjenigen der anderen kurieren wollten (dies gilt seitenverkehrt auch für den Anarchismus, der Staat und Politik nur durch die umgekehrte Illusion einer vermeintlich autonomen Warenproduktion konterkarierte, ohne den inneren Zusammenhang der beiden Sphären des Werts zu durchschauen). Bis heute ist die Linke an der Politikillusion kleben geblieben, wobei der Politikbegriff beliebig gedehnt und fast schon mit Kritik oder sozialer Bewegung überhaupt gleichgesetzt wurde. Zentral dabei ist die emphatische Besetzung der Begriffe von Demokratie bzw. "Demokratisierung", in denen die Politikillusion sich zusammenfasst. Demokratie ist jedoch nichts weiter als die entwickeltste Staatsform auf dem Boden des Werts, in der demzufolge auch die spezifischen Widersprüche des warenproduzierenden Systems am reinsten zum Ausdruck kommen. Ihrem Begriff wie ihrer unmittelbaren Wortbedeutung nach ist sie wesentlich Herrschaftsform, und zwar idealtypisch die Selbst-Beherrschung und Selbstunterwerfung der sozialen Funktionsträger unter die gemeinsame Fetischform oder Weltmaschine des Kapitals.

Demzufolge impliziert also Wertkritik mit logischer Notwendigkeit die Kritik der politischen Subjektivität und eine radikale Demokratiekritik. Auch in dieser Hinsicht finden wir wieder den "doppelten Marx": nämlich einerseits den Modernisierungstheoretiker, der Politik und Demokratie einfordert; und andererseits den radikalen Politik- und Demokratiekritiker Marx, für den die Aufhebung des modernen Fetischismus die Aufhebung des Staates einschliesst. Während Arbeiterbewegung und Linke diese Zielsetzung auf eine imaginäre Zukunft verschoben und prak-

tisch gar nicht ernst genommen haben, bedeutet Wertkritik die Einlösung auch dieses unabgegoltenen Moments. Darin sind wir ganz "dogmatisch", d.h. nicht bereit, auf ein billiges Umdefinieren dieser dem fetischistischen Wertverhältnis unentrinnbar zugehörigen Kategorien von Politik und Demokratie einzugehen. Wertkritik ist antipolitisch oder sie ist gar nicht.

Das bedeutet, dass eine soziale Bewegung entwickelt werden muss, die bereits unmittelbar jenseits des Politizismus und der demokratischen Illusion operiert, auch wenn natürlich ebenso wie in sozialökonomischer Hinsicht immanente "Rechte" nicht kampfflos preiszugeben sind. Aber das Selbstbewusstsein und die emanzipatorische Zielsetzung einer zukünftigen Aufhebungsbewegung können nicht mehr in politisch-demokratischen Kategorien gedacht werden. In dieser Hinsicht kommt uns allerdings die heute allorten (wenn auch begriffslos) beschworene und gefürchtete "Krise der Politik" entgegen, die ein integraler Bestandteil der absoluten Krise der Wertvergesellschaftung ist. Die Symptome sind mit Händen zu greifen. Aber es handelt sich nicht um ein Versagen der Politiker, sondern der Politik selber als Funktionssphäre. Der Begriff der "Anti-Politik" reflektiert genau diese Situation. Er drückt gleichzeitig aus, dass es nicht mehr darum gehen kann, unter welchen Vorzeichen auch immer eine "andere Politik" zu ersinnen, ohne jedoch andererseits beim allgemeinen Privatisierungsrennen mitzumachen. Vielmehr ist eine unmittelbare gesellschaftliche Intervention nötig, die den schizophrenen Dualismus der Wertvergesellschaftung durchbricht.

Die dritte, noch unabgeschlossene Runde der Subjektkritik zielt schließlich auf den Subjektbegriff selbst. Nicht nur das Subjekt der "Arbeit" und die politische Subjektivität werden wertkritisch hinfällig, sondern das Subjekt überhaupt. Wenn die Wertform die gesellschaftliche Beziehung der Menschen zu einer von ihnen getrennten, objektiven Gewalt macht, so ist diese Konstellation bereits in der Subjektvorstellung selber festgeschrieben. Ein Subjekt kann es logischerweise nur im Gegensatz zu einem Nichtsobjekt, also einem Objekt geben. Wo der Mensch sich als Subjekt auf Natur und Gesellschaft bezieht, behandelt er diese und damit seinen eigenen Kontext als Objekt. Subjektivität schliesst insofern immer schon die Selbst-Objektivierung dieses Subjekts ein, das sich bewusstlos den Objektivierungen des warenproduzierenden Systems unterwirft, wie sie das "automatische Subjekt"

jenseits der abstrakt- individuellen Willenshandlungen bilden. In bezug auf die kapitalistische Weltmaschine als solche ist also das Subjekt per definitionem gegenstandslos. Mit anderen Worten: Subjektivität kann immer nur ein Binnensubjekt innerhalb der Fetischform bezeichnen, das mit den von der Wertlogik vorgestanzten Wahlmöglichkeiten hantiert.

So zusammengezogen, klingt das alles vielleicht nach einer etwas willkürlichen Sprachregelung und irritiert, weil es in Widerspruch zu der tief eingeschliffenen Gewohnheit steht, reflektiertes Handeln und Subjektivität synonym zu behandeln. Nimmt man die historische Genese des modernen Subjekts in Augenschein, dann gibt es allerdings genug Gründe, die es nahelegen, die Befreiung von der modernen Wertvergesellschaftung nicht in demselben grundsätzlichen Bewusstseins- und Handlungsbegriff zu denken, der mit ihrer Herausbildung einhergegangen ist. Die Entstehung des sogenannten Subjekts ist mit dem modernen Objektivierungsprozess nicht nur verschränkt, sondern schlicht damit identisch, was

übrigens auch die Geschichte des Subjektbegriffs zeigt. In der vormodernen Philosophie bedeutet "Subjekt" nämlich ziemlich genau das, was heute "Objekt" heißt. Diese Bedeutung ist z.B. im Französischen (und in der Literaturtheorie) noch präsent, wo "Sujet" bekanntlich den Gegenstand meint. Eigentlich ist "sujet" das Unterworfene, ja sogar der Untertan; und das passt doch prächtig zu den heutigen besinnungslosen Knechten der Marktwirtschaft und des Standortschwachsinn. Was zusammengehört und zusammen entstanden ist, hat auch zusammen zu verschwinden. Die linke Emphase des Subjekts, der Subjektwerdung usw. bezieht sich nur auf den allgemeinen Begriff derselben fetischistischen Bewusstlosigkeit, wie sie schon in der "Arbeits"- und Politik-Emphase zum Ausdruck kommt. Eine die fetischistische Gesellschaftsform hinter sich lassende Aufhebungsbewegung muss dagegen mit dem Gesamtverhältnis des Werts auch die Subjektform als solche überwinden.

[...]

Bewegungsversuche auf Glatt-eis

Zum Verhältnis von Theorie und Praxis.

Franz Schandl, http://www.balxix.de/f-schandl_theorie-und-praxis.html

Vorweg sei erwähnt, daß die folgenden Einwürfe nicht von einer prinzipiellen Unzufriedenheit mit dem Projekt getragen sind, wohl aber von der Sorge, daß bestimmte Behinderungen nicht überwunden werden können, ja nicht einmal als solche begriffen werden. Wir haben uns zwar inhaltlich, nicht aber der Form nach von der traditionellen Linken gelöst. Der Grundwiderspruch zwischen einer entwickelten Theorie einerseits und einer konventionellen, sich selbst unterlaufenden Praxis und Nichtpraxis andererseits, ist evident. Diesbezüglich ist das Reflexionsniveau wenig über das der alten neuen Linken hinausgekommen. Wobei einschränkend dazugesagt werden muß, daß es sich beim *Kritischen Kreis* um eine Theoriegruppe handelt, deren Anspruch (vorerst?) einer ist, der primär den Erkenntnissen Genüge tun will.

Der folgenden Beitrag will erkunden, was denn eine emanzipatorische gesellschaftskritische Praxis ist, wie sie sich konstituieren könnte und wie sie ausschauen könnte. Der hier beschriebene

ne Abschied ist als ein Prozeß zu verstehen, der das zu Verabschiedende noch nicht für gänzlich erledigt und ausgestanden hält. Er rechnet mit seinen Wirkungen. Auch wenn es nur solche im Abgang sind, sagt das nichts über Schwäche oder Gefährlichkeit aus.

1. Das strategische Manko

Das bedingte Primat der Theorie über die Praxis war eine notwendige Folge des Abgesangs der Achtundsechziger, K-Gruppen und Grünen in die Bewegungs- und Bauchpolitik gewesen. Jenes ist aber kein dogmatisches Gebot, das Allgemeingültigkeit besitzt, sondern variables Gut. Die Gewichtung ist eine strategische Frage, die durchaus auch das taktische Kalkül kennt, ohne sogleich sich vor dem Opportunismus zu fürchten.

Strategie ist in gewisser Hinsicht die Theorie der organisatorischen Praxis,"(2) schrieb Hans-Jürgen Krahl. Die Organisationsfrage stellt sich heute unter gänzlich neuen Aspekten. Alles was starr und fest erschien, ist dynamisch und flexibel geworden, ohne daß die kritische Praxis bisher diesen Anforderungen folgen konnte. Voraussetzung ist eine fundamentale Kritik und langfristig auch eine systematische Umwälzung der herkömmlichen Formen, in denen wir uns intern wie extern bewegen. Es geht also nicht nur darum, zu neuen Inhalten vorzudringen und diese

vielfältig zu entwickeln, Theorie zu neuern und zu erneuern, notwendig ist ebenso die Auslotung und Erprobung alternativer Formen der Praxis.

Auf den ersten Blick erscheint Praxis als eine ganz einfache Veranstaltung. Als exoterisches Tun mit beabsichtigten Folgen. Kaum, daß sie jemand als solche hinterfragen will. Gewöhnlich versteht man unter Praxis die Einheit von Subjekt und Objekt durch das Prädikat. Ihr Kriterium ist nicht die Wahrheit, sondern die Wirkung. Nicht jedes beliebige Hantieren ist allerdings Praxis, dazu bedarf es mehr als die Anwendung der Alltagserfahrung im Alltag, d.h. eine höhere Stufe reflektierter Reflexion ist unabdingbar. Zur Unterscheidung vielleicht Kant: "Man nennt einen Inbegriff selbst von praktischen Regeln alsdann Theorie, wenn diese Regeln, als Prinzipien, in einer gewissen Allgemeinheit gedacht werden, und dabei von einer Menge Bedingungen abstrahiert wird, die doch auf ihre Ausübung notwendigen Einfluß haben. Umgekehrt, heißt nicht jede Hantierung, sondern nur diejenige Bewirkung eines Zwecks Praxis, welche als Befolgung gewisser im allgemeinen vorgestellten Prinzipien des Verfahrens gedacht wird." (3) Das Anstellen wird erst durch das Vorstellen von einem bloßen Tun zu einem bewußten Handeln. "In der Praxis gibt es etwas, das *zu tun ist*". Es geht, so Cornelius Castoriadis weiter, um ein "*Tunsollen*". (4)

Die "Was tun?"-Frage ist nicht einfach zu entsorgen, sie darf aber ebensowenig wie ein "automatisches Einschnappen" (5) (Adorno) funktionieren. "Ihr wisst ja auch nicht, was zu tun ist", sagen jene, die dann im Zweifelsfall — mangels Alternativen, die sie ultimativ fordern — mittun, wogegen sie vorgeben zu sein. Dem obligaten Diktat der Praxis ist aber kein Verdikt der Theorie gegenüberzustellen. Kritik, so unsere These, kann sich heute weder von Theorie noch Praxis absentieren (selbst wenn sie sich distanzieren soll und muß!), sie holen sie herausfordernd ein. Keine Reinheit, die nicht der Gemeinheit der Anlassigkeit zum Opfer fällt. Es gibt letztlich kein geschütztes Reservat.

2. Erkenntnis und Wirkung

Aufgabe der Theorie ist es, Erkenntnis zu liefern bzw. ein Begreifen zu ermöglichen. Wobei Erkennen und Begreifen nicht bloß als erhellendes Aufklären, sondern auch als verdunkelndes Eintrüben verstanden werden müssen. Nicht alles, was wir verstehen wollen, kann verstanden wer-

den. Aber auch: Nicht alles, was wir heute nicht denken können, kann nicht nicht gedacht werden.

Theorie kennt keine Taktik, Praxis verlangt nach einer strategischen Anlage. Sie steht unter dem unbedingten Anspruch, zu verbinden, nicht nur sich abzusetzen. Sie hat Attraktion zu sein, nicht bloß Repulsion, wie es der Theorie durchaus erlaubt ist. Sie hat daher Stimmungen und Emotionen zu berücksichtigen, ja auf sie Rücksicht zu nehmen, will sie Einfluß gewinnen. Kritische Praxis kann nie in der reinen Negation sich behaupten, sondern muß sich als Synthese versuchen. Ziel der Praxis ist es, umfassend anzusprechen. Es geht — auch wenn das nur abstrakt, nicht aber konkret durchgehalten werden kann — um eine bewußte Zweiteilung, die den Widerspruch als einen handhabbaren benennt und zu bewerkstelligen versucht. Theorie hat in jeder Hinsicht intransigent, d.h. rücksichtslos zu sein und bedingungslos zu agieren; Praxis hat in vielerlei Hinsicht Rücksicht zu nehmen, will sie erreichen, was sie soll: *wirken*.

Praxis ist nicht die von der Erkenntnisebene auf die Handlungsebene verschobene Theorie. Theorie muß den (nie erfüllbaren) Anspruch erheben, zu sagen, was warum ist, was sie also zu erkennen vermeint; Praxis hingegen muß versuchen, *was geht*. Das Kriterium der Praxis ist die Wirkung. Theorie hingegen, die auf Wirkung abstellt, ist nichtig. Kritische Theorie ist frei vom Zwang des unmittelbaren Nutzens. Ist sie das nicht, dann ist sie Legitimationsideologie geworden.

Wirkung bemißt sich aber nicht als eine unbestimmte, sondern als eine bestimmte und bestimmbare. Nicht nach *Anschlußfähigkeit* fragt Praxis, sondern nach *Anzugsfähigkeit*, die Bewegung muß die richtige Richtung haben. Die Leute abzuholen, wo sie sind, hieße ja sich zu ihnen, auf ihre Ebene, zu begeben; nein es geht darum, diese von dort abzuziehen: sie haben zu kommen. Was von ihnen zu lernen ist, ist eindeutig negativ bestimmt. Wir positionieren uns nicht mit ihnen, sondern *gegen sie für sie*. Der gemeine Menschenverstand wird ernstgenommen, ohne daß er ein Zugeständnis erhält, oder um es vielleicht mit dem § 318 der Hegelschen Rechtsphilosophie zu umschreiben: "Die öffentliche Meinung verdient daher ebenso *geachtet* als *verachtet* zu werden, dieses nach ihrem konkreten Bewußtsein und Äußerung, jenes nach ihrer wesentlichen Grundlage, die, mehr oder weniger getrübt, in jenes Konkrete nur scheint. Da sie in

ihr nicht den Maßstab der Unterscheidung noch Fähigkeit hat, die substantielle Seite zum bestimmten Wissen in sich heraufzuheben, so ist die Unabhängigkeit von ihr die erste formelle Bedingung zu etwas Großem und Vernünftigem."(6)

Eine Anforderung an die transvolutionäre Praxis ist, daß sie dem gesunden Menschenverstand zwar nicht *anschlußfähig* ist, aber doch *aufmischungsfähig*. Sie muß ihn *verstehend unverstänglich* machen. Das Normale zum Irren kuren, ist ihre Aufgabe. Sie will Fronten nicht erhärten, sondern diese aufbrechen und auflösen. Alles andere ist sektiererische Selbstinszenierung und intellektuelle Kraftmeierei, die sich meist so lange aufführt, bis der Illusionismus in die Desillusion umschlägt, und selbst in die Normalität desertiert.

Unterhalb der Systemschranke ist Praxis, da mag sie nun Reform sein oder sich revolutionär gebärden, immer bloß eine partikuläre Größe. Praxis kann lediglich im Moment der Systemtransformation total und somit auch überflüssig werden. Unmittelbar kann sie nicht hinausführen, ohne (hin)auszufallen. Theorie hingegen kann hinausdenken. "Das nicht Bornierte wird von der Theorie vertreten. Trotz all ihrer Unfreiheiten ist sie im Unfreien Statthalter der Freiheit."(7) Nur im reflektierten Denken kann der Mensch über seine reproduktiven Möglichkeiten hinauskommen. "Durch ihre Differenz von dieser als dem unmittelbaren, situationsgebundenen Handeln, durch Verselbständigung also, wird Theorie zur verändernden, praktischen Produktivkraft."(8) Die Verächtlichkeit mit der man heute über graue oder reine Theorie spricht, zeigt die ganze Geistesfeindschaft des herrschenden common sense. Wer Theorie denunziert, denunziert Alternativen.

3. Zweiheit von Theorie und Praxis

Die allseits propagierte Einheit ist kontraproduktiv. Wenn Theorie Praxis folgt, wird sie zur Ideologie. Wenn Praxis Theorie folgt, ist Sektierertum am Werk. Wir plädieren für eine konstruktive Distanz. Damit es zu keinem bloßen Nebeneinander kommt, sind Einmischungen erforderlich, Einmischungen freilich, die das Andere als Anderes und wiederum doch auch nicht akzeptieren. Wobei das Eine nicht das transformierte Andere ist, sondern ihre Beziehung eine der Brüche und Verwerfungen darstellt. "An Knotenpunkten, Bruchstellen der Entwicklung mögen Reflexion und Handlung zünden; selbst dann

jedoch sind beide nicht eins."(9) Kritische Theorie und emanzipatorische Praxis stehen in einem Spannungsverhältnis, das nur auszuhalten ist, wenn sie sich gegenseitig Autonomie gewähren. Wenn es keine eherne einseitige Dominanz gibt. Der Bezug zueinander ist aber kein pragmatischer, sondern gezeichnet durch Dissidenz und Konflikt. Gesellschaftskritik ist doppelbödig. Sie bewegt sich auf einem Boden, der nicht ihrer sein soll und auf einem anderen, der inexistent nur in schwindelnden Höhen sich behauptet.

"Herzustellen wäre ein Bewußtsein von Theorie und Praxis, das beide weder so trennt, daß Theorie ohnmächtig würde und Praxis willkürlich; noch Theorie durch den von Kant und Fichte proklamierten, urbürgerlichen Primat der praktischen Vernunft bricht. Denken ist ein Tun, Theorie eine Gestalt von Praxis; allein die Ideologie der Reinheit des Denkens täuscht darüber."(10) Wer sich der Mühe unterzieht, Kants "Kritik der praktischen Vernunft" zu lesen, wird unschwer feststellen, wie sehr die praktischen Gesetze der allgemeinen Vernunft auf die bürgerliche Gültigkeit hin beschlossen wurden. Der absolute Vorrang dieser Praxis scheint hier durch. Vernünftig ist was praktisch ist und allgemein anerkannt wird. Demgemäß hat sich auch der Wille in dieser Form zu gestalten.(11)

Kritische Theorie ist angesiedelt jenseits des gesunden Menschenverstandes. Seine Gemeinheiten sind ihre nicht. "Das Alltagsdenken und Alltagsverhalten ist primär *pragmatisch*,"(12) schreibt Agnes Heller, und das sollte hellhörig machen: "Das pragmatische Verhältnis ist ein Zeichen *unmittelbarer Einheit von Theorie und Praxis*."(13) Eine solche Einheit ist also keineswegs das non plus ultra der Gesellschaftskritik, sondern schuldet sich dem Eindringen des gesunden Menschenverstands in ebenjene. Was vordergründig richtig erscheint, ist hinterhältig abgründig. Irgendetwas stürzt ab. Mit ihrer plumpen Forderung nach der Einheit von Theorie und Praxis, von Wort und Tat, hat vor allem die radikale Linke die notwendige Debatte über das systembedingte Auseinanderklaffen beider geradezu desavouiert. Im Postulat erstickte die Differenz.

Theodor W. Adorno schreibt in der "Negative(n) Dialektik": "Die Forderung der Einheit von Praxis und Theorie hat unaufhaltsam diese zur Dinerin erniedrigt; das an ihr beseitigt, was sie in jener Einheit hätte leisten sollen. Der praktische Sichtvermerk, den man aller Theorie abverlangt,

wurde zum Zensurstempel. Indem aber in der berühmten Theorie-Praxis, jene unterlag, wurde diese begriffslos, ein Stück der Politik, aus der sie hinausführen sollte; ausgeliefert der Macht. Die Liquidation der Theorie durch Dogmatisierung und Denkverbot trug zur schlechten Praxis bei; daß Theorie ihre Selbständigkeit zurückgewinnt, ist das Interesse von Praxis selber. Das Verhältnis beider Momente zueinander ist nicht ein für allemal entscheiden, sondern wechselt geschichtlich."(14)

Andernorts notiert er: "Sind Theorie und Praxis weder unmittelbar eins noch absolut verschieden, so ist ihr Verhältnis eines der Diskontinuität. (...) Das Dogma von der Einheit von Theorie und Praxis ist entgegen der Lehre, auf die es sich beruft, undialektisch: es erschleicht dort simple Identität, wo allein der Widerspruch die Chance hat, fruchtbar zu werden. Während Theorie aus dem gesellschaftlichen Gesamtprozeß nicht heraus-operiert werden kann, hat sie in diesem auch Selbständigkeit; sie ist nicht nur Mittel des Ganzen sondern auch Moment; sonst vermöchte sie nicht dem Bann des Ganzen irgend zu widerstehen. Das Verhältnis von Theorie und Praxis ist, nachdem beide einmal voneinander sich entfernen, der qualitative Umschlag, nicht der Übergang, erst recht nicht die Subordination. Sie stehen polar zueinander."(15)

"Das Falsche des heute geübten Primats von der Praxis wird deutlich an dem Vorrang von Taktik über alles andere."(16) Doch dort sind wir angelangt, und es wird sogar ausgesprochen: "Die Theorie macht Fortschritte! Sie kommt aus der Praxis", (17) weiß Anthony Giddens den Blairismus auf den Gefrierpunkt bringend. Fast schon in Hegelscher Manier wird hier das Wirkliche zum Vernünftigen erklärt. Aber genau das ist es, was Politik letztlich leistet; sie ist eben eine *vorbestimmte* Praxis, nämlich *die* bürgerliche Ordnungspraxis, stets orientiert am Staat, egal wie sie zu ihm steht. Wer mehr mit ihr anstellen will, irrt.

Von der Praxis ausgehen, heißt in der Praxis aufgehen, vom Praktiker zum Praktikanten zu werden, der dann zur eigenen Rechtfertigung dumme Kalauer von sich gibt, Marke: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Nur-Praktiker kommen über das Praktikantenstadium nicht hinaus. Ja, sie idealisieren es gar, springen von Frage zu Frage, von Bewegung zu Bewegung. Sie sind immer da, wo sich etwas rührt. Sie bringen sich *überall* ein, ohne *sich* einzubringen. In

ihrer Beschränktheit sind sie rührig, ja fast rührend. Vor lauter Handeln kommen sie nicht zum Denken. "Aktionismus ist regressiv. Im Banner jener Positivität, die längst zur Armatur der Ichschwäche rechnet, weigert er sich, die eigene Ohnmacht zu reflektieren. Die unablässig "zu abstrakt" schreien, befließen sich des Konkreismus, einer Unmittelbarkeit, der die vorhandenen theoretischen Mittel überlegen sind."(18) Indes, es ist "der Gedanke, der Atem schöpft".(19) Die kritische Reflexion ist das Moment der Befreiung, des stets bedrohten Richtigen im falschen Ganzen. Denken meint Luft holen.

Adorno weiter: "Keine Theorie darf agitatorischer Schlichtheit zuliebe gegen den objektiv erreichten Erkenntnisstand sich dumm stellen."(20) Aber sie hat umgekehrt diesen Vorsprung nicht wie ein Geheimnis zu hüten, sondern ihn eben — so weit als möglich — weiterzureichen. Kritische Theorie hat Avantgarde zu sein, nicht Elite. Ihr Habitus ist bei aller nötigen Distanz kein akademischer. Theorie verhält sich zur Praxis als Stachel und Treibsatz, die einmahnt, was die andere in ihrem profanen Treiben stets preiszugeben gedenkt. Mit der Kritik versucht die Theorie die Praxis sich vom Leib, aber doch auf Trab zu halten.

"Der Geist aber hat seinen Rang in der Absonderung." (Aristoteles)(21) Denken ist eine menschliche Absonderlichkeit. Theorie entwickelt sich in Abgehobenheit, als Außer-Sich-Setzung. Theorie möchte von der beobachteten Wirklichkeit das Ganze begreifen und über sie hinausgehen. Das ist anstrebbar, aber doch nicht erfüllbar. Theorie kann nie das Ganze benennen, die Wahrheit (das Kriterium der Theorie) nie der Wirklichkeit (dem Kriterium der Praxis) entsprechen. Theorie wird sich vielmehr zur Praxis *verhalten*, nicht dem Identitätswahn verfallen. Theorie wird sowohl über Praxis hinausgehen als auch hinter ihr zurückbleiben. Keine Theorie reicht je an ihre Praxis. Und doch geht jede über sie hinaus. Auch wenn sie als das Einfachere erscheint, ist die Praxis immer vielfältiger und komplizierter als die Theorie. Allerdings gilt das auch vice versa. Das Niveau einer Theorie läßt sich erkennen an der Größe des Hinausgehens aber auch des Herankommens.

Theorie — die zu sein hat, solange die bürgerliche Gesellschaft besteht — ist nicht identisch mit Kritik, wenngleich diese ihre entwickeltste Seite ausdrückt, jene Dialektik beinhaltet, die transvo-

lutionäre Qualität aufweist. Kritik beinhaltet sowohl die Negation, aber auch das Wollen. Kritik will nicht hinnehmen. Theorie hat ihre Eigenständigkeit zu bewahren, indem sie darum kämpft. Ihr Ort ist nicht der der Segregation, der bloßen Attitüde und Attention, schon gar nicht verbunden mit irgendeiner Aura, sondern jener der beständigen Repulsion. Der Elfenbeinturm ist offen, und der Überblicker steht nicht nur am Turm, sondern er bewegt sich auch im Gelände. Will es nicht entweichen, darf das Vorausseilende nicht enteilen, lautet eine avantgardistische Grundregel.

Unser Ansatz beharrt auf einer Trennung von Theorie und Praxis, wobei der Theorie ihr Platz eingeräumt werden muß. Nicht Einheit von Theorie und Praxis wird vertreten, sondern eine *Zweiheit*, die sich der notwendigen Diskrepanz der beiden in der falschen Gesellschaft bewußt sein muß.

4. Im Gehäuse

Sind wir ein antiquierter Klüngel? Bisweilen beschleicht einen der Eindruck. Unsere Treffen und Veranstaltungen demonstrieren Konventionalität, sie hätten so auch 1976, 1983 oder 1990 stattfinden können. Dechiffrieren müssen wir nicht bloß die Gesellschaft, sondern auch uns selbst. Eine wichtige Aufgabe der Kritik ist immer auch die Selbstkritik. Selbst wenn es wehtut, und einen vorerst einmal ratlos macht. Dabei ist es erforderlich, zu beobachten, was die Theoretiker denn sowieso (sic!, F.S.) so alles tun, ohne dies a priori zu rechtfertigen, aber es ebenso wenig als private Angelegenheit abzutun und aus der Betrachtung zu exkludieren. "Womit beginnen?" und "Was tun?", diese Fragen sind so aktuell wie vor hundert Jahren. Wahrlich Lenin läßt ungebetenerweise grüßen.

Charakteristisch für die *Streifzüge* ist - und darin besteht ihre hervorstechende Qualität! -, daß sie über den "ureigensten" Klüngel hinausreichen, angenommen und auch rezipiert werden. Das sollte mehr erfreuen als erstaunen. Die Risiken der Attraktion dürfen zwar nicht unterschätzt werden, außerhalb dieser gibt es jedoch weder theoretischen Einfluß noch praktische Wirkung. Das Manko des *Kritischen Kreises*, des Trägervereins der *Streifzüge*, hingegen besteht darin, daß er diese Potenz seiner Zeitschrift, für die Gruppe nicht oder kaum zu nutzen versteht. Die Berührungsangst im Praktischen und Persönlichen ist hier größer als die Angriffslust im Theoretischen. Warum eigentlich? Unmittelbar mag

das ja nicht tragisch sein, auf Dauer möglicherweise aber doch.

Menschen werden stets von bestimmten Aspekten angesprochen, nicht vom Ganzen, welches dargeboten wird. Ihr Anschluß ist ein selektiver. Soll dieser nicht abreißen, sondern ist deren Aufschluß gewünscht, dann muß die Gruppe auch bereit sein, einiges zuzulassen. Erst Akzeptanz, die keine beliebige ist, ermöglicht Entwicklung, auch die Wegentwicklung von falschen Positionen, die man sogar — man halte es zumindest für möglich! — bei sich selbst nicht ausschließen sollte. Kapiereen meint nicht kapitulieren, meint es das, haben — zumindest was die emanzipatorische Seite betrifft — nicht nur die sich unterwerfenden Kapitulanten verloren.

Ein gesellschaftskritisches Kollektiv darf nicht wie ein familiales Gehäuse erscheinen. Eine der schlimmsten Gefahren ist, daß die Gruppe sich in ihrer Parzelle wärmt, wie ein hermetischer Riegel auftritt, der offenbar nichts zuläßt, was von ihm abweicht. Daß gerade unzählige linksradikale Kritiken einer zwänglerischen Identität huldigen, wo allzuoft Kritik und Verdächtigung kaum zu unterscheiden sind, ist mit *ein* Grund (nicht: der), warum es nicht gelingt, die notwendige Repulsion mit einer ebenso möglichen Attraktion zu verbinden.

Die Geschichte der Linken in den letzten Dezenen ist eine unendliche und kaum nachvollziehbare Geschichte der Spaltungen. Diese gilt es zu beenden. Man muß lernen mit Differenzen innerhalb einer bestimmten Spannweite umzugehen, ohne sofort in den Abgrenzungswahn zu verfallen. Man muß lernen wieder im Und zu denken, nicht nur im Entweder-oder. *Und* ist integrierend und differenzierend zugleich; meint Zusammenhang ohne Identität, ohne ein bloßes Neben-einander zu sein. Solche gilt es zu schaffen.

5. Außer Haus

Wertkritik muß also auch sämtliche praktische Formen einer fundamentalen Kritik unterziehen, darf sie nicht unangetastet lassen. Sonst könnte es sein, daß die Kritiker der politischen Simulation über die Rolle des linken Saalschutzes der Demokratie nicht hinauskommen, so elaboriert ihre Ansätze auch sein mögen. Wie könnten Momente einer emanzipatorischen und transformatorischen Praxis beschrieben werden? Woher könnten sie rühren? Wo erkennen wir ihre objek-

tiven Grundlagen? Wo sind nun diese Eingriffsmöglichkeiten jenseits der Medienfalle?

Die zur Verfügung stehenden Kommunikationsformen sind ebenso wenig neutral wie die bürgerlichen Formprinzipien. Die uns bekannte *Sitzung* (mit ihren Tages- und Geschäftsordnungen) etwa ist ein rationalisiertes Element bürgerlicher Demokratie. Der Schritt zur systematischen Kritik spezifischer Kommunikationsformen steht jedenfalls an. Intern wie extern. Formalistische Formen des Widerstands (Demonstration, Streik, Kundgebung...) sind allesamt prekär geworden. Sie regen weder an, noch sind sie zielführend. Die gängige öffentliche Praxis war bisher weitgehend mit Politik identisch. Aufgabe ist die bewußte Gestaltung dieses Auflösungsprozeß.

Small talk meint stete Verwechslung und Austauschbarkeit. Egal, was da gesprochen wird, Hauptsache es wird. Daß Reden oft von Schnatzen nicht mehr zu unterscheiden ist, stört da wenig. Gegenwärtig erleben wir dessen Verallgemeinerung von televisionären Talk-shows bis zu alternativen Podiumsdiskussionen. Der Zweck ist stets die marktmäßige Besetzung der Segmente im jeweiligen Publikum. Am Podium geht es nicht um Kraft oder Substanz der Argumente, sondern um die kommerzialisierte Konkurrenz der Verkaufbarkeit. Um Machwerk und Mundwerk inklusive Mimik, Gestik, Polemik. Gefragt ist der Promi, wo er (fast ausschließlich männlich) auftritt, ist der Auflauf gelungen. Gefragt ist marketing-gerechte Anmache. Das Publikum soll nicht befreit, sondern erobert werden.

Solche Form sind inzwischen geprägt von hochgradiger Obskuranz. Ihr Äußerungsmodus ist durch und durch kulturindustriell präformiert. Alles dreht sich um den Verkauf. In ihr dominiert die Konkurrenz, das *Was kommt an?* nicht das *Was ist?* Die Charaktermaske wird damit nicht einmal angekratzt, sondern stets reproduziert. Die Personen treten nicht als sie selber auf, sondern als stereotype Rolle, als standardisiertes Muster, wo ein paar Sager schon als Originalität gelten. "Der Diskussionsgegner wird zur Funktion des jeweiligen Plans: verdinglicht von verdinglichtem Bewußtsein malgre lui meme. Entweder man will ihn durch Diskussionstechnik und Solidaritätszwang zu etwas Verwertbarem bewegen, oder ihn vor den Anhängern diskreditieren; oder sie reden einfach zum Fenster hinaus, der Publizität zuliebe, deren Gefangene sie sind: Pseudo-Aktivität vermag einzig durch un-

ablässige Reklame sich am Leben zu erhalten."(22)

Vor diesem Hintergrund ist es ziemlich sinnlos, sich in den vorgegebenen Metiers (Podiumsdiskussionen, Runden, Talk-shows) zu verschleiben. Kritik an der Form muß vom bloßen Unbehagen zu einem öffentlichen Thema aufsteigen. Damit soll keine Lanze für eine Absenz gebrochen werden, sehr wohl aber ist es notwendig, Kräfte so einzuteilen, daß sie auch optimal genutzt werden können, sie nicht in unproduktiven Hahnenkämpfen zu verpuffen. Konjunktureller Applaus sollte nicht mit substantiellem Zuspruch verwechselt werden. Neuer Wein darf nicht hauptsächlich durch alte Schläuche geleitet werden.

So stellt sich die banale Frage, warum man bei Veranstaltungen auftritt (besser eigentlich: *antritt*), die einen als Zuschauer kaum locken würde. Zweifellos, manchmal ist es der schnöde Mammon, aber sonst? Eitelkeit? Betriebsamkeit? Wohl gemerkt, d.h. nicht, daß man dies prinzipiell nicht soll, immer aber stellt sich die Frage: Was das soll? Wozu? Darüber gilt es sich apriori und a posteriori Rechenschaft abzulegen. Sämtliche Teilnahmen müssen unter diesen Gesichtspunkten reflektiert werden.

Die Hilflosigkeit im Umgang mit den herrschenden Formen ist Ausdruck auch unserer Verunsicherung mit der Praxis schlechthin, vor allem dahingehend, was denn eine postpolitische sein kann, bzw. was sich heute unweigerlich im politischen Rahmen bewegt. Konkrete Handlungsebenen sind anders beschaffen als das theoretische Terrain, man bewegt sich ausschließlich im Feindesland. Was meint, man muß dessen Regeln nicht nur kennen, sondern auch anerkennen. Das zeitigt allerdings unangenehme Resultate.

6. Intervenieren als Experimentieren

Proben wir neue Praxen. Betätigungsfelder gibt es zur Genüge. Man sollte nicht zimperlich sein und experimentieren. Die Differenz zum Aktionismus liegt darin, daß das so verstandene Experiment, am besten vielleicht beschrieben als *Intervention*, nicht als Selbstzweck der Betätigung gilt, sondern als Probe beabsichtigter Wirkung. Sie bedingt sich nicht selbst, noch liefert sie eine politische Daseinsberechtigung. Es geht um ein gerichtetes Eingreifen, nicht um die Omnipräsenz einer Position, die in unserem Fall sowieso schwer von einer pathologischen Umtriebigkeit zu scheiden wäre.

Die Frage, was man darf, darf nicht durch apriorische Gebote, was man alles nicht darf, limitiert werden. Man sollte es lockerer angehen. Als sinnvolle Intervention erscheint uns in Zeiten der Auflösung alter Widerstandsformen (Streik, Demonstration, Rededuell etc.) das reflektierte Experiment, das sich keinen Zugzwang verordnet und keinen Erfolgszwang auferlegt; sondern eben ausprobiert und durch Erfahrungen und Erkenntnisse seine Denk- und Handlungsmuster zu präzisieren versteht. Kritik hat zwar wirksam zu werden, diese Wirksamkeit ist aber eine essentielle und keine graduelle, die mit den üblichen Skalen von Markt und Tausch gemessen werden kann: Veranstaltungsbesuche, Sympathisanten, Mit-glieder, Erwähnungen, Bestellungen, Spenden, Abozahlen sind nachgeordnet, wenngleich auch nicht gänzlich zu vernachlässigende Indikatoren des Zuspruchs. Kurzum, es geht nicht um die Quote, auch wenn diese einen nicht losläßt.

Das zentrale Kriterium ist, was wir in den Köpfen anrichten, dort hinterlassen, an Kritik initialisieren und vielleicht auch potenzieren. Es geht darum, Birnen ihre Formatierung begreifbar zu machen, den Automaten des bürgerlichen Subjekts zu entautomatisieren, kurzum den Menschen gegen seine Masken zu mobilisieren. Der gesellschaftliche Trieb, zu treiben, was getrieben werden soll, muß der Reflexion zugeführt werden. Wir wollen sein ein Virus im Getriebe der Betriebsamkeit. Den Monaden sollen wahrlich einige Lichter aufgehen. Das ist die aktuell vorrangige Aufgabe. Und wir sind die Zündler.

Das mag jetzt alles etwas abstrakt klingen, aber selbstverständlich gibt es Möglichkeiten unmittelbarer interventionistischer Subversion. Nehmen wir als Beispiel die Meinungs-umfragen. Diese kommentieren nicht bloß die Politik, sie machen sie zusehends. Sie beeinflussen mehr als sie ausdrücken. Sie sind ein Politikum erster Klasse. Harmlos ist etwas anderes. Aber muß man mitspielen? Ist es selbstverständlich, bereitwillig Auskunft zu geben? Man könnte sich weigern, falsch aussagen, oder schließlich in überaffirmativer Manier Geld für die Antworten verlangen. Denn diese Auskünfte bringen Einkünfte. Die einzig florierende Sozialwissenschaft bezieht ihren Rohstoff von den Befragten in hinterhältiger Weise umsonst. Das kann man in einer Marktwirtschaft nicht durchgehen lassen. Da wird einfach den Interviewten Zeit gestohlen, und da Zeit Geld kostet, kostet das Interview je

nach Länge mal Breite. Cash and carry! Im Informationszeitalter Information gratis rauszurücken, das können sich wirklich nur "kleine Leute" gefallen lassen.

Ziel ist jedenfalls ein destruktives Unterlaufen kulturindustrieller Überwachung und Zurechtung. Progressiv könnte z.B. sein, permanent von *Meinungsüberwachung* anstatt von *Meinungsforschung* zu sprechen. Progressiv wäre es auch, nicht mit all den andern die freie Meinung zu affirmieren, sondern die begrenzte Möglichkeit ebendieser zu kritisieren, die freie Meinung als ideologische Konstruktion bürgerlicher Selbstverherrlichung zu dechiffrieren. Hörig ist der Bürger, nicht mündig. Und letztlich wäre auch die Kritik der ganzen Zahlenmetaphysik progressiv. Wie das alles genau sich gestalten kann, ist in jeder Hinsicht eine spannende und vorrangige Frage emanzipatorischer Praxis. Setzen wir unseren Phantasien keine Grenzen, befreien wir sie aus den alten Genügsamkeiten. Was man nicht alles anstellen könnte.....

Letztlich geht es auch um eine Relativierung des protestantischen Bilderverbots. Dieses ist zutiefst durchdrungen von der kapitalistischen Rationalität. Realistisch ist, was real ist: du sollst dir keine Bilder machen außer den vorgemachten. — Nicht die alte Utopie soll hier rehabilitiert werden, wohl aber gilt es so etwas wie synthetische Projektionen zu entwickeln, wenngleich diese vorerst weitgehend negativ bestimmt bleiben müssen. Die Welt ohne Geld sich vorzustellen, die Güterentnahme ohne Warenmarkt, sollte doch geboten sein, nicht verboten.

Die nicht ganz unberechtigte Angst davor, sich an einem kommunistischen Luftschloß zu erbauen, darf nicht dazu führen, die richtige Gesellschaft erst gar nicht mehr anzudenken. Da ist heute sogar mehr angebbare als zu Marxens Zeit. Die Furcht vor dem falschen Jenseits gleitet sodann allzuleicht in die Auslieferung an das falsche Diesseits. Es geht ganz profan um die Entzauberung der bürgerlichen Welt, um den ideellen Abzug des fetischistischen Schleiers, der auf allen Zusammenhängen so schwer und bestimmend lastet. Statt in der Askese zu vertrocknen, sollten wir ruhig zur Prothese greifen. Keine Negation ohne Projektion. Anstellen wird man nur, was man sich vorstellen kann. Ist das Abschaffen nicht an ein Schaffen gekoppelt, fällt es ins Nichts.

Ohne Telos keine Mobilisierung!

1. Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Aphorismen* (1803-1806), *Werke* 2, Frankfurt am Main 1986, S. 550.
2. Hans-Jürgen Krahl, *Konstitution und Klassenkampf. Schriften und Reden 1966-1970*, Frankfurt 1971, S. 166.
3. Immanuel Kant, *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis* (1794), *Werkausgabe* Band XI, Frankfurt am Main 1991, S. 127; vgl. auch S. 132-133.
4. Cornelius Castoriadis, *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie* (1975), Frankfurt am Main 1990, S. 128.
5. Theodor W. Adorno, *Marginalien zu Theorie und Praxis*, *Gesammelte Schriften* 10.2., Frankfurt am Main 1997, S. 779.
6. Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (1821), *Werke* 7, Frankfurt am Main 1986, S. 485-486.
7. Theodor W. Adorno, *Marginalien zu Theorie und Praxis*, S. 763.
8. Ebenda, S. 765.
9. Ebenda, S. 766.
10. Ebenda, S. 761.
11. Vgl. Immanuel Kant, *Kritik der praktischen Vernunft* (1788), *Werkausgabe* Band VII, Frankfurt am Main 1991, S. 125.
12. Agnes Heller, *Das Alltagsleben. Versuch einer Erklärung der individuellen Reproduktion* (1970), Frankfurt am Main 1978, S. 217.
13. Ebenda, S. 218.
14. Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik* (1966), *Gesammelte Schriften* 6, Frankfurt am Main 1997, S. 146-147.
15. Theodor W. Adorno, *Marginalien zu Theorie und Praxis*, S. 780.
16. Ebenda, S. 770.
17. *profil* 46, 15. November 1999, S. 106.
18. Theodor W. Adorno, *Marginalien zu Theorie und Praxis*, S. 776.
19. Ebenda, S. 777.
20. Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik*, S. 206.
21. Aristoteles, *Nikomachische Ethik*, Buch X, Stuttgart 1983, S. 291. [1178a 12-31]
22. Theodor W. Adorno, *Marginalien zu Theorie und Praxis*, S. 771.

13. John Holloway

(* 1947 in Dublin) ist ein Politikwissenschaftler. Er lehrt seit 1993 auf der BUAP in Puebla/Mexiko. In seinen Veröffentlichungen bezieht er zurück auf verschiedene unorthodoxe neomarxistische Theorietraditionen, wie dem italienischen Operaismus oder Kritischen Theorie, und interpretiert diese zum Teil neu bzw. entwickelt er sie weiter. Seine Interpretationen dieser Theorien zeigen auch einen starken Einfluss der Bewegung der Zapatistas in Mexiko. Ihre Ablehnung der staatlichen Macht und ihr Verständnis von Theorie, dass sich in dem Satz "preguntando caminamos" (fragend gehen wir voran) zusammenfassen lässt, und den Holloway immer wieder zitiert, gab seiner Arbeit den entscheidenden Schliff und daher rührt auch seine breite Rezeption.

Werke

(2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*. Münster 2002: Westfälisches Dampfboot, 255 S.

Vom Schrei der Verweigerung zum Schrei der Macht: Zur Zentralität der Arbeit

John Holloway, <http://www.wildcat-www.de/zirkular/34/z34holl1.htm>

I

Am Anfang war der Schrei. Ein Schrei der Erfahrung. Ein Schrei der Angst, ein Schrei des Entsetzens. Ein Schrei darüber, wie wir leben und was wir sehen, ausgelöst von den Zeitungen, die wir lesen, den Fernseh-programmen, die wir sehen, unseren alltäglichen Konflikten. Ein Schrei, der nicht akzeptiert, daß es massenhaften Hunger neben Überfluß gibt, daß soviel Arbeit und Ressourcen der Zerstörung des menschlichen Lebens geopfert werden und daß sich der Schutz des Privateigentums in einigen Teilen der Welt nur durch den systematischen Mord an Straßenkindern organisieren läßt. Ein Schrei der Verweigerung.

[...] Aber wie kommen wir über diesen Schrei hinaus? Wie begreifen wir die Welt als auf dem Kopf stehend, falsch und negativ? In den Medien, den Büchern, in der Schule und in der Sozialwissenschaft wird die Gesellschaft fast immer positiv dargestellt. Im Studium der Sozialwissenschaft lernen wir, »wie es ist«. Dies »wie es ist« läßt sich kritisieren, aber zwischen dem, was ist, und unseren emotionalen Reaktionen wird ein klarer Unterschied gemacht. Der Schrei ist nicht gerade eine zentrale Kategorie der Sozialwissenschaft. Tatsächlich begründet die Sozialwissenschaft ihren wissenschaftlichen Anspruch genau mit dem Ausschluß des Schreis. Die Beschäftigung mit der Welt, wie sie ist, positiv bestimmt, wirft unsere Negativität auf uns zurück, definiert die Negativität als unser individuelles Problem, als Ausdruck unserer mangelnden Anpassungs-fähigkeit. Man bringt uns bei, daß ein vernünftiges Begreifen der Welt nichts mit unseren privaten sentimental Reaktionen zu tun habe.

Die negativen Gesellschaftstheorien wollen den Standpunkt des Schreis retten und ein anderes Bild der Welt zeichnen, das die Negativität der Erfahrung respektiert und stärkt. In den Diskussionen und Kämpfen, in denen klar wird, daß unsere Negativität eine kollektive ist, entstehen zwangsläufig solche Theorien. Wie die gesellschaftliche Erfahrung der Negativität verschiedene historische Formen annimmt, so ändern sich auch ihre historischen Ausdrucksformen.

[...] Wir suchten im Marxismus keine Theorie der Gesellschaft, sondern eine Theorie gegen die Gesellschaft.¹ Für uns ging es nicht um Politikwissenschaft, Soziologie oder Ökonomie, sondern um eine Gegen-Politikwissenschaft, eine Gegen-Soziologie und eine Gegen-Ökonomie: um eine verneinende Theorie der Gesellschaft, die den Schrei der Erfahrung nicht durch die Zerstückelungen des »wissenschaftlichen« Diskurses verstummen läßt.

[...] Eine Theorie *gegen* die Gesellschaft braucht einiges an Verständnis *von* der Gesellschaft. Eine Theorie, in deren Zentrum der *Bruch* mit der kapitalistischen Gesellschaft steht, schließt ein Verständnis der *Reproduktion* der kapitalistischen Gesellschaft mit ein. Als die Welle der Kämpfe wieder abebbte und die Explosion der Verneinung von 1968 allmählich zu einer Erinnerung erstarrte, wurde immer unklarer, was eine Theorie *gegen* die Gesellschaft von einer Theorie *von* der Gesellschaft und den *Bruch* von der *Reproduktion* unterschied. [...]

Jetzt, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der sie umgebenden Staaten und aller möglichen kommunistischen Parteien überall auf der Welt stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Marxismus in einem ganz neuen Zusammenhang. Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist sowohl eine Befreiung des Marxismus, als auch eine Bedrohung für sein weiteres Überleben. Eine Befreiung deswegen, da sich so viel vom fürchterlichen Gepäck des »Sowjet-Marxismus« nun leichter abschütteln läßt. Aber gleichzeitig bedeutet er eine Bedrohung für das Überleben des Marxismus, da der Zusammenbruch von so vielen als Versagen des Marxismus begriffen wird, daß wahrscheinlich weniger Menschen versuchen werden, ihren Antagonismus gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft durch den Marxismus auszudrücken.

[...] Dieser Artikel vertritt die These, daß der Marxismus immer noch die stärkste existierende Theorie gegen die Gesellschaft ist, unsere schlagkräftigste Theorie der Verneinung des Kapitalismus. Um das zu zeigen, reicht eine Analyse der tragischen Geschichte der kommunistischen Bewegung nicht aus: wir müssen auch einige tief verwurzelte begriffliche Probleme in der marxistischen Tradition ansprechen.

II

[...] Wenn wir vom Schrei der Erfahrung ausgehen, von der Ablehnung der bestehenden Gesellschaft aus der Erfahrung heraus, dann müssen wir den Marxismus als Theorie gegen die Gesellschaft beurteilen, nicht als Theorie von der Gesellschaft. Seine heutige Bedeutung bemißt sich nicht in erster Linie daran, wie gut er die Gesellschaft erklären kann, sondern daran, ob er sie negieren kann. Den theoretischen Bezugsrahmen stellen nicht die Sozialwissenschaften im allgemeinen dar, sondern radikale Gesellschaftstheorien, Theorien, die von der Ablehnung der bestehenden Gesellschaft ausgehen. Wir müssen nicht die intellektuelle Ehrbarkeit des Marxismus zeigen, sondern die Macht seiner Anstößigkeit. Nur als Theorie *gegen* die Gesellschaft enthält der Marxismus eine Theorie *von* der Gesellschaft.

Wenn wir behaupten, daß der Marxismus eine einzigartige Stellung unter den Theorien gegen die Gesellschaft einnimmt, wollen wir sagen, daß es wichtig ist, daß er als Ausdrucksform der Ablehnung des Kapitalismus überlebt. Was den Marxismus von anderen negativen Theorien der Gesellschaft unterscheidet, ist, daß er in der Negation der Gesellschaft viel weiter geht als jede andere. Dabei geht es nicht um die Intensität der Gefühle oder um die Radikalität der verwendeten Sprache, sondern darum, daß die Negation allumfassend ist. In der Verneinung löst der Marxismus die gesamte Gesellschaft auf, und dies in einer Art und Weise, wie es keine andere radikale Theorie tut.

Die Negation der Gesellschaft fängt meistens als äußerliche Negation an, als »wir gegen sie«: Frauen gegen Männer, Schwarze gegen Weiße, Arme gegen Reiche. Die Parole »Kill the rich!« macht das sehr schön klar. Die Reichen werden klar als »nicht wir« definiert, unser Kampf gegen sie ist ein eindeutig äußerlicher Kampf. Der Reiz und die Kraft dieser Herangehensweise liegt auf der Hand. Ihre Schwäche liegt in ihrer zeitlosen Äußerlichkeit. Heute töten wir die Reichen, morgen töten sie uns, übermorgen drehen wir den Spieß um, dann sind sie wieder am Drücker, und so geht es weiter, piff-paff, ding-dong, hin und her. Unsere Negativität stößt auf ihre Positivität in einer äußerlichen und potentiell ewig anhaltenden Konfrontation. Daß die Reichen uns unterdrücken und wir sie hassen und bekämpfen, ist klar, aber dieser Ansatz sagt uns nichts über unsere Macht oder ihre Verwundbarkeit. Im allgemeinen konzentriert sich die radikale Theorie meistens eher auf die Unterdrückung und den Kampf dagegen als auf die Zerbrechlichkeit oder Bewegung dieser Unterdrückung. Die feministische Theorie zeigt z.B.

äußerst klar, worin die gesellschaftliche Unterdrückung des sozialen Geschlechts besteht. Sie hat aber keine Theorie der Angreifbarkeit oder Geschichtlichkeit dieser Unterdrückung entwickelt. Die Geschichte wird in der radikalen Theorie meist als Anhäufung äußerlicher Kämpfe begriffen, und da Traditionen sehr wichtig genommen werden, ist dieser Geschichtsbegriff oft sehr konservativ.

Gegen dieses »wir gegen sie« der radikalen Theorie ruft Marx: »Aber es gibt kein 'sie', es gibt nur uns. Wir sind die einzige Wirklichkeit, die einzige Macht. Es gibt nichts außer uns, außer unserer Verneinung. Deshalb ist der Schrei der Verweigerung ein Schrei der Macht«.

Der wesentliche Anspruch des Marxismus, der ihn von anderen Spielarten der radikalen Theorie unterscheidet, ist sein Anspruch, jede Äußerlichkeit aufzulösen. Der Kern des Angriffs auf »sie« besteht darin, zu zeigen, daß »sie« von uns abhängig sind, da »sie« fortwährend durch uns geschaffen werden. Wir, die Machtlosen, sind allmächtig.

Die Kritik an der im »sie gegen uns« ausgedrückten Äußerlichkeit der radikalen Theorie ist nicht irgendeine abstruse theoretische These, sondern der Kern der marxistischen Auffassung von der Möglichkeit einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft. Wenn wir begreifen, daß »sie« uns *nicht* äußerlich sind, daß das Kapital der Arbeit *nicht* äußerlich ist, können wir die Verwundbarkeit der kapitalistischen Herrschaft begreifen. Über die Äußerlichkeit des »sie gegen uns« der radikalen Theorie hinauszugehen, heißt gleichzeitig, über die radikale Theorie der Unterdrückung hinauszugehen und zum Anliegen des Marxismus zu kommen: zur *Zerbrechlichkeit* der Unterdrückung.

III

Die oben aufgestellte Behauptung (die weiter unter genauer ausgeführt wird), daß sich der Marxismus durch den totalen Charakter seiner Negation von anderen Spielarten verneinender Theorie unterscheidet, steht im Gegensatz zu weiten Teilen der marxistischen Tradition. Häufiger wird behauptet, der Marxismus unterscheide sich von anderen radikalen Theorien durch seine überlegene Wissenschaftlichkeit. Das drückt sich zum Beispiel in der üblicherweise (erstmal bei Engels) vorgenommenen Unterscheidung zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus aus. »Utopischer« Sozialismus bezieht sich hier auf den potentiell endlosen Kampf eines radikalen, vom Traum auf Erlösung inspirierten Aktivismus.

Die Behauptung, der Marxismus sei »wissenschaftlich«, bezieht sich hier auf die Behauptung, daß der Kampf nicht endlos sei, weil die Analyse uns zeige, daß der Kapitalismus von Widersprüchen zerrissen ist, die ihn entweder zusammenbrechen oder immer instabiler werden lassen.

Es geht hier nicht darum, ob der Marxismus wissenschaftlich ist, sondern um das Verständnis von »Wissenschaftlichkeit«, auf das sich diese Behauptung oft gründet. In der Tradition des »orthodoxen« Marxismus heißt »wissenschaftlich« dasselbe wie »objektiv«. »Wissenschaft« wird hier im positivistischen Sinn so verstanden, daß sie jede Subjektivität ausschließt. Mit der Behauptung, der Marxismus sei wissenschaftlich, ist gemeint, daß die subjektiven Kämpfe von der objektiven Bewegung der kapitalistischen Widersprüche unterstützt werden. Somit wird eine Unterscheidung zwischen dem (subjektiven) Kampf und den (objektiven) Kampfbedingungen gemacht.

Dieses auf der Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt gegründete Verständnis von Wissenschaftlichkeit legt die Wurzel für einen Dualismus, der sich durch die gesamte marxistische Tradition zieht. Er drückt sich in einer Vielzahl von Varianten aus, als Trennung zwischen Kampf und Widerspruch, zwischen Kampf und Struktur, zwischen Klassenkampf und objektiven Entwicklungsgesetzen, zwischen Politik und Ökonomie, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Protestschrei und kühler Einschätzung der objektiven Wirklichkeit. Die Bedeutung beider Seiten des Dualismus wird dabei innerhalb der marxistischen Tradition durchaus erkannt - kein Marxist würde sagen, daß der Klassenkampf nicht wichtig wäre - aber in der Praxis ist die Beziehung zwischen den beiden Seiten nicht gleich. Da »Wissenschaft« mit Objektivität gleichgesetzt wird, gibt die wissenschaftliche Analyse der zweiten Seite eines jeden Paares den Vorrang: dem Widerspruch, der Struktur, den objektiven Entwicklungsgesetzen, der Ökonomie, dem Kapital, der kühlen Einschätzung der objektiven Wirklichkeit. Die marxistischen Theoretiker sehen gewöhnlich in der Analyse der Objektivität und der Widersprüche des Kapitalismus ihren Beitrag zum Kampf.

Bei all dem wird der Kampf nicht geleugnet: In der marxistischen Tradition entspringen die Analysen im allgemeinen aus irgendeiner Form der Beteiligung am Kampf. Diese Art von »wissenschaftlicher« Analyse mißt den Kämpfen jedoch nur eine sehr untergeordnete Rolle zu, was immer der Anstoß für die Analyse gewesen sein mag.

Dem Kampf wird eine »aber-auch«-Rolle zugewiesen, um einen Ausdruck von Bonfeld zu benutzen²: Er darf in den Zwischenräumen der kapitalistischen Entwicklungsgesetze wirksam werden, er darf die von den objektiven Entwicklungsgesetzen nicht bestimmten Lücken ausfüllen, er darf die von den objektiven Bedingungen dargebotenen günstigen Gelegenheiten beim Schopfe packen. (Er darf auch immer dann als Alibi herhalten, wenn der Marxismus des Determinismus beschuldigt wird, was gänzlich unentschuldig ist.) Die Bedeutung des Kampfs wird nicht bestritten, aber der Marxismus in »wissenschaftlicher« Gestalt wird zu einer Theorie nicht des Kampfes, sondern der objektiven Kampfbedingungen, also etwas ganz anderem.

Der Begriff der »marxistischen Ökonomie« ist eine der verbreitetsten Ausdrucksformen dieser dualistischen Tradition. Er zieht sich durch von der radikalen Linken bis zum Revisionismus der späten kommunistischen Parteien. Die Vorstellung einer marxistischen Ökonomie (im Gegensatz zur marxistischen Kritik der Ökonomie) setzt die Trennung des Widerspruchs vom Kampf fort. Gewöhnlich wird unter marxistischer Ökonomie die Untersuchung der objektiven kapitalistischen Entwicklungsgesetze und deren Verhältnis zur aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung verstanden. Eine Unterscheidung zwischen Ökonomie und Kampf wird ebenso vorausgesetzt wie eine Unterscheidung zwischen Ökonomie und Politik. Obwohl diese Unterscheidung auch die Möglichkeit einer gesonderten »marxistischen Politischen Wissenschaft«, wie Poulantzas³ meinte oder sogar einer »marxistischen Soziologie« enthielt, räumen die Marxisten bei der Untersuchung der kapitalistischen Widersprüche meist dem ökonomischen Bereich den Vorrang ein.

In der Vorstellung einer marxistischen Ökonomie sind sehr weitreichende Konsequenzen angelegt, denn er setzt eine bestimmte Lesart von Marx und seinen Kategorien voraus. Trotz seines Untertitels - Kritik der politischen Ökonomie - gilt das *Kapital* als Schlüsseltext der marxistischen Ökonomie und die in ihm entwickelten Kategorien (Wert, Mehrwert, Preis, das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, Krise, Kredit) als ökonomische Kategorien mit einer nicht vom Klassenkampf abhängigen objektiven Gültigkeit. Wiederum wird der Klassenkampf natürlich nicht geleugnet, aber er wird als etwas von der Analyse der marxistischen Ökonomie Getrenntes gesehen, während die ökonomische Analyse für die Analyse der objektiven Kampfbedingungen zuständig ist. Sogar bei

sozusagen linksradikalen Analysen, in denen die Rolle des subjektiven Kampfes in der Veränderung der Gesellschaft betont wird - wie bei Pannekoek, Mattick oder Luxemburg - wird ein Dualismus zwischen der objektiven, ökonomischen Analyse der Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus und den durch diese Widersprüche aufgemachten Möglichkeiten des subjektiven Kampfes angenommen. Mit dem Begriff der marxistischen Ökonomie ist ein Dualismus von Subjekt und Objekt, von Kampf und Widerspruch untrennbar verbunden.

Dieser in der marxistischen Tradition vorherrschende Dualismus befindet sich nun offenkundig in der Krise. Auf der »objektiven« Seite wirken die Gewißheiten, die ein »wissenschaftlicher«, objektivistischer Ansatz scheinbar versprach, nicht mehr überzeugend. Vor allem aber hat die theoretische und oft auch praktische Unterordnung der Subjektivität, die in dieser Art von Marxismus steckt, die Glaubwürdigkeit des Marxismus als Theorie des Kampfes, als Theorie gegen die Gesellschaft untergraben.

IV

[...] Wenn es um die Kraft des Marxismus als Theorie des Kampfes (und um die Überwindung des Dualismus der orthodoxen Tradition) geht, müssen wir vom Kampf selbst ausgehen, vom subjektiven, von der Erfahrung ausgehenden Schrei der Erfahrung, mit dem dieser Aufsatz begann, von dem Schrei, den die objektivistische »wissenschaftliche« Konzeption des Marxismus erstickt. Die Betonung der Subjektivität ist immer wieder Thema im anti-orthodoxen Marxismus.

In den letzten Jahren kam eine seiner kraftvollsten Ausformulierungen von einer Strömung, die sich seit den 60er Jahren vor allem in Italien entwickelte und als »autonomist Marxism« [der Begriff stammt von Cleaver] oder »Operaismus« bekannt ist. Scharf formuliert ist die Kritik an der objektivistischen Tradition des orthodoxen Marxismus in Mario Trontis Artikel »Lenin in England«, der viel zur Definition des »operaistischen« [»autonomist«] Ansatzes beigetragen hat:

»Auch wir haben erst die kapitalistische Entwicklung gesehen und dann die Arbeiterkämpfe. Das ist ein Irrtum. Man muß das Problem umdrehen, die Vorzeichen umkehren, wieder vom Anfang ausgehen: und der Anfang ist der Klassenkampf der Arbeiterklasse.«⁵

Dies muß der erste Schritt sein: wir müssen die Vorzeichen der marxistischen Tradition umkehren und wieder eindeutig von unten ausgehen, vom Kampf, von der Verneinung. Aber die Umkehrung der Vorzeichen reicht nicht aus: Die Polarität selbst muß in Frage gestellt werden. Mit der Umkehrung der Vorzeichen gelangen wir wieder an den richtigen Ausgangspunkt: Von hier aus können wir uns den Marxismus als Theorie gegen die Gesellschaft, nicht als Theorie von der Gesellschaft, zurückerobern, als Theorie des Kampfes, nicht als Theorie der objektiven Kampfbedingungen, als Theorie der Arbeit und nicht des Kapitals, als Theorie des Bruchs, nicht der Reproduktion. Die Verneinung als Ausgangspunkt ist ein wesentlicher Punkt, aber dies zeigt uns immer noch nicht, was der Marxismus zu einer negativen Theorie beitragen kann.

Tronti geht in der Umkehrung der Vorzeichen sofort einen Schritt weiter. Vom Kampf der Arbeiterklasse auszugehen, heißt nicht nur, den Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse anzunehmen, sondern auch, in vollständiger Umkehrung der traditionellen marxistischen Methode, den Kampf der Arbeiterklasse als bestimmend für die kapitalistische Entwicklung zu sehen:

»Auf der Ebene des gesellschaftlich entwickelten Kapitals ist die kapitalistische Entwicklung den Kämpfen der Arbeiterklasse untergeordnet, sie kommt nach ihnen, und ihnen muß sie den politischen Mechanismus der eigenen Produktion anpassen.«⁶

Dies ist der Kern dessen, was Moulier mit der »kopernikanischen Wende des Marxismus durch den Operaismus« meint,⁷ die laut Asor Rosa »in einer Formel zusammengefaßt werden kann, die die Arbeiterklasse zum dynamischen Motor des Kapitals macht und das Kapital zu einer Funktion der Arbeiterklasse... eine Formel, die uns schon eine Vorstellung von der Größe des Perspektivenwechsels vermittelt, der in solch einer Position politisch steckt.«⁸

Wenn wir den Schrei des Kampfes nicht als Schrei eines Opfers, sondern als Schrei der Macht begreifen wollen, dann ist diese Umkehrung wesentlich. Aber wie läßt sich solch eine Umkehrung in einer kapitalistischen Gesellschaft rechtfertigen, die ganz offensichtlich vom Kapital und den Bedürfnissen der Kapitalistenklasse beherrscht zu sein scheint, wie läßt sich das Kapital als Funktion der Arbeiterklasse verstehen?

Es gibt zwei mögliche Antworten auf diese Frage, sozusagen eine stärkere und eine schwächere. Die schwächere Antwort würde lauten, daß das Kapital sich als Funktion der Arbeiterklasse verstehen läßt, weil seine Geschichte die Geschichte der *Reaktion* auf Kämpfe der Arbeiterklasse ist. Ganz ähnlich könnte man etwa sagen, daß die Bewegungen einer verteidigenden Armee im Krieg eine Funktion der Bewegungen der angreifenden Armee sind oder vielleicht die Entwicklung der Polizei eine Funktion der Aktivitäten von Kriminellen. Die stärkere Antwort würde lauten, daß das Kapital einfach deshalb eine Funktion der Arbeiterklasse ist, weil das Kapital nichts anderes als das *Produkt* der Arbeiterklasse ist und daher in jedem Moment von der Arbeiterklasse abhängig ist, um sich zu reproduzieren. Im ersten Fall wird die Beziehung zwischen Arbeiterklasse und Kapital als Gegenüberstellung begriffen, als *äußerliches* Verhältnis. Im zweiten Fall wird das Verhältnis als Erzeugung des einen Pols des Widerspruchs durch den anderen begriffen, also als *inneres* Verhältnis. Im ersten Fall wird die Arbeiterklasse nur in ihrer Existenz *gegen* das Kapital gesehen, im zweiten existiert sie *gegen das und im* Kapitalverhältnis. Die Interpretation als »Reaktion« und als »Produkt« schließen sich nicht unbedingt gegenseitig aus, aber da die Betonung meist nur auf eine Interpretation gelegt wird, können die theoretischen und politischen Schlußfolgerungen recht unterschiedlich aussehen.

In der operaistischen [autonomist] Analyse finden sich beide Elemente, aber die erste Interpretation, die von einer »Reaktion« ausgeht, ist weiter verbreitet.⁹ Die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung wird in der Regel als Reaktion auf die Macht der Bewegung der Arbeiterklasse verstanden. Die Entwicklung des Kapitals wird folglich als defensive Reaktion auf die Stärke der Bewegung der Arbeiterklasse angesehen, die sich in Momenten offener Revolte enthüllt. So analysiert Negri¹⁰ z.B. den Keynesianismus als Antwort auf die Revolution von 1917, die deutlich machte, daß das Kapital nur überleben konnte, indem es die Bewegung der Arbeiterklasse anerkannte und integrierte. Diese Analysen sind enorm plausibel, aber hier soll betont werden, daß diese Analysen die kapitalistische Entwicklung als Prozeß der Reaktion begreifen, die Beziehung zwischen ArbeiterInnen [labour] und Kapital wird als äußerliche Beziehung verstanden.

Es hat äußerst wichtige politische und theoretische Konsequenzen, wenn man die Beziehung zwischen ArbeiterInnen [labour] und Kapital als äu-

ßerliches Verhältnis begreift. Die Macht der Bewegung der Arbeiterklasse zu betonen strahlt eine offensichtliche Anziehungskraft aus. Nichtsdestotrotz führt diese Art der Trennung von ArbeiterInnen [labour] und Kapital zu einer paradoxen (und romantischen) Vergrößerung der Macht von beiden. Da die »autonome« Analyse nicht die innere Natur der Beziehung zwischen ArbeiterInnen und Kapital untersucht, unterschätzt sie, wie sehr die Arbeit [labour] *innerhalb* kapitalistischer Formen existiert. Daß die Arbeit [labour] innerhalb kapitalistischer Formen existiert, bedeutet, daß sie dem Kapital untergeordnet ist *und* daß das Kapital in seinem Innern zerbrechlich ist; dies wird weiter unten noch ausführlicher erörtert werden. Wenn man die innere Natur der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit [labour] übersieht, unterschätzt man das Eingesperrtsein der ArbeiterInnen [labour] im Kapitalverhältnis *und* die Macht der ArbeiterInnen [labour] als inneren Widerspruch im Kapital (und überschätzt daher die Macht des Kapitals über die ArbeiterInnen [labour]).

Am Ende führt die Umkehrung der Vorzeichen zwischen Kapital und ArbeiterInnen [labour], so wesentlich sie als Ausgangspunkt ist, zur Reproduktion dieser Polarität in anderer Form. Die traditionelle marxistische Analyse betont die logische Entwicklung des Kapitals und verbannt den Klassenkampf in eine »aber-auch«-Rolle; die »operaistische« [»autonomist«] Analyse befreit den Klassenkampf aus seiner untergeordneten Rolle, überläßt ihn aber weiterhin einer gegenüber dem Kapital äußerlichen Logik. Die Logik des Kapitalverhältnisses wird nun nicht mehr im Sinne von »ökonomischen« Gesetzen und Tendenzen verstanden, sondern im Sinne eines politischen Kampfes, um den Feind zu besiegen. Hierin besteht der Unterschied. Die Schlüsselkategorie der marxistischen ökonomischen Interpretation der kapitalistischen Entwicklung, das Wertgesetz, wird von den »Operaisten« [»autonomists«] für überflüssig erachtet.¹¹ Angesichts der Macht der Bewegung der Arbeiterklasse hat sich das Kapital zum integrierten Weltkapitalismus entwickelt, und seine einzige Logik ist die Logik der Machterhaltung.¹² Wenn man das Verhältnis zwischen Arbeit [labour] und Kapital als *Reaktion* versteht, landet man vielleicht unweigerlich bei einer spiegelverkehrten Sicht des Kapitalismus: je größer die Macht der Bewegung der Arbeiterklasse, um so monolithischer und totalitärer die Reaktion der Kapitalistenklasse. Die »operaistische« [»autonomist«] Analyse hat Entscheidendes dazu beigetragen, der marxistischen Theorie wieder als Theorie des Kampfes Geltung zu verschaffen, aber die

wirkliche Stärke der Marxschen Theorie des Kampfes besteht nicht in einer Umkehrung der Polarität zwischen Kapital und Arbeit, sondern in ihrer Auflösung.¹³

V

Man kann den Dualismus überwinden, indem man versucht, das Verhältnis zwischen den beiden Polen des Dualismus mit den untereinander verbundenen Kategorien Form, Totalität und Kritik zu fassen. Diese Methode wird oft als Formanalyse bezeichnet.

Für die Diskussion im *Kapital*, in der Marx darauf besteht, z.B. Wert und Geld in ihrer Wert- und Geldform, als Formen gesellschaftlicher Beziehungen zu begreifen, ist der Begriff der »Form« zentral. Im ersten Kapitel des *Kapital* benutzt Marx den Begriff der »Form«, um seine Methode von der Methode der politischen Ökonomen zu unterscheiden, die er kritisieren will:

»Grade in ihren besten Repräsentanten, wie A. Smith und Ricardo, behandelt sie die Wertform als etwas ganz Gleichgültiges oder der Natur der Ware selbst Äußerliches. Der Grund ist nicht allein, daß die Wertgröße ihre Aufmerksamkeit ganz absorbiert. Es liegt tiefer. Die Wertform des Arbeitsproduktes ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, übersieht man notwendig auch das Spezifische der Wertform, also der Warenform, weiter entwickelt der Geldform, Kapitalform usw.«¹⁴

Im Begriff der »Form« ist hier Verschiedenes angelegt. Indem er die Grenzen von Smith und Ricardo aufzeigt, weist Marx darauf hin, daß ein Verständnis der »Dinge« als »Formen« ein Verständnis von deren zeitlicher Natur bedeutet, ihrer (zumindest) möglichen historischen Überwindung. Wenn wir die kapitalistische Gesellschaft mit den Begriffen der gesellschaftlichen Formen untersuchen, betrachten wir sie vom Standpunkt ihrer historischen Vergänglichkeit, sehen scheinbar Dauerhaftes als vergänglich und scheinbar Positives als negativ. Die Einführung der Formanalyse bedeutet den Übergang vom Fotoabzug zum Negativ. Der Übergang vom Wert zur Wertform ist z.B. eine Umkehrung der gesamten Perspektive der Diskussion, der Schritt von der politischen Ökonomie zur Kritik der politischen Ökonomie. Deshalb bleibt von der Kategorie der »Form«, die vielleicht die zentrale Kategorie in Marx' Argu-

mentation darstellt, nur eine literarische Hülse, wenn man von der Dauerhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ausgeht (wie es die bürgerlichen Sozialwissenschaften tun).

Die Kategorie der »Form« beinhaltet den inneren Zusammenhang (Nicht-Äußerlichkeit) zwischen gesellschaftlichen »Dingen«. Vom Geld als einer Form des Werts, vom Wert als einer Form des Arbeitsprodukts, von Wert und Geld als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse zu sprechen, heißt zu betonen, daß die Beziehung zwischen Wert, Geld, Arbeit und gesellschaftlichen Verhältnissen eine innerliche ist. Scheinbar getrennte »Dinge« der Gesellschaft (Staat, Geld, Kapital usw.) sind gesellschaftliche Erscheinungen, Formen gesellschaftlicher Beziehungen. Die zwischen ihnen bestehenden Wechselbeziehungen sollten nicht als äußerliche (z.B. kausale Beziehungen) verstanden werden, sondern als innere Beziehungen, als Prozesse der Veränderung oder Verwandlung.

Mit dem Begriff »Existenzweise«¹⁵ werden diese verschiedenen Implikationen der »Form« (Geschichtlichkeit, Negativität, Innerlichkeit) gut erfaßt. Wenn wir z.B. vom Geld als einer »Existenzweise« gesellschaftlicher Beziehungen sprechen, so sind damit die ganzen Implikationen des »Form«-Begriffs angesprochen, also historische Bestimmtheit, Negativität und Innerlichkeit.

Im hier vorgeschlagenen Begriff der »Form« ist ein Begriff von »Totalität« angelegt. Wenn alle Aspekte der Gesellschaft als Formen gesellschaftlicher Beziehungen verstanden werden, dann sind sie eindeutig Teil eines innerlich verbundenen Ganzen, Moment einer gesellschaftlichen Totalität. Wenn wir also sagen, die »Form« ist die zentrale Kategorie der Theorie von Marx, dann befinden wir uns in Übereinstimmung mit dem berühmten Ausspruch von Lukacs: »Nicht die Vorherrschaft der ökonomischen Motive in der Geschichtserklärung unterscheidet entscheidend den Marxismus von der bürgerlichen Wissenschaft, sondern der Gesichtspunkt der Totalität.«¹⁶

»Form« und »Totalität« beinhalten aber einen dritten Begriff, nämlich den der »Kritik«. Wenn scheinbar getrennte Dinge (etwa Geld und Staat) als verschiedene Formen einer einzigen Totalität verstanden werden sollen, dann gehört zum Verständnisprozeß eine Kritik der scheinbaren Getrenntheit. Zu kritisieren heißt in diesem Sinne, die Wechselbeziehungen zwischen den »Dingen« zu erforschen, zu zeigen, wie scheinbar getrennte und nur äußerlich verbundene Aspekte der Gesell-

schaft als Formen derselben gesellschaftlichen Totalität in einem inneren Zusammenhang stehen.

[...] Die Formanalyse ist zentral für jeden Angriff auf den Dualismus, der weite Teile der marxistischen Tradition geprägt hat, und in den letzten Jahren wird sie von einer ganzen Anzahl von Theoretikern zu Recht betont,¹⁷ auch unter dem Einfluß der Schriften früherer Autoren wie Lukacs, Rosdolsky, Rubin und Pashakunis, die in den späten 60er und frühen 70er Jahren wiederentdeckt wurden. Dennoch sind viele der Ansätze, die grob als Beispiele für eine Formanalyse bezeichnet werden könnten, nicht zu einer Überwindung des kritisierten Dualismus vorgedrungen. Oft führten sie nur zu einem (manchmal als »Kapitallogik« bezeichneten) rein logischen Verständnis der kapitalistischen Entwicklung, das wenig Raum für den Klassenkampf läßt.

Hier gibt es auf zwei Ebenen Schwierigkeiten. Auf der einen Ebene, die wir die logische nennen könnten, stellt sich die Frage nach dem Verständnis von »Form«. Natürlich läßt sich der Begriff »Form« unterschiedlich verstehen. Im hier verwandten Sinne einer »Existenzweise« ist der Begriff vor allem kritisch: Er behauptet die Einheit des scheinbar Getrennten, die Vergänglichkeit des scheinbar Dauerhaften, die Falschheit der Erscheinung. Wenn er aber wie so oft im Sinne einer Unterteilung nach Gattungen und Arten wie in dem Satz, »Weizen ist eine Form von Getreide«, benutzt wird, dann verliert die Methode vollständig ihren kritischen Inhalt und trägt nichts zur Überwindung des Dualismus bei, um die es uns geht.¹⁸

Aber sogar wenn die »Form« im stärkeren Sinne, als Existenzweise begriffen wird, so daß »A ist die Form von B« bedeutet, daß B die Existenzweise von A ist, besteht immer noch die Gefahr, daß die Formanalyse nur zu einer leeren Logik von Kategorien wird, zu einer Diskursform, in der nur die logischen Beziehungen zwischen den Kategorien real zu sein scheinen. Natürlich sind die Kategorien der Totalität, der Form und Kritik zentral für den Angriff auf den Dualismus, der als theoretisch-politisches Hauptproblem der marxistischen Tradition herausgearbeitet wurde. Aber was verstehen wir darunter? Wie können wir den weit verbreiteten Scholastizismus der »formanalytischen« Diskussion vermeiden? Totalität von was, Formen von was? Was meinen wir, wenn wir von Totalität, Form und Kritik sprechen?

Die Totalität ist eine Totalität von gesellschaftlichen Beziehungen, die Formen sind Formen von gesellschaftlichen Beziehungen, dies wäre die einfachste Antwort. Wenn man also von Geld, Wert oder Staat als Geld-Form, Wert-Form oder Staats-Form spricht, ist gemeint, daß diese Erscheinungen, die sich als Dinge darstellen, Formen gesellschaftlicher Beziehungen sind. Alle gesellschaftlichen Erscheinungen müssen als Existenzweisen von Beziehungen zwischen Menschen kritisiert (entmystifiziert) werden. Aber damit ist das Problem noch immer nicht gelöst: Bei vielen »Formanalysen« ist der Verweis auf die gesellschaftlichen Beziehungen schlicht ein formales Bekenntnis, da angenommen wird, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse einem logisch vorgegebenen Entwicklungsschema folgen. Folglich taucht der Dualismus wieder auf, jetzt im Sinne einer Trennung zwischen einerseits einer logisch vorherbestimmbaren Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse (der Kapitallogik) und andererseits dem Klassenkampf, der als getrennt von den gesellschaftlichen Verhältnissen im Kapitalismus aufgefaßt wird.

Die Trennung zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Kampf können nur überwunden werden, wenn wir begreifen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus von vornherein antagonistisch, von vornherein widersprüchlich sind, daß alle gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus Verhältnisse des Klassenkampfes sind. Wenn wir von der Totalität als einer Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse reden, dann meinen wir die Totalität der antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse (Klassenkampf). Wenn wir sagen, daß Geld eine Form der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, meinen wir, daß es eine Form des Klassenkampfes ist, daß seine Entwicklung sich nicht als logischer Prozeß verstehen läßt, sondern nur als Kampfprozeß (ein Kampf, der eine bestimmte Existenzweise hat, aber nicht vorbestimmt ist).

In diesem Sinne können wir mit den Kategorien Totalität, Form und Kritik begreifen, daß alle gesellschaftlichen Erscheinungen Existenzweisen des Klassenkampfes sind und umgekehrt der Klassenkampf in und durch diese gesellschaftlichen Erscheinungen hindurch existiert. Indem wir alle Aspekte der Gesellschaft als Existenzweisen des Klassenkampfes begreifen, überwinden wir die dualistische Trennung von Gesellschaft und Kampf, Objekt und Subjekt, bewegen uns aber immer noch auf der Ebene von Behauptungen. Wir könnten z.B. sagen, daß der Staat als beson-

dere Form der Totalität des Klassenkampfes verstanden werden muß. Oder wir könnten sagen, daß das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie im Sinne der Trennung in der Einheit bzw. Einheit in der Trennung des Klassenkampfes gefaßt werden muß. Beide Aussagen sind für das Verständnis der politischen und ökonomischen Entwicklung wichtig, aber sie flehen geradezu nach einer weiteren Frage: warum? Was konstituiert diese Einheit (in der Trennung) von Politik und Ökonomie, was erlaubt es uns, von einer Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse zu sprechen? Woher kommt die Einheit, die im Begriff der Totalität steckt? Wodurch wird diese Einheit erzeugt, wie verstehen wir ihre Entstehung? Der Begriff der Totalität führt uns, wenn wir es ernst damit meinen, zu der Frage nach der Genese [Entstehung] (oder Konstitution). Nur wenn wir vom Begriff der Totalität und der Form zur Genese und Konstitution dieser Totalität (und ihrer Formen) fortschreiten, kann die Frage nach der Macht gestellt werden.

VI

Der Versuch, die Sackgasse des Dualismus zu überwinden, führt uns zu der Frage, wie wir die Totalität der gesellschaftlichen Beziehungen (als Verhältnisse des Klassenkampfes) genetisch [von ihrer Entstehung her] verstehen können.

Die Erforschung der Genese oder Konstitution gesellschaftlicher Erscheinungen ist zentral für Marx' Ansatz. Nicht nur gibt sie seinem gesamten Werk (am deutlichsten im *Kapital*) den roten Faden, sondern er definiert so auch wiederholt seine wissenschaftliche Methode. Eine der bekanntesten Passagen entstammt der *Einleitung* zu den Grundrissen von 1857 und sollte ausführlich zitiert werden:

»Es scheint das Richtige zu sein mit dem Realen und Konkreten, der wirklichen Vorraussetzung zu beginnen, also z.B. in der Ökonomie mit der Bevölkerung, die die Grundlage und das Subjekt des ganzen gesellschaftlichen Produktionsaktes ist. Indes zeigt sich dies bei näherer Betrachtung [als] falsch. Die Bevölkerung ist eine Abstraktion, wenn ich z.B. die Klassen, aus denen sie besteht, weglasse. Diese Klassen sind wieder ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruhen. Z.B. Lohnarbeit, Kapital etc. Diese unterstellen Austausch, Teilung der Arbeit, Preise etc. Kapital z.B. ohne Lohnarbeit ist nichts, ohne Wert, Geld, Preis etc. Finge ich also mit der Bevölkerung an, so wäre das eine chaotische Vorstellung des Ganzen und durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfache Begriffe kommen; von dem vorgestellten

Konkreten auf immer dünnere Abstrakta, bis ich bei den einfachsten Bestimmungen angelangt wäre. Von da wäre nun die Reise rückwärts anzutreten, bis ich endlich wieder bei der Bevölkerung anlangte, diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung des Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen (...). Das letztere ist offenbar die wissenschaftlich richtige Methode. Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und Vorstellung ist. Im ersten Weg wurde die volle Vorstellung zu abstrakten Bestimmungen verflüchtigt; im zweiten führen die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens. Hegel geriet daher auf die Illusion das Reale als Resultat des in sich selbst zusammenfassenden, in sich vertiefenden, und aus sich selbst bewegenden Denkens zu fassen, während die Methode vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren. Keineswegs aber der Entstehungsprozeß des Konkreten selbst.«¹⁹

Dasselbe Argument findet sich immer wieder im *Kapital*, z.B. in der in einer Fußnote gemachten knappen Anmerkung, in der Marx mit einer Kritik der Technologie beginnt und mit einer Kritik der Religion fortfährt:

»Es ist in der Tat viel leichter, durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt, aus den jedesmaligen wirklichen Lebens-verhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln. Die letztere ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode.«²⁰

[...] Die Bemerkung zur Religionskritik legt eine Antwort nahe. Der Hinweis, »durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen« zu entdecken, ist ein Verweis auf Feuerbach und dessen Argument, daß der Glaube an Gott Ausdruck der menschlichen Selbstentfremdung bzw. die menschliche Selbstentfremdung der »irdische Kern« der Religion sei. Der zweite Teil des Satzes, daß es darum geht, »aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln«, verweist auf die Marxsche Kritik an Feuerbach, daß diese Selbstentfremdung nicht abstrakt, sondern in einem

praktischen (und daher historischen) Zusammenhang begriffen werden muß. Feuerbach hat recht, wenn er darauf besteht, daß Gott eine menschliche Schöpfung ist (und nicht umgekehrt), aber der Prozeß dieser Entstehung muß praktisch, sinnlich verstanden und wahrgenommen werden. Der Begriff »Gott« muß als Ergebnis menschlichen Denkens aufgefaßt werden, und dieses Denken wiederum ist kein individueller, unhistorischer Vorgang, sondern ein Aspekt der gesellschaftlichen Praxis unter bestimmten historischen Bedingungen.

Die Kritik an Feuerbach führt zu wichtigen politischen Schlußfolgerungen. Die Religion stellt die Menschen als Objekte dar, als Wesen, die von Gott, dem alleinigen Schöpfer, dem Ursprung aller Dinge, der Quelle der gesamten Macht, dem alleinigen Subjekt erschaffen wurden. Die Religionskritik von Feuerbach stellt die Menschen in den Mittelpunkt der Welt, aber sie werden nicht wirklich ermächtigt, denn Feuerbachs Mensch ist gefangen in einer zeitlosen Selbstentfremdung. Ist die Erschaffung Gottes erstmal als gesellschaftliche, historische Praxis begriffen, dann sind die Menschen nicht länger nur Objekte und gefangen in einem Vakuum der Machtlosigkeit, sondern *die menschliche Praxis wird als alleiniger Schöpfer, als Ursprung aller Dinge, als Quelle der Macht, als alleiniges Subjekt erkannt*. Eine so verstandene praktisch-genetische Religionskritik ermöglicht es den Menschen, die sie umgebende Welt zu gestalten, da sie selbst ihre »wahre Sonne« sind.

»(...) die Kritik der Religion ist Voraussetzung aller Kritik«, sagt Marx.²¹ Die Kritik an den politischen Ökonomen folgt den Mustern der Kritik an Feuerbach. Im *Kapital* hat sich Marx' Aufmerksamkeit einem weitaus mächtigeren Gott zugewandt, dem Geld (dem Wert). Im alltäglichen Denken schwingt sich das Geld zum Herrscher über die Welt auf, zur einzigen Quelle der Macht. Ricardo (der an die Stelle von Feuerbach tritt) hat gezeigt, daß dem nicht so ist: »Durch Analyse« hat er entdeckt, daß die menschliche Arbeit als Substanz des Werts »der irdische Kern der religiösen Nebelbildungen« der Ökonomie (der Religion des Geldes) ist. Aber Ricardo behandelt die Arbeit wie Feuerbach die Selbstentfremdung: zeitlos, als unhistorisches Wesensmerkmal der menschlichen Existenz.

»Die politische Ökonomie hat nun zwar, wenn auch unvollkommen, Wert und Wertgröße analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt entdeckt. Sie hat niemals auch nur die Frage ge-

stellt, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt?«²²

Im Ergebnis stellt Ricardo also ebenso wie Feuerbach die Menschen in den Mittelpunkt der Welt, aber läßt die Menschheit gefangen in einem zeitlosen, unveränderlichen Vakuum der Machtlosigkeit. Nur wenn wir die Produktion von Wert und Geld als gesellschaftliche, historische menschliche Praxis begreifen, wird die Kritik an der Macht des Geldes (und der Machtlosigkeit der Menschen) zu einer Theorie der Macht der Menschen, der Macht menschlicher Praxis oder Arbeit.

[...] Mit der Behauptung, daß Marx' Methode wissenschaftlich sei, soll nicht behauptet werden, daß ihre Logik überlegen oder strenger sei, sondern daß sie der Bewegung des praktischen Produktionsprozesses im Denken folgt (und daher bewußter an ihr teilnimmt). Die Genese läßt sich nur als menschliche Genese begreifen, als Macht der menschlichen Schöpfung.

Wenn wir nun auf den Begriff der »Totalität« zurückkommen und fragen, was den »Standpunkt einer Totalität« (Lukacs)²³ ausmacht, was die Behauptung rechtfertigt, der einzig »wissenschaftlich korrekte« Ansatz bestehe darin, von der Einheit der Vielheit der gesellschaftlichen Erscheinungen auszugehen. Die Antwort muß lauten, daß es die ausschließliche Macht der schöpferischen menschlichen Praxis (Arbeit) ist, die die Totalität als Totalität bestimmt (und daher auch die »Formen« als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse konstituiert). Nur wenn der Begriff der Totalität (und der Form und der Kritik) praktisch-genetisch in der Arbeit begründet ist, hat er irgendeine Bedeutung als wissenschaftlich-politischer Begriff der Macht.

Wenn wir die Genese (oder die Ableitung) so, als gedankliche Bewegung der genetischen Macht menschlicher Praxis begreifen, dann können die »einfachsten Bestimmungen«, auf die Marx in der *Einleitung* von 1857 verweist, nur als Arbeit (die schöpferische Macht menschlicher Praxis)²⁴ verstanden werden. Die (von Gunn als »bestimmte Abstraktion« beschriebene)²⁵ Marxsche Methode läßt sich nur dann als wissenschaftlich begreifen, wenn man alle gesellschaftlichen Zusammenhänge, auch den Prozeß der Abstraktion, als praktisch versteht.

Die Objektivität des Kapitalismus, das »so ist es nun mal« der kapitalistischen Realität, hat sich jetzt aufgelöst. Die Begriffe Totalität, Form usw.

stellten die Grundlage dar, um die harte Trennung von Subjekt und Objekt zu überwinden und die Trennung begrifflich als Einheit in der Trennung und Trennung in der Einheit zu fassen. Aber nur, wenn diese Begriffe in einen praktisch-genetischen Zusammenhang gestellt werden, verschwindet die Symmetrie von Subjekt und Objekt: Nur dann wird klar, daß es kein Objekt, sondern nur ein Subjekt gibt.

VII

Der Schrei hat nun eine neue Dimension gewonnen. Aus einem Aufschrei der Verneinung, der Ablehnung ist ein Schrei der Macht geworden. Ausgangspunkt war die subjektive Ablehnung der »objektiv existierenden Gesellschaft«: Die Objektivität hat sich nun aufgelöst, und es ist nichts übrig als die Macht des Subjekts. Mit den Ohren der marxistischen Theorie können wir den Schrei der machtlosen Opfer als Schrei des allmächtigen Subjekts wahrnehmen.

Der Schlüssel zu dieser Verwandlung liegt im Begriff der Arbeit. Der Dreh- und Angelpunkt der Theorie von Marx, der der Verneinung Macht verleiht, ist der Begriff der kreativen Kraft der menschlichen Praxis, der Arbeit. Für Marx ist die Menschheit durch ihre bewußte kreative Praxis definiert: »Die freie bewußte Tätigkeit ist der Gattungscharakter des Menschen«.²⁶ Der Begriff der Praxis oder Arbeit ist in erster Linie ein Begriff der Macht. Er taucht auf in der Kritik an der in der Religion ausgedrückten Vorstellung von der Machtlosigkeit des Menschen: Nicht Gott ist tätig und kreativ, sondern die Menschen. Sind aber die Menschen tätige, kreative Wesen, so müssen all ihre Beziehungen als praktische Beziehungen, Arbeitsbeziehungen verstanden werden: »Das gesellschaftliche Leben ist wesentlich *praktisch*. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus verleiten, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis« (achte These über Feuerbach). Das Begreifen der Praxis ist der Schlüssel zur Theorie der Gesellschaft, da die Gesellschaft nichts anderes als Praxis ist. Aus diesem Grund spricht Marx zu Beginn im *Kapital* von der »zwieschlächtigen Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit« als dem »Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht«.²⁷

Arbeit, Schöpfung und Praxis werden hier als austauschbare Begriffe verwendet. Arbeit hat im Kapitalismus einen Doppelcharakter als konkrete und abstrakte Arbeit: die (widersprüchliche und widerständige) Unterordnung der konkreten unter

die abstrakte Arbeit (die Produktion von Wert) bedeutet, daß die Arbeit in einer Form existiert, die die »freie bewußte Tätigkeit«, die »der Gattungscharakter des Menschen ist«, negiert. Der Kapitalismus entmenscht die Menschen, indem er ihnen das nimmt, was sie menschlich macht, dies ist die zentrale Kritik von Marx am Kapitalismus. Doch die Existenz der Arbeit als Wert-produzierende Arbeit ändert überhaupt nichts an der alles bestimmenden Macht der Arbeit: Da die Arbeit die einzig schöpferische Kraft der (jeder) Gesellschaft ist, kann das auch gar nicht anders sein. Genau darin liegt die Stärke der Marxschen Werttheorie: Sie ist gleichzeitig eine Theorie der Unterwerfung der Arbeit und die Theorie der ausschließlichen Macht der Arbeit.

Die Arbeit ist also die »einfachste Bestimmung«, (um den Begriff aus der *Einführung* von 1857 zu verwenden). So verstanden ist Arbeit Subjektivität - praktische Subjektivität, da es keine andere gibt; aber Arbeit ist auch Negativität, da sie die praktische Negation des Bestehenden umfaßt. Die Arbeit konstituiert alles. »Objektivität« ist nichts anderes als objektivierte Subjektivität: es gibt nichts anderes als Subjektivität und ihre Objektivierung (ihre Verwandlung in eine objektive Existenzweise).

Jetzt zeigt sich, daß der subjektive Schrei, der zunächst wissenschaftsfeindlich erschien (und von einem Großteil der akademischen Diskussion auch so behandelt werden würde), wesentlicher Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Überlegung ist. Wenn die Gesellschaft nichts anderes ist als Subjektivität und ihre Objektivierung, dann ist die Subjektivität (Praxis) der einzig mögliche Ausgangspunkt für das Begreifen der Gesellschaft, dann ist das Begreifen der Gesellschaft ein Prozeß, der den (objektivierenden) Formen unserer Subjektivität nachgeht - ein Weg, den die Vorstellung von einer »wissenschaftlichen Objektivität« völlig verbaut. Die Welt läßt sich nur subjektiv, kritisch, negativ und von unten verstehen. [...] Die Gesellschaft läßt sich nur negativ, nur durch eine Theorie gegen die Gesellschaft verstehen.²⁹

VIII

[...] Die Reise zurückzuverfolgen, ausgehend von der Zentralität der Arbeit: Diese Aufgabe stellt sich Marx im *Kapital*. Ausgehend vom Wert entwickelt er die Entstehung des Geldes, des Kapitals, des Profits usw. als Formen, die das Arbeitsprodukt annimmt, und zeigt gleichzeitig, wie Verhältnisse zwischen Menschen (praktische Verhältnisse, Arbeitsbeziehungen) die Form von Ver-

hältnissen zwischen Dingen annehmen. Diese Existenz von praktischen gesellschaftlichen Verhältnissen als Verhältnissen zwischen Dingen bezeichnet Marx als Fetischismus.

[...] Durch den Begriff des Fetischismus kommt das Problem des Objektivismus durch die Hintertür wieder herein. Jetzt ließe sich die objektivistische Tradition des Mainstream-Marxismus damit rechtfertigen, daß es nicht um einen simplen Dualismus zwischen Menschen und objektiven Bedingungen geht, sondern darum, daß Menschen, die in Wirklichkeit als Spezies praktische Wesen sind, im Kapitalismus als entmenslichte, ihrer Subjektivität beraubte Objekte existieren. Jetzt lautet das Argument, daß die Existenz der Menschen als Objekte es uns ermögliche, den Kapitalismus im Sinne der logischen Entfaltung seiner zuerst von Marx im *Kapital* analysierten und dann von der Tradition der marxistischen Ökonomen untersuchten »objektiven Entwicklungsgesetze« zu begreifen. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist der Klassenkampf ein Kampf gegen die Logik des Kapitals und von dieser klar getrennt.

Diese Rechtfertigung des Objektivismus beruht sozusagen auf einer »harten« Interpretation des Fetischismus (bzw. der Entfremdung, der Verdinglichung, der Objektivierung - lauter unterschiedliche Begriffe für den im Grunde gleichen Prozeß). Der Fetischismus wird als vollendete Tatsache und die fetischisierten Formen als ausschließliche Existenzweise der Verhältnisse zwischen Menschen aufgefaßt.

Das Verständnis vom Fetischismus ist politisch und theoretisch die zentrale Streitfrage des Marxismus. Der harte Fetischismusbegriff führt natürlich zu dem Dilemma: Wenn die Menschen im Kapitalismus als Objekte existieren, wie ist dann eine Revolution denkbar? Für dieses Dilemma gibt es drei mögliche Lösungen. Eine besagt, daß es keinen Ausweg, keine Möglichkeit einer sozialen Revolution gibt, daß wir nur ohne Hoffnung kritisieren können: der oft mit der Frankfurter Schule assoziierte Pessimismus. Eine zweite besagt, daß es sehr wohl einen Ausweg gibt, nämlich die Aktion und Führung durch diejenigen, die sich von ihrem objektiven Zustand befreien können, anders gesagt, durch die Führung einer Avantgardepartei: die leninistische Position. Ein dritte Variante behauptet, daß man sich die Revolution nicht als subjektive Aktion vorstellen sollte, sondern daß die Entfaltung der objektiven Widersprüche selber zum Untergang des Kapitalismus und zur Befreiung des Subjekts führen wird: die Posi-

tion der Zweiten Internationale. Trotz all ihrer Unterschiede gehen diese Strategien von demselben Ausgangspunkt aus - sie halten den Fetischismus für eine vollendete Tatsache. Wenn man die Menschen als objektiviert versteht, dann führt dies in der einen oder anderen Form zu einer Politik, die sie auch als Objekte behandelt.

Die theoretische Auffassung des Fetischismus wirkt sich auf das theoretische Verständnis aller anderen Kategorien aus. Wenn man die gesellschaftlichen Verhältnisse als objektiviert begreift, dann versteht man auch die Existenzweisen dieser gesellschaftlichen Verhältnisse (und ihre Wechselbeziehungen) als objektiv und ihre Entwicklung als Entfaltung einer in sich geschlossenen Logik. So wird in dieser Tradition z.B. der Wert als ökonomische Kategorie aufgefaßt (oft als Grundlage für eine Preistheorie) und nicht als Form des Klassenkampfes. Ebenso wird das Geld so verstanden, daß es objektiv existiert und Bedingungen schafft, die auf den Klassenkampf zurückwirken, aber es wird nicht selber als eine Form des Klassenkampfes verstanden. All diese Kategorien werden als »geschlossen« betrachtet, im Sinne einer in sich selbst gefangenen Logik.

Dieses Verständnis des Fetischismus führt tendenziell eher zu einer analytischen als einer genetischen Behandlung des Kapitalismus. Tatsächlich fragt sich, welche Bedeutung die genetische Methode (oder die Formanalyse) haben soll, wenn der Fetischismus vollkommen ist. Warum sollen wir die Objektivierung der Subjektivität der Menschen zurückverfolgen, wenn sie objektiviert sind? Wenn nicht die Arbeit, sondern der Wert regiert, warum sollen wir dann noch - wie Marx es verlangte - die Frage stellen, »warum sich die Arbeit im Wert ihres Produktes darstellt«? Der herrschende Ansatz der marxistischen Ökonomie ignoriert die Frage der Genese und der Form ganz einfach. In den Diskussionen z.B. über den Wert wurde der Wertform (im Gegensatz zur Wertgröße) nur wenig Beachtung geschenkt, und Marx' grundlegende Kritik an Ricardo ist unter den Tisch gefallen.

Einen anspruchsvolleren Ansatz, dem es gelingt, den Begriff der Form mit einem »harten« Verständnis des Fetischismus zu verbinden, vertreten diejenigen, die meinen, daß die Formanalyse historisch verstanden werden muß. So gesehen besteht die Bedeutung des Marxschen Bestehens auf der Form einfach darin, die Historizität des Kapitalismus aufzuzeigen. Die Entstehung der Formen gesellschaftlicher Beziehungen muß folglich historisch verstanden werden: Die Errichtung der

Herrschaft des Wertes oder des Geldes war ein historischer Prozeß, der in den frühen Jahren des Kapitalismus zur Vollendung gekommen ist.³⁰ Aus dieser Perspektive läßt sich der Wert als Herrschaftsform fassen, aber nicht als eine Form des Kampfes. Die Wertproduktion als Form, die die Arbeit im Kapitalismus annimmt, ist eine Form kapitalistischer Herrschaft im Gegensatz zur vergangenen und vor allem zukünftigen Befreiung der Arbeit.

Innerhalb der marxistischen Tradition ist die harte Interpretation des Fetischismus zweifellos der herrschende Ansatz, und das hat sicher viel mit den schlimmsten Auswüchsen der kommunistischen politischen Tradition zu tun, Menschen eher als Objekte denn als Subjekte der Politik zu behandeln. Vorsichtig ausgedrückt liegt diese harte Interpretation des Fetischismus auf einer Linie mit dem für einen Großteil der Avantgardetradition typischen Autoritarismus.

Aber es gibt eine Alternative zu dieser Auffassung vom Fetischismus, eine andere Möglichkeit, wie die »Rückverfolgung der Reise« zu verstehen ist, die Marx im *Kapital* antritt. Ernst Bloch bringt dies recht eindrucksvoll auf den Punkt:

»Entfremdung könnte nicht einmal notiert, gar als solch Freiheitsraubendes an den Menschen, solch Entseelendes in der Welt verurteilt werden, wenn es kein Maß an ihrem Gegenteil gäbe, also an jenem möglichen Zusichkommen, Beisichsein, woran die Entfremdung ermessen werden kann.«³¹

Der Begriff der Entfremdung, oder des Fetischismus, bedingt mit anderen Worten seinen Gegensatz: nicht als wesentliches, nicht-entfremdetes »Zuhause« tief in uns drin, sondern als Widerstand, Verweigerung, Ablehnung der Entfremdung in unserer täglichen Praxis. Wir können die Entfremdung oder den Fetischismus nur ausgehend von einem Begriff von Nicht- (oder besser Anti-) Entfremdung oder Anti-Fetischismus denken. Daher läßt sich der Fetischismus nicht als vollendet begreifen: er läßt sich nur als Prozeß begreifen, als Fetischisierung.

Wenn wir den Fetischismus als Fetischisierung begreifen, dann ist die Entstehung der kapitalistischen Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur von historischem Interesse. Die Wertform, Geldform, Kapitalform, Staatsform usw. sind mit dem Beginn des Kapitalismus nicht ein für alle Mal errichtet worden. Stattdessen stehen sie permanent zur Debatte, als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse werden sie ständig in

Frage gestellt, durch den Kampf werden sie beständig errichtet und neu errichtet (oder auch nicht). Die Formen der gesellschaftlichen Beziehungen sind Prozesse der Formierung gesellschaftlicher Verhältnisse.³²

Unsere Existenz ist dann nicht einfach eine in fetischisierten Formen gesellschaftlicher Verhältnisse eingeschlossene Existenz. Wir existieren nicht nur als objektivierte Opfer des Kapitalismus. Genausowenig können wir außerhalb der kapitalistischen Formen bestehen: Es gibt keinen Kapitalismusfreien Raum, keine privilegierte Sphäre eines nicht-fetischisierten Lebens, da wir uns immer durch unser Verhältnis zu anderen konstituieren und konstituiert werden. Wir existieren vielmehr, wie der Ausgangspunkt dieser Diskussion, der Schrei, nahelegt, gegen das und im Kapital. Unsere Existenz gegen den Kapitalismus ist keine Frage der bewußten Entscheidung, sie ist notwendiger Ausdruck unseres Lebens in einer unterdrückenden und entfremdenden Gesellschaft. Gunn sagt dazu sehr schön, daß »die Unfreiheit einzig als (in sich widersprüchliche) Revolte der Unterdrückten weiterbesteht«.³³ Unsere gegen das Kapital gerichtete Existenz ist die unvermeidliche ständige Negation unserer Existenz im Kapital. Umgekehrt ist unsere Existenz im Kapital (oder genauer gesagt, unser Eingesperrtsein im Kapital) die beständige Negation unserer Revolte gegen das Kapital. Unser Eingesperrtsein im Kapital ist ein beständiger Prozeß der Fetischisierung oder Formierung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, ein ständiger Kampf.

Diese Auffassung vom Fetischismus als Fetischisierung und somit unserer Existenz in der kapitalistischen Gesellschaft als einer Existenz gegen das Kapital und im Kapital hat Folgen für unsere Auffassung aller Marxschen Kategorien. Wenn wir die Formen gesellschaftlicher Verhältnisse (ausgedrückt in den Kategorien der politischen Ökonomen) als Prozesse der Formierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und somit als Kampf begreifen, dann liegt es auf der Hand, daß wir die Kategorien als offen verstehen müssen. Wenn wir z.B. den Wert weder als ökonomische Kategorie noch als Herrschaftsform, sondern als Form des Kampfes verstehen, dann hängt die tatsächliche Bedeutung der Kategorie vom Verlauf des Kampfes ab. Sind die Kategorien des Denkens einmal als Ausdrucksweisen des Kampfs um ihre Verobjektivierung statt als objektivierte gesellschaftliche Verhältnisse gefaßt, dann fegt ein Sturm der Unvorhersehbarkeit durch sie hindurch. Wenn wir einmal verstanden haben, daß Geld, Kapital und

Staat nichts anderes sind als der Kampf um die Gestaltung, Disziplinierung und Strukturierung dessen, was Hegel die »bloße Unruhe des Lebens« nennt, so wird deutlich, daß ihre Entwicklung nur als Praxis, als Kampf ohne vorherbestimmten Ausgang verstanden werden kann.³⁴ Als Theorie des Kampfes ist der Marxismus notwendig eine Theorie der Ungewißheit.³⁵ Der Begriff des Kampfes verträgt sich nicht mit der Vorstellung einer garantierten Negation der Negation als Happy-End: Die Dialektik läßt sich nur als negative Dialektik verstehen³⁶, als Negation der Falschheit mit offenem Ende, als Revolte gegen die Unfreiheit.

IX

[...] Die Frage nach der Methode ist die Frage nach der revolutionären Macht - wenn auch nicht im leninistischen Sinne. In einem 1927 in Moskau gehaltenen Vortrag über »abstrakte Arbeit und Wert im Denken von Marx« verweist I.I. Rubin³⁷ auf die bereits zitierte Textstelle aus der »Einleitung« zu den *Grundrissen*, er beschreibt dort die Marxsche Methode als aus zwei begrifflichen Schritten, nämlich einem analytischen und einem dialektischen oder genetischen Schritt bestehenden Ansatz. Die politischen Schlußfolgerungen der Argumentation Rubins werden in dem Vortrag an keiner Stelle ausgesprochen, dennoch sollten sie ihn das Leben kosten - er verschwand in den stalinistischen Säuberungen. Möglicherweise hatten Stalin und seine Handlanger begriffen, daß der in der Marxschen Methode angelegte Begriff von Macht und Revolution mit der Richtung, die die russische Revolution eingeschlagen hatte, vollkommen unvereinbar war.

Die analytische Vorgehensweise der Methode von Marx versucht, die revolutionäre Frage zu beantworten: wie können wir uns die Macht der Machtlosen vorstellen? Eine absurde Frage, da alles in dieser Gesellschaft uns sagt, daß die Machtlosen machtlos sind und die Politiker, die Mafia, die Drogenbarone und die Reichen die Macht haben. Die Frage ist notwendig, da es immer deutlicher wird, daß eine Zukunft der Menschheit ohne diese Antwort nicht denkbar ist.

Wenn wir die Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse untersuchen, die beständig die Macht der anderen und unsere Machtlosigkeit verkünden (Gott, Geld, Kapital, Staat, Drogenbarone), dann wird es möglich, eine Macht zu entdecken, die all dies konstituiert und von der daher alles abhängig ist: die alles bestimmende Macht der ArbeiterInnen [labour], der Arbeit [work], der kreativen

Praxis. Die Macht der Machtlosen wird durch das bestimmt, was sie (uns) zu Menschen macht, nämlich die Arbeit [work]. Die Macht der Machtlosen besteht in der Abhängigkeit der Mächtigen von den Machtlosen.

Dies ist eine absurde Antwort auf eine absurde Frage, eine notwendige Antwort auf eine notwendige Frage. Die analytische Vorgehensweise befindet sich auf dem Weg zur Machtentfaltung: Hinter all den Formen unserer Machtlosigkeit verbirgt sich die eine Sache, die uns allmächtig macht: die Arbeit. Dies ist die erste, offensichtliche und meist übersehene Bedeutung der Arbeitswerttheorie. Es ist ein lauter Schrei aus prall gefüllten Lungen: »Als ArbeiterInnen sind wir Menschen allmächtig«. Dieses Thema zieht sich durch Marx' gesamtes Werk, von der frühen Religionskritik bis hin zur großartigen Ausarbeitung im *Kapital*. Damit wird die Welt vom Kopf auf die Füße gestellt: Von hier aus können wir die Welt ganz anders neu zusammensetzen, als dies die »Sozialwissenschaften« tun.

Der zweite Schritt, den Rubin die dialektische Bewegung nennt, verfolgt die Spur der Entmachtung unserer Allmacht: wie es angeht, daß unsere Allmacht in Form der Machtlosigkeit der Arbeit erscheint. Wenn wir begriffen haben, daß die Arbeit die Substanz des Wertes ist, dann fragt sich, warum das Produkt der Arbeit die Form des Wertes annimmt?

Die Fetischisierung, der Prozeß, dem die zweite Phase der Marxschen Methode nachspürt, ist ein Prozeß mit zwei Gesichtern. Auf der einen Seite dreht es sich um die Entmachtung der Arbeit. Das in Ware, Wert, Geld, Kapital verwandelte Arbeitsprodukt erscheint nicht länger als Arbeitsprodukt: Durch den Prozeß der Fetischisierung wird die Macht der Arbeit (nie vollständig) ausgelöscht. Die Fetischisierung ist der Prozeß, durch den die Macht der Arbeit (niemals vollständig) die Form des Geldes, des Staates, des Kapitals annimmt, der Prozeß, in dem die Arbeit (niemals vollständig) auf abstrakte, wertproduzierende Arbeit reduziert wird, der Prozeß, durch den jegliche alternative Zukunft zunichte gemacht wird, aber niemals vollständig.

Auf der anderen Seite ist die Entmachtung der Arbeit unmöglich, da sie die Quelle aller gesellschaftlichen Macht ist. Streng genommen ist die Fetischisierung die Verwandlung der Macht der Arbeit. Wie gut es dem Kapital auch gelingen mag, die Arbeit auf abstrakte, wertproduzierende

Arbeit zu reduzieren: seine Existenz bleibt immer abhängig von der Arbeit. Der Kapitalismus gründet sich auf die Objektivierung der subjektiven Arbeit, aber wie vollkommen diese Objektivierung auch sein mag: Sie bleibt die Objektivierung des Subjektiven. So absolut und terroristisch die Herrschaft des Kapitals auch ist: Es kann sich niemals aus seiner Abhängigkeit von der Arbeit befreien. Die Abhängigkeit des Kapitals von der Arbeit existiert als Widerspruch innerhalb des Kapitals.

Somit existiert die Macht der Arbeit gegen das Kapital und im Kapital, ohne eine klare Unterscheidung zwischen »gegen« und »im«. Wir gehen vom Kampf aus: vom Schrei, von unserem offenen Widerstand gegen das Kapital, von der Existenz der Arbeit gegen das Kapital, von der zersetzenden Macht der Arbeit, die sich in Streiks, Sabotage, Absentismus und allen möglichen Kampfmaßnahmen ausdrückt. Dieser Widerstand findet nicht immer offen statt, oft wird er eingedämmt, oft wird er integriert: die zersetzende Macht der Arbeit wird als produktive Macht eingespannt. Hier gibt es keine harten Schranken, keine klaren Trennungslinien: es gibt ein Kontinuum zwischen der Macht der Arbeit gegen das Kapital und der Macht der Arbeit im Kapital. In gewissem Maße ist die produktive Macht immer auch zersetzend, die Revolte ist niemals gänzlich abwesend. Die Macht der Arbeit ist immer präsent, auch wenn sie fetischisiert oder eingedämmt wird. Sie erscheint als Widerspruch zwischen abstrakter und konkreter Arbeit, zwischen Gebrauchs- und Tauschwert, zwischen produktivem Kapital und Geldkapital. Sie erscheint als Grenze der Ausdehnung des absoluten Mehrwerts, als Widerspruch der Produktion des relativen Mehrwerts, der sich im tendenziellen Fall der Profitrate ausdrückt. Der Widerspruch ist der fetischisierte Ausdruck der immer vorhandenen Macht der Arbeit [labour]. Die Verwandlung des Arbeitsproduktes in den Wert dämmt die Macht der Arbeit ein, von der das Kapital abhängig ist, aber diese Verwandlung reproduziert ebenso die unauslöschliche chaotische Zerbrechlichkeit im Herzen des Kapitals.

Der besondere Beitrag des Marxismus als Theorie gegen den Kapitalismus besteht somit nicht darin, daß »objektive Widersprüche« des Systems den Kampf gegen den Kapitalismus begünstigen, sondern darin, daß die Zerbrechlichkeit des Kapitalismus in der - offenen wie gefangenen - Macht der Arbeit besteht. Die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung (also des Klassenkampfes)

besteht in der unaufhörlichen und hoffnungslosen Flucht des Kapitals aus seiner Abhängigkeit von der Macht der Arbeit. In diesem Sinne muß die Frage der kapitalistischen Krise verstanden werden.

In Zeiten wie heute, nachdem die Arbeiterbewegung so viele Niederlagen eingesteckt hat, scheint die Macht der Arbeit außer Sicht geraten zu sein. Die Probleme des Kapitalismus erscheinen als Resultat ökonomischer Gesetze, die scheinbar nichts mit Kämpfen zu tun haben, die die Grundlage für eine andere Art von Gesellschaft legen könnten. Die Arbeit mag die »einfachste Bestimmung« sein, aber sie scheint mit der gegenwärtigen Machtlosigkeit der oppositionellen Bewegungen nichts zu tun zu haben. In dieser Situation wird es wichtiger denn je, »die Reise zurückzuverfolgen«, die Macht der Arbeit nicht nur begrifflich, sondern auch historisch zu entfalten, die jüngste Geschichte als Kampf des Kapitals um die erneute Fetischisierung der Macht der Arbeit zu interpretieren, zu zeigen, wie diese erneute Fetischisierung sowohl die Revolte entwapfnet als auch die Macht der Arbeit als Instabilität des Kapitalismus reproduziert: eine Botschaft der Warnung und eine Botschaft der Hoffnung.

[1] Warum der Marxismus keine Theorie von der Gesellschaft ist, begründet R. Gunn in »Against Historical Materialism: Marxism as a First-Order-Discourse«, in W. Bonefeld, R. Gunn und K. Psychopedis (eds), *Open Marxism*, Vol. II, Pluto Press, London, 1992.

[2] W. Bonefeld, »The Reformulation of State Theory«, in W. Bonefeld und J. Holloway (eds), *Postfordism and Social Form*, Macmillan, London, 1992.

[3] N. Poulantzas, *Political Power and Social Classes*, New Left Books, London, 1973.

[4] Siehe hierzu die Einleitung zu *Open Marxism*, Volume I, Pluto Press, London, 1992.

[5] M. Tronti, »Lenin in Inghilterra«, in *Operai e Capitale*, Torino 1966/1971, S. 89; gibt es auf deutsch in *Die Goldene Horde*, Verlag Schwarze Risse Berlin/Rote Strasse Göttingen, Berlin 1994, S. 93.

[6] ebenda.

[7] Y. Moulier, »Einleitung«, in A. Negri, *The Politics of Subversion*, Polity Press, Oxford, S. 19.

[8] Zitiert ebenda

[9] Auch die andere Interpretation, die argumentiert, daß das Kapital von der Arbeit abhängig ist, da es Produkt der Arbeit ist, finden wir in einigen »operaistischen« [»autonomist«] Diskussionen. Etwa in einem Abschnitt aus einem späteren Artikel von Tronti: »Wenn die Bedingungen des Kapitals in der Hand der Arbeiter sind, wenn es im Kapital kein aktives Leben gibt ohne lebendige Tätigkeit der Arbeitskraft, wenn das Kapital schon als Folge der produktiven Arbeit entsteht, wenn es keine kapitalistische Gesellschaft gibt ohne Vermittlung des Kapitals durch die Arbeiter, und wenn es also kein gesellschaftliches Verhältnis ohne Klassenverhältnis gibt und kein Klassenverhältnis ohne Arbeiterklasse - dann kann man zu dem Schluß kommen, daß die Klasse der Kapitalisten bereits als der Arbeiterklasse tatsächlich untergeordnete

- besteht« (Mario Tronti, »The Strategy of Refusal«, in *Working Class Autonomy and Crisis*, S. 10. Hier zitiert aus THEKLA 9, Sisina Verlag, Berlin, S. 194).
- [10] A. Negri, »Keynes and the Capitalist Theory of the State post-1929«, in *Revolution Retrieved*, Red Notes, London 1988. Deutsch in T. Negri, *Zyklus und Krise bei Marx*, Internationale Marxistische Diskussion 26, Merve Verlag.
- [11] ebenda.
- [12] Siehe F. Guattari und A. Negri, *Communists Like Us*, Semiotext(e), New York, 1990.
- [13] Eine zusammenfassende Diskussion der »operaistischen« [»autonomist«] Theorie findet sich bei W. Bonefeld, »Human Praxis and Perversion: Beyond Autonomy and Structure«, *Common Sense*, Nr. 15, 1994.
- [14] Karl Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 95, Fußnote 32.
- [15] Siehe hierzu die wichtigen Beiträge in R. Gunn, »Against Historical Materialism«.
- [16] G. Lukacs, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Luchterhand, 1968, S. 94.
- [17] Die Formanalyse ist z.B. zentraler Bestandteil der sogenannten »Staatsableitungsdebatte«. Siehe hierzu J. Holloway und S. Picciotto, *State and Capital: A Marxist Debate*, Edward Arnold, London, 1978.
- [18] Siehe R. Gunn, »Against Historical Materialism«.
- [19] K. Marx, *Grundrisse*, 1857, S. 21-22.
- [20] K. Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 393.
- [21] K. Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung*, MEW 1, S. 378.
- [22] K. Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 94.
- [23] G. Lukacs, *Geschichte und Klassenbewußtsein*.
- [24] K. Marx, *Grundrisse*, »Einleitung«.
- [25] R. Gunn, »Against Historical Materialism«, S. 17.
- [26] K. Marx, *Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844*, Ergänzungsband zu MEW/Erster Teil, S. 516.
- [27] K. Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 56.
- [28] Siehe R. Gunn, »Against Historical Materialism«.
- [29] Daher die Kraft des revolutionären Denkens bei Hegel als dem Theoretiker der Französischen Revolution, oder bei Marx, dem Theoretiker der revolutionären Bewegungen zur Mitte des 19. Jahrhunderts.
- [30] So z.B. B. Jessop, »Polar Bears and Class Struggle: Much Less than a Self-Criticism«, W. Bonefeld und J. Holloway, *Postfordism and Social Form*, und J. Hirsch, »The State Apparatus and Social Reproduction. Elements of the Theory of the Bourgeois State«, in J. Holloway und S. Picciotto, *State and Capital*.
- [31] Ernst Bloch, *Tübinger Einleitung in die Philosophie I*, Suhrkamp, Frankfurt, 1963, S. 113.
- [32] Dies bezieht sich auf das Argument, das die weiterhin bestehende Bedeutung der ursprünglichen Akkumulation betont. Siehe W. Bonefeld, »Class Struggle and the Permanence of Primitive Accumulation«, *Common Sense*, Nr. 6, 1988; und Dalla Costas Artikel in der vorliegenden Ausgabe (Open Marxism Volume III).
- [33] R. Gunn, »Against Historical Materialism«, S. 29.
- [34] Siehe W. Bonefeld, R. Gunn und K. Psychopedis, *Open Marxism*, Vol. I und Vol II, Pluto Press, London, 1992.
- [35] Siehe auch den Artikel von Kosmas Psychopedis in der vorliegenden Ausgabe (*Open Marxism*, Vol. III)
- [36] So T.W. Adorno, *Negative Dialektik*.
- [37] I.I. Rubin, »Abstract Labour and Value in Marx's System«, *Capital & Class*, Nr. 5, 1978.